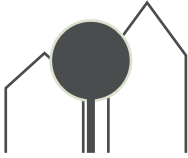


Postwachstums **STADT**

A stylized graphic of a house with a dark circular window, positioned to the right of the word 'STADT'.

Annika Busch | Masterthesis

Postwachstums **STADT**



Annika Busch | Masterthesis

Postwachstumsstadt

Masterthesis

an der HafenCity Universität Hamburg
im Studiengang Master of Science Stadtplanung

Verfasserin

Annika Busch

Matrikelnummer 6014805

Betreuung

Prof. Dr. Monika Grubbauer

Prof. Dipl.-Ing. Peter O. Braun

Hamburg, Oktober 2019

Abstract

In dieser Arbeit wird das Postwachstum als Notwendigkeit zur Bewältigung des Klimaschutzes betrachtet. Mit dem Postwachstum wird die herrschende Wachstumsideologie in Frage gestellt und zahlreiche ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen gefordert. Verschiedene Autoren*innen haben hierfür Konzepte entwickelt, von denen in dieser Arbeit v.a. die von Paech, Jackson und Randers et al. vom Club of Rome vorgestellt werden. Ihre Konzepte beinhalten Themen wie die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum, eine neue Wohlmessung, eine freiwillige Konsumrücknahme inklusive eines genügsamen Lebensstils, eine frei gewählte Arbeitszeitverkürzung oder die Stärkung lokaler Ökonomien.

Bei solch einer umfassenden Transformation kann die Planung einer der relevanten Akteure zu dessen Gestaltung darstellen. So hat diese als Querschnittsaufgabe umfassende Einflussmöglichkeiten und weist insbesondere durch ihre verknüpfende Funktion zwischen Politik, Wirtschaft und Bürger*innen Potential auf. Bisher ist dieses Potential jedoch rein theoretisch und nicht umgesetzt – stattdessen besteht auch in der Planung bisher eine Fixierung auf das Wirtschaftswachstum, etwa in Form des Flächenverbrauchs sowie der steigenden Wohnflächen pro Kopf. Ansätze, wie Planung im Postwachstum aussehen kann, bieten aber verschiedene Überlegungen, die die Themen Reduzierung von Flächenverbrauch und Bautätigkeit sowie von Verkehr, die Schaffung hoher Dichten und gebäudebezogene Ressourceneinsparungen betreffen. Ferner gibt es erste Ansätze für eine explizite Postwachstumsplanung.

Diese theoretischen Kenntnisse zusammenführend werden in der Arbeit Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum definiert. Diese beziehen sich auf die fünf Themenkomplexe: Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils, suffizienter Umgang mit Baustoffen und Fläche, verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen, gebäudebezogene Ressourceneinsparungen und vorausschauende Prozessgestaltung.

Mithilfe dieser Kriterien wird ein Beitrag zum Schließen der bestehenden Wissenslücke in der Verknüpfung von Postwachstum und Raumplanung geleistet. Hierfür wird zunächst analysiert, inwiefern in der Stadtentwick-

lung am Beispiel der Stadt Hamburg bereits Ansätze von Postwachstum vorhanden sind. Weiterhin werden mit der Arbeit erste Ideen aufgeführt, wie Stadtentwicklung im Postwachstum in einer Stadt wie Hamburg stattfinden kann.

Zu diesem Ziel werden im ersten Schritt fünf Beispielprojekte analysiert: das Leitbild der Stadtentwicklung, die Mitte Altona, das Quartier 21, die Schanzenhöfe und das RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona-Altstadt. Dies wird über eine Analyse von Dokumenten sowie über Interviews, ausgewertet durch eine Inhaltsanalyse, geleistet. Im ersten Schritt werden verschiedene Instrumente und Beispiele als Impulse für ein anschließendes Konzept im Sinne von Überlegungen zu einer Postwachstumsstadt herangezogen, was eine kreative Zusammenstellung an Ideen als Anstoß für eine Entwicklung darstellt.

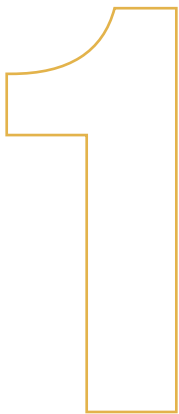
In der Analyse der Beispielprojekte mithilfe der aufgeführten Kriterien zeigen sich einige Ansätze von Postwachstum, aber auch zahlreiche Mängel. Ein nichtmaterialistischer Lebensstil würde über einige Maßnahmen der Planung wie ein Quartiersmanagement unterstützt, trifft aber häufig nicht auf entsprechendes Engagement von Bürger*innen. Der suffiziente Umgang mit Fläche wird grundsätzlich in Hamburg angestrebt, aber ebenso durch einige Projekte in Außenbereichen konterkariert. Das Verhindern von Neubau findet lediglich über Umnutzungen von Bestandsgebäuden statt – sonstige Maßnahmen v.a. zur Reduzierung der Wohnfläche im Bestand werden nicht umgesetzt. Nutzungsmischung und kurze Wege zur Verkehrsvermeidung sind in allen Beispielprojekten, auch aufgrund der zentralen Lage, vorhanden, während Fuß- und Radverkehr in Teilen gefördert, MIV aber kaum eingeschränkt wird. Ressourceneinsparungen auf die Gebäude bezogen finden über energetische Modernisierungen statt, aber nicht ausreichend über erneuerbare Energien oder die Verwendung ökologischer Baustoffe. Die Prozessgestaltung ist zwar häufig als sukzessiv und damit positiv zu bewerten, lässt aber kaum Raum zum Experimentieren, was im Sinne des Postwachstums gefordert wird. Insgesamt werden also einige Ansätze für Planung im Postwachstum identifiziert, eine Zielformulierung für

Planung im Sinne des Klimaschutzes und des Postwachstums bleibt aber aus.

Diese Erkenntnisse nutzend werden erste Ideen für die Postwachstumsstadt Hamburg formuliert. Es werden verschiedene Impulse für diese Konzeption dargestellt: die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010, das Instrument des Denkmalschutzes, die Transition-Town-Initiativen sowie die Gartenstadtidee. Für eine Übertragung sinnvolle Aspekte sind hier z.B. eine Planung auf der Grundlage geringen Ressourcenverbrauchs, Strategien zum Erhalt von Gebäudebestand, die Stärkung von Bottom-up-Bewegungen aus der Bevölkerung sowie eine große Bedeutung von Freiräumen. Die anschließenden Überlegungen zu einer Postwachstumsstadt stellen eine mögliche, nicht abschließende Sammlung von Konzepten dar, die eine Entwicklung anstoßen können. Hierzu gehören Top-down-Vorgaben für den Flächenverbrauch und das Bauvolumen, aber auch beratende Instrumente zur Reduzierung der Wohnfläche oder eine Stärkung von Bürger*innen auf der Quartiersebene. Hierdurch hat die Stadtplanung zahlreiche Einflussmöglichkeiten, Postwachstum zu gestalten.

Insgesamt stellt diese Arbeit einen Beitrag zur Entwicklung des Postwachstums dar, indem dieses auf die Stadtentwicklung übertragen wird. Dies ist gemäß des IPCC eines der zentralen Themenbereiche, um den Klimawandel zu bekämpfen. Hierbei ordnen sich die Maßnahmen im Rahmen der Planung in einen größeren Kontext einer umfassenden Transformation ein.

Abkürzungsverzeichnis	10
Abbildungsverzeichnis	11
Tabellenverzeichnis	17
Eidesstattliche Erklärung	21



Einführung

22



Methodik

32

1.1	Begründung des Interesses	26
1.2	Stand des Wissens und Erkenntnisziel	26
1.3	Fragestellung	27
1.4	Begriffsklärungen und Abgrenzung des Themenfeldes	28
1.5	Aufbau der Arbeit	31

2.1	Grundsätzliche Entscheidungen zum methodischen Vorgehen	34
2.2	Beispielprojekte	37
2.3	Literaturrecherche und Erstellung von Kategorien und Kriterien	38
2.4	Beobachtungen	39
2.5	Interviews	39
2.6	Inhaltsanalyse	43
2.7	Konzept Postwachstumsstadt	44
2.8	Reflexion und Probleme	44

3

Postwachstum: Notwendigkeit & Kennzeichen

3.1	Notwendigkeit
3.2	Hemmnisse
3.3	Konzepte für Postwachstum
3.4	Kritik an Postwachstum
3.5	Fazit

4

46	Potentiale für Postwachstum in der Planung	80
----	---	----

49	4.1	Bisherige Wachstumsfixierung	83
62	4.2	Planungsprinzipien mit Bezug zum Postwachstum	87
65	4.3	Bestehende Überlegungen von Postwachstum für die Planung	90
78	4.4	Fazit	91

5

Zwischenfazit: Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum

92

6

Ansätze von Postwachstum in der Hamburger Stadtentwicklung

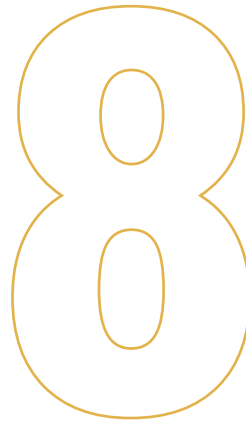
98

6.1	Hamburg als wachsende Metropole?	102
6.2	Leitbild der Stadtentwicklung	104
6.3	Mitte Altona	112
6.4	Quartier 21	128
6.5	Schanzenhöfe	140
6.6	RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona-Altstadt	150
6.7	Fazit	164



Postwachstumsstadt Hamburg 172

7.1	Impulse	174
7.2	Katalog: Überlegungen zu einer Postwachstumsstadt	179
7.3	Fazit	190



Schlussbetrachtung 194

8.1	Beantwortung der Fragestellung	197
8.2	Reflexion	198
8.3	Ausblick	199

Literaturverzeichnis	200
Anhang	214

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung	ppm	parts per million
Abs.	Absatz	RISE	Rahmenprogramm Integrierte Stadtteil- entwicklung, Hamburg
ARL	Akademie für Raumordnung und Landes- planung	ROG	Raumordnungsgesetz
Äq	Äquivalent	S.	Seite
BauGB	Baugesetzbuch	s.o.	siehe oben
BauNVO	Baunutzungsverordnung	SDGs	Tiefgarage
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	TG	Sustainable Development Goals
BIP	Bruttoinlandsprodukt	u.a.	unter anderem
BMI	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	UN	United Nations
BSU	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg	v.a.	vor allem
BSW	Behörde für Stadtentwicklung und Woh- nen, Hamburg	VU	Vorbereitende Untersuchungen
CH ₄	Methan	WTO	World Trade Organization
CO ₂	Kohlenstoffdioxid	z.B.	zum Beispiel
DGNB	Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen	z.T.	zum Teil
DschG	Denkmalschutzgesetz		
Ebd.	ebenda		
ggf.	gegebenenfalls		
Gha	Gigahektar		
GRZ	Grundflächenzahl		
GFZ	Geschossflächenzahl		
ggü.	gegenüber		
GtC	Gigatonnen Kohlenstoff		
HDI	Human Development Index		
i.d.R.	in der Regel		
IBA	Internationale Bauausstellung		
IEK	Integriertes Entwicklungskonzept		
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change		
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau		
Kita	Kindertagesstätte		
km ³	Kubikkilometer		
m ²	Quadratmeter		
MIV	Motorisierter Individualverkehr		
Mt	Millionen Tonnen		
N ₂ , N ₂ O	Lachgas		
Nr.	Nummer		
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr		
ppb	parts per billion		

Abbildungsverzeichnis

Kartengrundlagen

LGV (1955): Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (1955): Topographische Karte 1:25.000.

LGV (2008): Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (2008): Stadtkarte Hamburg 1:20.000.

LGV (2019): Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (2019): ALKIS GDB.

OpenStreetMap-Mitwirkende (2017): OpenStreetMap Hamburg.

1 Einführung

01I Entwicklung der weltweiten CO₂-Emissionen, in MtCO₂. Eigene Darstellung nach: CDIAC 2017/ UNFCC 2018/BP 2018/USG 2018, zit. n. GCP, Global Carbon Atlas (Hg.) (2019): CO₂-Emissions. <http://www.globalcarbonatlas.org/en/CO2-emissions>, zuletzt geprüft am 18.09.2019. 24

02I Klimastreik am 20. September 2019 in Hamburg. Eigene Aufnahme. 25

03I Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum 1900-2005, linke Skala Materialgewinnung in Milliarden Tonnen, rechte Skala BIP in Billionen Internationale Dollar. Eigene Darstellung nach: UNEP 2011, zit. n. Petschow, Ulrich; dem Moore, Nils aus; Pissarskoi, Eugen; Korfhage, Thorben; Lange, Steffen; Schoofs, Annekathrin; Hofmann, David (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. Zwischenbericht des Projektes „Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten“. Hg. v. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau (Texte 89/2018). S. 90. 25

04I Aufbau der Arbeit. Eigene Darstellung. 31

2 Methodik

05I Phasen des methodischen Vorgehens. Eigene Darstellung. 36

06I Informationsblatt für Interviewpartner*innen. Eigene Darstellung. 41

3 Postwachstum: Notwendigkeit & Kennzeichen

07I Prognose für das BIP, in Billionen Dollar, Kaufkraftparität 2005. Eigene Darstellung nach: Randers, Jørgen; Maxton, Graeme; Gockel, Gabriele; Runde, Øystein (2016): Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen: der neue Bericht an den Club of Rome. 1. Auflage. München: oekom Verlag. S. 47. 50

08I Verteilung des Nettovermögens der Haushalte in Deutschland 2014. Eigene Darstellung nach: Eigene Darstellung nach: Bach, Stefan; Thiemann, Andreas; Zucco, Aline (2018): Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth Distribution. German Institute for Economic Research. Berlin. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.575768.de/dp1717.pdf, zuletzt geprüft am 13.06.2019. S. 21. 51

09I Die planetaren Grenzen. Eigene Darstellung nach: Steffen, Will; Richardson, Katherine; Rockström, Johan; Cornell, Sarah E.; Fetzer, Ingo; Bennett, Elena M. et al. (2015): Sustainability. Planetary boundaries: guiding human development on a changing planet. In: Science (New York, N.Y.) 347 (6223), S. 1259855. S. 736. 52

10I Ökologische Defizite und Reserven weltweit. Eigene Darstellung nach: Global Footprint Network (Hg.) (2019b): Map Ecological Deficits and Reserves. <http://data.footprintnetwork.org/#/?>, zuletzt geprüft am 20.05.2019. 53

11I Beobachtete mittlere globale kombinierte Land- und Ozean-Oberflächentemperaturabweichung 1850-2012, in °C, relativ zu 1961-1990, Jahrzehnt-Mittelwerte. Eigene Darstellung nach: IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013b): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2013: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Fünften 54

Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Österreichisches Umweltbundesamt, ProClim, Bonn/Wien/Bern, 2014. Unter Mitarbeit von Thomas F. Stocker, Qin Dahe, Gian-Kasper Plattner, Melina Tignor, Simon K. Allen, Judith Boschung et al. Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA. S. 4.

12I Gesamte jährlich anthropogene Treibhausgasemissionen 1970-2010, in Gt CO₂-Äq/Jahr. Eigene Darstellung nach: IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2013: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Österreichisches Umweltbundesamt, ProClim, Bonn/Wien/Bern, 2014. Unter Mitarbeit von Thomas F. Stocker, Qin Dahe, Gian-Kasper Plattner, Melina Tignor, Simon K. Allen, Judith Boschung et al. Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA. S. 5. 55

13I Zerlegung der Änderung der gesamten jährlichen CO₂-Emissionen aus der Nutzung fossiler Brennstoffe pro Jahrzehnt, in Gt CO₂/Jahr. Eigene Darstellung nach: IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2014: Minderung des Klimawandels. Beitrag der Arbeitsgruppe III zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Österreichisches Umweltbundesamt, ProClim, Bonn/Wien/Bern, 2014. Unter Mitarbeit von Ottmar Edenhofer, Ramon Pichs-Madruga, Youba Sokona, Ellie Farahani, Susanne Kadner, Kristin Seyboth et al. Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA. S. 7. 55

14I Treibhausgasemissionen nach Wirtschaftssektoren, in Gt CO₂-Äq/Jahr. Eigene Darstellung nach: IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2014: Minderung des Klimawandels. Beitrag der Arbeitsgruppe III zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Österreichisches Umweltbundesamt, ProClim, Bonn/Wien/Bern, 2014. Unter Mitarbeit von Ottmar Edenhofer, Ramon Pichs-Madruga, Youba Sokona, Ellie Farahani, Susanne Kadner, Kristin Seyboth et al. Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA. S. 7. 55

15I Ökologischer Fußabdruck pro Person in gha und HDI der Länder nach Weltregionen, 2013. Eigene Darstellung nach: Global Footprint Network 2017, zit. n. Wijkman, Anders; von Weizsäcker, Ernst Ulrich (2017): Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen. 3. Auflage. Hg. v. Ernst Ulrich von Weizsäcker. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus. S. 97. 53

16I Bausteine für Paechs Postwachstumsökonomie. Eigene Darstellung nach: Paech, Niko (2009): Grundzüge einer Postwachstumsökonomie. <http://www.postwachstumssoekonomie.de/material/grundzuege/>, zuletzt geprüft am 17.04.2019. Paech, Niko (2016): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. 9. Auflage. München: oekom Verlag. 67

17I Bausteine für Jacksons Wohlstand ohne Wachstum. Eigene Darstellung nach: Jackson, Tim (2012): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. 5. Aufl., dt. Erstausg. München: Oekom-Verl. Jackson, Tim (2015): Die Postwachstumsgesellschaft. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik und Blätter Verlagsgesellsch. mbH (Hg.): Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH (Edition Blätter), S. 181–190. 68

18I Bausteine für das Postwachstumskonzept von Randers et al. Eigene Darstellung nach: Randers, Jørgen; Maxton, Graeme; Gockel, Gabriele; Runde, Øystein (2016): Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen: der neue Bericht an den Club of Rome. 1. Auflage. München: oekom Verlag. 70

4 Potentiale für Postwachstum in der Planung

- 19| Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche 1993 bis heute, in Hektar/Tag. Eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt 2018, zit. n. UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2018): Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/siedlungs-verkehrsflaeche#textpart-5>, 29.05.2019. 85
- 20| Gegenüberstellung von Raumwärmebedarf und Wohnfläche, in kWh/Kopf und Jahr, m² in kWh/a und m²/Kopf. Eigene Darstellung nach: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hg.) (2015): Kommunale Suffizienzpolitik - Ressourcenschutz vor Ort stärken. <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/3448/>, 15.06.2019. 86
- 21| Das Treibhausgaspotential verschiedener Baustoffe, in kg CO₂-Äq/t. Eigene Darstellung nach: oeko-baudat, zit. n. Püschel, Danny; Holthuizen, Taco (2013): Die Rolle des Primärenergiegehalts von Baustoffen. Hg. v. deutsche bauzeitung. <https://www.db-bauzeitung.de/db-themen/energie/grauwerte/#slider-intro-3>, 20.09.2019. 89

5 Zwischenfazit: Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum

- 22| Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum. Eigene Darstellung. 97

6 Ansätze von Postwachstum in der Hamburger Stadtentwicklung

- 23| Verortung der Beispielprojekte in Hamburg o.M. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019. 101
- 24| Gegenüberstellung Flächenverbrauch und Wohnfläche pro Person 1955 und 2008 o.M. Eigene Darstellung nach: Anhang 5; auf Grundlage von LGV 1955 und 2008. 102
- 25| Statistiken Stadt Hamburg. Eigene Darstellung nach: Anhang 5. 103
- 26| Leitplan der Stadtentwicklung. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014): Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser. Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg. Unter Mitarbeit von Marit Pedersen, Claudia Köster, Guido Sempell und Karin Strauß. Hamburg. S. 72. 104
- 27| Schwerpunkt der Stadtentwicklung. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014): Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser. Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg. Unter Mitarbeit von Marit Pedersen, Claudia Köster, Guido Sempell und Karin Strauß. Hamburg. S. 0. 104
- 28| Die Urbanisierungszone o.M. Eigene Darstellung nach: BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014): Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser. Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg. Unter Mitarbeit von Marit Pedersen, Claudia Köster, Guido Sempell und Karin Strauß. Hamburg. S. 0; auf Grundlage von: Openstreetmap.org. 107
- 29| Verortung verschiedener Wohnungsbauprojekte. Eigene Darstellung nach: BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014): Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser. Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg. Unter Mitarbeit von Marit Pedersen, Claudia Köster, Guido Sempell und Karin Strauß. Hamburg. S. 0. hamburg.de GmbH & Co. KG (Hg.) (2019b): Jenfelder Au. <https://www.hamburg.de/projekt-jenfelder-au/>, 27.09.2019. IBA Hamburg GmbH (Hg.) (2019a): Entwicklung eines neuen Stadtteils. <https://www.oberbillwerder-hamburg.de/>, 27.09.2019. IBA Hamburg GmbH (Hg.) (2019b): Naturverbunden Wohnen. <https://naturverbunden-wohnen.de/naturverbunden-wohnen>; auf Grundlage von: Openstreetmap.org. 107
- 30| Schwarzplan Mitte Altona 1:3.000. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019. 112
- 31| Verortung Mitte Altona o.M. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019. 113
- 32| Luftbild Mitte Altona o.M. LGV, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (2018): Digitale Orthophotos Hamburg 2018. 113

33I Masterplan Mitte Altona o.M. André Poitires Architekt Stadtplaner RIBA; arbos Freiraumplanung (2012): Masterplan Mitte Altona. Hg.: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Freie und Hansestadt Hamburg.	114
34I Bebauungsplan Mitte Altona o.M. Bezirk Altona (2014a): Bebauungsplan Altona-Nord 26.	115
35I Verortung der Baugemeinschaften 1:7.000. Eigene Darstellung nach: BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (2016): Wer, was, wo und wie? So wird's in Mitte Altona. Mitte Altona aktuell, März 2016. https://www.hamburg.de/contentblob/5516134/fa4d423108764985273f699d0e692e55/data/zeitung-mitte-altona-aktuell-maerz-2016.pdf , 25.08.2019. S. 3; auf Grundlage von: LGV 2019.	116
36I Visualisierung des Parks Mitte Altona. BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (2017): Parks, Plätze & Promenaden. Freiräume in Mitte Altona. Mitte Altona aktuell, Mai 2017. https://www.hamburg.de/contentblob/8794000/943ddff52156a9a0be17fa1f7143a880/data/zeitung-mitte-altona-aktuell-mai-2017.pdf , 19.07.2019. S. 4–5.	117
37I Verortung der Freiräume Mitte Altona 1:7.000. Eigene Darstellung nach: BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (o.J.): Richtig Parken in Mitte Altona. Hamburg. https://www.hamburg.de/contentblob/12587812/fbf19886a950311c1b5c6ad8762e9a70/data/flyer-parken-in-mitte-altona.pdf , 18.07.2019. S. 2, BSW 2017, S. 3; auf Grundlage von LGV 2019.	116
38I Fußgänger*innenzone Domenica-Niehoff-Twiete. Eigene Aufnahme 16.07.2019.	118
39I Vorgaben des Denkmalschutzes für Mitte Altona 1:7.000. Eigene Darstellung nach: Bürgerschaft HH, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.) (2012): Masterplan „Mitte Altona“. Drucksache 20/4193, Anlage A. http://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/36835/masterplan-%E2%80%9Emitte-altona%E2%80%9C.pdf , 25.09.2019. S. 12, Anlage A; auf Grundlage von LGV 2019.	119
40I Die denkmalgeschützte Kleiderkasse. https://hellomonday.de/de/buero/14656/ALTE-KLEIDERKASSE#&gid=null&pid=3 , 05.10.2019.	120
41I GRZ und GFZ in Mitte Altona 1:7.000. Eigene Darstellung nach: Bezirk Altona (2014a): Bebauungsplan Altona-Nord 26. BauNVO (23.01.1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2017): Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke. § 17 Abs. 1; auf Grundlage von LGV 2019.	120
42I Nutzungsmischung in den ehemaligen Güterhallen. https://www.aurelis-real-estate.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Gewerbemiet/Mietobjekte/Hamburg__Querbuehne/Hamburg_MitteAltona_Querbuehne_Vogelperspektive.jpg , 25.09.2019.	121
43I Analyse kurze Wege Mitte Altona 1:20.000. Eigene Darstellung nach: Eigene Darstellung nach: https://www.hamburg.de/contentblob/155382/b5b3a4862aeb00bdd6af0afaef1d4c4f/data/zentrenkarte.pdf , zuletzt geprüft am 25.09.2019; auf Grundlage von LGV 2019.	122
44I ÖPNV-Anbindung der Mitte Altona 1:20.000. Eigene Darstellung auf Grundlage von LGV 2019.	122
45I Mobilitätskonzept Mitte Altona Maßstab 1:7.000. Eigene Darstellung nach: BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (o.J.): Richtig Parken in Mitte Altona. Hamburg. https://www.hamburg.de/contentblob/12587812/fbf19886a950311c1b5c6ad8762e9a70/data/flyer-parken-in-mitte-altona.pdf , 18.07.2019. S. 2; auf Grundlage von: LGV 2019.	123
46I Phasen der Entwicklung der Mitte Altona. Eigene Darstellung.	125
47I Schwarzplan Quartier 21 1:2.500. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019.	128
48I Verortung Quartier 21 o.M. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019.	129
49I Luftbild Quartier 21 o.M. LGV, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (2018): Digitale Orthophotos (belaubt) Hamburg 2018.	129
50I Masterplan Quartier 21 o.M. : https://www.hamburgteam.com/wp-content/uploads/2016/10/Quartier21_Masterplan_080218.pdf , 25.09.2019.	130
51I Bebauungsplan Quartier 21 o.M. Bezirk Hamburg-Nord (2012a): Bebauungsplan Barmbek-Nord 33.	131
52I Zentrale Grünfläche im Quartier 21. Eigene Aufnahme 23.06.2019.	132

53	Hinweisschild am Park Quartier 21. Eigene Aufnahme 23.06.2019.	132
54	Einer der Straßenräume mit beabsichtigtem Platzcharakter. Eigene Aufnahme 23.06.2019.	133
55	Gegenüberstellung Bebauung vor und nach der Realisierung Quartier 21 1:6.000. Eigene Darstellung nach: LGV, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (2005): Historische DGK5 DK5 und (2019): Internetstadtplan Hamburg; auf Grundlage von LGV 2019.	134
56	Historische Bebauung des Krankenhausareals Quartier 21. Ruppel 1916, zit. n. Schilling, Jörg (2019): Vom Krankenhaus Barmbek zum Quartier 21. Erste Auflage. Hamburg: Schaff-Verlag (Hamburger Bauhefte, Nr. 27). S. 40-41)	134
57	Beispiel für ein saniertes Bestandsgebäude. Eigene Aufnahme: 23.06.2019.	135
58	Vorgaben des Denkmalschutzes für das Quartier 21 1:6.000. Eigene Darstellung nach: Schilling, Jörg (2019): Vom Krankenhaus Barmbek zum Quartier 21. Erste Auflage. Hamburg: Schaff-Verlag (Hamburger Bauhefte, Nr. 27). S. 55; auf Grundlage von: LGV 2019.	135
59	GRZ und GFZ im Quartier 21 1:6.000. Eigene Darstellung nach: Bezirk Hamburg-Nord (2012a): Bebauungsplan Barmbek-Nord 33. BauNVO (23.01.1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2017): Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke. § 17, Abs. 1; auf Grundlage von: LGV 2019.	136
60	Nutzungsmischung an der Fuhlsbüttler Straße. Eigene Aufnahme 23.06.2019.	136
61	Analyse kurze Wege Quartier 21 1:20.000. Eigene Darstellung nach https://www.hamburg.de/content-blob/155382/b5b3a4862aeb00bdd6af0afaef1d4c4f/data/zentrenkarte.pdf , 25.09.2019; auf Grundlage von LGV 2019.	136
62	ÖPNV-Anbindung des Quartiers 21 1:20.000. Eigene Darstellung auf Grundlage von LGV 2019.	137
63	Im öffentlichen Raum parkende Autos. Eigene Aufnahme: 23.06.2019.	137
64	Phasen der Entwicklung Quartier 21. Eigene Darstellung.	138
65	Schwarzplan Schanzenhöfe 1:2.000. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019.	141
66	Verortung Schanzenhöfe o.M. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019.	141
67	Luftbild Schanzenhöfe o.M. LGV, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (2018): Digitale Orthophotos (belaubt) Hamburg 2018.	141
68	Modellfoto Schanzenhöfe. Giorgio Gullotta Architekten, zit. n. Höfer, Anke; Ohl-Hinz, Gunhild; Patzelt, Kristina; Schilling, Jörg; Spruijt, Martin (2017): Rindermarkthalle und Schanzen-Höfe. Historische Viehmärkte 1864 bis heute. Erste Auflage. Hamburg: Schaff-Verlag (Hamburger Bauheft, Nr. 20). S. 55.	142
69	Nutzungsplan Schanzenhöfe o.M. Eigene Darstellung; auf Grundlage von: LGV 2019.	142
70	Bebauungsplan Schanzenhöfe o.M. Bezirk Hamburg-Mitte und Eimsbüttel (2006): Bebauungsplan St. Pauli 40 / Rotherbaum 34.	143
71	Parkende Autos im Zugangsbereich der Schanzenhöfe. Eigene Aufnahme 12.07.2019.	144
72	Gegenüberstellung Bebauung vor und nach der Realisierung Schanzenhöfe 1:4.000. Eigene Darstellung nach LGV, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (2005): Historische DGK5 DK5 und (2019): Internetstadtplan Hamburg; auf Grundlage von LGV 2019.	145
73	Vergleich Zustand der Gebäude vor und nach der Sanierung. Stüber o.J., zit. n. Höfer, Anke; Ohl-Hinz, Gunhild; Patzelt, Kristina; Schilling, Jörg; Spruijt, Martin (2017): Rindermarkthalle und Schanzen-Höfe. Historische Viehmärkte 1864 bis heute. Erste Auflage. Hamburg: Schaff-Verlag (Hamburger Bauheft, Nr. 20). S. 56.	145
74	Einer der neu geschaffenen Innenhöfe. Eigene Aufnahme 12.07.2019.	146
75	ÖPNV-Anbindung der Schanzenhöfe 1:7.000. Eigene Darstellung auf Grundlage von LGV 2019).	147
76	Phasen der Entwicklung Schanzenhöfe. Eigene Darstellung.	148
77	Schwarzplan RISE-Gebiet Altona-Altstadt 1:10.000. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019.	151
78	Verortung RISE-Gebiet Altona-Altstadt o.M. Eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019.	151
79	Luftbild RISE-Gebiet Altona-Altstadt o.M. LGV, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg (2018): Digitale Orthophotos (belaubt) Hamburg 2018.	152

- 801** IEK-Plan o.M. steg Hamburg mbH (Hg.) (2013): Integrierte Stadtteilentwicklung in Altona-Altstadt. Unter Mitarbeit von Eva Koch, Simon Kropshofer und Ludger Schmitz. Auftraggeber Bezirksamt Altona. Hamburg. S. 136. 153
- 821** Urban Gardening im Bertha-von-Suttnerpark. Eigene Aufnahme 16.07.2019. 154
- 831** Nutzung der umgestalteten Grünflächen. Eigene Aufnahme 16.07.2019. 156
- 841** Maßnahmen in den Grünflächen RISE-Gebiet 1:12.000. Eigene Darstellung nach: Interview Schmoock 23.07.2019, Anhang 2. steg Hamburg mbH; arbos Freiraumplanung (Hg.) (2017): Ergebnisdokumentation Beteiligungsverfahren zur Entwicklung eines landschaftsplanerischen Rahmenkonzeptes für den südlichen Grünzug Neu-Altona. Im Auftrag des Bezirksamtes Altona. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2017/Dokumentation_Beteiligungsverfahren_Rahmenkonzept_sdl._Grnzug.pdf?m=1517676526&, 11.07.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2014): Umgestaltung Kinderspielplatz Esmachstraße, Neuordnung Hauseingangsbereich Esmachstraße 95 u. angrenzende Freiflächen. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2014/2014-01-DC-Noise-Mobilitaet-aeltere-Menschen.pdf, 11.07.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2015): Grunderneuerung Bertha-von-Suttnerpark. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2015/2015-06_Suttnerpark.pdf, 11.07.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2015): Grunderneuerung des Gählerparks. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2015/2015-06_Ghlerpark.pdf, 11.07.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2015): Grunderneuerung Grünfläche / Wegeverbindung Altonaer Poststraße. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2015/2015-07_AltonaerPoststr.pdf, 11.07.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2015): Grunderneuerung Schleepark und grüne Wegeverbindung Palmaille. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2015/2015-06_Schleepark.pdf, 11.07.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2017): Neugestaltung des Stuhlmannplatzes. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2017/2017-07_Stuhlmannplatz.pdf, 11.07.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2018): Gesamtdokumentation Beteiligungsprozess zur Grunderneuerung und Entwicklung des „Wohlers Park“. Im Auftrag des Bezirksamtes Altona. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2017/2018_Doku_Verfahren_WohlersPark_Gesamt.pdf?m=1523894706&, 11.07.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2019): Grunderneuerung und Entwicklung des Wohlers Park. <http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/foerdergebiet/projekte/freiraum-verkehr/grunderneuerung-wohlerspark.html>, 11.07.2019; auf Grundlage von LGV 2019.
- 851** Entwicklung der Wohnfläche pro Person Altona-Altstadt. Eigene Darstellung nach: Statistikamt Nord, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hg.) (2005): Hamburger Stadtteil-Profile 2005 und Umland-Profile. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/HR21_2005endg.pdf, zuletzt geprüft am 03.09.2019. Statistikamt Nord, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hg.) (2016): Hamburger Stadtteil-Profile 2016. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/NR18_Statistik-Profil_HH_2016.pdf, zuletzt geprüft am 03.09.2019. 157
- 861** Analyse kurze Wege RISE-Gebiet Maßstab 1:12.000. Eigene Darstellung nach <https://www.hamburg.de/contentblob/155382/b5b3a4862aeb00bdd6af0afaef1d4c4f/data/zentrenkarte.pdf>, zuletzt geprüft am 25.09.2019; auf Grundlage von LGV 2019. 158
- 871** ÖPNV-Anbindung des RISE-Gebietes Maßstab 1:12.000. Eigene Darstellung auf Grundlage von LGV 2019. 159
- 881** Phasen der Entwicklung RISE-Gebiet. Eigene Darstellung. 161

7 Postwachstumsstadt Hamburg

- 891** Logos der IBA Sachsen-Anhalt. Bodammer, Alexa; Züger, Roland (2010): Fokus und Wahrnehmung der schrumpfenden Stadt. In: Philipp Oswalt (Hg.): Weniger ist Zukunft. 19 Städte - 19 Themen : Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 ; [Katalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung Bauhaus Dessau, 9. April 2010 bis 16. Oktober 2010. Berlin: Jovis Verl. (Edition Bauhaus, 33), S. 504–518. 174

90I	Ein Claim in Dessau-Roßlau. https://www.internationale-bauausstellungen.de/geschichte/2002-2010-iba-stadtumbau-weniger-ist-zukunft/dessau-rosslau-urbane-kerne-landschaftliche-zonen/ , 25.09.2019.	174
91I	Struktur einer Gartenstadt. : https://www.uni-muenster.de/imperia/md/images/staedtegeschichte/portal/einfuehrungindietaedtegeschichte/stadttypen/idealstadt-planstadt/6_ebenezer_howard_gartenstadt.jpg , 06.10.2019.	178
92I	Ableich des Konzeptes mit den Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum. Eigene Darstellung.	193

Tabellenverzeichnis

2 Methodik

01I:	Untersuchte Dokumente zu den Beispielprojekten. Eigene Darstellung.	38
02I:	Interviewpartner*innen. Eigene Darstellung.	40

3 Postwachstum: Notwendigkeit & Kennzeichen

03I	Grenzwerte für die planetare Grenzen. Eigene Darstellung nach: Rockström, Johan; Steffen, Will; Noone, Kevin; Persson, Åsa; Chapin III, F. Stuart; Lambin, Eric F. et al. (2009): A safe operating space for humanity. In: Nature 461, 472-475. S. 473.	52
04I	Ökologische Defizite und Reserven ausgewählter Länder. Global Footprint Network (Hg.) (2019b): Map Ecological Deficits and Reserves. http://data.footprintnetwork.org/#/? , zuletzt geprüft am 20.05.2019.	53
05I	Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen 1750–2011. Eigene Darstellung nach: IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2013: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Österreichisches Umweltbundesamt, ProClim, Bonn/Wien/Bern, 2014. Unter Mitarbeit von Thomas F. Stocker, Qin Dahe, Gian-Kasper Plattner, Melina Tignor, Simon K. Allen, Judith Boschung et al. Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA. S. 9–10.	55
06I	CO ₂ -Emissionen seit 1750. Eigene Darstellung nach: IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2013: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Österreichisches Umweltbundesamt, ProClim, Bonn/Wien/Bern, 2014. Unter Mitarbeit von Thomas F. Stocker, Qin Dahe, Gian-Kasper Plattner, Melina Tignor, Simon K. Allen, Judith Boschung et al. Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA. S. 9–10.	55

- 071 Notwendige kumulative CO₂-Emissionen zur Erreichung des 2-Grad-Ziels. Eigene Darstellung nach: IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2013: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Österreichisches Umweltbundesamt, ProClim, Bonn/Wien/Bern, 2014. Unter Mitarbeit von Thomas F. Stocker, Qin Dahe, Gian-Kasper Plattner, Melina Tignor, Simon K. Allen, Judith Boschung et al. Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA. S. 27. 56
- 081 Zusammenfassung der Postwachstumskonzepte. Eigene Darstellung. 75
- 091 Einordnung der Autoren in die Debattenstränge des Postwachstums. Eigene Darstellung nach: Holzinger, Hans (2016): Wachstumsgrenzen. Die (Post-)Wachstumsdebatte in der aktuellen Fachliteratur. Hg. v. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Österreich (Ministerium für ein lebenswertes Österreich, Zukunftsdossier No. 6). S. 116–118. 77

4 Potentiale für Postwachstum in der Planung

- 101 Bestehende Ansätze von Postwachstum für die Planung. Eigene Darstellung. 91

5 Zwischenfazit: Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum

- 111 Zusammenfassung der Postwachstumskonzepte und mögliche Einflüsse der Stadtplanung. Eigene Darstellung. 95

6 Ansätze von Postwachstum in der Hamburger Stadtentwicklung

- 121 Bürger*innenbeteiligung in der Mitte Altona. Eigene Darstellung nach: Bezirksversammlung Altona (2012): Beschluss Inklusion Mitte Altona. <http://www.q-acht.net/altona/archiv/2012/2012-08-23-in-klusion-mitte-altona-beschluss.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. S. 1. Birzer, Markus; Gessenharter, Wolfgang (2010): Mitte Altona. Kommunikative Begleitung. Dialogische Interviews. Auswertung. Online verfügbar unter <https://www.hamburg.de/contentblob/3304168/8e9fd03be35a0bb4b631ccc0f54c23fc/data/auswertung-dialogische-interviews-19-8-2011.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2010): Wettbewerb MITTE ALTONA Dokumentation. <https://www.hamburg.de/contentblob/3304070/26e6466c61fa21727ea3ef392d2047da/data/dokumentation-staedtebaulich-landschaftsplanerischer-wettbewerb-d-k.pdf>, zuletzt geprüft am 17.07.2019. S. 13. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2011): Bürgerforum Mitte Altona 01. Dezember 2011. <https://www.hamburg.de/contentblob/3304208/61c1f394541dcc9854fbb5d6a88305e4/data/bsu-praesentation-buergerforum-1-12-2011.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2013): Bürgerforum Mitte Altona. 13. Juni 2013. Online verfügbar unter <https://www.hamburg.de/contentblob/4042470/032732614e58a05600412e0bbea25a37/data/bsu-praesentation-13-6-2013.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2013): Fundamente für ein neues Stück Stadt. Masterplan Mitte Altona. <https://www.hamburg.de/contentblob/3878498/6eb7b579840b36bec10a2b72f523dd01/data/broschuere-masterplan-mitte-altona.pdf>, zuletzt geprüft am 17.07.2019. S. 15. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2013d): Wettbewerb Park Mitte Altona Dokumentation. <https://www.hamburg.de/contentblob/4130714/1fc9c8a69619c3537cd0451bd79c6496/data/wettbewerbsdokumentation-park-mitte-altona.pdf>, zuletzt geprüft am 18.07.2019. S. 5. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014): Präsentation des städtebaulichen Vertrages – Abschlussveranstaltung im Infozentrum Harkortstraße, 18. Februar 2014. <https://www.hamburg.de/contentblob/4271460/a28272d9ad596ec17bda1c1a30ba1202/data/bsu-praesentation-18-2-2014.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) 126

(201c): Präsentation des städtebaulichen Vertrages – Auftaktveranstaltung im Infozentrum Harkortstraße, 16. Januar 2014. <https://www.hamburg.de/contentblob/4253104/1eca9f73a12e121d46ca5401887bc6d0/data/bsu-praesentation-16-1-2014.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014): Rückblick & Ausblick. Mitte Altona aktuell, Juni 2014. <https://www.hamburg.de/contentblob/4334476/ab963b4db1cf53f09c104eb7a0391603/data/zeitung-mitte-altona-aktuell-juni-2014.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. S. 7. BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2016): Parkplanung Mitte Altona. <https://www.hamburg.de/contentblob/7130490/073328d4bcee11f9bfb18e9c5b108773/data/161007-praesentation-bsw.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. hamburg.de, hamburg.de GmbH & Co. KG (Hg.) (2018): Bürgerdialog Veranstaltungsrückblick. <https://www.hamburg.de/veranstaltungsueckblick/>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. Koordinierungsgremium Mitte Altona (Hg.) (2012): Bürgergutachten zum „Masterplanentwurf Mitte Altona“. <http://altopia.blogspot.de/images/BrgergutachtenKGMitteAltona.pdf>, zuletzt geprüft am 25.08.2019. steg Hamburg mbH (Hg.) (2013): Integrierte Stadtteilentwicklung in Altona-Altstadt. Unter Mitarbeit von Eva Koch, Simon Kropshofer und Ludger Schmitz. Auftraggeber Bezirksamt Altona. Hamburg. Q8 Sozialraumorientierung (Hg.) (2019): Eine Mitte für Alle. <http://www.q-acht.net/altona/projekte/eine-mitte-fuer-alle.php>, zuletzt geprüft am 25.08.2019.

13 - 17 | Ansätze von Postwachstum in der Hamburger Stadtentwicklung. Eigene Darstellung.

164

Erklärung

Name, Vorname: Busch, Annika

Matrikel-Nr.: 6014805

Studiengang: Master Stadtplanung

Ich versichere, dass ich diese Masterthesis ohne fremde Hilfe selbständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind unter Angabe der Quellen kenntlich gemacht.

Hamburg, 18.10.2019

Ort, Datum

A. Busch

Unterschrift

Einführung

1.1 Begründung des Interesses	26
1.2 Stand des Wissens und Erkenntnisziel	26
1.3 Fragestellung	27
1.4 Begriffsklärungen und Abgrenzung des Themenfeldes	28
1.5 Aufbau der Arbeit	31

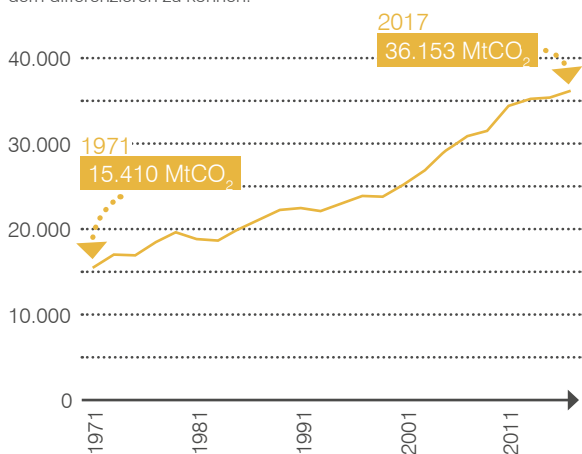
„Die Lage ist dramatisch, die Katastrophe ist nah, und sie kommt scheinbar unaufhaltsam näher. Aber noch ist es nicht zu spät, um alles abzuwenden. Es ist fünf vor zwölf. Aber das seit 25 Jahren.“ (Jauer 2019)

Die drohende Katastrophe, die in diesem Zitat angesprochen wird, ist die Klimakatastrophe – eine durch den Menschen gemachte Veränderung des globalen Klimas, die die Lebensgrundlage des Menschen auf der Erde gefährdet – und bereits 1979 auf der ersten Welt-Klimakonferenz diskutiert wurde (Leggewie 2019). Ohne erhebliche Veränderungen werden beispielsweise

- die globalen Erträge der Landwirtschaft zurückgehen, obwohl die Nachfrage steigt,
- erhöhte Anzahlen von Extremwetterereignissen die Wasserversorgung gefährden und
- tief liegende Gebiete durch den Meeresspiegelanstieg überflutet werden (IPCC 2013a: 6, 17, 20, 2013b: 3, 9; WBGU 2009)

Der Klimawandel wird dabei v.a. die Entwicklungs- und Schwellenländer treffen¹ – die besonders wenig zum Klimawandel beigetragen haben. Ebenso sind diese Regionen weniger in der Lage, auf die Folgen des Kli-

¹ In dieser Arbeit werden die Begriffspaare Industrienationen sowie Entwicklungs- und Schwellenländer verwendet. Diese unterteilen die Länder entsprechend des Sozialprodukts, der Arbeitsproduktivität, der Analphabetenquote sowie der Bedeutung der Landwirtschaft für die Wirtschaft in Kategorien ein (bpb 2016b). Zwar gibt es an dieser Einteilung Kritik, wie etwa, dass der Zustand der Industrienationen damit als wünschenswertes Entwicklungsziel für die Entwicklungs- und Schwellenländer betrachtet wird, allerdings ist für diese Arbeit diese Einteilung dennoch sinnvoll, um beim Lebensstandard in den verschiedenen Ländern differenzieren zu können.



011 Entwicklung der weltweiten CO₂-Emissionen, in MtCO₂ (eigene Darstellung nach: CDIAC 2017/UNFCC 2018/BP 2018/USG 2018, zit. n. GCP 2019)

mawandels zu reagieren. Doch auch in den Industrienationen werden die Folgen deutlich zu spüren sein, wie etwa durch die Extremwetterereignisse, die die Gesellschaft, aber auch einzelne Individuen gefährden, oder steigende Nahrungsmittelpreise im Zuge der weltweiten Knappheit, herbeigeführt durch Dürren als Folge des Klimawandels (WBGU 2009).

Und dennoch:

„Seit Anfang der Neunzigerjahre steigt der Ausstoß von Kohlendioxid unverändert an. Er entspricht heute noch der Kurve, die die Klimaforscher damals für den undenkbaren Fall berechnet haben, dass nichts unternommen wird, um den Ausstoß zu senken. All die Solaranlagen, Windräder und Elektroautos haben daran nichts geändert, weil zugleich auch der Energieverbrauch der Menschheit zunahm.“ (Jauer 2019)

Veränderungen, die zum Aufhalten des Klimawandels notwendig sind, finden also kaum statt. Entsprechende Maßnahmen fehlen: Das Klimaabkommen in Paris wird vereinbart, ohne dass daran gehalten wird, Deutschland setzt sich ambitionierte Ziele bis 2050, kann aber die bis 2020 schon nicht erreichen (Die Zeit 2017). Gleichzeitig werden in Deutschland im Jahr 2018 gemäß einer Studie des Bundesamtes für Naturschutz 16 Prozent der Haushaltsausgaben für natur- und klimaschädliche Subventionen verwendet (BfN 2019: 21; BMF 2018) und das 2019 beschlossene Klimapaket der Bundesregierungen steht in keinem Verhältnis zu den notwendigen Emissionseinsparungen (Götze 2019). Dieses Bild der theoretischen Bekennung zum Klimaschutz ohne entsprechende Maßnahmen findet sich auch auf regionaler Ebene, auf der beispielsweise Hamburg weiterhin den Hafen ausbauen möchte (HPA 2019). Das Ergebnis sind steigende CO₂-Emissionen weltweit, wie Abb. 01 zeigt, und auch in Deutschland werden diese nicht reduziert² (UBA 2019).

Derzeit kommt auf der gesamten Welt mit *Fridays for Future* eine Bewegung auf, die eben diese Entwicklung kritisiert. Gestartet wurde sie von der Schwedin Greta Thunberg – weiterentwickelt hat sich diese Bewegung inzwischen zu einem globalen Protest mit Demonstrationen in 150 Städten am 20. September 2019 (s. Abb. 02) (Grabitz et al. 2019). So fordert die Bewegung in Deutschland, auch unterstützt von den *Scientists for Fu-*

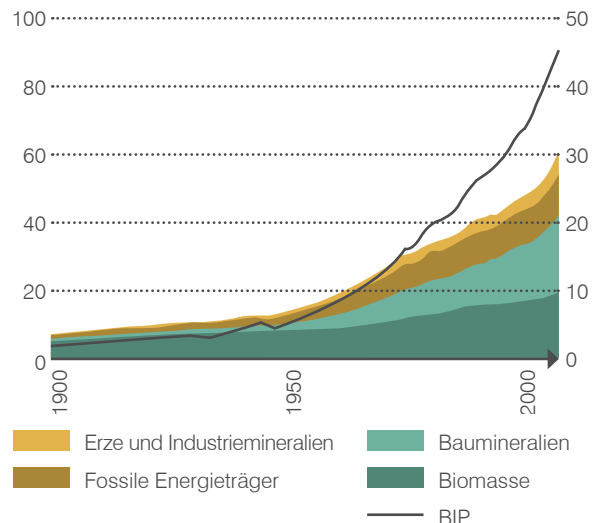
² Dass die Emissionen in Deutschland nicht ansteigen, ist auch lediglich auf die Verlagerung in andere Länder zurückzuführen, s. Exkurs 2, S. 61.

ture, etwa die Reduzierung der klimarelevanten Emissionen bis 2035 auf null, einhergehend mit einer hundertprozentig erneuerbaren Energieversorgung bis dahin (Hagedorn et al. 2019; Pohl 2019).

Deutlich wird: Der Klimawandel bedroht seit Langem die Menschheit, ohne dass entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden. Hier schließt sich unmittelbar die Frage an, welche Strategie tatsächlich wirksam ist, um die Emissionen im notwendigen Ausmaß zu reduzieren. Grundsätzlich gibt es hier zwei Thesen, die jeweils Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch in Beziehung setzen: das grüne Wachstum und das Postwachstum. Ersteres ordnet dem Kapitalismus entscheidende Potentiale zu, der durch seine Marktkräfte neue Technologien zur Reduktion der Emissionen hervorbringen könne (Petschow et al. 2018: 20, 37–38). Diese Strategie wird beispielsweise auch von der Partei Bündnis 90/Die Grünen verfolgt, die sogenanntes qualitatives Wachstum fordert (B90/Die Grünen 2019; Raether 2019). Das in dieser Arbeit betrachtete Postwachstum sieht dagegen in jenen Marktkräften den zentralen Grund dafür, dass die Kapazitäten des Planeten überschritten werden, da den wirtschaftlichen Zielsetzungen, insbesondere einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), alles untergeordnet wird (Jackson 2012: 38; Klein 2015a: 193; Wijkman/von Weizsäcker 2017: 195). Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum im Sinne einer BIP-Steigerung und dem Ressourcenverbrauch, erkennbar in Abb. 03, macht deutlich, dass ein steigendes BIP kaum zu sinkenden Ressourcenverbräuchen führen wird. Stattdessen beschreibt Postwachstum – neben dem Klimawandel auch aus anderen Gründen – die Idee, grundsätzlich das Wachstumsdiktat aufzubrechen, um tatsächliche Veränderungen in Bezug auf den Klimawandel zu ermöglichen.

Das Thema Postwachstum ist wegen seines Ansatzes, Grundlagen des bestehenden Wirtschaftens und Lebens aufzubrechen, ein Querschnittsthema. Es betrifft die gesamte Gesellschaft aufgrund der Tatsache, dass jede*r mit dem Wirtschaftssystem permanent über verschiedene Konsumtätigkeiten verbunden ist. Somit sind auch Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen und von unterschiedlichen Akteuren notwendig.

021 Klimastreik am 20. September 2019 in Hamburg (eigene Aufnahme)



031 Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum 1900–2005, linke Skala Materialgewinnung in Milliarden Tonnen, rechte Skala BIP in Billionen Internationale Dollar (eigene Darstellung nach: UNEP 2011, zit. n. Petschow et al. 2018, S. 90)

Einer der Themenbereiche, dem auch vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) erhebliche Potentiale zur Minderung von Treibhausgasemissionen zugeordnet wird (IPCC 2013c: 25), ist die Raumplanung. Diese kann als Querschnittsaufgabe zwischen verschiedenen Themenfeldern, aber auch zwischen verschiedenen Akteuren wie Bürger*innen, Wirtschaft und Politik verschiedene Veränderungen steuern. Direkte Einflussmöglichkeiten hat die Raumplanung z.B. über die Beeinflussung des Flächenverbrauchs oder des CO₂-intensiven Bauens mit Zement sowie über die Steuerung von Verkehrsthemen. Das Potential von Raumplanung im Postwachstum ist das Thema dieser Arbeit.

1.1 Begründung des Interesses

Die Thematik des Klimawandels ist für mich auch im Alltag präsent, so dass ich versuche, mein Verhalten etwa in Bezug auf den Konsum oder die Urlaubsgestaltung entsprechend anzupassen. Diesen Trend gibt es in einigen Teilen der Gesellschaft, z.B. mit der zunehmenden Produktion von Biolebensmitteln und fairer Mode oder dem Angebot von Unverpacktläden. Hiermit kann ich aber nur einen vergleichsweise kleinen Beitrag leisten, ergänzt durch politisches Engagement. Allerdings birgt auch die Raumplanung als Querschnittsaufgabe große Potentiale, an dieser Stelle aktiv zu werden.

Bei Planern*innen zeigt sich jedoch z.T. ein ähnlicher Widerspruch wie oben angeführt: Zwar existiert das Ziel des minimierten Flächenverbrauchs und des Schutzes ökologisch wertvoller Flächen und dennoch werden Projekte wie in Hamburg–Oberbillwerder entwickelt, die große Flächen versiegeln und 1.020.000m² Bruttogeschossfläche neu schaffen (BSW/IBA 2019) – alles unter einem erheblichen Ressourcenverbrauch. Hier scheint das Ziel des Wirtschafts– oder Bevölkerungswachstums mehr zu wiegen als der Klimaschutz.

Neben diesem Widerspruch stellt sich die grundsätzliche Frage, inwiefern Planung bisher dem Klimaschutz dient – oder ob nur oberflächliche, scheinbare Lösungen formuliert werden. Genauso wichtig ist aber auch zu eruieren, inwiefern Stadtplanung hier aktiv steuern kann. So stellt sich mir hier die Frage, inwiefern ich als Planerin zu einer Entwicklung in Richtung Postwachstum beitragen kann.

1.2 Stand des Wissens und Erkenntnisziel

Zum Themenfeld Postwachstum haben bereits einige Autoren*innen Konzepte verfasst, die beschreiben, wie sich Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Sinne des Postwachstums verändern müssen. Entscheidende Aspekte hierbei sind z.B. Veränderungen im Kreditwesen, Werbebeschränkungen, geringere Arbeitszeiten, mehr Selbstversorgung und Sharing-Konzepte sowie die längere Nutzung von Produkten. Bekannte Autoren*innen sind z.B. Niko Paech, Serge Latouche oder Tim Jackson. Weiterhin gibt es zahlreiche Autoren*innen, die herausstellen, dass das Wirtschaftssystem selbst verantwortlich für die Zerstörung des Planeten ist, wie etwa Klein (2015a). Darüber hinaus existieren auch in der Zivilgesellschaft zahlreiche Ideen, in lokalen Gemeinschaften „zukunftsfähige[...] Lebensweise[n]“ zu testen, wie die die Transition–Town–Initiativen (Transition Netzwerk e.V. 2019). Auch dies lässt sich in den Postwachstumsdiskurs einordnen.

Genauso existieren verschiedene Konzepte für die sogenannte nachhaltige Raumplanung. Dazu gehören beispielsweise die Leitbilder der europäischen Stadt und der Stadt der kurzen Wege, die im Sinne des Flächensparens und der Verkehrsreduzierung eine hohe Dichte fordern (BUMB 2007; Siebel 2010; UBA 2011). Ebenso ist der Begriff der Nachhaltigkeit in das Baugesetzbuch (BauGB), beispielsweise in § 1 Nr. 5 als Grundsatz der Bauleitplanung, und in das Raumordnungsgesetz (ROG) in § 2, den Grundsätzen der Raumordnung, integriert. Diese stellen Ansätze dar, die auch für eine Stadtplanung im Sinne des Postwachstums hilfreich sein können.

Wissenslücken lassen sich aber in der Verknüpfung von Postwachstum und Planung finden. So wird der Bedarf nach Konzepten erkannt (Schulze Dieckhoff/Lamker 2017), was sich auch in ersten Diskussionen darüber zeigt. 2019 fand ein Kongress der Akademie für Raumordnung und Landesplanung (ARL) mit 180 Expert*innen statt, in dem die Notwendigkeit der Entwicklung einer sogenannten Postwachstumsplanung unterstrichen wurde:

„Nehmen die Raumwissenschaften und die Planungspraxis begrenzte Ressourcen, die Klimakrise und Verlust der Artenvielfalt mit Blick auf Generationen– und damit Zukunftsgerechtigkeit ernst, muss Postwachstum als Leitbild für die Raumentwicklung entwickelt und systematisch mitgedacht werden. Das bisherige Wachstumsparadigma muss ergänzt und ersetzt werden.“ (Sondermann 2019)

Diese Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten, diese Wissenslücke in der Verknüpfung von Postwachstum und Raumplanung zu schließen.

Das Ziel der Arbeit ist zunächst, herauszufinden, inwiefern in der Stadtentwicklung bereits Ansätze von Postwachstum vorhanden sind. Dabei ist entscheidend, dass wie auch bei anderen ökologischen Problemen nicht eine Maßnahme durch eine vermeintlich nachhaltige Maßnahme ersetzt wird – beispielsweise ein „nachhaltiger“ Baustoff statt eines herkömmlichen verwendet wird –, sondern stattdessen möglicherweise komplett auf eine Maßnahme verzichtet wird. Dieser Gedankengang soll in der Arbeit zunächst bei der bestehenden Planungspraxis überprüft werden.

Um einen klaren räumlichen Bezug herzustellen, wird diese Analyse am Beispiel der Stadt Hamburg durchgeführt. So ist es möglich, ein gesamtstädtisches Leitbild auszuwerten sowie konkrete Projekte zu untersuchen. Daneben ist von Bedeutung, dass Hamburg eine Stadt mit einer steigenden wirtschaftlichen Entwicklung ist. Hier geht es also möglicherweise um ein bewusstes Bremsen dieser Entwicklung statt um einen Umgang mit einer ohnehin stattfindenden Entwicklung, wodurch sich die Bedingungen für eine Planung im Postwachstum vermutlich grundlegend von denen in schrumpfenden Räumen unterscheiden.

Weiterhin sollen mit der Arbeit erste Ideen aufgeführt werden, wie Stadtentwicklung im Postwachstum in einer Stadt wie Hamburg stattfinden kann. Dies soll einen ersten Anstoß für die Konzeption einer Postwachstumsstadt geben.

1.3 Fragestellung

Vor dem Hintergrund der dargestellten Problemlage und entsprechend des dargestellten Potentials von Planung, den Prozess zum Postwachstum mitzugestalten, gilt es, in dieser Arbeit die folgende Fragestellung zu beantworten:

Inwiefern sind in der Hamburger Stadtentwicklung Ansätze von Postwachstum im Sinne des Klimaschutzes vorzufinden und welchen Einfluss kann Stadtplanung nehmen, Postwachstum zu gestalten?

Die Fragestellung gliedert sich also in zwei Unterthemen auf. Hierbei geht es in einem ersten Teil um die Analyse des Stadtplanungshandelns in Hamburg anhand des Leitbildes der Stadtentwicklung sowie von fünf Beispielprojekten. Da davon ausgegangen wird, dass das Konzept Postwachstum bislang nicht im Bewusstsein der Planer*innen verankert ist, wird die Fragestellung entsprechend zurückhaltend in Bezug auf Ansätze formuliert. Somit geht es ausdrücklich darum, schon geringe Entwicklungen in Richtung Postwachstum positiv zu werten. Diese Ansätze gilt es dann, im zweiten Teil der Arbeit hin zu einem Konzept für die Postwachstumsstadt weiter zu entwickeln. In diesem werden mögliche Ideen und Konzepte aufgeführt, wie Stadtplanung entsprechend des Postwachstums aussehen kann. Diese sind dabei als erste Grundlagen für das Konzept einer Postwachstumsstadt zu verstehen, die in weiteren Arbeiten und Tests weiterentwickelt werden müssen.

1.4 Begriffsklärungen und Abgrenzung des Themenfeldes

Verschiedene Begriffe, die in der Arbeit verwendet werden, erfordern eine Definition, um deren Verständnis sicherzustellen. Ebenso ist es sinnvoll, die Nichtverwendung verschiedener Begriffe zu erläutern sowie die Fragestellung abzugrenzen. Dies geschieht im Folgenden.

Begriff Wachstum

Mit dem Begriff *Wachstum* werden verschiedene Aspekte assoziiert, die in Teilen mit in diese Arbeit hineinspielen. Neben dem in dieser Arbeit irrelevanten rein biologischen Wachsen existiert zunächst eine Definition bezogen auf die persönliche Entwicklung, die sich sowohl auf karrierebezogene als auch auf mentale Entwicklungen beziehen kann. Dies ist insofern für diese Arbeit von Bedeutung, als dass es Verknüpfungen zwischen dem Ziel des Wirtschaftswachstums und der eigenen Selbstoptimierung gibt. Da dies aber dahinterstehende psychische Prozesse betrifft, wird dieser Aspekt in der Arbeit nicht betrachtet.

Der mit dem Postwachstum verknüpfte Wachstumsbegriff bezieht sich dagegen auf ein Wirtschaftswachstum, das meist mit einer positiven Entwicklung des BIPs gleichgesetzt wird. Diese Zahl gilt als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung – wenn nicht sogar als grundsätzliche Bewertung für die Lage eines Staates. Dies wird vielfach kritisiert, wie in Kapitel 3.1.1 erläutert wird. In dieser Arbeit wird, auch aufgrund der entsprechenden Verwendung im Begriff *Postwachstum*, unter dem Begriff *Wachstum* oder *Wirtschaftswachstum* immer ein Wachstum des BIPs verstanden. Ist hingegen ein Bevölkerungswachstum gemeint, wird dies ausdrücklich betont. Auch wird die Priorisierung des Wachstumsziels kritisiert und gegenüber klimapolitischen Zielsetzungen hintenangestellt – allerdings wird nicht per se ein sinkendes BIP negativ bewertet. Die ausführliche Argumentation hierfür befindet sich in Kapitel 3.3.4.

Im Zusammenhang mit dem Thema Raumplanung ist des Weiteren das Missverständnis möglich, das Wachstumsthema auf das Bevölkerungswachstum oder das Flächenwachstum zu reduzieren. Hierbei ist wichtig zu betonen, dass zwar Zusammenhänge bestehen – mehr Bevölkerung bedeutet im Durchschnitt auch ein höheres BIP und mehr Flächenverbrauch höhere ökologische Belastungen – aber beide Aspekte auch in

Bezug auf die Planung nicht gleichzusetzen sind. So ist für diese Arbeit eine positive Bevölkerungsentwicklung nicht grundsätzlich negativ zu bewerten, allerdings ist sie auch nicht anzustreben oder gezielt herbeizuführen. Ein hoher Flächenverbrauch wird in dieser Arbeit dagegen negativ gewertet, allerdings ist auch dieser nicht der zentrale Indikator zur Bewertung des Postwachstums.

Begriff Planung

Im Allgemeinen wird Planung als der „gestaltende[...] Vorgriff auf die Zukunft“ (van Laak 2010) verstanden, wobei hier sowohl der Begriff Planen im Sinne des Prozesses relevant ist, als auch der Begriff des Plans als Ergebnis zur Realisierung (Albers/Wekel 2017: 11). *Raumplanung* ist hier der relevante Überbegriff, der sich in die Unterkategorien Fachplanung mit beispielsweise der Landschafts- oder Verkehrsplanung sowie Querschnittsplanung mit Stadt- oder Regionalplanung gliedert (Selle 2006: 28). Für diese Arbeit ist die *Stadtplanung* als für die Stadt Hamburg relevante Kategorie der Querschnittsplanung relevant, so dass im Folgenden unter dem Begriff Planung immer die Stadtplanung verstanden wird.

Die Stadtplanung bezieht sich immer auf einen Raum – also eine Stadt oder eine Gemeinde. Klassischerweise werden die gesetzlich geregelten Verfahren durch die öffentliche Hand durchgeführt, die somit privates Handeln steuert. Hierfür werden Pläne auf unterschiedlichen Maßstabsebenen entwickelt, die z.T. Bindungswirkung besitzen (Selle 2006: 27). Planung dient dabei einer „den menschlichen Bedürfnissen entsprechende[n] Ordnung des räumlichen Zusammenlebens“ (Albers/Wekel 2017: 11) und gestaltet die Nutzung des Bodens und die Ausgestaltung der Gebäude und Freiräume, da davon ausgegangen wird, dass eine vollkommen freie Nutzung des Bodens Nachteile verschiedener Art ergäbe (ebd.: 12). Formelle Instrumente, die diesen Zielsetzungen auf der Ebene der Gemeinde oder der Stadt dienen, sind der Flächennutzungsplan und der dadurch beeinflusste Bebauungsplan, der wiederum verbindliche Vorgaben für die Bebauung schafft.

Stadtplanung bewegt sich in verschiedenen Spannungsfeldern, beispielsweise im ideologischen Konflikt zwischen Links und Rechts. So greife Planung aus der einen Perspektive sinnvoll und nach wissenschaftlichen Grundsätzen in das Marktgeschehen ein oder es

schränke aus der anderen das Wirken des Marktes und damit möglicherweise die Freiheit ein. Dennoch wird mit Planung auch immer die Herbeiführung eines Gesellschaftsideals verbunden, wodurch negative Assoziationen beispielsweise zum Nationalsozialismus auftreten können (van Laak 2010). Insgesamt darf Planung also einerseits nicht die Freiheit des Einzelnen zu stark einschränken, soll aber andererseits das Wohl der Allgemeinheit sichern. Dieses Wohl der Allgemeinheit kann, sofern gesetzliche Grundlagen vorhanden sind, auch Eingriffe in das Eigentumsrecht des Einzelnen rechtfertigen (Albers/Wekel 2017: 12).

Die Aufgabe von Stadtplanung entwickelte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts von der reinen Vorbereitung einer Nutzungs- und Bebauungsstruktur durch die öffentliche Hand weiter. So beeinflusst Planung heute auch direkt die Stadtentwicklung, etwa durch Programme für benachteiligte Stadtquartiere, Wohnungspolitik oder Stadtentwicklungsprogramme (Selle 2006: 28–29), hat allerdings angesichts der Erkenntnis, dass Zukunft nicht immer planbar ist, ebenso an Einfluss verloren (Albers/Wekel 2017: 7). So reduzierte sich der zeitliche Horizont für Planung, die nun pragmatisch und schrittweise stattfindet. Dieses Vorgehen ist deutlich komplexer und weniger stringent geworden. Es akzeptiert die Tatsache, dass kein Idealzustand von Stadt auf irgendeine Art und Weise festgeschrieben werden kann, und es wird durch deutlich mehr Akteure geleistet (Jonas 2009: 387; van Laak 2010). So findet Stadtentwicklung nicht nur durch öffentliche Akteure statt, sondern genauso durch Investoren, private Haushalte oder Vereine und Initiativen unterschiedlicher Art, die Verantwortung übernehmen, aber ebenfalls Ansprüche erheben. Diese Vielfalt an Akteuren führt häufig zu Partnerschaften in der Stadtentwicklung, wie beispielsweise über Public Private Partnerships, die z.T. sogar die Kernaufgabe öffentlicher Planung – die Gestaltung öffentlicher Räume – übernehmen (Selle 2006: 29, 34).

Diese Vielfalt, die in die Stadtentwicklung Einzug gehalten hat, birgt großes Potential, aber ebenso Herausforderungen. Diese sind insbesondere angesichts globaler Krisen wie dem Klimawandel relevant, der eine langfristige Steuerung erfordert (Jonas 2009: 386).

Begriff Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist wichtiger Bestandteil der in dieser Arbeit vorgestellten Idee des Postwachstums. Das Denken und Handeln von Menschen sollte, statt auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtet zu sein, langfristige Wirkungen berücksichtigen – v.a. unter der Prämisse, dass die Erde inklusive ihrer Ressourcen heute nicht so ausgebeutet werden sollten, dass sie in Zukunft nicht mehr bewohnbar ist. Allerdings wurde der Begriff Nachhaltigkeit so häufig genutzt, dass er inzwischen abgenutzt scheint oder auch in falschen Zusammenhängen verwendet wird. Die Annahme, dass beispielsweise ein Produkt wie Kaffee kapseln „nachhaltig“ sein kann, ganz unabhängig davon, in welchem Ausmaß es genutzt wird (Paech 2016: 97), unterstreicht diese Problematik. Ebenso hier einzuordnen sind mit der Stadtplanung verwandte Ziele wie etwa, Gebäude zu dämmen, dabei aber keine ökologischen Baustoffe zu verwenden (Diermann 2016). Dementsprechend wird der Begriff der Nachhaltigkeit in seiner ursprünglichen Bedeutung auch im Sinne dieser Arbeit als hilfreich eingeordnet, wird aber aufgrund seines übermäßigen Gebrauchs in falschen Kontexten nicht verwendet.

Kapitalismus vs. Kommunismus

Bei der Diskussion um starke Eingriffe in die Wirtschaft taucht stets die Diskussion auf, ob es sich dabei um einen Systemwandel vom Kapitalismus zum Kommunismus handele. So ist die Kritik an der aktuell vorherrschenden Form des Kapitalismus zentrales Argument für das Postwachstum, wie es auch in der Arbeit erörtert wird. Grundlegende Veränderungen des Kapitalismus werden also von den Vertreter*innen des Postwachstums als notwendig erachtet. Eine solche Transformation ist allerdings grundsätzlicherer Art und damit außerhalb des Einflusses von Planung. Stattdessen kann es in dieser Arbeit lediglich darum gehen, welchen Beitrag die Planung zu einer Veränderung des Kapitalismus leisten kann – inwiefern sich dies einordnet in einen größeren Prozess des Umbruchs, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden.

Abgrenzung übergeordnete Regelungen

Die Leistung dieser Arbeit bezieht sich auf die Einflussmöglichkeiten von Stadtplanung auf die Transformation zum Postwachstum. Mit dieser Transformation müssen aber auch deutlich mehr Veränderungen einhergehen, als es Planung beeinflussen kann. Hierzu gehören sowohl übergeordnete Entscheidungen zu Wirtschafts- und Politikformen als auch Konzeptionen der Raumordnung oder gesetzliche Regelungen im Rahmen der Raumplanung. All diese Veränderungen sind ebenso notwendig, um Postwachstum herbeizuführen – die Konzeption dessen geht allerdings über die Fragestellung dieser Arbeit hinaus. Somit wird mit dieser Arbeit ein Teilbereich der notwendigen Veränderungen abgedeckt, der im Zusammenspiel mit anderen Entwicklungen eine Transformation zum Postwachstum steuern kann.

Abgrenzung Raumtypologien

Wie dargelegt, bezieht sich diese Arbeit auf die Freie und Hansestadt Hamburg. Damit sind Raumtypologien in Bezug auf zwei Faktoren in dieser Arbeit berücksichtigt: Großstädte sowie Räume mit steigenden Bevölkerungszahlen. Beides beeinflusst die Analyse und auch das Konzept immens. Somit sind die Ergebnisse dieser Arbeit weder auf ländliche Räume noch auf Gebiete mit sinkenden Bevölkerungszahlen zu übertragen.

Kommunikationsleistung der Arbeit

Im Laufe des Prozesses zur Entwicklung der Fragestellung dieser Arbeit musste eine Entscheidung getroffen werden, inwiefern die Analyse des bestehenden oder die Konzeption des zukünftigen stadtplanerischen Handelns im Vordergrund steht. So ist auf der einen Seite der erhebliche Forschungsbedarf bei der Evaluation von Planung im Sinne einer Analyse zu nennen, die grundlegend für die Entwicklung eines Konzeptes ist. Auf der anderen Seite ist zur Gestaltung solch umfassender Transformationsprozesse auch eine erhebliche Kommunikationsleistung notwendig. So wird ein Wandel zum Postwachstum kaum stattfinden, wenn der Fokus auf einer Analyse – die oftmals das eigene Handeln lediglich kritisiert – liegt. Stattdessen ist hier eine Kommunikation möglicher positiver Entwicklungen notwendig, die eine Transformation attraktiv macht.

Aus diesem Grund wurde sich dagegen entschieden, sich allein auf eine Analyse zu konzentrieren, was beispielsweise zur Folge hatte, dass lediglich eine Stadt analysiert wurde. So verbirgt sich hier die Hoffnung, dass mit der Arbeit bei Planern*innen ein doppelter Effekt auftritt: das Hinterfragen des eigenen Handelns durch die Erkenntnisse dieser Analyse, aber auch die Ermunterung, das eigene Handeln angesichts attraktiver, im Konzept dargestellter Veränderungen, zu anzupassen. Dieser Zielsetzung folgt auch die Darstellung des Konzeptes dieser Arbeit.

1.5 Aufbau der Arbeit

Zur Beantwortung der Fragestellung gliedert sich diese Arbeit nach der Darstellung der Methodik (Kapitel 2) in drei Hauptteile auf (s. Abb. 04): die Darstellung der theoretischen Konzepte (Kapitel 3, 4 und 5), die Analyse der Beispielprojekte der Hamburger Stadtentwicklung (Kapitel 6) und die Konzeption für die Postwachstumsstadt Hamburg (Kapitel 7). Die Inhalte der jeweiligen Kapitel werden im Folgenden kurz erläutert.

In der **Methodik** werden die grundsätzlichen Entscheidungen zum methodischen Vorgehen sowie die ersten Schritte mit der Auswahl von Beispielprojekten, der Literaturrecherche und Beobachtungen erläutert. Der Hauptteil des methodischen Vorgehens – Interviews sowie die Inhaltsanalyse – werden im Anschluss erläutert, bevor das Vorgehen im konzeptionellen Teil beschrieben und das Vorgehen reflektiert wird.

Im darauffolgenden Kapitel wird das **Konzept des Postwachstums** samt Gründen dafür und den entgegenstehenden Hemmnissen erläutert. Im Anschluss folgt die Darstellung ausgewählter Konzepte für das Postwachstum als Grundlage für die Arbeit, bevor die Kritik am Postwachstum dargelegt wird.

Welche Potentiale die **Planung im Postwachstum** besitzt, ist Gegenstand des Kapitels danach. Grundlegend hierfür ist zunächst die Darstellung der bestehenden Wachstumsfixierung in der Planung, woraufhin die Planungsprinzipien mit Bezug zum Postwachstum dargelegt werden.

In einem **Zwischenfazit** werden danach die beiden vorangegangenen Kapitel zusammengeführt. Zentrales Ergebnis dessen ist die Erstellung von Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum als Grundlage für die Analyse.

So wird im Folgenden der erste Teil der Fragestellung beantwortet, indem, nachdem zunächst einige statistische Kennzahlen für die Stadt Hamburg dargelegt werden, ermittelt wird, inwiefern in den Beispielprojekten **Ansätze von Postwachstum** vorhanden sind. Zu den Beispielprojekten, die mithilfe der aufgestellten Kriterien untersucht werden, gehören

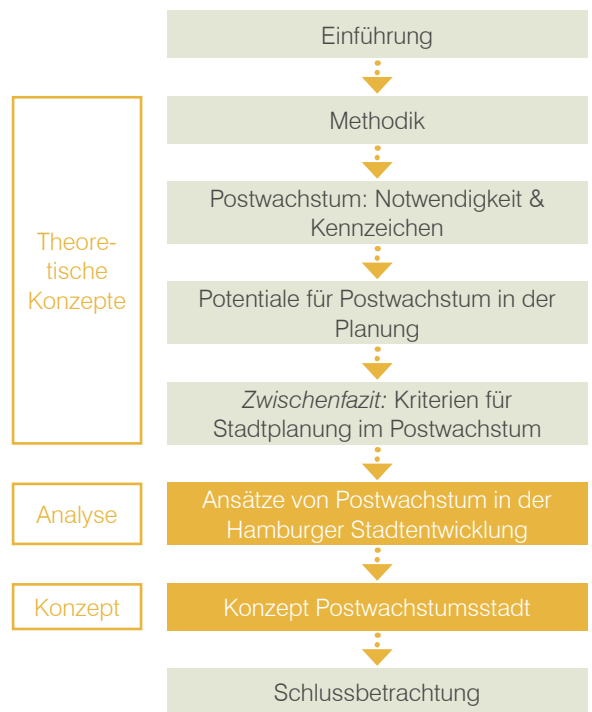
- _ das Leitbild der Stadtentwicklung für Hamburg³,
- _ die Mitte Altona,
- _ das Quartier 21,

³ Der Einfachheit halber wird das Leitbild der Stadtentwicklung in dieser Arbeit ebenso als Beispielprojekt bezeichnet.

- _ die Schanzenhöfe und
- _ das Gebiet Soziale Stadt Altona–Altstadt, im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)

Darauf aufbauend wird das Konzept für die **Postwachstumsstadt** dargelegt. Hierfür werden zunächst einige Impulse für deren Konzeption erläutert, bevor in Form eines Kataloges verschiedene Überlegungen aufgeführt werden, um anhand derer den zweiten Teil der Fragestellung zu beantworten.

Abgeschlossen wird die Arbeit mit einer **Schlussbetrachtung**. In diesem wird die Fragestellung final beantwortet, die Arbeit reflektiert sowie ein Ausblick gegeben.



04| Aufbau der Arbeit (eigene Darstellung)

Methodik

2.1 Grundsätzliche Entscheidungen zum methodischen Vorgehen	34
2.2 Beispielprojekte	37
2.3 Literaturrecherche und Erstellung von Kategorien und Kriterien	38
2.4 Beobachtungen	39
2.5 Interviews	39
2.6 Inhaltsanalyse	43
2.7 Konzept Postwachstumsstadt Hamburg	44
2.8 Reflexion und Probleme	44

Die vorliegende Arbeit gliederte sich in zwei Fragestellungen einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung, die sich in ihrem Ziel, ihrem Vorgehen und ihrer Methodik unterscheiden. So sollte auf der einen Seite die Frage beantwortet werden, inwiefern in verschiedenen ausgewählten Beispielprojekten der Hamburger Stadtentwicklung Ansätze von Postwachstum vorhanden sind. Hier stand also eine strukturierte Analyse im Vordergrund. Auf der anderen Seite sollte ein Konzept entwickelt werden, das erste Ideen für Stadtplanung im Sinne des Postwachstums beinhaltet. Dieser Teil der Arbeit beruhte auf den Erkenntnissen des ersten Teils, die um Impulse verschiedener Beispiele ergänzt wurden, war aber im Gegensatz zur strukturierten Analyse im ersten Teil v.a. eine kreative Leistung.

Zunächst werden grundlegende Entscheidungen zum methodischen Vorgehen beschrieben. Im Anschluss wird die Auswahl der Beispielprojekte erläutert sowie die Literaturrecherche dargestellt, bei der ein System aus Kategorien und Kriterien als Ergebnis die Grundlage für das weitere Vorgehen darstellt. Beobachtungen und v.a. Interviews als zentrale Erhebungsinstrumente werden im weiteren Verlauf erläutert, bevor mit der Inhaltsanalyse deren Auswertung beschrieben wird. Zum Abschluss wird das Vorgehen im konzeptionellen Teil erläutert sowie die Methodik reflektiert.

2.1 Grundsätzliche Entscheidungen zum methodischen Vorgehen

Zur Bearbeitung der Fragestellung mussten verschiedene grundsätzliche Entscheidungen zum methodischen Vorgehen getroffen werden. Hierzu gehörten die Wahl eines qualitativen Vorgehens inklusiver bestimmter daraus abgeleiteter Gütekriterien, das Ziel der Arbeit inklusive der Fragestellung, das Forschungsdesign und die Phasen des Vorgehens. Diese stellen die Basis für diese Arbeit dar und bestimmten entscheidend das Vorgehen.

Qualitatives Vorgehen

Bei der Wahl zwischen einem quantitativen oder einem qualitativen Vorgehen sind im Themenfeld zunächst einige Faktoren relevant, die sich quantitativ beschreiben lassen. Hierzu zählen etwa der Ressourcenverbrauch und das Wirtschaftswachstum in Form der herkömmlichen Messmethode des BIP. Auch stärker auf die Stadtplanung bezogene Faktoren lassen sich quantita-

tiv messen oder sogar steuern, wie etwa das Flächenwachstum, Neubauvolumina oder Bevölkerungsentwicklungen.

Allerdings bieten diese rein quantitativen Daten keine ausreichende Grundlage, um konkrete Handlungserfordernisse im Sinne des Postwachstums zu identifizieren. Stattdessen erfolgen solche Entscheidungen nach qualitativen Beurteilungen. So ist die politische Machbarkeit eine entscheidende Frage und die Priorisierung verschiedener Ziele nur auf qualitative Art und Weise möglich, da Grundlage hierfür immer verschiedene gesellschaftliche Werte sind (IPCC 2013c: 3). Die Abwägung zwischen verschiedenen Zielsetzungen – das zentrale Instrument bei Entscheidungen in der Planung – ist immer ein qualitativer Prozess. Weiterhin sind auch viele Vorgaben durch die Stadtplanung qualitativer Natur, wie etwa zur Art der baulichen Nutzung, bei informellen Plänen wie Leitbildern oder auch Instrumenten der Städtebauförderung. So ist diese Arbeit insgesamt sogar als Kritik an der vorherrschenden Herangehensweise aus rein quantitativen Beweggründen – dem Ziel eines steigenden BIP, ungeachtet negativer, eher qualitativ zu beschreibenden Folgen, wie etwa Umweltverschmutzung – zu verstehen (s. Kapitel 3.1.1).

Zusätzlich wäre für ein quantitatives Vorgehen ein größeres Vorverständnis von Stadtplanung im Postwachstum notwendig. Allerdings bestehen bisher keine Konzepte hierzu (s. Kapitel 4.3). Vielmehr trägt die Arbeit eher dazu bei, Grundlagenarbeit auf diesem Gebiet zu leisten. Auch aus diesem Grund ist ein qualitatives Vorgehen, das offen für Neues ist, sinnvoll (Flick et al. 2017: 17).

Gütekriterien des qualitativen Vorgehens

Um die Qualität der Ergebnisse sicherzustellen, sind verschiedene Grundsätze beim Vorgehen einzuhalten. Entscheidendes übergeordnetes Kriterium ist die intersubjektive Nachvollziehbarkeit, über die der Forschungsprozess transparent gemacht wird. Anstelle der intersubjektiven Überprüfbarkeit aus den quantitativen Methoden (Steinke 2017: 324–325) wird so der Tatsache Rechnung getragen, dass insbesondere in der qualitativen Forschung objektive Ergebnisse nicht möglich sind. Daher ist es notwendig, die ohnehin vorhandene Subjektivität zu kontrollieren und reflektieren, um den wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen (Helfferich

2019: 683). Verschiedene Wege, die zur Dokumentation des Forschungsprozesses in diesem Sinne in dieser Arbeit angewandt wurden, sind:

- _ die Dokumentation des Vorverständnisses der Thematik, um so mögliche Einflüsse auf die Arbeit transparent zu machen,
- _ die Dokumentation der Methoden für die Erhebung und des Kontexts, wie etwa die Darstellung der Interviewmethode,
- _ die Dokumentation der Transkriptionsregeln, des Vorgehens zur Auswertung und der Quellen sowie
- _ die Dokumentation der verschiedenen Entscheidungen, die getroffen wurden, sowie der Probleme, die auftraten und bewältigt werden mussten (Steinke 2017: 324–325).

Dieses wird mit dem vorliegenden Kapitel der Arbeit, der Einführung und den Reflexionen zum Abschluss verschiedener Kapitel geleistet, in denen das Vorgehen transparent dargestellt und reflektiert wird.

Darüber hinaus sind bei der Erhebung verschiedene Gütekriterien anzustreben: die Objektivität, die Reliabilität und die Validität. Unter Objektivität wird verstanden, dass die Ergebnisse von der Person, die sie erhebt und auswertet, unabhängig sind. Die Reliabilität beschreibt die Reproduzierbarkeit der Ergebnisse. Die Validität betrifft die Zweckmäßigkeit der durchgeführten Analyse – also im Fall dieser Arbeit, ob die gewählten Beispielprojekte zur Beantwortung der Fragestellung und die Kriterien zur Analyse dieser zweckmäßig sind (Diekmann 2009: 249–258). Diese drei Gütekriterien sind als anzustrebende Ideale zu verstehen. Folglich ist ein Einfluss des Forschenden nicht vollständig vermeidbar und auch die Auswahl der Beispielprojekte wird die Ergebnisse der Arbeit immer bestimmen.

Ziel der Arbeit und Fragestellung

Wie bereits genannt, beschränkt sich das bestehende Wissen für diese Arbeit auf die Grundlagen des Postwachstums aus der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Perspektive. Zusätzlich verfolgt die Stadtplanung bereits zahlreiche klimapolitisch motivierte Ziele, wie in Kapitel 1 angeführt, die allerdings nicht zu einer Strategie des Postwachstums zusammengeführt werden. Dementsprechend schafft diese Arbeit Grundlagen und liefert neues Wissen, das durch weitere Arbeiten vertieft werden muss.

Diekmann führt vier mögliche Ziele sozialwissenschaftlicher Untersuchungen an: explorative Untersuchungen, deskriptive Untersuchungen, die Prüfung von Hypothesen und Theorien sowie Evaluationsstudien. Diese Arbeit lässt sich als explorative Untersuchung charakterisieren, bei der „der soziale Bereich, den es zu erforschen gilt, relativ unbekannt ist und nur recht vage oder gar keine spezifischen Vermutungen [...] vorliegen“ (ebd.: 33–34).

Dabei verfolgt die Arbeit einen Mittelweg zwischen Forschung und Gestaltung. Einerseits ist das Konzept des Postwachstums eher ein theoretisches und damit die Grundlage für diese Arbeit eine forschende. Andererseits sind aber Analyse und Konzept dieser Arbeit konkret auf einen Raum und auf die Umsetzung bezogen. Damit liegt der Fokus dieser Arbeit auf der Gestaltung, ist aber v.a. durch die Verknüpfung dieser beiden Zielsetzungen gekennzeichnet.

Die Fragestellung, wie bereits in der Einleitung genannt, lautet:

Inwiefern sind in der Hamburger Stadtentwicklung Ansätze von Postwachstum im Sinne des Klimaschutzes vorzufinden und welchen Einfluss kann Stadtplanung nehmen, Postwachstum zu gestalten?

Entsprechend des unerforschten Themenfeldes hat auch die Fragestellung das Ziel, etwas Neues zu entdecken, was auch in ihrer Formulierung deutlich wird. Damit unterscheidet sie sich von anderen Fragestellungen, die vorhandene Hypothesen be- oder widerlegen sollen (Flick 2017: 258–259).

Forschungsdesign

Weiterhin stellt sich die Frage nach dem konkreten Forschungsdesign, worunter die

„Planung einer Untersuchung [...] [verstanden wird] – wie sollen Datenerhebung und –analyse konzipiert und wie die Auswahl empirischen ‚Materials‘ (Situationen, Fälle, Personen etc.) gestaltet werden, damit die Fragestellung der Untersuchung beantwortet und dies auch in der zur Verfügung stehenden Zeit und mit den vorhandenen Mitteln erreicht werden kann?“ (ebd.: 252).

Flick nennt verschiedene **Basisdesigns**: Fallstudien,

Vergleichsstudien, retrospektive Studien, Momentaufnahmen, Zustands- und Prozessanalysen und Längsschnittstudien. Diese Arbeit ist als Vergleichsstudie einzuordnen, die statt der Betrachtung eines Falls die Betrachtung zahlreicher Fälle in Bezug auf einzelne Ausschnitte zum Ziel hat (ebd.: 253–254). So wurden in dieser Arbeit verschiedene Beispielprojekte, jeweils im Hinblick auf verschiedene Kriterien entsprechend des Themas Postwachstum, analysiert. Zusätzlich lässt sich das Forschungsdesign dieser Arbeit als Querschnittsdesign – in Abgrenzung zum Trend- und Paneldesign – bezeichnen. Hierunter wird verstanden, dass die Datenerhebung lediglich einmalig stattfindet (Diekmann 2009: 304–305).

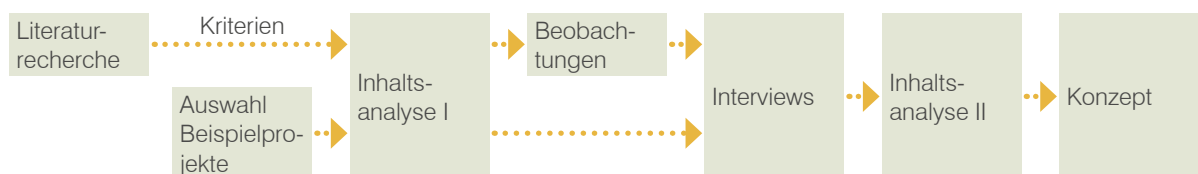
Das Forschungsdesign ist als **lockeres Design** einzuordnen: Die Begriffe sind eher weit gefasst und das methodische Vorgehen weniger festgelegt. Dies ist sinnvoll, da „neue Felder erforscht werden und die theoretischen Konstrukte und Begriffe relativ wenig entwickelt sind“ (Flick 2017: 261). So ist eine Offenheit gegenüber verschiedenen Ergebnissen und Begriffen möglich, um auch jene Ergebnisse zu entdecken, die außerhalb eines genau abgesteckten methodischen Vorgehens liegen.

Diese Arbeit beruhte in der **Analysephase** methodisch auf den zwei Grundpfeilern des Interviews sowie der Inhaltsanalyse, die in Kapitel 2.5 und 2.6 genauer erläutert werden. Hierbei rahmt die Inhaltsanalyse die Phase der Interviews. So fand zunächst eine erste Inhaltsanalyse bestehender Dokumente zu den Beispielprojekten statt, die sich auf die aus der Theorie ermittelten Kriterien (s. Kapitel 5) bezieht. Diese ersten Erkenntnisse wurden durch eine einfache Beobachtung vor Ort überprüft. Auf dieser Grundlage wurden die Interviews vorbereitet, in denen die Erkenntnisse aus der ersten Inhaltsanalyse überprüft, fehlende Informationen erfragt sowie Nachfragen zu den Beobachtungen gestellt wurden. Diese Interviews wurden wiederum mit der Methode der Inhaltsanalyse ausgewertet.

In der **Konzeptphase** war das Vorgehen dagegen weniger strukturiert. Vielmehr wurden einzelne Aspekte, die für ein Konzept in der Analyse oder durch die Bearbeitung der Theorie für ein Konzept interessant erschienen, vertieft. Dies geschah über die Entwicklung von Impulsen, die eine kurze Analyse verschiedener Beispielprojekte oder Instrumente mit Blick auf die Übertragungsmöglichkeiten auf ein Konzept für die Postwachstumsstadt beinhaltete. Auf dieser Grundlage wurden im Folgenden in der Form eines Katalogs Überlegungen für eben jenes Konzept formuliert.

Phasen

Zusammengefasst gliederte sich die dargestellte Methodik dieser Arbeit in verschiedene Phasen, die in Abb. 05 dargestellt sind. Der Einstieg wurde durch eine intensive Literaturrecherche geleistet, so dass die Grundlage für die Analyse in Form eines Kriterienkataloges gestellt werden konnte. Weitere Vorarbeit für die Analyse war die Auswahl von Beispielprojekten. Mit einer ersten Inhaltsanalyse wurde der erste Schritt der Analyse geleistet, mit der auch die Vorbereitung der Interviews, ergänzt durch kleine Beobachtungen, möglich wurde. Nach der Durchführung der Interviews als zentrale Erhebungsphase wurde das Material ausgewertet, die zweite Inhaltsanalyse durchgeführt und so der erste Teil der Fragestellung beantwortet. Mit den Erkenntnissen aus dieser Analyse sowie weiteren aus der Untersuchung von Impulsen wurde im Anschluss ein erstes Konzept für die Hamburger Stadtentwicklung im Postwachstum erarbeitet, das verschiedene Überlegungen für die Postwachstumsstadt beinhaltet.



051 Phasen des methodischen Vorgehens (eigene Darstellung)

2.2 Beispielprojekte

Die Auswahl der Beispielprojekte für diese Arbeit erfolgte nach bestimmten Kriterien. Hierbei waren zunächst einige Grundannahmen von Bedeutung, die alle Projekte vereinen. Dies betraf die zentrale Lage der Projekte, da andere aufgrund der bekannten Nachteile von Suburbanisierung per se als nicht hilfreich in Bezug auf Postwachstum einzuschätzen sind. Gleiches galt für die Integration von Bestand, da reines Neubauen ebenso kritisch einzuschätzen ist. Alle Projekte sollten auch zumindest in Teilen realisiert sein, um auch über die Planung hinaus umgesetzte Ergebnisse betrachten zu können.

Diese Grundannahmen berücksichtigend, war ausschlaggebend, dass im Sinne einer Vergleichsstudie möglichst unterschiedliche Beispielprojekte ausgewählt werden, um so eine „maximale Variation“ abbilden zu können (Flick 2017: 260). Aus diesem Grund unterscheiden sich die Beispielprojekte in Bezug auf diese Faktoren:

- _ Die Art der Nutzung
- _ Die Größe der Projekte
- _ Die Herangehensweise der Planung, die von einer konkreten Bauprojektbezogenheit bis zu einer vorgeplanten Steuerung wie bei einem RISE-Projekt reicht
- _ Das Ausmaß der Integration von Bestandsgebäuden

Durch die Unterschiedlichkeit der Beispielprojekte war zu vermuten, dass die Ergebnisse sehr vielseitig widerspiegeln, wie Postwachstum in der Stadtplanung aussehen kann – oder nicht darf. So ergab sich insbesondere für die Weiterarbeit auf der konzeptionellen Ebene eine Vielzahl von Ideen, die im Postwachstum eine Rolle spielen können. Ebenso wurde aber durch die Unterschiedlichkeit der Beispielprojekte deutlich, dass ein Vergleich dieser kaum möglich ist. So war das Ziel der Arbeit wie aufgeführt weniger, verschiedene Beispielprojekte zu vergleichen, sondern möglichst unterschiedliche Ansätze für Postwachstum in der Planung zu identifizieren.

Es ergab sich die folgende Zusammenstellung der Beispielprojekte:

- _ Das Leitbild der Stadtentwicklung¹,
- _ die Mitte Altona,
- _ das Quartier 21,
- _ die Schanzenhöfe und
- _ das RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona–Altstadt.

Insgesamt spielte sich die Auswahl der Beispielprojekte im Spannungsfeld zwischen einer anzunehmenden Beispielhaftigkeit eines Projektes für die Hamburger Stadtentwicklung und einer ersten Annahme, ob das Projekt in Bezug auf Postwachstum sinnvolle Ansätze aufweisen kann, ab. So sollte sich Beides auf eine Art und Weise in der Auswahl widerspiegeln, war aber kaum in einem Projekt zu vereinen, so dass sich auch hier die Beispiele unterscheiden: So stellt die Mitte Altona mit ihrem Fokus auf Wohnungsbau in großem Stil ein Projekt dar, das beispielhaft für die Hamburger Stadtentwicklung sein kann, während die Schanzenhöfe oder das Quartier 21 aufgrund der Umnutzung von Bestand – der ersten Vermutung nach – Ansätze für Postwachstum in der Stadtentwicklung aufweisen können.

Die Analyse der Beispielprojekte wurde, wie bereits erwähnt, auf der Basis von Interviews und einer Analyse von Dokumenten durchgeführt. Entsprechend der Unterschiedlichkeit der Projekte unterscheiden sich auch die Dokumente, die untersucht wurden, in ihrer Anzahl und ihrer Art. Die hauptsächlich untersuchten Dokumente sind der Tabelle 01 zu entnehmen.

¹ Ursprünglich sollte neben dem Leitbild der Stadtentwicklung auch das räumliche Leitbild in die Analyse einbezogen werden, da diese häufig als gleichberechtigt geltende Vorstellungen präsentiert werden. Im Interview wurde allerdings aufgeklärt, dass das neuere Leitbild der Stadtentwicklung das ältere Leitbild abgelöst habe (Sempell 12.07.2019). Dementsprechend ist eine Analyse des alten für diese Arbeit irrelevant.

2.3 Literaturrecherche und Erstellung von Kategorien und Kriterien

Die vorliegende Arbeit beruht auf einem bisher sehr theoretischen Konzept des Postwachstums, das von verschiedenen Autoren unterschiedlicher Fachrichtungen behandelt wird. Konzepte zum Postwachstum betreffen meist umfassende Gesellschaftsfragen und beinhalten Transformationen in großem Maßstab. So war als Grundlage für diese Arbeit eine umfangreiche Literaturrecherche notwendig.

Diese Literaturrecherche betraf im ersten Schritt eine allgemeine Orientierung im Themenfeld, in dem mehrere Autoren, auch aus privatem Interesse, gelesen wurden. In einem zweiten wurde diese Literaturrecherche gezielter durchgeführt und es fand eine Fokussierung auf v.a. drei Autoren*innen(-gruppierungen) statt, deren Konzepte in dieser Arbeit berücksichtigt werden:

Untersuchte Dokumente	
Leitbild der Stadtentwicklung	Leitbild der Stadtentwicklung
Mitte Altona	Bebauungsplan Altona-Nord 26 Begründung zum Bebauungsplan Altona-Nord 26 Masterplan Wettbewerbsdokumentation Städtebaulicher Vertrag Mobilitätskonzept
Quartier 21	Bebauungsplan Barmbek-Nord 33 Begründung zum Bebauungsplan Barmbek-Nord 33 Wettbewerbsdokumentation Schilling, Jörg: Vom Krankenhaus Barmbek zum Quartier 21
Schanzenhöfe	Bebauungsplan St. Pauli 40 / Rotherbaum 34 Begründung zum Bebauungsplan St. Pauli 40 / Rotherbaum 34 Höfer et al.: Rindermarkthalle und Schanzen-Höfe
RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona Altstadt	Integriertes Entwicklungskonzept Gebiet des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ Altona-Altstadt Verschiedene Entwürfe und Beteiligungsdokumentationen der Grünräume Programmstrategie Soziale Stadt Förderrichtlinien für Maßnahmen im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung

011 Untersuchte Dokumente zu den Beispielpunkten (eigene Darstellung)

- _ Niko Paech
- _ Tim Jackson
- _ Randers, Jørgen; Maxton, Graeme; Gockel, Gabriele; Runde, Øystein

Entscheidend bei der Auswahl dieser Autoren*innen war die Bandbreite an Konzepten für Postwachstum. Sie sollten darüber hinaus auch auf Stadtplanung übertragbare Ansätze beinhalten². Ergänzt werden diese Autoren*innen in der Arbeit um andere, die einzelne für die Arbeit spannende Ideen aufgreifen, sowie um jene, die sich statt der Konzeption von Postwachstum mehr der Notwendigkeit derselben widmen.

Insgesamt war es auf dieser Grundlage möglich, eine umfassende Vorstellung vom Postwachstum, seiner Notwendigkeit, den entgegenstehenden Hemmnissen und den Konzepten zu erlangen. Um dies für die Analyse nutzbar machen zu können, wurden die verschiedenen Bestandteile der Postwachstumskonzepte der Autoren*innen gegliedert und zu thematischen Kategorien, bestehend aus bestimmten Kriterien für Postwachstum, zusammengefasst.

In einem zweiten Rechenschritt wurden bestehende Prinzipien in der Stadtplanung, die sich dem Klimaschutz widmen, ermittelt. Hier wurden Leitbilder wie die Europäische Stadt und die Stadt der kurzen Wege als derzeit gültige Leitbilder mit Ideen zur nachhaltigen Stadtentwicklung als Grundlage gewählt. So existieren an dieser Stelle bereits zahlreiche für diese Arbeit hilfreiche Zielsetzungen und Konzepte.

Diese beiden Rechenschritte zusammenführend, entstand eine Kriterienliste für Stadtplanung im Postwachstum (s. Abb. 22, S. 97). Hierbei wurden jene Kriterien aus der Recherche der Postwachstumskonzepte um diejenigen ergänzt, die bereits in der Stadtplanung bestehen und sich dem Ziel der Ressourceneinsparung zuordnen lassen. Außerdem wurden die Kriterien sortiert, die außerhalb des Einflusses von Stadtplanung stehen. Diese tabellarisch dargestellte Kriterienliste stellt somit eine erste Vermutung dar, wie Stadtplanung im Postwachstum aussehen sollte, und bildet die Grundlage für die anschließende Analyse.

² Aufgrund dieser Entscheidung wurde sich beispielsweise dagegen entschieden, Serge Latouche als Autor zu integrieren. Dieser ist zwar einer der Vorreiter des Postwachstums, ähnelt aber inhaltlich sehr den Vorstellungen Paechs, weist jedoch im Vergleich zu ihm weniger auf Planung übertragbare Ansätze auf.

2.4 Beobachtungen

Beobachtungen standen in dieser Arbeit weniger im Fokus des methodischen Vorgehens, da die Analyse von bestehenden Dokumenten sowie die Durchführung von Interviews im Hinblick auf die Fragestellung zielführender waren. Allerdings waren sie bis zu einem gewissen Grad dennoch von Bedeutung.

Einerseits war es hilfreich, durch die Beobachtungen die verschiedenen Beispielprojekte in ihrer tatsächlichen Umsetzung zu betrachten. Dies diente in erster Linie einer ersten Orientierung im Beispielprojekt. Andererseits waren jedoch auch spezifischere Beobachtungen Teil der Arbeit. So wurden beispielsweise gezielt einige Aspekte beobachtet, die in der vorangegangenen Inhaltsanalyse ermittelt wurden, wie etwa bestimmte Unterthemen oder Teilprojekte. Auch wurden einige Maßnahmen, die in den Planungsdokumenten dargestellt wurden, auf ihre tatsächliche Umsetzung hin überprüft – z.B., ob bestimmte beabsichtigte Nutzungs- oder Aufenthaltsqualitäten auch entsprechend der Überlegungen im Vorhinein zu beobachten sind. Z.T. wurden hier Widersprüche zwischen Planung und Realität entdeckt, die in die Interviewleitfäden übertragen wurden.

Die Beobachtungen wurden zur Verwendung in der Arbeit über Fotos und Protokolle dokumentiert. Die Protokolle befinden sich in Anhang 3.

2.5 Interviews

Neben der Analyse von Dokumenten waren in dieser Arbeit qualitative Interviews das zentrale Erhebungsinstrument. Qualitative Interviews bieten im Vergleich zu quantitativen den Vorteil, dass sie offen und weniger künstlich geführt werden können.

Die Interviews wurden als leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt. Dies bedeutet zum einen, dass sich die Erhebung auf einen Leitfaden stützt, was eine Mischform zwischen dem strukturierten und dem offenen Interview darstellt. So sind Fragen vorbereitet, die das Ziel der Arbeit abdecken sowie die Erhebung einiger genau bestimmbarer Informationen ermöglichen. Gleichzeitig lässt der Leitfaden Antworten außerhalb vorher vermuteter Antwortmöglichkeiten zu und ist so offen gegenüber den Aussagen der Interviewten (Diekmann 2009: 437–438, 531; Gläser/Laudel 2006: 107). Insbesondere angesichts des bisher wenig erforschten Themenfeldes der Stadtplanung im Postwachstum war eine solche Offenheit in dieser Arbeit notwendig. Zum anderen bedeutet das Interviewen von Experten*innen, dass diese Interviewpartner*innen besonders geeignet sind, „Fakten- und Erfahrungswissen weiter[zu]geben und so wenig aufwändig einen guten Zugang zu Wissensbereichen eröffnen“ (Helfferich 2019: 671).

Darüber hinaus sind die Interviews als problemzentrierte Interviews, in Abgrenzung zu narrativen Interviews, einzuordnen. Dies bedeutet, dass die Interviewten zwar frei erzählen können, aber die Erzähllogik dennoch durch den Leitfaden bestimmt wird (Diekmann 2009: 542). Dies ist u.a. deswegen hilfreich, da die Analyse auf der Grundlage von Kriterien erfolgt, die für jedes Beispielprojekt überprüft werden müssen.

Interviewpartner*innen

Für die Arbeit wurden sieben Interviews durchgeführt, die in Tabelle 02 dargestellt sind. Hiervon wurden fünf ausgewählt, um Fragen zu den fünf Beispielprojekten zu beantworten. Diese Interviews hatten v.a. zum Ziel, die aus der ersten Inhaltsanalyse (s. Kapitel 2.6) gewonnenen Erkenntnisse zu überprüfen, dabei entstandene Unklarheiten zu klären, Widersprüche zwischen Planung und Beobachtung aufzuklären sowie fehlende Informationen für die Kriterien zu ergänzen.

Hierfür wurden v.a. für die Beispielprojekte zuständige Mitarbeiter*innen aus den entsprechenden Stadt-

planungsabteilungen der Behörden gewählt. Hierdurch wurde sich erhofft, Interviewpartner*innen mit einem umfassenden und vergleichsweise neutralen Kenntnisstand zu den Beispielprojekten zu erhalten – insbesondere in Abgrenzung zu den jeweiligen planenden Büros. Lediglich bei den Schanzenhöfen wurde auf das zuständige Architekturbüro ausgewichen, weil dem zuständigen Bezirksamt nach eigenen Angaben die Kapazitäten fehlten. Hier war allerdings von Vorteil, dass das Bezirksamt vergleichsweise wenig in die Planung eingebunden war – so existieren keine formellen oder informellen Planungen der öffentlichen Hand –, womit es vermutlich auch einen geringeren Kenntnisstand zum Projekt im Vergleich zu den anderen Projekten besessen hätte.

Die nicht mit den Beispielprojekten in Verbindungen stehenden Interviewpartner*innen wurden ausgewählt, da diese sich intensiv mit dem Thema Postwachstum oder einer aus der Klimaschutzperspektive sinnvollen Stadtentwicklung beschäftigen. So hatten diese Interviews in der vorliegenden Arbeit das Ziel, die Kenntnisse aus der Theorie zu überprüfen und eigene Übertragungsmöglichkeiten auf die Stadtplanung beizusteuern. Außerdem waren diese Interviews stärker auf die anschließende Konzeptphase bezogen.

Nachdem die sieben Interviewpartner*innen über eine Internetrecherche sowie beim BUND über verschiedene Veranstaltungen, an denen der BUND beteiligt war, ermittelt wurden, fand die Kontaktaufnahme über E-Mail statt, bei ausbleibender Reaktion zusätzlich per Telefon. In beiden Varianten wurden das Ziel und die Relevanz

der Arbeit, die Bedeutung des Interviewten sowie verschiedene Rahmenbedingungen wie die Dauer, der Zeitpunkt sowie die freie Ortswahl dargelegt. Ergänzt wurde diese Information über ein angehängtes Informationsblatt zum Ziel der Arbeit und der Rolle der Interviewpartner*innen (s. Abb. 06) (Diekmann 2009: 486; Gläser/Laudel 2006: 153–157).

Problematisch war an dieser Stelle, dass naturgemäß das Ziel der Arbeit im Vorfeld des Interviews dargelegt werden musste, womit dem „Prinzip der informierten Einwilligung“ (Gläser/Laudel 2006: 153–157) gefolgt wurde, nach dem Menschen, die an einer Untersuchung teilnehmen, auch über die Ziele dieser informiert werden müssen. Hierdurch war aber gleichzeitig eine Beeinflussung der Antwort allein durch diese Information nicht auszuschließen. In der Literatur wird an dieser Stelle empfohlen, „das Untersuchungsziel als offene Frage zu formulieren“, um den*die Interviewpartner*in nicht zu beeinflussen (ebd.). Im Falle dieser Arbeit war aber allein durch das Themenfeld der Arbeit meine politische Einstellung recht klar und damit eine Beeinflussung der Interviewaussagen nicht auszuschließen. Allerdings ist hier einzuwenden, dass alle Interviewten Experten*innen sind, die in ihrem Themenfeld über Erfahrung verfügen und somit, beispielsweise im Vergleich zum Interviewen von Privatpersonen, sicherere Antworten geben können.

Name	Position	Beispielprojekt
Guido Sempell	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW), Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, Gesamtstädtische Entwicklungsplanung und Regionalplanung	Leitbild der Stadtentwicklung
Birgit Ferber	BSW, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, Projektgruppe Planung Mitte Altona	Mitte Altona
Hans-Peter Boltres	Bezirksamt Hamburg-Nord, Stadt- und Landschaftsplanung	Quartier 21
Giorgio Gullotta	Giorgio Gullotta Architekten	Schanzenhöfe
Jonna Schmooch	Bezirksamt Altona, Stadt- und Landschaftsplanung	RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona-Altstadt
Wolfgang Luersen und Katharina Seegelke	BUND Hamburg, AK Suffizienz und AK Flächenschutz	–
Malte Siegert	NABU Hamburg, Leiter Natur- und Umweltpolitik	–

021 Interviewpartner*innen (eigene Darstellung)

Leitfadenkonzeption

Unter einem Leitfaden wird ein im Vorhinein erstellter, systematischer Interviewablauf verstanden, der dem Prinzip „so offen wie möglich, so strukturierend wie nötig“ folgt (Helfferich 2019: 670). Dementsprechend bewegt sich ein Leitfaden immer in diesem Spannungsfeld. „Offenheit heißt [einerseits] für die Interviewten, dass [...] sie z.B. das ansprechen können, was ihnen selbst wichtig ist, dass sie ihre eigenen Begriffe verwenden können“ (ebd.: 672). Nur durch diese Offenheit kann im Interview auffallen, wenn sich die Verständnisse bezüglich bestimmter Begriffe oder Themen zwischen Interviewtem und Interviewerin unterscheiden. Andererseits ist naturgemäß keine vollständige Offenheit möglich, da nur bei konkreten Fragen gewährleistet werden kann, dass alle notwendigen Themen besprochen werden (ebd.: 672, 676; Gläser/Laudel 2006: 127). Insbesondere war eine gewisse Struktur sinnvoll, da diese „stärker informationsbezogen auf die Erhebung von praxis- und erfahrungsbezogenem, technischem Wissen [mit Sachfragen] ausgerichtet [sind]“ (Helfferich 2019: 673, 682). Hiermit ist das Ziel der Interviews eher eine Erhebung als eine Narration. Zusammengefasst lässt sich bei den Interviews dieser Arbeit von teilstandardisierten Leitfäden sprechen, die bei dem Stellen von Nachfragen, der Formulierung von Fragen oder dem genauen Abfolge der Fragen noch offen sind (Hopf 2017: 351–352).

Entsprechend dieser Strategie folgte auch der Aufbau der Leitfäden einer **Strukturierung** anhand der erarbeiteten Kategorien und Kriterien (s. Anhang 1). Dies stellte sicher, dass alle relevanten Kriterien bearbeitet werden. Auch wurden einige mögliche Nachfragen integriert, die gestellt wurden, falls der*die Interviewpartner*in diese Unterthemen nicht selbst ansprach. Gleichzeitig war der Leitfaden aber auch offen: So wurde die Reihenfolge der Kategorien während des Interviews häufig so angepasst, dass die vom*von der Interviewpartner*in eingangs angesprochenen Themen zuerst besprochen wurden. Weiterhin wurden Formulierungen z.T. entsprechend der Kenntnisse des*der Interviewpartners*in angepasst, wie beispielsweise die ausnahmsweise Anwendung des Begriffs der Nachhaltigkeit, unter dem sich einige Interviewpartner*innen in der Praxis mehr vorstellen konnten.

Die **Inhalte der Leitfäden** waren in den fünf Interviews, die vorwiegend der Analyse dienten, ähnlich, da in diesen in erster Linie die Kriterien diskutiert werden mussten. Allerdings glied sich lediglich das Grundgerüst der Leitfäden. So wurden einige Fragen gezielt auf das Projekt zugeschnitten, aber auch abhängig davon, welche Kriterien mit der vorangegangenen Inhaltsanalyse bereits bearbeitet werden konnten und wo Unklarheiten bestehen blieben, Fragen formuliert. Die beiden Interviews, die stärker auf das Konzept ausgerichtet waren, richteten sich v.a. auf die Einschätzungen der Interview-

Interviewanfrage

28. - 30. KW

Annika Busch | Masterthesis Stadtplanung

POST
WACHSTUMS
STADT

Was ist Postwachstum?

Unter Postwachstum wird ein Konzept verstanden, das die herrschende Wachstumsideologie aus verschiedenen Gründen in Frage stellt. Die Notwendigkeit ergibt sich dabei v.a. aus dem Erreichen der planetaren Grenzen, wodurch das Leben der Menschen auf der Erde gefährdet ist – heute bereits in zahlreichen Teilen der Erde, in Zukunft werden aber auch wir im Globalen Norden die Folgen wie etwa den Meeresspiegelanstieg oder auch die Auswirkungen der Lebensmittelknappheit vermehrt zu spüren bekommen. Somit sind erhebliche **Veränderungen der Lebensweise und des Wirtschaftens** notwendig. Entscheidend ist hierbei das **Ende der Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum** als omnipräsentes, kaum in Frage gestelltes Ziel.

Was ist das Ziel der Thesis?

In der Thesis soll die Postwachstumsidee auf die Stadtplanung in Hamburg übertragen werden. Ansatzpunkt ist hierbei, dass die Stadtplanung als Querschnittsaufgabe großes Potential besitzt. Hierfür soll zunächst anhand des Leitbildes der Stadtentwicklung sowie verschiedener Beispielprojekte analysiert werden, inwiefern hier bereits Ansätze bestehen. Anschließend sollen Ansätze für ein **Konzept für die Postwachstumsstadt Hamburg** formuliert werden.

Für Beides wären Ihre Kenntnisse eine große Unterstützung, die die Arbeit bereichern würden und über die ich mich sehr freuen würde!

06 | Informationsblatt für Interviewpartner*innen (eigene Darstellung)

partner*innen bezüglich notwendiger Maßnahmen in der Stadtplanung sowie auf bestimmte Themen, die von diesen in der letzten Zeit vorangebracht wurden.

Innerhalb der **thematischen Blöcke** wurden meist zunächst allgemeine Eröffnungsfragen als Erzählanregung gestellt, die eine vom*von der Interviewpartner*in gewählte Schwerpunktsetzung ermöglichen. Diesen untergeordnet wurden verschiedene Nachfragen formuliert, um alle notwendigen Kriterien zu berücksichtigen. Zum Teil dienten diese Nachfragen auch der Funktion, die bereits gestellte Frage noch einmal anders zu formulieren, falls die Antwort nicht zufriedenstellend sein sollte (Diekmann 2009: 483–484; Helfferich 2019: 676–678).

Die möglichst neutrale, nicht suggestive **Frageformulierung** war, um den*die Interviewpartner*in möglichst nicht zu beeinflussen, ebenfalls wichtig (Diekmann 2009: 479; Gläser/Laudel 2006: 131). An dieser Stelle ergab sich eine ähnliche Problematik, wie bereits erläutert: Schlicht durch die Fragestellung der Arbeit war in einigen Fällen im Vorhinein klar, welche Antwort von mir als Interviewerin positiv bewertet würde – so war es kaum umzusetzen, eine Frage so zu stellen, ohne dass eine Kritik an dem Projekt sichtbar wurde. Dieser Problematik wurde z.T. so begegnet, dass zunächst der positive Aspekt hervorgehoben wurde, wie der partielle Erhalt von Bestand, um erst dann zu fragen, warum mancher Bestand abgebrochen wurde.

Die Fragen im Leitfaden wurden grundsätzlich ausformuliert. Dies galt dem Ziel, die genannten Kriterien einzuhalten, wie beispielsweise bei der spontanen Formulierung doch suggestive Fragen zu stellen. So konnte solch ein Fehlverhalten im Vorhinein vermieden werden. Dieser Formulierung wurde jedoch nicht strikt gefolgt, sondern es fanden Anpassungen der Formulierungen statt, z.B. um Themenübergänge herzustellen. Weitere Kriterien waren die klare und unmissverständliche Formulierung von Fragen sowie die Vermeidung von multiplen Fragen, mit denen innerhalb einer Frage mehrere Unterthemen abgedeckt werden (Diekmann 2009: 479; Gläser/Laudel 2006: 136–140).

Zu **Beginn des Interviews** wurde zur Einführung in das Thema zunächst erläutert, welches Ziel diese Arbeit verfolgt und welche Rolle dem*der Interviewten darin zukam. Im Anschluss daran wurde die Aufnahme, die namentliche Nennung der Interviewpartner*innen in der Arbeit sowie bei einigen die nachträgliche Freigabe wörtlicher

Zitate vereinbart. Als inhaltlicher Einstieg in das Interview und zur Realisierung einer angenehmen Gesprächsatmosphäre wurde daraufhin der*die Interviewpartner*in um eine kurze Vorstellung gebeten (Gläser/Laudel 2006: 140–143, 165; Hermanns 2017: 363, 367). Im Anschluss daran wurde das Verständnis von Postwachstum abgestimmt, indem die Interviewpartner*innen ihr eigenes darlegen konnten und ggf. mein eigenes erläutert wurde. So wurde sichergestellt, dass der Fokus im Interview auf der gewünschten Thematik liegt.

Wie zum Start war es auch zum **Ende des Interviews** wichtig, das Gespräch mit einer angenehmen Atmosphäre zu beenden. So wurde in jedem Interview eine offene, kreative Abschlussfrage gestellt sowie dem*der Interviewpartner*in die Möglichkeit gegeben, ihm*ihr fehlende Aspekte darzulegen (Gläser/Laudel 2006: 144–145).

Durchführung der Interviews

Wie bereits erwähnt, ist es im Interview selbst von besonderer Bedeutung, sowohl dem Leitfaden inklusive der darin festgelegten Themen zu folgen, als auch spontan auf den*die Interviewpartner*in einzugehen. Dies betraf im Sinne einer sogenannten spontanen Operationalisierung die flexible Überleitung zu anderen Fragen, um eine möglichst natürliche Gesprächssituation herzustellen, die Nachfragen bei unverständlichen oder zu knappen Antworten oder auch das Fragen nach Beispielen zur Konkretisierung allgemeiner Antworten (ebd.: 169–173).

Insgesamt wurde sich in den Interviews bemüht, eine möglichst neutrale Gesprächssituation herzustellen. Hierunter wird verstanden, dass die Antworten des*der Interviewpartners*in weder verbal noch nonverbal gewertet werden. Dies war trotz der beschriebenen Bemühungen der Interviewerin, wie bereits erläutert, insbesondere bei der Fragestellung dieser Arbeit schwer zu realisieren (Diekmann 2009: 439–440). Aufgrund der Tatsache, dass die Interviewpartner*innen in ihrem Themenfeld erfahrene Experten*innen sind, konnte hier aber zu großen Teilen davon ausgegangen werden, dass sie in ihrer Meinung nicht stark beeinflussbar sind. Dennoch lassen z.T. Aussagen, wie dass ein Projekt maximal nachhaltig realisiert worden sei (Gullotta 15.07.2019), vermuten, dass ein gewisser Einfluss der Einstellung der Interviewerin auf die Antwort vorhanden war.

Transkription der Interviews

Zur Auswertung der Interviews wurde sich für eine stichpunktweise Transkription der durchgeführten Aufnahme entschieden, die um einzelne wörtliche Zitate ergänzt wurde. Dies war zielführend, da die Interviews v.a. das Ziel besaßen, bestimmte Informationen zu erheben, und weniger, die persönlichen Hintergründe des*der Interviewpartners*in zu erfahren. In diesem Fall hätte die wortwörtliche Transkription einen unverhältnismäßig hohen Aufwand bedeutet (Flick 2007: 379–380). Die Transkripte der Interviews befinden sich in Anhang 2.

2.6 Inhaltsanalyse

In dieser Arbeit wurde die Beantwortung des ersten Teils der Fragestellung über eine Inhaltsanalyse zur Auswertung der Interviews und der verschiedenen Dokumente geleistet. Diese fand in zwei Schritten statt: Der erste Schritt wurde im Vorfeld der Interviews durchgeführt, wobei die vorhandenen Dokumente ausgewertet und den Kategorien und Kriterien zugeordnet wurden, um so die Basis für die Interviewleitfäden zu schaffen. Im zweiten Schritt der Inhaltsanalyse wurde diese Analyse mit der der Interviews zusammengeführt und auf diese Art und Weise die Fragestellung beantwortet.

Erläuterung der Methode

Definiert wird die Inhaltsanalyse als „die systematische Bearbeitung von [protokolliertem] Kommunikationsmaterial“ (Mayring 2017: 468–469), häufig anhand von aus der Theorie entwickelten Kategorien, die auf das Material übertragen werden. Sie ist insbesondere geeignet, wenn die Analyse auf Erkenntnissen aus der Theorie beruht, wie in dieser Arbeit durch die Theorien zum Postwachstum gegeben. Das Material wird auf eine methodisch nachvollziehbare, systematische Weise ausgewertet und genügt somit dem Qualitätskriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit. Dieses Vorgehen wird auch als strukturierende Inhaltsanalyse in Abgrenzung zur zusammenfassenden und explizierenden Inhaltsanalyse bezeichnet (Diekmann 2009: 577–609; Flick 2007: 409–412; Mayring 2002: 114–121, 2017: 473; Mayring/Fenzl 2019: 633–635).

Die Inhaltsanalyse kann dabei sowohl bei der Auswertung von Interviewmaterial als auch bei der Auswertung von Dokumenten angewandt werden

(Diekmann 2009: 576, 613; Mayring/Fenzl 2019: 633; Salheiser 2019: 1119). Bei der Analyse von Dokumenten besitzt sie weiterhin den Vorteil, dass sie „nichtreaktiv“ ist, d.h. dass das Material unbeeinflusst durch den Forschenden ist (Diekmann 2009: 586; Salheiser 2019: 1122).

Vorgehen

Bei der Inhaltsanalyse wurde so vorgegangen, dass die aus der Theorie entwickelten Kategorien und Kriterien als „Kernstück jeder Inhaltsanalyse“ (Diekmann 2009: 589) konkreten Textstellen zugeordnet wurden. Es handelte sich hierbei also um ein deduktives Kategoriensystem, in Abgrenzung zum induktiven, bei dem die Kategorien statt aus der Theorie aus dem Material entwickelt werden (Mayring 2017: 472; Mayring/Fenzl 2019: 638). Diese Zuordnung von Textstellen zu den Kategorien und Kriterien wurde insbesondere mit der Auswertung des ersten Interviews, aber auch mit den anderen immer weiter verfeinert, so dass ein zirkuläres Modell der Zuordnung entstand. So ergab sich am Ende eine Zuordnungssystematik im Sinne eines Kodierleitfadens (s. Anhang 4), der für alle Interviews angewandt wurde (Mayring/Fenzl 2019: 634–638; Schmidt 2017a: 452–453). Fiel beispielsweise in einem Interview ein neuer Aspekt für eines der Beispielprojekte auf, der einem Kriterium zugeordnet wurde, wurde dieser Aspekt anschließend in den Kodierleitfaden übertragen und auch die Analyse der anderen Beispielprojekte darauf ausgeweitet oder entsprechend sortiert. Mit dieser Systematik wurden in jedem Transkript und jedem Dokument Auswertungseinheiten – als alle für die Fragestellung relevante Textstellen – identifiziert und sie dann den entsprechenden Kategorien zugeordnet (Diekmann 2009: 610–612; Mayring/Fenzl 2019: 634).

Ergebnis der Inhaltsanalyse

Letztendlich führte die Inhaltsanalyse zu der Beantwortung des ersten Teils der Fragestellung, indem für jedes Beispielprojekt die Kategorien und Kriterien bewertet wurden. So wurde deutlich, inwiefern in den Projekten – und damit übertragbar auf die Stadtentwicklung Hamburgs – Ansätze von Postwachstum vorhanden sind, und auch, welche Kategorien bisher in der Hamburger Stadtentwicklung berücksichtigt werden und

welche nicht. Diese Bewertung der Projekte im Hinblick darauf wurde ergänzt um ein zweites Fazit zu jedem Beispielprojekt, in dem lediglich die für die Postwachstumsstadt positiven Aspekte hervorgehoben wurden, was eine Grundlage für den anschließenden Konzeptteil darstellte.

2.7 Konzept Postwachstumsstadt Hamburg

Zur Beantwortung des zweiten Teils der Fragestellung wurde ein erstes Konzept für die Postwachstumsstadt Hamburg entwickelt. Dies unterschied sich vom ersten Teil dadurch, dass diese Leistung v.a. eine kreative und keine strukturiert analysierende war. So war auch das Ziel ein anderes: Während im ersten Teil eine grundlegende Bewertung beabsichtigt war, diente der zweite dem Ziel, einen Anstoß für die Entwicklung entsprechender Konzepte zu geben. Infolgedessen ist auch die Methodik für diesen zweiten Teil deutlich offener und methodisch weniger festgeschrieben. Das Konzept gliederte sich in zwei Teile.

Im ersten Teil wurden vier Impulse aufgeführt, die verschiedene für ein Konzept sinnvoll erscheinende Aspekte beinhalten:

- _ Die Internationale Bauausstellung (IBA) Stadtumbau Sachsen-Anhalt
- _ Das Instrument des Denkmalschutzes
- _ Die Transition-Town-Initiativen
- _ Die Gartenstadt

Die Einschätzung der Übertragungsmöglichkeiten auf das Konzept beruhte zum einen auf Erkenntnissen der Literaturrecherche, wie etwa bei der IBA, den Transition-Town-Initiativen und der Gartenstadt. Hilfreich waren zum anderen auch die Erkenntnisse aus der Analyse, v.a. bei dem Instrument des Denkmalschutzes. In diesen Impulskapiteln wurde kurz dargelegt, was den Impuls ausmacht, und sich im Anschluss auf diejenigen Aspekte konzentriert, die für ein Konzept sinnvoll erschienen.

Der zweite Teil des Konzepts beinhaltete dagegen verschiedene Überlegungen im Sinne eines Kataloges, die zielführend für die Entwicklung einer Postwachstumsstadt sein können. Hierbei wurden die Erkenntnisse aus der Analyse der verschiedenen Beispielprojekte sowie aus den Impulsen zusammengeführt und zu einem Konzeptansatz weiterentwickelt.

Diese Überlegungen wurden dabei kurz beschrieben und begründet sowie durch einen Ausblick, der die beabsichtigte Entwicklung inklusive der positiven Effekte für die Stadtentwicklung darstellt, erläutert. Dieser Ausblick soll deutlich machen, dass mit der Planung einer Postwachstumsstadt positive Veränderungen, die über den Klimaschutz hinausgehen, möglich sind.

2.8 Reflexion und Probleme

Im Laufe der Arbeit traten infolge der gewählten Methodik verschiedene Problematiken auf. Diese betrafen die Auswahl der Beispielprojekte, die Interviews und den Konzeptteil.

Auswahl der Beispielprojekte

Die Analyse im Rahmen dieser Arbeit konnte lediglich in Bezug auf einzelne Beispielprojekte durchgeführt werden. Da die Auswahl dieser v.a. dem Ziel diente, größtmögliche Unterschiede abzudecken, bleibt die These, hiermit die Hamburger Stadtentwicklung grundsätzlich bewerten zu können, ungeklärt. Dies wird verstärkt dadurch, dass für jedes Beispielprojekt lediglich ein Interview geführt werden konnte. So ist es möglich, dass die Auswahl anderer Beispielprojekte auch zu gänzlich anderen Ergebnissen geführt hätte. Dies betrifft sowohl die Analyseergebnisse zur Beantwortung des ersten Teils der Fragestellung als auch die Konzeptansätze im zweiten Teil der Fragestellung, da diese auf den Analyseerkenntnissen beruhen.

Interviews

Auch während der Interviews traten einige Herausforderungen auf. So stellte sich in einigen Interviews heraus, dass zu viele Fragen in den Leitfaden aufgenommen wurden, während bei anderen Interviews theoretisch Zeit für mehr Fragen gewesen wäre. Bei ersterem Fall war es in einem Interview aus Zeitgründen notwendig, eine ganze Kategorie zu streichen, so dass für diese nun keine Ergebnisse des Interviewpartners vorliegen.

Als weitere Problematik stellte sich in einem Interview heraus, dass grundsätzlich die Thematik der Arbeit in dem Sinne angezweifelt wurde, ob Stadtplanung überhaupt Einfluss auf Themen wie Postwachstum nehmen könne. Dies führte z.T. dazu, dass die Fragen nicht beantwortet wurden, sondern grundsätzlich ab-

lehnend darauf reagiert wurde. In einigen Fällen folgte auf diese ablehnende Reaktion dennoch eine inhaltliche Antwort, die verwendet werden konnte, während diese in anderen Fällen ausblieb und damit für die Analyse fehlte.

Konzept

Wie dargelegt folgte das Konzept v.a. dem Ziel, verschiedene Anregungen für die Entwicklung einer Postwachstumsstadt zu geben und hierbei insbesondere überzeugend zu sein. Dies hat aber auch die Folge, dass das Konzept nicht umfassend sein und somit nicht die Aufgabe einer Stadtentwicklungsstrategie übernehmen kann. Ebenso sind die aufgeführten Überlegungen nur beispielhaft und beruhen auf den Erkenntnissen der Analyse – somit könnten bei der Auswahl anderer Beispielprojekte auch deutlich andere Konzeptansätze entstehen. Auch sind einige durchaus sinnvoll erscheinende Ansätze aus den Beispielprojekten und auch aus der Theorie bisher nicht in einer Überlegung enthalten.

Postwachstum: Notwendigkeit & Kennzeichen

3.1 Notwendigkeit 49

3.1.1 Kritik am BIP als Wohlstandsindikator **50**

3.1.2 Stagnierende Wachstumsraten **51**

3.1.3 Ungleichheit **51**

Exkurs 1: Die Gefährdung des Lebens auf der Erde **52**

3.1.4 Planetare Grenzen **58**

Exkurs 2: Alternative grünes Wachstum **61**

3.2 Hemmnisse 62

3.2.1 Wirtschaftliche Ebene **62**

3.2.2 Gesellschaftlich-ideologische Ebene **63**

3.3 Konzepte für Postwachstum 65

3.3.1 Paech: Postwachstumsökonomie **66**

3.3.2 Jackson: Wohlstand ohne Wachstum **68**

3.3.3 Randers et al.: Ein Prozent ist genug **70**

Exkurs 3: Diskussion über die Notwendigkeit von Wachstum **71**

Exkurs 4: Diskussion Topd-down vs. Bottom-up **73**

3.3.4 Gegenüberstellung **74**

3.4 Kritik an Postwachstum 78

3.5 Fazit 79

Unter Postwachstum wird eine Bewegung verstanden, die die herrschende Wachstumsideologie aus verschiedenen Gründen in Frage stellt und zahlreiche ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen fordert (Schmelzer 2017: 8). Die Notwendigkeit für Postwachstum ergebe sich dabei v.a. aus dem Erreichen der planetaren Grenzen, wodurch das Leben der Menschen auf der Erde gefährdet sei. Dies ist bereits in zahlreichen Teilen der Erde zu spüren, in Zukunft werden sich aber die Folgen, wie etwa der Meeresspiegelanstieg oder auch die Auswirkungen der Lebensmittelknappheit, auch auf die sogenannten Industrienationen ausweiten. Somit seien erhebliche Veränderungen der Lebensweise und des Wirtschaftens notwendig, die die Einhaltung der ökologischen Grenzen ermöglichen und somit auch aus globaler Perspektive gerecht seien (Petschow 2019). Entscheidend sei hierbei das Ende der Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum als omnipräsentes, vermeintlich unkritisches Ziel.

Repräsentiert wird das Wirtschaftswachstum durch das BIP – der „Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden“ (bpb 2016a) –, da dieses klassischerweise als Wohlstandsindikator für ein Land dient (ebd.). Warum dieser Indikator nicht tatsächlich zur Bewertung gesellschaftlichen Wohlstands geeignet ist, wird in Kapitel 3.1.1 erläutert. Somit sei auch die Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum im Sinne dieses Indikators kritikwürdig¹.

Im nächsten Abschnitt wird zunächst erläutert, welche Problemlagen Postwachstum begründen und welche Hemmnisse dem Postwachstum entgegenstehen. Auf dieser Grundlage werden drei verschiedene Konzepte von Postwachstum erläutert sowie miteinander abgeglichen. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer Gegenüberstellung dieser Konzepte sowie einem kurzen Fazit.

¹ Wie eingangs bereits erwähnt, wird unter dem Begriff Wachstum in dieser Arbeit immer ein Wirtschaftswachstum in Form eines BIP-Anstiegs verstanden.

3.1 Notwendigkeit

Die Autoren*innen, die Postwachstum für notwendig erachten, sehen in dem Wachstum und dem dahinter stehenden Wirtschaftssystem die zentrale Ursache für zahlreiche globale Probleme (Holzinger 2016: 5; Jackson 2012: 38; Klein 2015a: 193; Wijkman/von Weizsäcker 2017: 92, 195). So beruhe der Lebensstandard in den Industrienationen auf der Ausbeutung des Planeten, worunter sowohl Menschen in den Ländern der Entwicklungs- und Schwellenländer zu verstehen seien als auch die Natur und die endlichen Ressourcen (Decker et al. 2017: 6; Latouche 2015: 56; Paech 2009). Ein dem westlichen Wirtschaftssystem innewohnender „Wunsch nach unendlichem Konsum ohne jeden Gedanken an die Folgen für die Umwelt und das Verhältnis zwischen Arm und Reich“ (Randers et al. 2016: 109–110) führe heute – unmittelbar oder mittelbar – zu zahlreichen Problemen wie Armut, Kriegen, Arbeitslosigkeit, steigender Ungerechtigkeit, Verlust der Artenvielfalt, geopolitischen Spannungen oder dem Klimawandel (ebd.: 109–110). Dieser Lebensstil wird von Decker et al. als „imperiale Lebensweise“ bezeichnet:

„Imperial, weil sie sich stetig ausbreitet, andere Lebensweisen verdrängt, gleichmäßig auf die Natur und menschliche Arbeit zugreift und dabei Lebenschancen und natürliche Ressourcen ungerecht verteilt. Lebensweise, weil sie unseren Alltag vollständig durchdringt. Sie zieht sich durch Produktionsprozesse, Gesetze, Infrastrukturen, Verhaltensweisen und sogar durch unsere Denkmuster“ (Decker et al. 2017: 6).

Die aufgeführten Folgen, insbesondere der Klimawandel, führten mit dem Erreichen sozialer und ökologischer Grenzen ohnehin dazu, dass sich der Lebensstil auf der Erde stark verändern werde. Unklar bleibe jedoch, ob diese Veränderung ungesteuert und mit zahlreichen Naturkatastrophen – und damit einhergehend auch humanitären Katastrophen – stattfinde, oder ob die Notwendigkeit eines Wandels vorher begriffen werde und entsprechende Umsteuerungen eingeleitet würden (Welzer 2015: 39).

Dieser Wandel müsse umfassende Veränderungen beinhalten, die die jetzige Ausprägung des Kapitalismus hinterfragen (ebd.: 39; Klein 2015a: 16; Latouche 2015:

37–38) – wofür die Autoren*innen erste Ideen anführen, wenngleich die konkrete Ausführung noch unklar ist.

„Aber das ist kein Argument gegen den Befund, dass man mit dem Kapitalismus nicht durch das 21. Jahrhundert kommen wird. Oder besser gesagt: dass nur die wenigsten mit dem Kapitalismus durch das 21. Jahrhundert kommen werden. Eine Milliarde Menschen vielleicht. Eher weniger“ (Welzer 2015: 418–419).

Diese Notwendigkeit umfassender Veränderungen werde auch deutlich, wenn die bestehenden Sustainable Development Goals (SDGs) der United Nations (UN)² betrachtet werden, die zwar in ihren einzelnen Bestandteilen richtige Ziele zu beinhalten scheinen, jedoch in ihrer Zusammenführung nicht sinnvoll seien: So führte das Erreichen der sozioökonomischen Ziele aufgrund der Beibehaltung der Wachstumsziele in allen Ländern zu ökologischen Fußabdrücken (s. Exkurs 1, S. 52), die die Kapazitäten des Planeten mehrfach überschritten (Wijkman/von Weizsäcker 2017: 92–98). Hieraus wird abgeleitet, dass umfassende Veränderungen des Wirtschaftssystems notwendig seien, die „den technologischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsansatz grundlegend [...] überarbeiten“ (ebd.: 98).

Die Notwendigkeit solcher umfassenden Veränderungen wird im Folgenden erläutert. Dabei werden die Einschätzungen verschiedener Autoren*innen zusammengeführt. Die Argumentation für Postwachstum erfolgt meist aus einer sozialen oder ökologisch-klimapolitischen Perspektive, wobei die Autoren*innen hier lediglich Schwerpunkte setzen und nie monoperspektivisch argumentieren. Aufgrund des in dieser Arbeit gesetzten Schwerpunkts Klimawandel werden andere Argumentationen im Folgenden zwar genannt, jedoch nicht weiter ausgeführt.

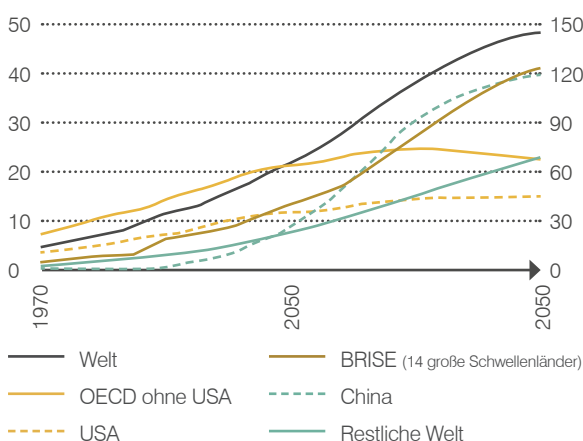
² Diese SDGs definieren mithilfe von 17 Zielen, wie eine „bessere und nachhaltigere Zukunft für alle“ aussehen solle. Sie beziehen sich dabei auf die Themen Armut, Ungleichheit, Klima, Umweltzerstörung, Wohlstand, Frieden und Gerechtigkeit und streben die Erreichung bestimmter Ziele in diesen Bereichen bis 2030 an (UN 2019).

3.1.1 Kritik am BIP als Wohlstandsindikator

Die Steigerung des BIPs wird in der öffentlichen Wahrnehmung sowie von der Politik häufig als Indikator für Wohlstand verwendet und dementsprechend angestrebt, da es augenscheinlich verschiedene Ziele vereine – was aber in der Realität zu falschen Entscheidungen zulasten der Umwelt oder gesellschaftlicher oder sozialer Ziele führe (van den Bergh 2011: 886; Wijkman/von Weizsäcker 2017: 117–118). Problematisch daran seien verschiedene Faktoren, die das BIP als Wohlstandsindikator ungeeignet machen: So korreliere ab einem bestimmten Einkommensniveau Einkommen nicht mit mehr Glück oder Lebenszufriedenheit (Easterlin 1974, zit. n. Demaria et al. 2013: 197) und das BIP integriere häusliche oder freiwillige Arbeit nicht, wie z.B. die Pflege von Angehörigen zu Hause oder die Betreuung von Kindern. Weiterhin würden auch ökologische oder gesellschaftliche Schäden infolge wirtschaftlicher Aktivität nicht betrachtet, wie etwa durch Umweltverschmutzung, die dann wiederum auch zu gesundheitlichen, nicht berücksichtigten Folgen führten. Auch würden Veränderungen im Vermögensbestand, etwa durch Verschuldung, nicht erfasst. Zudem existierten weitere Dimensionen, die für ein Wohlergehen der Gesellschaft notwendig seien, wie etwa Gesundheit, Glück oder auch geringe soziale Ungleichheit, die jedoch im BIP nicht berücksichtigt würden. Entgegen dieser zahlreichen Faktoren, die

nicht im BIP auftauchen, würde dagegen die Beseitigung von Schäden jeder Art wie etwa nach Umweltkatastrophen im BIP positiv bewertet, da diese für steigenden Umsatz sorgen (Jackson 2012: 133–134; Petschow et al. 2018: 42; Randers et al. 2016: 35–36; Wijkman/von Weizsäcker 2017: 117–118).

In der Folge führe also die Verwendung der BIP-Steigerung als Leitziel in der Politik dazu, dass verschiedene Aspekte nicht wertgeschätzt werden. Dagegen suggeriert die Beseitigung von Umweltschäden durch ihren positiven Einfluss auf das BIP einen höheren Wohlstand. Letztendlich führe so diese Fokussierung auf das BIP auch dazu, dass generell der Klimawandel positiv gewertet werde, da infolge des Klimawandels Maßnahmen notwendig seien, die das BIP steigern, wie etwa die Reparatur von Schäden oder Klimaanpassungsmaßnahmen (Randers et al. 2016: 105).



071 Prognose für das BIP, in Billionen Dollar, Kaufkraftparität 2005
(eigene Darstellung nach: Randers et al. 2016: 47)

3.1.2 Stagnierende Wachstumsraten

Weiterhin stellten die ohnehin stagnierenden Wachstumsraten das Ziel ihrer erneuten Steigerung in Frage. So sei fraglich, ob dieses Wachstum überhaupt möglich sei. Zumindest für die Industrienationen besage die Prognose eine immer weiter zurückgehende BIP-Steigerung, wenngleich weltweit aufgrund der Entwicklung in anderen Ländern ein starker Anstieg bis 2030 prognostiziert werde, wie Abb. 07 zeigt. Gründe für die Stagnation in den Industrienationen seien z.B. die kaum möglichen Produktivitätssteigerungen in den nicht automatisierbaren Arbeiten oder die abnehmenden Bevölkerungszahlen (ebd.: 90–91; Petschow et al. 2018: 51–53).

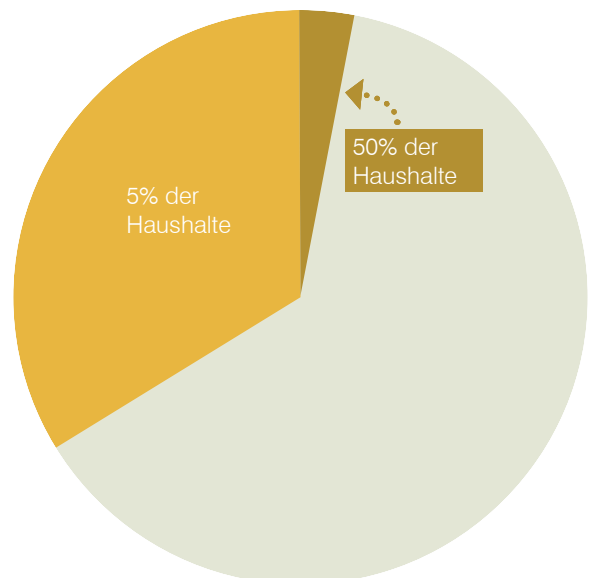
Angesichts dieser ohnehin stattfindenden Entwicklung abnehmender Wachstumsraten in den Industrienationen erscheint es den Vertretern*innen von Postwachstumskonzepten also nicht sinnvoll, zwanghaft an diesem Wachstumsziel festzuhalten. Stattdessen erscheine eine neue politische und wirtschaftliche Ausrichtung, die diese Entwicklung berücksichtigt, notwendig.

3.1.3 Ungleichheit

Ein weiteres angeführtes Argument ist, dass das ständige Streben nach Wachstum entgegen der neo-liberalen Theorie nicht zu mehr Wohlstand für alle geführt habe. So hätten im Jahr 2014 die reichsten fünf Prozent in Deutschland über 30% des Vermögens besessen, während die unteren 50% lediglich 2,5% besessen hätten (s. Abb. 08). Insbesondere global betrachtet sei sogar ein Anstieg der Armut zu beob-

achten: Unter Berücksichtigung der Inflation und der entsprechenden Anhebung der Armutsgrenze auf 2,8 Internationale Dollar pro Tag sei die Armut trotz eines BIP-Anstiegs weltweit von 1980 bis 2005 sogar angestiegen, wenn die außerordentliche Entwicklung von China herausgerechnet werde (Hickel 2018: 28–29, 75; Randers et al. 2016: 251–253). Auch in den Industrienationen seien zwar die Unternehmensgewinne gestiegen, die Reallöhne der Bürger*innen aber durchschnittlich gesunken (Randers et al. 2016: 63–64). Genauso wird das Ideal der Leistungsgesellschaft, das in diesem Zusammenhang zu sehen ist, in der das persönliche Ansehen von Leistung abhängt, zahlreich kritisiert (Distelhorst 2014: 11). Randers et al. prognostizieren auch einen weiteren Anstieg der Ungleichheit, sollte die Weltwirtschaft weiter wachsen, u.a. infolge der Digitalisierung, die zu steigenden Gewinnen bei Unternehmern führe, während Arbeitskräfte ihre Jobs verlören (Randers et al. 2016: 21–22, 83–89).

Wachstum vermag also die globale Ungleichheit nicht zu vermindern. Insofern wird auch dies von den Postwachstumsvertretern*innen als ein Grund beurteilt, die bestehende Wachstumsideologie aufzubrechen.



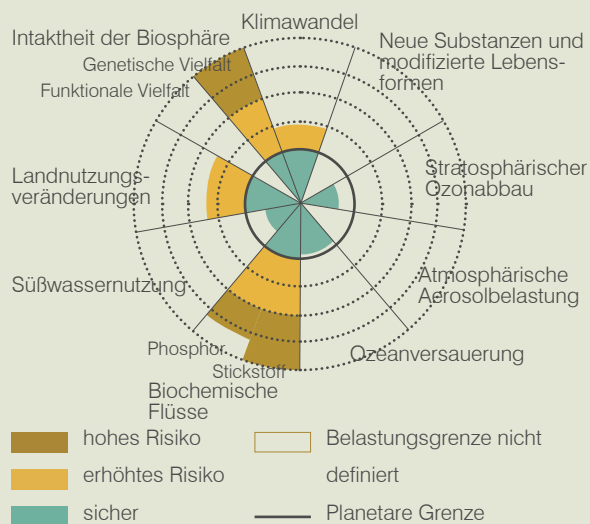
08| Verteilung des Nettovermögens der Haushalte in Deutschland 2014
(eigene Darstellung nach: Bach et al. 2018: 21)

Exkurs 1

Die Gefährdung des Lebens auf der Erde

Seit der industriellen Revolution ist der Einfluss des Menschen auf den Planeten Erde so groß, dass zahlreiche umfassende Veränderungen auftreten und die Widerstandsfähigkeit des Planeten gefährdet ist (Rockström et al. 2009: 472; Steffen et al. 2015: 736). Diese gefährden die Stabilität des Erdsystems in der Art, dass Crutzen die neue Epoche „**Anthropozän**“ beschreibt. Er datiert den Beginn dieser Epoche auf das Ende des 18. Jahrhunderts, da sich seitdem die erhöhten Konzentrationen an CO_2 und CH_4 im Polareis ablagern (Crutzen 2002: 23).

Die vielfältigen Einflüsse des Menschen führen zum Überschreiten sogenannter **planetare Grenzen**. Unter diesen werden in Bezug auf verschiedene Indikatoren (s. Tabelle 03 und Abb. 09) Grenzwerte definiert, unterhalb denen das Risiko, den Planeten durch menschliche Einflüsse zu destabilisieren, klein bleibt (Rockström et al.



	Parameter	Grenze	Heutiger Wert	Vorindustrieller Wert
Klimawandel	CO_2 -Konzentration in der Atmosphäre [ppm]	350	387	280
	Globaler Strahlungsantrieb [Watt/m^2]	1	1,5	0
Intaktheit der Biosphäre	Aussterberate [Arten/Millionen Arten*Jahr]	10	> 100	0,1-1
Stickstoffkreislauf	Vom Menschen aus der Atmosphäre entnommenes N_2 [Mt/Jahr]	35	121	0
Phosphorkreislauf	In den Ozean fließendes Phosphor [Mt/Jahr]	11	8,5-9,5	1
Stratosphärischer Ozonabbau	Ozonkonzentration [Dobson-Einheit]	276	283	290
Ozeanversauerung	Weltweit durchschnittliche Aragonitsättigung im Oberflächenmeerwasser	2,75	2,90	3,44
Süßwassernutzung	Frischwasserkonsum durch den Menschen [km^3/Jahr]	4.000	2.600	415
Landnutzungsveränderungen	Globaler Anteil Landnutzungsänderungen zu Ackerland	15	11,7	Niedrig
Atmosphärische Aerosolbelastung	Gesamtpartikellkonzentration in der Atmosphäre, auf regionaler Basis	Unklar		
Neue Substanzen und modifizierte Lebensformen	z.B. persistente organische Schadstoffe, Plastik, endokrine Disruptoren, Schwermetalle, Atommüll	Unklar		

03I Grenzwerte für die planetare Grenzen (eigene Darstellung nach: Rockström et al. 2009: 473)

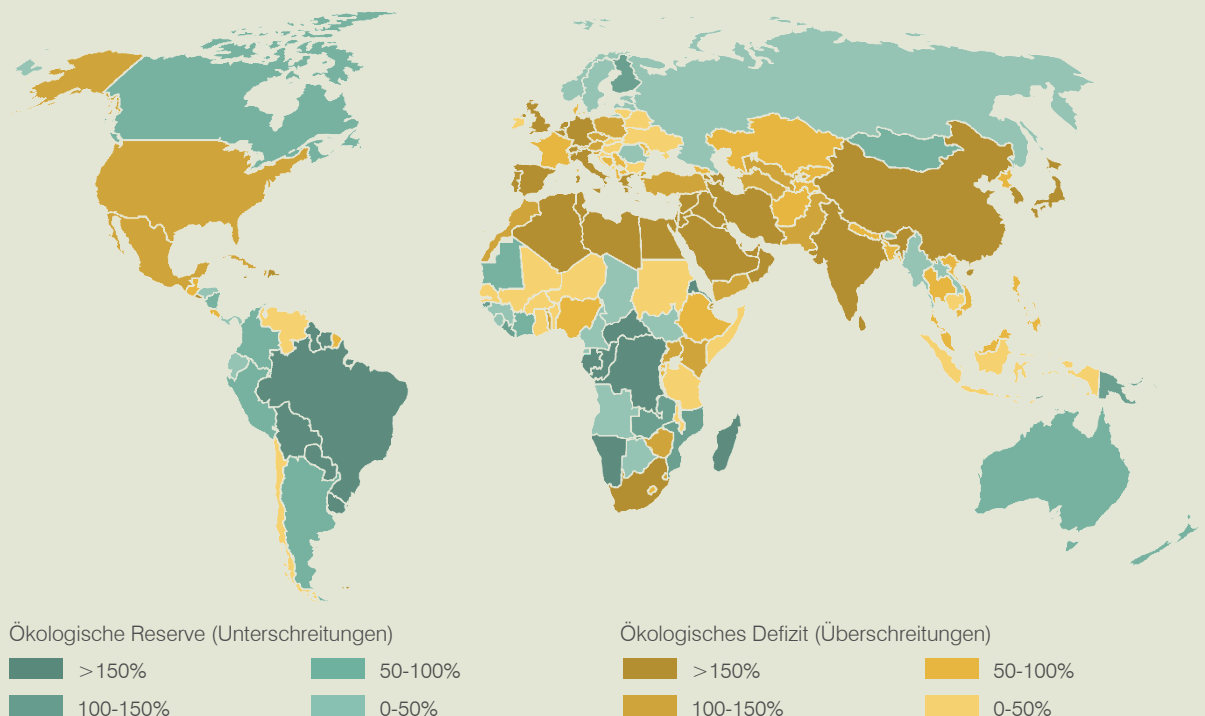
2009: 472; Steffen et al. 2015: 736). Abb. 09 zeigt, dass die Grenzen bei der Biosphäre und der Stickstoff- und Phosphorkreisläufe bereits überschritten sind und auch bezogen auf den Klimawandel und die Landnutzung das Risiko bereits steige.

Ein anderes Konzept, das anschaulich verdeutlicht, dass die Kapazitäten des Planeten Erde überschritten werden, ist der **ökologische Fußabdruck**. Dieser stellt das Acker- und Weideland, die Fischgründe, bebaute

Flächen, Waldflächen und Kohlenstoffbedarfe an Land – also die Flächen, die z.B. für die Lebensmittelproduktion oder für den Bau von Infrastruktur benötigt werden – dem gegenüber, was in dieser Region tatsächlich zur Verfügung steht. Wenn der erste Wert den zweiten übersteigt, gibt es ein ökologisches Defizit, das auf Kosten der Flächen anderer Regionen geht oder z.B. zulasten von Kohlenstoffemissionen in der Atmosphäre (Global Footprint Network 2019a), wie Tabelle 04 und Abb. 10 zeigen.

	Biokapazität	Ökologischer Fußabdruck
Deutschland	1,7	5,1
USA	3,6	8,3
Brasilien	14,4	3,0
Madagaskar	2,5	1,0

04| Ökologische Defizite und Reserven ausgewählter Länder, in gha/Person (Global Footprint Network 2019b)



10| Ökologische Defizite und Reserven weltweit (eigene Darstellung nach: Global Footprint Network 2019b)

Exkurs 1

Die Gefährdung des Lebens auf der Erde

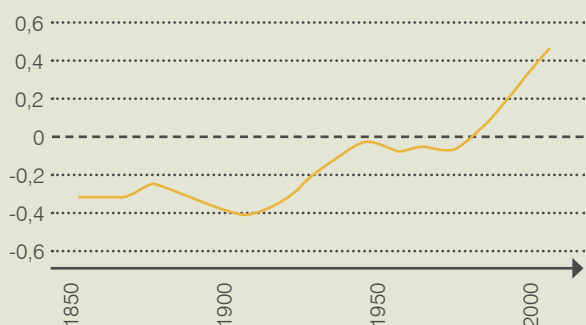
Der Klimawandel nimmt innerhalb der dargestellten Konzepte aufgrund der Wechselwirkungen zu den anderen Problemlagen eine besondere Position ein. Beispielsweise sind die Ozeanversauerung, der Verlust der Biodiversität und die Landnutzung direkt durch den Klimawandel beeinflusst. Hierbei werden z.B. durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas, durch die Produktion von Zement, durch Landwirtschaft und Landrodungen verschiedene Treibhausgase wie CO_2 , CH_4 und N_2O freigesetzt, die zu einer außergewöhnlichen Erwärmung des Erdklimas führen. Diese Erwärmung findet verzögert statt, so dass auch nach Ende der Emissionen zunächst weiter eine Erwärmung stattfinden wird (Randers et al. 2016: 126–129).

In der Vergangenheit waren verschiedene Entwicklungen zu beobachten, die vom IPCC, dem Weltklimarat, als „unabhängiges wissenschaftliches Gremium [...] [mit] Hunderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt“ (UBA 2014) im aktuellen **Sachstandsbericht** veröffentlicht wurden. Hierzu gehört u.a.

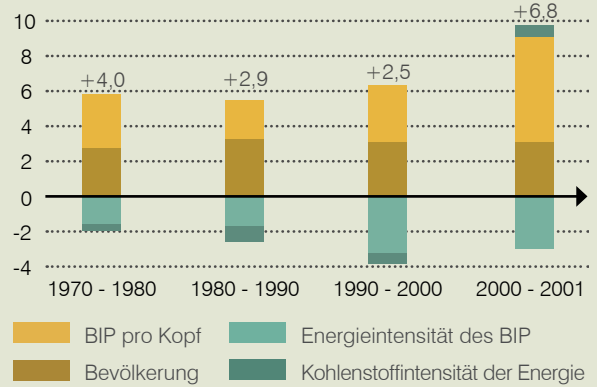
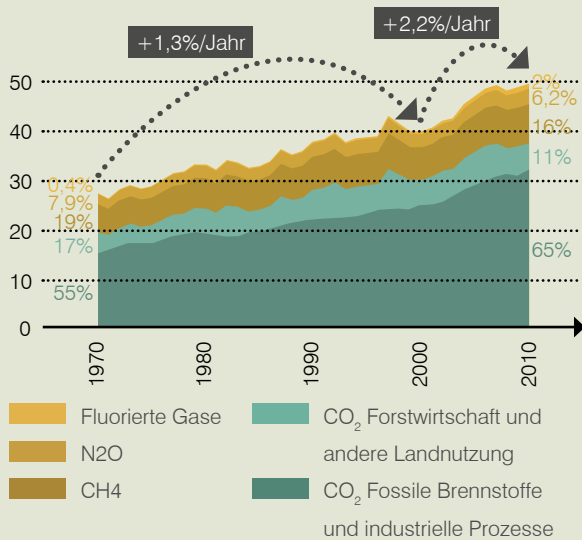
– eine Erwärmung der Land- und Ozeanoberflächentemperatur um ungefähr 0,85 Grad Celsius von 1880 bis 2012 (s. Abb. 11),

- eine Zunahme von Wetter- und Klimaereignissen seit 1950, wie z.B. Häufigkeit der Hitzewellen sowie Starkniederschlagsereignisse in Nordamerika und Europa,
- ein mittlerer Anstieg des Meeresspiegels um ca. 1,7 mm pro Jahr zwischen 1901 und 2010 bzw. 3,2 mm pro Jahr zwischen 1993 und 2010,
- ein Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen durch den Einfluss des Menschen (s. Tabelle 05 und Abb. 12), v.a. aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe, der Zementproduktion sowie den Landnutzungsänderungen (s. Tabelle 06) sowie
- ein erhöhter Anstieg der Treibhausgasemissionen zwischen 2000 und 2010 mit durchschnittlich 2,2% pro Jahr gegenüber 1,3% pro Jahr zwischen 1970 und 2000 (IPCC 2013b: 3, 9–10; IPCC 2013c: 4).

Zurückzuführen sind die CO_2 -Emissionen v.a. auf das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, das sich schneller entwickelte als die verbesserte Energieintensität und somit zu steigenden CO_2 -Emissionen führt (s. Abb. 13) (IPCC 2013c: 6). Abb. 14 zeigt, dass insbesondere die Industrie, die Emissionen von Land- und Forstwirtschaft sowie anderer Landnutzung (AFOLU), der Verkehr sowie der Gebäudesektor für die Treibhausgasemissionen verantwortlich sind.



11 Beobachtete mittlere globale kombinierte Land- und Ozean-Oberflächentemperaturabweichung 1850–2012, in °C, relativ zu 1961–1990, Jahrzehnt-Mittelwerte (eigene Darstellung nach: IPCC 2013b: 4)

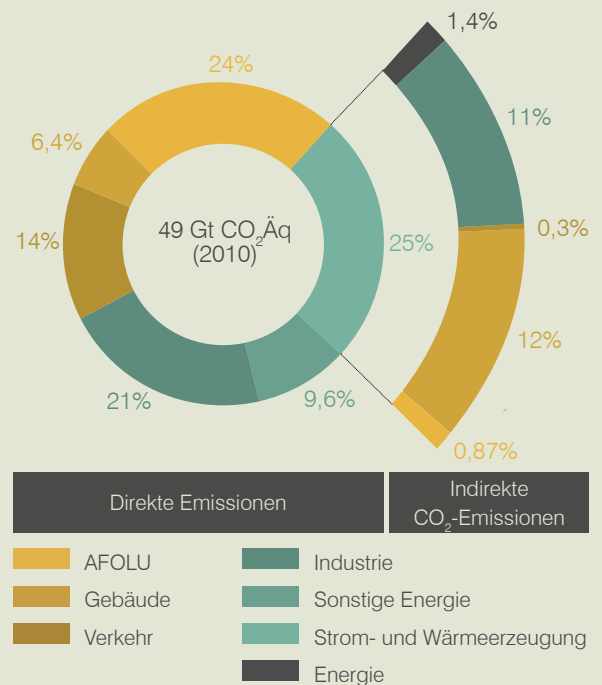


	Konzentration 2011 [ppb]	Anstieg seit 1750 [%]
CO ₂	391	40
CH ₄	1803	150
N ₂ O	1803	20

05I Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen 1750–2011 (eigene Darstellung nach: IPCC 2013b: 9–10)

	Durchschnittlich pro Jahr 2002–2011 [GtC]	Gesamtemissionen 1750–2011 [GtC]
CO ₂ -Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe und der Zementproduktion	8,3	375
CO ₂ -Emissionen der anthropogenen Landnutzungsänderungen	0,9	180

06I CO₂-Emissionen seit 1750 (eigene Darstellung nach: IPCC 2013b: 9–10)



Exkurs 1

Die Gefährdung des Lebens auf der Erde

Für den Menschen bedeuten diese Klimaveränderungen ohne erhebliche Anpassungen hinsichtlich der Treibhausgasemissionen immense **Beeinträchtigungen** insbesondere für zukünftige Generationen (Petschow et al. 2018: 15). Hierzu gehören z.B. zurückgehende und stark schwankende Erträge aus der Landwirtschaft, die einer steigenden Nachfrage gegenüberstehen, Schäden an Infrastruktur und Siedlungen sowie eine gefährdete Wasserversorgung und Erkrankungen im Zuge von Extremwetterereignissen und eine Gefährdung niedrig liegender Gebiete durch den Meeresspiegelanstieg. Diese Folgen treffen dabei verschiedene Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße, abhängig z.B. von der sozio-ökonomischen Lage. In der Folge werde es verstärkt zu Migrationsprozessen sowie gewaltsamen Konflikten kommen. Insgesamt wird erwartet, dass die globale Ungleichheit im Zuge des Klimawandels zunehmen wird, da v.a. arme Haushalte und Regionen unter den steigenden Preisen für Nahrungsmittel im Zuge der Knappheit leiden (IPCC 2013a: 6, 17, 20; WBGU 2009). Klein bezeichnet den Klimawandel deshalb als „Existenzkrise für die menschliche Spezies“, die sich im Gegensatz zu vorherigen Krisen wie dem Kalten Krieg nicht durch eine bloße „Drohkulisse“ auszeichne, sondern durch das einfache Fortführen des bisherigen Alltags ausgelöst werde (Klein 2015a: 26).

Um den Klimawandel zu bremsen, werden **Ziele** bezüglich der maximal zulässigen Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau formuliert. So wurde in der Klimarahmenkonvention im Jahr 2010 – die „völkerrechtliche Basis für globalen Klimaschutz“ (UBA 2017b) – eine Grenze von maximal 2 Grad Celsius Erhöhung beschlossen (UBA 2017b). Hierfür sei bis zum Jahr 2070 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf 0 notwendig (IPCC 2018: 16). Wenn dieses Ziel mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit erreicht werden solle, dürften die kumulativen CO₂-Emissionen maximal 1000 GtC betragen (s. Tabelle. 07), wovon große Teile bereits emittiert wurden (IPCC 2013b: 27)¹.

Dieses 2-Grad-Ziel wird allerdings von einigen als nicht ausreichend erachtet. So verlangte das IPCC im Jahr 2018 eine maximale Erhöhung um 1,5 Grad, da die Folgen bei stärkeren Temperaturanstiegen immens seien. Bei einer Erwärmung um 2 Grad sind z.B. die Folgen in Bezug auf den durchschnittlichen Temperaturanstieg sowie entsprechende Extreme, Starkniederschläge sowie Dürren, den Anstieg des Meeresspiegels oder den Verlust der Biodiversität im Vergleich zu 1,5-Grad-Erwärmung deutlich höher (IPCC 2018: 11–12). Entscheidend bei der Differenzierung dieser beiden Ziele ist auch die Relevanz sogenannter Kippunkte, die abrupte Veränderungen des Klimas beim Überschreiten bestimmter Schwellen beschreiben. Hierzu gehören z.B. eine mögliche Austrocknung und damit das Sterben des Regenwaldes im Amazonas

¹ Die dargestellte Werte stammen aus verschiedenen Dokumenten des IPCC, also aus unterschiedlichen Jahren. Dementsprechend ist es möglich, dass die aufgeführten Werte nicht vollständig zusammenpassen – insbesondere die Werte aus dem Jahr 2013 können bereits veraltet und damit zu gering angesetzt sein. Da für diese Arbeit jedoch lediglich die Größenordnung der notwendigen Veränderungen aufgezeigt werden soll, ist dies zu vernachlässigen.

	Wahrscheinlichkeit von > 33% [GtC]	Wahrscheinlichkeit von > 50% [GtC]	Wahrscheinlichkeit von > 66% [GtC]
Notwendige kumulative CO ₂ -Emissionen seit 1861–1880	Max. 1570	Max. 1210	Max. 1000

071 Notwendige kumulative CO₂-Emissionen zur Erreichung des 2-Grad-Ziels (IPCC 2013b: 27)

oder das Auftauen des Permafrostes, das zur Freisetzung von CO_2 und CH_4 in großem Maßstab führt (UBA 2008: 4–5). Wenn das 1,5-Grad-Ziel angestrebt wird, sind stärkere Reduktionen der CO_2 -Emissionen notwendig – sie müssen bereits im Jahr 2050 bei 0 liegen (IPCC 2018: 16).

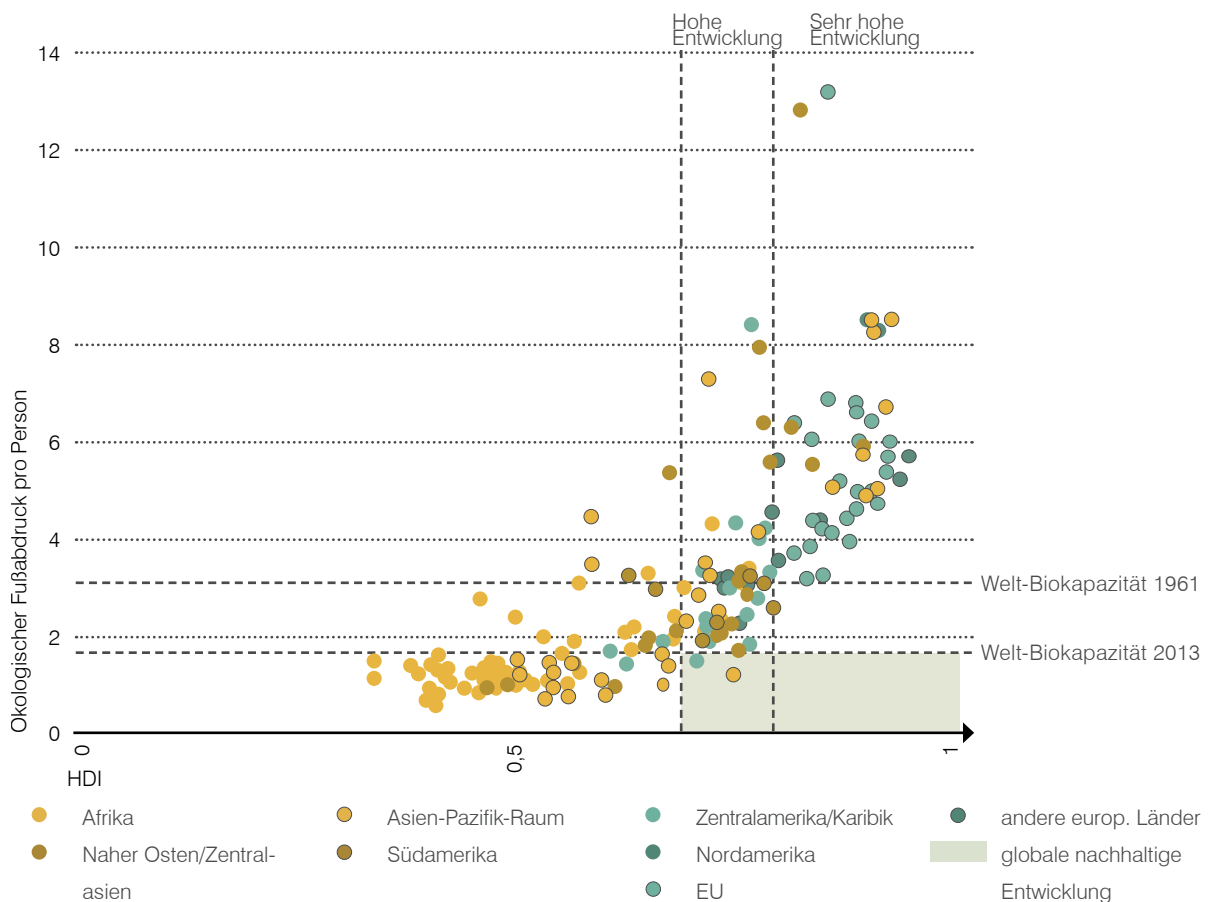
Mit dem Exkurs wurde gezeigt, dass der Mensch erheblichen Einfluss auf das System Erde hat und dieses in seiner Stabilität gefährdet. Für ein gutes Leben auch für zukünftige Generationen sind demnach erhebliche Veränderungen auf globalem Maßstab notwendig.

3.1.4 Planetare Grenzen

Zuletzt werden Argumente für Postwachstum auch aus der Perspektive der planetaren Grenzen angeführt (s. Exkurs 1, S. 52), was in dieser Arbeit, wie in Kapitel 1 erläutert, als das zentrale Argument eingeschätzt wird. So seien die Treibhausgasemissionen, der Ressourcenverbrauch, die intensive Landnutzung und die abnehmende Biodiversität „ausgesprochene Begleiter des Wohlstands“ (Wijkman/von Weizsäcker 2017: 91, Hervorhebung im Original), wodurch der Wohlstand der Industrienationen auf „einer umfassenden ökologischen Plünderung“ (Paech 2016: 10) beruhe. Dies äußere sich auch in höheren CO₂-Emissionen wohlhabender Länder bzw. der Korrelation von hohem Einkommen mit hohen Treibhausgasemissionen (IPCC 2013c: 25; Wijkman/von Weizsäcker 2017: 91).

Der bisher bestehende Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und dem Erreichen planetarer Grenzen werde deutlich, wenn die **Entwicklung der verschiedenen Kennzahlen im Zeitverlauf** betrachtet werde: So habe in den Industrienationen seit etwa 200 Jahren kontinuierlich Wirtschaftswachstum stattgefunden, das seit etwa 1950 nochmal stark angestiegen sei. Diese Entwicklung lasse sich parallel auch in anderen Kennzahlen ablesen, wie Abb. 03, S. 25 zeigt. Auch ökonomische Krisen ließen sich in den jeweiligen Entwicklungen erkennen, was den Zusammenhang unterstreiche. Vergleichbare rechnerische Zusammenhänge fänden sich auch beim Vergleich unterschiedlich entwickelter Länder: So gebe es, wie in Abb. 15 erkennbar, kaum ein Land, das bei einem hohen Human Development Index (HDI)³ einen verträglichen ökologischen Fußabdruck aufweise.

3 Der HDI umfasst neben wirtschaftlichen Größen auch soziale Kenngrößen, wie etwa die Lebenserwartung oder die Bildungssituation. Er ist also im Vergleich zum BIP breiter gefasst (The Human Development Report Office 2019).



151 Ökologischer Fußabdruck pro Person in gha und HDI der Länder nach Weltregionen, 2013 (eigene Darstellung nach: Global Footprint Network 2017, zit. n. Wijkman/von Weizsäcker 2017: 97)

Den **Glauben an ständig steigendes Wirtschaftswachstum** kritisiert Attenborough mit folgendem Zitat: *„Wer an unbegrenztes Wachstum physischer Dinge auf einem physisch begrenzten Planeten glaubt, ist entweder verrückt oder Ökonom“* (Attenborough o.J., zit. n. Hickel 2018: 364).

Diese logisch nachvollziehbare Aussage wird häufig mit dem 1. Hauptsatz der Thermodynamik, die Energie innerhalb eines geschlossenen Systems könne nicht zunehmen, begründet. Um wirtschaften zu können, brauche der Mensch aber grundsätzlich Energie, die aus endlichen Quellen stamme, womit die Möglichkeit, immer mehr zu wirtschaften – zumindest soweit dafür Energie benötigt wird – eingeschränkt sei (Georgescu-Roegen 1971: 316–322; Petschow et al. 2018: 27, 117; Wijkman/von Weizsäcker 2017: 110). So korreliere das „sicher nicht perfekt mit dem Ressourceneinsatz [...], aber für Materie-abhängige Kreaturen wie uns selbst [sei] [...] die positive Korrelation ziemlich hoch“ (Wijkman/von Weizsäcker 2017: 115). So wird es als prinzipiell unmöglich beurteilt, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und dabei die ökologischen Parameter des Planeten zu erhalten (Demaria et al. 2013: 196). Da heute aufgrund wirtschaftlicher Zielsetzungen in die Ökosysteme immens eingegriffen werde, würden in der Zukunft unweigerlich die nachteiligen Folgen dieser Handlungen spürbar werden (Petschow et al. 2018: 15):

„Wenn sich das Prinzip der Wachstumswirtschaft über die Welt ausbreitet, heißt das, dass man nicht mehr – wie zu Zeiten der europäischen und nord-amerikanischen Industrialisierung – in den Raum expandieren kann, um den Treibstoff für den Antrieb der Zivilisationsmaschine von außen zu holen. Als einzige Ressource zur Erzeugung globalen Mehrwerts verbleibt nur die Zukunft. Die Kultur des ALLES IMMER verbraucht die Zukunft derjenigen, die das Pech hatten, später geboren zu sein als Sie“ (Welzer 2015: 71–72).

Dieser Entwicklung insbesondere des steigenden Ressourcenverbrauches stünden die aus dem Klimawandel erwachsenen **Erfordernisse** immens entgegen: So seien, wie in Exkurs 1 (S. 52) dargelegt, erhebliche Reduktionen der Emissionen notwendig. Klein betont hierbei, dass es die notwendige Reduktion der Treibhausgasemissionen – hier wird von 8 bis 10% pro Jahr in den

reichen Ländern ausgegangen (Anderson 2012, Anderson/Bows 2011 und Stern 2006, zit. n. Klein 2015a: 112–113) – seit dem Beginn der Kohleverbrennung noch nie gegeben habe. Auch in Wirtschaftskrisen habe lediglich eine Reduktion von 1% im Jahr stattgefunden (IPCC 2018: 19; Klein 2015a: 112–113). Um die immensen Reduktionen zu realisieren, bestünden grundsätzlich diese zwei Möglichkeiten sowie Zwischenformen:

- _ eine steigende Wirtschaftsleistung bei stark reduzierter Treibhausgasintensität, also den Treibhausgasemissionen je Wirtschaftsleistung, oder
- _ eine stark abnehmende Wirtschaftsleistung bei gleichbleibender Treibhausgasintensität.

Rechnerisch haben Petschow et al. dies beispielsweise für eine Treibhausgasintensität durchgespielt, die mit 2% pro Jahr doppelt so schnell reduziert werde wie bisher. Eine solche Reduktion erfordere eine jährlich um bis zu 5% sinkende globale Wirtschaftsleistung, wenn das 1,5-Grad-Ziel für die Emissionen erreicht werden solle (Petschow et al. 2018: 18). Diese Darstellungen stellten zwar lediglich theoretische, rechnerische Zusammenhänge dar, zeigen jedoch, wie unwahrscheinlich es sei, die Treibhausgasemissionen unter Beibehaltung des Wirtschaftswachstums in dem erforderlichen Maße zu reduzieren. Die hierfür notwendigen technischen Neuerungen sowie Effizienzgewinne seien gemäß Demaria et al. nicht möglich (Demaria et al. 2013: 198). Eine Diskussion dessen findet sich in Exkurs 3 (S. 71).

Dass bisher keine nennenswerten Erfolge bei der Bekämpfung des Klimawandels zu verzeichnen sind, werde darauf zurückgeführt, dass keine kleinen Veränderungen ausreichen, sondern grundsätzliche notwendig seien. So würden die **notwendigen Veränderungen** „in fundamentalem Widerspruch zum deregulierten Kapitalismus stehen, der herrschenden Ideologie“ (Klein 2015a: 30, Hervorhebung AB).

„Unser Wirtschaftssystem und unser Planetensystem befinden sich miteinander im Krieg. Oder genauer gesagt, unsere Wirtschaft steht mit vielen Lebensformen auf der Erde im Krieg, darunter auch dem Menschen. Was unser Klima braucht, um nicht zu kollabieren, ist ein Rückgang des Ressourcenverbrauchs durch den Menschen; was unser Wirtschaftsmodell fordert, um nicht zu kollabieren, ist ungehinderte Ex-

pansion. Nur eines dieser Regelsysteme lässt sich verändern, und das sind nicht die Naturgesetze.“ (ebd.: 33)

Diese sich entgegenstehenden Zielsetzungen würden gemäß Klein auch erklären, warum Vereinbarungen in Bezug auf den Klimaschutz immer freiwillige Verpflichtungen seien, während z.B. Handelsabkommen zu harten Strafen in Schiedsgerichtsverfahren führten (Klein 2015a: 100). Auch würden nationale Regelungen für den Umweltschutz aufgrund der Behinderung des freien Handels von der World Trade Organisation (WTO) häufig abgelehnt, was weiterhin die Hierarchie zwischen Wachstum und Umweltschutz unterstreiche (Wijkman/von Weizsäcker 2017: 83). Beispielhaft führt Klein weiterhin aus, dass Unternehmen der Fossilindustrie aufgrund von sich erst in 30 bis 40 Jahren amortisierenden – Investitionen von der weiteren Emissionen von Treibhausgasen abhängig seien (Klein 2015a: 183–185).

„Das Geschäftsmodell von Unternehmen dieser Art ist, so plakativ kann man es sagen, die Zerstörung der Erde. Wollte man gegen den Klimawandel tatsächlich was unternehmen, müsste man also dieses Geschäftsmodell zerstören“ (Welzer 2015: 181).

Wie dargelegt wird für diese Arbeit das Erreichen der planetaren Grenzen als zentrale Motivation für Postwachstum eingeschätzt. Dies bedrohe die Lebensgrundlage

der Menschen auf dem Planeten, weshalb eine Transformation von den Vertreter*innen des Postwachstums gefordert wird. Da das herrschende Wirtschaftsmodell ein entscheidender Grund für die Bedrohung sei, müsse auch die Bewältigung an dieser Stelle ansetzen, und herkömmliche Strategien wie grünes Wachstum (s. Exkurs 2, S. 61) seien nicht ausreichend.

Die gegenwärtige Strategie, mit dem Klimawandel umzugehen, umfasse meist ein sogenanntes grünes Wachstum. Hierunter wird verstanden, dass das Wirtschaftswachstum bei einer Reduktion ökologischer Belastungen weiter fortgesetzt werde (Randers et al. 2016: 196). Diese Strategie, die v.a. über marktliche Mechanismen, grüne Konjunkturprogramme und technologische Innovationen eine Reduktion der Emissionen anstrebe und insbesondere hierdurch auch Wirtschaftswachstum erwarte, habe sich weitgehend als politisches Ziel durchgesetzt (Petschow et al. 2018: 20, 35–38).

Notwendig hierfür sei die **Entkopplung** der wirtschaftlichen Entwicklung vom Ressourcenverbrauch, wobei die relative und die absolute Entkopplung unterschieden würden: Entweder würden die Emissionen absolut betrachtet oder diese auf die Wirtschaftsleistung bezogen. Bei relativer Entkopplung sei es möglich, dass zwar über Effizienzsteigerungen der Ressourcenverbrauch je Wirtschaftsleistung reduziert werde, jedoch absolut betrachtet die Emissionen weiter stiegen. Notwendig sei statt dieser bisher stattfindenden relativen Entkopplung aber eine absolute Entkopplung, bei der der Ressourcenverbrauch zurückgehe, während die Wirtschaft wachse (IHK Nürnberg 2015; Jackson 2012: 82–88). Eine absolute Entkopplung in dem Maße, dass die bisherigen Wachstumsraten beibehalten oder sogar gesteigert werden können, wird dabei von den Vertreter*innen des Postwachstums als unmöglich erachtet (Jackson 2012: 82–88, 138; Paech 2016: 30–31). Auch bestehende Fortschritte bei der Betrachtung der nationalen Werte seien zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass die Produktion von Gütern in andere Länder verlagert worden sei und damit die hierbei stattfindenden Emissionen einem anderen Land zugerechnet würden (Giljum et al. 2014: 331). So würden die globalen Emissionen dennoch steigen, während sich die Industrienationen mit gesunkenen Emissionen brüsten könnten (Antal/van den Bergh 2016: 167; Brand 2015: 53). Dementsprechend wird das grüne Wachstum von den meisten Verfechter*innen des Postwachstums als „Märchen“ (Demaria et al. 2013: 193; Paech 2016: 72) bezeichnet, mit dem man suggeriere, die Ökologie ohne

„eine Zurückstellung seiner/ihrer Selbstverwirklichungsansprüche oder Gewinnaussichten“ (Paech 2016: 72) schützen zu können.

Ein Grund, warum die gesteigerte Effizienz häufig nicht zu absoluten Emissionsrückgängen führe, sei der **Reboundeffekt** – der Mehrverbrauch infolge erhöhter Nachfrage bei Effizienzgewinnen (IHK Nürnberg 2015). Dieser finde z.B. aus finanziellen Gründen statt, da infolge von Effizienzsteigerungen der Preis sinke und damit mehr Geld für andere Ausgaben vorhanden sei – z.B. wenn mit einem Auto mit einem effizienten Motor mehr Kilometer gefahren werden, da der Verbrauch je Kilometer reduziert ist, oder wenn die eigene Wohnfläche erhöht werde, da die Heizenergiekosten je Quadratmeter Wohnfläche aufgrund der Wärmedämmung gesunken sind (Jackson 2012: 107–108; Paech 2016: 85). Neben dieser finanziellen Wirkungsweise existierten jedoch auch psychologische oder politische Reboundeffekte: Paech nennt hier z.B. die Rechtfertigung des erhöhten Stromverbrauchs mit dem Verbrauch von Ökostrom oder der Ausweisung von Einfamilienhausgebieten mit dem Bau von Passivhäusern. Weiterhin werde mit der Fokussierung auf den Ressourcenverbrauch die Problemlage häufig lediglich verlagert: So würden Probleme, wie die Entsorgung von Photovoltaikpaneelen, der hohe Bedarf an Lithium für E-Mobilität oder die Entsorgung von Energiesparlampen, häufig ignoriert (Paech 2016: 81–84, 90–91).

3.2 Hemmnisse

Zahlreiche Gründe, warum Postwachstum notwendig sei, wurden im vorangegangenen Absatz dargelegt und erläutert. Dennoch kommt es bisher nicht zu den entsprechenden Veränderungen, weshalb sich die Frage nach den Gründen stellt. Diese Hemmnisse werden auch in der Postwachstumsliteratur intensiv diskutiert, in der der Begriff Wachstumstreiber von großer Bedeutung ist. Hierunter werden „jene grundlegenden Mechanismen, Faktoren und Prozesse, die ursächlich [für den ständigen BIP-Anstieg] [...] sind“ (Petschow et al. 2018: 49), verstanden. Zahlreiche Bereiche seien weiterhin abhängig vom Wirtschaftswachstum und behinderten somit ebenso das Postwachstum (ebd.: 100). Diese Faktoren, die sich sowohl auf Gesellschaft als auch auf Wirtschaft beziehen, werden im Folgenden erläutert.

3.2.1 Wirtschaftliche Ebene

Wachstum wird als notwendig für **Stabilität** angesehen (Jackson 2009: 44). So setze mit negativen Wachstumsraten immer eine Abwärtsspirale ein: die Arbeitslosigkeit steige, dadurch reduzierten sich Kaufkraft und Nachfrage, Umsätze im Einzelhandel gingen zurück, dadurch auch die Einkommen, wodurch die Arbeitslosigkeit wiederum ansteige. Ebenso komme es dann zu steigenden öffentlichen Sozialausgaben bei einem Rückgang der Einnahmen (Jackson 2012: 78–79; Seidl/Zahrnt 2010: 19–20). Gegen solch eine Entwicklung, bei der Arbeitsplätze und verschiedene Staatsausgaben sozialer, kultureller oder anderer Art direkt mit dem Wirtschaftswachstum zusammenhängen, wehrten sich sowohl Unternehmen als auch Politik und Gesellschaft, weshalb eine Art Zwang zum Wachsen existiere (Jackson 2012: 79–80; Latouche 2015: 35).

Neben dieser gesamtwirtschaftlichen Betrachtung seien auch einzelne **Unternehmen** dem Wachstum verpflichtet. Dies sei auf die Bilanzierung mit Kennzahlen zurückzuführen, die Wachstum immer positiv bewerten, auf die Wettbewerbssituation zwischen mehreren Unternehmen, bei denen jedes Gefahr laufe, ohne Wachstum im Wettbewerb insolvent zu gehen, oder auf die Situation insbesondere bei Aktiengesellschaften, die ihren Aktionären immer steigende Gewinne bieten wollten (Gebauer et al. 2017: 241–242; Posse 2015: 52). Im Zusammenhang hiermit stehe auch die Bedeutung

technologischer Entwicklungen, wodurch Unternehmen ihre Produkte günstiger anbieten könnten und damit die Nachfrage erhöht würde (Jackson 2009: 60; Paech 2016: 34). Aufgrund der erhöhten Produktivität müssten Unternehmen dann mehr produzieren oder aber Arbeitskräfte entlassen. Sobald es technologischen Fortschritt gebe, steige also grundsätzlich entweder die Arbeitslosigkeit oder die Produktionsmenge, womit die Wirtschaft wachse. Insofern existiere an dieser Stelle ein Anreiz für den Staat, Wirtschaftswachstum anzutreiben (Jackson 2009: 98, 2012: 107; Petschow et al. 2018: 105). Unterschiedlich wird bisher bewertet, ob die Digitalisierung zu weiterem Wirtschaftswachstum beitragen werde (Paech 2017; Petschow et al. 2018: 86–87; Santarius 2017).

Ein weiterer Faktor, der Wirtschaftswachstum notwendig mache, seien **Schuldenaufnahmen**. So sei die Aufnahme von Schulden zur Tätigung von Investitionen generell nur bei künftigem Wachstum sinnvoll, da sie ansonsten aufgrund der Zinsen niemals abzubezahlen seien (Latouche 2015: 36; Paech 2016: 19, 105–108). Insbesondere die öffentliche Verschuldung führe also dazu, dass zukünftige Generationen weiterhin dem Wachstum verpflichtet seien (Paech 2016: 20). Randers et al. sind sogar der Meinung, das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre sei nur aufgrund des großen Anstiegs der Schuldenaufnahmen möglich gewesen (Randers et al. 2016: 66).

Auch zahlreiche **Institutionen** seien auf Wirtschaftswachstum angewiesen. Hierzu gehören z.B. die Sozial- und Krankenversicherungen, die durch einkommensabhängige Beiträge finanziert werden und damit abhängig vom BIP sind. Insbesondere Renten- und Krankenversicherung weisen bereits jetzt steigende Bedarfe auf, was bei ausbleibendem Wachstum noch weniger finanzierbar wäre (Petschow et al. 2018: 106–110; Seidl/Zahrnt 2010: 19–20).

3.2.2 Gesellschaftlich–ideologische Ebene

Weite Teile der Bevölkerung seien sich der notwendigen Veränderungen aufgrund des Klimawandels bewusst, ohne dass es zu entsprechenden Verhaltensänderungen komme. Dies beziehe sich zum einen auf individuelle Entscheidungen etwa bei der Verkehrsmittelwahl oder dem Konsum, bei denen dem Ziel des Klimaschutzes häufig die Bequemlichkeit oder finanzielle Gründe entgegenstünden. Zum anderen seien diese Zielkonflikte aber, wie in Kapitel 1 erläutert, auch in der Politik zu finden, deren Ankündigungen beispielsweise im Rahmen von Klimaschutzabkommen häufig nicht den tatsächlichen Entscheidungen entsprechen würden (Klein 2015a: 230; Latouche 2015: 19–20; Wijkman/von Weizsäcker 2017: 50). Das zeigt, dass neben wirtschaftlichen auch gesellschaftliche Hemmnisse vorhanden sind, die verhindern, dass Individuen, die Gesellschaft oder die Politik ihr Verhalten entsprechend verändern.

So gebe es eine gesellschaftliche „Lust auf Neues“ (Jackson 2012: 113, Hervorhebung AB), die das Wachstum aufgrund der dadurch entstehenden Nachfrage antreibe (ebd.: 101, 113). Paech beschreibt eine permanente „vorwärts gerichtete Suchbewegung [...] [zur] Erweiterung von Transportwegen, [...] Fertigungsanlagen, Energie- und Informationssystemen“, die immer mehr Konsum oder wirtschaftliche Tätigkeiten zum Ziel habe (Paech 2016: 29–30). Dieses Streben nach Mehr finde sich auch auf der individuellen Ebene mit einem ständigen Wunsch nach „Aufschichtung von mehr Wissen, mehr Erfahrung, mehr Erlebnissen“ (Welzer 2015: 80). Das persönliche Wachstum sei nie abgeschlossen, so dass sich hier eine spezielle Wachstumskultur ergebe (Decker et al. 2017: 8; Welzer 2015: 84–85).

Hiermit in Zusammenhang stehe ebenso die Bindung der menschlichen Identität an die Konsumgesellschaft. Hierdurch sei sowohl die persönliche Identität als auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Gemeinschaft an den Konsum gebunden, wodurch es ebenso Wachstumsanreize gebe (Jackson 2012: 67–69; Klein 2015b: 21). So werde einerseits konsumiert, um einen bestimmten sozialen Status einnehmen zu können. Da dieser Status aber immer in Beziehung zum Status der Anderen stehe, strebe jede*r durch Konsum eine ständig steigende Position auf dieser relativen Skala an. Andererseits gewöhne man sich an bestimmte Produkte, sobald man sich diese leisten könne. Infolge dessen

stiegen die Ansprüche und man strebe so einen ständigen Anstieg des Einkommensniveaus an (Binswanger 2013: 368; Jackson 2009: 9). Mit dieser Bindung der Identität an Konsumprodukte gehe aber auch eine geringe Wertschätzung nichtmaterieller Dinge wie gemeinschaftlicher Aktivitäten einher (Jackson 2012: 140–141).

Auf der gesellschaftlichen Ebene ebenso von Bedeutung sei die „in unserer Kultur verbreitete [...] Vorstellung, [...] dass der Mensch die Erde beherrscht, und nicht umgekehrt“ (Klein 2015a: 230). Diese Machtposition führe dazu, dass eine tatsächliche Gefährdung der Menschheit infolge des Klimawandels kaum als möglich erachtet wird, da man sich hiermit eine Abhängigkeit eingestehen müsste (ebd.). Diese Position insbesondere der Menschen in den Industrienationen gehe auch so weit, dass man neben der Natur auch andere, weniger wohlhabende Länder oder zukünftige Generationen, auf die die Folgen des heutigen Verhaltens ausgelagert würden, beherrsche (Decker et al. 2017: 8; Welzer 2015: 71–72). Klein bezeichnet dies als „Extraktivismus“, bei dem der Erde etwas genommen werde, ohne sich um Regeneration und künftiges Leben zu sorgen (Klein 2015a: 209–210).

Die dargestellten gesellschaftlich–ideologischen Zusammenhänge mündeten gemäß Welzer in der „Kultur des ALLES IMMER“ (Welzer 2015: 59) oder einer „Wachstumsreligion“ (ebd.: 67–68, Hervorhebung AB). Decker et al. bezeichnen diese Lebensweise als Norm mit Vorstellungen und Orientierungen, die definiere, was richtig sei (Decker et al. 2017: 8). Dies wirke sich wie „Mentale Infrastrukturen“ aus, deren Umbau entsprechend dem Charakter einer Infrastruktur aufwändig und langwierig sei: Es „handelt sich hier nicht einfach um ein kognitives Problem, das mit Aufklärung und Einsicht zu lösen wäre, sondern um die Trägheit von Geschichte und Lebenswelt“ (Welzer 2015: 92–93, 2015: 90). Ein Umbruch dieser Art erfordere intensive Bemühungen, was Diamond schildert, die untersuchte, warum Gesellschaften in der Vergangenheit gescheitert seien: Diese intensivierten, wenn sich ihre Überlebensbedingungen verschlechterten, ihre schon immer ausgeführten Strategien – wie etwa bei schlechteren Böden intensiveren Anbau zu betreiben und damit die Erosion voranzutreiben – woraufhin sie ausstarben (Diamond 2005, zit. n. Welzer 2015: 17–18). Hieraus wird abgeleitet, dass nicht eine Intensivierung der bestehenden Strategien in Situa-

tionen dieser Art helfe, sondern das Durchsetzen neuer Strategien – in diesem Falle das Überwinden der bisherigen Wachstumsreligion (Welzer 2015: 17–18).

Diese Wachstumsreligion habe sich dadurch entwickelt, dass das Wirtschaftswachstum für die Bewohner*innen der Industrienationen in der **Historie** Fortschritte in Form von Einkommenszuwächsen und besseren sozialen Absicherungen gebracht habe (ebd.: 131–132; Randers et al. 2016: 34) – wenngleich dies auf der „tatsächlichen Verfügbarkeit eines kompletten Planeten für die Bedürfnisse eines kleinen Teils seiner Bewohner[*innen]“ (Welzer 2015: 67–68) und auf „ökologischer Plünderung“ (Paech 2016: 56–57) beruht habe. Dies setzte sich weiter fort, indem nach dem Zweiten Weltkrieg Wachstum v.a. mit dem Ziel der Vollbeschäftigung angestrebt wurde (Randers et al. 2016: 114–115), Wirtschaftswachstum mit dem Gesetz über Stabilität und Wachstum 1967 zum „Staatsziel“ (BUND Hamburg 2017: 1) deklariert wurde und sich schließlich Ende der 1970er Jahre die Ideologie des Neoliberalismus durchsetzte – insbesondere durch Wirtschaftsexperten*innen, die sowohl an Regierung als auch an Wirtschaftslehre beteiligt waren und somit entscheidenden Einfluss besaßen (Randers et al. 2016: 114–115). Eine Folge davon war beispielsweise die Gründung der WTO 1994, die den Einfluss der Staaten zugunsten des Marktes einschränkte (Wijkman/von Weizsäcker 2017: 136–137).

Aufgrund dessen gilt zumindest in den Industrienationen die Annahme, dass Wirtschaftswachstum im Sinne der **Trickle-Down-Theorie** auch für die ärmere Bevölkerung Vorteile bringe, noch heute (Demaria et al. 2013: 199; Hickel 2018: 82–86; Petschow et al. 2018: 154; Randers et al. 2016: 34). Auch für die Politik ist diese Annahme vielversprechend, da „bei der Verteilungsfrage auf den für alle wachsenden Kuchen verwiesen werden kann und die Verteilungsfrage nicht grundsätzlich beantwortet werden muss“ (BUND Hamburg 2017: 1). Dies gilt noch immer, obwohl sich die Trickle-Down-Theorie in den Statistiken heute nicht in abnehmender sozialer Ungleichheit niederschlägt (OECD 2016: 6). Dieses „Durchsickern“ von Wachstumserträgen zu der ärmeren Bevölkerung erfolge tatsächlich nur zu einem sehr kleinen Teil – 5% der weltweiten Einkommen durch Wachstum erreichen die ärmsten 60%. So berechnete Woodward, dass die globale Wirtschaftsleistung um das 175-Fache der heutigen Leistung gesteigert werden

müsse, um die Armut zu beseitigen (Woodward 2015: 57). Dennoch werde mit Wirtschaftswachstum immer etwas Positives verbunden, das grundsätzlich den Lebensstandard verbessere (Randers et al. 2016: 34) und insbesondere „in Multikrisenzeiten [...] [scheinen] die Strategien [...], mit denen man *bislang* gut gefahren ist, höchst plausibel“ (Welzer 2015: 131–132). Dies führe zu dem folgenden Dilemma:

„Diese Strategie kann, wie gesagt, langfristig nicht funktionieren, weil sie ihre eigenen Voraussetzungen konsumiert. Kurzfristig, und das ist der Clou, funktioniert sie aber desto besser, je knapper die Ressourcen werden. [...] Auf diese Weise wirkt die Kultur des ALLES IMMER selbstbeschleunigend“ (ebd.).

Diese Fokussierung auf das Wachstum führe dazu, dass jedwede andere Einstellung quasi ausgeblendet worden sei. So fehlten Konzepte für eine Wirtschaft ohne Wachstum (Jackson 2012: 131). Stattdessen wurde auch in ökologischen Diskussionen zunehmend das Wachstum als grundsätzliches Ziel angenommen und innerhalb dieses Rahmens Zielsetzungen formuliert.

3.3 Konzepte für Postwachstum

Im Kapitel 3.1 wurde erläutert, aus welchen Gründen Veränderungen der Wirtschafts- und Lebensweise auf der Erde für notwendig erachtet werden. Postwachstum wird hierfür wie genannt als Lösung angesehen. Unter diesem Begriff werden verschiedene Ideen verstanden, die in einer sozialen Bewegung mit einer bestimmten Vision zusammenkommen und als Ideologie oder Utopie und Makroökonomie bezeichnet werden (Demaria et al. 2013: 191, 193; Jackson 2015: 181; Klein 2015a: 16; Latouche 2015: 56–57; Schmelzer 2017: 8). Postwachstum stellt das allgegenwärtige Ziel des ständigen Wirtschaftswachstums in Frage und strebt vielmehr verschiedene andere Zielsetzungen wie Gerechtigkeit, Glück und ökologische Zielsetzungen an (Demaria et al. 2013: 209).

Dementsprechend solle mit dem Postwachstum das Wirtschaftssystem einer grundlegenden **Reform** unterzogen werden (Petschow et al. 2018: 23), was eine Abkehr vom derzeit gültigen „marktradikalen Denken“ (Randers et al. 2016: 138) bedeute. Hierbei solle in jedem Fall die Relevanz des Wirtschaftswachstums als grundlegende Zielsetzung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abnehmen und hinter anderen Zielsetzungen zurückstehen – aufgegeben werden solle also die schlichte Fokussierung auf eine Steigerung des BIPs (Schmelzer 2017: 8). Ob damit auch zwingend eine reduzierte Wirtschaftsleistung verbunden ist, wird unterschiedlich beurteilt (s. Exkurs 3, S. 71).

Mit einer solchen Entwicklung gingen in den Industrienationen auch **Wohlstandsverluste** einher, die die Postwachstumsautoren*innen – im Gegensatz zu den Verfechtern*innen des grünen Wachstums, die neue Technologien als ausreichend zur Bewältigung der Herausforderungen einschätzten (s. Exkurs 2, S. 61) – ausdrücklich erwähnen (ebd.; Demaria et al. 2013: 196; Welzer 2015: 185–188). Zu erreichen, dass diese Wohlstandsverluste nicht mit Einschränkungen bezüglich Freiheit, Demokratie oder Versorgung mit Bildung oder Gesundheit einhergehen, wird als große Aufgabe eingeschätzt (Welzer 2015: 185–188), ebenso wie die Menschen davon zu überzeugen, dass sie ihre gewohnten Konsumpraktiken und Annehmlichkeiten des Alltags aufgeben müssen (van den Bergh 2011: 882–883).

Gleichzeitig sollen mit der Abkehr von der Fixierung

auf das Wirtschaftswachstum aber auch Steigerungen der **Lebensqualität** einhergehen, wenn sich die neuen gesellschaftlichen Zielsetzungen „an den menschlichen Bedürfnissen, dem Guten Leben und an ökologischer Nachhaltigkeit orientieren“ (Schmelzer 2017: 8; Welzer 2015: 419–420). Fortschritte seien

„Langfristorientierungen gegenüber kurzfristigen, Gemeinwohl gegenüber Eigennutz, Zeitwohlstand gegenüber materiellem Wohlstand, Erhaltung gegenüber Zerstörung, Freiheit gegenüber Konsum“ (Welzer 2015: 321).

Auch wird die Identität des Menschen als homo oeconomicus, der nach rein rationalen Gründen wirtschaftlich vermeintlich sinnvolle Entscheidungen treffe, abgelehnt (ebd.: 419–420; Demaria et al. 2013: 197). Diese Veränderungen würden eine tiefgründige kulturelle Veränderung der Gesellschaft benötigen, die die bestehende Weltanschauung verändere – es seien also Ansätze auf unterschiedlichen Ebenen, von der übergeordneten systemischen Ebene bis zur individuell-moralischen Ebene sowie bezüglich formeller Regelungen als auch informeller Werte notwendig (Klein 2015a: 552–553; Petschow et al. 2018: 154–155).

Die **Entwicklung** des Postwachstums begann 1972 mit dem Bericht des Club of Rome „Grenzen des Wachstums“, in dem die Überbeanspruchung des Planeten infolge des herrschenden Wirtschaftssystems erstmals benannt wurde (Holzinger 2016: 5). Die heutige Postwachstumsdiskussion entwickelte sich unter dem Begriff „Décroissance“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts zuerst in Frankreich. Von hier aus entwickelte sich die Idee unter dem Begriff „Degrowth“ im angelsächsischen Raum weiter, bevor sie als „Postwachstum“ auch nach Deutschland kam. Entscheidende Autoren sind hierbei der Franzose Serge Latouche und der Brite Tim Jackson, die die Diskussion auf der philosophischen und konsumkritischen sowie auf der makroökonomischen und ökologischen Ebene anstießen. In Deutschland entwickelten sich Ansätze wie der radikal-ökologische Ansatz von Niko Paech oder linke Ansätze von attac (Demaria et al. 2013: 192; Holzinger 2016: 5–6; Schmelzer 2017: 8–9).

Im Folgenden werden die Konzepte einiger ausgewählter Postwachstumsautoren*innen vorgestellt, die

eine Bandbreite der Ideen aufgreifen. Entscheidend für die Auswahl war dabei, dass die Autoren*innen Konzepte entwickelten, die auch für die Stadtplanung relevante Ansätze enthalten. Weiterhin sollte eine möglichst große Bandbreite unterschiedlicher Ansätze dargestellt werden. So werden nachfolgend die Konzepte von Paech, Jackson sowie Randers et al. vom Club of Rome vorgestellt sowie diese in Kapitel 3.3.4 um einzelne Aspekte anderer Autoren*innen ergänzt.

Bei der Darstellung wird sich grundsätzlich auf die Konzepte bezogen, die für die sogenannten Industrienationen gelten, da diese für die weitere Arbeit relevant sind und auch meist nur dort von einer Postwachstumsnotwendigkeit ausgegangen wird. Den Entwicklungs- und Schwellenländern wird dagegen meist entweder noch ein verbleibendes Wachstumspotenzial zugesprochen oder ein anderes Entwicklungsmodell vorgeschlagen, das dem Prinzip globaler Gerechtigkeit entspricht (Klein 2015a: 16; Petschow et al. 2018: 33).

3.3.1 Paech: Postwachstumsökonomie

„Als ‚Postwachstumsökonomie‘ wird eine Wirtschaft bezeichnet, die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau einhergehende Versorgungsstrukturen verfügt.“ (Paech 2009)

Paech begründet seine Postwachstumsökonomie, die das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes beenden soll, damit, dass eine Entkopplung des BIPs von ökologischen Schäden unmöglich sei und ein sogenanntes „Peak Everything“ – also die Verknappung zahlreicher Ressourcen – bevorstehe. Weiterhin sei, ab einem bestimmten Wert, mit diesem Wachstum auch kein Anstieg von Zufriedenheit mehr verbunden. Von Bedeutung hierfür seien stattdessen z.B. zwischenmenschliche Beziehungen, das Umfeld oder Selbstwirksamkeit (Paech 2009, 2016: 126). Sein anvisiertes Ziel von zwei bis drei Tonnen CO₂ im Jahr pro Person – die Menge, die global gesehen mit dem Zwei-Grad-Ziel vereinbar sei – sei dabei nur möglich, wenn Einschränkungen stattfänden – beispielsweise bezogen auf die globale Mobilität von Menschen und Produkten oder auf den Konsum (Paech 2009, 2016: 58). Diese Veränderung von Lebensstilen sei notwendig, da technische Möglichkeiten im Sinne einer Entkopplung nicht ausreichen würden (Paech 2016: 140).

Zur Verwirklichung seiner Postwachstumsökonomie schlägt Paech fünf Bausteine vor (s. Abb. 16). Der erste betrifft die **Suffizienz**, also eine Genügsamkeit bezüglich jeden Aspekts, „der Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen beansprucht, aber nur minimalen Nutzen stiftet“ (Paech 2009): „Souverän ist nicht, wer viel hat, sondern wer wenig braucht“ (Paech 2016: 130). Paech spricht hierbei von einer Entschleunigung und bezeichnet die zahlreichen Einflüsse des heutigen Lebensstils als „Wohlstandsballast“ und „Reizüberflutung“, was im Zuge seiner Postwachstumsökonomie zu ändern sei (ebd.: 151).

Weiterhin sei eine größere Bedeutung von **Selbstversorgung oder Subsistenz** z.B. bei Lebensmitteln oder im Handwerk notwendig, um so die Unabhängigkeit von internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen im Sinne einer De-Globalisierung zu erhöhen. Die bisher bestehende Abhängigkeit bewertet Paech negativ. Eine Abkehr davon sei notwendig, um auch in Krisenzeiten in stabilen Gesellschaften leben zu können. Hierfür sei

ein Wiedererlernen verschiedener handwerklicher oder landwirtschaftlicher Fähigkeiten erforderlich. Mögliche Orte dieser Selbstversorgung seien über selbstständige Eigenarbeit hinaus auch gemeinschaftliche, häufig auf die Nachbarschaft bezogene Orte wie Dach- oder Community-Gärten, Tauschringe, Möglichkeiten zu gemeinsamer Nutzung von Geräten oder Gemeinschaftsräumen und Nachbarschaftshilfe. Es gehe hierbei also sowohl um die Produktion von Dingen, als auch um Reparatur oder gemeinsame Nutzung, um so insgesamt die Produktionsmenge und den dafür notwendigen Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Diese größere Bedeutung von Selbstversorgung stehe dabei im Wechselspiel zu einer reduzierten Arbeitszeit auf dem klassischen Arbeitsmarkt – so seien einerseits nicht mehr so hohe Einnahmen notwendig, wenn viel selbst produziert wird, allerdings ermögliche auch reduzierte Arbeitszeit erst das erhöhte Engagement in der Selbstversorgung. Weiterhin seien auch schlicht aufgrund der fehlenden Wachstumsraten reduzierte Arbeitszeiten auf z.B. 20 Wochenstunden notwendig (Paech 2009, 2016: 59–65, 120–122, 151).

Der dritte Baustein Peachs betrifft die stärkere **Regionalisierung der Wirtschaft**, die bereits angesprochen wurde. Dies betrifft das Handeln auf regionalen Märkten, um die Handelsketten zu verkürzen, aber auch die Einführung von zinslosen Regionalwährungen. Diese beförderten ein stärker regional orientiertes Handeln und damit ebenso eine Unabhängigkeit von den weltweiten Wirtschaftskreisläufen. Weiterhin würde durch die direktere Bindung des Kunden an den Produzenten die Wertschätzung von hohen sozialen oder ökologischen Werten gegenüber rein ökonomisch motivierten Käufen gefördert (Paech 2009, 2016: 114–117).

Wie dargelegt ist Paechs zentrales Ziel, jegliche Produktion, die Ressourcen verbraucht, über lange Nutzungsdauern oder Reparatur soweit möglich einzuschränken. Auch eine neue Produktion solle, wenn sie nicht zu reduzieren ist, im Sinne **stofflicher Nullsummenspiele** nur unter Verwendung bereits verwendeter Ressourcen stattfinden – und wenn nicht, „muss dies mit einer Subtraktion verbunden sein, durch die andernorts im selben Umfang Ressourcen und Räume freigegeben werden“ (Paech 2016: 133). Insgesamt gebe es hierdurch drei Versorgungssysteme: „Entmonetarierte Lokalversorgung, regionalökonomische Systeme auf Basis zinsloser Komplementärwährungen und – als

zu minimierende Restgröße – Leistungen aus globaler Arbeitsteilung „ (ebd.: 119). Unternehmen in der Postwachstumsökonomie seien dann v.a. in der Reparatur von bestehenden Produkten statt in der Neuproduktion aktiv (Paech 2009, 2016: 131–133).

Zuletzt seien auch **institutionelle Innovationen** zur Durchsetzung einer Postwachstumsökonomie notwendig, die verschiedene Handlungsfelder betreffen. Hierzu gehöre die angesprochene Einführung von persönlichen CO₂-Kontingenten von zwei bis drei Tonnen pro Jahr, von Regionalwährungen sowie einer Finanztransaktionssteuer, um so „systemimmanente Wachstumszwänge [zu] mildern“ (Paech 2016: 134–135). Weitere Bestandteile seien eine nicht genauer ausgeführte Bodenreform, die Einführung von Obergrenzen bei Einkommen und Vermögen oder eines Grundeinkommens und weiterhin eine Neuordnung öffentlicher Ausgaben – weg von Subventionen für Bauindustrie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft, hin zu sozialen, gesundheitlichen oder bildungsbezogenen Themen. Zuletzt sei jede zusätzliche Versiegelung oder Landschaftszerstörung zu verhindern sowie Infrastrukturen für Verkehr oder Industrie rückzubauen (Paech 2009, 2016: 134–139).

Angesichts dieser umfassenden Veränderungen, die die persönlichen Lebensstile betreffen, sieht Paech den **Handlungsbedarf** zunächst in der Gesellschaft. Diese müsse ihre eigene Lebensweise hinterfragen und ihren Lebensstil verändern. Erst dann seien auch Veränderungen der Zukunftsentwürfe in der Politik möglich, die ohne einen vorangegangenen Wandel in der Gesellschaft niemals gewählt würden: „Keine demokratisch gewählte Regierung eilt einem gesellschaftlichen Wandel voraus, sondern immer nur hinterher, um kein Risiko einzugehen“ (Paech 2016: 140).



161 Bausteine für Paechs Postwachstumsökonomie (eigene Darstellung nach: Paech 2009, 2016)

3.3.2 Jackson: Wohlstand ohne Wachstum

„Die Grenzen festsetzen. Das Wirtschaftsmodell reparieren. Die gesellschaftliche Logik verändern.“ (Jackson 2012: 176)

Für Jackson sind die Gründe für Postwachstum sowohl ökologischer als auch sozialer Natur. So sieht er neben Aspekten wie dem Klimawandel und ökologischen Faktoren auch die weltweite Ungleichheit als Folge des Wachstumsstrebens, wobei zwischen beiden Aspekten auch Zusammenhänge bestünden: „Unproduktiver Statuswettbewerb erhöht den Materialverbrauch“ (Jackson 2012: 160–161). Dabei befänden sich Gesellschaft und Regierungen in einem „Wachstumsdilemma“, aus dem sie in der jetzigen Situation nicht entkommen könnten, sondern für das es eine Vision und Mut brauche (ebd.: 38, 172, 2015: 181). Zu diesem Zweck definiert Jackson den Begriff Wohlstand neu und ersetzt damit klassische Definitionen, die lediglich auf materiellem Reichtum beruhen.

„Wohlstand beruht auf der Möglichkeit zu gedeihen – physisch, psychisch und sozial. Über den reinen Lebensunterhalt hinaus hänge der Wohlstand ganz wesentlich von der Möglichkeit ab, sinnvoll am Leben der Gesellschaft teilzunehmen.“ (Jackson 2012: 150)

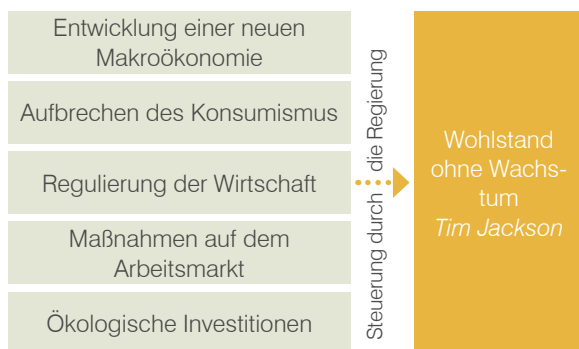
Hierzu gehörten Faktoren wie Lebensqualität, Gesundheit oder Glück – die sich jeweils innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten bewegen müssten (Jackson 2012: 39, 150, 190–194).

Für den notwendigen Wandel sind für Jackson zunächst zwei Ansatzpunkte notwendig (s. Abb. 17): die Entwicklung einer neuen Makroökonomie sowie auf der gesellschaftlichen Ebene das Ende des „Konsumwachstum[s]“ (ebd.: 163–164). Die Entwicklung einer neuen

Makroökonomie sei notwendig, um ökonomische Stabilität ohne Wachstum herstellen zu können, was unter den gegebenen Bedingungen bisher nicht möglich sei. So müssten Modelle mit den klassischen Größen wie Produktion, Konsum, Investitionen oder Staatsausgaben entwickelt werden, die strikte ökologische Grenzen für Emissionen und Ressourcenverbrauch beinhalten. Dieses Modell solle dabei eine Wirtschaft entwickeln, deren „Zuverlässigkeit nicht auf unerbittlich wachsendem Konsum und expandierendem Verbrauch beruht“ (ebd.: 179). Hierzu gehöre ebenso ein neuer Indikator statt des BIPs, der statt der reinen Wirtschaftsleistung auch Werte wie die Lebenserwartung, die Bildungsteilhabe oder die Belastbarkeit von Gemeinschaften umfasse (ebd.: 131–132, 179–182).

Auf der gesellschaftlichen Ebene sei es gemäß Jackson notwendig, die „Logik des Konsumismus“ (ebd.: 159, Hervorhebung AB) aufzubrechen. Hierzu gehöre zum einen die Reduzierung falscher Anreize, wozu er z.B. die einfach mögliche Abfallentsorgung gegenüber Recycling, die geringen Gehälter in sozialen Berufen gegenüber denen in der Wirtschaft oder auch mittelbar vermittelte Werte in den Medien zählt. So sei eine starke Einschränkung von Werbung notwendig, beispielsweise ein Verbot von Werbung für Kinder sowie die Etablierung werbefreier Zonen. Zum anderen sollten positive Anreize für einen nichtmaterialistischen Lebensstil geschaffen werden, die – entgegen der heute gültigen Werte, nach denen der Konsumismus „Basis für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist“ (ebd.: 183) – dennoch eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein entscheidender Aspekt hierbei sei die Stärkung von öffentlichen Räumen und Einrichtungen, die wie Grünflächen, Sportanlagen, Büchereien gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen (ebd.: 158–159, 183–186, 190–194).

Neben diesen grundlegenden Ansatzpunkten führt Jackson weitere notwendige Maßnahmen an. Hierzu gehören die Regulierung der Wirtschaft und die Stabilisierung der Finanzmärkte, wie z.B. über eine Besteuerung internationaler Devisentransfers, um die Mobilität von Kapital zu beschränken, oder die Verpflichtung für Banken, größere Geldmengen als Reserven vorhalten zu müssen, um Investitionen und Schuldenaufnahmen stärker zu kontrollieren. Auch solle die Verschuldung von Privathaushalten grundsätzlich stärker verhindert werden. Daneben sollten schrittweise eingeführte Ober-



171 Bausteine für Jacksons Wohlstand ohne Wachstum (eigene Darstellung nach: Jackson 2012, 2015)

grenzen festgesetzt werden, die jeder Person bestimmte Ressourcen und Emissionen zugestehen, die die Einhaltung der ökologischen Grenzen gewährleisten. Auch die Steuern bedürften einer Reform, durch die ökologisch negativ bewertete Aktivitäten teurer werden, wie z.B. Umweltverschmutzung oder CO₂-Verbrauch, während die Besteuerung von Arbeit als wünschenswerte Aktivität reduziert würde. Generell sollten Produktionsaktivitäten nicht mehr rein monetären Zielen dienen, sondern „einen positiven Beitrag zum Gedeihen leisten, einen angemessenen Lebensunterhalt bereitstellen und für niedrigeren Material- und Energieverbrauch sorgen“ (Jackson 2015: 185). Zur Bekämpfung der Ungleichheit schlägt Jackson u.a. Unter- und Obergrenzen beim Einkommen vor, verlangt bessere Zugänge zu Bildung und hält Aufwertungen in benachteiligten Quartieren für sinnvoll. Zuletzt sollen sich das Bauwesen v.a. auf die Sanierung von Gebäuden konzentrieren und bei der Planung von Infrastrukturen die Nachhaltigkeit sowie geringe Folgekosten berücksichtigt werden (Jackson 2012: 177–179, 181–184, 2015: 185–186).

Weiterhin hält Jackson Veränderungen auf dem **Arbeitsmarkt** für sinnvoll, die einerseits eine stärkere Relevanz nichtmaterieller Dienstleistungen betreffe und andererseits eine Reduzierung der Arbeitszeit. Diese nichtmateriellen Dienstleistungen wie z.B. im Gesundheitsbereich, beim Gärtnern oder beim Reparieren von Produkten würden klassischerweise einen geringen Beitrag zum BIP sowie eine geringe Produktivität und damit eine geringe Wertschätzung aufweisen, könnten aber in einer ressourcenarmen Wirtschaft durch eine Verlagerung der Schwerpunkte eine Vielzahl an Arbeitsplätzen bieten. Allerdings böten diese Bereiche aufgrund der nicht möglichen Steigerung der Produktivität keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Wenn die Produktion wie oben dargelegt begrenzt werde, sei es weiterhin notwendig, Arbeitszeiten zu verkürzen, um die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen aufzuteilen (Jackson 2012: 138–142, 154–157, 183, 199, 2015: 186).

Neben diesen regulierenden Maßnahmen betont Jackson aber auch die Notwendigkeit **ökologischer Investitionen** im Sinne eines Konjunkturprogramms zur Erhöhung der Ressourceneffizienz. Diese sollten z.B. die Energieeffizienz, Gebäudesanierung oder Abfallvermeidung betreffen oder den Ausbau neuer Technologien, wie z.B. erneuerbare Energien oder öffentliche Ver-

kehrsmittel, sowie Verbesserungen im Ökosystem, etwa Klimaanpassungsmaßnahmen oder Aufforstungen, fördern. Auch die Speicherung und Abscheidung von CO₂ schließt er nicht aus. Diese Investitionen sollten staatlich finanziert werden, aber – nicht im Sinne klassischer Investitionen – eine Rückkehr zur Wachstumsentwicklung bewirken, sondern zulasten von Konsumausgaben gehen. Von Bedeutung sei die richtige Geschwindigkeit der Transformation, die einerseits die ökologischen Begrenzungen berücksichtige, andererseits aber dennoch eine stabile Wirtschaft erhalte, so dass Investitionen auch weiterhin möglich seien (Jackson 2012: 95–96, 120–129, 144–146, 180–181).

Zur **Umsetzung** dieser Ideen sieht Jackson die Verantwortung klar bei der Regierung, die starke Eingriffe durchführen müsse, da die Gesellschaft Veränderungen in diesem Maße nicht selbstständig durchführen würde: „Angesichts dieser Einsichten [der Verlockung der Wachstumsideologie] kann man guten Gewissens nicht erwarten, dass ein Individualismus des Laissez-faire als Steuerungsinstrument für bleibenden Wohlstand ausreicht. Es besteht wenig Hoffnung, dass wir uns, auf uns alleine gestellt, aus freien Stücken spontan nachhaltig verhalten“ (ebd.: 164–167). So würden jedes Individuum und jedes Unternehmen ohne Steuerung von oben nach Eigeninteressen statt nach gemeinschaftlichen und langfristigen Interessen handeln. Angesichts der Bedrohung des Wohlstands durch die aufgeführten Entwicklungen sei eine solche Verantwortung seitens des Staates selbstverständlich (ebd.: 164–167, 172–174).

3.3.3 Randers et al.: Ein Prozent ist genug

„[Wir] müssen [...] völlig neue Wege gehen und mit der Vergangenheit brechen. Der Staat muss planen und regulieren, statt viele wichtige Entscheidungen den Launen ‚des Markts‘ und ‚der unsichtbaren Hand‘ zu überlassen.“ (Randers et al. 2016: 138)

Auch Randers et al. formulieren ihre Strategie aus ökologischer und sozialer Perspektive, so dass sich auch ihr Titel auf z.B. ausreichende Wachstumsraten von einem Prozent oder auf das Aufbrechen der Ungerechtigkeit, dass 1% der Weltbevölkerung so viel besitze wie 99, beziehen lässt. So führe das derzeitige Wirtschaftssystem zu steigender Ungleichheit und dem Klimawandel, wogegen nur unkonventionelle regulierende Lösungen, die das Wirtschaftssystem grundlegend verändern, helfen würden. So sei nur durch ein Aufbrechen des marktradikalen Denkens eine Reduzierung der Ungleichheit sowie ein Aufhalten des Klimawandels möglich, da dieses erhebliche Einflüsse des Staates erfordere (Randers et al. 2016: 14–15, 24–26, 138).

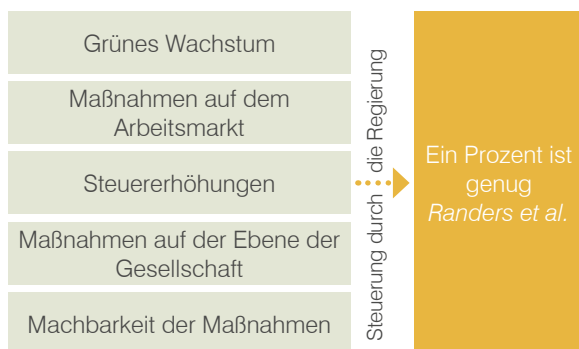
Zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks seien vier Ziele zu anzustreben, die das Ende der Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas, die Umverteilung von Wohlstand, die Regulierung der Märkte sowie das Etablieren langfristigen Denkens beinhalten. Dabei gehen die Autoren*innen aufgrund von steigenden ökonomischen Aktivitäten von einem steigenden BIP – einem „grünen Wachstum“ – aus, das mit einem reduzierten ökologischen Fußabdruck einhergehe (ebd.: 196). Genauso erachten sie aber auch einen neuen Indikator zur Messung des gesellschaftlichen Wohlbefindens für notwendig, der auch Aspekte wie Ungleichheit oder Treib-

hausgasemissionen umfasse. Zur Erreichung der Ziele machen Randers et al. 13 Vorschläge, die sie anhand ihrer Machbarkeit anstatt idealistischer Ziele ausgewählt haben (ebd.: 138–143, 194–195, 234–235).

Hierzu gehören zunächst, wie Abb. 18 zeigt, verschiedene Maßnahmen im Bereich der **Arbeit**. Dies betrifft eine Reduzierung der Jahresarbeitszeit zur Umverteilung von Arbeit hin zu Arbeitslosen, eine Erhöhung des Rentenalters sowie eine Neudefinition von Arbeit, die beispielsweise auch Pflegetätigkeiten in der Familie umfassen solle. Durch eine Bezahlung auch dieser Tätigkeiten solle diese Arbeit in den Arbeitsmarkt integriert und so die Wertschätzung erhöht werden. Weiterhin fordern sie auch ein erhöhtes Arbeitslosengeld, was es erleichtere, aus sozialen oder ökologischen Gründen Arbeitsplätze abzulehnen, wodurch diese Unternehmen langfristig vom Markt verschwinden, wenn ihnen die Arbeitskräfte fehlten (ebd.: 150–161, 169–177).

Bestandteil der Strategie sei ebenso die Erhöhung von **Steuern** in verschiedenen Bereichen. So sollen Unternehmen und Reiche höhere Steuersätze zahlen, Erbschaften stärker sowie grundsätzlich Einkommen weniger und dafür Emissionen und Rohstoffe zur Internalisierung der externen Kosten stärker besteuert werden. Diese zusätzlichen Einnahmen sollten in Form grüner Konjunkturpakete für Energieeffizienz oder verringerte Emissionen für das Gemeinwohl genutzt oder auch pauschal an die Bürger zurückgegeben werden. Ebenso förderlich sei die Besteuerung von Werbung, um so das gesellschaftliche Verhalten zu verändern, oder eine reduzierte Mehrwertsteuer für diejenigen Produkte, die wie gesunde Lebensmittel oder Freizeitaktivitäten das Wohlergehen steigern. Eine ähnliche Beschränkung sei für den Außenhandel notwendig, indem Handelsschranken und Zölle wieder eingeführt werden sollen, um die durch die Globalisierung entstandene Ungleichheit sowie die ressourcenintensiven Transporte einzuschränken (ebd.: 150–151, 179–185, 190, 198–203, 217–220).

Zuletzt empfehlen Randers et al. auch Maßnahmen auf der Ebene der **Gesellschaft**. Hierzu gehört die Förderung kleiner Familien, da das Bevölkerungswachstum als Hauptursache für den immensen ökologischen Fußabdruck einzuschätzen sei. Dies stellen sie sich z.B. in Form von Boni für Frauen mit maximal einem Kind vor. Ebenso wichtig sei ein existenzsicherndes Mindesteinkommen für Bedürftige, wie Alte, Behinderte, Kranke



181 Bausteine für das Postwachstumskonzept von Randers et al. (eigene Darstellung nach: Randers et al. 2016)

oder Arbeitslose, das etwa ein Drittel des BIPs pro Kopf umfassen solle (ebd.: 150–151, 221–230).

Entscheidende Relevanz hat bei den Ansätzen von Randers et al. ihre Einschätzung der **Machbarkeit** der Maßnahmen. Da sie viele naheliegende Lösungen zur Bewältigung der Problemlagen – wie beispielsweise ein großes Investitionsprogramm für erneuerbare Energien – für politisch nicht durchführbar halten, seien ausdrücklich nur diejenigen angeführt, die als machbar bewertet werden. Kriterien hierfür seien z.B. die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit, die Vermeidung von Arbeitslo-

sigkeit, die geringen Kosten oder der Verzicht auf diejenigen Maßnahmen, die ein Zusammenbrechen des Systems herbeiführen können. Diese notwendigen Veränderungen seien dabei von staatlicher Seite aus durchzuführen (ebd.: 135, 141, 151).

Diskussion über die Notwendigkeit von Wachstum

Exkurs 3

Wie in Kapitel 3.3 dargelegt, werden unterschiedliche Positionen dazu eingenommen, inwiefern negative Wachstumsraten zur Erreichung der aufgeführten Zielsetzungen zwingend erforderlich sind. Grundsätzlich werden hier die Positionen Degrowth und grünes Wachstum unterschieden, wobei Degrowth zwingend negative Wachstumsraten beinhaltet, während grünes Wachstum weiteres Wachstum befürwortet, wie in Exkurs 2 (S. 61) bereits erläutert. Wie in Kapitel 3.1.4 dargelegt, beurteilen es die Vertreter*innen des Degrowth als unwahrscheinlich, dass die erforderlichen Emissionsrückgänge bei Beibehaltung der Wachstumsraten möglich sind, und unterstützen dementsprechend reduktive Maßnahmen.

Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Strategien ist die Bewertung, ob die **Entkopplung** des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch in ausreichendem Maße möglich ist (s. Exkurs 2, S. 61). Da bisher keine Strategie im erforderlichen Maß umgesetzt wurde und in der Vergangenheit eine Parallelität der wirtschaftlichen Entwicklung und des Ressourcenverbrauchs zu beobachten war (s. Kapitel 3.1), kann dies nicht eindeutig bewertet werden. Hierbei stehe auf der einen Seite die theoretische Möglichkeit, die Wirtschaftsleistung über technologische Entwicklungen und die vermehrte Verlagerung in den Dienstleistungssektor ohne Ressourcenverbrauch zu steigern. Diese

theoretische Möglichkeit sei jedoch nicht ausreichend, sondern notwendig sei eine tatsächliche Reduktion im ausreichenden Maße und ausreichender Geschwindigkeit. So seien auf der anderen Seite – wenn Emissionsrückgänge entsprechend der Klimaziele erreicht werden sollen – so starke Reduktionen vonnöten, dass die Wirtschaft um 4 bis 9% im Jahr dekarbonisiert werden müsse, wenn ein Wirtschaftswachstum von 2% vorausgesetzt wird. Die tatsächliche Dekarbonisierung betrage seit dem Jahr 1990 jedoch lediglich 1%, so dass dies sehr unwahrscheinlich erscheine (Petschow et al. 2018: 28, 40–42, 87–88, 93). Weiterhin zu beachten sei an dieser Stelle die Verlagerung der Emissionen im Zuge der Produktionsverlagerung in andere Länder, die zu einer scheinbaren Verbesserung der Emissionen in nationaler Betrachtungsweise führt (Antal/van den Bergh 2016: 167; Brand 2015: 53), sowie die Tatsache, dass mit neuen Technologien, die die CO₂-Bilanz verbessern, häufig andere Belastungen einhergehen, wie etwa die Verwendung seltener Erden für die Herstellung von Solarpanels (Klaus et al. 2010: 131). Insgesamt scheint das Beharren auf dem Wirtschaftswachstum im Sinne des grünen Wachstums angesichts der Bedrohungen durch den Klimawandel nicht sinnvoll, solange unklar ist, ob damit die notwendigen Reduktionen erreicht werden können.

Neben diesen Gründen ist die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum auch deshalb nicht sinnvoll, da

Exkurs 3

Diskussion über die Notwendigkeit von Wachstum

hierdurch eine einseitige Zielausrichtung erreicht wird, die zahlreiche Aspekte ignoriert. Die Kritik am BIP als Messinstrument für gesellschaftliches Wohlergehen wurde in Kapitel 3.1.1 dargelegt. Hierdurch wird zum einen deutlich, dass eine Fokussierung auf dieses Ziel negativ zu bewerten ist (van den Bergh 2011: 886), zum anderen zeigt dies aber auch, dass auch ohne eine Steigerung des BIPs gesellschaftliches Wohlergehen möglich ist (van den Bergh 2011: 882):

„Wenn also das BIP einige Bestandteile des gesellschaftlichen Wohlergehens nicht adäquat repräsentiert, ist es grundsätzlich möglich, dass das Wohlergehen steigt, auch wenn das BIP sinkt. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn die positiven Wohlstandsbeiträge von im BIP nicht berücksichtigten Aktivitäten in einem Zeitraum in einem Maße zunehmen, dass die im gleichen Zeitraum verringerte Wirtschaftsleistung überwiegt“ (Petschow et al. 2018: 29).

Entsprechend dieser Situation entwickeln Petschow et al. und van den Bergh neben Degrowth und grünem Wachstum eine dritte Position, die sich **indifferent zum Wachstum** verhält. Diese setzt nicht zwingend Wirtschaftswachstum oder eine Senkung des BIPs voraus, hält aber eine Reduzierung des BIPs im Rahmen der notwendigen Entwicklung für möglich. Diese wirtschaftliche Entwicklung ordne sich dem Ziel des reduzierten Ressourcenverbrauchs unter: Wichtig sei also zunächst die Reduktion des Ressourcenverbrauchs – während klassische Degrowth-Strategien quasi im Umkehrschluss, da bisher Wachstum zu hohen Ressourcenverbräuchen

führt, schlicht negative Wachstumsraten forderten (Petschow et al. 2018: 21, 43; van den Bergh 2011: 885, 889). Hierdurch solle das BIP als grundsätzliche Zielgröße abgelöst werden (van den Bergh 2011: 890). Wichtig sei ebenso, nicht gesamtwirtschaftliche Rückgänge zu fordern, sondern dies gezielt dort anzustreben, wo hohe Ressourcenverbräuche stattfänden, da auch eine schlichte Reduktion der wirtschaftlichen Leistung nicht ausreiche, um die notwendigen Einsparungen an Emissionen zu erreichen (van den Bergh 2011: 882). Petschow et al. verwenden für diese Strategie den Begriff „vorsorgeorientierte Postwachstumsposition“ (Petschow et al. 2018: 43–44), während van den Bergh dies als „A-growth“ bezeichnet (van den Bergh 2011: 889).

Bei Transformationen der Größenordnung, wie es das Postwachstum erfordert, stellt sich die Frage, wie solch eine Transformation stattfinden kann: Bottom-up – initiiert von der Gesellschaft – oder Top-down – durchgesetzt mit regulativen Maßnahmen aus übergeordneter Ebene. Für beides finden sich Argumente, die im Folgenden in Bezug auf den Postwachstumsdiskurs dargestellt werden.

So wurde in Kapitel 3.3 dargestellt, dass die Transformation zum Postwachstum eine moralische, kulturelle Ebene beinhalte. Da dies nicht von staatlicher Ebene aus vorgeschrieben werden kann, ist eine **Bottom-up**-Bewegung notwendig. Welzer ist grundsätzlich der Meinung, dass gesellschaftlicher Fortschritt „von unten“ komme (Welzer 2015: 367–368) und gemäß Latouche sei zunächst ein ausgeweiteter vorgelagerter gesellschaftlicher Diskurs notwendig (Latouche 2015: 146–147). So sei erst danach eine politische Partei in der Lage, für solche Konzepte gewählt zu werden, wie in Kapitel 3.3.1 erläutert.

Dem gegenüber steht, dass die notwendige Geschwindigkeit der Veränderungen (s. Exkurs 1, S. 52) vermeintlich schneller über regulative Vorgaben entsprechend des **Top-down-Prinzips** erreicht werde. Es wird angezweifelt, dass die veränderten Lebensstile einiger Gruppierungen zukünftig von mehr Menschen gelebt werden, was aber Voraussetzung für Veränderungen im notwendigen Maßstab sei (Klein 2015a: 116; van den Bergh 2011: 882–883). Ebenso sei fraglich, ob über individuelle Veränderungen tatsächlich immer die im Sinne des Postwachstums „richtigen“ Entscheidungen getroffen werden, was beispielsweise die Diskrepanz des im Alltag Bioprodukte kaufenden, aber dennoch CO₂-intensive Fernreisen unternehmenden Großstädtlers untermaule. Der Mensch handele also nicht immer rational. Auch wird angenommen, dass der Mensch nicht altruistisch genug sei, um ohne zwingende Vorgaben freiwillig Einschränkungen der Lebensqualität im notwendigen Maße zu tätigen. Diese werde noch dadurch verstärkt, dass die Wirkung der persönlichen Handlung in dieser Hinsicht meist nicht sichtbar ist (van den Bergh 2011: 889). Hinzu kommt, dass individuelle Verhaltensänderungen

einen begrenzten Effekt haben, wie etwa beim öffentlichen Konsum oder dem Wohnungsbau, sofern man nicht in einem Eigenheim wohnt (Barthel 2006: 7). So ist Jackson der Meinung, dass der Staat sogar in der Pflicht sei, hier regulierend einzugreifen, um die Stabilität der Wirtschaft wahren zu können, da nur so individuelle Nachteile – wie beispielsweise weniger Flugreisen – zu gesamtgesellschaftlichen Vorteilen – wie einer stabilen Wirtschaft und eines guten Lebens auch für zukünftige Generationen – führen können. Auch biete eine regulierende Steuerung den Vorteil, dass konkrete Schritte strategisch geplant werden könnten (Jackson 2012: 164–167, 176).

Insgesamt weist also sowohl das Bottom-up- als auch das Top-down-Vorgehen Vorteile auf. Allerdings schließen sich die beiden Varianten auch nicht aus – so ist es vermutlich am erfolgversprechendsten, wenn auf beiden Ebenen Fortschritte erzielt werden, da sich beide Prozesse auch gegenseitig bedingen. Dies entspricht auch der sogenannten **„Multi-Level-Perspektive“** von Geels, der für einen Wandel immer Veränderungen auf allen Ebenen als notwendig erachtet, die dort gleichzeitig stattfinden und sich gegenseitig bestärken (Geels 2011: 26). Dementsprechend wird auch im weiteren Verlauf dieser Arbeit angenommen, dass Top-down-Regelungen notwendig sind, aber auch gesellschaftliche Initiativen o.ä. von planerischer Seite bestärkt werden sollen.

3.3.4 Gegenüberstellung

In den vorangegangenen Texten wurden verschiedene Autoren*innen vorgestellt, die Konzepte für Postwachstum entwickelten. Diese unterscheiden sich sowohl in ihren Ansätzen als auch in ihren konkreten Konzepten, weisen aber alle die gleiche Grundidee auf: das Aufbrechen der herrschenden Fokussierung auf Wirtschaftswachstum insbesondere aus ökologischen Gründen. Gleichzeitig lassen sich ihre Ansätze ähnlichen Themen zuordnen, wie Tabelle 08 zeigt. Damit sind sie alle in den Postwachstumsdiskurs einzuordnen.

Hierbei zeichnet sich Paech durch den radikalsten Ansatz aus, der v.a. Aspekte auf der Ebene der persönlichen Lebensstile anspricht, Wachstum ablehnt, aber auch Regulierung in Form von CO₂-Kontingenten fordert. Jackson widmet sich dagegen v.a. der übergeordneten Ebene einer neuen Makroökonomie und möchte die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum beenden; er schlägt verschiedene Regulierungen der Wirtschaft durch den Staat z.B. über Steuern, aber auch Investitionen vor. Randers et al. unterscheiden sich davon durch ihre Befürwortung von Wachstum sowie durch ihre Fokussierung auf die ihrer Meinung nach machbaren Aspekte, wozu ebenso Regulierung und Umverteilung gehören, eine Neuordnung des Steuersystems, aber auch grüne Konjunkturpakete und die Steuerung der Bevölkerungszahl.

Neben den aufgeführten Konzepten sind weitere **Ansätze anderer Autoren*innen** für das Postwachstum relevant, die bisher nicht erörtert wurden und im Folgenden genannt werden. So stellt beispielsweise Latouche grundsätzlich den Kapitalismus in Frage, betont aber die Abgrenzung zur klassischen Kapitalismuskritik, die weiterhin Wirtschaftswachstum befürwortet. Für ihn ist eine Wachstumsrücknahme grundsätzlich nicht mit dem Kapitalismus vereinbar (Latouche 2015: 61–62, 136–141). Als weitere notwendige Veränderungen werden solche auf der Institutionsebene erwähnt, wie die Umgestaltung der Sozialversicherungssysteme zur Wachstumsunabhängigkeit – nur hiermit bekomme die Politik überhaupt die Gelegenheit, Entscheidungen für eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum zu treffen (Petschow et al. 2018: 157; Seidl/Zahrnt 2010: 19–20). Auch die Stärkung gemeinwohlorientierter Unternehmensformen wird diskutiert (Petschow et al. 2018: 115–116). Zur stärkeren Regionalisierung der Wirtschaft wird ergänzend zu den oben

genannten Vorschlägen auch die Begrenzung von Massentourismus vorgeschlagen sowie die Einschränkung des Fleischkonsums oder das verstärkte Konsumieren saisonaler Produkte (Latouche 2015: 64–67, 77–81).

Eine weiterhin wichtige Fragestellung ist, wie auf internationaler Ebene zusammen gehandelt werden kann. So fordern Wijkman und von Weizsäcker eine stärkere Einschränkung der nationalen Souveränität zugunsten eines internationalen Rechtssystems (Wijkman/von Weizsäcker 2017: 176–177), während van den Bergh verbindliche internationale Vereinbarungen anstelle der bestehenden freiwilligen fordert (van den Bergh 2011: 884–888).

Die Gestaltung des Prozesses in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft betonen insbesondere Petschow et al. und Latouche. So seien die zahlreichen Schritte für den Wandel sukzessiv durchzuführen, was durch eine Stärkung der regionalen oder lokalen Demokratieebene begleitet werden solle (Latouche 2015: 73–74, 120). „[P]artizipative gesellschaftliche Suchprozesse, Experimentierräume für neue soziale Praktiken und neue innovations- und forschungspolitische Ansätze, die diese anregen, begleiten und unterstützen“ (Petschow et al. 2018: 159–162), sollen den Weg zur Resilienz¹ konkretisieren (ebd.: 164).

In der Tabelle 08 ist erkennbar, dass die Autoren einige **gemeinsame Ideen** aufweisen. Hierzu gehört die grundsätzliche Anerkennung, dass die Lebens-einstellung oder die Definition, was gutes Leben oder Wohlstand ist, verändert werden müsse, womit die Orientierung an nichtmateriellen, auf Gemeinschaft statt Konsum bestehenden Werten einhergeht. Weitere ähnliche Konzepte sind die absolute Begrenzung von Emissionen, entweder über Kontingente pro Person oder über die Definition von Maximalwerten, oder aber über Steuern, was häufig mit einer geringeren Steuer für Arbeit einhergeht. Sie fordern verstärkte Umverteilung, die Reduzierung von Arbeitszeit und die Ober- und z.T. Untergrenzen von Einkommen oder Vermögen.

Allerdings existieren auch eindeutige **Gegensätze** zwischen den Autoren*innen. So unterscheiden sie

¹ Unter Resilienz wird die „Fähigkeit von sozialen, Wirtschafts- oder Umweltsystemen, ein gefährliches Ereignis bzw. einen solchen Trend oder eine Störung zu bewältigen und dabei derart zu reagieren bzw. sich zu reorganisieren, dass ihre Grundfunktion, Identität und Struktur erhalten bleiben und sie sich gleichzeitig die Fähigkeit zur Anpassung, zum Lernen und zur Transformation bewahren [verstanden]“ (IPCC 2013a: 5).

Themen	Paech	Jackson	Randers et al.	Andere
Einschätzung zum Wachstum	Kein Wachstum	Kein Wachstum	Wachstum	
Motivation	Ökologisch/Klimawandel	Ökologisch/Klimawandel und sozial	Ökologisch/Klimawandel und sozial	
Veränderungen auf der Ebene von Gesellschaft, Ideologie, Lebensstil	Einschränkungen/Veränderungen Lebensstil Suffizienz, Entschleunigung Subsistenz: Selbstversorgung bei Handwerk/Landwirtschaft, auch in Gemeinschaft (Gärten, Sharing, Gemeinschaftsräume, Nachbarschaftshilfe)	Neue Wohlstandsdefinition: Gesellschaftszugehörigkeit statt ökonomischer Definition Aufbrechen Konsumismus: falsche Anreize reduzieren, Einschränkung Werbung, Entwicklung nichtmaterialistischer Lebensstils (öffentliche Räume/Einrichtungen)	Grundsatz langfristiges Denkens Förderung kleiner Familien	Begrenzung Massentourismus Anpassung Ernährung Grundsatz Resilienz
Maßnahmen durch den Staat: Steuern, Reform Institutionen, Investitionen	Finanztransaktionssteuer, Bodenreform Neuordnung öffentliche Ausgaben	Steuern: Mehr Besteuerung von Umweltverschmutzung/Emissionen – weniger von Arbeit Staatliche ökologische Investitionen: Energieeffizienz, Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, Klimaanpassung	Steuern: höhere Steuersätze für Unternehmen/Reiche/Erbschaften/Rohstoffen/Werbung – weniger von Arbeit/Produkten, die das Wohlergehen fördern, Besteuerung Außenhandel Grüne Konjunkturpakete	Umgestaltung Institutionen zu Wachstumsunabhängigkeit, wie Sozialversicherungssysteme
Veränderungen des Wirtschaftssystems	Unabhängigkeit von internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen, De-Globalisierung Regionalisierung Wirtschaft: regionale Märkte, Regionalwährungen Kaum Neuproduktion, Fokus Reparatur	Entwicklung neue Makroökonomie für Wirtschaft ohne ständiges Wachstum (inkl. eines neuen Indikators statt des BIPs) Regulierung Wirtschaft, Stabilisierung Finanzmärkte Verhinderung Verschuldung	Entwicklung eines neuen Indikators statt des BIPs	Gemeinwohl-orientierte Unternehmen
Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt	Reduzierung Arbeitszeit Obergrenzen Einkommen und Vermögen oder Grundeinkommen	Reduzierung Arbeitszeit Ober-/Untergrenzen Einkommen Verlagerung zu nichtmateriellen Dienstleistungen	Reduzierte Jahresarbeitszeit Erhöhtes Rentenalter Mehr Umverteilung	
Einführung ökologischer Grenzwerte	CO ₂ -Kontingent pro Person	Obergrenzen für Emissionen/Person	Beendigung Nutzung fossile Energien	
Maßnahmen der Raumplanung	Verhinderung von Versiegelung und Landschaftszerstörung Rückbau Infrastrukturen	Aufwertungen benachteiligte Quartiere Sanierung statt Neubau Langfristig orientierte Infrastrukturplanung		
Umsetzung	Bottom-up	Top-down	Fokussierung auf Machbarkeit statt idealistischer Ziele Top-down	International verbindliche Regelungen Sukzessiver Prozess, unter Beteiligung der Bevölkerung

08| Zusammenfassung der Postwachstumskonzepte (eigene Darstellung)

sich bezüglich ihrer Einstellung zur Notwendigkeit von Wachstum und wählen unterschiedliche Ansatzpunkte: Während sich Paech auf persönliche Veränderungen konzentriert, setzen sich Jackson und Randers et al. für übergeordnete Ansätze gemäß eines Top-down-Prinzips ein und fordern starke Einflüsse des Staates und eine Veränderung der Makroökonomie von oben. Unterschiedliche Einstellungen haben die Autoren*innen ebenso zu ökologischen Innovationen, die von Jackson und Randers et al. befürwortet werden, während Paech bei diesen in erster Linie Nachteile sieht. Weiterhin fordert Paech wirtschaftliche Veränderungen wie eine Bodenreform und die De-Globalisierung, was von den anderen Autoren*innen nicht geteilt wird. Auch bezüglich der Rolle von Arbeit sind unterschiedliche Einstellungen erkennbar. So wird von Paech einerseits eine geringere Bedeutung der klassischen Erwerbsarbeit gefordert, womit einhergeht, dass neben der Erwerbsarbeit auch andere Tätigkeiten von gesellschaftlicher Bedeutung sind. Andererseits wird von Randers et al. und Jackson weiterhin die Bedeutung der klassischen Beschäftigung betont, in die auch zahlreiche Tätigkeiten integriert werden sollen, die heute in der Freizeit stattfinden, wie Sorgearbeit. Auch mit der Förderung kleiner Familien zur Begrenzung der Bevölkerungszahl stehen Randers et al. alleine dar.

Holzinger ordnet die verschiedenen Autoren*innen des Postwachstums in verschiedene **Debattenstränge** ein. Von diesen sind bezüglich der dargestellten Autoren*innen sechs relevant, die in Tabelle 09 dargestellt sind.

Wie aufgeführt haben die verschiedenen Vertreter*innen des Postwachstums z.T. unterschiedliche Meinungen. Für diese Arbeit wird bei den aufgeführten unterschiedlichen Einstellungen der Autoren*innen folgende Einstellung angenommen:

- _ Eine Reduktion des Wachstums wird vermutlich eintreten, wenn entsprechende Reduktionen der Emissionen erreicht werden sollen. Entsprechend der in (Exkurs 3, S. 71) dargestellten Diskussion soll aber das Wachstumsthema keine Priorisierung mehr besitzen, weder in der Befürwortung noch in der Ablehnung dessen. Stattdessen besitzt die Einsparung von Emissionen oberste Priorität, worunter sich andere Zielsetzungen unterordnen.
- _ Bezüglich der Diskussion, ob Veränderungen Top-

down oder Bottom-up erfolgen, wird ebenso den Ergebnissen der Diskussion in (Exkurs 4, S. 73) gefolgt. So wird hier von einer gegenseitigen Beeinflussung ausgegangen, so dass auf beiden Ebenen Veränderungen erfolgen können und sollen.

- _ Ökologische Innovationen werden in dieser Arbeit dann positiv bewertet, wenn sie in der Gesamtbilanz inklusive der grauen Energie² eine Reduktion der Emissionen bewirken.
- _ Eine Bodenreform und eine grundsätzliche De-Globalisierung wird in dieser Arbeit nicht befürwortet, da Privatbesitz an Boden und Globalisierung nicht prinzipiell negativ, sondern lediglich entsprechende Steuerungen an dieser Stelle als notwendig bewertet werden. So werden diejenigen globalisierten Prozesse, die beispielsweise zu übermäßigen Transporten führen, oder eine übermäßige Nutzung des Bodens, z.B. durch zu viel Versiegelung, in dieser Arbeit negativ beurteilt.
- _ Für die zukünftige Rolle von Arbeit wird für den weiteren Verlauf keine grundsätzliche Neuausrichtung, wie Paech sie vorschlägt, angestrebt, da dies außerhalb des Handlungsfeldes der Stadtplanung steht.
- _ Eine Begrenzung der Bevölkerungszahl z.B. über Anreize für kleine Familien wird generell positiv bewertet, da die Bevölkerungszahl als entscheidende Größe bei den absoluten Emissionen häufig unterschätzt wird. Dies liegt zwar nicht direkt im Handlungsfeld der Stadtplanung, ist aber insofern relevant, als dass bisher häufig die Familienförderung besonders im Fokus politischen Handelns ist, was nicht positiv beurteilt wird.

Es wurde nun dargestellt, welche Ideen die verschiedenen Autoren*innen gemein haben und welche sich unterscheiden. Zuletzt sind für den weiteren Verlauf noch einige Ansätze relevant, die nur von einem der genannten Autoren*innen genannt wurden, von anderen jedoch auch nicht abgelehnt werden. Diese werden aber so eingeschätzt, dass sie auch von den anderen, zumindest in Teilen, Zustimmung erhalten würden. Hierzu gehört die stärkere Relevanz von Selbstversorgung oder Versorgung in Gemeinschaft, die vermehrte Reparatur

² Unter der grauen Energie wird jede Energie verstanden, die bei der Herstellung, dem Transport oder der Entsorgung benötigt wird. So spiegelt diese besser wieder, wie umweltfreundlich ein Produkt tatsächlich ist, als wenn lediglich diejenigen Emissionen während der Nutzungsphase betrachtet werden (UBA 2017a).

oder das verstärkte Teilen von Produkten anstelle einer Neuproduktion sowie die stärkere Fokussierung auf die regionale Wirtschaft und die Verhinderung von Flächenversiegelung. Auch die Aufwertung benachteiligter Quartiere und die vermehrte Sanierung von Gebäuden anstelle von Neubauten sowie die stärkere Fokussierung von Arbeitsplätzen auf nichtmaterielle Dienstleistungen ist so einzuordnen, dass vermutlich auch andere Autoren zustimmen würden, da alle den grundsätzlichen Zielsetzungen wie der Emissionsreduktion dienen.

	Ziel/Vision	Vertreter*innen	Perspektive	Ansatz	BIP-Entwicklung (Länder mit hohem BIP)
Green Economy, neue Technologien, Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum, globaler Einsatz	Ein grüner Umbau der Wirtschaft führt zu nachhaltiger Entwicklung, Entkopplung ist durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum möglich	Randers et al.	National und international	Politisch	BIP steigt
Neue Wohlstandsmessung	Das BIP wird ergänzt bzw. ersetzt durch differenzierte Indikatoren zur Wohlstandsmessung	Randers et al., Jackson	National, international	Politisch, wissenschaftlich	Keine Angabe
Freiwillige Konsumrücknahme, genügsamer Lebensstil	Immer mehr Menschen suchen Lebensqualität jenseits des Konsums und beschränken bewusst Konsum. Suffizienz ist Thema in den Diskursen.	Paech, Latouche, Seidl/Zahrnt, Welzer	Lokal	Zivilgesellschaftlich Politisch	BIP sinkt
Frei gewählte Arbeitszeitverkürzung, Dualwirtschaft, Care-Economy	Erwerbsarbeitszeit schrumpft, dafür mehr Eigenarbeit, Engagement in Tauschökonomien	Paech, z.T. Jackson und Randers et al.	National	Zivilgesellschaftlich	BIP sinkt
Postwachstum als neue Normalität in Wohlstandsländern	Wachstum wird aufhören, nicht weil wir es wünschen, sondern weil es nicht mehr machbar ist.	Jackson	National	Wissenschaftlich	BIP stagniert
Lokale Ökonomien in Nord und Süd, De-Globalisierung	Lokale Wirtschaft der Grundgüter tritt in den Vordergrund. Teilweise Entglobalisierung	Latouche, Paech	Lokal	Zivilgesellschaftlich und unternehmerisch	BIP sinkt

09| Einordnung der Autoren in die Debattenstränge des Postwachstums (eigene Darstellung nach: Holzinger 2016: 116–118)

3.4 Kritik an Postwachstum

Am Postwachstum werden verschiedene Aspekte kritisiert. Hierzu gehöre beispielsweise das in Exkurs 2 (S. 61) aufgeführte Thema der Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch. So sei es zwar wie erläutert wahrscheinlich, dass diese nicht in ausreichendem Maße stattfinden könne, es sei aber nicht belegt. Theoretisch sei auch Wirtschaftswachstum, das zu großen Teilen auf Dienstleistungen statt auf Gütern beruhe, möglich. Genauso sei auch das Phänomen der Reboundeffekte nicht belegt. So sei es auch möglich, dass entsprechende Entkopplungen über ausreichende politische Steuerung möglich seien, die aber bisher nicht umgesetzt würden (Petschow et al. 2018: 32–33; van den Bergh 2011: 884–885). Weiterhin werde angeführt, dass ein sinkendes BIP oder eine Abkehr vom Kapitalismus auch nicht zwingend zu geringeren Ressourcenverbräuchen führe. Als Beispiele werden hierfür das Ausbleiben von ökologischen Innovationen angeführt, das trotz sinkenden BIPs dann zu höheren Emissionen führte, oder der Sozialismus als einzig tatsächlich in einem solchen Maße getestete Regulierung der Wirtschaft, in dem die Emissionen hoch gewesen seien, obwohl dort die im Postwachstum gewünschte starke Regulierung der Wirtschaft vorhanden war¹ (van den Bergh 2011: 882, 884).

Als weitere Kritik wird angeführt, dass die Vertreter*innen des Postwachstums zwar behaupten, dass gesellschaftliches Wohlergehen auch in einer Postwachstumsgesellschaft möglich, dies aber nicht belegt sei. So seien, wie in Kapitel 3.2 dargestellt, zahlreiche Institutionen, die das gesellschaftliche Wohlergehen entscheidend bestimmen, wie Kranken- und Sozialversicherungssysteme, abhängig vom Wachstum. Und auch wenn mit Seidl/Zahrnt Konzepte zur Wachstumsunabhängigkeit dieser bestehen², sei dies praktisch nicht erprobt. Auch generell sei unklar, inwiefern Postwachstumsansätze tatsächlich die gewünschten Fort-

schritte bringen, da die Umsetzung bisher nur in sehr kleinem Rahmen, wie beispielsweise in den Transition Towns (s. Kapitel 7.1.3), erfolge (Petschow et al. 2018: 162). So bleibe bei solchen komplexen Veränderungen, bei denen nie alle Rahmenbedingungen und möglichen Folgen berücksichtigt werden könnten, unklar, was bei einer möglichen Umsetzung des Postwachstums tatsächlich passiere.

Auch aufgrund dieser Unsicherheit ist eine Umsetzung der Postwachstumsideen bisher als unwahrscheinlich einzuschätzen. So ist das Postwachstum dadurch gekennzeichnet, dass es Wohlstandsverluste als notwendig betrachtet, was selbstverständlich bei der Umsetzung mit zahlreichen Konflikten verbunden sei und zu einer geringen „Attraktivität und Akzeptanz“ (ebd.: 159) führe. So seien bisher weder Gesellschaft, noch Politik oder Wirtschaft dazu bereit, diese Wohlstandsverluste anzunehmen, was die Umsetzung – zumindest auf demokratischem Wege (van den Bergh 2011: 884) – schwierig bis unmöglich mache. Verstärkt wird dies dadurch, dass eine starke Regulierung der Wirtschaft auf einen regionalen Maßstab sowie die Rückbesinnung auf traditionell erscheinende Werte wie Genügsamkeit häufig mit rechtsextremen politischen Einstellungen verbunden werden, weshalb sie meist negativ konnotiert sind. Genauso auf Ablehnung treffen kann aber die Angst vor vermeintlich linksextremer Politik aufgrund der starken Regulierung der Wirtschaft.

Insgesamt gibt es also zahlreiche Argumente, die gegen das Postwachstum sprechen. Hierzu gehören in erster Linie Unsicherheiten, ob das Postwachstum tatsächlich die erforderlichen Veränderungen bringt, sowie Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Allerdings fehlt es bisher an anderen Konzepten, die für die dargestellten Herausforderungen andere Lösungen bereitstellen, die mit größerer Sicherheit zum Erfolg führen. So wurde in Exkurs 2 (S. 61) dargestellt, dass beispielsweise ein grünes Wachstum wenig erfolgsversprechend ist. Insofern gilt es, weitere Arbeit in die genaue Konzeptualisierung des Postwachstums zu investieren, die Konzepte in kleinem Rahmen zu testen und große Überzeugungsarbeit zu leisten, um auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren zu können.

¹ Diese Regulierung erfolgte selbstverständlich mit anderen Zielsetzungen als hier angedacht. Dennoch wird der Bezug zum Sozialismus häufig hergestellt, da dies die einzige tatsächlich durchgeführte Regulierung der Wirtschaft in einem solchen Maße darstellt.

² In ihrem Sammelband (Seidl/Zahrnt 2010) sind verschiedene Konzepte zur Wachstumsunabhängigkeit dieser Institutionen aufgeführt. Diese werden allerdings in dieser Arbeit aufgrund ihres spezifischen Bezugs auf einzelne Institutionen sowie durch ihren fehlenden Bezug zur Stadtplanung nicht näher erläutert.

3.5 Fazit

In den vorangegangenen Texten wurde umfassend erläutert, aus welchen Gründen Postwachstum notwendig ist. Hierbei sind mehrere Einflussfaktoren relevant, worunter für diese Arbeit insbesondere das Erreichen der planetaren Grenzen und der Klimawandel ausschlaggebend sind. Aufgrund der häufigen gemeinsamen Betrachtung mit dem Thema der Ungleichheit durch die aufgeführten Autoren ist auch dieser Grund hervorzuheben. Weiterhin wurde erläutert, welche Hemmnisse dem Postwachstum entgegenstehen. Zentraler Teil des Kapitels waren die Postwachstumskonzepte von Paech, Jackson und Randers et al., die gegenübergestellt wurden.

Insgesamt bietet dieses Kapitel so die Grundlage für die folgende Analyse. Zentrales Ergebnis dafür ist die Tabelle 08. Für diese werden zunächst im folgenden Kapitel bestehende Ansätze in der Raumplanung aufgeführt, woraufhin im Kapitel 5 unter Zusammenführung der Erkenntnisse aus Kapitel 3 und 4 diejenigen Kriterien aufgestellt werden, die sich eigenen, Hamburgs Stadtplanung daraufhin zu bewerten, inwiefern Ansätze für das Postwachstum vorhanden sind.

Potentiale für Postwachstum in der Planung

4.1 Bisherige Wachstumsfixierung **83**

Exkurs 5: *Growth Machine* **85**

4.2 Planungsprinzipien mit Bezug zum Postwachstum **87**

4.3 Bestehende Überlegungen von Postwachstum für die Planung **90**

4.3 Fazit **91**

Bei einer umfassenden Transformation wie dem Postwachstum sind immer zahlreiche Akteure auf unterschiedlichen Ebenen zur Gestaltung dieses Wandels notwendig. Einen dieser Akteure kann die Planung darstellen, die als Querschnittsaufgabe umfassende Einflussmöglichkeiten hat und insbesondere durch ihre verknüpfende Funktion zwischen Politik, Wirtschaft und Bürger*innen Potential aufweist.

Planung agiert dabei, wie in Kapitel 1.4 erläutert, auf unterschiedlichen Ebenen und findet sowohl über regulative Vorgaben der öffentlichen Hand als auch vermehrt über verschiedene Akteure und Kooperationen statt. Damit kann Planung auch in Bezug auf Postwachstum auf mehreren Ebenen ansetzen, wie es im Exkurs 4 (S. 73) erläutert wurde.

Auch in der Literatur wird der Stadtplanung ein großes Potential zugesprochen. So betrachtet der IPCC die Raumplanung als eines der sechs Themenfelder zur Minderung der Treibhausgasemissionen (IPCC 2013c: 25) und Gröne spricht der „Stadtentwicklung [...] eine wichtige Rolle bei der Ermöglichung von suffizientem Verhalten [zu]“ (Gröne 2018: 64). Entscheidend hierbei ist die Bedeutung der Infrastruktur, deren Entwicklung meist auf stadtplanerische Entscheidungen zurückzuführen ist und die aufgrund ihrer Pfadabhängigkeiten langfristig Kosten und Emissionen verursachen. Hier besitzt also die Stadtplanung erhebliche Steuerungsmöglichkeiten, diese Kosten im Vorhinein klein zu halten (IPCC 2013c: 16; Paech 2010: 216). Auch im Hinblick auf die Wohnfläche der Bewohner als entscheidender Indikator für den Energiebedarf und damit die CO₂-Emissionen hat die Stadtplanung entscheidende Einflüsse (Jenssen 2009: 283; Paech 2010: 216). Auch sind zahlreiche Bestandteile des Postwachstumsgedankens auf lokaler Ebene bedeutsam, wie z.B. die Selbstversorgung und die Regionalisierung der Wirtschaft (Paech 2010: 217).

Die Stadtplanung hat also erhebliche Potentiale, die Stadtentwicklung so zu steuern, dass Postwachstum möglich wird. Bisher ist dieses Potential jedoch rein theoretisch und nicht umgesetzt. So gliedert sich bisher die Planung ein in die gesellschaftliche Fixierung auf das Wirtschaftswachstum, was im Folgenden in Bezug auf die Entstehung, die Gründe dafür sowie die Ausprägungen erläutert wird. Auch Strategien, wie Planung dem Postwachstum oder dem sparsamen Umgang mit Ressourcen dienen kann, sind aber bereits vorhanden. Diese werden im Anschluss erläutert.

4.1 Bisherige Wachstumsfixierung

In Kapitel 3.2 wurde erläutert, inwiefern in Gesellschaft, Politik und Ökonomie eine Fixierung auf Wachstum besteht. Diese Fixierung wirkt sich ebenso auf die Planung aus, was nachfolgend sowohl im Hinblick auf ihre Entstehung als auch auf ihre verschiedenen Kennzeichen erläutert wird. Hierbei wird weiterhin unter dem Begriff Wachstum das Wachstum des BIP verstanden, wobei dieses häufig mittelbar angestrebt wird, beispielsweise über die Förderung des Bauens, was wiederum einen Anstieg des BIP hervorruft.

Historische Entwicklung

Die Fixierung auf Wachstum in der Raumplanung habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg, als **Wohnungsbau in großem Maßstab** notwendig war, entwickelt. Zu dieser Zeit wurden zahlreiche Instrumente wie etwa die Wohnungsbauprämie eingeführt, um das Bauen anzutreiben (Fuhrhop 2015: 21–22). Anschließend sei die Gesamtgesellschaft vom Anstieg der wirtschaftlichen Leistungskraft euphorisiert gewesen. Hierdurch waren alle

„planerischen Teilsysteme [...] auf Expansionskurs programmiert: man brauchte hoch dotierte Wohnungsprogramme, Infrastrukturprogramme und Stadterweiterungsprogramme. Die planmäßige Erweiterung des Siedlungsraums durch neue Stadtteile, Großwohnsiedlungen, Gewerbegebiete und einen riesigen Infrastrukturausbau wurde betrieben“ (Ganser 2008: 137).

Auch nach dem Wirtschaftswunder habe das erneute Fördern des Wachstums weiterhin als Leitziel in der Planung gedient – dieses Mal in erster Linie zum **Ausgleich der regionalen Disparitäten** über erhöhte staatliche Ausgaben. Hierfür wurden um 1960 verschiedene Rahmenpläne, Bedarfspläne und Programme zur Anregung von Wachstum entwickelt und auch auf städtischer Ebene wurden Instrumente zum Ausgleich der Disparitäten etabliert, wie etwa die Städtebauförderung ab 1971. Die Sanierung von Bestandsquartieren sei dabei – trotz der zunehmenden Proteste und der gestiegenen Wertschätzung von Altbauten – meist gleichzusetzen gewesen mit einem Abriss und Neubau im Sinne einer Flächen-sanierung und führte über die Verwendung öffentlicher Mittel auch zu privaten Investitionen im großen Maßstab (ebd.: 138–143; Jonas 2009: 308–317, 323–327). Eben-

so um 1960 wurde begonnen, zahlreiche Einfamilienhausgebiete mit hohem Flächenverbrauch und hohem Verkehrsaufkommen zu entwickeln, was im Jahr 1980 zu einer Umwandlung von 120 Hektar Freifläche pro Tag zu Siedlungsfläche sowie einer starken Autoorientierung in der Planung führte (Gehl 2018: 14; Jonas 2009: 234, 340).

Die in den Programmen wie der Städtebauförderung erkennbare Relevanz öffentlicher Planung habe sich mit der Ölkrise geändert, die zu gesunkenen kommunalen Einnahmen sowie Leerständen führte (Ganser 2008: 144). Im Zuge der **Neoliberalisierung** (s. Kapitel 1.4) sei die Planung statt als Wachstumsmotor zunehmend als Wachstumsverhinderer degradiert worden (ebd.: 142), während andererseits z.T. das Wachstumsdenken kritisiert und stattdessen die Bestandspflege sowie soziale Zielsetzungen gefordert worden seien (Ganser 1974, zit. n. Selle 2005: 363). Vorherrschend seien jedoch Forderungen nach einer Eigenverantwortlichkeit der Regionen anstatt des Ausgleichs zwischen eben jenen gewesen – insbesondere von Städten wie Hamburg –, auch da die Programme zum Ausgleich nicht den erhofften Effekt gebracht hätten (Ganser 2008: 142).

Mit dem Mauerfall sei dann die **Planungseuphorie** wieder größer geworden, Wachstum schien wieder möglich und zahlreiche Programme, z.B. zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, sowie Vororte und neue Stadtquartiere wurden entwickelt (ebd.: 144; Jonas 2009: 346; Selle 2005: 156). Hintergrund war der Anstieg der Nachfrage nach Wohnraum im Westen infolge der zahlreichen Zuzüge und im Osten durch die vormals sehr geringen Wohnflächen zu DDR-Zeiten (Jonas 2009: 346).

Ideologische Wachstumsfixierung

Auch heute bilde sich diese Fixierung auf Wachstum ideologisch in der Raumplanung ab. So würden Schrumpfungsprozesse, wie sie in zahlreichen Regionen auch ohne klimapolitische Notwendigkeit bestehen, weitgehend **ignoriert** oder als bloße Phase bezeichnet (Klemme 2008: 169; Selle 2005: 220). Jegliche Kritik an der Wachstumsorientierung werde verdrängt und durch jeden kleinen „(wirtschaftlichen) Wachstumsschub wurden die auf Umorientierung drängen-

den Stimmen übertönt“ (Selle 2005: 378). Dass die Schrumpfungsprozesse in den 1980ern durch erneutes Wachstum nach dem Mauerfall abgelöst wurden, werde als Indiz für ein ständig wiederkehrendes Wachstum gewertet (ebd.: 156).

Insgesamt gebe es also wie auch in der Gesellschaft und Politik in der Planung eine sehr **positive Wertung** des Begriffs „Wachstum“, dem der Begriff Schrumpfung als negativ konnotierter gegenüberstehe. Während Zweites dabei für den „Niedergang“ stehe, könne Wachstum vermeintlich zahlreiche gesellschaftliche Probleme wie etwa regionale Disparitäten beheben (Ganser 2008: 135). Hier gibt es also eine vergleichbare Situation wie in Kapitel 3.2.2 mit dem Glauben an die Trickle-Down-Theorie beschrieben. So setze sich insbesondere die Politik, unabhängig von der konkreten politischen Orientierung, für Wachstum ein, v.a. auch der Bevölkerungszahlen, um Steueraufkommen zu erhöhen (ebd.; Schildt 2008: 25). So werde in der Planung grundsätzlich noch nach immer „Mehr“ gestrebt, während eine Genügsamkeit bezüglich des bereits Vorhandenen nicht vorzufinden ist (Selle 2005: 375).

Dies führe auch dazu, dass bestehende **Indikatorensysteme, Leitbilder sowie Instrumente** in der Raumplanung dem Wachstum verpflichtet seien. So würden hier die gleichen Indikatoren wie das BIP oder die Produktivität verwendet, um verschiedene Regionen zu bewerten, ohne die Hintergründe zu beurteilen (Schulz 2017: 12; Sondermann 2019), und die bestehenden Instrumente beruhten auf Wachstumszielen (Mössner in Diskussion mit Lamker/Schulze Dieckhoff 2019a: 46). Auch in Leitbildern werde Wachstum, hier z.B. in Form von Bevölkerungszahlen, Unternehmensumsätzen oder Investitionen, „als wichtigster Motor jeder positiven Entwicklung [...] [bewertet und ein] grundsätzlicheres Infragestellen der Sinnhaftigkeit kontinuierlichen Wachstums bleibt [...] weitgehend aus“ (Schulz 2017: 11), genau wie eine Entwicklung alternativer Indikatoren zur Bewertung von Regionen (Sondermann 2019).

Wachstumsfixierung aus finanziellen Gründen

Wie bereits genannt sind Städte, Kommunen und Regionen aufgrund der daraus entstehenden Steuereinnahmen in besonderem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. So ist ein Großteil der kommunalen **Steuereinnahmen** von den tatsächlichen Unternehmenserträgen abhängig und die Kommune sei demnach quasi verpflichtet, die Erträge der ortsansässigen Unternehmen auf einem hohen Niveau zu halten (Ganser 2003a: 20). Dieser ständige Wunsch nach Wachstum eine dabei zahlreiche lokale Akteure, die zwar unterschiedliche Interessen verfolgten, sich aber immer auf dieses Ziel verständigen könnten. Dadurch erfahre das Wachstumsziel eine besondere Macht, wie in Exkurs 5 (S. 85) erläutert wird.

Ein entscheidender Faktor dabei seien die verschiedenen **Infrastrukturen**, die von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden müssten, um überhaupt wirtschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen. Investitionen in Infrastruktur, die häufig getätigt würden, um Wachstum zu induzieren, seien dabei immer abhängig von zukünftigem Wachstum, da sie nur dann finanzierbar seien. Insbesondere wenn Kommunen Anreize für Unternehmen schaffen wollten, indem sie deren zu zahlende Steuern reduzierten, und hierdurch die kommunalen Einnahmen zurückgingen, erhöhe sich die Abhängigkeit von Kommunen von zukünftigem Wachstum, da nur dann ausreichend Einnahmen generiert werden könnten (Kirkpatrick/Smith 2011: 478, 488–489, 494). Weiterhin existierten Instrumente, die das Wachstum in Form von hoher Bautätigkeit antrieben, wie etwa die Wohnungsbauprämie oder die Eigenheimrente (Fuhrhop 2015: 21–22).

Von großer Bedeutung sei ebenso die **Verschuldung** der öffentlichen Hand, die grundsätzlich, wie in Kapitel 3.2.1 erläutert, Wachstum erfordere. Ohne wirtschaftliches Wachstum könnten diese Schulden nicht getilgt werden und gleichzeitig blieben die Ausgaben für die Infrastrukturen aufgrund der Pfadabhängigkeiten hoch (Selle 2005: 172–175). Kirkpatrick/Smith sehen infolgedessen eine Verlagerung des Verantwortungsgefühls der Kommunen von ihren Bürgern*innen zu den Kreditgebenden (Kirkpatrick/Smith 2011: 496).

Growth Machine Exkurs 5

Molotch entwickelte im Jahr 1976 die These der „City as a Growth Machine“, in der er das **Wachstum als das zentrale Ziel** der Stadtentwicklung bezeichnet. Hierbei sei kennzeichnend, dass sich alle Akteure*innen einer Stadt trotz Differenzen bezüglich anderer Aspekte auf dieses Ziel immer einigen würden, was die Macht dieses Ziels begründe. Diese führe zu einem Lokalpatriotismus, dem sich auch Medien, Sportmannschaften oder die Bildung in der Schule anschließen würden, so dass eine lokale Wachstumskultur entstehe (Molotch 1976: 310, 315–316).

Problematisch daran sei allerdings, dass sich infolge dieser Konstellation diejenigen, die besonders vom Wachstum der Stadt profitieren wie die Unternehmer*innen, politisch engagierten, was zu einer Übermacht dieser in der lokalen Politik führe. Auch führt er an, dass dieses Wachstum tatsächlich nur für kleine Teile der Bevölkerung positiv sei, da die breite Masse in erster Linie die mittelbaren negativen Folgen wie das hohe Ver-

kehrsaufkommen, die höheren Lebenshaltungskosten und die Luftverschmutzung spüren würde. Allerdings pflichteten meist auch diese Bevölkerungsgruppen dem Wachstum als Ziel aus Angst vor Arbeitslosigkeit bei (Molotch 1976: 317–320, 323).

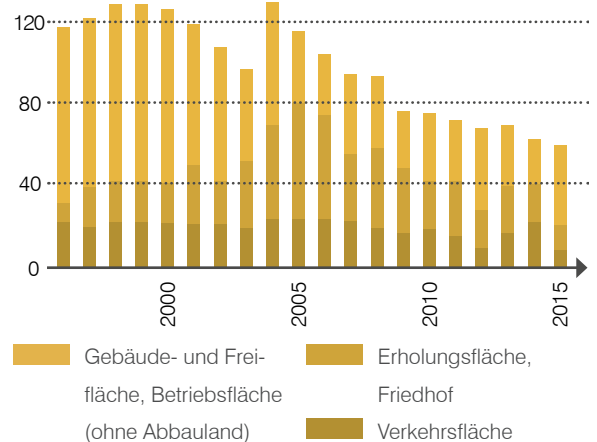
Die **Übertragung** der Growth Machine aus den USA auf andere Länder wird angezweifelt. So sei diese These kaum in einen Kontext eingebettet, so dass die Übertragung schwierig sei. Sie beruhe aber insbesondere auf dem Konzept der amerikanischen Städte, wo der private Sektor gegenüber dem öffentlichen viel Macht habe und die Verknüpfungen von Politik und Unternehmer*intum häufig immens seien (Rodgers 2009). Für diese Arbeit ist aber die Einschätzung, dass das Wachstum das zentrale Ziel der Stadtentwicklung sei, das die unterschiedlichen Akteure*innen vereine, relevant. Einer eigenen Einschätzung nach kann dies zumindest in ihren Grundzügen auch auf europäische Städte übertragen werden.

Kennzeichen und Ausprägungen der Wachstumsfixierung

Infolge der dargestellten Gründe hielten Städte und Kommunen in ihrer Planung meist an der konventionellen Wachstumsorientierung fest, mit denen auch jegliche aufkommende Probleme gelöst werden sollten. Dies führe zu Straßenbau, Ausweisung von Wohn- oder Gewerbegebieten oder auch Prestigeprojekten (Ganser 2008: 138, 151, 155).

Das Beibehalten der Wachstumsstrategie führe dazu, dass immer mehr **Fläche versiegelt** werde, ohne dass die Bevölkerung und damit die Nachfrager*innen dieser Versiegelung wachse – es finde also eine Entkopplung von Flächen- und Bevölkerungsentwicklung statt (Selle 2005: 170). Zwar wurde schon in den 1980er Jahren ein Ende des Flächenverbrauchs gefordert, aber weiterhin würden – wenn auch Fortschritte zu verzeichnen seien – neue Flächen versiegelt, z.B. für Bauland für Einfamilienhäuser, wie Abb. 19 zeigt (ebd.: 206; UBA 2018). Dieser Flächenverbrauch finde dabei sowohl in wachsenden als auch in schrumpfenden Regionen

statt: in wachsenden, um der zuziehenden Bevölkerung Wohn- und Arbeitsorte bieten zu können – in schrumpfenden, um Menschen mit attraktivem Wohnraum zum Bleiben zu überzeugen, möglicherweise auf Kosten von

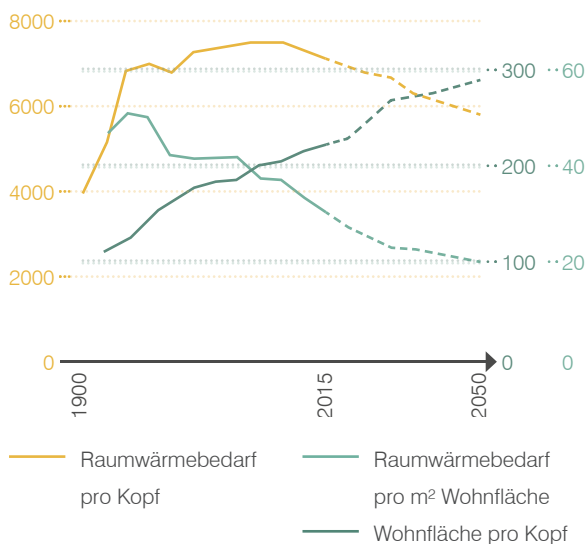


191 Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche 1993 bis heute, in Hektar/Tag (eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt 2018, zit. n. UBA 2018)

Leerstand im Bestand (Fuhrhop 2015: 28; Ganser 2008: 150; Klemme 2008: 166). Insbesondere in den Metropolen spielen hier auch der internationale Wettbewerb zwischen den Städten eine Rolle, der eine ständige Steigerung an Events und Architektur erfordere (Ganser 2008: 148–149).

Der Flächenverbrauch geht, da die Bevölkerung nicht mitwächst, mit einem steigenden **Wohnflächenverbrauch pro Person** einher (s. Abb. 20). Ganser geht sogar davon aus, dass dies der „Rettungsanker“ (Ganser 2003a: 20) sei, um weiterhin Wohnungen bauen und damit der Wachstumsideologie folgen zu können (ebd.). Ein häufiger Fall sei der Bestand an Einfamilienhäusern, in denen nur noch die verbliebenen, alt gewordenen Eltern, wohnten, was Fuhrhop aufgrund der zahlreichen kaum genutzten Fläche als „unsichtbaren Wohnraum“ bezeichnet (Fuhrhop 2017: 300–301, 2019). Diese Entwicklung führe beispielsweise dazu, dass der Raumwärmebedarf pro m² Wohnfläche aufgrund von Effizienzfortschritten zurückgehe, der Raumwärmebedarf

pro Kopf jedoch deutlich weniger (Kopatz 2014: 16) – ein klassischer Reboundeffekt (s. Exkurs 2, S. 61). Dies führe zu Effekten, wie dass der Bau eines Passivhauses meist deutlich klimaschädlicher sei als vermutet – aufgrund seiner häufigen Lage am Stadtrand mit hohem Flächenverbrauch (Fuhrhop 2015: 32–33). Ein ähnliches Beispiel, bei dem vermeintlich ökologisch vorbildliche Gebäude nicht tatsächlich positiv zu bewerten seien, seien die Zertifizierungen der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB)¹, bei denen die Lage nur ein minimaler Bestandteil der Kriterien sei, oder die Verwendung von Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die auch unabhängig von der Lage des Gebäudes vergeben würden (ebd.: 38–40).



20| Gegenüberstellung von Raumwärmebedarf und Wohnfläche, in kWh/Kopf und Jahr, m² in kWh/a und m²/Kopf (eigene Darstellung nach: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2015)

¹ Die DGNB, ein Verein mit zahlreichen Mitgliedern aus der Bau- und Immobilienwirtschaft, hat ein Zertifizierungssystem für Gebäude, Innenräume und Quartiere entwickelt, das die Nachhaltigkeit der Projekte bewertet (DGNB 2019a, 2019b).

4.2 Planungsprinzipien mit Bezug zum Postwachstum

Trotz der dargestellten Fixierung auf das Wachstum existieren auch heute schon Prinzipien in der Planung, die sich in den Postwachstumsdiskurs einordnen lassen. Hierbei wird sich auf die in Kapitel 1.4 genannten aktuellen Leitbilder in der Planung wie die Europäische Stadt oder die Stadt der kurzen Wege und dort auftauchende Planungsansätze bezogen.

So werden im Folgenden Strategien vorgestellt, die den Zielen des reduzierten Ressourcen- oder Flächenverbrauchs, also klassischer ökologischer Stadtentwicklung, folgen. Diese Strategien werden wegen ihrer greifbareren Zielsetzung als eine Konkretisierung der in Kapitel 3.3 dargelegten Postwachstumskonzepte angesehen. Die Strategien werden lediglich kurz genannt, da eine ausführliche Darstellung sogenannter nachhaltiger Stadtplanung nicht im Fokus dieser Arbeit liegt.

Reduzierung Flächenverbrauch & Bautätigkeit

Ein Ansatzpunkt von großer Bedeutung ist die Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Bautätigkeit. Gründe für die Vermeidung von **Flächenverbrauch** wurden bereits angeführt – die Emission von Treibhausgasen infolge von Landnutzungsänderungen, die Erzeugung von weiten Wegen über geringe Dichten und damit von Verkehr (s. unten), die Vernichtung ökologisch wertvoller Flächen und der hohe Ressourcenverbrauch sowohl des Bauens als auch des laufenden Betriebs wie z.B. durch das Heizen. Hierfür solle das Leitbild der Innenentwicklung – also die Nutzung innerstädtischer, bereits erschlossener Flächen für Entwicklungen, auch in § 1 Abs. 5 S. 3 BauGB festgeschrieben – konsequenter umgesetzt werden. „Problemen aufgrund des erheblich gestiegenen Wohnraumbedarfs sollte nicht mit Kurzschlussreaktionen, wie z. B. der Einführung eines kontraproduktiven und schwer auslegbaren § 13b BauGB“¹ (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019a: 45–46), begegnet werden.

Es gibt verschiedene Vorschläge zur **Steuerung**. Kopatz schlägt ein Flächenmoratorium vor, das Flächenneuverbrauch nur bei entsprechenden Bevölkerungszuwächsen in der Gemeinde oder bei Abriss an anderer Stelle zulasse (Kopatz 2014: 16). Andere schla-

gen dagegen einen Netto-Null-Flächenverbrauch, also die ausschließliche Neuversiegelung bei Entsiegelung andernorts, unabhängig von den Bevölkerungsentwicklungen vor (Fuhrhop 2017: 297–298; SRU 2016: 285). Ganser bezeichnet dies als Kreislaufwirtschaft, die in Regionen mit wachsenden Bevölkerungszahlen andere Lösungen als Neuversiegelung umfasse, wie etwa eine Wachstumsbeschränkung über steigende Bodenpreise (Ganser 2003b: 36–37). Mit der Verhinderung von Bautätigkeit oder Flächenversiegelung gehe der Schutz der bestehenden Freiflächen einher – insbesondere denen, die für das lokale Klima oder für die Lebensqualität von hoher Bedeutung sind (Fuhrhop 2017: 298–299; Ganser 1996: 15).

Dazu gehöre ebenso eine **Entwicklung im Bestand**, um den zukünftigen Bedarfen gerecht werden zu können. Dies bedeute die Fokussierung der Stadtplanung auf bereits bebaute Gebiete, wie z.B. die Umnutzung, den Umbau in Form von Grundrissanpassungen oder die Sanierung leerstehender oder untergenutzter Gebäude (Fuhrhop 2015: 82, 87–88; Ganser 2003b: 36–37; Selle 2005: 263; Steffen 2014: 11; Wachten 1996: 27). All diese Maßnahmen würden immer weniger Ressourcen verbrauchen als das Neubauen von Gebäuden (Ganser 1996: 15). Ganser führt die Bestandsorientierung sogar so weit, dass er auch gegen jeglichen Abriss plädiert, da diese Gebäude in Zukunft immer noch einer Nutzung zugeführt werden oder aber durch die Rückeroberung der Natur zum Naturschutzgebiet werden können (Ganser 2003c: 67). Grundsätzlich sei für eine Ausnutzung des Bestands auch ein Leerstandsmanagement notwendig, das den Leerstand in einer Kommune flächendeckend erfasse und über die Vermittlung von Zwischennutzungen oder auch die Zuweisung von Mietern*innen eine Wiedernutzung der Flächen herbeiführe (Fuhrhop 2015: 94, 101–103). Für diese Bestandsorientierung sei eine Neudefinition der Stadtplaner*innen notwendig, die

„eine andere Rolle einnehmen als ihr traditionelles Rollenbild – das auf engste mit der unaufhaltsam wachsenden Stadt verbunden war [...] [vergleichbar mit dem] eines ‚Försters‘ oder ‚Bahnwärters‘ [...] – beides gedacht als Metaphern für jemanden, der sich hegend und pflegend um das, was ist, kümmert“ (Selle 2005: 223).

¹ Dieser Paragraph ermöglicht das Bauen im Außenbereich im beschleunigten Verfahren (§ 13b BauGB).

Diese Bestandsorientierung in Verbindung mit der Verhinderung des Flächenneuverbrauchs wird von Fuhrhop auch so weit geführt, dass jegliches **Bauen verhindert** werden solle, da eine regionale Beschränkung lediglich auf innerstädtische Gebiete nicht funktioniere (Fuhrhop 2015: 30, 2017: 298). In jedem Fall solle aber eine Bautätigkeit verboten werden, wenn die Bevölkerungszahlen einer Gemeinde sanken, es Leerstand gebe sowie an verkehrlich schlecht erreichbaren Gebieten, in Freiluftschneisen oder auf ökologisch wertvollen Flächen wie Parks oder Biotopen (Fuhrhop 2017: 295–296).

Andere Möglichkeiten sind, für die wenigen Neubauten neben der Lage in innerstädtischen Gebieten **Kriterien** zu definieren, wie etwa die Einhaltung des Passivstandards oder, wie von Ganser vorgeschlagen, eine Rücknahmeverpflichtung des Bauherren für den Fall, dass das Gebäude nicht mehr gebraucht wird (Ganser 2003b: 38; Schüle 2010: 192). So könnte z.B. eine Baugenehmigung grundsätzlich nur unter Vorlage eines Rückbauplans inklusive einer entsprechenden Rücklage erteilt werden. Dies würde zu einer Verhinderung großer Teile des Bauens führen und bei denjenigen Gebäuden, die noch errichtet werden, zur Verwendung ökologischer Baustoffe (Ganser 1996: 23, 2003a: 22, 2003b: 38).

Der entscheidende Faktor, der mit der Neubautätigkeit trotz fehlenden Bevölkerungswachstums zusammenhänge, sei, wie in Kapitel 4.1 dargestellt, die steigende **Wohnfläche pro Kopf**. Dementsprechend sei eine Nutzung dieses unsichtbaren Wohnraums ein sinnvoller Ansatzpunkt. Diese Reduzierung der Wohnfläche und auch in Teilen die Bestandsorientierung könne dabei kaum über regulative Vorgaben erzielt werden, sondern müsse stattdessen entweder über finanzielle Anreize oder aber über verschiedene beratende Dienstleistungen angestrebt werden.

Hierzu gehörten z.B. Zuschüsse für Gutachten für die Sanierung von Bestandsgebäuden oder für den Einbau von Einliegerwohnungen in Einfamilienhäuser (Fuhrhop 2017: 300–301). Auch könnten für einen Umzug in eine kleinere Wohnung durch die Auszahlung von Boni Anreize geschaffen werden oder der Prozess beratend begleitet werden (Gröne 2018: 155; Kopatz 2010: 34, 2014: 17; Steffen 2014: 11). Steffen schlägt weiterhin eine Art Suffizienzberatung zu Beginn jedes Projektes ähnlich der Energieberatung vor (Steffen 2014: 11). Weiterhin sollten Beratungen und Lösungen angeboten

werden für die häufig auftretenden Fälle, dass Personen aus ihren zu groß gewordenen Wohnungen ausziehen wollten, aber die möglichen neuen meist trotz kleinerer Fläche teurer seien (Fuhrhop 2015: 134–135).

Weitere Möglichkeiten zur Reduzierung der Wohnfläche pro Kopf seien **Gemeinschaftswohnlösungen**, wie z.B. über Projekte wie Wohnen für Hilfe, bei dem Studenten*innen für Alltagsunterstützungen bei Senioren*innen einziehen, oder über ein Wohnpartner*innen-Portal gefördert werden können. Auf diesem Portal könnten sich Personen mit gleichen Präferenzen finden und entsprechend einer Wohngemeinschaft mit weniger oder viel Nähe zusammenwohnen (Fuhrhop 2015: 132–134; Steffen 2014: 9). Auch ein ausschließliches Teilen von Gäste- oder Arbeitszimmern stelle eine mögliche Lösung dar (Steffen 2014: 9).

Reduzierung Verkehr

Eine im Stadtplanungsdiskurs weitgehend anerkannte Strategie ist die Verkehrsvermeidung und –verlagerung auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder den Fuß- und Radverkehr zulasten des Motorisierten Individualverkehrs (MIV), um die hohen CO₂-Emissionen aus diesem Sektor sowie die hohen Flächenverbräuche dafür zu reduzieren. Die **Verkehrsvermeidung** könne dabei v.a. über kurze Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort, aber auch zu Versorgung oder Naherholung und Freizeit stattfinden. Wichtig sei hier also, kleinräumige Nutzungsmischung anzustreben, Freiflächen auch in der Stadt zu erhalten oder herzustellen, dezentrale Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten sowie Nahversorgung zu schaffen und Versorgungsmöglichkeiten wie Baumärkte oder Einkaufszentren an Ausfallstraßen zu vermeiden (Gröne 2018: 154–155; Schneiderwind 2013: 18).

Eine **Verlagerung** des Verkehrs könne zum einen über eine Förderung von Fuß- und Radverkehr erfolgen, z.B. über breitere Geh- und Radwege, eine Erweiterung der Bedeutung von Gehwegen als Treffpunkt, einen Ausbau von Radwegen, kostenlose Fahrradverleihsysteme oder ein großes Angebot von Fahrradparkplätzen (Gehl 2018: 14; Gröne 2018: 155–156; IPCC 2013c: 20–21). Eine Förderung des ÖPNV sei über eine flächendeckende Versorgung mit hoher Frequenz, Zuverlässigkeit und guten Umsteigemöglichkeiten möglich. Zum anderen müsse auch die Bedeutung des MIV eingeschränkt

werden, beispielsweise über die Ausweitung von Tempo-30- und Fußgänger*innenzonen, schmalere Fahrbahnen, eine großflächige Reduzierung der Parkplätze im öffentlichen Raum sowie die Ausweitung von Parkgebühren (Gröne 2018: 156).

Schaffung hoher Dichten

Hohe Dichten, v.a. baulicher Art, aber mittelbar dadurch auch hohe Bevölkerungsdichten, sind ein anerkanntes Ziel in der Stadtplanung. Hierbei bestehen erhebliche Zusammenhänge zu den bereits angeführten Themen: Die Wege seien kürzer, der Flächenverbrauch reduziert und das Bauvolumen bezogen auf die Bevölkerungszahl geringer – insgesamt sei also der Ressourcenverbrauch bei hohen Dichten bezogen auf die Bevölkerungszahl geringer (ebd.: 39, Davis 2011: 85–86; IPCC 2013c: 25). Zusätzlich dazu erhöhten sich aber auch Strom- und Wärmebedarf bei geringen Dichten, u.a. aufgrund der großen zu beheizenden Flächen (Jenssen 2009: 283).

Erreicht werden können hohe Dichten über bauplanungsrechtliche Vorgaben, sowohl in dem Verbot wenig dichter Baugebiete als auch in der Zulässigkeit hoher Dichten in zentraler Lage. Genauso möglich seien aber auch finanzielle Anreize, indem beispielsweise KfW-Kredite an hohe Dichten gekoppelt werden (Steffen 2014: 11).

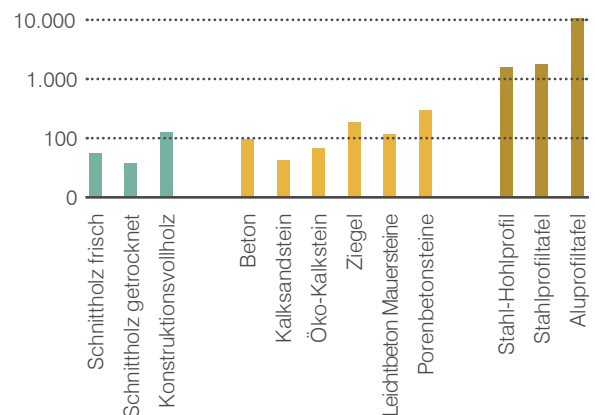
Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

In Bezug auf die einzelnen Gebäude sei insbesondere von Bedeutung, die Ressourcenverbräuche über den gesamten Lebenszyklus hinweg zu betrachten. Dazu gehöre der Neubau im Sinne der grauen Energie (s. Kapitel 3.3.4), die Verbräuche im Betrieb und der Abriss (Püschel/Holthuizen 2013; UBA 2017c).

Insbesondere durch die **graue Energie** ausgelöste Verbräuche blieben aber aufgrund der vermehrten Verwendung synthetischer Baustoffe statt natürlicher, der ansteigenden Dämmungs- und Ausstattungsstandards und der weiten Transportwege von Baustoffen häufig unberücksichtigt (Püschel/Holthuizen 2013). Bei der Wahl der Baustoffe sei insbesondere Zement als erheblicher Beitrag zu den globalen CO₂-Emissionen relevant (Randers et al. 2016: 126–129) – eine Übersicht über die Treibhausgaspotentiale verschiedener Baustoffe zeigt Abb. 21. Grundsätzlich seien regionale Materialien zu bevorzugen, die langlebig sind, wozu beispielsweise regional produziertes Holz gehöre (Böttge et al. 2018: 112).

Auch die im Betrieb der Gebäude aufgewendeten Ressourcen sind von großer Bedeutung. Um hier den Energiebedarf grundsätzlich zu reduzieren, ist im Bestand **Wärmedämmung** notwendig. Für den Neubau empfehlen sich hier Standards wie der der Passivhäuser (Böttge et al. 2018: 109; Grassl et al. 2018: 134).

Der verbleibende Energiebedarf sollte dabei über **erneuerbare Energien** zur Wärme- und Stromversorgung gedeckt werden. Hierzu gehört beispielsweise Solar- und Windenergie oder die Nutzung von Erdwärme (Grassl et al. 2018: 131).



211 Das Treibhausgaspotential verschiedener Baustoffe, in kg CO₂Äq/t (eigene Darstellung nach: oekobaudat, zit. n. Püschel/Holthuizen 2013)

4.3 Bestehende Überlegungen von Postwachstum für die Planung

Eine Auseinandersetzung, wie Planung im Postwachstum aussehen kann, beginnt derzeit. So existieren dementsprechend auch erste Ansätze, die sich aber zu keiner kongruenten Strategie zusammenfassen lassen, sondern unterschiedliche Diskussionsstränge umfassen. Klar sei aber die Abgrenzung zu Planung in schrumpfenden Regionen sowie die Einschätzung, dass es bisher v.a. um den Prozess zu dieser Planung gehe (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019a: 49; Schulze Dieckhoff/Lamker 2017).

Einige Aspekte, die für eine Planung im Postwachstum als notwendig erachtet werden, überschneiden sich mit den bereits genannten Themen. Hierzu gehören:

- _ Die Bedeutung des Flächenverbrauchs (Lamker 2019)
- _ Die Wohnfläche pro Kopf: Hier wird hervorgehoben, dass das Neubauen von Wohnungen keinen besseren „Zugang zu Mietwohnungen oder Eigentum, einer Chancengerechtigkeit für jeden Menschen oder Teilhabe an der Gesellschaft [...] [bedeute]. Einfach mehr Bauen ist also keine Lösung“ (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019b: 4–5)
- _ Die Rolle des öffentlichen Raumes: Dieser könne mit seinen Plätzen und Grünflächen als „Ruheinsel“ dienen, und damit eine Entschleunigung entsprechend des Postwachstums bewirken (Schneiderwind 2013: 17–18). Darüber hinaus könne er als Raum des Teilens dienen, z.B. für Gemeinschaftsgärten (Schulz 2017: 13–14).
- _ Die Gestaltung des Prozesses: Die Gestaltung von Stadtentwicklung im Postwachstum müsse in kleinen Schritten und auf eine experimentelle, improvisierende und spielerische Art und Weise geschehen (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019b: 7). Ebenso gehe mit dem Postwachstum ein Wandel der relevanten Akteure in der Stadtentwicklung einher (s. Kapitel 1.4) – von den Grundstückseigentümern*innen und Immobilienunternehmen hin zu kollektiven Organisationsformen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen (Lamker 2019).

Zusätzlich werden **zivilgesellschaftliche Initiativen** besonders betont, z.B. neue Formen der Landwirtschaft, wie etwa die Solidarische Landwirtschaft¹, Gemein-

schaftsgärten (Paech 2010: 235; Schulz 2017: 13), aber auch Repair-Cafés, Unverpacktläden (Sondermann 2019) und die sogenannten offenen Werkstätten. Unter diesen Werkstätten werden verschiedene „Infrastrukturen für die gemeinsame Nutzung von Mitteln und für den offenen Austausch über materielle Produktion“ (Lange 2017: 33) verstanden. Aus Postwachstumsperspektive werden diese als bedeutsam eingeschätzt, da sie auf lokalem Maßstab, selbstbestimmt und sparsam handelten und somit dem Suffizienzgedanken folgten. Sie verstünden sich als langfristiges Projekt, in dem Ressourcen über vielfältiges Teilen und Schenken, Wiederbenutzen und Reparieren eingespart würden, wobei ebenso ein Gemeinschaftsgefühl entstehe. Sie könnten somit als Experimentierraum für den Wandel dienen (Lange 2017: 34–35; Sondermann 2019). Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen, die positiv zu bewerten seien, seien Nachbarschaftsläden oder verschiedene Sharingangebote, wie das oben erwähnte Teilen von Gästezimmern oder auch von verschiedenen Werkzeugen oder Geräten² (Paech 2010: 235; Schneiderwind 2013: 17). Auch die Zwischennutzung leerstehender Gebäude oder brach gefallener Flächen sei in diesem Zusammenhang positiv zu bewerten (Ganser 2003c: 68; Selle 2005: 181).

¹ Bei der solidarischen Landwirtschaft schließen sich landwirtschaftliche Betriebe und private Haushalte zusammen. Die Haushalte zahlen einen feststehenden monatlichen Betrag an den Betrieb und erhalten hierfür die gesamte Ernte des Betriebes, so dass insgesamt der Betrieb un-

abhängig von Marktzwängen agieren kann, da die Verantwortung und das Risiko unter allen aufgeteilt werden. Dies wird verstärkt durch die persönliche Bindung von Produzent und Konsument (Solidarische Landwirtschaft e.V. 2019).

² Carsharing wird in dieser Arbeit neutral bewertet, da dadurch einerseits die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum gesteigert wird, wenn Autos im Privatbesitz durch weniger geteilte Autos ersetzt werden, was positiv gewertet wird – andererseits aber dadurch kaum Verkehr vermieden oder sogar zusätzlich erzeugt wird, was negativ bewertet wird.

4.4 Fazit

Im vorangegangenen Kapitel wurde erörtert, inwiefern in der Raumplanung eine Fixierung auf das Wirtschaftswachstum besteht und dafür sowohl die historische Entwicklung als auch ihre ideologischen und finanziellen Beweggründe sowie die Kennzeichen in Form des Flächenverbrauchs sowie der steigenden Wohnflächen pro Kopf erläutert. Weiterhin wurden Ansätze in der Planung dargelegt, die Ressourcen- und Flächenverbrauch einsparen können sowie erste Ansätze, wie Postwachstum in der Planung aussehen kann, was zusammengefasst Tabelle 10 zeigt.

Diese Ansätze können für diese Arbeit grundsätzlich alle als positiv und damit als Kriterien für die anschließende Analyse gewertet werden. Allerdings widersprechen sich einige z.T., wie etwa das Ziel, hohe Dichten zu schaffen, mit dem, jegliches Bauen zu verhindern, da jede Erhöhung der Dichte notwendigerweise mit Neubau erreicht wird. Dieser Widerspruch wird in den jeweiligen Analysen der Beispielpunkten diskutiert. Genauso existieren aber auch zahlreiche Wechselwirkungen zwischen den Kriterien, wie etwa dass bei hohen Dichten die Wege kürzer werden und damit Verkehr reduziert oder dass bei hohen Bevölkerungsdichten, erreicht über eine reduzierte Wohnfläche pro Person sowie hohe bauliche Dichten, eine hohe Nutzungsmischung besser rea-

lisiert werden kann, da Angebote wie Einzelhandel oder Gastronomie auf mehr potentielle Nutzer*innen treffen.

So bietet dieses Kapitel im Zusammenspiel mit dem Kapitel 3 die Grundlage für die Analyse im Kapitel 6. Die Erkenntnisse dieser beiden Kapitel werden im nächsten Kapitel zusammengeführt und so Kriterien zur Bewertung der Beispielpunkte in der Analyse entwickelt.

Reduzierung Flächenverbrauch & Bautätigkeit

- Innenentwicklung, Flächenneuverbrauch nur bei wachsenden Bevölkerungszahlen oder/und nur bei Entsiegelung andernorts, Wachstumsbeschränkungen über steigende Bodenpreise, Schutz von Freiflächen
- Umnutzung/Umbau/Sanierung von Bestand, Verzicht auf Abriss, Leerstandsmanagement
- Verbot von Neubau, zumindest regional und bei sinkenden Bevölkerungszahlen, Passivhausstandard, Rücknahmeverpflichtung
- Reduzierung Wohnfläche/Person über finanzielle Anreize oder Beratung

Reduzierung Verkehr

- Kurze Wege, kleinräumige Nutzungsmischung, Förderung ÖPNV und Fuß- und Radverkehr, Einschränkung MIV

Schaffung hoher Dichten

- Bauplanungsrechtliche Vorgaben, finanzielle Anreize

Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

- Reduzierung der grauen Energie über die Auswahl der Baustoffe
- Gebäudedämmung
- Verwendung erneuerbarer Energien

Bestehende Überlegungen von Postwachstum in der Planung

- Öffentlicher Raum als Ruheinsel und gemeinschaftlicher Raum, Wandel der relevanten Akteure
- Zivilgesellschaftliche Initiativen: neue Formen der Landwirtschaft, offene Werkstätten, Nachbarschaftsläden, Repair-Cafés, Unverpacktläden und Sharing, Zwischennutzungen

10| Bestehende Ansätze von Postwachstum für die Planung (eigene Darstellung)

Zwischenfazit: Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum

5

Im Kapitel 3 wurde erläutert, welche Bestandteile notwendig sind, um Postwachstum im Sinne des Klimaschutzes umzusetzen. Dies wurde in Kapitel 4 um jene Prinzipien ergänzt, die in der Planung bereits bestehen und den gleichen Zielsetzungen folgen. Dies wird im folgenden Kapitel zusammengeführt. So wird die Grundlage für die nachfolgende Analyse gebildet.

Von den in Kapitel 3 genannte Forderungen ist nur ein Teil von der Stadtplanung – ob direkt oder indirekt – beeinflussbar. Diese sind in Tabelle 11 hervorgehoben.

Themen	Paech	Jackson	Randers et al.	Andere
Einschätzung zum Wachstum	Kein Wachstum	Kein Wachstum	Wachstum	
Motivation	Ökologisch/Klimawandel	Ökologisch/Klimawandel und sozial	Ökologisch/Klimawandel und sozial	
Veränderungen auf der Ebene von Gesellschaft, Ideologie, Lebensstil	Einschränkungen/Veränderungen Lebensstil Suffizienz, Entschleunigung Subsistenz: Selbstversorgung bei Handwerk/Landwirtschaft, auch in Gemeinschaft (Gärten, Sharing, Gemeinschaftsräume, Nachbarschaftshilfe)	Neue Wohlstandsdefinition: Gesellschaftszugehörigkeit statt ökonomischer Definition Aufbrechen Konsumismus: falsche Anreize reduzieren, Einschränkung Werbung, Entwicklung nichtmaterialistischer Lebensstils (öffentliche Räume/Einrichtungen)	Grundsatz langfristiges Denkens Förderung kleiner Familien	Begrenzung Massentourismus Anpassung Ernährung Grundsatz Resilienz
Maßnahmen durch den Staat: Steuern, Reform Institutionen, Investitionen	Finanztransaktionssteuer, Bodenreform Neuordnung öffentliche Ausgaben	Steuern: Mehr Besteuerung von Umweltverschmutzung/Emissionen – weniger von Arbeit Staatliche ökologische Investitionen: Energieeffizienz, Gebäude-sanierung, erneuerbare Energien, Klimaanpassung	Steuern: höhere Steuersätze für Unternehmen/Reiche/Erbschaften/Rohstoffen/Werbung – weniger von Arbeit/Produkten, die das Wohlergehen fördern, Besteuerung Außenhandel Grüne Konjunkturpakete	Umgestaltung Institutionen zu Wachstumsunabhängigkeit, wie Sozialversicherungssysteme
Veränderungen des Wirtschaftssystems	Unabhängigkeit von internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen, De-Globalisierung Regionalisierung Wirtschaft: regionale Märkte, Regionalwährungen Kaum Neuproduktion, Fokus Reparatur	Entwicklung neue Makroökonomie für Wirtschaft ohne ständiges Wachstum (inkl. eines neuen Indikators statt des BIPs) Regulierung Wirtschaft, Stabilisierung Finanzmärkte Verhinderung Verschuldung	Entwicklung eines neuen Indikators statt des BIPs	Gemeinwohl-orientierte Unternehmen
Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt	Reduzierung Arbeitszeit Obergrenzen Einkommen und Vermögen oder Grundeinkommen	Reduzierung Arbeitszeit Ober-/Untergrenzen Einkommen Verlagerung zu nichtmateriellen Dienstleistungen	Reduzierte Jahresarbeitszeit Erhöhtes Rentenalter Mehr Umverteilung	
Einführung ökologischer Grenzwerte	CO ₂ -Kontigent pro Person	Obergrenzen für Emissionen/Person	Beendigung Nutzung fossile Energien	
Maßnahmen der Raumplanung	Verhinderung von Versiegelung und Landschaftszerstörung Rückbau Infrastrukturen	Aufwertungen benachteiligte Quartiere Sanierung statt Neubau Langfristig orientierte Infrastrukturplanung		
Umsetzung	Bottom-up	Top-down	Fokussierung auf Machbarkeit statt idealistischer Ziele Top-down	International verbindliche Regelungen Sukzessiver Prozess, unter Beteiligung der Bevölkerung

111 Zusammenfassung der Postwachstumskonzepte und mögliche Einflüsse der Stadtplanung (eigene Darstellung)

Diese möglichen Einflüsse der Stadtplanung auf die Postwachstumskonzepte ergeben nun zusammen mit den bestehenden Prinzipien von Postwachstum in der Planung die **Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum**. Diese sind in Abb. 22 dargestellt. So kann nun auf dieser Grundlage die Analyse durchgeführt werden.

KRITERIEN FÜR STADTPLANUNG IM POSTWACHSTUM



Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils

- _ Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen
- _ Stärkung öffentlicher Räume
- _ Einschränkung von Werbung
- _ Einschränkung von touristischen Funktionen



Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche

- _ Verhinderung von Neuversiegelung
- _ Reduzierung des Bauens
- _ Hohe Ausnutzung von Grundstücken



Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen

- _ Reduzierung von Verkehr
- _ Verlagerung von Verkehr
- _ Regionalisierung der Wirtschaft



Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

- _ Verwendung ökologischer Baustoffe und Durchführung energetischer Modernisierungen
- _ CO₂-neutrale Energieversorgung



Vorausschauende Prozessgestaltung

- _ Sukzessives Vorgehen mit Raum zum Erproben
- _ Beteiligung der Bevölkerung
- _ Überprüfung des langfristigen Bedarfs & Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten

Ansätze von Postwachstum in der Hamburger Stadtentwicklung

6.1 Hamburg als wachsende Metropole? 102

6.2 Leitbild der Stadtentwicklung 104

- 6.2.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils **106**
- 6.2.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche **106**
- 6.2.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen **108**
- 6.2.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen **110**
- 6.2.5 Vorausschauende Prozessgestaltung **110**
- 6.2.6 Fazit **111**

6.3 Mitte Altona 112

- 6.3.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils **116**
- 6.3.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche **119**
- 6.3.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen **121**
- 6.3.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen **124**
- 6.3.5 Vorausschauende Prozessgestaltung **125**
- 6.3.6 Fazit **127**

6.4 Quartier 21 128

- 6.4.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils **132**
- 6.4.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche **134**
- 6.4.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen **136**
- 6.4.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen **137**
- 6.4.5 Vorausschauende Prozessgestaltung **138**
- 6.4.6 Fazit **139**

6.5 Schanzenhöfe 140

- 6.5.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils **144**
- 6.5.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche **145**
- 6.5.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen **146**
- 6.5.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen **147**
- 6.5.5 Vorausschauende Prozessgestaltung **148**
- 6.5.6 Fazit **149**

6.6 RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona-Altstadt 150

Exkurs 6: Die Soziale Stadt 151

- 6.6.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils **154**
- 6.6.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche **145**
- 6.6.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen **158**
- 6.6.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen **160**
- 6.6.5 Vorausschauende Prozessgestaltung **161**
- 6.6.6 Fazit **163**

6.7 Fazit 164

- 6.7.1 Reflexion **169**
- 6.7.2 Ansätze für die Postwachstumsstadt Hamburg **171**

Dieses Kapitel widmet sich der Beantwortung des ersten Teils der Fragestellung:

Inwiefern sind in der Hamburger Stadtentwicklung Ansätze von Postwachstum im Sinne des Klimaschutzes vorzufinden?

Die Analyse erfolgt über verschiedene Schritte. Zunächst werden als Grundlage verschiedene Kennzahlen der Stadt Hamburg, die für das Thema Postwachstum und Stadtentwicklung relevant sind, in ihrer Entwicklung dargelegt. Im Anschluss erfolgt die Analyse der Beispielprojekte, wozu auch das Leitbild der Stadtentwicklung als übergeordnetes Projekt gehört. Die Mitte Altona, das Quartier 21, die Schanzenhöfe und das RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona–Altstadt werden im Anschluss analysiert. Die Beispielprojekte sind in der Abb. 23 verortet, wurden in Kapitel 2.2 in ihrer Auswahl begründet und werden als Einstieg in die Analyse jeweils kurz vorgestellt.



6.1 Hamburg als wachsende Metropole?

Um das Postwachstum auf die Stadt Hamburg beziehen zu können, ist zunächst die Betrachtung verschiedener damit in Zusammenhang stehender Statistiken sinnvoll. Diese werden in den Abb. 24 und 25 veranschaulicht.

Die Stadt Hamburg weist seit etwa 1985 steigende Einwohner*innenzahlen auf, die laut Prognose auch in Zukunft weiter steigen sollen. Vor 1985 gab es jedoch einen Bevölkerungsrückgang, so dass Hamburg heute über kaum mehr Einwohner*innen verfügt als etwa 1960. Diese Entwicklung der Einwohnerzahlen spiegelt sich auch im Wanderungssaldo wider, das seit 1990 positiv ist.

Dagegen hat sich die bebaute Fläche in der Stadt konstant zunehmend entwickelt: So betrug die versiegelte Fläche 1955 27%, während sie im Jahr 2008 bei 50% der Gesamtfläche der Stadt liegt. Die gleiche Anzahl Hamburger*innen bewohnt also heute deutlich mehr Fläche als 1955. Der Grund hierfür ist in erster Linie die steigende Wohnfläche, die jeder Person durchschnittlich zu Verfügung steht: Diese steigerte sich von etwa 24m² im Jahr 1970 auf fast 40m² im Jahr 2015. Diese Entwicklung lässt sich auch in der zunehmenden Anzahl von Wohnungen sowie Wohngebäuden wiedererkennen, wodurch klar wird, dass die Zahl der Menschen, die in einer Wohnung wohnen, durchschnittlich sinkt. Auch in den Jahren 1990 bis 2015 stieg die Anzahl der Wohnungen überproportional zum Bevölkerungswachstum an: Die Bevölkerung wuchs um 8% – die Zahl der Wohnungen um 18%.

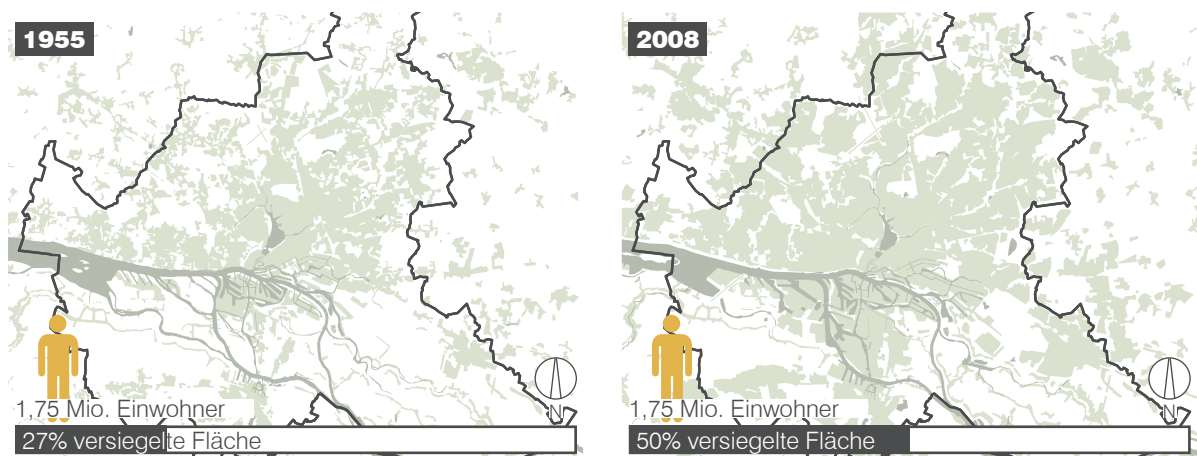
Vor dem Hintergrund des Postwachstums ergibt sich die Herausforderung, dass Hamburg über steigende Be-

völkerungszahlen verfügt, denen Wohnraum geboten werden muss. Dies steht einerseits in einem Konflikt mit der in Kapitel 4.2 aufgestellten Zielsetzung des reduzierten Bauens und des eingeschränkten Flächenneuverbrauchs. Andererseits macht die Tatsache, dass Hamburg 1955 über die etwa gleiche Anzahl Bewohner*innen bei gleichzeitig deutlich geringerem Flächenverbrauch verfügte, deutlich, dass weiter steigende Bevölkerungszahlen nicht zwingend mit mehr Flächenverbrauch einhergehen müssen¹ – sondern bei einer Reduktion der Wohnflächen pro Person ebenso im Bestand untergebracht werden können. Durchschnittlich ergibt sich rechnerisch bei einer perspektivischen Einwohnerzahl Hamburgs von zwei Millionen eine Wohnfläche von 35,4m², wenn alle im Wohnungsbestand von 2015 untergebracht würden². Dies entspricht etwa der Wohnfläche pro Person im Jahr 2000 und ist damit klar als ausreichend zu bewerten.

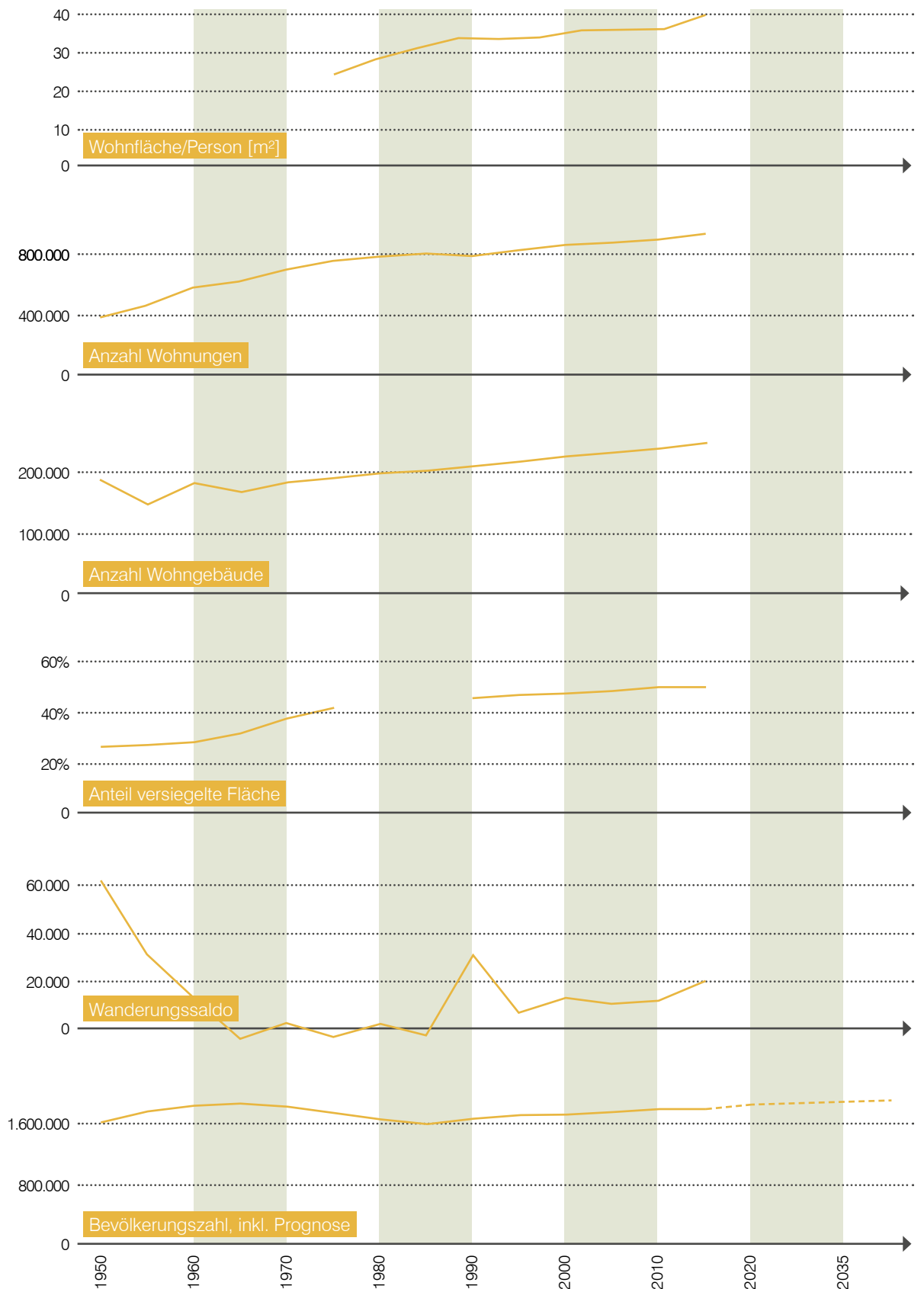
Diese Darstellungen sollten bei der folgenden Analyse berücksichtigt werden. Insbesondere im Gegensatz zu der öffentlichen Darstellung, Hamburg müsse angesichts des Zuzugs Wohnungen bauen, sind hier auch andere Ansätze zu berücksichtigen.

¹ Klar ist, dass die Wohnbedingungen von 1955 nicht Ziel der hier dargestellten Arbeit sind. Der Vergleich soll lediglich aufzeigen, dass sich Flächenverbrauch und Wohnfläche pro Person stark verändert haben. Die heute hohen Ansprüche werden als nicht notwendig betrachtet.

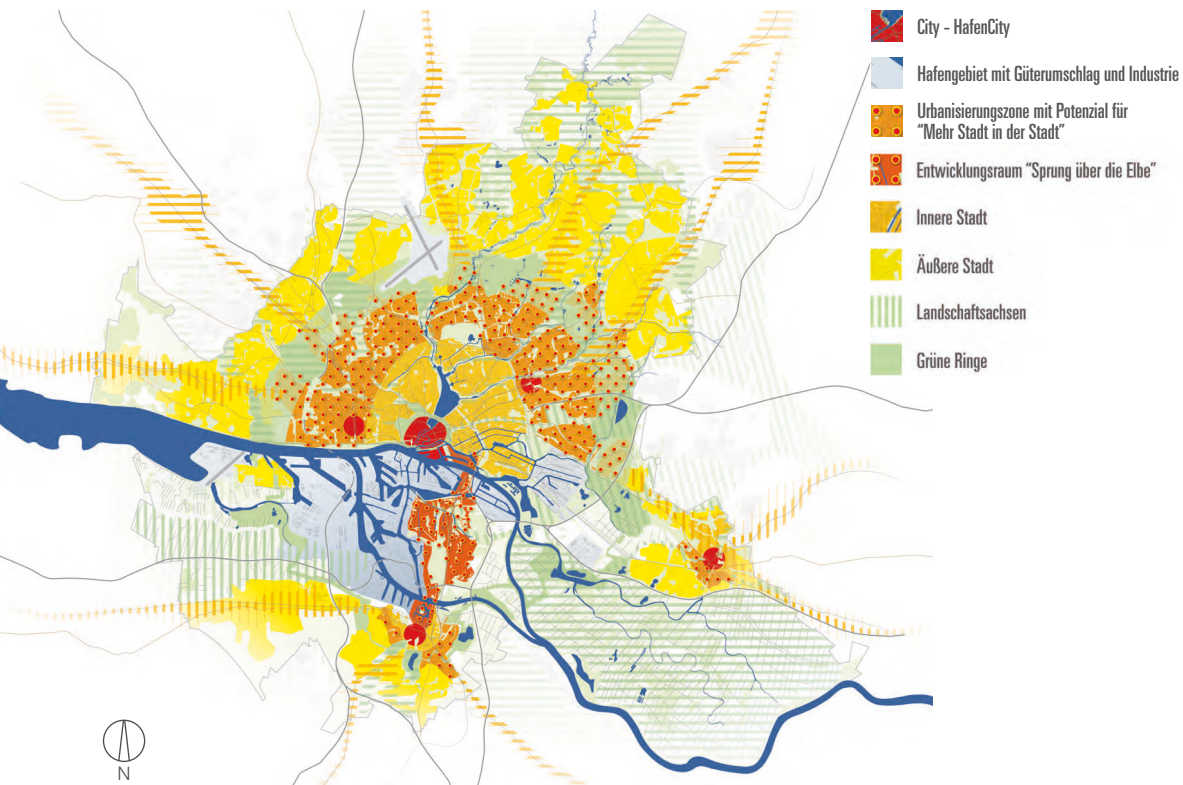
² Diese Rechnung ergibt sich mit den durchschnittlichen 39,6m² Wohnfläche pro Person und 1.787.408 Einwohnern Hamburgs im Jahr 2015, wodurch insgesamt eine Wohnfläche von 70.781.357m² zur Verfügung stand. Werden diese auf die perspektivisch angenommenen zwei Millionen Einwohner Hamburgs verteilt, ergibt sich die durchschnittliche Wohnfläche von 35,4m² von Person.



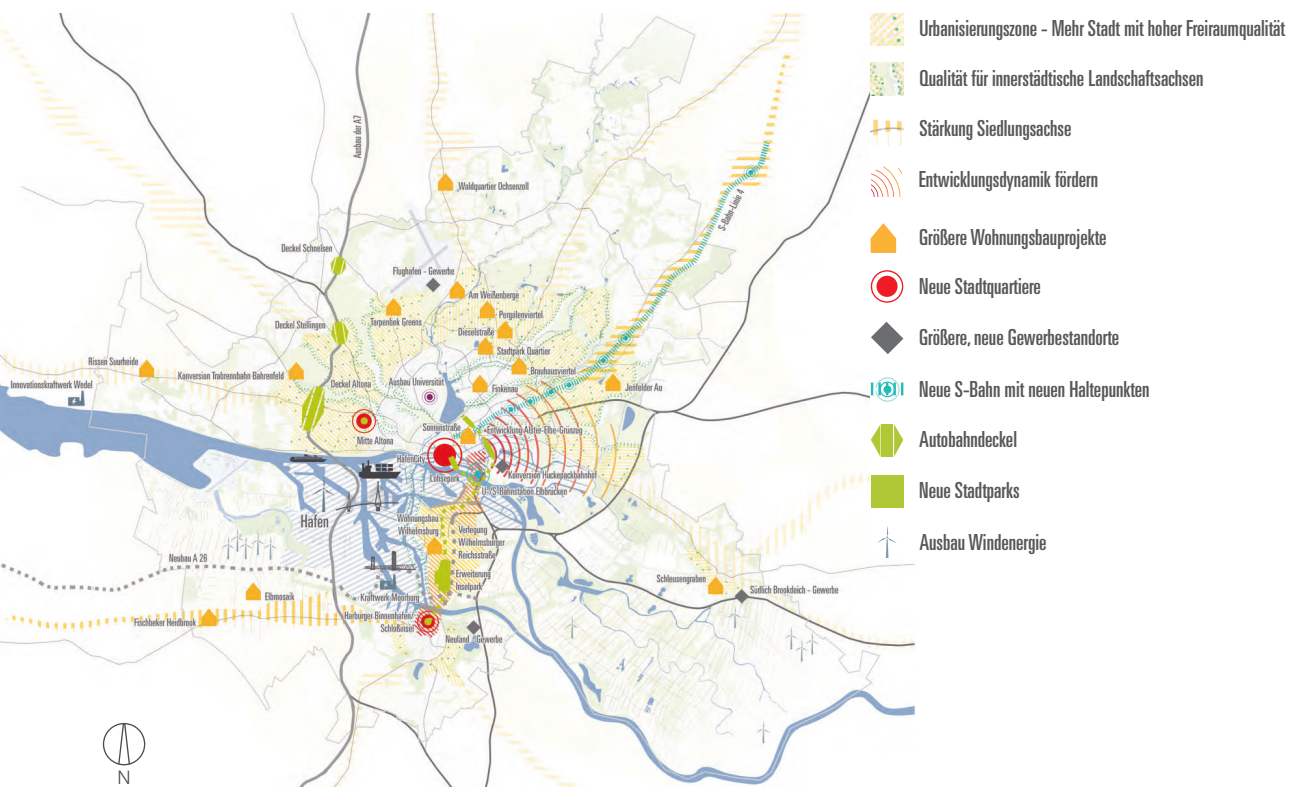
24| Gegenüberstellung Flächenverbrauch und Einwohnerzahl 1955 und 2008 o.M.
(eigene Darstellung nach: Anhang 5; auf Grundlage von LGV 1955 und 2008)



25| Statistiken Stadt Hamburg (eigene Darstellung nach: Anhang 5)



261 Leitplan der Stadtentwicklung (BSU 2014a: 72)



271 Schwerpunkt der Stadtentwicklung (BSU 2014a: 0)

6.2 Leitbild der Stadtentwicklung

Das Leitbild mit dem Titel „Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser – Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg“ wurde im Jahr 2014 von der damaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) veröffentlicht. In diesem werden Zielsetzungen für die Stadtentwicklung dargelegt, die sich auf fünf **Leitsätze** beziehen:

- „Mehr Stadt in der Stadt“: Ausgangslage steigender Bevölkerungszahlen; Innenentwicklung, Nutzungsmischung, hohe bauliche Dichten; Qualitätsoffensive Freiräume, insbesondere am Wasser
- „Die gerechte Stadt“: bezahlbare Wohnungen, Bildung
- „Grüne und umweltgerechte Stadt“: Bedeutung Umwelt– für Lebensqualität, Sharingkonzepte beim Verkehr, Grünräume, Klimaanpassung, Energiewende
- „Stadtentwicklung in der Wirtschaftsmetropole“: Industrie als Basis, Ausbildungsmöglichkeiten, Hafen, regionale Zusammenarbeit, Hamburg als Verkehrsknoten
- „Hamburg eröffnet sich neuen Perspektiven“: Öffnung der Stadt für Zuwanderung, Wohnungsneubau, Entwicklung des Hamburger Ostens und der Elbinseln

Zusätzlich werden in zwei Plänen der Leitplan sowie die Schwerpunkte der Stadtentwicklung dargestellt. Diese sind in Abb. 26 und 27 dargestellt (BSU 2014a).

Im Folgenden wird das Leitbild zunächst grundsätzlich in Bezug auf die Übereinstimmung mit Postwachstumsideen hin überprüft, bevor die Analyse der aufgestellten Kriterien erfolgt. Da es sich um eine grundsätzliche Ausrichtung der Stadtentwicklung in Hamburg handelt, können an dieser Stelle lediglich die Aussagen im Leitbild selbst überprüft werden und nicht jegliche daraus abgeleitete Entscheidung für einzelne Projekte in Hamburg.

Bereits im Titel des Leitbildes ist von Wachstum die Rede, so dass sich hier ein Widerspruch zum Postwachstum vermuten lässt (ebd.: 1). Der Begriff wird später als Wirtschaftswachstum erläutert (ebd.: 44), aber auch der Begriff „Städtisches Wachstum“, das eine „hohe Umweltqualität“ (ebd.: 2) nicht ausschließt, wird ohne eine Konkretisierung verwendet. Diese Haltung entsprechend eines **grünen Wachstums** wird auch hier deutlich: „Technischer Umweltschutz und Elektromobili-

tät bieten Hamburg die Möglichkeit für wirtschaftliches Wachstum und ökonomische Wertschöpfung – aber auch die Chance, Umweltqualität in der Stadt zu sichern und auf diese Weise hochwertige Lebensräume zu erhalten“ (ebd.: 44). Weiterhin wird eine „dynamische Entwicklung Hamburgs“ als positiv für eine hohe Lebensqualität in der Stadt beurteilt (ebd.: 2). Grundsätzlich findet sich an dieser Stelle die in Kapitel 4.1 beschriebene positive Konnotation des Begriffs *Wachstum* wieder.

Grundsätzlich seien gemäß Sempell einige Ansätze des Postwachstums im Leitbild vorzufinden, allerdings statt unter dem Begriff Postwachstum unter dem Nachhaltigkeitsbegriff. „Hamburg würde jetzt bestimmt keine Postwachstumsstrategie erarbeiten [...] Das wäre weder kommunikativ, noch von der Sache her adäquat“ (Sempell 12.07.2019).

Die inhaltliche Berücksichtigung von Postwachstumsthemen findet sich, wie auch von ihm selbst anerkannt, zunächst nicht in den aufgeführten Begriffen, die eher eine Orientierung an Prinzipien des grünen Wachstums als des Postwachstums vermuten lassen, wieder. Inwiefern dennoch inhaltliche Übereinstimmungen vorhanden sind, wird im Folgenden erläutert.

6.2.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils

Wie erläutert vermag die Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils die Abhängigkeit der gesellschaftlichen Teilhabe von Konsum zu reduzieren. Inwiefern dies im Leitbild in Bezug auf die Stärkung verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen oder öffentlicher Räume, eine Einschränkung von Werbung oder Tourismus angestrebt wird, wird in den folgenden Absätzen erläutert.

Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Zivilgesellschaftliche Initiativen in Form der Gestaltung von Freiflächen sollen laut dem Leitbild „nach Kräften unterstütz[t]“ werden. Hier werden Urban-Gardening-Projekte, Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten als zukünftige Freiraumgestaltungen genannt (BSU 2014a: 19). Dieser Absichtserklärung folgt Sempell zufolge keine finanzielle Unterstützung, aber er vermutet eine in Form von Materialien (Sempell 12.07.2019). Weiterhin wird der Ausbau von Carsharing angestrebt (BSU 2014a: 41), was jedoch wie genannt nicht positiv beurteilt wird.

Stärkung öffentlicher Räume

Im Leitbild wird dargestellt, dass der öffentliche Raum eine entscheidende Rolle bei der „gerechte[n] Stadt“ und einer „demokratischen Stadtkultur“ spiele. Es sollen neue für alle Menschen zugängliche Gemeinschaftsräume geschaffen werden, die „neue Formen des Zusammenlebens“ ermöglichen (ebd.: 25, 33, 69). Hierzu gehört auch die stärkere Öffnung von Schulen gegenüber ihrem Stadtteil (ebd.: 30). Besonders betont werden die öffentlichen Räume, die an Elbe und Bille liegen, die für die Öffentlichkeit entwickelt werden sollen (ebd.: 13). Wie dies genau erfolgen soll, wird nicht dargelegt.

Einschränkung von Werbung

Eine Einschränkung von Werbung wird im Leitbild nicht erwähnt.

Einschränkung von touristischen Funktionen

Der Wettbewerb zwischen den internationalen Metropolen wird im Leitbild als entscheidender Grund für verschiedene Entwicklungen angeführt. So wird beispielsweise die Entwicklung der HafenCity und der IBA hier

eingeordnet (ebd.: 13). Auch die Metropolregion soll sich als „europäische Zukunftsregion“ präsentieren und der ÖPNV ausgebaut werden, um sich im Metropolenwettbewerb behaupten zu können (ebd.: 41, 62). Diese Bedeutung des Tourismus führt zur weiteren Attraktivitätssteigerung der Stadt, was negativ bewertet wird (Siegert 08.07.2019).

Fazit

Im Leitbild werden grundsätzlich einige Themen angesprochen, die einen nichtmaterialistischen Lebensstil begünstigen, wie etwa Initiativen zur Gestaltung von Freiflächen oder die Stärkung öffentlicher Räume. Es liegt aber die Vermutung nahe, dass zumindest die Freiraumgestaltung durch Initiativen eher aus finanziellen Gründen befürwortet wird – so bieten diese die Möglichkeit attraktiv gestalteter Grünflächen ohne einen finanziellen Aufwand der Stadt. Diesem gegenüber steht, dass Werbung nicht grundsätzlich eingeschränkt sowie die Bedeutung der Stadt im Metropolenwettbewerb betont wird. Hiermit ist insgesamt im Leitbild keine besondere Orientierung hin zu einem nichtmaterialistischen Lebensstil zu erkennen.

6.2.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche

Insbesondere auf der stadtweiten Betrachtungsebene, die mit dem Leitbild eingenommen wird, scheint eine Steuerung der Beschränkung des Flächenverbrauchs sinnvoll. Dies und die Kriterien des reduzierten sowie des dichten Bauens werden im Folgenden untersucht.

Verhinderung von Neuversiegelung

Dem Ziel der geringen Flächenneuinanspruchnahme wird im Leitbild mit dem **Ziel der Innenentwicklung** Rechnung getragen. Hiermit soll „der vorhandenen Wachstumsdynamik vorrangig im bestehenden Siedlungsgefüge Raum [...] [geboten werden]“ (BSU 2014a: 9), indem v.a. die Flächen in der sogenannten Urbanisierungszone (s. Abb. 28) effizienter genutzt werden (ebd.: 14). Von Bedeutung ist, dass diese Innenentwicklung „vorrangig“ stattfinden solle und Flächen lediglich „geschont“ werden sollen (ebd.: 9, 15) – es wird also kein vollständiger Verzicht auf Flächenneuinanspruchnahme angestrebt. Gemäß Sempell habe sich der dazugehörige Begriff „Mehr Stadt in der

Stadt“ durchgesetzt, wodurch die Innenentwicklung öffentlich diskutiert werde (Sempell 12.07.2019). Diese Innenentwicklung in Form neuer Bauprojekte soll von einer Qualitätssteigerung der bestehenden Freiflächen begleitet werden. Es sollen also nur in Einzelfällen neue geschaffen werden (BSU 2014a: 18). Beispiele hierfür wären der Inselpark in Wilhelmsburg oder der Volkspark (Sempell 12.07.2019).

Stattfinden soll die Innenentwicklung über verschiedene **Optionen**, wie etwa die Schließung von Baulücken und die Entwicklung von Brachflächen, den Ausbau von Dachgeschossen oder die Aufstockung bestehender Gebäude (ebd.; BSU 2014a: 20). Dieser Aussage folgt aber keine finanzielle Unterstützung (Sempell 12.07.2019), wenngleich die Aufstockung seit 2018 durch eine Änderung der Hamburger Bauordnung erleichtert wurde (BSW 2018b).

Dieser grundsätzlichen Priorisierung von Innenentwicklung stehen einige Aspekte entgegen. Hierzu gehört einerseits die im Leitbild genannte Notwendigkeit, für die wirtschaftliche Entwicklung der „strategischen Cluster [...] **Flächen verfügbar** [zu] halten“ (BSU 2014a: 55, Hervorhebung AB). Auch sollen bestehende Gewerbestandorte „ausgebaut“ werden, ohne dass dies genauer konkretisiert wird (ebd.: 54) – damit kann also auch eine Flächenneuanspruchnahme einhergehen. Grundsätzlich wird aber auch für Gewerbeflächen eine effizientere Ausnutzung angestrebt, z.B. über mehrgeschossige Gewerbebauten (ebd.: 57–59).

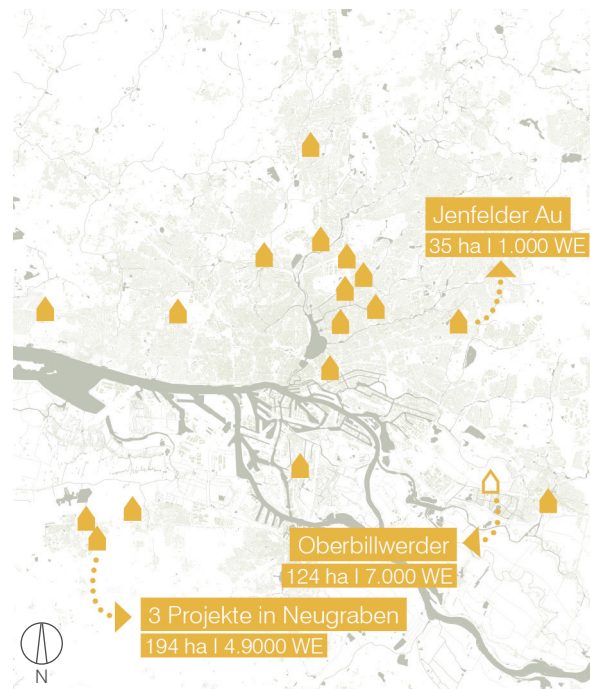
Andererseits gibt es auch im Wohnungsbau **große Projekte**, die einen „Bruch“ zum Ziel der Innenentwicklung darstellen (Sempell 12.07.2019). Hierzu gehören z.B. Oberbillwerder, die Gebiete in Neugraben–Fischbek oder auch die geplante Entwicklung in Jenfeld (s. Abb. 29). Hier sei angesichts des vorhandenen Bevölkerungswachstums ein Kompromiss zur Verhinderung weiterer Mietensteigerungen notwendig gewesen (ebd.). Sempell argumentiert weiterhin damit, dass angesichts der steigenden Bevölkerungszahlen die Alternative Wohnungsbau in schlechter angebundener Lage gewesen wäre: „jedes Gebäude, das in Hamburg mehr gebaut wird, reduziert eher Pendler[*innen]bewegungen“ (ebd.). Auch gebe es in Hamburg keinen Verlust an Grünflächen, so dass die Sorge hierum nicht gerechtfertigt und eine „Scheindebatte“ sei (ebd.) –

diesem widersprechen allerdings die zunehmenden Versiegelungsgrade in Hamburg (IÖR 2019; Siegert 08.07.2019).

281 Die Urbanisierungszone o.M. (eigene Darstellung nach: BSU 2014a: 0; auf Grundlage von: Openstreetmap.org)



291 Verortung verschiedener Wohnungsbauprojekte o.M. (eigene Darstellung nach: BSU 2014a: 0; hamburg.de 2019b; IBA 2019a, 2019b; auf Grundlage von: Openstreetmap.org)



Reduzierung des Bauens

Grundsätzlich ist im Leitbild keinerlei Streben danach zu erkennen, das Bauen zu reduzieren. Stattdessen wird gezielt **Neubau** angestrebt, beispielsweise mit dem Vertrag für Hamburg über die Wohnungsbauprogramme, mit denen inzwischen 10.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden sollen (BSU 2014a: 26; FHH 2016). Der „Motor“ des Wohnungsneubaus solle am Laufen gehalten werden (BSU 2014a: 70). Zu diesem Ziel werden im Leitbild verschiedene Schwerpunkte der Stadtentwicklung aufgeführt. Kriterien für Neubau werden, abgesehen von der angestrebten Innenentwicklung, nicht formuliert. Sempell hinterfragt dieses Streben nach Neubau, da dies dazu führe, dass Hamburg als Schwarmstadt wachse, während andere Regionen schrumpften: „Ist denn Wachstum und Konzentration von Kraft, von Menschen, von Investment an einem Ort – Hamburg jetzt gemeint – ist das eigentlich der richtige Weg? Und was passiert mit dem Umland? [...] Sag' ich, mir egal?“ (Sempell 12.07.2019). Allerdings hält er, wie erwähnt, den Neubau in Hamburg an anderer Stelle wiederum für notwendig, um die Mieten niedrig zu halten – er widerspricht sich also mit dieser Aussage selbst und zusätzlich findet sich eine solche Haltung auch nicht im Leitbild wieder.

Der Neubau von Wohnungen soll über einen gezielten „Urbanisierungseffekt“, der **Impulse** für weitere Entwicklungen setzt, erreicht werden – verstärkt beispielsweise über den Ausbau des ÖPNV (BSU 2014a: 17). Angestrebt wird eine „Eigendynamik“ von Quartieren mit Entwicklungspotential (ebd.: 70). Einordnen lässt sich an dieser Stelle auch das angestrebte Bauen von Landmarken wie etwa Hochhäuser (ebd.: 20–21).

Lediglich der im Leitbild aufgeführte Wohnraumschutz – also die „Erhaltung und Pflege von Wohnraum sowie [...] [die] Vermeidung und Beseitigung von Zweckentfremdung“ (BSW 2019) – kann möglicherweise der **Vermeidung von Neubau** dienen. Hier wird eine Gesetzesnovellierung angestrebt (BSU 2014a: 27), die im Jahr 2018 zur Einschränkung der Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnung führte (BSW 2018a). Gemäß Sempell seien Maßnahmen im Bestand zur Reduktion der Wohnfläche pro Person zwar ein guter Ansatz, aber von einer Stadt nicht steuerbar (Sempell 12.07.2019). Dass die in Kapitel 4.2 erwähnten Möglichkeiten nicht für möglich erachtet werden, wird an dieser Stelle negativ bewertet.

Hohe Ausnutzung von Grundstücken

Eine Verdichtung der Bebauung insbesondere in der sogenannten Urbanisierungszone, erkennbar in Abb. 28, wird im Leitbild angestrebt. Dies wird in den Kontext der Innenentwicklung eingeordnet und soll auch kürzere Wege ermöglichen (ebd.; BSU 2014a: 16). Grundsätzlich wird eine höhere Dichte als positiv für eine „urbane Lebensqualität“ (BSU 2014: 69) beurteilt (Sempell 12.07.2019).

Fazit

Der Zielsetzung eines suffizienten Umgangs mit Fläche und Baustoffen wird im Leitbild augenscheinlich zunächst gefolgt: So werden dem Thema Innenentwicklung viel Raum gegeben sowie hohe Dichten angestrebt. Allerdings widersprechen einige Projekte in Außenbereichen, das angestrebte hohe Bauvolumen und das fast vollständige Ignorieren der Unterbringung von mehr Wohnungen im Bestand dieser Zielsetzung eklatant. Die als alternativlos dargestellte Notwendigkeit des Wohnungsneubaus im großen Stil überzeugt angesichts dessen, dass Maßnahmen im Bestand gänzlich unbeachtet bleiben, im Zuge des Suffizienzgedankens nicht.

6.2.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen

Der Verkehrssektor ist einer der Bereiche, dem auch in der Öffentlichkeit große Einsparnotwendigkeiten bezüglich Emissionen zugerechnet werden. Diese beziehen sich dabei sowohl auf eine Verkehrsvermeidung als auch auf eine –verlagerung. So wird die Berücksichtigung dessen im Leitbild nachfolgend dargestellt.

Reduzierung von Verkehr

Der Verkehrsvermeidung können Ansätze wie die angestrebte kleinteilige Nutzungsmischung dienen, die über eine „engere räumliche Verflechtung von Wohnen und Arbeiten“ erreicht werden soll. Hier wird im Leitbild das Ziel der Änderung der bundesgesetzlichen Regelungen gefordert (BSU 2014a: 57), das nun mit der Einführung des Urbanen Gebiets realisiert wurde¹. Sempell ordnet an dieser Stelle ebenso die Zielsetzung der Innenentwicklung ein, die Wege verkürze und damit Verkehr vermeide (Sempell 12.07.2019).

¹ Mit dem Urbanen Gebiet wurde in § 6a BauNVO ein neuer Gebiets-typus eingeführt, der insbesondere hohe Dichten sowie eine Nutzungs-mischung abbildet.

Verlagerung von Verkehr

Im Leitbild wird angestrebt, den „Anteil der **umweltfreundlichen Verkehrsträger** und Fortbewegungsarten“ (Hervorhebung AB) zu erhöhen, sowohl um Emissionen zu reduzieren als auch für eine höhere Lebensqualität (BSU 2014a: 37). Hier wird der Ausbau des ÖPNV angeführt, etwa die Verlängerung der U4 und der Ausbau der S4, aber auch der perspektivische Ausbau des ÖPNV in das Umland oder die Entlastung des Hauptbahnhofs (ebd.: 41, 63, 65). Allerdings wird dieser Ausbau des ÖPNV auch in den Kontext des Städtewettbewerbs eingeordnet, was wie erläutert in Bezug auf andere Kriterien (s. Kapitel 6.2.1) negativ zu bewerten ist.

Des Weiteren wird auch eine **Vision einer deutlich autoreduzierten Stadt**, zurückzuführen auf den Ausbau eines Carsharing-Systems, angeführt: Der „Schlüsselkonflikt im Städtebau des vergangenen Jahrhunderts – der Kampf zwischen der autogerechten und der urbanen Stadt – steht damit [mit dem Ausbau der Carsharingangebote] vor seinem Ende“ (ebd.: 41). Dieser Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, wenn Autos im Privatbesitz durch weniger, geteilte Autos ersetzt werden, steht allerdings gegenüber, dass damit nicht unbedingt Verkehr vermieden wird.

Die Vision einer autoreduzierten Stadt wird allerdings im Leitbild nicht konsequent verfolgt. So erkennt zwar Sempell eine Prioritätensetzung zugunsten des ÖPNV (Sempell 12.07.2019), allerdings wird auch eine **gleichberechtigte Nutzung** des öffentlichen Raums durch unterschiedliche Verkehrsteilnehmer*innen betont: Im Straßenraum „gilt es[,] den vielfältigen Interessen der Stadtbevölkerung – [...] Fußgänger[*in], Fahrrad- oder Autofahrer[*in] – gleichermaßen gerecht zu werden“ (BSU 2014a: 32).

Ein weiteres Thema ist die „Förderung **umweltschonender Antriebstechnologien**“ (Hervorhebung AB), wie der Elektromobilität, die beispielsweise über einen „systematischen Umbau“ v.a. der ÖPNV-Fahrzeuge erfolgen soll (ebd.: 39, 49). Dies ist nicht als eine dem Postwachstum entsprechende Lösung anzusehen, da Elektromobilität aufgrund der notwendigen Energieerzeugung sowie der Speicherung in Akkus nicht positiv zu bewerten ist.

Diesen Anstrengungen gegenüber steht der angestrebte **Ausbau nicht umweltfreundlicher Verkehrstechnologien**. So wird im Leitbild der Ausbau der A1 und A7

sowie der Weiterbau der A26 angestrebt (BSU 2014a: 64). Hierdurch wird also das Autofahren attraktiver gemacht, statt es einzuschränken. Vorhaben wie die Verlegung der Wilhelmsburger Reichstraße oder der Bau der Autobahndeckel dienen dagegen dazu, Lebensqualität für die dortigen Bewohner*innen zu gewinnen (ebd.: 64) – machen aber auch deutlich, dass auch perspektivisch keine drastische Einschränkung des Autoverkehrs erwartet wird. Auch in Bezug auf den Flughafen wird von Potentialen, die Fahrgastzahlen weiter zu steigern, gesprochen. Ebenso wird im Leitbild auf den Hafenentwicklungsplan verwiesen, in dem auch die Verkehrsinfrastruktur, sowohl intern als auch überregional, verbessert werden soll (ebd.: 60, 65).

Auch innerhalb der Metropolregion Hamburg wird im Leitbild eine Zunahme des Verkehrsaufkommens angestrebt. So werden die **Pendler*innen** als essentiell für die Wirtschaftsleistung der Region erachtet und eine Stärkung v.a. der ÖPNV-Verbindungen gefordert (ebd.: 53, 65). Da diese Pendlerbewegungen ohnehin nicht steuerbar seien, sei die Fokussierung dieser auf den ÖPNV sinnvoll (Lührsen/Seegelke 10.07.2019). Auch Verbindungen zu anderen europäischen Städten sollen v.a. aus wirtschaftlichen Gründen gestärkt werden und dabei „auf der Straße, der Schiene und dem Wasser“ mit verschiedenen Investitionen stattfinden (BSU 2014a: 62–63).

Regionalisierung der Wirtschaft

Eine Ausrichtung auf regional agierende Unternehmen ist im Leitbild nicht erkennbar. Auch Sempell hält es an dieser Stelle nicht für umsetzbar, dies durch die Stadtplanung zu unterstützen (Sempell 12.07.2019).

Fazit

In Bezug auf das Thema Verkehr werden im Leitbild z.T. positiv zu wertende Aussagen getroffen, wie etwa die Befolgung des Prinzips der kurzen Wege über Innenentwicklung und Nutzungsmischung sowie der Ausbau des ÖPNV. Diesem gegenüber stehen eine fehlende Priorisierung umweltfreundlicher Verkehrsmittel im Straßenraum sowie die zahlreichen Baumaßnahmen zum Ausbau von Straßen und die fehlende Ausrichtung auf regionale Wirtschaft. So entsteht der Eindruck, dass eine Einschränkung des MIV nicht tatsächlich im Leitbild beabsichtigt ist.

6.2.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

Ein Faktor, der insbesondere im Interview mit dem BUND betont wurde, ist die Wahl der Baustoffe, die Durchführung energetischer Modernisierungen sowie die Regelung der Energieversorgung. Diese werden im Folgenden analysiert.

Verwendung ökologischer Baustoffe

& Durchführung energetischer Modernisierungen

Die Wahl der Baustoffe spielt im Leitbild keine Rolle. Die energetische Modernisierung von Gebäudebestand soll über verschiedene „Fördermöglichkeiten und quartiersbezogene[...] Konzepte“ vollzogen werden, wenngleich hier einschränkende Faktoren wie Sozialverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Denkmalschutz genannt werden (BSU 2014a: 47).

CO₂-neutrale Energieversorgung

Im Leitbild werden einige Aspekte genannt, mit denen die Energieversorgung ressourcensparender gestaltet werden soll, wie die vermehrte Nutzung von Abwärme, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien. Dies könne über Kooperationen zwischen der Stadt und Energieversorgern oder der Wohnungswirtschaft, aber auch über das städtische Unternehmen Hamburg Energie, erreicht werden (ebd.: 48, 58). Hierfür sollen die „notwendigen technischen Innovationen [...] [und] förderliche Rahmenbedingungen für deren Anwendung“ geschaffen werden – auf einem bezahlbaren Niveau (ebd.: 46). Die Kapazitäten für Wind-, Solar- und Bioenergie sollen ausgebaut werden (ebd.: 48–49).

Fazit

In Bezug auf die gebäudebezogenen Ressourceneinsparungen werden im Leitbild einige Anstrengungen erwähnt. Zwar ist die Wahl der Baustoffe bisher nicht Teil des Leitbildes – hier besteht also noch Potential – aber bezüglich der anderen Aspekte der Energieversorgung und der energetischen Modernisierungen ist das Leitbild positiv zu bewerten.

6.2.5 Vorausschauende Prozessgestaltung

Dieses Kriterium hat vor dem Hintergrund einer Leitbildanalyse eine besondere Bedeutung: So sollen Leitbilder v.a. die Funktion erfüllen, langfristig die angestrebte Entwicklung zu skizzieren, was im Folgenden überprüft wird.

Sukzessives Vorgehen mit Raum zum Erproben

Bei der Leitbildentwicklung werden entsprechend der politischen Lage immer neue Leitbilder formuliert, ohne das vorherige und dessen Bewertung als Grundlage zu nehmen (Sempell 12.07.2019). Dies ist nicht als sukzessives Vorgehen zu werten und ein Austesten von Lösungen ist ohne eine Bewertung älterer Leitbilder kaum möglich.

Beteiligung der Bevölkerung

Im Zuge der Entwicklung des Leitbildes fand keinerlei Bürger*innenbeteiligung statt. Hintergrund dessen war, dass es in dem Leitbild statt um Aussagen gegenüber der Öffentlichkeit v.a. um eine innere Ausrichtung der BSU ging. Allerdings sei solch ein Leitbild auch immer beeinflusst durch die politische Ausrichtung einer Stadt und somit auch durch die öffentliche Meinung – beispielsweise könnte eine zukünftige grüne Bürgermeisterin ein deutlich anderes Leitbild bewirken (ebd.).

Überprüfung des langfristigen Bedarfs

& Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten

Im Leitbild werden zahlreiche Entwicklungen angestrebt, die ein Mehr an Wohnungen oder Hafenflächen beinhalten. Dies werden jeweils nur mit aktuellen Entwicklungen begründet – eine Hinterfragung dessen, ob langfristig Bedarfe hierfür vorhanden sind, findet nicht statt.

Fazit

Das Leitbild ist in Bezug auf die vorausschauende Prozessgestaltung nicht positiv zu bewerten. So wurden weder die Bürger*innen in die Entwicklung einbezogen noch ist der immer wiederkehrende Prozess der Leitbilderstellung aufeinander abgestimmt oder eine ausreichend langfristige Perspektive eingenommen. Dies ist insbesondere angesichts dessen, dass v.a. Leitbilder eine solche Visionsfunktion übernehmen sollen, kritisch zu werten.

6.2.6 Fazit

Im Leitbild werden insgesamt einige Aspekte angestrebt, die im Sinne des Postwachstums positiv zu werten sind. Hierzu gehören die beabsichtigte Stärkung öffentlicher Räume, die grundsätzliche Priorisierung der Innenentwicklung, die Konzepte wie die Stadt der kurzen Wege und der Nutzungsmischung sowie das Anstreben einer emissionsarmen Energieversorgung und energetischer Modernisierungen. Diesen stehen allerdings einige negativ zu wertende Aspekte gegenüber, wie die fehlende Einschränkung von Werbung, die Einordnung Hamburgs in den Metropolenwettbewerb, Bauprojekte im Außenbereich und das Fehlen von Konzepten zur effizienteren Ausnutzung des Bestandes. Hinzu kommen

zahlreiche Maßnahmen im Straßenausbau, fehlende Vorgaben zur Verwendung ökologischer Baustoffe sowie die grundsätzliche Prozessgestaltung des Leitbildes, die weder langfristige Orientierungen möglich macht, noch Bürger*innen integrierte.

Zusammenfassend greift das Leitbild also einige sinnvolle Ansätze auf, verpasst aber die Chance, der Hamburger Stadtentwicklung eine neue – notwendige – Richtung zu geben. So fehlt eine umfassende Vision, stattdessen werden zahlreiche Ziele genannt, die nicht kongruent erscheinen, wie etwa die angestrebte Förderung des ÖPNV, die dennoch mit einem Ausbau zahlreicher Straßen einhergeht.

Ansätze für die Postwachstumsstadt Hamburg

Folgende Ansätze aus dem Leitbild können für die Entwicklung eines Konzepts für die Postwachstumsstadt Hamburg hilfreich sein:

- _ Das Konzept der Innenentwicklung, allerdings konsequenter umgesetzt
- _ Die Ideen der Nutzungsmischung und der kurzen Wege
- _ Die Kooperation mit verschiedenen Akteuren zur Verbesserung der emissionsarmen Energieversorgung
- _ Die Durchführung energetischer Modernisierungen



6.3 Mitte Altona

Reagierend auf Planungen der Deutschen Bahn, den Fernbahnhof Altona zu verlegen, sollen in der Mitte Altona v.a. Wohnungen auf den freiwerdenden Flächen entstehen (s. Abb. 30 bis 34). Neben diesen Flächen werden solche durch die Aufgabe eines Güterbahnhofs sowie der Holstenbrauerei frei – für diese Arbeit werden lediglich die 130.000m² des Güterbahnhofs, die zuerst entwickelt werden und bereits zu großen Teilen realisiert sind, betrachtet (hamburg.de 2019a).

Zur Entwicklung des Geländes wurde im Jahr 2010 ein städtebaulich–freiraumplanerischer Wettbewerb ausgelobt, den das Büro von André Poitiers gewann. Auf dieser Grundlage wurden im Anschluss ein Bebauungsplan entwickelt sowie Bedingungen im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages festgelegt, da die Flächen im Eigentum verschiedener Privater sind: aurelis real Estate, Panta 112 Grundstücksgesellschaft und der ECE (BSU 2013c: 15, 18). Seit 2014 wird gebaut, so dass voraussichtlich bis 2020 alle Wohnungen fertig sind – lediglich die Stadteilschule folgt danach noch (BSU 2014e: 1; Ferber 26.07.2019).

Inwiefern dieses Konversionsprojekt mögliche Ansätze im Sinne des Postwachstums beinhaltet, wird auf den folgenden Seiten untersucht. Hierbei wird sich auf diese fünf Kategorien konzentriert: die Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils, der suffiziente Umgang mit Baustoffen und Fläche, die verkehrs- und gebäudebezogenen Ressourceneinsparungen sowie die vorausschauende Prozessgestaltung.

links:

30I : Schwarzplan Mitte Altona 1:3.000
(eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019)

31I Verortung Mitte Altona o.M. (eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019)



32I Luftbild Mitte Altona o.M. (LGV 2018)



Kennzeichen Mitte Altona

Größe	130.000m ²
Nutzung	v.a. Wohnungen, Stadtteilschule, Einzelhandel, Gewerbe, Gastronomie, Kindertagesstätte (Kita)
Realisierung	2016 – 2021
Eigentümer*innen	aurelis real Estate, Panta 112 Grundstücksgesellschaft, ECE



Festsetzungen

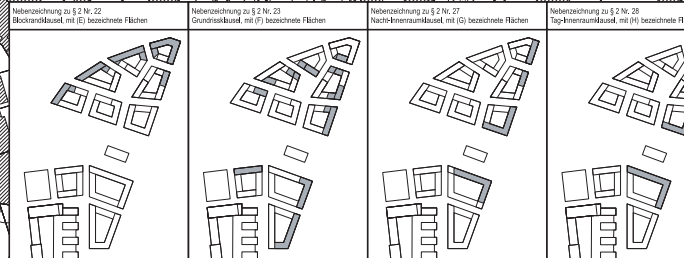
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
	Allgemeines Wohngebiet
	Mischgebiet
	Gewerbegebiet
	Sondergebiet "Parkverträgliche Nutzungen"
z.B. GRZ 0,8	Grundflächenzahl, als Höchstmaß
z.B. GFZ 4,05	Geschossflächenzahl, als Höchstmaß
z.B. GF 4.100 m ²	Geschossfläche, als Höchstmaß
z.B. VI-VIII	Zahl der Vollgeschosse, als Mindest- und Höchstmaß
z.B. II	Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß
z.B. ①	Zahl der Vollgeschosse, zwingend
z.B. GH 48	Gebäudehöhe über NN, als Höchstmaß
g	Geschlossene Bauweise
	Baugrenze
LH mind. 4	Lichte Höhe, als Mindestmaß
	Fläche für den Gemeinbedarf
	Straßenverkehrsfläche
	Straßenverkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
	Straßenbegrenzungslinie
	Grünfläche
	Mit Geh- und Fahrrechten zu belastende Flächen
	Durchgang mit Gehrechten
	Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen
	Sonstige Abgrenzung (siehe Nebenzeichnungen)
z.B. (A)	Besondere Festsetzung (siehe § 2 und Nebenzeichnungen)
	Derzeit zu Bahnbetriebszwecken genutzte Fläche. Die Festsetzung tritt mit der Freistellung vom Fachplanungsvorbehalt in Kraft.
	Gehwegüberfahrten nicht zugelassen

Nachrichtliche Übernahmen

	Oberirdische Bahnanlagen
	Fläche mit bahnrechtlicher Widmung (mit Festsetzungen des Bebauungsplans vereinbar)
	Denkmalschutz, Ensemble
	Denkmalschutz, Einzelanlage

Kennzeichnungen

	Begrenzung der unverbindlichen Vormerkung
	Vorhandene Gebäude
	Umgrenzung der Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind
o	Straßenhöhe bezogen auf NN

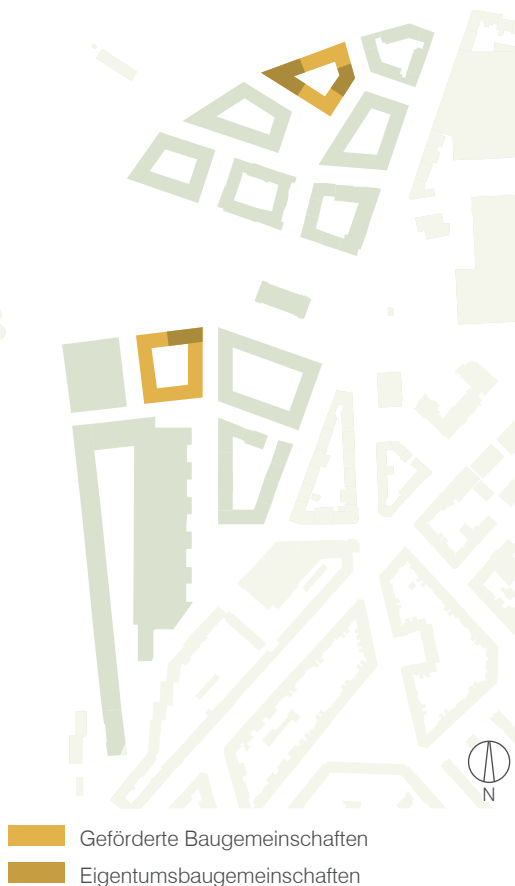


6.3.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils

Ein Projekt, das zu großen Teilen auf einer Tabula-Rasa-Situation beruht, bietet große Chancen, dort direkt entsprechende Flächen und Regelungen durchzusetzen, die einen nichtmaterialistischen Lebensstil begünstigen. Inwiefern dies in der Mitte Altona erreicht wird, wird im Folgenden diskutiert.

Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Bezüglich der zivilgesellschaftlichen Initiativen ist zunächst auf die in der Mitte Altona existierenden neun **Baugemeinschaften** hinzuweisen (s. Abb. 35). Diese müssen gemäß städtebaulichem Vertrag 20% der Geschossfläche für Wohnnutzung ausmachen und sind auch im Bebauungsplan vorgeschrieben (Bezirk Altona 2014b: 46; BSU 2014f: 11). Sie bieten aufgrund ihrer gemeinschaftlichen Ausrichtung eher das Potential, dass sich ihre Mitglieder anderweitig engagieren, wie etwa in Form zivilgesellschaftlicher Initiativen. Allerdings ist bisher kein Engagement in dieser Richtung bekannt.



35| Verortung der Baugemeinschaften 1:7.000 (eigene Darstellung nach: BSW 2016: 3; auf Grundlage von: LGV 2019)

Geplant ist die Bereitstellung von Flächen für **Urban Gardening** im Park. Die genaue Ausgestaltung dessen ist bisher unklar, wird aber vermutlich vom Bezirk und dem Quartiersmanagement gemeinsam entwickelt (Bezirk Altona 2014b: 28; Ferber 26.07.2019). Ob dort beispielsweise Selbstversorgung stattfinden wird, ist bisher unklar. Ferber erläutert die Schwierigkeiten dabei, solche Flächen gezielt bestimmten Nutzern*innen zur Verfügung zu stellen: So solle der Park allen Menschen und verschiedenen Nutzungen offenstehen. Dies wäre bei einer Nutzung großer Teile des Parks durch einzelne Bewohner*innengruppen, wie beispielsweise für Urban Gardening, nicht mehr möglich (Ferber 26.07.2019).

Eine Institution, die zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen kann, ist das vorhandene **Quartiersmanagement**. Dies wird, festgeschrieben im städtebaulichen Vertrag, durch die Eigentümer*innen finanziert und läuft insgesamt zehn Jahre bis 2024. Es dient als zentrale Anlaufstelle für die Anliegen der Bewohner*innen und übernimmt hier beispielsweise Vernetzungsarbeit (ebd.; BSU 2014f: 12, 24). Allerdings ist auch hier keine tatsächliche Unterstützung einer zivilgesellschaftlichen Initiative bekannt, so dass hier mit dem Quartiersmanagement bisher lediglich die Möglichkeit der Unterstützung besteht (Ferber 26.07.2019). Ein Repair-Café bestand als Idee, wurde allerdings bisher nicht umgesetzt.

Im Quartier existieren durch das Quartiersmanagement Sharingangebote für Lastenräder und Fahrradanhänger. Dies wird positiv gewertet und in Kapitel 6.3.3 erläutert.

Stärkung öffentlicher Räume

In der Mitte Altona werden **neue öffentliche Räume** geschaffen, die sowohl von den Bewohnern*innen als auch dem Umfeld genutzt werden können. So wurden diese vormals durch die Bahn genutzten Flächen erstmals für die Öffentlichkeit zugänglich. Es sollen „belebte Räume für Austausch und für Begegnungen“ (BSW o.J.: 2) sowie „Erholungs- und Freizeitfunktionen“ (Bezirk Altona 2014b: 72–73) geschaffen werden und hiermit auch die Unterversorgung mit Grün im Umfeld ausgeglichen werden (ebd.: 4–5, 43; BSU 2010: 9; BSW o.J.: 2).

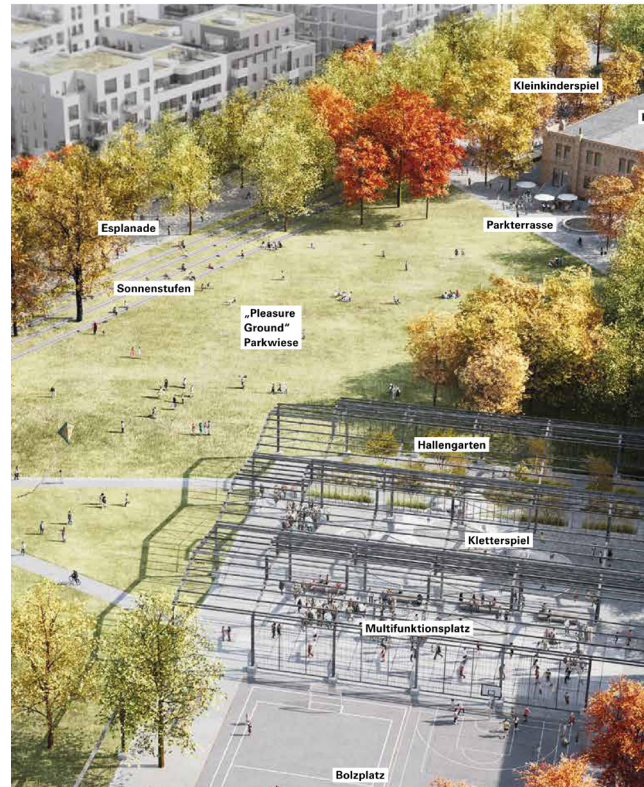
Insbesondere von Bedeutung ist an dieser Stelle der Ende 2019 eröffnende **Park** (Ferber 26.07.2019). Dieser soll zukünftig „Identifikationszentrum des neuen Stadtteils [...] werden“ (Bezirk Altona 2014b: 89) und hierfür

zahlreiche Funktionen für unterschiedliche Zielgruppen bieten: Orte zum Aufenthalt und Erholen, zum Spielen oder Sport treiben, aber ebenso Außenräume für Schule und Kitas. Grundsätzlich soll die Parkfläche flexibel nutzbar sein, weshalb auch kaum spezifischere Festsetzungen für die Fläche im Bebauungsplan dargestellt sind (ebd.: 47, 90). Im Wettbewerbsverfahren für den Park wurden verschiedene Bereiche im Park identifiziert, wie Abb. 36 zeigt.

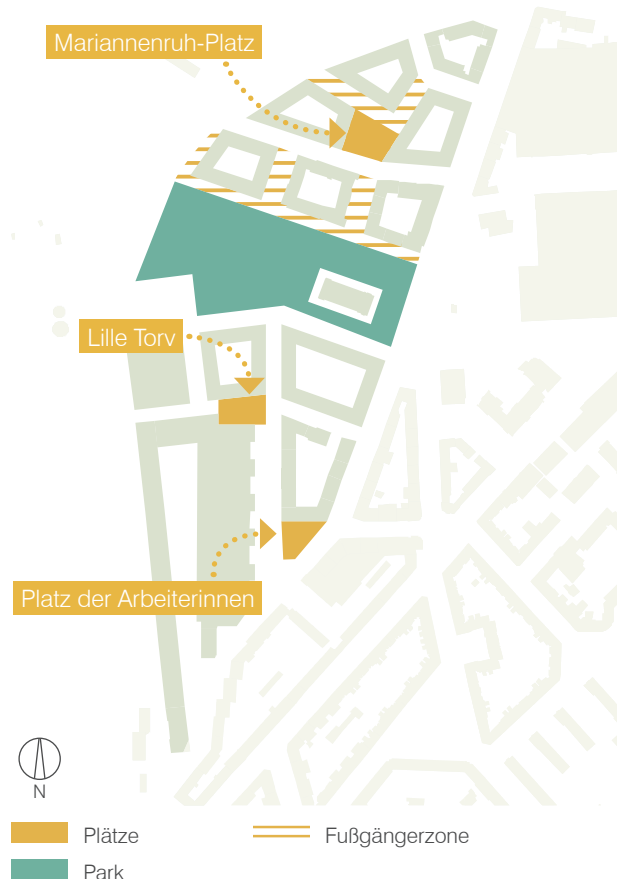
Weiterhin gibt es in der Mitte Altona drei **Quartiersplätze** (s. Abb. 37), die als Identifikation stiftende „Mittelpunkte der Quartiere“ (ebd.: 80) mit hoher Aufenthaltsqualität dienen sollen. Durch den Ausschluss von Stellplätzen ist die gesamte Fläche für die Menschen nutzbar, z.T. sind auch Außenbereiche der Gastronomie vorhanden oder eine Nutzung der Fläche für Veranstaltungen wie Floh- oder Wochenmarkt möglich. Grundsätzlich gibt es auf jedem Platz Sitzmöglichkeiten, so dass auch Aufenthalt ohne Konsum möglich ist (ebd.: 80; BSW 2017: 7; Ferber 26.07.2019).

Auch die **Straßenräume** sollen in der Mitte Altona vielfältige Aufenthaltsmöglichkeiten bieten, insbesondere durch den Ausschluss von privaten Stellplätzen. Angestrebt ist eine Begrünung der Straßenräume sowie die Festlegung von Fußgänger*innenzonen (s. Abb. 37), in denen auch Bänke die Aufenthaltsqualität stärken sollen (Bezirk Altona 2014b: 43–44; BSW 2017: 7). Allerdings machten diese Räume in der Beobachtung bisher nicht den Eindruck einer hohen Aufenthaltsqualität, wie Abb. 38 zeigt: Sie sind vollständig versiegelt und mit Ausnahme weniger Straßenbäume sowie Fahrradbügeln fehlen auch andere Gestaltungselemente (Beobachtung Mitte Altona 16.07.2019) – möglich ist aber, dass sich dieser Eindruck im Laufe der Zeit noch verändert. Ferber betont, dass die Gestaltung dieser Flächen auch von den Bewohnern*innen abhängt, die dort, sofern sie Flächen für die Feuerwehr frei halten, „machen können, was sie wollen“ (Ferber 26.07.2019). Auch ist ihre Einschätzung, dass diese Räume bereits als Aufenthaltsorte genutzt würden (ebd.). Eine besondere Rolle soll zudem die Promenade nördlich des Parks spielen, die optisch und über Sitzstufen in den Park integriert werden soll (BSW 2017: 7). Dessen Wirkung ist aufgrund der noch ausstehenden Öffnung des Parks noch nicht zu beurteilen (Beobachtung Mitte Altona 16.07.2019). Insgesamt betont Ferber, dass die Einrichtung der Fußgänger*innenzonen

361 Visualisierung des Parks Mitte Altona (BSW 2017: 4–5)



371 Verortung der Freiräume Mitte Altona 1:7.000 (eigene Darstellung nach: BSW o.J.: 2, BSW 2017: 3, auf Grundlage von LGV 2019)



als großer Erfolg zu werten sei, die gegen den Widerstand der Innenbehörde durchgesetzt werden musste (Ferber 26.07.2019).

Zusätzlich zu diesen öffentlichen Räumen gibt es in der Mitte Altona weitere **Räumlichkeiten**, die durch die Gemeinschaft genutzt werden können. Hierzu gehört beispielsweise die Kleiderkasse (s. Kapitel 6.3.2), die den Park beleben soll (Bezirk Altona 2014b: 51) und in der „nur Anlagen für kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke sowie Schank- und Speisewirtschaften zulässig sind“ (§ 2 Nr. 5 Bezirk Altona 2014a). Tatsächlich befinden sich nun in der Kleiderkasse ein Café sowie eine Kita. Diese Nutzungskonzept wird von Ferber positiv beurteilt, allerdings hätte sie über eine Beeinflussung der Miethöhe anstelle der Büros im Obergeschoss noch mehr Nutzungen dieser Art befürwortet. Zu der Kleiderkasse hinzu kommen Gemeinschaftsräume in den Baugemeinschaften, die auch für andere geöffnet sein müssen, oder ein Quartiersraum bei der Mobilitätsstation. Dieser ist über das Quartiersmanagement buchbar und bietet Raum für Veranstaltungen o.ä. Dadurch wird ebenso gesellschaftliche Teilhabe ohne Konsum möglich.



38 | Fußgänger*innenzone Domenica-Niehoff-Twiete (eigene Aufnahme 16.07.2019)

Einschränkung von Werbung

Positiv zu werten ist die Beschränkung von Werbeanlagen in Mitte Altona:

„Werbeanlagen größer 2 m² und Werbeanlagen oberhalb der Brüstung des zweiten Vollgeschosses sind unzulässig. Schriftzeichen müssen in Einzelbuchstaben ausgeführt werden. Die Gestaltung der Gesamtbaukörper und das Ortsbild dürfen nicht durch Werbeanlagen beeinträchtigt werden. Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Alle Werbeanlagen sind blendfrei auszuführen“ (§ 2 Nr. 18 Bezirk Altona 2014a).

So soll der Städtebau an sich anstelle der daran angebrachten Werbeanlagen das Stadtbild in Mitte Altona bestimmen (Bezirk Altona 2014b: 78).

Einschränkung von touristischen Funktionen

Aufgrund der Tatsache, dass die Mitte Altona in erster Linie ein Wohngebiet ist, das durch Versorgungsmöglichkeiten sowie Grünraum ergänzt wird, ist nicht von einer touristischen Nutzung der Fläche auszugehen. Es sollen v.a. Alltagsqualitäten in der Mitte Altona spürbar werden (ebd.: 5).

Fazit

In der Mitte Altona gibt es zahlreiche Aspekte, die in Bezug auf einen nichtmaterialistischen Lebensstil positiv zu werten sind. Hierzu gehören das Vorhandensein von Baugemeinschaften, das Quartiersmanagement sowie die öffentlichen Räume, die Nutzungen und Aufenthalt ohne Konsum ermöglichen. Abzuwarten bleibt hier jedoch, inwiefern diese Möglichkeiten auch praktisch für eine nichtmaterialistische Nutzung genutzt werden. Positiv zu werten ist ebenso die Einschränkung von Werbung sowie die Tatsache, dass Tourismus in der Mitte Altona keine Rolle spielt.

6.3.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche

Die Mitte Altona weist als Konversionsprojekt entsprechende Relevanz bei der Analyse dieses Kriteriums auf. Dies wird dies im Folgenden analysiert.

Verhinderung von Neuversiegelung

Grundsätzlich wird die Flächenbilanz der Mitte Altona als Schlüsselprojekt der **Innenentwicklung** auf einer Brachfläche positiv bewertet (Bezirk Altona 2014b: 4, 8) und entsprechend der Charakterisierung als Konversionsprojekt „per se [als] nachhaltiger Ansatz“ beurteilt (Ferber 26.07.2019). So ist der Versiegelungsgrad gegenüber dem Zustand vor der Bebauung kaum erhöht, im Bereich der Grünfläche sogar reduziert (Bezirk Altona 2014b: 26–27).

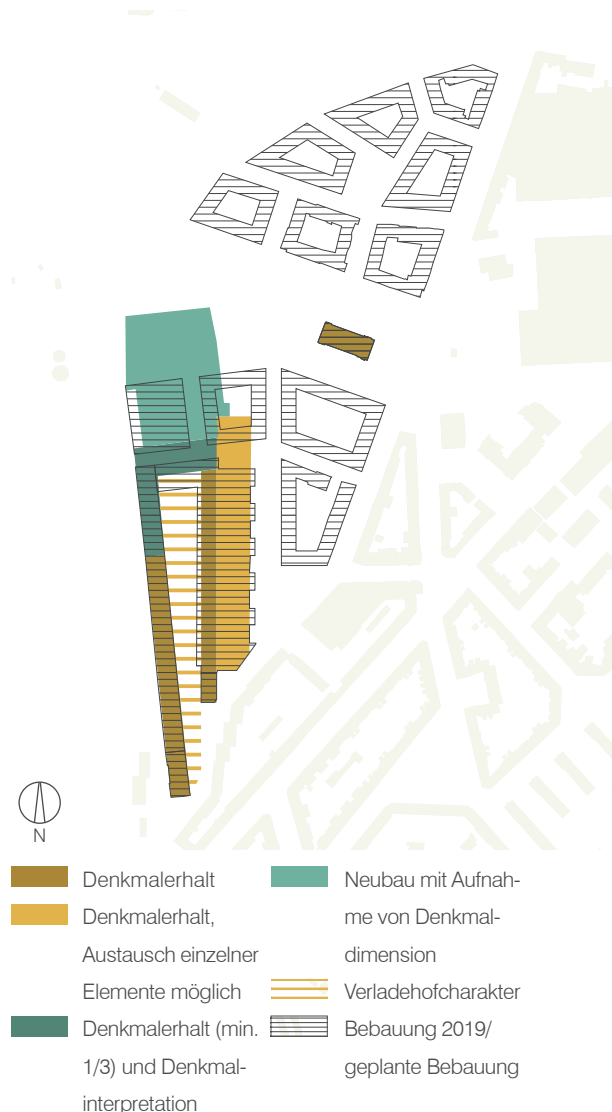
Besonders relevant ist die zentrale Grünfläche, die sich positiv auf die klimatische Situation im Quartier auswirkt und der Sammlung von Regenwasser dient (ebd.: 24–28). Auch auf den privaten Flächen ist die **Versiegelung eingeschränkt**: So sind in privaten Grünflächen und den nicht überbauten Flächen der Allgemeinen Wohngebiete mindestens 50% der Fläche zu begrünen – die Tiefgaragen und die Dachflächen der Allgemeinen Wohngebiete sowie Teile des Mischgebiets vollständig (§ 2 Nr. 31, 32, 36 Bezirk Altona 2014a). Dies ist allerdings als die in Hamburg übliche Regelung für Gründächer (Ferber 26.07.2019) nicht als besondere Eigenart dieses Gebietes positiv zu werten. Auch Ferber hätte eine umfassendere Gründachstrategie für sinnvoll erachtet (ebd.).

Dennoch ist grundsätzlich in der Mitte Altona der **Versiegelungsgrad sehr hoch**. Dies ist v.a. auf die hohe bauliche Dichte und die Tiefgaragen auch unter den Innenhöfen zurückzuführen (Bezirk Altona 2014b: 29, 56; Ferber 26.07.2019). Dadurch sind außer der Parkfläche nahezu alle Flächen versiegelt. Ferber sieht aber die Möglichkeiten, die Versiegelung bei dieser Dichte zu beschränken, als gering an, sofern weiterhin am MIV festgehalten werde: „Wenn man da nicht grundsätzlich anders ’rangeht, insbesondere was das Thema Auto angeht, dann kommt man aus der Versiegelung schlecht ’raus“ (Ferber 26.07.2019).

Reduzierung des Bauens

In der Mitte Altona gibt es einigen **Bestand**, der auch aus Gründen des Denkmalschutzes erhalten und saniert wird, wie Abb. 39 und 40 sowie 42 (S. 121) zeigen. So sind z.B. die Kleiderkasse und Teile der Güterhallen zu erhalten (Bezirk Altona 2014b: 35) und das Stahlgerüst als „Relikt der ehemaligen Umladehallen“ im Park bleibt bestehen (Ferber 26.07.2019). Dementsprechend orientieren sich hier auch die Baugrenzen am Denkmalbestand und verhindern beispielsweise Anbauten (Bezirk Altona 2014b: 56–58). Die Sanierung und das Erlebarmachen der denkmalgeschützten Gebäude wird im städtebaulichen Vertrag dem Eigentümer zugeordnet (BSU 2014f: 21–23). Diese Nutzung des Bestandes ist zu positiv zu werten.

39 | Vorgaben des Denkmalschutzes für die Mitte Altona 1:7.000 (eigene Darstellung nach: Bürgerschaft HH 2012: 12, Anlage A; auf Grundlage von LGV 2019)



Dieser Erhalt betrifft jedoch nur Teile des Bestandes – viele andere Teile werden auch **zurückgebaut**, so dass nur ein „Zitat der ursprünglichen Nutzung erhalten bleibt“ (Bezirk Altona 2014b: 34). So werden Teile der Güterhallen zurück– und durch neue Wohngebäude überbaut und der Abbruch der Umladehalle nördlich des Quertraktes von der Denkmalschutzbehörde genehmigt, sofern ein „Neubau mit Aufnahme von Denkmaldimension“ realisiert wird (ebd.: 34, 96). Es wäre gemäß Ferber noch Potential vorhanden gewesen, mehr Teile des Bestandes zu erhalten. Hier wurde die Realisierung von mehr Wohnungsbau wichtiger als der Erhalt von Bestand, weshalb nur „die Perlen“ erhalten wurden (Ferber 26.07.2019).

Insgesamt war also das **Schaffen von viel neuem Wohnraum** oberstes Ziel des Projektes Mitte Altona. So dient es der Verwirklichung des Vertrags für Hamburg (s. Kapitel 6.2.2) und schafft in diesem Zuge 1.600 Wohneinheiten über den Neubau (Bezirk Altona 2014b: 4, 44; Ferber 26.07.2019), womit das Gegenteil eines reduzierten Bauens umgesetzt wird. Diese Zielsetzung stand allerdings im Zuge der Planungen für die Mitte Altona nicht zur Debatte, die negative Bewertung an dieser Stelle lässt sich also eher auf das Leitbild sowie die politische Ausrichtung in der Stadt zurückführen – und untermalt an dieser Stelle die Verknüpfungen zwischen Einzelprojekten und Grundsatzentscheidungen.

Auch ist die **Wohnfläche pro Person** in der Mitte Altona trotz der zentralen Lage mit meist geringeren Wohnflächen mit geschätzten 40m² höher als im Hamburger Durchschnitt von 45m² Wohnfläche pro Person¹ (ebd.).

¹ Diese Schätzung ergibt sich durch die durchschnittliche Woh-

Verschiedene Konzepte, die Wohnfläche pro Kopf im Neubau zu reduzieren, wie etwa Kleinstwohnungen oder das Teilen von Gemeinschaftsflächen, beurteilt Ferber grundsätzlich positiv, werden aber in Mitte Altona nur bei einigen Baugemeinschaften berücksichtigt. Hier seien die Einflussmöglichkeiten in einer „freie[n] Gesellschaft“ der Stadt auch gering, insbesondere da sich die Flächen in der Mitte Altona auch nicht in öffentlicher Hand befänden (ebd.).

Hohe Ausnutzung von Grundstücken

Die Realisierung hoher baulicher Dichten wird in der Mitte Altona im **Bebauungsplan** angestrebt. So ist in den Allgemeinen Wohngebieten und z.T. auch im Mischgebiet eine höhere Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl (GFZ) festgesetzt als in § 17 Abs. 1 BauNVO vorgesehen, wie Abb. 41 zeigt. Ebenso wird die Unterschreitung der Abstandsflächenregelung, die weitere Überschreitung der maximalen Vollgeschosszahl sowie die Aufstockung von Teilen des denkmalgeschützten Bestandes zugelassen (§ 2 Nr. 11 Bezirk Altona 2014a; Bezirk Altona 2014b: 65, 67). Auch werden in großen Teilen der Allgemeinen Wohngebiete aus gestalterischen und aus emissionsbezogenen Gründen Mindestgeschossigkeiten festgesetzt (Bezirk Altona 2014b: 64–65). Grundsätzlich wird in Mitte Altona aber auch die Strategie verfolgt, dass eine vollständige Ausreizung der Vollgeschosszahl aufgrund der festgesetzten GFZ nicht möglich ist. So soll eine attraktive Höhenstaffelung erreicht werden (ebd.: 65–66).

Argumentiert wird die hohe Dichte mit der hohen Ausnutzung der Flächen für Wohnraum, der Lage des Gebietes, wirtschaftlichen Gründen, der Einfügung in die Umgebung und dem flächensparenden Bauen aus gesamtstädtischer Perspektive. Es wird auf das Leitbild der europäischen Stadt verwiesen (ebd.: 55, 69–70).

Fazit

Beim Projekt Mitte Altona ist auf der einen Seite positiv zu werten, dass das Projekt auf einer Brachfläche mit einer hohen baulichen Dichte realisiert wird. Auch die Stadt präsentiert es als Projekt der Innenentwicklung. Allerdings fallen auch einige Aspekte negativ auf, wie die hohe Versiegelung durch die Tiefgaragen und auch in

nungsgröße von 90m² und durchschnittlich zwei Bewohnern*innen pro Wohnung (Ferber 26.07.2019).



401 Die denkmalgeschützte Kleiderkasse (hellomonday.de)

anderen Freiflächen, aber v.a. die große Zahl der Neubauten, was mit einem Abbruch von Bestand einhergeht. Weiterhin fehlen Strategien, die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren. Somit ist die Mitte Altona in Bezug auf dieses Kriterium eher negativ zu bewerten.

6.3.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen

In Bezug auf den Verkehr gilt es, Verkehr zu vermeiden oder ihn zumindest zu verlagern, was in einem gänzlich neu geplanten Quartier vergleichsweise einfach zu realisieren ist. Dies wird in den folgenden Absätzen in Bezug auf die Mitte Altona erörtert.

Reduzierung von Verkehr

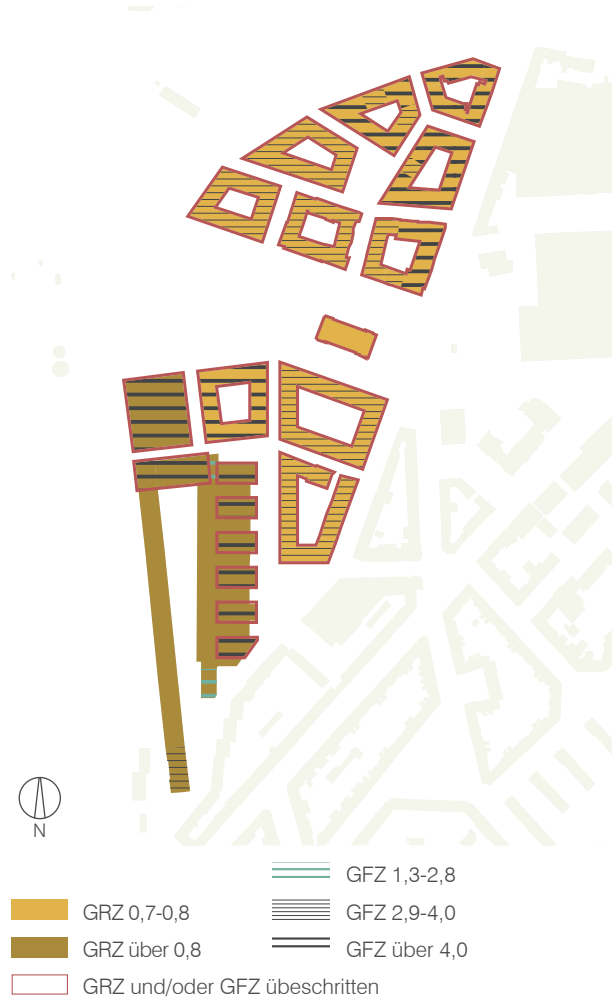
Nutzungsmischung wird in der Mitte Altona mit Wohn-, Misch- und Sondergebieten sowie einem Park und einer Schule festgesetzt. Es galt im Sinne einer 'Stadt der kurzen Wege' einen lebendigen Stadtteil zum Wohnen, Erholen und Arbeiten zu schaffen" (BSU 2010: 11; Ferber 26.07.2019). An der Harkortstraße sowie den Quartiersplätzen wird eine vertikale Nutzungsmischung festgesetzt, um publikumswirksame Nutzungen in die Wohngebiete zu integrieren (§ 2 Nr. 3 Bezirk Altona 2014a; Bezirk Altona 2014b: 46–47). Insbesondere im Mischgebiet (s. Abb. 42) soll aber naturgemäß eine Nutzungsmischung aus gewerblicher Nutzung wie Einzelhandel mit 3.000m² Verkaufsfläche und Wohnen entstehen (Bezirk Altona 2014b: 48). Auch für die Umgebung soll die Mitte Altona beispielsweise mit dem Park wohnortnahe Aufenthaltsräume schaffen und somit eine Verkehrsvermeidung bewirken. Somit ist trotz des klaren Fokus auf Wohnnutzung eine Versorgung insbesondere mit Lebensmitteleinzelhandel in der Mitte Altona selbst möglich sein (ebd.: 4–5, 50).

Weiterhin bietet das Bezirkszentrum im Umfeld des Altonaer Bahnhofs **kurze Wege** zu anderen Versorgungsmöglichkeiten relevant. Größere attraktive Freiräume sind etwas weiter entfernt (s. Abb. 43), aber dennoch in vergleichsweise kurzer Entfernung gelegen – insbesondere da auch in der Mitte Altona selbst ein Park entsteht.

Verlagerung von Verkehr

Die Mitte Altona ist bisher an den **ÖPNV** über die S-Bahn-Stationen Altona und Holstenstraße sowie die Busstationen Gerichtstraße und Kaltenkirchener Platz angebunden, womit die Innenstadt in zehn Minuten erreicht werden kann (HVV 2019). Dies zeigt auch

411 GRZ und GFZ in Mitte Altona 1:7.000
(eigene Darstellung nach Bezirk Altona 2014a, § 17 Abs. 1 BauNVO; auf Grundlage von LGV 2019)

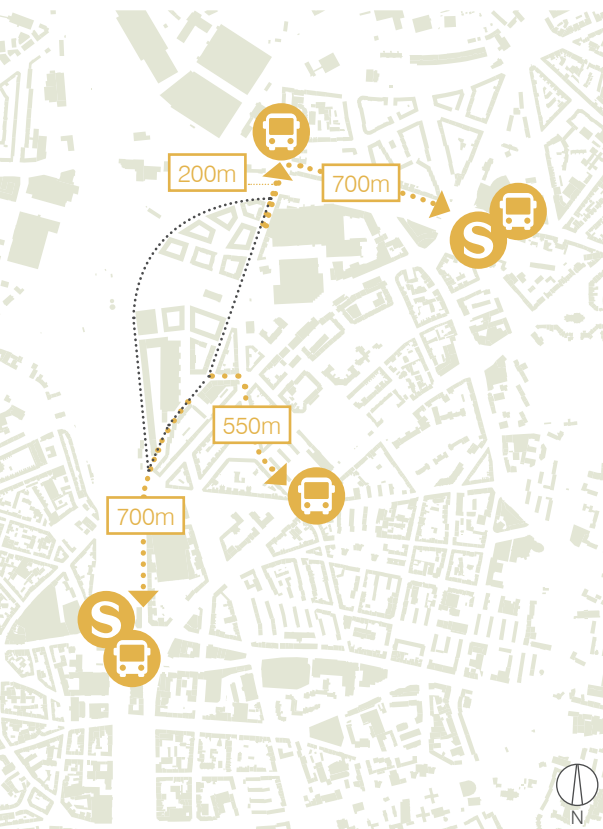


421 Nutzungsmischung in den ehemaligen Güterhallen (aurelis-real-estate.de)





43| Analyse kurze Wege Mitte Altona 1:20.000 (eigene Darstellung nach hamburg.de; auf Grundlage von LGV 2019)



44| ÖPNV-Anbindung der Mitte Altona 1:20.000 (eigene Darstellung auf Grundlage von LGV 2019)

Abb. 44. Damit ist die Anbindung bisher gut, wird aber in Zukunft mit der Verlängerung einer Buslinie weiter verbessert werden (SHP Ingenieure 2013: 48–49).

In Mitte Altona gibt es ein **Mobilitätskonzept**, das eine MIV-Vermeidung gegenüber einer Stärkung von ÖPNV, Fahrradverkehr und Sharingkonzepten vorsieht und in Abb. 45 zu erkennen ist. So soll für die Bewohner*innen der Verzicht auf ein Auto möglich sein, was sich auch in einem deutlich reduzierten Stellplatzschlüssel von durchschnittlich 0,4 Stellplätzen je Wohnung, ergänzt durch 0,1 für Besucher*innen, widerspiegelt (Bezirk Altona 2014b: 10, 43). Dabei dürfen lediglich die 145 Besucher*innenparkplätze oberirdisch untergebracht werden, andere befinden sich in Tiefgaragen (§ 2 Nr. 13, Bezirk Altona 2014a; Bezirk Altona 2014b: 10; BSW o.J.: 2). Beispielsweise wird auch bei der Kleiderkasse die bauordnungsrechtlich vorgeschriebene Stellplatzanzahl unterschritten, begründet mit der guten ÖPNV-Anbindung sowie dem Vorhandensein von Sharingkonzepten (Bezirk Altona 2014b: 51).

Im Zuge der Einschränkung des MIV werden auch andere Verkehrsmittel gestärkt. Hierzu gehört z.B. der **Fahrradverkehr** – über flächendeckenden Zweirichtungsverkehr auf der Straße und komfortable Fahrradstellplätze (SHP Ingenieure 2013: 53). So sollen mit 0,4 öffentlich zugänglichen Fahrradstellplätzen je Wohneinheit mehr als im Hamburger Standard vorhanden sein – davon 0,25 bereitgestellt durch die Eigentümer*innen und grundsätzlich in den hochbaulichen Wettbewerben vorgeschrieben (ebd.: 53; Bezirk Altona 2014b: 10; BSU 2014f: 34). Auch die Anbindung mit dem Fahrrad an die Umgebung wie an die S-Bahn-Stationen soll durch die Stadt, festgeschrieben im städtebaulichen Vertrag, verbessert werden (BSU 2014f: 34): Dies betrifft aber, u.a. aufgrund der Abhängigkeit vom zweiten Bauabschnitt, langfristige Planungen – von der Anbindung an die S-Bahn Holstenstraße bis 2026 bis hin zu nicht absehbaren Planungen, bei denen die vorhandenen Bahnlinien überwunden werden müssen. Lediglich der Umbau der Harkortstraße, inklusive der Integration von Fahrradstraßen, wird derzeit realisiert (Ferber 26.07.2019).

Weiterhin sollen auch **Sharingkonzepte** gestärkt werden. Hierzu gehören z.B. 15 auf privatem Grund durch die Eigentümer*innen unterzubringende Carsharing-Fahrzeuge über Cambio. Wie in Kapitel 4.2 erläutert, wird dies allerdings lediglich neutral bewertet. Ebenso

gibt es im Gebiet zwei StadtRAD–Stationen, die ebenso der Eigentümer verhandeln musste. Ergänzt wird dies durch eine vom Quartiersmanagement betriebene Mobilstation, über die elektrische Lastenräder sowie Fahrradanhänger ausgeliehen werden können, ebenso über Cambio (BSU 2014f: 33; BSW o.J.: 2; Ferber 26.07.2019).

Insgesamt soll durch die Reduktion des MIV der öffentliche Raum attraktiv für Fußgänger*innen sein. Aus diesem Grund werden neben dem Verbot privater Stellplätze im öffentlichen Raum die Zufahrten zu Tiefgaragen auf bestimmte Straßen limitiert, um das Überfahren von Gehwegen zu beschränken. Hierzu gehören ebenso, wie bereits in Kapitel 5.3.1 erläutert, die Fußgänger*innenzonen nördlich des Parks und die sogenannten Parkpromenaden (Bezirk Altona 2014b: 79–80, 82–83; BSW o.J.: 2).

Regionalisierung der Wirtschaft

In den bestehenden Güterhallen muss gemäß dem städtebaulichen Vertrag auf 1.800m² Bruttogeschossfläche Kleingewerbe unterkommen, wofür eine geringe Anfangsmiete für die ersten zehn Jahre der Vermietung vorgeschrieben ist. Hintergrund dessen ist v.a. der Erhalt der schon im Vorhinein ansässigen Betriebe – allerdings betrifft die Vorschrift für den Eigentümer ausschließlich die Miethöhe, eine andere Einflussnahme auf die Vermietung besteht nicht (BSU 2014f: 13, 20–21; Ferber 26.07.2019). Ansässige Nutzungen sind beispielsweise ein Tischler*innenbetrieb oder eine soziale, regionale Produktion von Säften, womit eine regionale Ausrichtung der Wirtschaft an dieser Stelle gestärkt wird (Das Geld hängt an den Bäumen gGmbH 2019; Ferber 26.07.2019) und Wege beispielsweise mit notwendigem Lkw–Verkehr kürzer werden.

Fazit

Insgesamt ist das Thema Verkehr in der Mitte Altona sehr positiv zu bewerten. Hierzu gehört die Nutzungsmischung und auch die Ermöglichung kurzer Wege. Ebenso ist das Mobilitätskonzept mit der Einschränkung des MIV vorteilhaft und die zumindest teilweise Integration regional handelnder Wirtschaft. Insbesondere die Einschränkung des MIV hätte aber noch stärker, beispielsweise durch die Planung eines gänzlich autofreien Quartiers, erfolgen können.



6.3.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

Neben dieser Analyse der Ressourceneinsparungen durch ein Verkehrskonzept sind auch diejenigen Einsparungen, die sich auf die Gebäude beziehen, relevant. Diese werden im Anschluss analysiert.

Verwendung ökologischer Baustoffe & Durchführung energetischer Modernisierungen

Bezüglich der Baustoffe sowie einer Modernisierung des Bestandes werden in der Mitte Altona keine besonderen Maßnahmen getroffen. Es wird sich lediglich an rechtlichen Vorgaben orientiert (Ferber 26.07.2019), wenngleich die teilweise Weiterverwendung der Baustoffe des Bestandes positiv zu werten ist. Die Bestandsgebäude, die umgenutzt werden, wurden im Zuge dessen saniert (Aurelis 2019), so dass auch von energetischen Modernisierungen ausgegangen werden kann.

CO₂-neutrale Energieversorgung

Grundsätzlich wird im städtebaulichen Vertrag eine „preiswerte und sichere Energieversorgung [...], die in besonderem Maße ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt [, vereinbart]“ (BSU 2014f: 13–14). Dies wird – mit Ausnahme der Wärmeversorgung – nicht weiter konkretisiert, erscheint aber aufgrund der Beschränkung auf preiswerte Versorgung keine weitgehenden Vorgaben zu treffen.

Für die **Warmwasserversorgung** wird im Bebauungsplan und im städtebaulichen Vertrag geregelt, dass Neubauten über ein Wärmenetz mit überwiegend erneuerbaren Energien mit einer CO₂-Kennziffer unter 120kg CO₂/MWh versorgt werden sollen (§ 2 Nr. 30 Bezirk Altona 2014a; BSU 2014f: 13–14, 36). Insgesamt bewertet Ferber die Regelungen zur Energieversorgung als nicht fortschrittlich – der Fokus auf zügiges Neubauen von Wohnungen sei wichtiger gewesen als ambitionierte Ziele in diesem Bereich (Ferber 26.07.2019).

Darüber hinaus wird auch die tatsächliche **Umsetzbarkeit** dieser Vorgaben angezweifelt. So ist der Hamburger Energietisch der Meinung, dass das zuständige Kraftwerk nicht ausreichend Kapazitäten zur Versorgung der Mitte Altona mit Fernwärme habe. Die Fernwärme müsse also dann aus anderen Quellen mit meist höheren CO₂-Emissionen kommen. Weiterhin wird kritisiert, dass Verbraucher*innen keinen Einfluss auf den Fernwärmetarif besäßen, da dies zentral durch einen Vertrag geregelt sei (Rabenstein 2015: 14–17).

Hinzu kommt, dass infolge der Vorgaben im städtebaulichen Vertrag bezüglich der Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien die Ansprüche an **baulichen Wärmeschutz** geringer angesetzt werden. So führe also die nicht einhaltbare Vorgabe über die erneuerbaren Energien zu einer schlechteren Dämmung der Gebäude (ebd.: 19).

Fazit

Für diesen Indikator ist die energetische Modernisierung der Bestandsgebäude positiv zu werten – allerdings auch vermutlich schlicht aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt. Die Energieversorgung sowie die Wahl der Baustoffe sind negativ zu bewerten.

6.3.5 Vorausschauende Prozessgestaltung

Neben diesen inhaltlichen Faktoren ist auch die Prozessgestaltung für ein Projekt, das Ansätze von Postwachstum aufweisen soll, entscheidend, insbesondere, da das Projekt eine große Strahlkraft aufweist. Hierzu gehören verschiedene Faktoren, die nachfolgend analysiert werden.

Sukzessives Vorgehen mit Raum zum Erproben

In der Entwicklung der Mitte Altona gab es verschiedene **Phasen**, die in Abb. 46 dargestellt sind. Der aus dem Ergebnis des Wettbewerbs entwickelte Masterplan stellt einen flexiblen Rahmen für die Entwicklung des Gebietes dar, so dass Anpassungen an Veränderungen möglich sind (Bezirk Altona 2014b: 9; BSU 2013c: 7). Der Bebauungsplan und der städtebauliche Vertrag stellen dagegen rechtlich abgesicherte Instrumente dar, beinhalten aber auch weiterhin Spielräume (Bezirk Altona 2014b: 42; Ferber 26.07.2019). Durch diese Phasen ist der Prozess der Entwicklung der Mitte Altona zwar als sukzessive zu bezeichnen, allerdings ist es in diesem Rahmen kaum möglich, verschiedene Wege im Sinne eines Experimentierens auszutesten. Dies ist aufgrund der Vorgaben durch den Masterplan lediglich auf kleinteiliger Ebene möglich.

Insbesondere das Instrument **städtebaulicher Vertrag** kann zweiseitig beurteilt werden. Einerseits hat die Stadt durch diesen überhaupt einen Einfluss auf die Gebietsentwicklung, der über Festsetzungen im Bebauungsplan hinaus geht. Dies ist positiv zu werten. Andererseits merkt Ferber an, dass eine Qualitätsverbesserung im Prozess – sofern bezahlt durch die Eigentümer*innen – nicht mehr möglich sei, da die privaten Eigentümer*innen nur so viel machen würden, wie sie müssten: „Die Schwierigkeit beim Abschluss eines städtebaulichen Vertrags besteht darin, dass zu einem frühen Zeitpunkt, wo die Planung noch nicht durch ist, man eigentlich schon alles definiert und durchdacht haben muss“ (Ferber 26.07.2019). Hierdurch ist also die Flexibilität und damit auch ein Austesten verschiedener Möglichkeiten eingeschränkt, außer Private ergreifen hier selbst die Initiative.

Ein Faktor, der in Bezug auf die Flexibilität positiv zu werten ist, ist die Möglichkeit der unabhängigen Entwicklung der **Teilabschnitte**. So ist die Entwicklung des zweiten von der Verlagerung des Fernbahnhofs abhängig (Bezirk Altona 2014b: 15; BSU 2013c: 7).

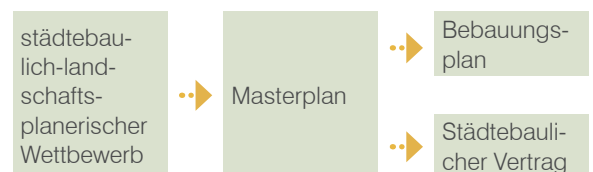
Beteiligung der Bevölkerung

Während des gesamten Prozesses wurde Bürgerbeteiligung in verschiedenen Formaten durchgeführt. Dies ist in Tabelle 12 dargestellt.

Es gab also Formate zu verschiedenen Zeitpunkten und Anlässen, bei denen die Bürger*innen in die Planungen einbezogen wurden. Dennoch wurde **Kritik** am Beteiligungsprozess geäußert. So hätte es keine Augenhöhe zwischen Beteiligten und Beteiligenden gegeben und bestimmte Informationen wurden der Öffentlichkeit vorenthalten (Brüdgam 2015: 8–9). Hierzu gehörte beispielsweise ein Papier zwischen Eigentümer*innen und der Stadt, in dem Planungen und Kosten – also „die Grundlagen der Planung“ – festgelegt waren, während in Beteiligungsveranstaltungen noch die vollständige Offenheit der Planung suggeriert worden sei (Fraktion Die Linke 2014: 6). Auch wurden zahlreiche Forderungen von Bürger*innen bei einem Workshop, in dem diese eigentlich priorisiert werden sollten, von den Moderatoren*innen des Workshops vergessen, so dass der Workshop abgebrochen werden musste (BSU 2011). Weiterhin wird kritisiert, dass im Masterplan kaum Vorschläge der Bürger*innen auftauchten (Koordinierungsgremium Mitte Altona 2012: 32), sowie die Tatsache, dass die Beteiligten meist nur beratenden Einfluss besessen hätten, es sich also um keine „echte Beteiligung“ handele (Fraktion Die Linke 2014: 6).

Überprüfung des langfristigen Bedarfs & Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten

In Bezug auf die Langfristigkeit ist zunächst die Charakterisierung des Wohnraums in der Mitte Altona als **gängiger Wohnungsbau**, als „Wohnen wie im Rest der Stadt“ (Ferber 26.07.2019), relevant – in der Mitte Altona werden lediglich in einigen Baugemeinschaften besondere Typologien getestet oder flexible Konzepte integriert. So ist fraglich, ob dieser Wohnraum den zukünftigen Ansprüchen entspricht, wenn weniger klassische Kleinfamilien zusammenwohnen, diese zudem,



46I Phasen der Entwicklung der Mitte Altona (eigene Darstellung)

wie in Kapitel 3.3.3 genannt, nicht besonders gefördert werden sollten und sich Lebenssituationen häufiger wandeln.

Ein Aspekt, der langfristig noch wichtiger wird, ist das in der Mitte Altona als innovativ bewertete Thema der **Inklusion** und der **Barrierefreiheit** (ebd.). Zu diesem Zweck wurden zahlreiche Wohnungen mit Integrationsprojekten gebaut und im öffentlichen Raum ein neues Blindenleitsystem getestet (Brüdgam 2015: 10; BSW 2017: 6):

„Vor Ort wurden mit den Verbänden praxisnahe Bemusterungen vorgenommen. So waren blinde Menschen [...], seheingeschränkte und mobilitätseingeschränkte Nutzer[]innen [...] vor Ort, um das in den Fußgänger[*]innen zonen geplante asymmetrische Leitelement (Easycross-System) sowie die anderen Elemente zu erproben“ (BSW o.J.: 1).*

Da sich die Mitte Altona in zentraler Lage befindet, ist die Bilanz bezüglich der **Infrastrukturfolgekosten** positiv. So werden die vorhandenen Infrastrukturen besser ausgenutzt.

Fazit

Ein sukzessives Vorgehen ist in der Mitte Altona durch verschiedene Prozessschritte zwar vorhanden, ermöglicht allerdings kein Austesten verschiedener Wege. Negativ zu bewerten ist die fehlende langfristige Perspektive hinsichtlich des Bedarfs für das Gebaute. Die Bewertung der Beteiligungsprozesse bleibt unklar – einerseits fanden zahlreiche Prozesse statt, andererseits wurde deren tatsächlicher Einfluss auf die Planung stark kritisiert. Da im Rahmen der Forschung nicht an Prozessen teilgenommen werden konnte, bleibt hier eine abschließende Bewertung offen.

Ständige Beteiligungsformate

- Eine Mitte für Alle: regelmäßig stattfindende Foren, Arbeitsgruppen, Berücksichtigung des Themas Inklusion, verpflichtende Berücksichtigung gemäß Beschluss der Bezirksversammlung
- Bürgerforum: in unregelmäßigen Abständen tagendes Forum, 2010 bis 2014, mit Informationen und Diskussionen zum Planungsstand
- Koordinierungsgremium: gewählt vom Bürgerforum Mitte Altona, Schnittstelle zwischen Bürgern*innen und Politik/Verwaltung, beratende Empfehlungen

Punktuelle, allgemeine Beteiligungsformate

- Thementage und –abende zu den Themen Mobilität, Wohnen und Leben, Park und Freiraum, Neues Quartier – neue Nachbarn, Inklusion
- Dialogische Interviews mit 37 Personen, wie Anwohner*innen, Gewerbetreibende, Eigentümer*innen, Politik

Beteiligung anlässlich des städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerbs

- Entwicklung eines Leitbilds für den neuen Stadtteil in einem Bürgerforum mit Bürger*innen, der Wettbewerbsauslobung beigelegt
- Rückmeldungen der Bürger*innen zur Zwischenpräsentation
- Sechs Bürgervertreter*innen in der Jury, ohne Stimmrecht

Beteiligung anlässlich des städtebaulichen Vertrags

- Fünf öffentliche Veranstaltungen zur Erläuterung und Diskussion
- Stellungnahmen durch Bürger*innen, Abwägung durch Senat und Bürgerschaft

Beteiligung anlässlich des Bebauungsplans gemäß BauGB

Beteiligung anlässlich des freiraumplanerischen Wettbewerbs

- Im Vorfeld Beteiligung in zehn Fokusgruppen verschiedener Bevölkerungsgruppen (z.B. Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund, Senioren, Kulturschaffende), Vorschläge im Modell und Protokoll; anschließend Diskussion im Thementag Freiraum mit Experten*innen und Erarbeitung eines Programmvorschlags als Grundlage für den Wettbewerb
- Zwei Bürger*innen und zwei Stellvertreter*innen als stimmberechtigte Mitglieder der Jury; öffentliche Ausstellung der Arbeiten mit der Möglichkeit zur Rückmeldung durch Bürger*innen

Beteiligung anlässlich der hochbaulichen Wettbewerbe

- Zwei Bürger*innen als nicht stimmberechtigte Mitglieder der Jury

121 Bürger*innenbeteiligung in der Mitte Altona

(eigene Darstellung nach: Bezirksversammlung Altona 2012: 1; Birzer/Gessenharter 2010; BSU 2010: 13, 2011, 2013b, 2013c: 15, 2013d: 5, 2014b, 2014c, 2014d: 7, 2016; hamburg.de 2018; Koordinierungsgremium Mitte Altona 2012: 2; steg Hamburg mbH et al. 2013; Q8 Sozialraumorientierung 2019)

6.3.6 Fazit

In der Mitte Altona werden einige Themen realisiert, die in Bezug auf Postwachstum positiv zu werten sind. Hierzu gehören zahlreiche Potentiale für die Etablierung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Einschränkung der Werbung, die Entwicklung eines Projekts auf einer Brachfläche sowie die vorhandene Nutzungsmischung und die kurzen Wege zu Nahversorgung und Grünräumen. Hinzu kommen die zahlreichen Beteiligungsformate. Diesem gegenüber stehen insbesondere hohe Ver-

siegelungsgrade und Neubaumassen sowie fehlende Ansätze, um die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren. Auch hätte die Rolle des MIV im Gebiet stärker reduziert werden können und Energieversorgung und Baustoffwahl sind negativ zu werten, wie auch die fehlende Berücksichtigung zukünftiger Bedarfe und der kritisierte geringe Einfluss der Beteiligung auf die tatsächliche Planung.

Ansätze für die Postwachstumsstadt Hamburg

Einige der dargestellten Themen können sich für ein Konzept für die Postwachstumsstadt Hamburg eignen. Hierzu gehören:

- _ Die Baugemeinschaften und das Quartiersmanagement mit dem Potential, zivilgesellschaftliche Initiativen zu stärken
- _ Öffentliche Räume unterschiedlicher Art mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten ohne Konsum und ohne Einschränkung durch MIV
- _ Gemeinschaftsräume sowie der Quartiersraum, beides nutzbar durch die Bewohner*innen
- _ Die Beschränkung von Werbung: räumlich und bezogen auf die Größe
- _ Die Mobilstation zur Ausleihe von Lastenfahrrädern o.ä.
- _ Die Verpflichtung zur Vermietung von Flächen an Kleingewerbe mit geringer Miete



6.4 Quartier 21

Das Quartier 21 ist das ehemalige Allgemeine Krankenhaus Barmbek, das ab 2008 in großen Teilen zu Wohnzwecken umgenutzt wurde, aber ebenso Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, Büros und Gastronomie sowie Einzelhandel beheimatet, wie die Abb. 47 bis 51 zeigen (Meyhöfer 2013: 44, 48). Die Fläche beträgt rund 140.000m² (ebd.: 48; Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 52).

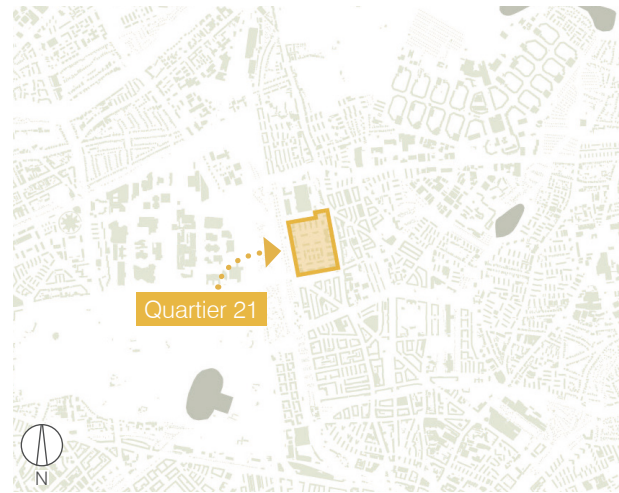
Die ursprüngliche Krankenhausnutzung entstand 1911 bis 1914 in Pavillonbauweise (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 39; Schilling 2019: 8–11, 26). Im Laufe der Zeit wurde den ursprünglichen Gebäuden – sowohl vor dem Zweiten Weltkrieg, in dem auch einige Gebäude zerstört wurden, als auch bis in die 1990er Jahre – verschiedene Ergänzungs- und Erweiterungsbauten hinzugefügt (Schilling 2019: 46–52). Nachdem die Gebäude den Anforderungen der Krankenhausnutzung nicht mehr genügten und diese zudem einer Instandsetzung bedurften, zog dieses bis 2005 in neue Gebäude, so dass die alten Gebäude für eine Entwicklung zur Verfügung standen (ebd.: 52–53; Projektgesellschaft Quartier 21 mbH & Co. KG 2008: 3).

2006 wurde die Fläche an die Projektgesellschaft Parkensemble Barmbek GmbH, bestehend aus der Sparkasse, Hamburg Team und Hochtief, verkauft, woraufhin ein zweistufiger Realisierungswettbewerb durchgeführt wurde. Sieger der ersten Phase waren Osterwold°Schmidt Exp!ander Architekten BDA mit plandrei Landschaftsarchitektur, die im Anschluss einen Masterplan entwickelten, woraufhin in der zweiten Phase der Hochbau entwickelt wurde. So wurde das Projekt mit der Entwicklung eines Bebauungsplans im Jahr 2012 von 2009 bis 2013 gebaut und erhielt wegen der 21 erhaltenen Gebäude seinen Namen (Bezirk Hamburg–Nord 2012a: Planzeichnung; Schilling 2019: 54–58).

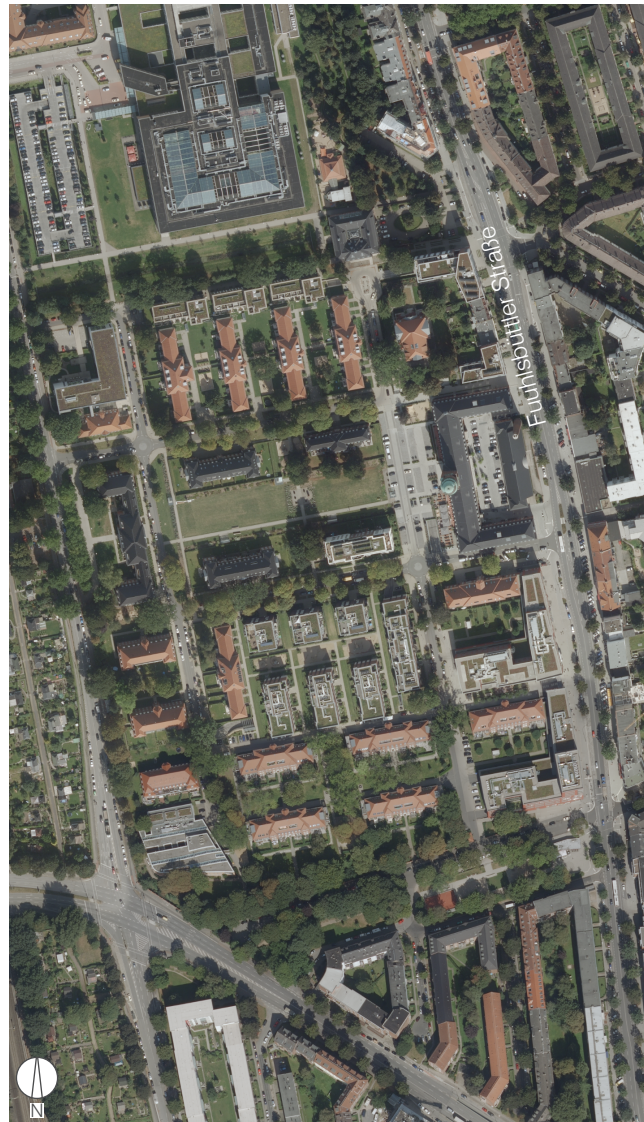
links:

471 Schwarzplan Quartier 21 1:2.500
(eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019)

481 Verortung Quartier 21 o.M. (eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019)



491 Luftbild Quartier 21 o.M. (LGV 2018)



Kennzeichen Quartier 21

Größe	140.000m ²
Nutzung	Wohnungen, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, Büros, Gastronomie, Kita, Einzelhandel
Realisierung	2009 – 2013
Eigentümer*innen	Projektgesellschaft Parkensemble Barmbek GmbH (Sparkasse, Hamburg Team, Hochtief)



Bebauungsplan Festsetzungen

-  Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
-  **WA** Allgemeines Wohngebiet
-  **MK** Kerngebiet
- z.B. GRZ 0,6 Grundflächenzahl, als Höchstmaß
- GFZ 1,6 Geschossflächenzahl, als Höchstmaß
- z.B. III Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß
- GH Gebäudehöhe bezogen auf NN, als Höchstmaß
- g Geschlossene Bauweise
-  Baugrenze
-  Durchgang, Durchfahrt, Luftgeschoss, Überbauung
-  Ausschluss von Nebenanlagen, Stellplätzen und Garagen
-  **FD** Flachdach
-  **TGa** Fläche für Tiefgaragen
-  Umgrenzung der Grundstücke, denen Flächen mit landschaftspfl Ausgleichsmaßnahmen zugeordnet sind
-  **Z** Zuordnung zusammengehöriger Flächen
-  Straßenverkehrsfläche

-  Straßenverkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
-  Straßenbegrenzungslinie
-  Versorgungsfläche
-  Grünfläche
-  Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
-  Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen
-  Sonstige Abgrenzung
-  Anpflanzung von Einzelbäumen
-  Umgrenzung der Fläche für die Erhaltung von Bäumen und Strä.
-  Erhaltung von Einzelbäumen
-  Umgrenzung der Fläche für Anpflanzung und Erhaltung von Bäu und Sträuchern
-  Denkmalschutz Gebäudegruppen, Gesamtanlagen
- z.B. (a) Besondere Festsetzungen (siehe § 2)

Kennzeichnungen

-  Vorhandene unterirdische Fernwärme-Leitung
-  Vorhandene Gebäude
-  Straßenhöhe bezogen auf NN



6.4.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils

Zur Stärkung eines nichtmaterialistischen Lebensstils werden in dieser Arbeit die Stärkung verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen als auch die des öffentlichen Raums, die Einschränkung von Werbung oder Tourismus untersucht. Dies wird in den folgenden Absätzen bezogen auf das Quartier 21 analysiert.

Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Als einzige den zivilgesellschaftlichen Initiativen vergleichbare gemeinschaftliche Institution existiert im Quartier 21 der als Initiative des Projektentwicklers 2012 gegründete **Nachbarschaftsverein**. Dieser soll neben der Klärung organisatorischer Fragen die „nachbarschaftliche Verbundenheit“ (Nachbarschaftsverein im Quartier 21 e.V. 2019c) fördern (Boltres 17.07.2019). Es ist zusammengesetzt aus Eigentümern*innen, Mietern*innen, dem Projektentwickler und den Investoren*innen und wird finanziert

durch Umlagen und Beiträge der Eigentümer*innen (Nachbarschaftsverein im Quartier 21 e.V. 2019c; Schilling 2019: 62). Beispielsweise veröffentlicht der Verein mehrmals im Jahr eine Quartierspost, unterhält eine Website und organisiert Feste wie Flohmärkte oder Sommerfest (Nachbarschaftsverein im Quartier 21 e.V. 2019a, 2019b, 2019c).

Dieser Verein scheint sich mit wenigen Ausnahmen nicht in den Kontext der **zivilgesellschaftlichen Initiativen** einzuordnen, besitzt aber möglicherweise Potential hierfür. So werden mit einer Bepflanzung von Hauswänden durch Bewohner*innen sowie einer Urban-Gardening-Fläche im Westen des Gebietes erste Ansätze bereits umgesetzt (Nachbarschaftsverein im Quartier 21 e.V. 2019b).

Stärkung öffentlicher Räume

Grundsätzlich wurde das Gelände des Quartiers 21 durch die Umnutzung zugänglicher für die Öffentlichkeit und eine Nutzung zahlreicher Räume dort kann nun ohne Konsum erfolgen. Hierbei ist v.a. die **zentrale Grünfläche** (s. Abb. 52) als vielfältig nutzbare Rasenfläche mit aufwändigen Pflanzungen relevant, die als private Grünfläche gemäß Bebauungsplan öffentlich zugänglich sein muss (Beobachtung Quartier 21 23.06.2019; Bezirk Hamburg-Nord 2012b: 37). Hintergrund des privaten Eigentums sei zum einen die unter der Grünfläche befindliche Tiefgarage und zum anderen der fehlende Freiraumbedarf gemäß Freiraumanalyse, so dass die öffentliche Hand diese Fläche nicht finanzieren könne (Boltres 17.07.2019).

Beschränkt wird die Zugänglichkeit der **Fläche im privaten Eigentum** aber durch aufgestellte Schilder, die Regeln für die Nutzung der Fläche benennen (s. Abb. 53) und auf denen darauf hingewiesen wird, dass es sich um keine öffentliche Grünfläche handelt. Meyhöfer spricht von einer „imaginäre[n] soziale[n] Kontrolle“, die der Park erzeuge (Meyhöfer 2013: 46). Ob sich diese positiv auf eine Nutzung des Raumes auswirkt oder aber bestimmte Personengruppen eher ausschließt, ist unklar.

Zusätzlich zu dieser Fläche gibt es einige andere Freiräume, die Aufenthaltsqualität bieten könnten, wie bestimmte **Straßenräume**. So sollte beispielsweise eine Straße inklusive eines Kreuzungsbereichs als „Wohnhof“ mit Platzcharakter gestaltet sein (s. Abb.



52| Zentrale Grünfläche im Quartier 21 (eigene Aufnahme 23.06.2019)



53| Hinweisschild am Park Quartier 21 (eigene Aufnahme 23.06.2019)

54) – eine andere dagegen durch eine Angleichung von Fahrbahn und Fußweg sowie eine Fahrbahn–Eingengung Platzwirkung entfalten (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 41).

Entgegen der beabsichtigten hohen Aufenthaltsqualität in den verschiedenen öffentlich nutzbaren Räumen wurde in der Beobachtung sowohl im Grünraum als auch in den Straßenräumen kaum eine **tatsächliche Nutzung** wahrgenommen, was auch im Interview bestätigt wurde (Beobachtung Quartier 21 23.06.2019; Boltres 17.07.2019): Die Gestaltung der Straßenräume sei, da die Flächen auch über die ausgewiesenen Flächen hinaus dennoch vorwiegend als Stellplatzfläche genutzt würden, ein „gescheiterter Versuch einer Umgestaltung des öffentlichen Raums, weil man anerkennen muss, dass Mobilitätsbedürfnisse und das Verkehrsverhalten vieler Menschen in der Stadt anders sind als das, was sich die Stadtplaner[*innen] so wünschen“ (Boltres 17.07.2019). Grundsätzlich führt Boltres weiterhin aus: „Öffentliche Räume sind nur dann Gemeinschaftsorte, wenn es dafür eine Gemeinschaft gibt“ (ebd.). So habe die Bewohnerschaft des Quartiers 21 nicht das Bedürfnis, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, da sie ausreichende Möglichkeiten hierfür im privaten Raum habe (ebd.). Es gab also an dieser Stelle seitens der Planung Bemühungen, den öffentlichen Raum vielfältig nutzbar zu machen, was aber nicht entsprechend angenommen wird. Eine Ausnahme hiervon stellen lediglich die Veranstaltungen wie das Sommerfest dar (Nachbarschaftsverein im Quartier 21 e.V. 2019b), was naturgemäß aber eher mit Konsum verbunden ist und dementsprechend an dieser Stelle nur eingeschränkt einzubeziehen ist.

Fehlen würden weiterhin andere Nutzungen „für öffentliche Belange oder kulturelle Zwecke“ im Gebiet (Schilling 2019: 59). **Gemeinschaftsräume** in den Gebäuden sind für die Quartiersbewohner*innen vorhanden, können jedoch nicht von anderen genutzt werden (Boltres 17.07.2019).

Einschränkung von Werbung

Eine Beschränkung von Werbeanlagen ist für das Quartier 21 nicht vorgesehen. Allerdings werden diese durch den Denkmalschutz eingeschränkt, nach dem bei der Errichtung von Werbeanlagen die Denkmalschutzbehörde zu beteiligen ist (BSU 2013a).

Einschränkung von touristischen Funktionen

Touristischen Funktionen dient das Quartier 21 weniger. Lediglich das ansässige Meridian Spa kann möglicherweise eine Prestigefunktion übernehmen, da es die Attraktivität des Standortes steigert und im Zusammenspiel mit dem generellen Ausbau der Wellnessbranche in Hamburg in den Kontext der attraktiver werdenden Stadt eingeordnet werden kann.

Fazit

Im Quartier 21 gibt es grundsätzlich einige Faktoren, die positiv zu werten sind. So bieten der Nachbarschaftsverein sowie auch die unterschiedlichen öffentlichen Räume die Chance, im Sinne eines nicht-materialistischen Lebensstils aktiv werden zu können. Im Nachbarschaftsverein gibt es hierfür bereits erste Ansätze, während die Nutzung des öffentlichen Raums kaum erfolgt – zurückzuführen auf das fehlende Bedürfnis der Bewohner*innen danach. Positiv zu werten ist ebenso die Einschränkung von Werbung im Zuge des Denkmalschutzes sowie das weitgehende Fehlen touristischer Funktionen.

54| Einer der Straßenräume mit beabsichtigtem Platzcharakter (eigene Aufnahme 23.06.2019)



6.4.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche

Als Projekt, das Bestand umnutzt, besitzt das Quartier 21 an dieser Stelle besonderes Potential. Dies wird im Folgenden erläutert.

Verhinderung von Neuversiegelung

Grundsätzlich ist der Flächenverbrauch der Quartiers 21 als **Konversionsprojekt** sehr positiv zu bewerten (Boltres 17.07.2019; Meyhöfer 2013: 40). Hiermit ist die zusätzliche Versiegelung vergleichsweise gering (s. Abb. 55) und auch im Bebauungsplan wird die Baukörperaus-

weisung zu großen Teilen entsprechend des Bestandes dargestellt und dementsprechend die Freiräume geschützt (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 14).

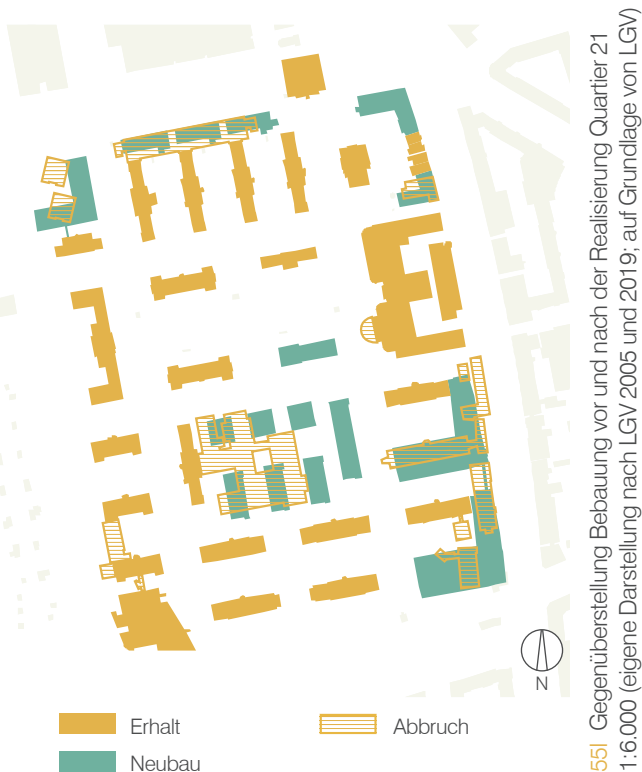
Allerdings gibt es auch einige **Neubauten**, die in Teilen auf Flächen realisiert werden, die vorher Grünflächen waren (ebd.: 14, 49; Schilling 2019: 55). Dies wird mit der „gewünschte[n] städtebaulich sinnvolle[n] Entwicklung“ (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 50) begründet und in den Kontext der Innenentwicklung eingeordnet, nach dem Bauen an dieser Stelle sinnvoller sei als auf der grünen Wiese (Boltres 17.07.2019). Dennoch wurde die zusätzlich versiegelte Fläche im Laufe des Prozesses noch reduziert: Entsprechend des Wettbewerbsergebnisses war zunächst geplant, noch weitere Flächen auf der nun zentralen Grünfläche zu bebauen (Projektgesellschaft Quartier 21 mbH & Co. KG 2008: 38) – hier wurde sich allerdings aufgrund des Denkmalschutzes, der ebenso die Grünanlagen umfasst, sowie aufgrund der dortigen Bäume dagegen entschieden (Boltres 17.07.2019).

Dieser Nachverdichtung gegenüberstehend, werden im Bebauungsplan Gründächer mit extensiver Begrünung bei den Neubauten festgesetzt (§ 2 Nr. 22 Bezirk Hamburg–Nord 2012a). Ebenso wird auf Gehwegen und Stellplätzen auf privatem Grund durch die Verpflichtung zu „wasser- und luftdurchlässigem Aufbau“ die **Versiegelung eingeschränkt** (§ 2 Nr. 17 Bezirk Hamburg–Nord 2012a).

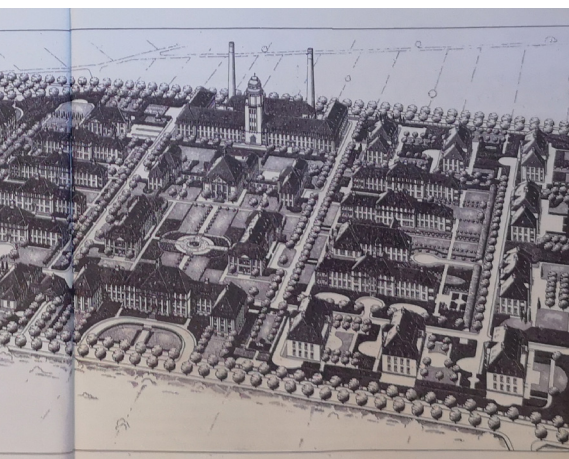
Dennoch ist ein „**Ausgleich**“ der naturschutzrechtlichen Defizite (Hervorhebung AB) notwendig, der auf einer Fläche in Bergedorf durchgeführt wird, da auf dem Plangebiet selbst und der Umgebung keine geeignete Fläche vorhanden war. Auf der Ausgleichsfläche wird dementsprechend eine Aufwertung mit einer Erhöhung der Biodiversität durchgeführt (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 50–51). Dieser Ausgleich bedeutet aber naturgemäß für die Fläche selbst keine verbesserte Bewertung der Versiegelung.

Reduzierung des Bauens

Mit dem Quartier 21 wurden zahlreiche Bestandsgebäude zu Wohnzwecken **umgenutzt**, was im Sinne des reduzierten Bauvolumens positiv beurteilt wird (Boltres 17.07.2019; Meyhöfer 2013: 41–42). Dies ist auf den Denkmalschutz des gesamten Ensembles (s. Abb. 56) zurückzuführen (Bezirk Hamburg–Nord 2012a: Planzeichnung, 2012b: 5), der im Zuge der Entwicklung des



55| Gegenüberstellung Bebauung vor und nach der Realisierung Quartier 21 1:6.000 (eigene Darstellung nach LGV 2005 und 2019; auf Grundlage von LGV)



56| Historische Bebauung des Krankenhausareals Quartier 21 (Ruppel 1916, zit. n. Schilling 2019, S. 40–41)

Geländes durch die Denkmalschutzbehörde festgelegt wurde. Bereits in den 1990ern hatte diese den Erhalt der Anlage in einem Gutachten gefordert, als deutlich mehr Gebäudekörper abgebrochen werden sollten (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 40; Schilling 2019: 52–53). Der Erhalt der Gebäude (s. Abb. 57) ist dementsprechend auch im Bebauungsplan durch die Festsetzung von Baugrenzen und maximalen Vollgeschossen gesichert (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 24). Zusätzlich wurde im Laufe des Prozesses die Zahl der Neubauten wie oben dargestellt reduziert.

Dieser grundsätzlichen Entscheidung für große Teile des Bestandes steht allerdings der **Abbruch** einiger vom Denkmalschutzamt freigegebener Gebäudekörper gegenüber (s. Abb. 58). Hintergrund waren Schäden in der Gebäudesubstanz, die nicht wirtschaftlich behoben werden konnten (Boltres 17.07.2019).

Eine geringe **Wohnfläche pro Person** wurde im Quartier 21 nicht herbeigeführt – hier wird aufgrund des hohen preisigen Segments ein gegenüber dem Hamburger Durchschnitt erhöhter Wert vermutet (Boltres 17.07.2019). Allerdings wird die Möglichkeit der Einflussnahme durch die Stadtplanung auch gering eingeschätzt. So sei das Ziel hoher Neubauzahlen einerseits Senatspolitik, die durch das Bezirksamt nicht zu beeinflussen sei. Andererseits beurteilt Boltres es als unmöglich, in einer kapitalistischen Gesellschaft mit Eigentumsgarantie Wohnflächen zu beschränken und für eine entsprechende Beratung sei das Bezirksamt, dem zudem Kapazitäten fehlten, nicht zuständig (Boltres 17.07.2019).

Hohe Ausnutzung von Grundstücken

Durch die Festsetzungen im Bebauungsplan werden, wie Abb. 59 zeigt, die in § 17 Abs. 1 BauNVO für die GRZ vorgeschriebenen Werte in Teilen über– in Teilen unterschritten, was mit der Orientierung am Bestand und den städtebaulichen Zielsetzungen begründet wird. Ebenfalls wird angeführt, dass die Neubauten mit höherer Dichte die geringere Dichte im angrenzenden denkmalgeschützten Bestand ausgleichen (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 25–26). Da durchschnittlich die Dichte also damit nicht überschritten wird, ist hier angesichts dieser zentralen Lage nicht von einer besonders hohen Dichte und damit einer flächensparenden Bebauung zu sprechen. Zu begründen ist dies allerdings mit der Orientierung am Bestand, das aus anderen Gründen positiv zu bewerten ist (s.o.).

571 Beispiel für ein saniertes Bestandsgebäude (eigene Aufnahme: 23.06.2019)



581 Vorgaben des Denkmalschutzes für das Quartier 21 1:6.000 (Hamburg Team o.J., zit. n. Schilling 2019, S. 55; auf Grundlage von: LGV 2019)



Fazit

In Bezug auf dieses Kriterium ist das Quartier 21 sehr positiv zu werten. So wurde kaum neue Fläche versiegelt, wenngleich eine Ausgleichsfläche notwendig wurde, und große Teile des Bestandes umgenutzt – das Neubauvolumen ist also trotz der vielen neu geschaffenen Wohnungen gering. Die Tatsache, dass keine besonders hohe bauliche Dichte festgesetzt worden ist, kann ignoriert werden, da dies aufgrund der Bestandserhal-

tung, die positiv zu werten ist, erfolgt – negativ zu werten ist allerdings die hohe Wohnfläche pro Kopf.

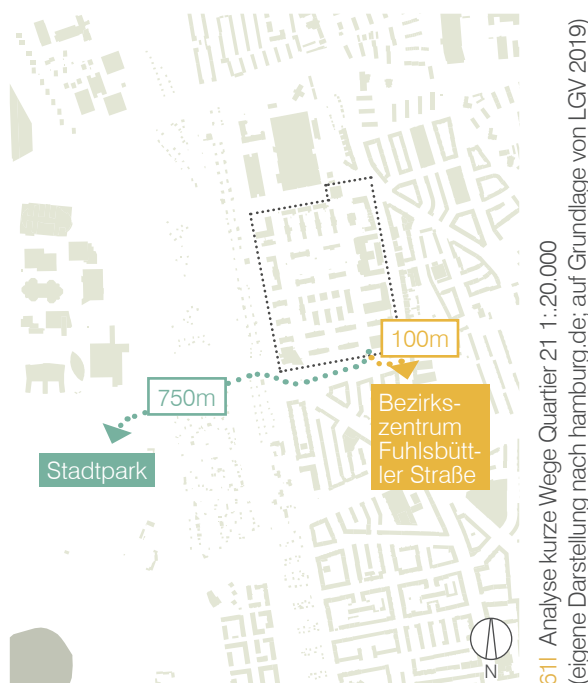
6.4.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen

Inwiefern das Quartier 21 in Bezug auf das Thema Verkehr im Sinne des Postwachstums gestaltet ist, wird im Anschluss erläutert. Dies bezieht sich wie oben sowohl auf die Vermeidung als auch die Verlagerung von Verkehr.

Reduzierung von Verkehr

Eine der Verkehrsvermeidung dienende **Nutzungsmischung** (s. Abb. 60) ist im Quartier 21 vorhanden (Boltres 17.07.2019) und ausdrücklich als städtebauliche Zielsetzung benannt. So sind insbesondere im Kerngebiet an der Fuhlsbüttler Straße zahlreiche Nutzungen wie Einzelhandel, Ärzte, Büros und andere Dienstleistungen vorhanden (Beobachtung Quartier 21 23.06.2019). Diese Gewerbenutzungen dürfen durch maximal 35% Wohnnutzung ergänzt werden (Bezirk Hamburg-Nord 2012b: 30, 36).

Im Umfeld befinden sich weitere Versorgungsmöglichkeiten, die im Sinne **kurzer Wege** gut erreicht werden können (s. Abb. 61). Hierzu gehört das Bezirkszentrum Fuhlsbüttler Straße im direkten Umfeld sowie der Stadtpark als stadtweit relevante Grünfläche (BSU 2014g).



Verlagerung von Verkehr

An den ÖPNV angebunden ist das Quartier 21, wie Abb. 62 zeigt, über die S-Bahn-Station Rübenkamp, über die in 15 Minuten die Innenstadt erreicht werden kann. Auch drei Busstationen befinden sich in unmittelbarer Nähe des Gebietes, so dass insgesamt eine gute Anbindung an den ÖPNV gewährleistet ist (HVV 2019).

Stellplätze sind im Quartier 21 unterirdisch untergebracht. Dennoch parken, wie Abb. 63 zeigt, zahlreiche Autos im öffentlichen Raum, auch außerhalb der ausgewiesenen Stellplatzflächen (Beobachtung Quartier 21 23.06.2019; Boltres 17.07.2019). Trotzdem werde seitens der Anwohner*innen auch häufig die zu geringe Stellplatzanzahl im Gebiet kritisiert (Boltres 17.07.2019).

Nicht vorhanden sind dagegen Fahrradwege, allerdings aufgrund der gering befahrenen Straßen auch nicht notwendig. Einige, nicht ausgelastete Fahrradstellplätze sind im öffentlichen Raum untergebracht (Beobachtung Quartier 21 23.06.2019).

Für Fußgänger*innen ist die Situation aufgrund der grundsätzlich geringen Verkehrsbelastung sowie des hohen Grünanteils positiv zu beurteilen. Dieser Effekt wird erzielt, obwohl die beabsichtigte Nutzung des öffentlichen Raums, wie in Kapitel 6.4.1 dargelegt, kaum erreicht wird. Lediglich die zahlreichen parkenden Autos schränken die Möglichkeiten für Fußgänger*innen ein (ebd.).

Regionalisierung der Wirtschaft

Eine Stärkung lokaler Märkte ist im Quartier 21 bisher nicht zu beobachten.

Fazit

Positiv zu werten ist in Bezug auf das Thema Verkehr im Quartier 21 die vorhandene Nutzungsmischung und die Nähe zu Bezirkszentrum und Stadtpark, was zu kurzen Wegen führt, sowie die gute Anbindung mit dem ÖPNV und gute Bedingungen für Fußgänger*innen. Negativ zu werten sind allerdings die zahlreichen im öffentlichen Raum parkenden Autos, die eine intensive Nutzung dieses Verkehrsmittels vermuten lassen.

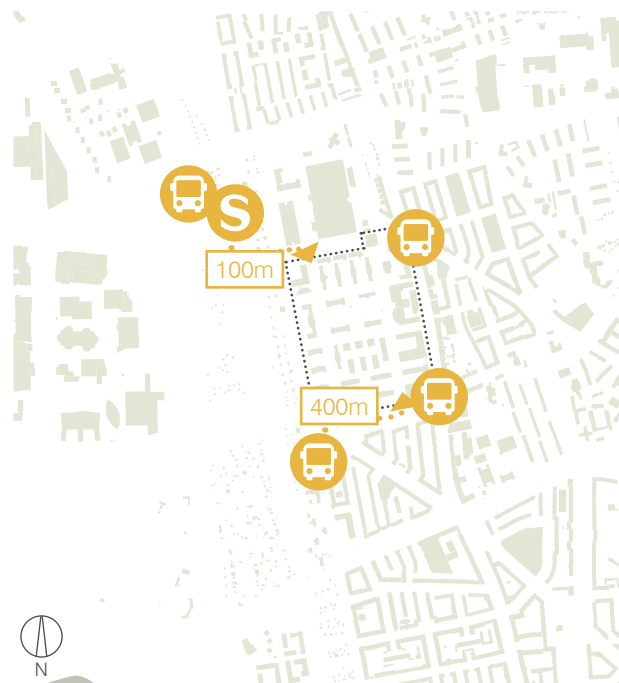
6.4.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

Von Bedeutung für Stadtplanung im Postwachstum sind ebenso Ressourceneinsparungen, die in Bezug auf die Gebäude gemacht werden können. Inwiefern dies im Quartier 21 berücksichtigt wird, wird im Folgenden betrachtet.

Verwendung ökologischer Baustoffe & Durchführung energetischer Modernisierungen

Ob im Quartier 21 ökologische Baustoffe verwendet wurden, ist dem Interviewpartner nicht bekannt (Boltres 17.07.2019) – grundsätzlich ist aber die Weiterverwendung von Bestandsbaustoffen positiv zu werten. Da die Bestandsgebäude im Zuge der Umnutzung saniert wur-

62| ÖPNV-Anbindung des Quartiers 21 1:20.000 (eigene Darstellung auf Grundlage von LGV 2019)



63| Im öffentlichen Raum parkende Autos (eigene Aufnahme: 23.06.2019)



den, ist davon auszugehen, dass diese ebenso energetisch modernisiert wurden – soweit notwendig und soweit es der Denkmalschutz zulässt.

CO₂-neutrale Energieversorgung

Bezüglich der Energieversorgung ist im Bebauungsplan geregelt, dass zur Warmwasserbereitstellung und Beheizung in den Neubauten zu 30% erneuerbare Energien verwendet werden müssen (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 12). Dies bezieht sich nur auf die Neubauten und nur auf einen geringen Anteil, so dass diese Regelung nicht positiv zu werten ist.

Fazit

Dieses Kriterium ist lediglich aufgrund der zu vermutenden energetischen Modernisierung positiv zu werten. Die Baustoffwahl und die Energieversorgung erfolgen dagegen nicht entsprechend der aufgeführten Zielsetzungen im Sinne des Postwachstums.

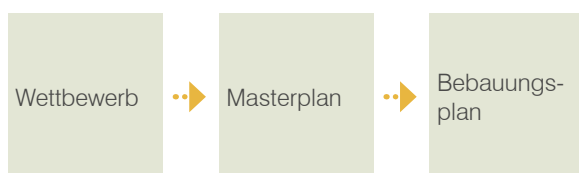
6.4.5 Vorausschauende Prozessgestaltung

Um die Planung vorausschauend zu gestalten, sind wie genannt verschiedene Faktoren notwendig, die den Prozess der Umnutzung gestalten. Eine Analyse dessen erfolgt im Anschluss.

Sukzessives Vorgehen mit Raum zum Erproben

Die Entwicklung des Quartiers 21 begann, wie Abb. 64 zeigt, mit einem zweistufigen Realisierungswettbewerb im Jahr 2007, ausgelobt von der Projektgesellschaft Parkensembles. Aus der ersten Phase wurde ein Masterplan entwickelt, aus der zweiten der Hochbau von drei Baufeldern, so dass mit der Vorweggenehmigungsreife nach § 33 BauGB 2009 mit den Bauarbeiten begonnen werden konnte (Schilling 2019: 54–58). Parallel dazu wurde auf der Grundlage des Masterplans ein Bebauungsplan entwickelt (Bezirk Hamburg–Nord 2012b: 3).

So gab es in diesem Prozess mehrere Schritte, die die Planung konkretisierten, so dass von einem sukzessiven Vorgehen gesprochen werden kann. Allerdings



64| Phasen der Entwicklung Quartier 21 (eigene Darstellung)

macht dieses Vorgehen den Eindruck, vergleichsweise linear und damit kaum offen gegenüber Veränderungen zu sein, genauso wie auch vermutlich kein Austesten verschiedener Lösungen über ein Experimentieren möglich war. So erfolgt hier eine negative Bewertung.

Beteiligung der Bevölkerung

Während der Planung des Quartiers 21 fand Bürger*innenbeteiligung lediglich im Rahmen der Vorgaben des BauGB statt, die auch keine wesentlichen Veränderungen des Projektes bewirkte. So sei die Zustimmung zu dem Projekt insgesamt groß gewesen (ebd.: 32–33; Boltres 17.07.2019). Insgesamt ist der Verzicht auf mehr Bürger*innenbeteiligung aber dennoch negativ zu werten.

Überprüfung des langfristigen Bedarfs

& Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten

Grundsätzlich ist die Sanierung des Bestands aus der Perspektive der Langfristigkeit positiv zu bewerten, da hiermit die ohnehin vorhandenen Materialien länger genutzt werden. Auch ist die Nachfrage nach Wohnraum an diesem zentralen Ort vermutlich in Zukunft noch vorhanden. An dieser Stelle kann auch positiv gewertet werden, dass das Quartier 21 zu der Aufwertung des „schwächelnde[n] [...] Stadtteils[s]“ (Meyhöfer 2013: 46) Barmbek–Nord beiträgt, was ihn langfristig stabilisieren kann (ebd.; Boltres 17.07.2019).

Kritischer ist dagegen die Ausrichtung auf große familiengerechte Wohnungen zu werten. Angesichts der dargestellten Notwendigkeit, steigende Bevölkerungszahlen zumindest nicht attraktiv zu machen, ist die besondere Ansprache von Familien negativ zu bewerten, insbesondere wenn im Sinne des Postwachstums die Wohnflächen pro Kopf eigentlich schrumpfen sollten. Auch über barrierefreie Wohnungen, die angesichts der demographischen Entwicklungen immer notwendiger werden, ist nichts bekannt – genauso wenig wie über flexiblere Grundrisse, die an die Bedürfnisse angepasst werden können. Beides ist ebenso negativ in Bezug auf die Langfristigkeit zu bewerten.

Das Quartier 21 ist in Bezug auf die Infrastrukturfolgekosten positiv zu bewerten, da sich das Gebiet in zentraler Lage befindet. So sind dort bereits Infrastrukturen vorhanden, die weiter genutzt werden.

Fazit

Dieses Kriterium ist für das Quartier 21 negativ zu bewerten. So macht die Planung nicht den Eindruck, flexibel zu sein, um verschiedene Wege austesten zu können, Bürger*innenbeteiligung über die Beteiligung im Rahmen des BauGB hinaus fand nicht statt und der Fokus auf große Wohnungen ist perspektivisch nicht sinnvoll. Dem gegenüber steht allerdings die Umnutzung von Bestand, die positiv zu werten ist.

6.4.6 Fazit

Verschiedene Faktoren, die untersucht wurden, folgen im Quartier 21 den Ideen des Postwachstums. Hierzu gehören das Vorhandensein unterschiedlicher öffentlicher Räume, der Nachbarschaftsverein mit Potential, im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Initiative aktiv zu

werden, der Denkmalschutz, der Werbung einschränkt und große Teile des Bestandes erhält und der geringe Flächenneuverbrauch. Ebenso sind die Nutzungsmischung und die kurzen Wege zu Nahversorgung und Grün vorteilhaft, genauso wie die zu vermutende energetische Modernisierung. Dem gegenüber stehen die fehlende tatsächliche Nutzung des öffentlichen Raums, die großen Wohnungen, die starke Dominanz des Autos im öffentlichen Raum sowie die Baustoffwahl und die Energieversorgung. Weiterhin ist der Planungsprozess unflexibel, nicht angepasst an die demographische Entwicklung und kommt ohne eine über das BauGB hinausgehende Bürgerbeteiligung aus.

Ansätze für die Postwachstumsstadt Hamburg

Verschiedene Faktoren des Quartiers 21 können allerdings bei einer Konzeption einer Postwachstumsstadt weiterhelfen. Hierzu gehören

- _ Der Nachbarschaftsverein als verbindender Akteur zwischen den Bewohner*innen mit Potential, im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Initiative zu wirken
- _ Die Beschränkung von Werbung im Zuge des Denkmalschutzes
- _ Die Umnutzung von Bestand im Zuge des Denkmalschutzes



6.5 Schanzenhöfe

Die Schanzenhöfe weisen heute v.a. Gastronomienutzung sowie eine Brauerei auf (s. Abb. 65 bis 70), wodurch sich dieses Projekt von den anderen unterscheidet. Die Fläche ist etwa 17.000m² groß.

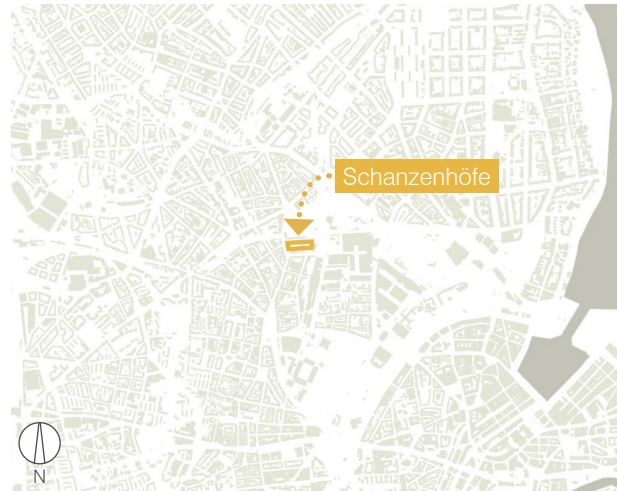
Die Gebäude wurden 1886, die durch die Hamburg-Altonaer-Verbindungsbahn entstandene gute Anbindung nutzend, als Schweine- und Kälbermarkthallen errichtet. Diese wurden im Laufe der Zeit erweitert und ergänzt sowie die zwei bestehenden Hallen – die heute wieder als zwei erkennbar sind – zusammengefügt. Bis in die 1970er wurden die Hallen entsprechend genutzt, woraufhin sie dann verschiedene Funktionen bekamen und zusehends verfielen (Höfer et al. 2017: 4, 9, 40–44).

Die Fläche, die sich im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg befindet und vom Fleischgroßmarkt Hamburg GmbH gepachtet ist, wurde ab 2006 auf Initiative des Architekten Gullotta mit einem Nutzungskonzept entwickelt (Hofmann 2010: 77). In einem erste Bauabschnitt wurde 2008 bis 2009 die westliche Halle entwickelt, woraufhin bis 2012 die östliche folgte, nachdem die beiden getrennt worden waren (Höfer et al. 2017: 54–59). Die Entwicklung fand ohne die Neuaufrstellung eines Bebauungsplans statt, der weiterhin ein Gewerbegebiet für den Fleischgroßmarkt vorsieht (Bezirk Hamburg-Mitte und Eimsbüttel 2006a: Planzeichnung, 2006b: 2).

links:

65| Schwarzplan Schanzenhöfe 1:2.000
(eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019)

66| Verortung Schanzenhöfe o.M. (eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019)

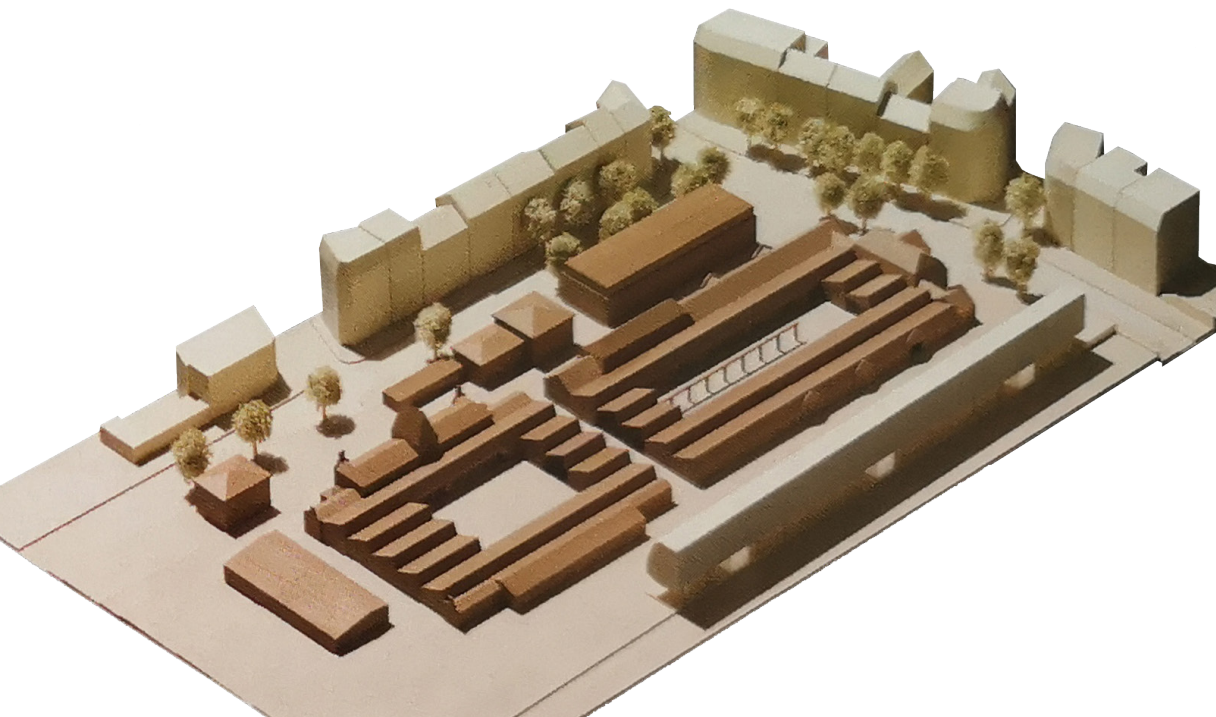


67| Luftbild Schanzenhöfe o.M. (LGV 2018)

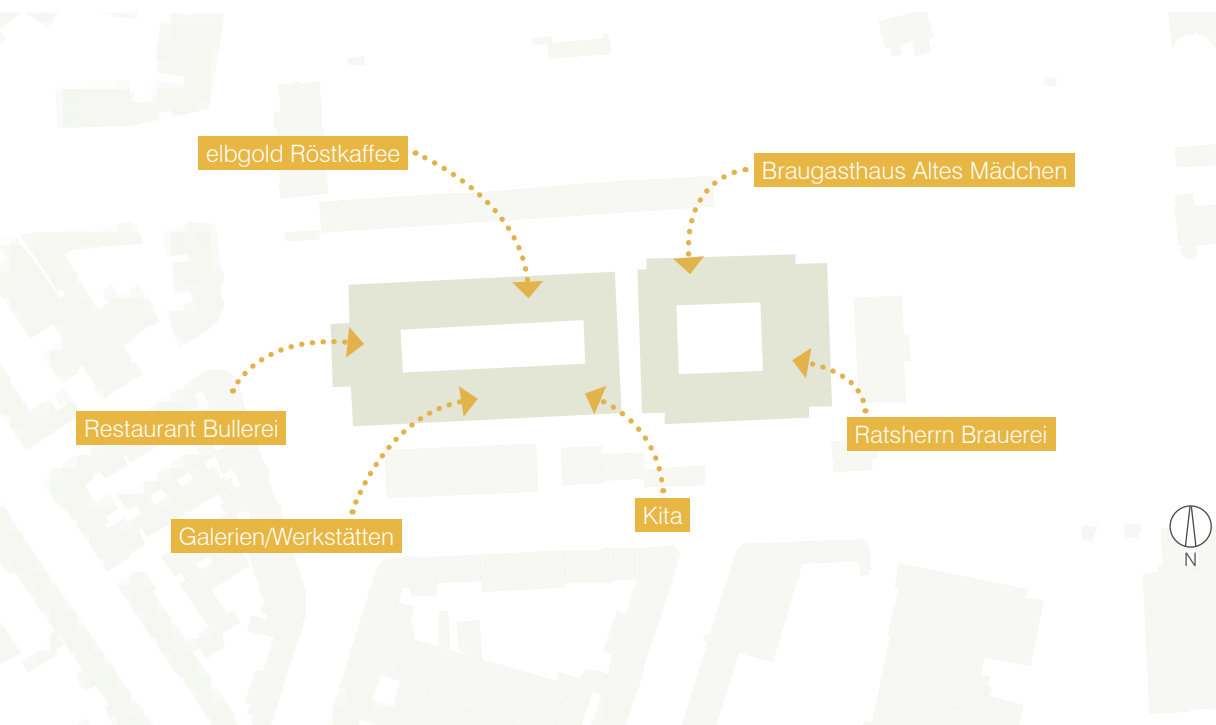


Kennzeichen Schanzenhöfe

Größe	17.000m ²
Nutzung	Gastronomie, Brauerei, Kita
Realisierung	2008 – 2012
Eigentümer*innen	Freie und Hansestadt Hamburg; Pächter Fleischgroßmarkt Hamburg GmbH



68| Modellfoto Schanzenhöfe
(Giorgio Gullotta Architekten, zit. n. Höfer et al. 2017, S. 55)



69| Nutzungsplan Schanzenhöfe o.M. (eigene Darstellung; auf Grundlage von: LGV 2019)

Bebauungsplan St.Pauli 40/ Rotherbaum 34 **Festsetzungen**

-  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
-  Kerngebiet
-  Gewerbegebiet
-  Sondergebiet
- z.B. GRZ 0.8 Grundflächenzahl, als Höchstmaß
- z.B. GF 48.000 m² Geschossfläche, als Höchstmaß
- z.B. I
II - III
Ⓥ
S
Staffelgeschoss
- z.B. GH 43 Gebäudehöhe bezogen auf NN, als Höchstmaß
- g Geschlossene Bauweise
-  Baugrenze
-  Baugrenze für unterirdische bauliche Anlagen
-  Durchfahrt, Durchgang, Überbauung, Tunnel
-  Fläche für Stellplätze und Garagen
- St Stellplätze
- TGa Tiefgaragen
- (A) Besondere Festsetzungen (siehe § 2)
-  Straßenverkehrsfläche

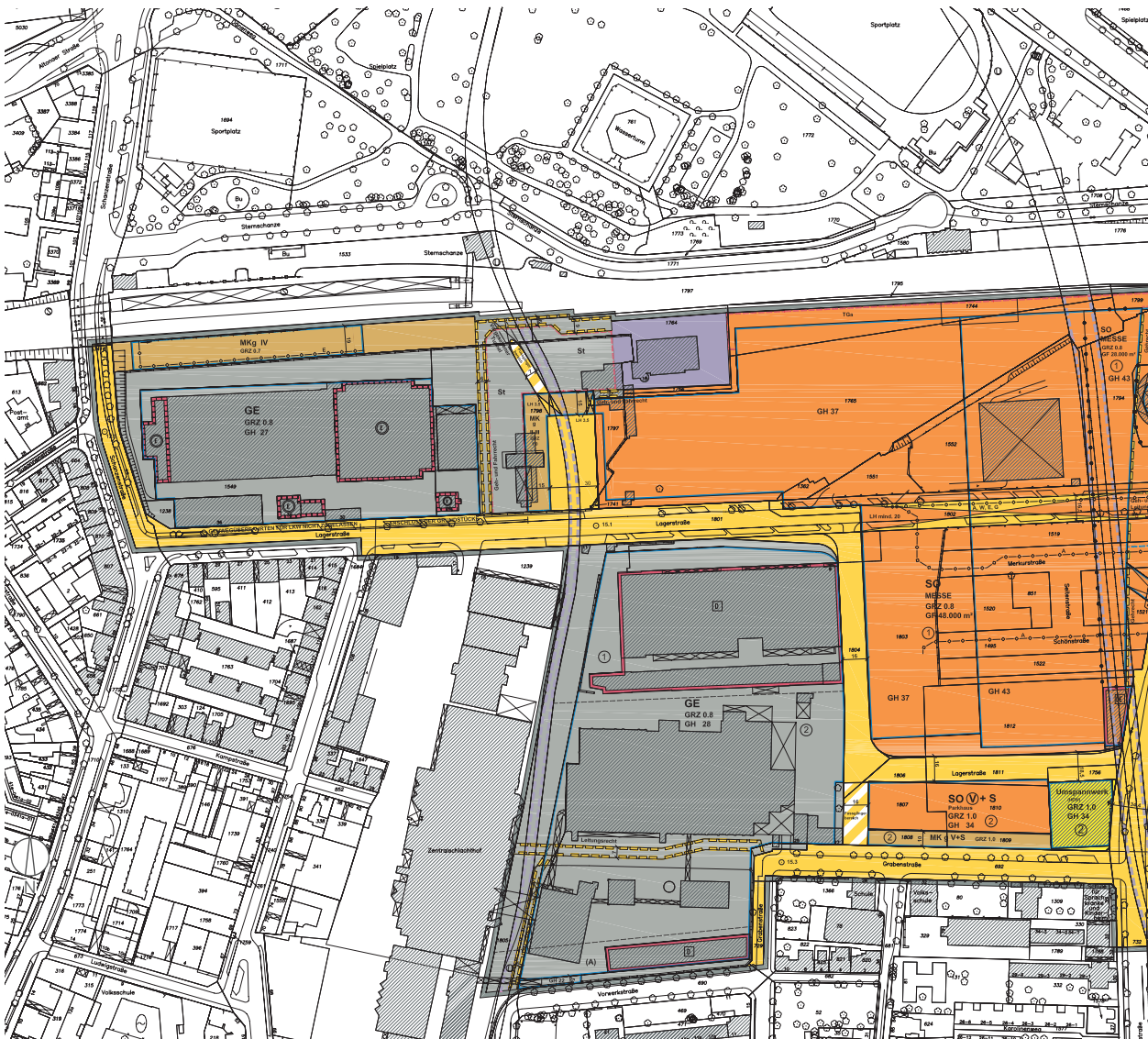
-  Straßenverkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
-  Straßenbegrenzungslinie
-  Straßenhöhe bezogen auf NN
-  Versorgungsfläche
- HEW Hamburger Electricitätswerke AG
-  Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche
-  Durchgang / Durchfahrt mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten
- LH 3.5 Lichte Höhe, als Höchstmaß
- z.B. LH mind. 5,7 Lichte Höhe, als Mindestmaß
-  Umgrenzung des Erhaltungsbereichs
-  Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen
-  Sonstige Abgrenzung

Nachrichtliche Übernahmen

-  Oberirdische Bahnanlage
-  Unterirdische Bahnanlage
-  Denkmalschutz

Kennzeichnungen

-  Vorhandene unterirdische Leitungen
- A, E, W, G Abwasser, Elektrizität, Wasser, Gas
-  Vorhandene Gebäude
-  Vorgesehener Denkmalschutz
-  Begrenzung der unverbindlichen Vormerkung
- z.B. ① Ordnungsnummer



6.5.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils

Inwiefern in den Schanzenhöfen ein nichtmaterialistischer Lebensstil ermöglicht wird, wird auf den folgenden Seiten dargelegt. Es wird sich auf die bekannten Kriterien bezogen.

Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Zivilgesellschaftliche Initiativen im dargestellten Sinne treten in den Schanzenhöfen nicht auf.

Stärkung öffentlicher Räume

Mit dem Projekt der Schanzenhöfe wurde grundsätzlich eine Fläche für die Öffentlichkeit als Aufenthaltsort neu zugänglich (Hofmann 2010: 76–77). Diese **Zugänglichkeit** wird auch durch die neue Treppe Richtung Schanzestraße verbessert – allerdings wird die Integration der Schanzenhöfe in die Sternschanze angezweifelt, da sie sehr abgeschlossen und für die Anwohner*innen im Umfeld nicht ansprechend seien (Höfer et al. 2017: 60–61).

Negativ wirkt aber in erster Linie, dass sich auf dem Gelände der Schanzenhöfe keine ohne **Konsum** nutzbaren öffentlichen Räume befinden. Hiervon ausgenommen sind einige Freiflächen, die allerdings v.a. als Stellplatz genutzt werden (s. Abb. 71). Diese Flächen werden auch kaum von der Fahrbahn oder den Flächen für Fußgänger*innen oder Radfahrer*innen getrennt, so dass die Situation unübersichtlich erscheint und keinerlei Aufenthaltsqualität bietet (Beobachtung Schanzenhöfe 12.07.2019). Diese auch im Interview negativ bewertete Dominanz an Stellplätzen habe sich allerdings erst im Zuge der letzten Jahre entwickelt, da sich nie-

mand für die Kontrolle, beispielsweise der abgerissenen Poller, zuständig fühle (Gullotta 15.07.2019).

Ebenso sind auch in den Gebäudekörpern kaum **soziale oder gemeinschaftliche Nutzungen** vorhanden. Lediglich die Kita ist hier relevant – andere Nutzungen dieser Art standen nie zur Debatte. Auch die stattfindenden Veranstaltungen sind kommerziell, mit Ausnahme eines Flohmarkts (ebd.). So ist „Entfaltung eines sozial und kulturell vielseitigen urbanen Raumes [...] noch nicht gelungen“ (Höfer et al. 2017: 61).

Einschränkung von Werbung

In den Schanzenhöfen existiert keine ausdrückliche Einschränkung von Werbung. Diese findet lediglich über den Denkmalschutz statt, wie in Kapitel 6.4.1 erläutert.

Einschränkung von touristischen Funktionen

Die Schanzenhöfe werden, wie erläutert, weniger von den direkten Anwohnern*innen aufgesucht. Im Interview wird hierzu sowohl die Einschätzung getroffen, dass dorthin viele Hamburger*innen gingen, aber auch, dass die Schanzenhöfe „deutschlandweit, wenn nicht sogar europaweit bekannt“ seien (Gullotta 15.07.2019). Diese weite Bekanntheit scheint etwas verzerrt zu sein, verdeutlicht aber doch, dass diese Gastronomien vermutlich mehr Touristen*innen aufsuchen als es bei anderen Gastronomien der Fall ist. Dementsprechend sind die Schanzenhöfe vermutlich als ein touristisches Ziel einzuordnen.

Fazit

Ein nichtmaterialistischer Lebensstil wird in den Schanzenhöfen kaum gefördert. Lediglich eine Einschränkung von Werbung im Zuge des Denkmalschutzes ist hier positiv zu werten. Allerdings treten keine zivilgesellschaftlichen Initiativen auf, es gibt keine öffentlichen Räume oder gemeinschaftliche Treffpunkte, die ohne Konsum genutzt werden können, und die Schanzenhöfe werden vermutlich von Touristen aufgesucht. Diese negative Bewertung ist aber auch auf die Nutzung der Schanzenhöfe als gewerbliches Objekt zurückzuführen, das nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten Gewinn erzielen muss – somit dient dieses Projekt Zielsetzungen, die sich von den anderen Beispielprojekten unterscheiden.



71 | Parkende Autos im Zugangsbereich der Schanzenhöfe (eigene Aufnahme 12.07.2019)

6.5.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche

Im Folgenden wird analysiert, inwiefern in den Schanzenhöfen sparsam mit Boden sowie mit Baustoffen umgegangen wird. Dies bezieht sich auf die bekannten drei Kriterien.

Verhinderung von Neuversiegelung

Das Projekt Schanzenhöfe ist ein Projekt der **Innenentwicklung** ohne eine Integration von Neubau, wie Abb. 72 zeigt. Dadurch wird keine Fläche neu versiegelt, was sehr positiv zu bewerten ist. Die Fläche war vorher vollständig mit Asphalt versiegelt, während sich dort nun zumindest Kopfsteinpflaster befindet, was eine Verbesserung darstellt (Gullotta 15.07.2019). Diese Verbesserung fand allerdings vermutlich eher aus gestalterischen Gründen statt – in jedem Fall erfolgte keine Vorgabe dieser Art durch die Stadtplanung, wie durch einen Bebauungsplan, da dieser für die Schanzenhöfe nicht angepasst wurde.

Auf den gesamten Freiräumen der Schanzenhöfe befindet sich Kopfsteinpflaster – mit einigen Ausnahmen zwischen den beiden Hallen, wo der Bodenbelag aus Asphalt besteht. Es gibt keine Grünflächen (Beobachtung Schanzenhöfe 12.07.2019). Damit ist die Fläche stark **versiegelt**, wenngleich dies trotzdem mehr Versickerung als vorher ermöglicht (Gullotta 15.07.2019).

Reduzierung des Bauens

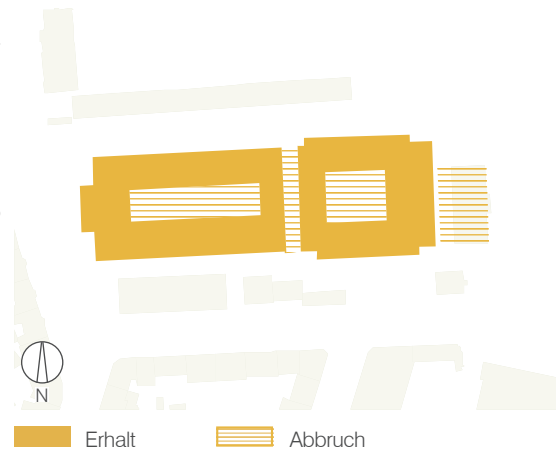
Das Projekt Schanzenhöfe beinhaltet lediglich **Umnutzungen** von Bestand – Neubauten befinden sich auf dem Gelände nicht. Dies ist in diesem Kontext sehr positiv zu werten.

Insbesondere ist dies positiv zu werten, da die Gebäude vor der Umnutzung, wie Abb. 73 zeigt, verfielen und ein Nutzungskonzept fehlte, lediglich als „billige Lager- und Veranstaltungsräume [wurden sie noch] vermietet“ (Hofmann 2010: 77). So war bereits der Abriss geplant (Höfer et al. 2017: 4). Die Idee der Schanzenhöfe entstand eben aus diesem Grund, die Gebäude zu retten, auch auf Initiative des Architekten Gullotta (Gullotta 15.07.2019; Hofmann 2010: 77).

Mit Bestandteilen des Verwaltungsgebäudes sowie der ehemaligen Viehmarkthalle sind heute Teile der Gebäude im Bebauungsplan als Erhaltungsbereich mar-

kiert (Bezirk Hamburg–Mitte und Eimsbüttel 2006a: 2 Nr. 1, 2006b: 29–30) – inzwischen sind jene sogar **denkmalgeschützt** (BKM 2018). Insgesamt wurden bei den Schanzenhöfen die Rohkonstruktion und die Außenmauern erhalten sowie das vorhandene Kopfsteinpflaster vom Asphalt befreit (Gullotta 15.07.2019; Hofmann 2010: 78–80). Hierdurch würden die Gebäude „von

72| Gegenüberstellung Bebauung vor und nach der Realisierung Schanzenhöfe 1:4.000 (eigene Darstellung nach LGV 2005 und 2019; auf Grundlage von LGV 2019)



73| Vergleich Zustand der Gebäude vor und nach der Sanierung (Stüber o.J., zit. n. Höfer et al. 2017, S. 56)

außen unverändert – nur nicht mehr so schäbig und heruntergekommen wie in den vergangenen Jahren“ wirken (Hofmann 2010: 76–77).

Diesem Erhalt stehen allerdings auch zahlreiche **Veränderungen an den Baukörpern** gegenüber. So wurden alle nachträglich hinzugefügten An- und Umbauten entfernt, die beiden Hallen wieder getrennt und durch eine Entfernung der Mittelteile Innenhöfe geschaffen (s. Abb. 74), das äußere Erscheinungsbild wurde lediglich rekonstruiert, der Innenhof bekam eine neue Fassade und die Dächer wurden erneuert. Auch wurde die Infrastruktur komplett erneuert, neuer Boden verlegt und die Statik auf den heutigen Stand angepasst (Gullotta 15.07.2019; Höfer et al. 2017: 54–59; Hofmann 2010: 78–81). Hintergrund dieser Veränderungen seien wirtschaftliche Gründe sowie die Baufähigkeit der Gebäude gewesen (Gullotta 15.07.2019; Höfer et al. 2017: 54–59). Diese Umbauten führten allerdings auch zu einem erheblichen Einsatz neuer Baumaterialien.

Im Interview wird an dieser Stelle besonders die **Be-deutung des Erhalts** solcher Gebäude betont, anstatt sie abzureißen. Hierbei sei es wichtig, diese Gebäude nicht nur zu konservieren, sondern „mit einem Denkmal weiter [zu] arbeiten“, um auch eine weitere Nutzung der Gebäude zu ermöglichen. Entscheidend sei hier der finanzielle Spielraum, da der Erhalt alter Gebäude immer teuer sei (Gullotta 15.07.2019).

Hohe Ausnutzung von Grundstücken

Die Festsetzung der GRZ im Bebauungsplan orientiert sich mit 0,8 an den Werten des § 17 Abs. 1 BauNVO, der mit den vorhandenen Gebäudekörpern nicht ausgereizt

wird. So wurde die Dichte im Zuge des Projekts Schanzenhöfe sogar noch reduziert, da die Hallen getrennt und Innenhöfe geschaffen wurden. Hiermit kann dieses Projekt also nicht durch eine hohe Dichte einen Beitrag zum geringen Flächenverbrauch leisten – stattdessen wurden hier der Denkmalschutz und der Erhalt der Gebäudesubstanz deutlich wichtiger gewertet.

Fazit

Die Schanzenhöfe sind in Bezug auf dieses Kriterium sehr positiv zu werten: Es wurde keine neue Fläche versiegelt, wenngleich hier noch Potential zu mehr Entsigelung vorhanden wäre, und der Bestand wurde umgenutzt. Die Tatsache, dass keine besonders hohe bauliche Dichte festgesetzt worden ist, kann ignoriert werden, da dies aufgrund der Bestandserhaltung, die positiv zu werten ist, erfolgt.

6.5.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen

Die Schanzenhöfe als gewerbliches und sich damit von den anderen Beispielprojekten unterscheidendes Projekt besitzen gegenüber jenen andere Anforderungen an den Verkehr. Inwiefern das Projekt Schanzenhöfe den Kriterien des Postwachstums folgt, wird nachfolgend dargelegt.

Reduzierung von Verkehr

Eine der Verkehrsvermeidung dienliche **Nutzungsmischung** können die Schanzenhöfe selbst kaum leisten, allerdings ist dies im Zusammenspiel mit dem Umfeld positiv zu bewerten. So sind in den Schanzenhöfen selbst zahlreiche gewerbliche sowie gastronomische Nutzungen ansässig (Beobachtung Schanzenhöfe 12.07.2019), die durch weitere Nutzungen dieser Art sowie Wohnnutzung im Umfeld ergänzt werden. So fällt die Bewertung der Nutzungsmischung an dieser Stelle positiv aus, was allerdings nicht durch die Planung der Schanzenhöfe selbst erzielt wird – auch kaum erzielt werden kann.¹

Über diese Nutzungsmischung hinaus erzeugen aber die Schanzenhöfe dadurch Verkehr, dass für die gewerbliche Nutzung **Lieferverkehr** erzeugt wird. So sind die Gastronomen auf diese Anlieferung angewiesen,



74| Einer der neu geschaffenen Innenhöfe (eigene Aufnahme 12.07.2019)

¹ Eine Analyse der Entfernung zu Zentren und Grünräumen ist bei diesem Beispielprojekt aufgrund der fehlenden Wohnnutzung nicht zielführend.

die als Verkehrsbelastung spürbar wird, was negativ zu werten ist – allerdings bei dieser Nutzung auch nicht zu vermeiden ist.

Verlagerung von Verkehr

Die Schanzenhöfe befinden sich, wie Abb. 75 zeigt, in direkter Nachbarschaft der S- und U-Bahn-Station Sternschanze, von wo der Hauptbahnhof in fünf Minuten erreichbar ist. Ebenso verkehren hier mehrere Buslinien, so dass die Schanzenhöfe hervorragend durch den ÖPNV angebunden sind (HVV 2019).

Auf dem Gelände selbst fiel wie bereits beschrieben auf, dass zahlreiche Freiflächen als **Stellplatz** für Autos genutzt werden. Durch die fehlende Abgrenzung dieser wird eine für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen unsichere Situation erzeugt.

Für **Fahrradfahrer*innen** existieren auf dem Gelände einige Stellplätze. Darüber hinaus sind die Schanzenhöfe aufgrund des Kopfsteinpflasters für Radfahrer*innen weniger attraktiv zu befahren (Beobachtung Schanzenhöfe 12.07.2019).

Aufgrund der geringen Größe der Schanzenhöfe und den fehlenden Straßenräumen auf dem Gelände sind weitere Analysen des Verkehrs nicht notwendig.

Regionalisierung der Wirtschaft

In den Schanzenhöfen sind einige Nutzungen vorhanden, bei denen ein Agieren auf regionaler Ebene nicht auszuschließen, aber auch nicht im Einzelnen zu identifizieren ist. Hierzu gehören v.a. die Ratsherrn Brauerei und die ansässigen Gastronomien. Dies ist aber eher in der Art der Nutzung als in einer planerischen Entscheidung für regional agierende Unternehmen zu werten.

Fazit

Bezüglich des Themas Verkehr ist bei den Schanzenhöfen die im Zusammenspiel mit der Umgebung vorhandene Nutzungsmischung, die zu kurzen Wegen führt, positiv zu werten, wie auch die z.T. vorhandene Ausrichtung auf regional agierende Unternehmen. Negativ zu beurteilen ist dagegen die Einschränkung von Fußgänger*innen und Radverkehr durch die Dominanz der parkenden Fahrzeuge sowie die Verkehrserzeugung für den Lieferverkehr.

6.5.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

Die Schanzenhöfe bestehen v.a. aus zwei Gebäudekörnern. Inwiefern in diesen Ressourcen eingespart werden können, wird in den folgenden Absätzen erläutert.

Verwendung ökologischer Baustoffe & Durchführung energetischer Modernisierungen

Große Teile der Baustoffe in den Schanzenhöfen sind **Bestand**, weswegen die Baustoffwahl positiv zu werten ist. Als neue Materialien kamen die Dämmung des Daches mit v.a. Mineralwolle, Fenster mit einer Trägerstruktur aus Holz und neue Dächer mit Zinkblech hinzu. Diese neuen Materialien sind, abgesehen von der Holz-Trägerkonstruktion, nicht als ökologisch zu werten. Teilweise sei dies aber auch, wie etwa bei den Dächern, dem Denkmalschutz geschuldet (Gullotta 15.07.2019).

Eine **energetische Modernisierung** sei bei den Gebäuden gemäß Gullotta nicht notwendig, da das alte Mauerwerk diesbezüglich sehr gute Eigenschaften besitze. Dies führe dazu, dass die gesetzlich angedachte Innendämmung nicht notwendig sei (ebd.).

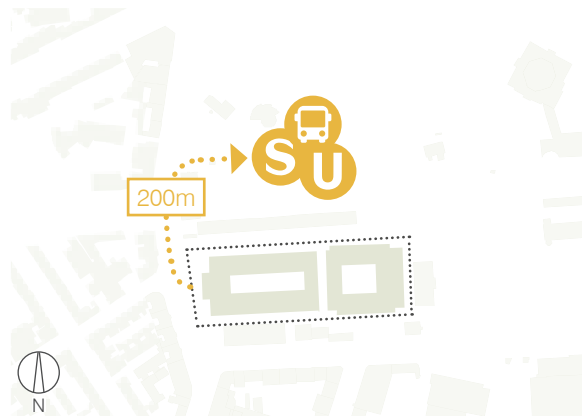
CO₂-neutrale Energieversorgung

Für die Energieversorgung in den Schanzenhöfen sind keine Vorgaben bekannt.

Fazit

An dieser Stelle ist die Weiterverwendung der Bestandsbaustoffe positiv zu werten. Abgesehen hiervon sind die neu verwendeten Baustoffe ökologisch nicht besonders wertvoll und die energetische Modernisierung sowie die Energieversorgung kann nicht eindeutig bewertet werden.

75 | ÖPNV-Anbindung der Schanzenhöfe 1:7.000 (eigene Darstellung auf Grundlage von LGV 2019)



6.5.5 Vorausschauende Prozessgestaltung

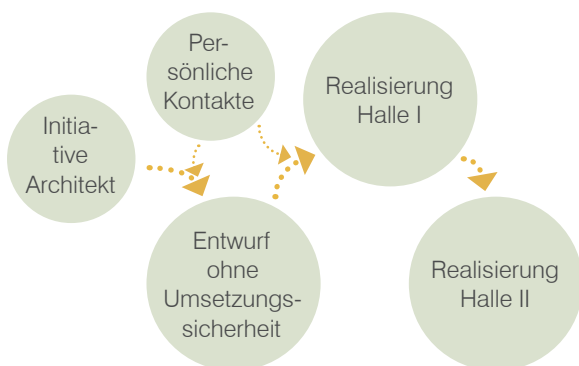
Über inhaltliche Kriterien hinaus ist auch die Prozessgestaltung von Bedeutung. Inwiefern diese den Kriterien des Postwachstums folgt, wird nun dargestellt.

Sukzessives Vorgehen mit Raum zum Erproben

Die Entwicklung der Schanzenhöfe begann mit der Erkenntnis, dass die Bestandsgebäude verfielen und abgerissen werden sollten (s. Abb. 76). Um dies zu verhindern ergriffen der Fleischgroßmarkt und der Architekt Gullotta die Initiative, ein Projekt zu entwickeln. So wurde das Konzept für die Umnutzung entwickelt – zunächst unabhängig davon, ob die Realisierung tatsächlich stattfinden sollte (ebd.). Somit ist dieser Prozess als sehr offen zu kennzeichnen. Weiterhin wurden die Planungen für die Schanzenhöfe nicht in eine formelle Planung wie einen Bebauungsplan übersetzt, wodurch es keine Verbindlichkeit gab – nachträgliche Veränderungen waren also vermutlich einfacher zu realisieren.

Die Zusammenarbeit beruhte v.a. auf persönlichen Kontakten, die auch beim ersten Mieter Tim Mälzer hilfreich waren. Die öffentliche Hand in Form des Bezirksamtes und des Denkmalschutzamtes unterstützte in diesem Prozess und setzte insbesondere mit dem Denkmalschutz die Rahmenbedingungen für den Umgang mit dem Bestand, ergriff aber nicht die Initiative (ebd.).

Die Sanierung der beiden Hallen erfolgte schrittweise: Zunächst wurde in den Jahren 2008 und 2009 die westliche Halle saniert, woraufhin bis 2012 die östliche folgte (Höfer et al. 2017: 54–59).



76 | Phasen der Entwicklung Schanzenhöfe (eigene Darstellung)

Beteiligung der Bevölkerung

Bürger*innenbeteiligung fand beim Projekt der Schanzenhöfe nicht statt. Diese wurde allerdings auch nicht eingefordert, da das Gelände nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit gewesen sei (ebd.: 4, 61; Gullotta 15.07.2019). Dennoch ist diese Tatsache negativ zu werten.

Überprüfung des langfristigen Bedarfs

& Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten

Die Sanierung von Bestand ist positiv zu werten, da hiermit deren Nutzungsdauer erhöht wird. Ebenso ist die Revitalisierung der Fläche in dieser zentralen Lage sinnvoll, um die vorhandene Infrastruktur besser auszunutzen.

Ob die angebotenen Nutzungen zukünftigen Ansprüchen genügen, kann nicht sicher gesagt werden. Grundsätzlich sind aber gastronomische Nutzungen an dieser Stelle nicht negativ zu werten.

Fazit

Die Schanzenhöfe sind in Bezug auf dieses Kriterium vergleichsweise positiv zu werten, da die Hallen nacheinander saniert wurden und der Prozess ein sehr offener war – begründet v.a. durch die Gestaltung durch private Interessen, die weniger an formelle Planungen gebunden waren. Ebenso positiv zu bewerten ist, dass Nutzungen dieser Art vermutlich auch zukünftig durch eine Nachfrage bedient werden. Negativ zu werten ist dagegen das Fehlen von Bürger*innenbeteiligung, so dass diese den Prozess nicht mit beeinflussen konnten.

6.5.6 Fazit

Bei dem Projekt der Schanzenhöfe sind verschiedene Aspekte positiv zu werten. Hierzu gehören die Umnutzung von Bestandsgebäuden, das Fehlen von Flächenneuverbrauch, die Nutzungsmischung im Zusammenspiel mit dem Umfeld sowie die sukzessive Umsetzung im Rahmen eines offenen Prozesses, gestaltet durch die Motivation von Privaten. Diesem gegenüber stehen

das Fehlen von Möglichkeiten für einen nichtmaterialistischen Lebensstil beispielsweise über öffentliche Räume, der sehr hohe Versiegelungsgrad und die zahlreichen parkenden Fahrzeuge sowie der Verzicht auf ökologische Baustoffe und die fehlende Beteiligung.

Ansätze für die Postwachstumsstadt Hamburg

Verschiedene in den Schanzenhöfen realisierte Prinzipien können auch für eine Postwachstumsstadt hilfreich sein. Hierzu gehören:

- _ Die Beschränkung von Werbung im Zuge des Denkmalschutzes
- _ Die Umnutzung von Bestand im Zuge des Denkmalschutzes
- _ Eine Zusammenstellung an Nutzungen über z.T. persönliche Kontakte, über die beispielsweise eine regionale Ausrichtung besser gesteuert werden kann
- _ Die Entwicklung des Projektes über persönliche Motivation und Kontakte



6.6 RISE–Gebiet Soziale Stadt Altona–Altstadt

Das Soziale–Stadt–Gebiet Altona–Altstadt ist ein RISE–Projekt, das sich in den Kontext der Städtebauförderung einordnet (s. Exkurs 6, S. 151). Auf dieser 1.900.000m² großen Fläche, die viel Wohnnutzung, aber auch Teile des Bezirkszentrums umfasst, soll die Attraktivität insbesondere als Wohnort gesteigert werden, wie Abb. 77 bis 80 zeigen. Hierunter fallen verschiedene Zielsetzungen wie die Stabilisierung des Quartiers, die Stärkung der Wohnfunktion für Familien inklusive entsprechender Infrastruktur, die Entwicklung des Grünzugs und die Aufwertung des Wohnumfeldes sowie die Unterstützung und Förderung von Engagement, Vernetzung und Identifikation mit dem Stadtteil (steg Hamburg mbH 2013: 24).

Hiermit unterscheidet sich der Ansatz dieses Projektes grundsätzlich von den anderen Beispielprojekten, da auf einer übergeordneten Ebene gehandelt wird. Dem entsprechend wird hier lediglich das betrachtet, was auch im Rahmen der Sozialen Stadt geschieht, andere Entwicklungen im Gebiet werden außer Acht gelassen. Stattdessen wird eingangs – soweit grundsätzliche Aussagen dazu vorhanden sind – untersucht, was im Förderprogramm Soziale Stadt grundsätzlich in Bezug auf das

links:

771 Schwarzplan RISE–Gebiet Altona–Altstadt 1:10.000 (eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019)

781 Verortung RISE–Gebiet o.M. (eigene Darstellung auf Grundlage von: LGV 2019)



jeweilige Kriterium möglich ist, da dies für eine Bewertung mit einbezogen werden muss.

Auf dem Gebiet finden zwei Förderkulissen statt: das Sanierungs– und Stadtumbauverfahren im Zentrum des Gebiets, das hier nicht betrachtet wird, sowie 2006 bis 2021 die Soziale Stadt auf der gesamten Gebietsfläche (ebd.: 11). Zuständig ist das Bezirksamt Altona sowie bis 2017 die steg als Gebietsentwicklerin, die für die letzten Jahre nur noch eingeschränkt Aufgaben wahrnimmt (steg Hamburg mbH 2017a).

Die Soziale Stadt Exkurs 6

Die Soziale Stadt ist ein Förderprogramm im Rahmen der Städtebauförderung, mit der Bund und Länder Herausforderungen in Kommunen unterstützen, wofür verschiedene Förderprogramme zur Verfügung stehen. Hierzu gehören neben der Sozialen Stadt beispielsweise Aktive Stadt– und Ortsteilzentren, Städtebaulicher Denkmalschutz oder Kleinere Städte und Gemeinden (BMI 2019d). Diese Bundesprogramme werden in Hamburg zu RISE zusammengefasst (BSW 2018c: 1). Die Finanzierung findet zu je einem Drittel von Bund, dem entsprechenden Land und der Kommune statt (BMI 2018: 31).

Mit der Sozialen Stadt wird gemäß § 171e BauGB über städtebauliche Investitionen „die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt– und Ortsteile“ beabsichtigt, wobei insbesondere Ziele wie Nachbarschaft und Zusammenhalt entscheidend sind (BMI 2019b). Notwendig ist hierfür immer die Erstellung von Vorbereitenden Untersuchungen (VU) bzw. einer Problem– und Potentialanalyse sowie eines Integrierten Entwicklungskonzepts (IEK), was neben anderen Aufgaben i.d.R. ein*e Gebietsentwickler*in durchführt (BSW 2018c: 8–9).

Kennzeichen RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona-Altstadt

Größe

1.900.000m²

Nutzung

v.a. Wohnen, Bezirkszentrum mit zahlreichen Nutzungen (z.B. großflächiger Einzelhandel, Ärzte, Bezirksamt), Gastronomie, verschiedene soziale Nutzungen

Zeitraum der Förderung

2006 – 2021

Eigentümer*innen

verschiedene Eigentümer



Bildung

- 1 Bildungshaus Thadenstraße
- 2 YMT Lernforum Altona-Altstadt
- 3 Altonaer Stadtarchiv
- 4 Lesen in Altona
- 5 Nachbarschafts-, Sozial- und Bildungszentrum Struenseestraße / Königstraße

Familienförderung

- 1 Kita Scheplerstraße - Umgestaltung der Außenanlagen
- 2 Kita Struenseestraße - Umgestaltung der Außenanlagen

Wohnumfeld und öffentlicher Raum

- 1 Wohnumfeld/Innenhöfe Kirchenstraße 1-7, Breite Straße 54-84, Amundsenstraße 1 - 5
- 2 Grunderneuerung Wohlers Park - erste Maßnahmen
- 3 Grunderneuerung Schleepark und grüne Wegeverbindung Palmaile
- 4 Grunderneuerung Bertha-von-Suttner-Park
- 5 Grün- und Freizeitfläche „Bei der Friedenseiche“, Zuwegung zur Fläche
- 6 Entwicklung des Gählerparks
- 7 Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Altona-Altstadt - Kleine Sofortmaßnahmen
- 8 Freiflächen Esmarchstraße / Billrothstraße / Stuhlmannplatz: Kinderspielplatz Billrothstraße Esmarchstraße, Neuordnung Hauseingangsbereich Esmarchstraße 95
- 9 Grünzug Neu-Altona - Wohlerspark: Pflege- und Entwicklungskonzept
- 10 Paulsenplatz
- 11 Modellprojekt Mitmachen und Mitgestalten - hier: Außengelände Gählerhaus
- 12 Walter-Möller-Park/Govertsweg, Ergänzung der Ausgleichsmaßnahmen
- 13 Wohnumfeldgestaltung Gerberstraße / Schumacherstraße
- 14 Freiflächen Esmarchstraße / Billrothstraße / Stuhlmannplatz: Bauabschnitte Rondell Billrothstraße, Stuhlmannplatz
- 15 Spielplatz Pepermolenbek einschließlich Nord-Süd Fußgänger / Radwegeverbindung
- 16 Grünfläche / Wegeverbindung Goetheplatz / Altonaer Poststraße
- 17 Struenseestraße - Grüne Wegeverbindung
- 18 Grünzug Neu-Altona: „Parkeingang“ südlich Königstraße
- 19 Grünzug Neu-Altona - Grünanlage Hexenberg
- 20 Wegeverbindung Paulsenplatz - Bernstorffstraße

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

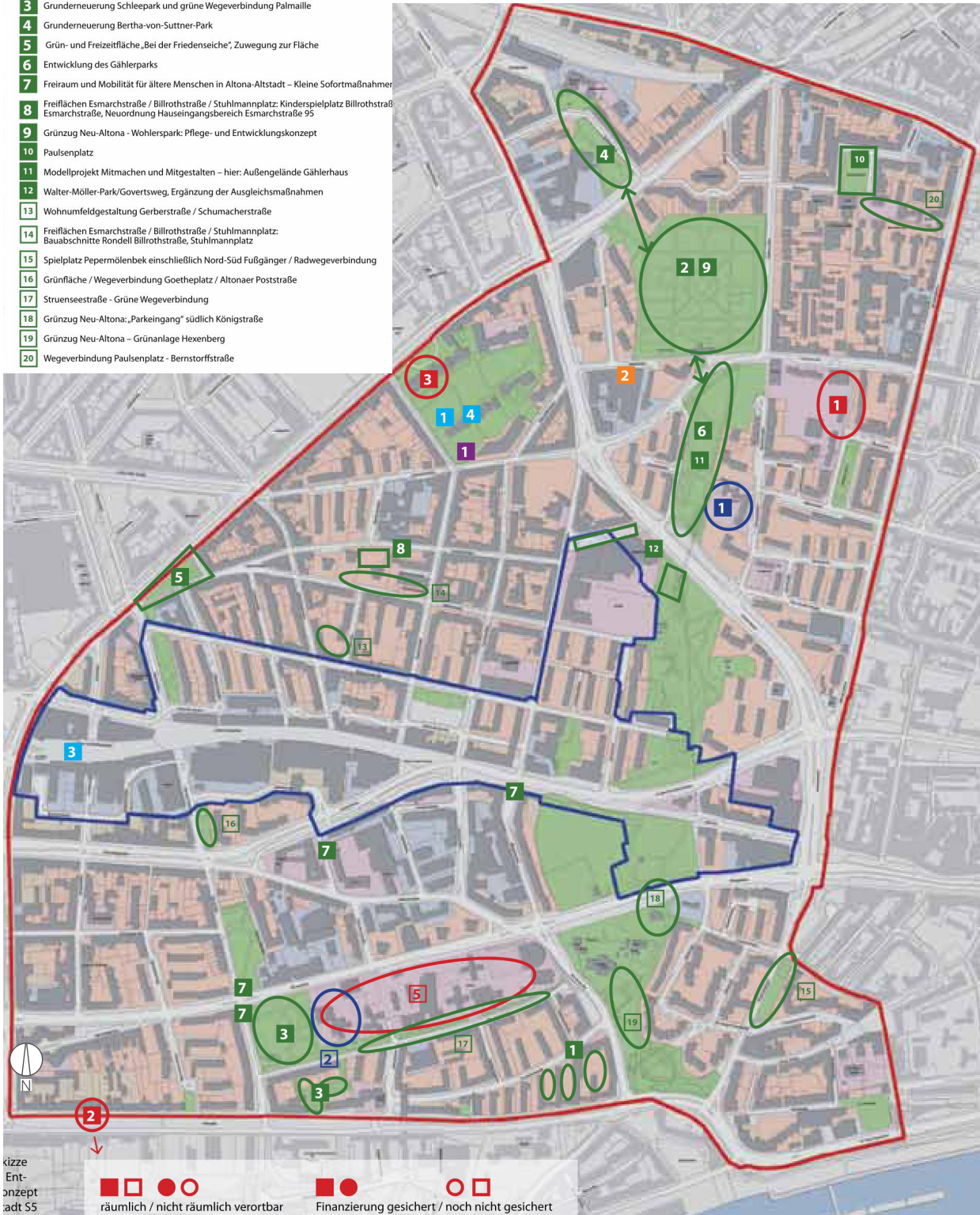
- 1 Stadtteilmütter
- 2 Medienraum verikom Norderreihe
- 3 Stadtteilmütter Handlungskonzept

Kultur im Stadtteil

- 1 Umbau und Modernisierung des Stadtteilkulturzentrums Haus Drei
- 2 Stadtteilmütter Altona-Altstadt
- 3 Lehmabauaktion
- 4 Machbarkeitsstudie „Umbau und Modernisierung des Stadtteilkulturzentrums Haus Drei“

Sport und Freizeit

- 1 Bolzplatz Hospitalstraße



6.6.1 Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils

Über das RISE-Gebiet wird wie erwähnt ein im Vergleich zu den anderen Beispielprojekten ein gänzlich anderer Ansatz verfolgt, die Entwicklung eines Gebiets zu steuern. Inwiefern hierdurch ein nichtmaterialistischer Lebensstil ermöglicht wird, wird nun analysiert.

Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Grundsätzlich ist eine der Zielsetzungen von Soziale-Stadt-Gebieten, die Bewohner*innen zu überzeugen, sich für ihre Nachbarschaft zu engagieren. Hierzu können auch Initiativen zur Selbstversorgung, der Reparatur oder dem Sharing gehören (Schmoock 23.07.2019). So sind das Quartiersmanagement, die Aktivierung und Beteiligung und der Verfügungsfonds instrumentell-strategische Handlungsfelder des Soziale-Stadt-Programms, mit denen diese Initiativen gefördert werden können (BMI 2018: 18). Insbesondere das Quartiersmanagement kann

*„wesentlich dazu bei[tragen], die Eigenkräfte im Stadtteil zu unterstützen und [...] lebendige Nachbarschaften zu fördern. Sie bündeln die wesentlichen Stadterneuerungsmaßnahmen im Fördergebiet, initiieren und unterstützen dort bewohner[*innen]getragene Projekte“ (ebd.: 25).*

Eine Finanzierungsmöglichkeit von durch Bewohner*innen getragenen Projekten, wie zur Stärkung von Netzwerken oder der Stadtteilkultur, stellt der Verfügungsfonds dar, über dessen Verwendung durch ein lokales Gremium entschieden wird (ebd.: 26; BSW 2018c: 10–11). Die Stadt hat hier ausschließlich eine Unterstützerrolle: „Wir unterstützen Menschen dabei, aus guten

Soziale-Stadt Programm

Ideen Projekte zu machen. Aber wir sind nicht selber Projektträger[*innen]“ (Schmoock 23.07.2019). Schmoock weist im Interview lediglich darauf hin, dass zur Förderung einer Initiative im Rahmen des Soziale-Stadt-Programms immer ein Nachbarschaftsbezug vorhanden sein müsse (ebd.).

Im Soziale-Stadt-Gebiet Altona-Altstadt besteht eine solche Unterstützung durch die Stadt, bzw. die beauftragte Gebietsentwicklerin, durch verschiedene Institutionen. Hierzu gehörte¹ das jeden Tag geöffnete Stadtteilbüro als zentrale Anlaufstelle für die Bewohner*innen. Weiterhin existiert seit 2006 ein für alle offenes Stadtteilforum zur Information, Beteiligung und Vernetzung, das ebenso über die Mittel aus dem Verfügungsfonds entscheidet (steg Hamburg mbH 2013: 32–34). Seitdem die Gebietsentwicklerin nicht mehr im Gebiet tätig ist, ist das Stadtteilforum selbst organisiert (Schmoock 23.07.2019). Weiterhin wurde im Rahmen des Soziale-Stadt-Projektes der durch Anwohner*innen initiierte Nachbarschaftstreff Gählerhaus begleitet, in dem sich nachbarschaftliche Gruppen selbstorganisiert treffen können. Er soll u.a. der Kommunikation und gemeinschaftlichen Aktivitäten dienen (Schmoock 23.07.2019; steg Hamburg mbH 2013: 94–95).

Mit diesen Institutionen bestehen zahlreiche theoretische Möglichkeiten, Initiativen dieser Art zu fördern. Schlicht diese Möglichkeit ist positiv zu bewerten – auch tatsächlich sind aber einige entsprechende Initiativen entstanden – etwa ein Repair-Café. Weiterhin gestaltete eine Anwohner*inneninitiative, die durch das Bezirksamt, den Verfügungsfonds sowie den Investor der angrenzenden Bebauung unterstützt wurde, den Berthavon-Suttnerpark neu, erkennbar in Abb. 82. Auf dieser Fläche findet Urban Gardening auch mit Selbstversorgung statt. Weitere Urban-Gardening-Projekte befinden sich beim sogenannten Kulturbunker am Walter-Möller-Park sowie am Stuhlmannplatz. Ob hier allerdings RISE in der Finanzierung beteiligt war, ist nicht bekannt. Dagegen wurden Ideen wie ein Tauschnetz oder eine stadtteilbezogene Wohnungsvermittlung nicht umgesetzt (Beobachtung Quartier 21 23.06.2019; Schmoock 23.07.2019; steg Hamburg mbH 2013: 132, 2015a: 1, 2017b: 1).

¹ Mit dem eingeschränkten Aufgabenbereich der steg als Gebietsentwicklerin wurde dieses Büro geschlossen (steg Hamburg mbH 2017a).

Soziale-Stadt Programm



82| Urban Gardening im Berthavon-Suttnerpark (eigene Aufnahme 16.07.2019)

Stärkung öffentlicher Räume

Das Ziel der Sozialen Stadt, den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** zu stärken, lässt sich unmittelbar auf dieses Kriterium beziehen. So ist auch der öffentliche Raum eines der inhaltlichen Handlungsfelder der Sozialen Stadt, bei dem es um „qualitätsvolle, an den Bedarfen der Bevölkerungsgruppen ausgerichtete öffentliche Räume sowie weitere Grün-, Frei-, Spiel- und Sportflächen mit hoher Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität sowie Nutzbarkeit, Erreichbarkeit und Sicherheit“ geht (BMI 2018: 8, 18, 21; BSW 2018c: 1–2).

Auch im IEK für Altona–Altstadt wird **Gemeinschaft als Zielsetzung** erwähnt. So sollen nachbarschaftliche Gruppen Orte für ihre Zusammenarbeit finden können und die Freiräume „miteinander verbunden, attraktiv gestaltet, gut erreichbar“ sein sowie Kontakte ermöglichen (steg Hamburg mbH 2013: 74).

Diese Themen spiegeln sich auch in den umgesetzten Maßnahmen wieder. So wurden beispielsweise **Räumlichkeiten** für Stadtteilgruppen im Zuge von RISE gestaltet, wie das Stadtteilkulturzentrum „Haus Drei“, das durch bauliche Maßnahmen zum Stadtteil geöffnet wurde und verbesserte Möglichkeiten zur Nutzung erhielt. In diesem Zuge wurde auch das ProjektCafé als Börse für nachbarschaftliche Projekte gegründet. Ein weiteres Beispiel ist das Bildungshaus Thadenstraße, bei dem ein die Schule ergänzender Neubau nun Flächen für selbstorganisierte nachbarschaftliche Treffen bietet (ebd.: 95–96; Schmooch 23.07.2019; steg Hamburg mbH 2013: 74, 2014b: 1, 2019b).

Besonders relevant ist beim Soziale–Stadt–Gebiet Altona–Altstadt die Modernisierung der zahlreichen vorhandenen **Grünflächen**. Grundsätzlich sollten die Grünflächen im Gebiet familienfreundlicher gestaltet und die Aufenthaltsqualität gesteigert werden und beispielsweise auch die Flächen des Abstandsgrüns als Treffpunkte wahrgenommen werden. Freiräume „als Orte für Begegnung und Kommunikation in der Nachbarschaft“ zu gestalten, war zentrale Zielsetzung im IEK (steg Hamburg mbH 2013: 86). So sind zahlreiche Grunderneuerungen öffentlicher Grünflächen Teil des IEK, wie Abb. 84 zeigt.

Schmooch zufolge ist dies auch erfolgreich – so würden die Grünflächen (s. Abb. 83) durch viele und unterschiedliche Menschen genutzt und als Treffpunkte wahrgenommen. **Erfolgreiche** Beispiele sind hier

die Organisation eines durch den Verfügungsfonds finanzierten Eröffnungsfestes im Schleepark durch eine Anwohnerin oder die gemeinsam von Nachbarn*innen verbrachten Abende im Bertha–von–Suttnerpark (Schmooch 23.07.2019; steg Hamburg mbH 2015d: 1).

Neben dieser für die Gesellschaft wichtigen Rolle von öffentlichen Grünräumen (Schmooch 23.07.2019) machen allerdings Beispiele deutlich, dass damit auch **Konflikte** verbunden sein können. So gebe es im Grünzug eine Problematik mit alkoholisierten Obdachlosen und einer Drogenszene. Auf die entstehenden Konflikte wurde zur sozialen Belebung mit der Platzierung des Festivals „Sommer in Altona“ im Grünzug reagiert. Dies wiederum werde von einigen Anwohner*innen negativ wahrgenommen, da dies zu der ohnehin bestehenden Belastung von Reeperbahn, Fischmarkt und Touristen*innen hinzukomme. Wie dieses Dilemma gelöst werden kann, sei bisher noch unklar (ebd.; steg Hamburg mbH/arbos 2017: 11, 21, 32) – klar wird aber, dass ein öffentlicher Raum, der tatsächlich die Teilhabe „aller“ ermöglicht, auch immer mit Konflikten zwischen unterschiedlichen Gruppen verbunden ist.

Einschränkung von Werbung

Die Einschränkung von Werbung steht außerhalb des Einflussbereichs eines RISE–Gebietes.

Einschränkung von touristischen Funktionen

Touristische Funktionen werden im Rahmen von RISE nicht umgesetzt. Dies würde auch dem Programm Soziale Stadt, wie oben aufgeführt, widersprechen.

Fazit

Im Zuge der Sozialen Stadt in Altona–Altstadt werden einige Maßnahmen umgesetzt, die sich dem Postwachstum zuordnen lassen, was aber auch auf den Charakter eines Soziale–Stadt–Gebietes zurückzuführen ist – somit bietet ein solches Programm grundsätzlich Potential im Sinne des Postwachstums. Positiv zu bewerten sind umfassende Unterstützung von Bewohner*innenprojekten durch Gremien oder die finanzielle Unterstützung durch den Verfügungsfonds und ebenso die Umgestaltung verschiedener Grünflächen, um sie – ohne Konsum – besser nutzbar zu machen. Diesem stehen lediglich die Themen der Beschränkung von Werbung und Tourismus, die außerhalb des RISE–Einflusses stehen, entgegen.



831 Nutzung der umgestalteten Grünflächen
(eigene Aufnahme 16.07.2019)

6.6.2 Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche

Inwiefern in Altona-Altstadt suffizient mit dem Boden sowie dem Bauvolumen umgegangen wird, wird in den folgenden Absätzen dargelegt. Hierbei wird sich wie bereits erwähnt lediglich auf die Maßnahmen im Gebiet, die dem RISE-Projekt zugeordnet werden können, bezogen.



841 Maßnahmen in den Grünflächen RISE-Gebiet 1:12.000 (eigene Darstellung nach: steg Hamburg mbH/arbos 2017: 3-4, 15, 32; steg Hamburg mbH 2014c: 1, 2015a: 1, 2015b: 1, 2015c: 1, 2015d: 1, 2017b: 1, 2018: 13, 34, 38, 2019a; Schmooch 23.07.2019; auf Grundlage von LGV 2019)

Verhinderung von Neuversiegelung

In diesem Soziale-Stadt-Gebiet ist das Thema des Flächenverbrauchs aufgrund kaum vorhandener baulicher Maßnahmen nicht relevant. Die realisierten Baumaßnahmen seien nicht auf vormals versiegelten Flächen entstanden – stattdessen habe es aber einige Maßnahmen gegeben, die zu Entsiegelung geführt hätten, wie etwa bei Maßnahmen in Hinterhöfen, im Wohnumfeld oder im öffentlichen Grün. Insgesamt wird im Interview auch positiv hervorgehoben, dass der Grünzug nicht bebaut wird. Diese Entscheidung sei jüngst in der Bezirksversammlung bestätigt worden (Schmooch 23.07.2019).

Reduzierung des Bauens

In der Sozialen Stadt sind grundsätzlich bauliche Maßnahmen **förderfähig** (BMI 2018: 8, 19). Hierzu können „städtebauliche Investitionen der Kommunen in das Wohnumfeld, in die Infrastruktur und in die Wohnqualität [gehören, sofern sie] [...] zu mehr Nutzungsvielfalt, Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit führen sowie Bildungschancen, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt aller Bevölkerungsgruppen stärken und zu mehr Umweltgerechtigkeit und Sicherheit vor Ort beitragen“ (ebd.: 17). Damit ist allerdings stark eingeschränkt, welcher Art die geförderten Baumaßnahmen sein dürfen. Grundsätzlich gibt es aber mit einem reduzierten kommunalen Anteil bei der „Sicherung von Altbauten und anderen das Stadtbild prägenden Gebäuden“ eine Bevorzugung von Bestandsentwicklung gegenüber Neubau (BMI 2019c: 13).

In Altona-Altstadt werden wie bereits genannt nur geringfügig **Baumaßnahmen** im Zuge von RISE durchgeführt, wie z.B. Umbauten von Flächen für die Nutzung durch das Altonaer Stadtarchiv oder der Umbau des Stadtteilkulturzentrums Haus Drei. Unabhängig von RISE wurden und werden aber zeitgleich zum Sanierungsverfahren verschiedene Wohnungsneubauverfahren realisiert, die zumindest gemäß § 145 Abs. 2 BauGB nicht den Zielen und Zwecken der Sanierung widersprechen dürfen. Auch wird das Wohnungsbauprogramm im IEK grundsätzlich positiv gewertet und ebenso als dienlich, um das Ziel mehr günstiger Wohnungen im Sinne des IEK zu erreichen (steg Hamburg mbH 2012, 2013: 40–41, 84, 2014b).

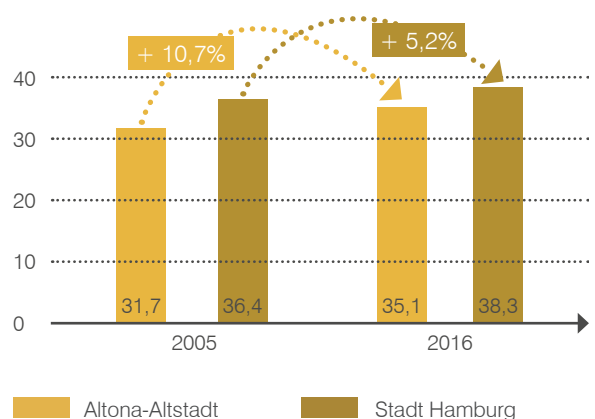
Die **Wohnfläche pro Kopf** ist in Altona-Altstadt geringer als im stadtweiten Durchschnitt und ebenso geringer als in anderen Stadtteilen der inneren Stadt (Statistikamt Nord 2005, 2016). Allerdings stieg diese zeitgleich zum Sanierungsverfahren stärker als im Hamburger Durchschnitt an, was Abb. 85 zeigt. Gemäß Schmooch ist dies auf den geringen Wert zu Beginn des Verfahrens und die zahlreichen kleinen Wohnungen zurückzuführen (Schmooch 23.07.2019; steg Hamburg mbH 2012). So entspricht die Wohnfläche pro Kopf derzeit der durchschnittlich rechnerisch notwendigen Größe, die in Kapitel 6.1 dargestellt wurde – müsste aber tendenziell aufgrund der zentralen Lage noch niedriger liegen und ist damit negativ zu bewerten.

Hohe Ausnutzung von Grundstücken

In Altona-Altstadt wurden im Zuge des RISE-Projektes keine Baumaßnahmen umgesetzt, die die bauliche Dichte im Gebiet verändert haben können. Insofern hat das Projekt keine Auswirkungen auf dieses Kriterium.

Fazit

Dieses Kriterium ist im RISE-Gebiet sehr positiv zu bewerten. So wurde eher entsiegelt als versiegelt und Neubau fand im Zuge von RISE kaum statt. Inwiefern die veränderte Wohnfläche pro Kopf als Folge von Aufwertungsprozessen im Zuge der Sozialen Stadt einzuordnen ist, kann an dieser Stelle nicht bewertet werden.



851 Entwicklung der Wohnfläche pro Person Altona-Altstadt (eigene Darstellung nach: Statistikamt Nord 2005, 2016)

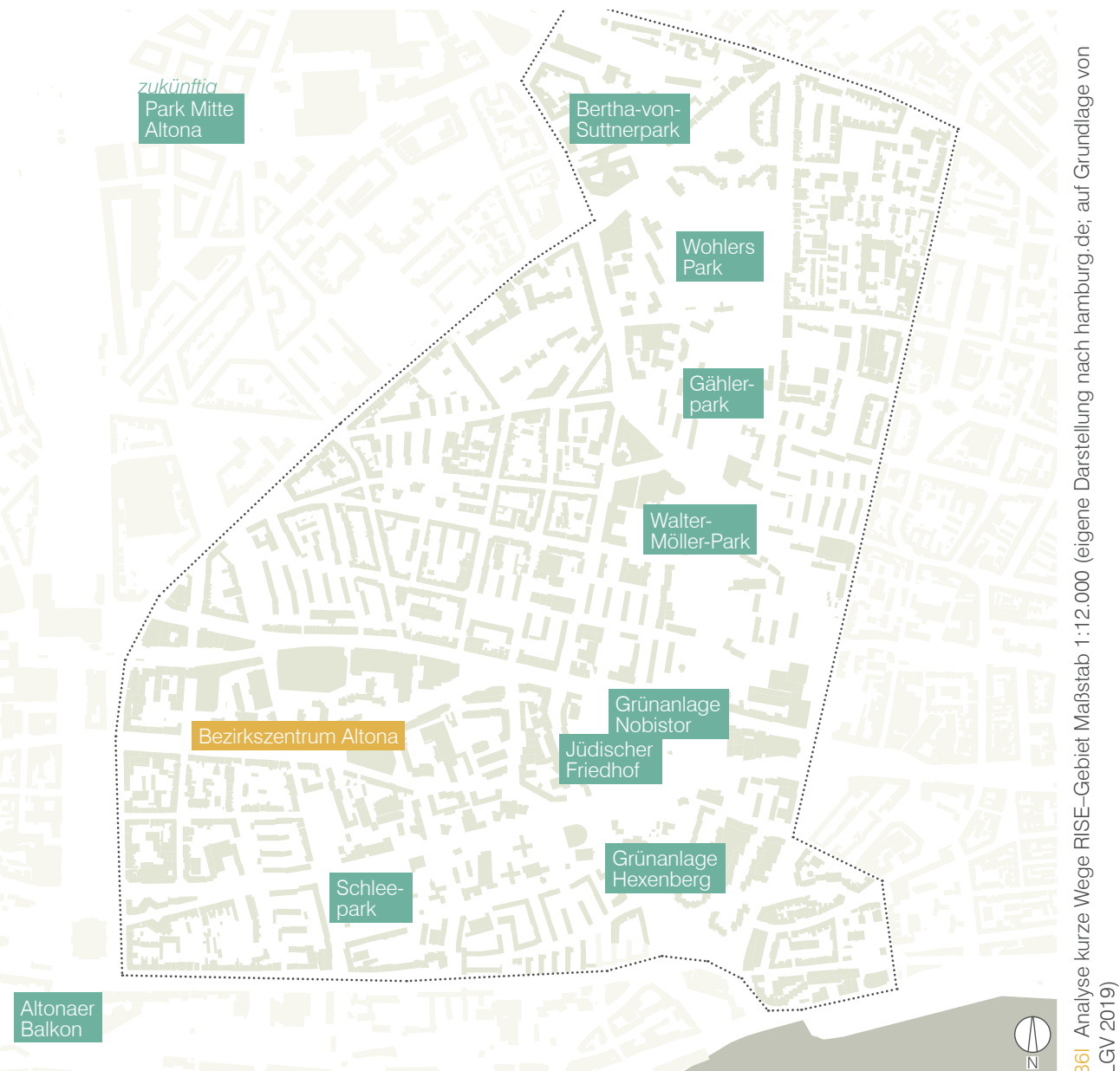
6.6.3 Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen

Das Thema Verkehr ist im Programm Soziale Stadt weniger zentral. Inwiefern hier in Bezug auf die Zielsetzungen des Postwachstums dennoch Fortschritte erzielt werden, wird im Folgenden dargestellt.

Reduzierung von Verkehr

Teil der Soziale-Stadt-Strategie ist es, eine hohe **Nutzungsvielfalt** anzustreben. Dies wird aufgrund der dadurch erzielten kurzen Wege positiv gewertet (BMI 2018: 22).

Das betrachtete Gebiet ist traditionell durch eine **hohe Nutzungsmischung** mit zahlreichen Wohnquartieren, dem Bezirkszentrum sowie sich im Gebiet verteilenden Nahversorgungsangeboten und Dienstleistungen gekennzeichnet (steg Hamburg mbH 2013: 49–50, 89). Dies führt dazu, dass die Wege für die in Altona–Altstadt Wohnenden zu diversen Nutzungen kurz sind, wie Abb. 86 zeigt. Im IEK wird angestrebt, diese Nutzungsmischung zu erhalten – etwa indem Neubauten möglichst gemischtgenutzt sein sollen oder Genehmigungen für die Umnutzung von Gewerbe zu Wohnen vermieden werden sollen. Weiterhin sollen bestehende Gewerbe-



86| Analyse kurze Wege RISE-Gebiet Maßstab 1:12.000 (eigene Darstellung nach hamburg.de; auf Grundlage von LGV 2019)

gebiete gesichert werden, da eine zu große Dominanz der Wohnnutzung befürchtet wird (ebd.: 90). Da diesen Zielsetzungen direkt keine Projekte zugeordnet werden können, kann nicht beurteilt werden, inwiefern diese theoretische Zielsetzung in der Praxis tatsächlich zu entsprechenden Folgen geführt hat, beispielsweise über einen entsprechenden Umgang mit Bauanträgen.

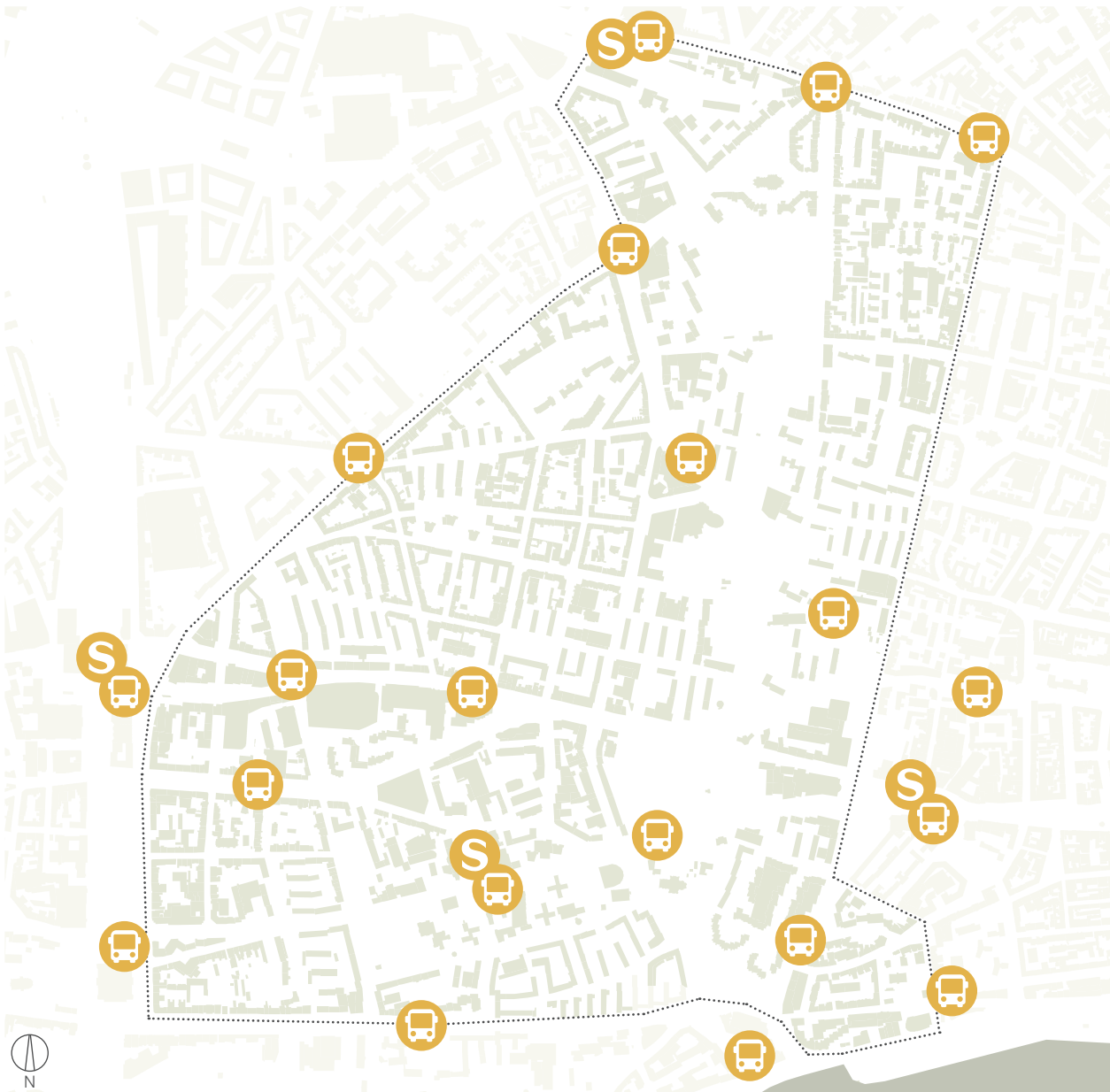
Verlagerung von Verkehr

Im Soziale-Stadt-Programm wird eine „gute verkehrliche Anbindung und qualitätsvolle städtebauliche Einbettung des Quartiers in das Umfeld“ in dem Sinne er-

wähnt, als dass dies ausschlaggebend für eine hohe **Wohn- und Lebensqualität** sei (BMI 2018: 20). Hierbei wird aber nicht zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln differenziert – möglich ist also ebenso eine Verbesserung der Anbindung mit dem MIV, was an dieser Stelle negativ zu werten wäre.

Das Soziale-Stadt-Gebiet Altona-Altstadt ist an den **ÖPNV** mit der S-Bahn-Station Altona, Königstraße und Holstenstraße, über die der Hauptbahnhof in maximal zehn Minuten erreicht werden kann (s. Abb. 87), sehr gut angebunden (HVV 2019). Zusätzlich gibt es im Gebiet

87 | ÖPNV-Anbindung des RISE-Gebietes Maßstab 1:12.000 (eigene Darstellung auf Grundlage von LGV 2019)



zahlreiche Bushaltestellen. Diese hohe Anzahl an Stationen ist aber selbstverständlich auch auf die Größe des Gebietes zurückzuführen.

Die verkehrlichen Maßnahmen, die in Altona–Altstadt durchgeführt werden, betreffen v.a. eine **Stärkung des Fuß- und Radverkehrs** und schränken den Autoverkehr ein. So werden bei mehreren Straßenräumen die Fahrbahnbreiten reduziert, um die Verbindung der Teile des Grünzugs zu verbessern, wie an der Louise–Schröder–Straße und der Thadenstraße. Die Thadenstraße wird in diesem Abschnitt zusätzlich als Fahrradstraße umgewidmet, während Stellplätze reduziert werden (Schmoock 23.07.2019; steg Hamburg mbH 2013: 47–48, 2018: 11, 2019d). Die Qualität für diese Nutzer*innen soll im Grünzug grundsätzlich verbessert werden, auch hin zum Zentrum Große Bergstraße (steg Hamburg mbH 2013: 87). Insbesondere ist hier auf das Projekt DC NOI–SE hinzuweisen, für das eine Untersuchung zu den notwendigen Verbesserungen der Wegeverbindungen älterer Menschen durchgeführt wurde. Umgesetzt wurden daraufhin Verbreiterungen der Gehwege, das Aufstellen von Bänken sowie die Verbesserung der Barrierefreiheit (steg Hamburg mbH 2014a: 1).

Regionalisierung der Wirtschaft

Die Unterstützung der lokalen Ökonomie fällt unter die inhaltlichen Handlungsfelder der Sozialen Stadt (BMI 2018: 18). Allerdings ist im Gebiet Altona–Altstadt kein entsprechendes Projekt bekannt.

Fazit

Das Thema Verkehr ist im RISE–Gebiet grundsätzlich positiv zu werten. So ist die Nutzungsmischung im Gebiet hoch und die Entfernung zu Nahversorgungsangeboten gering. Auch werden an verschiedenen Stellen Fußgänger*innen und Radfahrer*innen gestärkt. Dem gegenüber fehlen allerdings Maßnahmen zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft.

6.6.4 Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

Auch für das RISE–Gebiet ist von Bedeutung, inwiefern gebäudebezogen Ressourcen eingespart werden. Dies wird nachfolgend erörtert.

Verwendung ökologischer Baustoffe & Durchführung energetischer Modernisierungen

Im IEK für Altona–Altstadt wird der Bedarf, Wohnungsbestände energetisch zu modernisieren, betont. Es solle „darauf hingewirkt werden, modernisierungsbedingte Mietpreissteigerungen durch öffentliche Förderprogramme zu reduzieren“ (steg Hamburg mbH 2013: 84). Allerdings ist über eine tatsächliche energetische Modernisierung, die beeinflusst durch RISE realisiert wurde, nichts bekannt – ebenso nicht über eine Verwendung ökologischer Baustoffe, wenngleich diese aufgrund des geringen Neubausvolumens auch weniger relevant sind (steg Hamburg mbH 2012, 2014b).

CO₂–neutrale Energieversorgung

Die Energieversorgung wird im IEK nicht thematisiert.

Fazit

Die Kriterien dieser Kategorie können für das RISE–Gebiet nicht beantwortet werden. Gut möglich ist, dass die Soziale Stadt darauf keinen Einfluss hatte.

6.6.5 Vorausschauende Prozessgestaltung

Inwiefern die Prozessgestaltung im Soziale–Stadt–Gebiet Altona–Altstadt besonders vorausschauend ablief, wird in den folgenden Absätzen diskutiert. Dies ist insbesondere relevant, da das Gebiet einen Förderzeitraum von 15 Jahren aufweist – also stärker auf einen längeren Zeitraum ausgerichtet ist als die anderen Projekte.

Sukzessives Vorgehen mit Raum zum Erproben

In Gebieten der Sozialen Stadt ist der Prozess so gestaltet, dass beruhend auf VU und IEK verschiedene Maßnahmen entwickelt werden. Jede Einzelmaßnahme im Gebiet fügt sich in diese übergeordnete Zielsetzung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme ein, so dass eine **langfristige Richtungsvorgabe** der Entwicklung besteht, die in Einzelmaßnahmen ausgefüllt werden kann (BMI 2019c: 12). Dabei sind im Rahmen von Fortschreibungen auch immer Anpassungen möglich, so dass hier eine gewisse Flexibilität gewährleistet ist. Ein langfristig orientiertes Vorgehen existiert auch dadurch, dass immer ein Monitoring stattfindet, so dass „gewonnene Erkenntnisse direkt in die Weiterentwicklung einfließen“ (BMI 2019a).

Diesem gegenüber steht die Tatsache, dass die gesamte Städtebauförderung den **Förderbedingungen** folgt, wodurch jeglicher Prozess mit viel Aufwand und Bürokratie verbunden ist. Die Möglichkeit zu spontanen Reaktionen ist daher vergleichsweise gering und auf einer kleinteiligeren Ebene vorhanden, wie beispielsweise über die unbürokratische Entscheidung zur Verwendung des Verfügungsfonds.

Auch in Altona–Altstadt wurde das **IEK** sukzessiv entwickelt (s. Abb. 88). So ist das aktuell gültige eine Fortschreibung, das über mehrere Jahre hinweg entwickelt wurde, „beginnend mit der Entwicklung von Visionen für den Stadtteil, der Konkretisierung von Themen und daraus entwickelten Zielformulierungen“. Das IEK wird dabei ständig einer Überprüfung unterzogen und „trägt so dem Prozesscharakter des Programms Rechnung“ (steg Hamburg mbH 2013: 37).

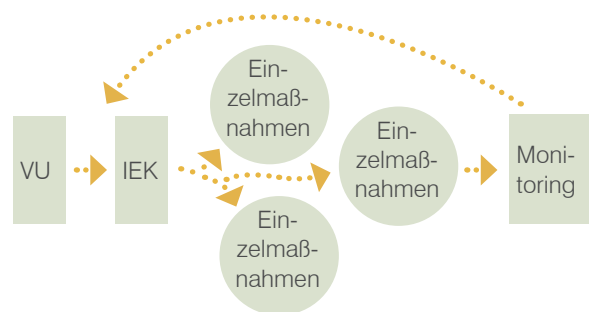
Die oben dargelegte **Richtungsvorgabe** durch das IEK wird in Altona–Altstadt beispielsweise so erreicht, dass im IEK grundsätzlich die Entscheidung für nachbarschaftliche Treffpunkte im Grünzug getroffen wird, was im Zuge genauerer Planungen (s. Kapitel 6.6.1)

konkretisiert wird. So wird sukzessiv vorgegangen, Lösungen können getestet und intensiv diskutiert werden.

Beteiligung der Bevölkerung

In Soziale–Stadt–Prozessen sind Beteiligungsprozesse, bei denen die Bürger*innen stärker als in förmlichen Prozessen „in die Entscheidungs– und Umsetzungsprozesse der Gebietserneuerung vor Ort einbezogen“ (BMI 2018: 26) werden sollen, **vorgeschrieben**. Ebenso sollen die Bürger*innen aktiviert werden, selbst gemeinschaftliches Zusammenleben zu stärken und sich hierfür zu vernetzen. Dies solle möglichst selbstorganisiert stattfinden (BMI 2018: 24–26; BSW 2018c: 12).

In Altona–Altstadt fand und findet Beteiligung, die als eines der „Grundprinzipien der Gebietsentwicklung“ (steg Hamburg mbH 2013: 75) bezeichnet wird, über zahlreiche unterschiedliche Prozesse statt. Zu den **dauerhaft stattfindenden Prozessen** gehört beispielsweise die Beteiligung im Vorfeld der Erstellung des IEK über Gespräche mit Menschen unterschiedlicher Altersklassen, Anregungen verschiedener Institutionen, die Entwicklung von Ideen über Workshops sowie die Abstimmung mit Fachämtern und –behörden. Weiterhin diente das Stadtteilbüro als ständiger Anlaufpunkt für Anwohner*innen, in dem auch verschiedene Gespräche mit lokalen Akteuren stattfanden (ebd.: 37, 75–77). Eine dauerhafte Beteiligung fand auch über Beiräte statt – während des Verfahrens in Form eines Sanierungs– und eines Stadtteilforums, inzwischen über einen Stadtteilrat (steg Hamburg mbH 2019c). Der Stadtteilrat ist ein regelmäßig tagendes Gremium, in dem ein Stimmrecht über eine regelmäßige Teilnahme zugewiesen wird und beispielsweise Themen wie die Verwendung des Verfügungsfonds entschieden werden (Stadtteilrat Altona–Altstadt 2017).



88 | Phasen der Entwicklung RISE–Gebiet (eigene Darstellung)

Zusätzlich zu diesen Beteiligungsprozessen wurde immer **projektbezogen beteiligt** (steg Hamburg mbH 2013: 75–77) – und zwar mit so intensiver Beteiligung, „bis alle glücklich sind“ (Schmoock 23.07.2019). Dies betrifft beispielsweise die Beteiligung für den südlichen Grünzug, die in einem mehrstufigen Verfahren stattfand und Expertengespräche, Gespräche mit Anwohnern*innen im Grünzug sowie eine Diskussion erster Entwürfe beinhaltete (steg Hamburg mbH/arbos 2017: 5). Die Beteiligung für den Wohlers Park wurde über Kurzinterviews, eine Auftaktveranstaltung zur Information über die Bedingungen des Denkmalschutzes und zur Sammlung von Ideen sowie eine anschließende Diskussion erster Entwürfe realisiert (steg Hamburg mbH 2018: 4).

Insbesondere anlassbezogene Prozesse anlässlich der Umgestaltung von Grünflächen seien **erfolgreich** gewesen und hätten zu einer hohen Akzeptanz geführt. Dagegen sei die regelmäßige Teilnahme an Formaten wie dem Beirat herausfordernder (Schmoock 23.07.2019).

Überprüfung des langfristigen Bedarfs

Grundsätzlich ist im Soziale–Stadt–Programm die langfristige Betrachtung sehr präsent. So ist schlicht der Charakter dieses Projektes langfristiger und dauerhafter ausgelegt als ein einzelnes Bauprojekt, da es nicht auf einen finalen Endzustand hinsteuert, sondern einen **Prozess anstoßen** möchte. Auch sind die Zielsetzungen des Programms entsprechend formuliert, wie etwa

- _ „durch Stabilisierung und Aufwertung die Lebensbedingungen und die Lebensqualität aller Quartiersbewohnerinnen und –bewohner zu verbessern“,
- _ „Generationengerechtigkeit“ herzustellen,
- _ „Zusammenleben und soziale Integration“ zu fördern oder
- _ den „Erhalt und [die] Schaffung bedarfsgerechter, bezahlbarer Wohnangebote zur Unterstützung langfristig sozial– und altersgemischter, inklusiver und stabiler Bewohnerstrukturen“ sicherzustellen (BMI 2018: 16–20).

All dies sind Ziele, die auf eine langfristig positive Entwicklung eines Quartiers hindeuten. Auch über die Dauer der Förderung hinaus sollen dabei über die Erarbeitung eines Verstetigungskonzeptes, das häufig auch die Integration von Kooperationspartnern beinhaltet, Wirkungen erzeugt werden (ebd.: 27, 29).

Auch in Altona–Altstadt soll sich die positive Entwicklung nach Ablauf der Förderung durch eine **Verstetigung** fortsetzen. Dies sollte über bereits existierende „tragfähige Informations–, Kommunikations– und Kooperationsstrukturen, die den eingeleiteten Stadtteilentwicklungsprozess fortführen“ erzielt werden (steg Hamburg mbH 2013: 82). Bisher wird dies auch als erfolgreich bewertet: So ist die Gebietsentwicklerin seit zwei Jahren nicht mehr zuständig und das Stadtteilforum organisiert sich inzwischen selbst. Man befinde sich derzeit an „einem Scheidepunkt, ob es langfristig funktioniert“ (Schmoock 23.07.2019).

Über diese verfahrensbezogene langfristige Ausrichtung hinaus sind an dieser Stelle weitere Faktoren relevant. Hierzu gehört beispielsweise die angestrebte **soziale Stabilität**. So existiert beispielsweise eine soziale Erhaltungsverordnung, die die „Zusammensetzung der Wohnbevölkerung“ erhalten soll und damit ein Gegengewicht zur Aufwertung im Zentrumsbereich von Altona–Altstadt darstellt (steg Hamburg mbH 2013: 25).

Weiterhin werden im IEK Ziele formuliert, die die **Integration und Inklusion** betreffen. Dies bedeute beispielsweise, „Angebote so zu gestalten, dass möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen teilnehmen können“ sowie sowohl im öffentlichen Raum als auch im Wohnungsbau barrierefrei zu bauen (ebd.: 79, 84). Diese Zielsetzungen sind angesichts zu erwartender demographischer Entwicklungen als sehr sinnvoll zu betrachten – inwiefern diese tatsächlich aber zu Umsetzungen geführt haben, ist mit Ausnahme des aufgeführten Projektes DC Noise nicht zu beurteilen.

Fazit

Das Soziale–Stadt–Gebiet Altona–Altstadt ist durch eine vorausschauende Planung gekennzeichnet, die sich in im Charakter der Städtebauförderung als langfristige Maßnahme mit aufwändigen Beteiligungsprozessen, Verstetigungskonzepten und Zielsetzungen, die die zukünftige demographische Entwicklung und die Stabilität des Gebietes betreffen, zeigen. Lediglich die Notwendigkeit der aufwändigen Beantragungen zur Umsetzung von Maßnahmen sind hier negativ zu bewerten.

6.6.6 Fazit

Im RISE-Gebiet Altona–Altstadt sind verschiedene Ansätze in den Postwachstumskontext einzuordnen und damit positiv zu werten. Hierzu gehören die Unterstützung von Eigeninitiativen durch Bewohner*innen, zahlreiche Umgestaltungen von Grünflächen, das Fehlen von Neuversiegelung und Neubau, die hohe Nutzungsmischung und die Nähe zu Nahversorgung und Grün sowie die Stärkung von Fuß- und Radverkehr. Auch die Prozessgestaltung als langfristige Maßnahme unter

umfassender Beteiligung der Bevölkerung und mit Verstärkungskonzepten ist zu würdigen. Diesem gegenüber stehen hauptsächlich Aspekte, die außerhalb des Einflusses von RISE stehen, wie etwa die fehlende Beschränkung von Tourismus und Werbung, oder aber der hohe Aufwand aufgrund der Förderbedingungen sowie die steigende Wohnfläche, bei der der Einfluss von RISE unklar ist.

Ansätze für die Postwachstumsstadt Hamburg

Die durchgeführte Analyse ergab einige Aspekte, die für die Konzeption der Postwachstumsstadt hilfreich sein können. Hierzu gehören:

- _ Quartiersmanagement, Verfügungsfonds, Stadtteilbüro, Stadtteilforum zur Unterstützung von Bürger*innen, u.a. auch im Rahmen zivilgesellschaftlicher Initiativen
- _ Die Umgestaltung von Grünflächen, um sie durch zahlreiche Bevölkerungsgruppen besser nutzbar zu machen
- _ Die Entsiegelungen im Wohnumfeld
- _ Einschränkungen des MIV zur Stärkung von Fuß- und Radverkehr
- _ Umfassende Bürger*innenbeteiligung mit verschiedenen Formaten, anlassbezogen und ständig
- _ Langfristig formulierte inhaltliche Zielsetzungen
- _ Die Entwicklung von Verstärkungskonzepten

6.7 Fazit

In diesem Kapitel wurden mehrere Beispielprojekte der Hamburger Stadtentwicklung analysiert, um den ersten Teil der Fragestellung dieser Arbeit zu beantworten:

Inwiefern sind in der Hamburger Stadtentwicklung Ansätze von Postwachstum im Sinne des Klimaschutzes vorzufinden?

Dem Konzept dieser Arbeit entsprechend, dient diese Analyse weniger dem Vergleich der Beispielprojekte.

Stattdessen soll grundsätzlich eine Bewertung erfolgen, inwiefern Hamburgs Stadtentwicklung den Grundsätzen des Postwachstums folgt, wenngleich diese Arbeit hierfür nur einen ersten Einblick liefern kann. Das Ziel ist auch, aus den ausgewählten Projekten Ansätze für ein Konzept der Stadt im Postwachstum im Kapitel 7 zu übernehmen. Ein Überblick über die Analyseergebnisse findet sich in Tabelle 13 bis 17.



13| Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils

	Leitbild	Mitte Altona	Quartier 21	Schanzenhöfe	Soziale Stadt Altona-Altstadt
Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen	Unterstützung von Initiativen gewollt, tatsächliche Unterstützung unklar	Potential Baugeinschaften Urban Gardening im Park, Selbstversorgung unklar Unterstützung durch Quartiersmanagement möglich	Potential Nachbarschaftsverein Urban Gardening im Westen des Gebiets, vermutlich ohne Selbstversorgung	Nicht vorhanden	Verschiedene Institutionen zur Unterstützung: Stadtteilbüro, Stadtteilforum Repair-Café Umgestaltung Park durch Anwohner*innen
Stärkung öffentlicher Räume	Öffentliche Räume als Gemeinschaftsort für alle, z.B. Öffnung von Schulen	Neue öffentliche Räume: Park, Quartiersplätze, Straßenräume Flexible Nutzungsmöglichkeiten für verschiedene Zielgruppen Tatsächliche Nutzung/Aufenthaltsqualität noch nicht absehbar Offene Gemeinschaftsräume in Baugemeinschaften, Quartiersraum	Neue öffentliche Räume: Park, Straßenräume Park mit Zugangsbeschränkungen (privat) Geplante Aufenthaltsqualität in Straßenräumen funktioniert nicht Kaum Nutzung der öffentlichen Räume Gemeinschaftsräume vorhanden	Verbesserung der Zugänglichkeit Keine Nutzung ohne Konsum Keine sozialen oder gemeinschaftlichen Nutzungen	Modernisierung Gemeinschaftsräume Modernisierung aller Grünflächen: verbesserte Nutzungsmöglichkeiten/Wegeverbindungen/ Sitzmöglichkeiten Sichtbare Erfolge Konflikte zwischen Nutzer*innengruppen
Einschränkung von Werbung	Nicht vorhanden	Beschränkung von Werbeanlagen: Größe, Position	Einschränkung Werbung durch Denkmalschutz	Einschränkung Werbung durch Denkmalschutz	Nicht vorhanden
Einschränkung von touristischen Funktionen	Internationaler Metropolenwettbewerb	Fokus auf Alltagsqualitäten, keine Relevanz von Tourismus	Kaum Relevanz von Relevanz, möglicherweise Meridian Spa	Vermutlich touristisches Ziel	Keine Relevanz von Tourismus

In Bezug auf dieses Kriterium zeigte sich in den Beispielprojekten, dass grundsätzlich eine Bereitschaft zur Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen vorhanden ist. Hier

gibt es in der Mitte Altona Möglichkeiten durch die Baugemeinschaften und das Quartiersmanagement und im Quartier 21 durch den Nachbarschaftsverein, wobei bei

beiden dieses Potential bisher kaum in der angestrebten Richtung des nichtmaterialistischen Lebensstils eingesetzt wird. Im Leitbild gibt es eine grundsätzliche Bereitschaft für solche Initiativen, aber die tatsächliche Unterstützung ist unklar, während in den Schanzenhöfen nichts in dieser Richtung bekannt ist. Im Soziale-Stadt-Gebiet Altona-Altstadt existieren dagegen mit dem Stadtteilbüro und dem Stadtteilforum verschiedene Institutionen, die auch tatsächlich Initiativen wie ein Repair-Café unterstützen.

Eine **Stärkung öffentlicher Räume** findet in fast allen Beispielprojekten statt. Lediglich in den Schanzenhöfen fehlen soziale oder gemeinschaftliche Nutzungen und eine Nutzung ohne Konsum ist nicht möglich. Dagegen wird im Leitbild eine Stärkung öffentlicher Räume als Gemeinschaftsort für alle gefordert und die Mitte Altona und das Quartier 21 schaffen neue öffentliche Räume. Beide bieten neue grüne und graue Freiräume, die verschiedene Nutzungsmöglichkeiten zulassen. Während in der Mitte Altona die tatsächliche Nutzung und Aufenthaltsqualität noch nicht absehbar sind, werden die Freiräume im Quartier 21 aufgrund des fehlenden Bedürfnisses danach und

der starken Beanspruchung des öffentlichen Raums durch parkende Autos kaum genutzt. In Mitte-Altona werden dagegen Grünräume modernisiert und dadurch besser nutzbar, was sich auch in der tatsächlichen Nutzung ablesen lässt.

Eine **Beschränkung von Werbung** findet sowohl im Leitbild als auch im RISE-Gebiet keine Berücksichtigung. Im Unterschied dazu wird dies im Bebauungsplan für die Mitte Altona beschränkt, während im Quartier 21 und in den Schanzenhöfen eine Beschränkung aus Gründen des Denkmalschutzes stattfindet.

Touristische Funktionen der Stadt spielen insbesondere im Leitbild eine wichtige Rolle, da sich Hamburg mit der Stadtentwicklung im internationalen Metropolenwettbewerb profilieren möchte. In den anderen Projekten ist, auch aufgrund des Fokus auf Wohnnutzung, kaum eine Tourismusfunktion vorzufinden, wie in der Mitte Altona und dem RISE-Gebiet, während das Quartier 21 möglicherweise ansatzweise solch eine Funktion einnimmt und die Schanzenhöfe vermutlich durch Touristen genutzt werden.



14| Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche

	Leitbild	Mitte Altona	Quartier 21	Schanzenhöfe	Soziale Stadt Altona-Altstadt
Verhinderung von Neuversiegelung	„vorrangige“ Innenentwicklung Qualitätsoffensive Freiraum Vorhalten von Flächen für die wirtschaftliche Entwicklung Projekte im Außenbereich	Konversionsprojekt Versiegelungsgrad gegenüber vorher kaum erhöht, Dennoch hoher Versiegelungsgrad (hohe Dichte & Tiefgaragen)	Konversionsprojekt Ausgleichsfläche in Kirchwerder	Konversionsprojekt Versiegelungsgrad gegenüber vorher reduziert Dennoch hoher Versiegelungsgrad (keine Grünflächen)	Keine Neuversiegelung, z.T. Entsiegelung
Reduzierung des Bauens	Wohnungsbauprogramme Neubau mit Impulswirkung für Quartiere Wohnraumschutz Reduktion Wohnfläche/Person nicht berücksichtigt	Z.T. Erhalt von Bestand (Denkmalschutz) - auch viel Rückbau Großes Neubausvolumen Reduktion Wohnfläche/Person nicht berücksichtigt	Erhalt von Bestand (Denkmalschutz) - wenig Abbruch Reduktion Wohnfläche/Person nicht berücksichtigt	Erhalt von Bestand (Denkmalschutz) Einige Veränderungen an den Baukörpern	Keine Neubaumaßnahmen Reduktion Wohnfläche/Person nicht berücksichtigt
Hohe Ausnutzung von Grundstücken	Hohe Dichten angestrebt	Überschreitung § 17 Abs. 1 BauNVO Mindestgeschossigkeiten	Durchschnittlich Einhaltung § 17 Abs. 1 BauNVO	Keine hohe Dichte (nur Bestand)	Keine Veränderung der Dichte

In Bezug auf die **Verhinderung von Neuversiegelung** ist im Leitbild eine grundsätzliche Entscheidung dafür getroffen worden, wenngleich diese durch tatsächlich zu realisierende Projekte im Außenbereich konterkariert wird. Alle anderen Beispielprojekte sind Projekte der Innenentwicklung, bei denen der Versiegelungsgrad kaum erhöht wird. In der Mitte Altona und in den Schanzenhöfen ist der Versiegelungsgrad allerdings aufgrund fehlender Grünflächen und Tiefgaragen trotzdem hoch, während im Quartier 21 eine Fläche in Kirchwerder die zusätzliche Versiegelung ausgleichen muss. Im Soziale-Stadt-Gebiet wird dagegen entsiegelt.

Bauen zu reduzieren wird im Leitbild nicht angestrebt, obwohl hier, wie in Kapitel 6.1 dargestellt, erhebliches Potential besteht. Stattdessen sollen im Rahmen der Wohnungsbauprogramme jährlich zahlreiche Wohnungen im Neubau realisiert werden. In der Mitte Altona, dem Quartier 21 und den Schanzenhöfen werden

dagegen Gebäude aufgrund des Denkmalschutzes umgenutzt. In der Mitte Altona wird dennoch viel Neubauvolumen realisiert, während im Quartier 21 und den Schanzenhöfen nur in geringem Maße Veränderungen am Bestand oder ergänzende Neubauten realisiert werden. In Altona-Altstadt finden keine Neubaumaßnahmen im Zuge von RISE statt. In keinem Beispielprojekt werden Maßnahmen getroffen, um die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren.

Hohe bauliche Dichten, die im Leitbild grundsätzlich angestrebt werden, werden lediglich in der Mitte Altona erreicht. Während im Quartier 21 durchschnittlich die Vorgaben der BauNVO eingehalten werden, ist die Dichte in den Schanzenhöfen gering und im RISE-Gebiet findet im Zuge des Projektes keine Veränderung der Dichte statt. Zurückzuführen ist eine geringe oder durchschnittliche Dichte bei den Projekten häufig auf die Bestandsorientierung.



15| Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen

	Leitbild	Mitte Altona	Quartier 21	Schanzenhöfe	Soziale Stadt Altona-Altstadt
Reduzierung von Verkehr	Nutzungsmischung (Wohnen/Arbeiten Innenentwicklung	Nutzungsmischung (inkl. Nahversorgung/Gewerbe) Kurze Wege: zu Grün, Nahversorgung/Zentrum	Nutzungsmischung (inkl. Nahversorgung/Gewerbe) Kurze Wege: zu Grün, Nahversorgung/Zentrum	Nutzungsmischung im Umfeld Verkehrserzeugung durch Lieferverkehr	Erhalt Nutzungsmischung angestrebt
Verlagerung von Verkehr	Ausbau ÖPNV Ausbau Carsharing/umweltfreundlichen Antriebstechnologien Kaum Priorisierung ÖPNV ggü. MIV Ausbau Autobahnen/Flughafen Ausbau Pendlerbeziehungen/Verbindungen andere europäische Städte	Gute ÖPNV-Anbindung Stellplätze in TG Mobilitätskonzept, Einschränkung MIV nur kleinteilig Fahrrad: Zahlreiche Stellplätze Sharing: Autos, Fahrräder, Lastenräder/Fahrradanhänger Attraktive öffentliche Räume für Fußgänger*innen	Gute ÖPNV-Anbindung Stellplätze in TG, aber zahlreiche parkende Autos oberirdisch Fahrrad: einige Stellplätze vorhanden	Sehr gute ÖPNV-Anbindung Unsichere Situationen für Fußgänger*innen/ Radfahrer*innen Behinderung Radfahren durch Kopfsteinpflaster	Sehr gute ÖPNV-Anbindung Verbesserung Wegeverbindungen für ältere Menschen und im Grünzug
Regionalisierung der Wirtschaft	<i>Nicht vorhanden</i>	Verpflichtung Kleingewerbe in Güterhallen, geringe Anfangsmiete	<i>Nicht vorhanden</i>	Vermutlich vorhanden (Brauerei/Gastronomien)	<i>Nicht vorhanden</i>

Eine **Reduzierung von Verkehr** findet in allen Beispielprojekten über Nutzungsmischung und kurze Wege statt, was auch auf die zentrale Lage der Projekte zurückzu-

führen ist. Nutzungsmischung und kurze Wege werden im Leitbild grundsätzlich befürwortet, in der Mitte Altona und im Quartier 21 sind im Gebiet selbst zahlreiche

Nutzungen vorzufinden und in den Schanzenhöfen bietet das Umfeld, das aufgrund der geringen Fläche der Schanzenhöfe mit einbezogen wird, zahlreiche Möglichkeiten. Im Soziale-Stadt-Gebiet soll die bestehende Nutzungsmischung erhalten werden.

Eine **Verlagerung von Verkehr** auf umweltfreundliche Verkehrsmittel wird im Leitbild in Bezug auf den ÖPNV grundsätzlich befürwortet. Allerdings werden auch zahlreiche Strategien wie Carsharing oder vermeintlich umweltfreundliche Antriebstechnologien verfolgt, die nicht positiv bewertet werden, sowie zahlreiche Straßen und der Flughafen ausgebaut. Die ÖPNV-Anbindung ist bei allen Projekten gut zu bewerten, in der Mitte Altona gibt es außerdem einige Möglichkeiten für Fahrräder sowie das Ausleihen von Lastenrädern und Fahrradanhängern. In der Mitte Altona sowie im Quartier 21 werden die Stellplätze unterirdisch untergebracht, was positiv zu

werten ist, allerdings im Quartier 21 eine starke Nutzung des öffentlichen Raums als Stellplatz nicht zu verhindern mag. So ist in beiden Projekten noch Potential zur Reduzierung des MIV vorhanden. Dies trifft auch auf die Schanzenhöfe zu, in denen ungeordnet parkende Autos eine für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen unsichere Situation herbeiführen. Im RISE-Gebiet werden einige Wegeverbindungen für Fußgänger*innen verbessert. Andere Maßnahmen in diesem Bereich finden nicht statt.

Eine Reduzierung von Verkehr über eine **Förderung regionalisierter Wirtschaft** findet im Leitbild, im Quartier 21 und im RISE-Gebiet keine Berücksichtigung. In der Mitte Altona gibt es in den Güterhallen durch eine geringe Anfangsmiete eine Bevorzugung bestehender, regionaler Mieter, während in den Schanzenhöfen einige Nutzer*innen vermutlich z.T. regional ausgerichtet sind.



16| Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

	Leitbild	Mitte Altona	Quartier 21	Schanzenhöfe	Soziale Stadt Altona-Altstadt
Verwendung ökologischer Baustoffe und Durchführung energetischer Modernisierungen	Baustoffe nicht erwähnt Fördermöglichkeiten energetische Modernisierungen	z.T. Weiternutzung Bestand Keine Verwendung ökologischer Baustoffe Energetische Modernisierung vorhanden	Weiternutzung Bestand Vermutlich keine Verwendung ökologischer Baustoffe Energetische Modernisierung vorhanden	Weiternutzung Bestand Keine Verwendung neuer ökologischer Baustoffe Energetische Modernisierung nicht notwendig	Energetische Modernisierung angestrebt Ökologische Baustoffe nicht vorhanden
CO ₂ -neutrale Energieversorgung	Ressourcensparende Energieversorgung angestrebt, z.B. über Kooperationen	Versorgung Warmwasser mit v.a. erneuerbaren Energien - Umsetzung angezweifelt Vermutlich geringere Anforderungen an baulichen Wärmeschutz	Versorgung Warmwasser z.T. mit erneuerbaren Energien	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden

In keinem der Projekte werden **ökologische Baustoffe** erwähnt – positiv zu werten ist allerdings die Weiterverwendung der Baustoffe bei der Umnutzung von Bestand in der Mitte Altona, im Quartier 21 und in den Schanzenhöfen. Im Leitbild werden verschiedene Fördermöglichkeiten für **energetische Modernisierungen** aufgeführt, die in der Mitte Altona und im Quartier 21 vermutlich auch durchgeführt wurden und in den Schanzenhöfen nicht notwendig waren. Im Soziale-Stadt-Gebiet wird eine energetische Modernisierung grundsätzlich angestrebt.

Die **ressourcensparende Energieversorgung** findet sowohl in den Schanzenhöfen als auch im RISE-Gebiet keine Berücksichtigung. Im Leitbild wird diese dagegen, beispielsweise über Kooperationen, fokussiert, während in der Mitte Altona und im Quartier 21 Vorgaben dazu im Bebauungsplan vorhanden sind. Diese sind allerdings wenig anspruchsvoll und in Bezug auf Mitte Altona wird die Realisierung dessen auch angezweifelt.



17| Vorausschauende Prozessgestaltung

	Leitbild	Mitte Altona	Quartier 21	Schanzenhöfe	Soziale Stadt Altona-Altstadt
Sukzessives Vorgehen mit Raum zum Erproben	Kein sukzessives Vorgehen, voneinander unabhängige Leitbilder	Sukzessives Vorgehen, ohne Raum zum Erproben Einschränkung Flexibilität durch städtebaulichen Vertrag Möglichkeit der getrennten Entwicklung der Teilabschnitte	Sukzessives Vorgehen, ohne Raum zum Erproben	Offener Prozess nach Initiative des Architekten Sukzessive Entwicklung der beiden Hallen	Sukzessive Entwicklung des IEK, ständige Aktualisierung, dadurch Flexibilität Richtungsvorgabe durch IEK für Einzelmaßnahmen, ermöglicht Raum zum Erproben
Beteiligung der Bevölkerung	Keine Beteiligung	Umfangreiche Beteiligung: zahlreiche Formate, ständige und projektbezogen - mit Kritik	Beteiligung nach BauGB	Keine Beteiligung	Umfangreiche Beteiligung: zahlreiche Formate, ständige und projektbezogen
Überprüfung des langfristigen Bedarfs & Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten	Keine Untersuchung langfristiger Bedarfe	Gängiger Wohnungsbau Inklusion/Barrierefreiheit: Austesten neuer Möglichkeiten Bessere Ausnutzung vorhandener Infrastrukturen	Umnutzung Bestand Keine Berücksichtigung zukünftiger Bedürfnisse Bessere Ausnutzung vorhandener Infrastrukturen	Umnutzung Bestand Bessere Ausnutzung vorhandener Infrastrukturen	Langfristige Ausrichtung des Projekts Verstetigungskonzepte Langfristige Zielformulierung (soziale Stabilität, Integration, Inklusion)

Ein **sukzessives Vorgehen** mit Raum zum Erproben findet sich lediglich im RISE-Gebiet durch die sukzessive Entwicklung des IEK, das als Richtungsvorgabe für die folgenden Einzelmaßnahmen dient. Auch bei den Schanzenhöfen war der Prozess vergleichsweise offen, da die tatsächliche Realisierung zu Beginn noch nicht klar war. In der Mitte Altona und im Quartier 21 ist der Prozess zwar als sukzessiv zu charakterisieren, allerdings fehlen Räume zum Erproben unterschiedlicher Lösungen und bei der Mitte Altona ist die Flexibilität durch die frühzeitige Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrages eingeschränkt. Im Leitbild dagegen ist kein sukzessives Vorgehen vorhanden.

Bürger*innenbeteiligung fand beim Leitbild und bei den Schanzenhöfen nicht statt, beim Quartier 21 nur nach BauGB im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens. Dagegen wurde diese sowohl in der Mitte Altona als auch im RISE-Gebiet umfangreich realisiert, wenngleich es bei der Mitte Altona auch zahlreiche Kritik gab.

Der **langfristige Bedarf** wurde im Leitbild nicht überprüft. In den anderen Beispielprojekten wurden aufgrund der zentralen Lage die bestehenden Infrastrukturen besser ausgenutzt. In der Mitte Altona ist der Fokus auf die Themen Barrierefreiheit und Inklusion diesbezüglich positiv zu werten, wogegen das Fehlen innovativer Typologien im Wohnungsbau negativ zu beurteilen ist. Im Quartier 21 sind sowohl der Fokus auf Familien als auch die fehlende Berücksichtigung demographischer Entwicklungen negativ zu werten. Grundsätzlich ist die Umnutzung von Bestand bei diesem Projekt und den Schanzenhöfen immer positiv zu werten, genauso wie die Verstetigungskonzepte und langfristigen Zielformulierungen im RISE-Gebiet.

6.7.1 Reflexion

Die Analyse der Beispielprojekte zeigt, dass einige Ansätze für Postwachstum in den Projekten vorhanden sind, die Potential versprechen. Genauso sind aber auch Mängel vorzufinden, die, um zukünftig den Herausforderungen des Klimawandels begegnen zu können, behoben werden und einer grundsätzlichen Richtungsänderung folgen müssen. Deutlich wird, dass ein kleinteiliges Verbessern ohne Einschränkung an anderer Stelle nicht ausreicht, wie es insbesondere im Leitbild beim Thema Verkehr deutlich wird – hier wird zwar der Ausbau des ÖPNV angestrebt, aber genauso Straßen und Flughafen ausgebaut.

Grundsätzlich stellte sich bei der Analyse heraus, dass sich **Neubau- und Bestandsprojekte** immer stark unterscheiden. So bieten Neubauprojekte mehr Potential, verschiedene Aspekte von Anfang an mit einzuplanen, wie etwa Barrierefreiheit oder Verkehrsthemen. Dies ist im Bestand grundsätzlich mit mehr Aufwand verbunden. Allerdings darf dies nicht dazu führen, dass diese Neubauquartiere positiver bewertet werden, da Bestandsquartiere durch die deutlich reduzierten Ressourcenverbräuche für das Bauen entscheidende Vorteile haben. Dies zu beachten, ist einer der Aspekte, die bei einer Postwachstumsstadt eindeutig berücksichtigt werden müssen.

Auch wurde in der Analyse deutlich, dass die Bewertung der Projekte z.T. durch die **Auswahl** dieser zu begründen ist oder aber durch den **Zeitpunkt** der Planung und Realisierung. So führte beispielsweise das Kriterium, dass alle Projekte in zentraler Lage liegen sollten, dazu, dass Nutzungsmischung und kurze Wege bei jedem Projekt positiv bewertet wurden. Weiterhin ist der jeweils geltende Zeitgeist beispielsweise darin zu sehen, dass die Mitte Altona in Bezug auf Verkehrsthemen deutlich innovativer zu bewerten ist als das Quartier 21 – schlicht, weil zum Zeitpunkt der Realisierung des Quartier 21 eine Reduzierung des MIV im öffentlichen Raum oder eine Förderung des Radverkehrs noch weniger im Fokus standen (Boltres 17.07.2019).

Weiterhin ist zu reflektieren, dass bei der Fragestellung, was Stadtplanung tatsächlich im Sinne des Postwachstums bewirken kann, immer die zur Verfügung stehenden **Instrumente** beachtet werden müssen. So wurden in der Analyse verschiedene Instrumente der Planung untersucht: eine regulative Vorgabe durch den

Bebauungsplan, eine übergeordnete Richtungsvorgabe durch ein Leitbild, eine stärker lokal ausgerichtete aber dennoch übergeordnete Steuerung im Sinne der Städtebauförderung oder aber ein durch Private initiiertes Handeln, bei dem öffentliche Planung nur unterstützt und ggf. kontrolliert. Entsprechend dieser Instrumente unterscheiden sich auch der Einfluss und die Möglichkeiten der Planung. Hier sind beispielsweise die Vorteile eines Bebauungsplans, regulative verpflichtend einzuhaltende Vorgaben machen zu können, zu nennen. Dagegen bietet ein Soziale-Stadt-Gebiet besonderes Potential, Menschen vor Ort zu unterstützen, die etwa im Sinne zivilgesellschaftlicher Initiativen aktiv werden möchten, oder auch Gemeinschaftsräume zu fördern, was im Rahmen klassischer Planung weniger möglich ist. Eine Initiative Privater kann demgegenüber eine besondere Identifikation mit einem Projekt hervorbringen. Im beschriebenen Fall der Schanzenhöfe hatte dies u.a. den Erhalt eines Bestandsgebäudes zur Folge. Und zuletzt kann ein Leitbild auf einer übergeordneten Ebene steuern. Dies ist insbesondere für eine Themen wie den Flächenverbrauch von Bedeutung. Grundsätzlich ist zu bedenken, dass die durchgeführte Analyse auch schlichtweg dadurch beeinflusst wurde, welche Möglichkeiten im Sinne von Instrumenten die Planung überhaupt besitzt – so wurde in Kapitel 4.1 beispielsweise dargelegt, dass schon durch die Instrumente an sich eine Bindung an Wachstumsziele vorhanden ist. Ansatzpunkte betreffen hier z.B. die Tatsache, dass die Auswahl von Soziale-Stadt-Gebieten anhand von Kriterien wie dem Anteil der Arbeitslosen oder der Menschen mit Migrationshintergrund erfolgt (Senatskanzlei 2019). Dies zeigt, dass also bereits diese Auswahl hinterfragt werden kann.

Deutlich wurde aber, dass es auch immer **Grenzen** gibt, wie viel Planung tatsächlich erreichen kann. So reicht es beispielsweise nicht, wenn Planung Angebote schafft – etwa das Quartiersmanagement oder öffentliche Freiräume – wenn diese nicht entsprechend genutzt werden. So wurde in den Beispielprojekten das Quartiersmanagement selten im Sinne der Unterstützung von Selbstversorgung, Reparatur und Sharing genutzt und die Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Räume wurden z.T. stark eingeschränkt durch parkende Autos. Besonders Themen wie die Reduktion der Wohnfläche pro Kopf sind schwer durchzusetzen. Keine*r der Interviewpartner*innen sah hier tatsächliche Einflussmöglichkei-

ten der Planung, was die Herausforderung, die an dieser Stelle besteht, unterstreicht. Auch öffentliche Räume als Gemeinschaftsorte für alle zu gestalten, mag bisweilen ein idealistisches Bild sein, wenn tatsächlich durch das Zusammentreffen „aller“ Konflikte erzeugt werden, wie etwa im Grünzug in Altona–Altstadt.

In Bezug auf die zur Verfügung stehenden Instrumente ist auch anzumerken, dass starke regulative Vorgaben über einen Bebauungsplan immer nur zu den beabsichtigten Folgen führen, wenn ein entsprechender Nutzungsdruck vorhanden ist, wie es ihn in Hamburg gibt. Im anderen Fall würden starke Vorgaben stattdessen dazu führen, dass Projekte nicht realisiert werden. Diese Grenze betrifft genauso auch Vorgaben wie den Denkmalschutz, der möglicherweise dazu führt, dass bestimmte Maßnahmen wirtschaftlich nicht mehr rentabel sind. Andere Möglichkeiten des Einflusses wie etwa über die Städtebauförderung sind dagegen immer mit hohem öffentlichen Mittelaufwand verbunden.

Insgesamt wurde weiterhin deutlich, dass ein lokaler Einfluss von Stadtplanung niemals ausreichen kann. So ist zum einen eine Beschränkung von Bauvolumen oder Flächenversiegelung auf der lokalen Ebene nicht sinnvoll, wenn der bestehenden Nachfrage stattdessen an anderer Stelle begegnet wird – wenn also beispielsweise

statt eines neuen, dichten Bauprojektes auf der grünen Wiese in Hamburg ein großes Einfamilienhausgebiet im Umland realisiert wird. Hier ist also eine regionalplanerische Steuerung notwendig. Zum anderen sind aber auch, wie in Kapitel 3.3 dargelegt, deutlich umfassende Veränderungen notwendig, als es Planung erzielen kann. Deutlich wurde dies beispielsweise anhand der Tatsache, dass bestimmte Kriterien aufgrund wirtschaftlicher Gründe nicht erfüllt werden konnten – die Veränderung dieses wirtschaftlichen Hintergrundes kann naturgemäß nicht auf der Ebene der Planung stattfinden. So kann Planung hier immer nur einen Beitrag leisten – der aber dennoch einen sinnvollen und hilfreichen Beitrag darstellt.

Ansätze für die Postwachstumsstadt Hamburg

In der Analyse der Beispielprojekte wurden verschiedene Aspekte deutlich, die positiv gewertet werden konnten und als Ansätze für eine Postwachstumsstadt dienen können. Dies wurden in den Fazits der Beispielprojekte genannt und werden im Folgenden erneut zusammengefasst, um sie anschließend weiter zu verwenden. Hierbei werden lediglich jene Aspekte aufgeführt, die konkrete Umsetzungsbeispiele benennen, die über die Ansätze aus Kapitel 3 und 4 hinausgehen.

Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils

- _ Verschiedene Institutionen mit dem Potential, zivilgesellschaftliche Initiativen zu stärken: Baugemeinschaften, Quartiersmanagement, Nachbarschaftsverein, Verfügungsfonds, Stadtteilbüro, Stadtteilforum
- _ Öffentliche Räume unterschiedlicher Art mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten ohne Konsum für zahlreiche Bevölkerungsgruppen und ohne Einschränkung durch MIV
- _ Gemeinschaftsräume nutzbar durch die Bewohner*innen
- _ Beschränkungen von Werbung: räumlich und bezogen auf die Größe, im Zuge des Denkmalschutzes

Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche

- _ Umnutzung von Bestand im Zuge des Denkmalschutzes
- _ Entsiegelungen im Wohnumfeld

Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen

- _ Mobilstation zur Ausleihe von Lastenfahrrädern o.ä.
- _ Regionale Ausrichtung der Wirtschaft durch eine Deckelung von Gewerbemieten oder durch eine Zusammenstellung an Nutzungen über persönliche Kontakte

Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen

- _ Kooperation mit verschiedenen Akteuren zur Verbesserung der emissionsarmen Energieversorgung

Vorausschauende Prozessgestaltung

- _ Entwicklung des Projektes über persönliche Motivation und Kontakte
- _ Umfassende Bürger*innenbeteiligung mit verschiedenen Formaten, anlassbezogen und fortlaufend
- _ Langfristig formulierte inhaltliche Zielsetzungen
- _ Entwicklung von Verstärkungskonzepten

Postwachstumsstadt Hamburg

7.1 Impulse 174

7.1.1 Impuls A: IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 **174**

7.1.2 Impuls B: Instrument Denkmalschutz **176**

7.1.3 Impuls C: Transition-Town-Initiativen **177**

7.1.4 Impuls D: Gartenstadt **178**

7.2 Katalog: Überlegungen zu einer Postwachstumsstadt 179

7.2.1 Netto-Null & Bauverbot **180**

7.2.2 Suffizienzberatung **182**

7.2.3 Bestandsschutz **184**

7.2.4 Identität Quartier **186**

7.2.5 Bürger*innenfreiräume **188**

7.3 Fazit 190

7.3.1 Reflexion **192**

7.3.2 Bezug zu den Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum **192**

Nachdem die Stadtentwicklung Hamburgs dahingehend untersucht wurde, ob und inwiefern dort bereits Ansätze für Postwachstum vorhanden sind, gilt es nun, den zweiten Teil der Fragestellung zu beantworten:

Welchen Einfluss kann Stadtplanung nehmen, Postwachstum zu gestalten?

Wie bereits erläutert, soll dieses Kapitel einen kreativen Anstoß geben, um das Konzept für eine Postwachstumsstadt weiter zu konkretisieren, auszutesten und zu strukturieren. So ordnet sich dieses Vorgehen in das Kriterium des sukzessiven Vorgehens mit Raum zum Erproben ein.

Die folgende Konzeption gliedert sich dabei in zwei Teile: Zunächst erfolgt die Darstellung von Impulsen, die verschiedene, z.T. bereits realisierte Ideen geben sollen, wie eine Postwachstumsstadt aussehen kann. Im zweiten Teil werden einige mögliche Überlegungen für eine Postwachstumsstadt genauer konzipiert und hierbei insbesondere auch hervorgehoben, welche positiven Auswirkungen auf die Stadtentwicklung hiermit verbunden sind.

7.1 Impulse

Die aufgeführten Impulse stellen einige Konzepte aus unterschiedlichen Kontexten dar, die aus in Kapitel 2.7 angeführten Gründen ausgewählt wurden: Die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010, das Instrument des Denkmalschutzes, die Transition-Town-Initiativen sowie die Gartenstadtidee. Hierbei wird jeweils kurz genannt, was die Impulsidee ausmacht, anschließend die Übertragung auf die Postwachstumsstadt begründet und daraufhin diejenigen Auszüge, die hierfür besonders von Bedeutung sind, genauer erläutert.



89 | Logos der IBA Sachsen-Anhalt (Bodammer/Züger 2010)

7.1.1 Impuls A:

IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010

Die IBA Stadtumbau, die auf die starken Bevölkerungsrückgänge nach der Wiedervereinigung reagierte, fand von 2002 bis 2010 im gesamten Bundesland statt. Koordiniert wurde sie durch die Stiftung Bauhaus Dessau und die Magdeburger Landesentwicklungsgesellschaft Saleg; eine Million Euro betrug das Budget im Jahr – lediglich für Personal, Öffentlichkeitsarbeit und Ähnliches. Dagegen wurden die Projekte des Städtebaus und der Architektur über die herkömmlichen Fördermittel bezahlt. Hierbei wurden in 19 Städten Wege getestet, mit der Entwicklung abnehmender Bevölkerungszahlen umzugehen, wobei jede Stadt unterschiedliche Methoden entwickelte. Die Kernannahme für diese IBA war, dass die dort stattfindenden Schrumpfungsprozesse auch anderswo zukünftig stattfinden werden und neue, kreative Ansätze in der Planung erfordern (Geipel/Meyer 2010: 20; Stiftung Bauhaus Dessau o.J.: 1).

Zentrale These für die Übertragung auf das Thema **Postwachstum**, auch in Regionen steigender Bevölkerungszahlen, ist, dass in beiden Fällen Planung auf der Grundlage geringer Ressourcen erfolgen muss – ob nun finanzielle Ressourcen oder natürliche. Somit können in Sachsen-Anhalt erprobte Strategien auch in anderen Regionen angewandt werden, in denen ein stark reduzierter Ressourcenverbrauch – statt aus finanziellen Gründen erzwungen – aus Klimaschutzperspektive erforderlich ist. Oswalt et al. vergleichen die Situation mit der Gegenüberstellung von Motor- und Segelboot:

„Traditionelle Planung ist mit einem Motorboot vergleichbar. Mit geringer Rücksicht auf bestehende Wetterverhältnisse kann das Motorboot aufgrund künstlicher Energiezufuhr [...] bewegt und zu einem beliebigen Ziel gesteuert werden. Ein Segelboot hingegen benötigt keine Energiezufuhr, da es sich mit Hilfe vorhandener Ressourcen (Wind) fortbewegt“ (Oswalt et al. 2001: 26).

Dementsprechend setzen im Rahmen der IBA erprobte Strategien auf örtliche Potentiale in „kleinen Kreisläufen und Formen des reproduktiven Wirtschaftens, in denen die Leute vor Ort Wertschöpfung generieren“ (Brückner 2017: 28). In diesem Rahmen ist die **Aufgabe der Planung** v.a., zu aktivieren und zu ermöglichen. Der Ausgang der dadurch initiierten Prozesse ist noch unklar, da inkrementalistisch vorgegangen wird. Planung plant also

nicht mehr im Sinne von Vorgaben (ebd.: 29), sondern setzt lediglich Impulse für verschiedene Prozesse. „Mit einem Minimum an Investition kann so ein Maximum an Wirkung erzielt werden“ (Oswalt et al. 2001: 27).

Insbesondere dadurch, dass im Zuge der IBA kaum Neubauprojekte als eindeutig sichtbare Ergebnisse der Bauausstellung realisiert wurden, war viel **Kommunikation** notwendig. Nur hierdurch war es möglich, die verschiedenen Maßnahmen im Bestand an die Bürger*innen zu vermitteln – wie beispielsweise über die verschiedenen Logos der IBA-Städte (s. Abb. 89) (Bodammer/Züger 2010: 507).

Zwei der IBA-Städte sind für diese Arbeit besonders von Bedeutung: **Dessau-Roßlau** und Quedlinburg. In Dessau-Roßlau entstand im Zuge des Abrisses von Gebäuden ein neuer Landschaftszug, auf dem Bürger*innen sogenannte Claims erhalten konnten (s. Abb. 90). Diese kostenlos bereitgestellten Flächen von jeweils 400m² konnten sie für einen begrenzten Zeitraum selbst gestalten, so dass beispielsweise ein Apothekergarten entstand, auf dem eine Apothekerin Heilpflanzen züchtet, oder ein Imkerclaim, auf dem blühende Pflanzen wachsen und auf dem für den Imkerverein geworben wird (bauhaus dessau et al. o.J.; Brückner 2010: 529, 2017: 29; Geipel 2010). Damit ist hier ein beispielhaftes Projekt für die Teilhabe von Bürger*innen entstanden, bei dem der Ausgang des Prozesses – also die tatsächliche Nutzung der Flächen – im Vorhinein unklar war, dagegen aber der Aufwand für die Stadt sehr gering. Auch entstanden neue Arten von Freiräumen, die sich von den klassischen Grünräumen unterscheiden (bauhaus dessau et al. o.J.; Bodammer/Züger 2010: 509; Brückner 2017: 29).

In Quedlinburg ging es dagegen um die Frage, wie die Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbe und mit großen denkmalgeschützten Beständen erhalten werden kann. Neben verschiedenen Austauschformaten wie dem Denkmalfrühstück oder einem Forum für die Bürger*innen, um einen Austausch zwischen Bürgern*innen, Verwaltung, Politik und Denkmalschutz zu ermöglichen, wurden neue Wege des Denkmalschutzes getestet. Zum einen gab es eine große Bandbreite an Sanierungen, die sowohl Komplettsanierungen als auch Substanzsanierungen umfasste, aber auch Luxussanierungen bis solche mit Minimalstandard. Zum anderen wurden Strategien getestet, die besonders die fehlenden finanziellen Mit-

tel berücksichtigten. Hierzu gehörten die sogenannten Ausbauhäuser, die lediglich gesichert wurden, um möglicherweise ein Jahrzehnt später für eine neue Nutzung zur Verfügung stehen zu können. Ebenso möglich war die ausschließliche Sanierung des Erdgeschosses für eine Einzelhandelsnutzung, während im Obergeschoss keine Maßnahmen durchgeführt wurden (Bauer 2010: 712; Stiftung Bauhaus Dessau o.J.: 36). Da sich das Thema des Denkmalschutzes auch in der Analyse als sehr bedeutsam herausstellte, wird dieses Instrument auch grundsätzlich untersucht, was im folgenden Impuls erfolgt.

Fazit

Bei der IBA Sachsen-Anhalt existieren verschiedene Ansätze, die auch für die Postwachstumsstadt Hamburg interessant sein können. Diese stärken Bürger*innen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und ermöglichen eine Entwicklung ohne hohen Ressourcenverbrauch. Hierzu gehören:

- _ Planung als aktivierender und ermöglichender Akteur
- _ Kommunikation in hohem Umfang
- _ Eigenverantwortliche Freiraumgestaltung durch Bürger*innen
- _ Ressourcensparende, individuelle Strategien im Umgang mit Bestand

90 | Ein Claim in Dessau-Roßlau
(internationale-bauausstellungen.de)



7.1.2 Impuls B: Instrument Denkmalschutz

Ein Baudenkmal ist gemäß Hamburger Denkmalschutzgesetz

„eine bauliche Anlage oder ein Teil einer baulichen Anlage [...], deren oder dessen Erhaltung wegen der geschichtlichen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Bedeutung oder zur Bewahrung charakteristischer Eigenheiten des Stadtbildes im öffentlichen Interesse liegt“ (§ 4 Abs. 2 DSchG).

Auch Ensembles als „eine Mehrheit baulicher Anlagen [können] einschließlich der mit ihnen verbundenen Straßen und Plätze sowie Grünanlagen und Frei- und Wasserflächen“ (§ 4 Abs. 3 DSchG) unter Schutz gestellt werden. Für diese gilt dann, dass sie nicht ohne Genehmigung beseitigt oder verändert werden dürfen (§ 9 Abs. 1 S. 1 DSchG). Diese Genehmigung kann aufgrund überwiegenden öffentlichen Interesses erteilt werden, wie etwa zum Wohnungsbau (§ 9 Abs. 2 S. 1 DSchG).

Auf das Konzept für die **Postwachstumsstadt** übertragen wird dieses Instrument, da der Denkmalschutz dazu führt, dass große Teile von Bestand erhalten werden. Dies zeigte sich in der Analyse in Kapitel 6.3, 6.4 und 6.5. So ist der Erhalt von Bestand, für den bereits zahlreiche Ressourcen aufgewendet wurden, im Sinne des Postwachstums immer positiv zu werten. Auch Kaltenbrunner/Jakubowski fordern die Ausweitung des Denkmalschutzes, der heute lediglich 5% aller Gebäude in Deutschland und 6,5% aller Gebäude in Hamburg betrifft (IEMB, ifo, Statistisches Bundesamt, zit. n. Franz 2010: 276), im Sinne „kluger Ressourcennutzung“:

„Ein gesellschaftlich begründeter Paradigmenwechsel – weg von der marktwirtschaftlich orientierten Schnellebigkeit im Lebenszyklus von Architektur hin zu einer neuen Wertschätzung der Dauerhaftigkeit – wäre notwendig, um die Nachhaltigkeit in der Baukultur allgemein zu fordern“ (Kaltenbrunner/Jakubowski 2018: 238–239).

Potentiale bietet das Instrument dadurch, dass zweierlei **Anstrengungen zum Erhalt** der Gebäudesubstanz unternommen werden. Einerseits wird der*die Eigentümer*in verpflichtet, das Gebäude zu erhalten, zu schützen und instand zu halten. Beschränkt wird dies dadurch, dass diese Maßnahmen durch „die Erträge oder den Gebrauchswert des Denkmals aufgewogen werden“ müssen (§ 7 Abs. 1 DSchG). Andererseits

existieren für die Eigentümer*innen Anreize in Form steuerlicher Abschreibungen und verschiedener Zuschüsse durch unterschiedliche Förderprogramme (Franz 2010: 277).

Daneben finden sich **vergleichbare oder ergänzende Instrumente**, wie etwa das Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ im Rahmen der Städtebauförderung, mit dem anstelle der Betrachtung von Einzeldenkmälern Stadtquartiere in Gänze gefördert werden. Hierbei werden Maßnahmen, wie die Sicherung erhaltenswerter Gebäude, aber auch die Modernisierung und Instandsetzung gefördert (BMVBS 2010: 5, 10–11). Auch schützen städtebauliche Erhaltungssatzungen Gebiete „auf Grund [...] [ihrer] städtebaulichen Gestalt“, für die „der Rückbau, die Änderung oder die Nutzungsänderung“ genehmigt werden müssen (§ 172 Abs. 1 BauGB). Diese Genehmigung darf versagt werden, „wenn die bauliche Anlage allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild, die Stadtgestalt oder das Landschaftsbild prägt oder sonst von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung ist“ (§ 172 Abs. 3 BauGB).

Fazit

Das Instrument Denkmalschutz bietet verschiedene Impulse für die Postwachstumsstadt Hamburg. Es zielt insbesondere auf den Erhalt von Gebäudesubstanz im Sinne des Ressourcensparens ab. Von Bedeutung sind:

- _ Verschiedene Anreize für Eigentümer*innen, ihren Bestand zu erhalten
- _ Verpflichtungen für Eigentümer*innen zum Erhalt, Schutz und Instandhaltung

7.1.3 Impuls C: Transition–Town–Initiativen

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts versuchen verschiedene Initiativen weltweit, auf der lokalen Ebene „den geplanten Übergang in eine postfossile gemeinschaftlich organisierte Gesellschaft und relokalisierte Wirtschaft“ (Transition Netzwerk e.V. 2019) zu gestalten. Diese Bewegung mit dem Titel Transition Town entwickelte sich von der britischen Stadt Totnes unter Rob Hopkins aus und zeichnet sich dadurch aus, den notwendigen Gesellschaftswandel selbst zu gestalten (ebd.; Transition Netzwerk e.V. 2016a: 8, 2016b, 2017).

Die Transition–Town–Initiativen ordnen sich selbst in den **Postwachstumsdiskurs** ein, den sie auf der „Graswurzelebene“ bereichern wollen (Hopkins 2016: 70–71). So vertreten die Initiativen ebenso die Abkehr von der Wachstumsideologie, wollen Ressourcenverbräuche reduzieren und eine resiliente Stadt schaffen (Schmidt 2017b: 20). Sie sind im Rahmen dieser Arbeit als Bottom–up–Entwicklung für das Postwachstum relevant.

Ein besonderes Potential entwickelten diese Initiativen v.a. durch das eigenständige Handeln auf lokaler Ebene und die daran anschließende Erkenntnis, selbst etwas verändern zu können, in Verbindung mit einem Gemeinschaftsgefühl (Transition Netzwerk e.V. 2017). Diese **positive Gruppendynamik** stelle ein wertvolles Potential dar, das es zu stärken und zu nutzen gelte.

Dieses lokale Handeln sei immer bestimmt durch die jeweilige Initiative und damit immer einzigartig (Hopkins 2016: 60–61). Die Kontakte zwischen den verschiedenen Initiativen erfolgen informell über verschiedene Wege, man kann sich außerdem auf der Website als Initiative registrieren (Transition Netzwerk e.V. 2016a: 36–37, 49). Dennoch werde das Wissen zwischen den Initiativen weitergegeben, so dass die verschiedenen Gruppen im Sinne einer „**Open–Source–Software**“ voneinander lernten, ohne dass die Kreativität des Einzelnen eingeschränkt werde (Hopkins 2016: 60–61; Transition Netzwerk 2019).

„[So biete die] Transition–Bewegung [...] keine fertigen Rezepte oder Lösungen. Jede Initiative nutzt Ideen und Erfahrungen von anderen und macht eigene Erfahrungen. So ist in über zehn Jahren eine große Vielfalt an guten Ideen und Projekten entstanden. Sie werden auf Webseiten, in Büchern und Trainings dokumentiert“ (Transition Netzwerk e.V. 2017).

Die Initiativen basierten auf „**Kopf, Herz und Händ**en“ – wichtig seien also wissenschaftliche Grundlagen für das Handeln, ein leidenschaftliches Handeln, das emotionale Faktoren nicht außer Acht lässt, sowie die praktische Umsetzung der Ideen (Transition Netzwerk 2019). Hierdurch sei sichergestellt, dass der Wandel mit großem Engagement erfolge, ohne dabei an wissenschaftlicher Basis zu verlieren.

Schmidt ordnet die Transition–Town–Initiativen als einen neuen in der Stadtentwicklung auftretenden Akteur ein: den sogenannten **Intermediären**. Diese Akteure seien durch ein besonders informelles und flexibles Handeln gekennzeichnet, unterschieden sich dadurch von klassischen Akteuren der Stadtentwicklung und seien außerdem besonders praktisch orientiert und setzten selbst Projekte um (Beck 2015: 233–234; Schmidt 2017b: 21). Diese neuen lösungsorientiert handelnden Akteure seien dabei

„Impulsgeber [...] für eine innovative Stadtentwicklung. Die Stadtverwaltung kann von diesen informellen Initiativen profitieren, wenn sie den Dialog sucht und entsprechende Kooperationsformen und –strukturen etabliert“ (Schmidt 2017b: 22).

Fazit

Transition–Town–Initiativen oder andere Initiativen vergleichbarer Art stellen besondere Potentiale für eine Stadtentwicklung im Sinne des Postwachstums dar. Bedeutung erlangen sie durch:

- _ Eine besondere Dynamik, erreicht durch Gruppendynamik und lokale Selbstwirksamkeit
- _ Lokal individuelles Handeln mit gleichzeitigem Wissenstransfer zwischen den Initiativen
- _ Integration von Wissenschaft, Handeln und Emotionen
- _ Lösungsorientiertes Handeln, was eine neue Art der Stadtentwicklung darstellt

7.1.4 Impuls D: Gartenstadt

Reagierend auf die katastrophalen Wohnbedingungen Ende des 20. Jahrhunderts, entwickelte Ebenezer Howard die Idee der Gartenstadt, die er 1898 in seinem Buch „To-morrow. A peaceful path to real reform“ veröffentlichte. Seine Gartenstadt, ein Kompromiss aus Stadt und Land, kombinierte die jeweiligen Vorteile wie soziale, kulturelle und infrastrukturelle Möglichkeiten mit frischer Luft und Natur und sollte in Form von Neugründungen von Städten realisiert werden. Sie basierte auf einer neu geordneten Struktur aus Siedlungsfläche und Freiraum (s. Abb. 91), dezentralisierten Städten mit Städtegruppen für jeweils 250.000 Einwohner, Grundbesitz im Gemeinschaftseigentum und wirtschaftlich autarken Gemeinden. Dadurch, dass der Boden immer Gemeinschaftsbesitz sei, ließen sich die laufenden Kosten wie der Erhalt der Grünanlagen oder der Betrieb sozialer Einrichtungen aus der Wertsteigerung des Bodens infolge der Entwicklung der Gartenstadt auf vormalig landwirtschaftlicher Fläche finanzieren (Dappen et al. 2017a: 18, 27; Howard 2015: 80; Jonas 2009: 86–90).

Auf die **Postwachstumsstadt** übertragbar ist die Gartenstadt aufgrund der großen Bedeutung der grünen Freiräume bei hoher baulicher Dichte, der Verwendung von Wertsteigerungen infolge von Planung durch die Gemeinschaft, der Kreislaufwirtschaft, den genossen-

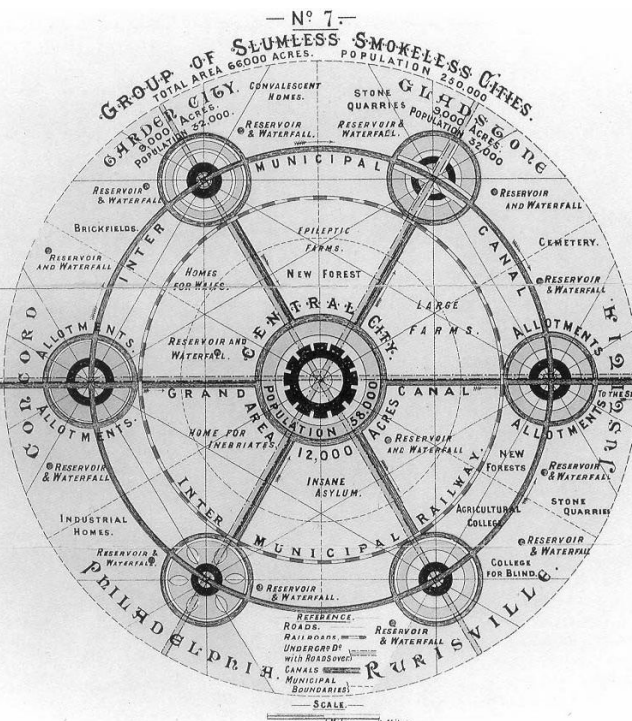
schaftlichen Wohnformen und der Autarkie vergleichsweise kleiner Stadteinheiten inklusive regional stattfindender Landwirtschaft (Brückner 2010: 522; Dappen et al. 2017a: 84–85). Somit greift die Gartenstadtutopie einige Ansätze auf, die auch in dieser Arbeit relevant sind.

Von besonderem Potential der Gartenstadtidee sind wie erwähnt die zahlreichen grünen **Freiräume**. Die öffentlichen Parks machen in Howards Planungen etwa ein Viertel des Stadtgebietes aus. Hinzu kommen als Parks angelegte Straßenräume sowie die Bepflanzung mit Bäumen in allen restlichen Straßen (Dappen et al. 2017a: 23).

Die einzelnen Städte sind sehr **kompakt**, was die bekannten Vorteile einer dichten Stadt bedeutet. So sind kurze Wege zu Fuß zu bewältigen, ein gutes Angebot an Nahversorgungseinrichtungen vorhanden und zwei Eisenbahnlinien gewährleisten die notwendige Erschließung. Im Zuge dessen sollte der zu dieser Zeit aufkommende Lastverkehr zur Reduktion der Instandhaltungskosten der Straßen reduziert werden (ebd.: 25, 84).

Seine Planungen verstand Howard nicht als endgültigen Zustand, sondern als **Experiment**, das ständig verändert und verbessert werden kann. Hierbei sollten die Bewohner*innen selbst mitbestimmen und ermächtigt werden, selbst neue Typen des Zusammenlebens zu entwickeln (ebd.: 19–20, 84; Howard 2015: 107, 149).

Auch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erkannte das Potential, die Gartenstadtidee auf die heutige Stadtentwicklung zu übertragen und veranstaltete im Jahr 2016 ein Zukunftslabor, in dem in drei Teams in Workshops Testentwürfe für unterschiedliche Raumtypen in Ballungsräumen unter dem Titel **Gartenstadt 21** entwickelt wurden. Grundlage für die Testentwürfe waren zehn Thesen mit verschiedenen Themen. Hierzu gehörten das Auftreten gemeinsinniger Organisationsformen beispielsweise bei der Grundstücksvergabe, die Mitgestaltung von Bürger*innen in der Stadtentwicklung und das Verständnis von einer Stadt „offener, multicodaler und unfertiger Räume“ (Dappen et al. 2017b: 14). Ebenso von Bedeutung war die Integration unterschiedlich nutzbarer Freiräume für unterschiedliche Zielgruppen, beispielsweise in Form von Gemeinschaftsgärten, verschiedene Wohnformen, inklusive genossenschaftlicher Wohnformen und flexibler Grundrisse und das Verständnis sozialer Einrichtungen als Gemeinschaftsort im Quartier (ebd.: 14–18).



911 Struktur einer Gartenstadt (uni-muenster.de)

Im Rahmen der Testentwürfe der drei Teams sind verschiedene Ideen entstanden, von denen an dieser Stelle folgende relevant sind:

- _ Freiraumgestaltung über „Patenschaften für die Produktion, Pflege und Unterhaltung, die Bildung von Genossenschaften und Freiraum-Gemeinschaften bis hin zu sogenannten „Freiraum-Improvement-Districts“ (Team Zwischenstadt)
- _ Bildung von Allmenden als gemeinschaftlich genutzte Freiräume, realisiert durch Flächenkäufe und -tausche durch einen Großstadtfonds, so dass verschiedene Flächen verknüpft werden (Team Zwischenstadt)
- _ Eine urbane Allmende ohne teure Infrastrukturen und mit flexiblen, informellen Nutzungsmöglichkeiten, wie beispielsweise „Gemeinschaftsgärten, Bienenzucht, Tierhaltung und sportsportliche Betätigung“ (Team Stadtrand)
- _ Geplante Vergabe von Erdgeschossflächen an verschiedene Nahversorgungsnutzungen, bei der beispielsweise eine höhere Miete des Vollsortimenters über eine Umlage eine niedrigere Miete der Bäckerei gewährleistet, zusätzlich über Belegungsverpflichtungen erreicht (Team Stadtrand)
- _ Sukzessive Transformation brach fallender Gewerbegebäude über Rückbau, Nutzungsänderungen, Aufstockungen und Ergänzungsbauten zu mischgenutzten Gebieten mit Gewerbe, Dienstleistungen und Wohnungen (Team Metrozone)
- _ Die Schaffung einer neuen Förderkulisse für Ballungsräume mit steigenden Bevölkerungszahlen, über das eine ÖPNV-Erschließung sowie die Integration sozialer und kultureller Infrastruktur sichergestellt werden (Team Stadtrand)
- _ Bildung von Konsortien auf Quartiersebene zum „Aufbau von netzwerkbildenden Einrichtungen sowie der Unterstützung gemeinschaftsfördernder Initiativen im sozialen und interkulturellen Bereich“, inklusive Nachbarschaftshilfe wie Einkaufshilfen und der Unterstützung von Beteiligungsprozessen, z.B. bei der Wohnumfeldgestaltung (Team Stadtrand)
- _ Die dauerhafte Begleitung der Entwicklung der Gartenstadt 21 durch eine Beteiligung der Gemeinschaft, beispielsweise über ein Quartiersmanagement (Dapen et al. 2017b: 46, 56–57, 61, 64, 71)

Fazit

Insgesamt kann also die Gartenstadt verschiedene Impulse für die Entwicklung einer Postwachstumsstadt leisten, die sich sowohl auf die ursprüngliche Gartenstadtidee stützen als auch auf ihre Weiterentwicklung im Rahmen des Projektes des BBSR. Relevante Ansätze, die noch nicht vorher erwähnt wurden, sind:

- _ Groß dimensionierte Grünflächen inklusiver einer Begrünung von Straßenräumen
- _ Das Verständnis von Stadtentwicklung als Experimentieren durch die Bewohner*innen im Sinne einer ständig unfertigen Stadt
- _ Verschiedene Ansätze für Freiräume, wie die Übernahme von Patenschaften oder das Verständnis dieser Freiräume als Allmende
- _ Die Steuerung der Vergabe von Gewerbeflächen über Mietumlagen und Belegungsverpflichtungen
- _ Der Erhalt und die Umnutzung von brachfallenden Gewerbebauten
- _ Die Steuerung von Infrastrukturentwicklung bei steigenden Bevölkerungszahlen

7.2 Katalog: Überlegungen zu einer Postwachstumsstadt

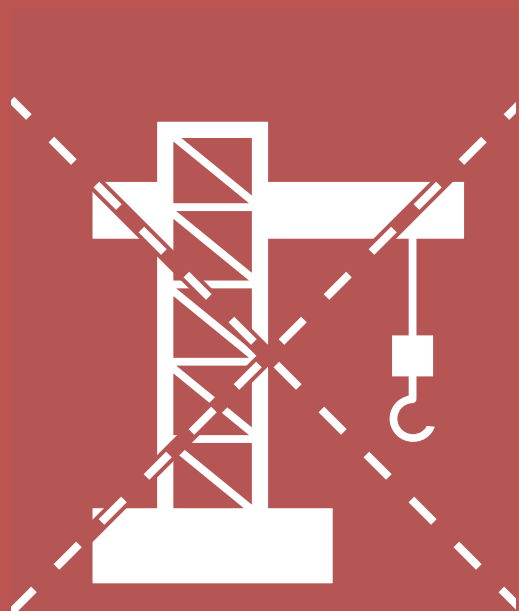
Als Anstoß für die Konzeption einer Postwachstumsstadt werden nun einige mögliche Handlungsfelder für die Stadtplanung aufgeführt. Diese beruhen auf den vorangegangenen Erkenntnissen der Arbeit: Einige ergeben sich aus den Erkenntnissen der Theorie (Kapitel 3 und 4), während sich bei anderen Ergebnisse aus der Analyse (Kapitel 6) als Potential für eine Postwachstumsstadt herausstellten. Bereichernd hierfür waren weiterhin die entwickelten Impulse.

Der dargestellte Katalog mit Überlegungen erhebt nicht den Anspruch, eine vollständige Strategie zu sein. Stattdessen dient er als Anregung für weitere Ausarbeitungen oder aber für Tests in der Praxis im Sinne experimenteller Suchprozesse. Dabei werden die Überlegungen zunächst erläutert und begründet sowie die Aufgabe der Stadtplanung in diesem Zusammenhang erläutert. Eine ergänzende Vision soll beispielhaft untermalen, welcher Effekt sich dadurch erhofft wird.

Überlegung 1

NETTO–NULL & BAUVERBOT

Über bindende Vorgaben
zum weitgehenden
Verbot von Flächen-
neuinanspruchnahme
und Neubau werden die
Ressourcenverbräuche
in diesem Sektor effektiv
gesenkt.



V.a. die Erkenntnisse aus Kapitel 4 aufgreifend, sollen über diese stadtweite Steuerung der Flächenverbrauch und die Bautätigkeit stark eingeschränkt werden. Anders als bisher gelten diese Vorgaben statt als nicht wirksame Leitlinien als bindende Vorgaben.

Hierzu gehört einerseits die Durchsetzung des **Netto-Null-Flächenverbrauchs**: Flächenneuinanspruchnahme darf nur dann stattfinden, wenn andernorts entsiegelt wird. So wird festgeschrieben, wie viel Freiraum in der Stadt besteht (Ganser 2003b: 36–37; Seegelke 2018: 1). Hierbei wird grundsätzlich von einem Verbot jeglicher Neuversiegelung ausgegangen – bei einer gewünschten Neuversiegelung ist der*diejenige in der Pflicht, eine Entsiegelung andernorts nachzuweisen.

Andererseits ist das **Verbot von Neubau** Teil dieser Steuerung. Auch hier ist grundsätzlich Neubauen verboten, indem § 1 Abs. 5 BauGB strenger ausgelegt wird: So dürfen nicht mehr die wirtschaftlichen Einzelinteressen in Form von Neubau wichtiger gewertet werden als die Nachteile für die Gesellschaft durch die damit erfolgenden Ressourcenverbräuche. Ausnahmen dürfen nach strengen Kriterien genehmigt werden. Hierzu gehören beispielsweise die Verwendung ökologischer Baustoffe wie Holz oder recycelter Baustoffe, der Passivhausstandard, die Sicherstellung einer geringen Wohnfläche pro Person, eine integrierte Lage – ergänzt um den Nachweis, dass die gewünschte Nutzung nicht in einem Bestandsgebäude zu realisieren ist (Ganser 2003b: 36–37). Auch hier liegt die Beweispflicht beim*bei der Bauverantwortlichen. Hintergrund dessen ist die Einschätzung, dass zum Erreichen der Zielsetzung 100% erneuerbare Energien im Jahr 2035 Neubau nicht mehr

Vision

Nachdem in der Stadt Hamburg über einige Zeit hinweg die Strategie der Wohnungsbauprogramme verfolgt wurde, hat sich dieser Ansatz nun umgekehrt. Anstatt unter hohen Ressourcen- und Flächenverbräuchen große Anzahl neuer Wohneinheiten zu realisieren, in der Hoffnung, dabei auch günstigen Wohnraum schaffen zu können, kann die Zielsetzung geringer Ressourcen- und Flächenverbräuche nun mit der günstigen Wohnraums verbunden werden. Angesichts des Bewusstseins bei Bauenden, durch Neubau keinen Umsatz mehr generieren zu können, werden sie nun im Bestand aktiv und schaffen dort mehr Wohnraum. Projekte wie Oberbillwerder wurden zugunsten des Schutzes der Freiflächen nicht realisiert.

möglich sei. Hier habe sich das Bauen der Einhaltung der planetaren Grenzen unterzuordnen (Lührsen/Seegelke 10.07.2019).

Zur Erreichung dieser Zielsetzung sind zusätzlich ein stadtweites, durch die Verwaltung gesteuertes Leerstandsmanagement notwendig sowie Maßnahmen zur Begrenzung der Miethöhen. Da das derzeitige Wohnungsbauprogramm insbesondere als Strategie zur Schaffung günstigen Wohnraums angesehen wird, müssen hierfür andere Lösungen im Bestand gefunden werden.

Kennzeichen

Stadtweit gültige regulative Vorgaben zur Beschränkung von Flächenverbrauch und Bauvolumen

Aufgabe der Planung

Erarbeitung einer Strategie zur Beschränkung und Durchsetzung dieser über Top-down-Vorgaben

Folgen

Deutlich reduzierte Ressourcenverbräuche im Bausektor, Erhalt von Freiflächen, Ausschöpfen neuer Potentiale für die steigenden Bevölkerungszahlen im Bestand

Herkunft der Idee

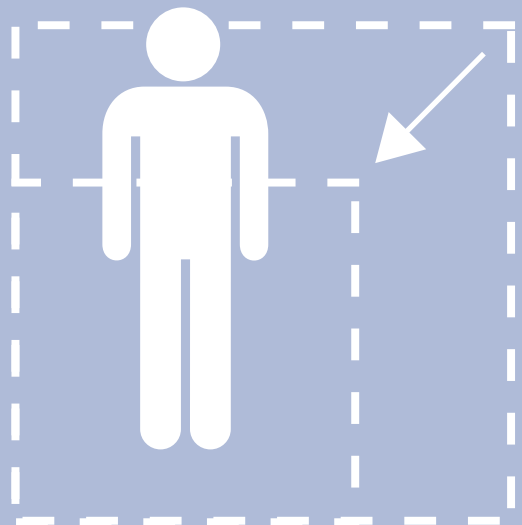
Ansätze für Postwachstum Kapitel 6

Netto-Null & Bauverbot im Überblick

Überlegung 2

SUFFIZIENZ BERATUNG

Bürger*innen erfahren von Möglichkeiten, bestehende Wünsche zur Verkleinerung ihres Wohnraums zu realisieren und die steigenden Bevölkerungszahlen Hamburgs können so im Bestand untergebracht werden.



In Kapitel 4.2 wurden bereits verschiedene Möglichkeiten genannt, um die **Wohnfläche pro Person** zu reduzieren. Diese werden bisher allerdings kaum realisiert – das zeigte auch die Analyse der Beispielprojekte. Sie weisen aber wie in Kapitel 6.1 erläutert erhebliches Potential auf. Angestrebt werden sollte hierbei die in diesem Kapitel errechnete Zielgröße von rund 35m² Wohnfläche pro Person – tendenziell in der inneren Stadt noch geringer, in der äußeren etwas höher. Hierzu gehören z.B. Zuschüsse für Gutachten für Sanierungs- oder Umbaumaßnahmen, die Auszahlung von Boni für Umzüge in kleinere Wohnungen oder die Vermittlung von Wohnungen beim Wunsch, sich bezüglich der Wohnfläche zu verkleinern. Auch möglich ist die Förderung von Gemeinschaftswohnen über ein Portal, auf dem sich Menschen zum Zusammenwohnen finden können – wie beispielsweise über einen Ausbau des Wohnens für Hilfe, bei dem Studenten*innen gegen Unterstützung im Alltag bei Senioren*innen einziehen. Wichtig hierbei ist es v.a., Instrumente zu entwickeln, die vermeiden, dass ein Umzug in eine kleinere Wohnung zu einer höheren Mietbelastung führt. Dies ist z.B. bei lange Zeit in einer Wohnung wohnenden Senioren*innen nicht selten der Fall. Möglich wäre hierbei beispielsweise eine Bezuschussung der neuen Miete sowie eine grundsätzliche Strategie zur Deckelung von Mieten (Lührsen/Seegelke 10.07.2019; Siegert 08.07.2019), wie bereits in Kapitel 7.2.1 erläutert.

Diese Maßnahmen können einerseits auf der **Quartiersebene** stattfinden, was in Kapitel 7.2.4 erläutert wird.

*Vor der Suffizienzstrategie war die Wohnfläche pro Person lange immer weiter angestiegen. Dadurch wurden Wohnungen neu gebaut, obwohl grundsätzlich ausreichend Wohnfläche vorhanden gewesen wäre – und ohne für alle über die teuren Neubauwohnungen zufriedenstellende Wohnsituationen schaffen zu können. Über den Suffizienzratgeber erfuhren diese Menschen von verschiedenen Möglichkeiten, dies zu verändern: Einige wohnen mit Studenten*innen der verschiedenen Hamburger Hochschulen zusammen, andere zogen in kleinere – und auch günstigere – Wohnungen und wiederum andere teilen sich die große Wohnfläche nun mit einer kleinen Familie, für die eine Einliegerwohnung über eine Förderung abgetrennt wurde. Durch diese Entwicklungen wurde zahlreiche Wohnflächen für Zuziehende frei und Wohnungsneubau überflüssig. Gleichzeitig wurden für viele Menschen auch positive Entwicklungen sichtbar, was Beispiele von Allein-erziehenden, die mit Senioren*innen zusammenwohnen, Senioren*innen-WGs oder Gemeinschaftswohnen zeigen, die sich im Alltag unterstützen und Probleme wie Einsamkeit oder die Betreuung der Kinder lösen.*

Andererseits ist hier aber auch eine **stadtweite Steuerung** sinnvoll, über die die finanzielle Förderung oder das Portal möglich sind. Ein Suffizienzratgeber, der umfassend über verschiedene Medien publik gemacht wird, könnte den Menschen alle Möglichkeiten, aber auch die positiven Seiten, wie beispielsweise beim Gemeinschaftswohnen, zusammengefasst aufzeigen. So seien beispielsweise bisher bestehende Förderprogramme zur Wohnraumteilung kaum bekannt (Lührsen/Seegelke 10.07.2019).

Kennzeichen

Verschiedene Anreize und Beratungen zur Reduzierung der Wohnfläche pro Person

Aufgabe der Planung

Erarbeitung verschiedener Anreizsysteme sowie Beratungsdienstleistungen, Kommunikation dieser über einen Suffizienzratgeber

Folgen

Reduzierung der Wohnfläche pro Person, so dass Neubau nicht mehr notwendig ist

Herkunft der Idee

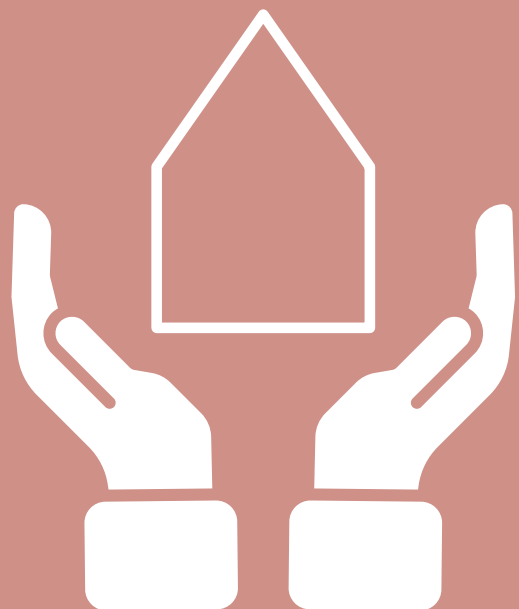
Ansätze für Postwachstum Kapitel 6

Suffizienzberatung im Überblick

Überlegung 3

BESTANDS SCHUTZ

**Durch die Unterschutz-
stellung von Bestand
werden Baustoffe res-
sourcensparend langfris-
tig genutzt und kreative
Lösungen zur Nutzung
dessen entwickelt.**



Durch die Verpflichtung, Bestand zu erhalten, werden in der Verbindung mit dem Neubauverbot kreative Lösungen entwickelt. Statt neue, austauschbare Quartiere zu bauen, werden individuelle Lösungen, die mit dem Bestand arbeiten, notwendig, um den neuen Ansprüchen an die verschiedenen Nutzungen begegnen zu können. So werden etwa in leerstehenden Bürohäusern neue Wohntypologien untergebracht, beispielsweise durch Genossenschaften aber auch durch Baugemeinschaften mit viel Eigenbau. Durch die vorhandene Förderung können sich hier unterschiedliche Zielgruppen verwirklichen. Gleichzeitig werden dadurch Gebäude erhalten, die vormals aufgrund der aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossenen Sanierung abgerissen worden wären, wie es etwa kurz vor der Einführung dieses Instruments mit dem Deutschlandhaus geschah. So wird der Charakter der Stadt erhalten und bei einer erheblichen Ressourcensparung um individuelle ergänzende Lösungen für veränderte Ansprüche ergänzt.

In der Analyse stellte sich heraus, dass die Umnutzung von Bestand anstelle von Abriss und Neubau häufig auf einen Faktor zurückzuführen ist: den Status als **Kulturdenkmal**. Dieser Erhalt aus geschichtlichen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder stadtbildprägenden Gründen hatte so andere Vorteile, indem ressourcensparend die bereits verwendeten Baustoffe weiter genutzt werden. Um diese Vorteile auch für andere Bestände herbeizuführen, wird ein dem Denkmalschutz vergleichbares Instrument entwickelt, das alle Bestände schützt. Hier ist wie bei denkmalgeschützten Gebäuden ein Abriss nur in Ausnahmefällen möglich.

Ebenso wie beim Denkmalschutz ist dieses Instrument durch **zwei Strategien** gekennzeichnet: Einerseits werden Gebäudeeigentümer*innen bei dem Erhalt ihrer Bestände finanziell unterstützt, wobei diese Unterstützung höher ausfällt, je effizienter Ressourcen für Sanierungs- oder Umbaumaßnahmen aufgewendet werden. Andererseits werden jedoch auch die Eigentümer*innen in die Pflicht genommen, da diese verantwortlich sind für den Erhalt, den Schutz und auch die Nutzbarkeit des Bestandes im Sinne des Ressourcensparens.

Wichtig bei diesem Instrument ist, dass es wirksam umgesetzt und nicht umgangen wird, wie es beispielsweise in Hamburg beim Cityhof erfolgt, der trotz Denkmalschutzstatus abgerissen wird. Positiv hier wirkt aber, dass **Neubauen grundsätzlich nicht zulässig** ist und somit der Anreiz für einen Abriss häufig nicht besteht.

Kennzeichen

Verleihung eines Status vergleichbar dem Denkmalschutz für alle bestehenden Gebäude zum Erhalt dieser

Aufgabe der Planung

Erarbeitung einer Gesetzesgrundlage vergleichbar dem Denkmalschutzgesetz (DSchG), Entwicklung von Anreizsystemen und möglichen Verpflichtungen

Folgen

Ressourcensparende langfristige Nutzung von Baustoffen anstelle von Abriss und Neubau

Herkunft der Idee

Quartier 21
Schanzenhöfe
IBA Stadtumbau
Instrument Denkmalschutz
Gartenstadt

Bestandsschutz im Überblick

Überlegung 4

IDENTITÄT QUARTIER

Das Quartier bietet für verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen im Sinne des Postwachstums aufgrund des lokalen Gemeinschaftsgefühls Ansätze, die durch ein Quartiersmanagement gefördert werden können.



In der Analyse stellte sich bei mehreren Projekten heraus, dass das Quartier ein sinnvoller Ansatzpunkt ist. So bieten sich auf dieser Ebene, auf der mit Unterstützung durch ein Quartiersmanagement gemeinschaftliches Handeln möglich ist, besondere Potentiale. Dies wird noch verstärkt, wenn öffentliche Mittel zur Vergabe durch die Bewohner*innen bereitgestellt werden.

Diese Potentiale ergeben sich u.a. dadurch, dass ein **Gemeinschaftsgefühl** mit lokalem, lösungsorientiertem Handeln mit einem besonderen „Bezug zur Lebenswelt der Bürger[*innen]“ (Kaltenbrunner/Jakubowski 2018: 91) besonders wirksam sein kann (Sempell 12.07.2019). Diesem Ansatz folgen auch die Transition-Town-Initiativen. So können sich Menschen ähnlichen Wertvorstellungen zusammenfinden und so z.B. zusammen ein Projekt auf die Beine stellen.

Ein mögliches Projekt, das auf dieser Quartiersebene stattfinden kann, ist die Gründung von **Repair-Cafés**, in denen Nachbarn*innen verschiedene Geräte reparieren – und dabei ein Gemeinschaftsgefühl stärken. Dies kann z.B. in Kooperation mit Recyclinghöfen stattfinden, die Ersatzteile anbieten. Weiterhin können verschiedene Projekte des Sharing stattfinden – beispielsweise von Geräten und anderen Gegenständen in einem Leihladen (BUND Deutschland 2017: 12–13) oder von Lastenrädern wie in der Mitte Altona.

Ebenso realisierbar sind auf diese Weise **Kontaktbörsen für die Wohnungssuche** – sowohl für den Tausch von Wohnungen als auch für die Gründung von WGs oder Baugemeinschaften. Dieses bietet auf der Quartiersebene besonderes Potential, da so Menschen in ihrem Wohnumfeld bleiben können.

Vision

Das Quartiersmanagement mit seinen Möglichkeiten durch Räumlichkeiten und Verfügungsfonds gab in vielen Quartieren den Anstoß, dass sich Hamburger*innen mit ihrem Quartier identifizieren und vor Ort aktiv werden. Die häufig vorhandene Anonymität der Großstadt wurde für einige – diejenigen, die dies negativ wahrnahmen – aufgelöst und in ein lokales Gemeinschaftsgefühl umgewandelt. Aber auch ein rein projektbezogenes Engagement ohne Verpflichtungen auf der sozialen Ebene ist möglich – so kann sich jede*r entsprechend seiner*ihre Präferenzen beteiligen. Das lokale Gemeinschaftsgefühl wird auch dadurch gestärkt, dass zahlreiche Umzüge innerhalb eines Quartiers realisiert werden, indem Wohnungen über Kontakte getauscht werden. Teilweise entwickelte sich das Engagement so weit, dass sich über Einnahmen verschiedener Feste und Beiträgen einiger Anwohner*innen Gruppen zusammenfanden, die Einzelhandelsflächen anmieten konnten und so regionale Lebensmittel angeboten werden können. Bei all diesen Prozessen unterstützt das Quartiersmanagement, insbesondere auch für neu Hinzuziehende, um Zugang zu den Quartiersstrukturen finden zu können.

Um diese Entwicklungen zu fördern, ist von der Stadt die Etablierung von flächendeckenden **Quartiersmanagements** durchzuführen, die jeweils auch über Räumlichkeiten für unterschiedliche Projekte verfügen sowie über finanzielle Mittel in Form eines Verfügungsfonds, der insbesondere Initiativen im Sinne des Postwachstums unterstützt. Sinnvoll wäre ebenso, dass die Stadt einige Einzelhandelsflächen besitzt, die geplant vergeben können, indem beispielsweise eine höhere Miete von Vollsortimentern eine geringere für regional agierende Unternehmen finanziert.

Kennzeichen

Informelle Kontakte auf Quartiersebene mit zahlreichen, v.a. kommunikativen Funktionen

Aufgabe der Planung

Flächendeckendes Angebot von Quartiersmanagement inklusive Räumlichkeiten und finanziellen Mitteln

Folgen

Ermöglichung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und nichtmaterialistischen Lebensstils

Herkunft der Idee

Mitte Altona
Quartier 21
Schanzenhöfe
RISE-Gebiet Altona-Altstadt
Transition Town
Gartenstadt

Identität Quartier im Überblick

Überlegung 5

BÜRGER*INNEN FREIRÄUME

Durch das Zurverfügungstellen von Freiräumen für Bürger*innen werden viele in ihrer Nachbarschaft aktiv und gestalten diese – für unterschiedliche Nutzungen, Veranstaltungen oder Selbstversorgungsprojekte.



Aus der Theorie wurde deutlich, welche Bedeutung Freiräume für einen nichtmaterialistischen Lebensstil haben. Diese Bedeutung wurde ebenso in der Analyse sowie in einigen Impulsen deutlich, in denen einige mögliche Konzeptionen hierfür gezeigt wurden.

In der Postwachstumsstadt werden die Bürger*innen zur Freiraumgestalter*innen. So werden die bestehenden öffentlichen Grünräume zu großen Teilen durch die Anwohner*innen gestaltet. Diese Freiräume werden den verschiedenen **Quartiersmanagements** zugeordnet, über die die Gestaltung über Patenschaften koordiniert wird. So wird sichergestellt, dass nicht eine Gruppe Bürger*innen die alleinige Gestaltung übernimmt und ein Gleichgewicht zwischen spezifischen Nutzungen und offenen Nutzungsmöglichkeiten bestehen bleibt.

So sollen die Freiräume weiterhin **nutzungsneutrale Aufenthaltsorte** sein, die sowohl Sport als auch Entspannen ermöglichen machen. Gleichzeitig sollen Bürger*innen aber auch ermuntert werden, selbst beispielsweise im Sinne der **Selbstversorgung** aktiv zu werden oder auch Bienen zu halten, wofür das Quartiersmanagement den Kontakt zu Experten*innen herstellen kann und Gerätschaften bereitstellt. So ist dieses System mit den Claims in Dessau-Roßlau zu vergleichen.

Durch das Zurverfügungstellen von Freiräumen für Bürger*innen sind in Hamburg sehr unterschiedliche Grünräume entstanden. So konnten jeweils die Bürger*innen vor Ort über die Gestaltung entscheiden und damit individuelle Lösungen durchsetzen. An einigen Orten wurden Kooperationen mit Kindertagesstätten und Schulen eingegangen, die nun ihre Gärten im öffentlichen Raum – zugänglich für alle – gestalten und gleichzeitig Kinder und Jugendliche die Selbstversorgung lehren. An anderen Orten werden Bienen gehalten, die zahlreiche an Straßen gepflanzte Obstbäume bestäuben, so dass viele Bewohner*innen inzwischen Obst aus dem direkten Wohnumfeld ernten können. Besonders positiv haben sich zahlreiche Abstandsgrünflächen entwickelt, die anstatt ungenutzt als Rasenfläche nun vielfältig gestaltet sind. So sind zahlreiche Bewohner*innen der angrenzenden Zeilenbauten inzwischen über die Grünflächen in Kontakt gekommen und haben sich die Pflege der dortigen Gemüsebeete oder Obststräucher aufgeteilt – häufig finden anlässlich der Ernte Nachbarschaftsfeste statt und manchmal zelten Kinder in den Ferien zusammen im ehemaligen Abstandsgrün.

Diese Freiraumgestaltung kann über öffentliche Räume hinaus auch in **halböffentlichen Flächen** stattfinden. Hier werden das Quartiersmanagement oder auch Anwohner*innen aktiv und sprechen die entsprechenden Eigentümer*innen an, ob Anwohner*innen die Gestaltung der Flächen übernehmen können.

Diese Art der Freiraumgestaltung bietet neben den Vorteilen für Anwohner*innen auch solche für die Eigentümer*innen privater Freiflächen, die **Kosten** für die Instandhaltung einsparen.

Kennzeichen

Selbstständige Gestaltung und Nutzung von Freiflächen durch Bürger*innen

Aufgabe der Planung

Bereitstellung der Flächen, Verbindung zu Quartiersmanagement

Folgen

Ermöglichung und Förderung eines nichtmaterialistischen Lebensstils sowie Selbstversorgung

Herkunft der Idee

Ansätze für Postwachstum 6
Mitte Altona
IBA Stadtumbau
Gartenstadt

Bürger*innenfreiräume im Überblick

7.3 Fazit

In diesem Kapitel wurden verschiedene Möglichkeiten, im Sinne einer Postwachstumsstadt über Planung eine Entwicklung zum Postwachstum mitzugestalten, diskutiert und damit der zweite Teil der Fragestellung beantwortet:

Welchen Einfluss kann Stadtplanung nehmen, Postwachstum zu gestalten?

Deutlich wurde bei der Darstellung, dass diese Entwicklung auf vielfältige Wege geschehen kann. Mögliche Wege hierfür wurden bereits in Kapitel 4.2 und 4.3 dargelegt oder zeigten sich z.T. in den analysierten Beispielprojekten Hamburgs in Kapitel 6. Dies wurde in den vorliegenden Konzepten weiterentwickelt.

Impulse

Anstöße für eine Postwachstumsstadt können neben diesen Impulse unterschiedlichster Art geben.

Hierzu gehörte zunächst die **IBA Stadtumbau** in Sachsen-Anhalt, bei der wie im Postwachstum Planung mit geringem Ressourcenverbrauch erfolgen musste. Insbesondere spannend waren hier innovative Ideen beim Denkmalschutz sowie die Freiraumgestaltung durch Bürger*innen über die Zuweisung sogenannter Claims.

Das **Instrument Denkmalschutz** stellte sich in der Analyse als besonders hilfreich heraus, um Gebäudebestand zu erhalten. Dieses im DschG geregelte Instrument stellt ein System dar, mit dem mithilfe von Anreizsystemen, aber auch Verpflichtungen der jeweiligen Eigentümer*innen wertvoller Gebäudebestand erhalten und damit potentiell Neubau vermieden werden kann.

Die **Transition-Town-Initiativen** sind dagegen eine Entwicklung aus der Bottom-up-Perspektive, bei der Menschen auf der ganzen Welt in ihrem lokalen Umfeld selbst die Initiative ergreifen. Hierbei werden Ideen vor Ort umgesetzt. Dies weist durch ein lokales Gemeinschaftsgefühl eine besondere Stärke auf, die durch Planung gestärkt werden kann und sollte.

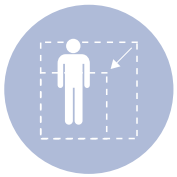
Zuletzt ist die **Gartenstadt** als Utopie relevant, die schon um 1900 das Potential großzügiger Freiräume im Zusammenspiel mit einer dichten Stadt sowie einer prozesshaften Stadtentwicklung erkannte. Durch ihre Übertragung auf heute im Sinne einer Gartenstadt 21 wurden verschiedene Ansätze deutlich, die insbesondere eine Freiraumgestaltung durch Bürger*innen, die Integration sozialer Nutzungen oder die Beteiligung von Bürger*innen betreffen.

Katalog: Überlegungen für eine Postwachstumsstadt

Dieser Katalog stellt verschiedene Möglichkeiten dar, eine Postwachstumsstadt zu planen. Diese fünf Überlegungen sind als beispielhafte Aufzählung zu verstehen, die eine erste Idee in Richtung dieser Entwicklung geben können, die weiterentwickelt und erprobt werden müssen. Integriert wurden dabei sowohl Top-down-Vorgaben als auch verschiedene Möglichkeiten, Bottom-up-Entwicklungen zu unterstützen.



Die Grundlage stellt die bindende Vorgabe eines **Netto-Null-Flächenverbrauchs** sowie eines **Bauverbots** dar. Über diesen sollen die Flächen- und Ressourcenverbräuche stark reduziert werden, was lediglich mithilfe regulativer Maßnahmen möglich ist, sowie durch notwendige Maßnahmen wie Leerstandsmanagement und eine Mietendeckelung ergänzt wird. Neubau ist dann nur noch nach streng definierten Kriterien möglich.



Um bei diesem Neubauverbot dennoch ausreichend Wohnraum auch für steigende Bevölkerungszahlen bieten zu können, wird eine **Suffizienzberatung** etabliert. Hierfür entwickelte Instrumente, die Maßnahmen zur Reduzierung der Wohnfläche pro Person fördern oder entsprechend beraten, werden in einem Suffizienzratgeber veröffentlicht.



Weiterhin dient ein dem Denkmalschutz vergleichbares Instrument dem **Schutz von Gebäudebestand**. Dieses setzt die Hürde für den Abriss von Gebäuden deutlich höher und gewährleistet über Anreize sowie Verpflichtungen für Eigentümer den Erhalt und die weitere Nutzbarkeit von Bestand.



Auf einer anderen Ebene setzt das nächste Instrument an, das das **Quartier** in den Mittelpunkt rückt. So wird ein Engagement von Bürger*innen auf dieser Ebene, das dort als besonders erfolgversprechend angesehen wird, befördert – über ein Quartiersmanagement mit entsprechenden Räumlichkeiten und über einen Verfügungsfonds. So werden dort verschiedene Projekte wie z.B. zum Sharing oder Repair-Cafés gefördert.



Auch die **Gestaltung von Freiräumen durch Bürger*innen** wirkt auf die Art und Weise, dass Bottom-up-Entwicklungen durch Planung gefördert werden. Hier werden sowohl öffentliche Räume als möglichst auch halböffentliche Grünräume durch Bürger*innen gestaltet, so dass dort beispielsweise Selbstversorgung möglich wird.

7.3.1 Reflexion

Die Ausführungen zur Postwachstumsstadt zeigen einige Möglichkeiten auf, wie Stadtplanung im Sinne des Postwachstums aussehen kann. So werden einige Aspekte aufgeführt, die zu einer Strategie für die Entwicklung einer Postwachstumsstadt weiterentwickelt werden können. Allerdings werden auch einige Grenzen deutlich.

So sind für viele der aufgeführten Maßnahmen zusätzliche öffentliche **finanzielle Aufwendungen** notwendig, wie etwa zur Unterstützung der Maßnahmen im Bestand oder zur Stärkung der Möglichkeiten auf Quartiersebene. Insbesondere im Postwachstum ist dies als Herausforderung für eine Stadt zu beurteilen. Allerdings bieten Einsparungen an anderer Stelle Potential, wie z.B. der Verzicht auf Straßenausbaumaßnahmen, wie sie derzeit beispielsweise im Leitbild der Stadtentwicklung noch angedacht sind – oder auch eine Finanzierung über eine stärkere Besteuerung von Ressourcenverbräuchen, wie in Kapitel 3 genannt.

Weiterhin wurde in der Analyse bereits deutlich, dass Themen wie die Stärkung öffentlicher Räume, aber auch die Stadtentwicklung über die sogenannten Intermediären immer darauf angewiesen sind, dass **Bürger*innen** mitmachen. Die Grenzen dessen wurden beispielsweise im Quartier 21 deutlich. Hier kann Planung lediglich versuchen zu aktivieren und die Vorteile einer Teilhabe aufzeigen. Ein Quartiersmanagement bietet hier Potential.

Weitere Probleme werden sich in der Durchsetzung der verbindlichen Vorgaben ergeben. Insbesondere das Bauverbot wird auf zahlreiche **Widerstände** treffen, da das Eigentumsrecht hiermit erheblich eingeschränkt wird. So besitzen Eigentümer*innen nachvollziehbare Beweggründe, auf ihrem Grund auch bauen zu dürfen. An dieser Stelle ist eine erhebliche Kommunikationsleistung notwendig, um die im Sinne des Klimaschutzes notwendigen Maßnahmen zu treffen.

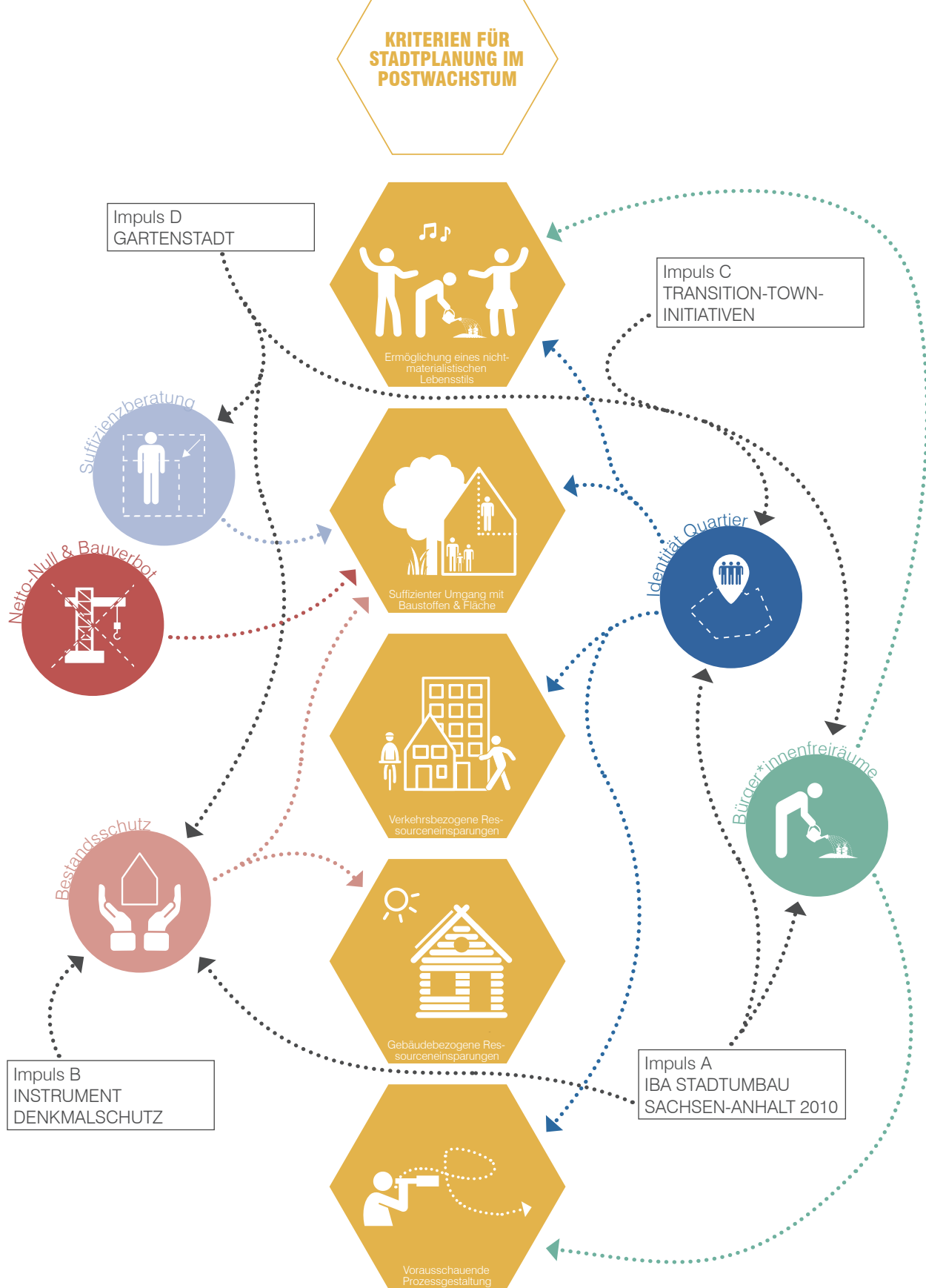
Zuletzt ist selbstverständlich, dass die aufgeführten Maßnahmen nicht ausreichen, um Postwachstum in der Stadtentwicklung herbeizuführen. So werden zahlreiche Themen in den aufgeführten Vorschlägen nicht berücksichtigt, wie etwa die autofreie Stadt, was z.B. der BUND über eine in konzentrischen Kreisen sukzessiv eingeführtes Verbot anregt (Lührsen/Seegelke 10.07.2019). Weiterhin sind **ergänzende Maßnahmen** auf der regionalplanerischen Ebene notwendig, andere Räume, wie

etwa solche mit schrumpfenden Bevölkerungszahlen, erfordern andere Maßnahmen als Städte wie Hamburg, wie bereits in Kapitel 4 erläutert, und auch bundesweit müssen hier entsprechende Entscheidungen getroffen werden. Gleichzeitig müssen auch Maßnahmen außerhalb von Raumplanung getroffen werden, die ebenso Einfluss auf die Planung haben werden, wie beispielsweise eine Steuerreform. So gilt es hier, die dargestellte Strategie für eine Postwachstumsstadt in einen größeren Kontext einer Postwachstumsstrategie einzuordnen.

7.3.2 Bezug zu den Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum

Die dargestellten Impulse sowie Überlegungen lassen sich naturgemäß auch den Kriterien für die Analyse aus Kapitel 5 zuordnen, die, aus der Theorie abgeleitet, Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum definierten. Sie wurden im Anschluss bei den Beispielprojekten analysiert. Diese Zusammenhänge zwischen Theorie, Analyse und Konzept sind in Abb. 92 dargestellt.

So wird deutlich, dass die aufgeführten Impulse und Überlegungen vielfältige Inspiration geben können für eine Postwachstumsstadt, die auch den Kriterien folgt. Damit können einige Zielsetzungen erfüllt werden. Klar wird aber auch, dass nicht alle Kriterien erreicht werden können – so sind beispielsweise eine Einschränkung touristischer Funktionen, das Verkehrsthema wie oben genannt oder auch die Energieversorgung kaum Teil des aufgeführten Konzepts. Hier müssen also andere Konzepte greifen – auch außerhalb des Einflusses von Planung. Darüber hinaus werden die aufgeführten Überlegungen auch zur Erfüllung der anderen Kriterien nicht ausreichen – auch hier sind vermutlich Maßnahmen außerhalb der Planung notwendig, wie etwa zur Förderung verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen.



92| Abgleich des Konzeptes mit den Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum (eigene Darstellung)

Schlussbetrachtung

8.1. Beantwortung der Fragestellung	197
8.2 Reflexion	198
8.3 Ausblick	199

80

Diese Arbeit hatte zum Ziel, die in der Theorie vorliegenden Konzepte zum Postwachstum als Reaktion auf den Klimawandel auf die Stadtentwicklung zu übertragen. Hierfür galt es, im Hamburger Stadtentwicklungsgeschehen mögliche Ansätze für eine Stadtentwicklung im Postwachstum zu identifizieren sowie die Entwicklung eines Konzepts für die Postwachstumsstadt anzustoßen. Es wurden die im Folgenden dargestellten Schritte durchgeführt.

In dem Kapitel der **Methodik** wurde das Vorgehen der Arbeit erläutert. Dieses bestand insbesondere darin, zunächst eine Kriterienliste auf der Basis einer Literaturrecherche zu entwickeln, um Stadtentwicklung im Hinblick auf Postwachstum bewerten zu können. Diese Bewertung erfolgte über die Durchführung von Interviews v.a. mit Experten*innen für die jeweiligen Beispielprojekte sowie über Inhaltsanalysen, so dass auf eine strukturierte Art und Weise die Stadtentwicklung Hamburgs bewertet werden konnte. Diesem strukturierten Vorgehen folgte im Anschluss eine kreative Phase zur Entwicklung des Konzepts.

Im folgenden Kapitel wurde das **Konzept des Postwachstums** in seiner Notwendigkeit und seinen Kennzeichen erläutert. Deutlich wurde, dass verschiedene Gründe dafür bestehen – in dieser Arbeit wird v.a. der Klimawandel als entscheidender betrachtet. Dieser erfordert umfassende Veränderungen des Lebens. Ebenso klar wurde aber auch, dass zahlreiche Faktoren einer entsprechenden Transformation entgegenstehen, die sich sowohl auf eine gesellschaftliche als auch auf eine wirtschaftliche Ebene beziehen lassen. Diese Grundlagen aufgreifend, wurden drei Konzepte für Postwachstum erläutert, die verschiedene gemeinsame Ansätze, aber ebenso Unterschiede aufwiesen. Diese wurden gegenübergestellt und zusammengefasst, wie Postwachstum gekennzeichnet ist, bevor im Abschluss kurz dargelegt wurde, welche Kritik am Postwachstum geübt wird.

Welche **Potentiale Planung in Bezug auf Postwachstum** hat, wurde im Anschluss dargelegt. Inwiefern Planung an die Wachstumsideologie gebunden ist, wurde genauso erläutert wie verschiedene Ausprägungen dessen, etwa der Flächenverbrauch und die steigende Wohnfläche pro Person. Die bestehenden Prinzipien von Postwachstum in der Planung wurden ebenso erläutert. Hierbei wurde sich auf in der Stadtplanung akzeptierte

Zielsetzungen wie etwa die Reduzierung von Verkehr oder Flächenverbrauch bezogen, aber ebenso auf die ersten Zielsetzungen, die explizit für eine Planung im Postwachstum gelten sollen.

Die beiden vorangegangenen Kapitel aufgreifend, wurde zunächst erläutert, welche Aspekte der Postwachstumskonzepte durch Planung beeinflussbar sind. Darauf folgt die Formulierung von **Kriterien für Stadtplanung im Postwachstum**, die als Grundlage für die weitere Arbeit gelten.

Auf dieser Grundlage konnte die Beantwortung des ersten Teils der Fragestellung erfolgen und somit die **Ansätze von Postwachstum in der Hamburger Stadtentwicklung** identifiziert werden. Hierbei wurden die ausgewählten fünf Beispielprojekte im Hinblick auf die entwickelten Kriterien analysiert.

- In Bezug auf den nichtmaterialistischen Lebensstil wurde deutlich, dass hier vielfach Bemühungen beispielsweise in Form eines Quartiersmanagements oder der Bereitstellung öffentlicher Räume stattfinden, die aber z.T. insofern auf Grenzen stoßen, als das die entsprechende Inanspruchnahme durch Bürger*innen fehlt. Insbesondere in der stadtweiten Betrachtung ist darauf hinzuweisen, dass touristische Funktionen von immenser Bedeutung sind, was aufgrund der damit einhergehenden Attraktivitätssteigerung Hamburgs kritisch zu werten ist.
- Ein suffizienter Umgang mit der Fläche wird in der Hamburger Stadtentwicklung grundsätzlich angestrebt, allerdings durch einige Projekte im Außenbereich und z.T. sehr hohe Versiegelungsgrade konterkariert. Eine hohe Ausnutzung der Grundstücke wird gefordert, folgt allerdings auch schlichtweg dem Nutzungsdruck, wogegen eine Reduzierung des Bauens keine Zielsetzung darstellt. Dies wird allerdings in einigen Projekten im Zuge des Denkmalschutzes über eine Umnutzung von Bestand erreicht. Gesamtstädtisch wird Neubau allerdings gezielt induziert und Lösungen im Bestand wie zur Reduzierung der Wohnfläche ignoriert.
- Eine Vermeidung von Verkehr in Form von Nutzungsmischung und kurzen Wegen wird in Hamburg weitgehend angestrebt, folgt dies doch auch grundsätzlich bestehenden Leitbildern in der Stadtentwicklung. Hierzu gehört allerdings keine Förderung regional agierender Wirtschaft zur Reduktion dieses Verkehrs.

Dagegen ist eine Verlagerung von Verkehr auf den Umweltverbund zwar Teil der Planungen und wird in einer häufigen Förderung von Fuß- und Radverkehr realisiert, erfolgt aber nicht in ausreichendem Maße, da der MIV kaum eingeschränkt wird.

- Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen werden in den Beispielprojekten v.a. über die Wiederverwendung von Bestandsbaustoffen erreicht, während die Verwendung neuer ökologischer Baustoffe kaum erfolgt. Energetische Modernisierungen von Bestand erfolgen vermutlich und erneuerbare Energien werden z.T. in den Planungen beabsichtigt, allerdings nicht auf besonders anspruchsvolle Art und Weise.
- Eine vorausschauende Prozessgestaltung findet häufig in Form eines sukzessiven Vorgehens statt, in einigen Projekten auch mit umfassender Beteiligung und langfristiger Betrachtungsweise. Es fehlt allerdings meist der Raum zum Erproben und Austesten.

Als konzeptioneller Teil dieser Arbeit wurden daraufhin mögliche Ideen im Sinne einer **Postwachstumsstadt** dargelegt. Hiermit wurde der zweite Teil der Fragestellung in zwei Schritten beantwortet.

- Zunächst wurden verschiedene Impulse als Anregung für das Konzept aufgeführt. Diese bezogen sich sowohl auf bestehende Projekte, die mit geringem Ressourcenaufwand handeln mussten, wie die IBA, als auch auf das Gebäudebestand erhaltende Instrument des Denkmalschutzes, die Bottom-up-Bewegung der Transition-Town-Initiativen sowie die Übertragung der Gartenstadtutopie mit ihrem Potential für einige Aspekte, wie beispielsweise die Integration von Bürger*innen in die Stadtentwicklung oder die hohe Bedeutung von Freiräumen.
- Daraufhin folgte die Aufstellung von Überlegungen für eine Postwachstumsstadt als Anstoß für eine Entwicklung in diese Richtung, die die Erkenntnisse aus Theorie, Analyse und den Impulsen aufgreifen. Auch hier bezieht sich die Darstellung sowohl auf Top-down-Regelungen als auch auf die Stärkung von Bottom-up-Entwicklungen. So wird angenommen, dass sowohl regulative Vorgaben z.B. zur Beschränkung des Flächenverbrauchs und des Bauens notwendig sind, als auch verschiedene Angebote wie zur Reduzierung der Wohnfläche im Sinne einer Suffizienzberatung oder aber zur Unterstützung – aber auch Verpflichtung – beim Erhalt von Gebäudebestand. Ebenso als not-

wendig betrachtet wird, verschiedene Entwicklungen auf der lokalen Ebene durch Bürger*innen zu unterstützen, beispielsweise über verschiedene Möglichkeiten auf Quartiersebene wie ein Quartiersmanagement, die ebenso die Freiraumgestaltung umfassen.

8.1 Beantwortung der Fragestellung

Auf Basis der zusammengefassten Erkenntnisse der Arbeit lässt sich die Fragestellung der Arbeit beantworten. Diese lautet:

Inwiefern sind in der Hamburger Stadtentwicklung Ansätze von Postwachstum im Sinne des Klimaschutzes vorzufinden und welche Einflussmöglichkeiten hat Stadtplanung, Postwachstum zu gestalten?

Für den ersten Teil der Fragestellung gilt, dass die untersuchten Beispielprojekte einige Ansätze von Postwachstum bieten. Hierzu gehören beispielsweise die Unterstützung von Bürger*innen bei der Teilhabe an der Stadtentwicklung über ein Quartiersmanagement, die Stärkung öffentlicher Räume zur Etablierung eines nicht-materialistischen Lebensstils oder auch der umfassende Erhalt von Gebäudebestand im Zuge des Denkmalschutzes, wodurch Ressourcen durch eine Vermeidung von Abriss und Neubau eingespart werden. Diesen steht aber gegenüber, dass eine grundsätzliche Ausrichtung in der Stadtentwicklung zur Einsparung von Ressourcen im Sinne des Postwachstums, insbesondere im Leitbild, fehlt – was angesichts des rein in der Theorie bestehenden Konzepts des Postwachstums nicht überrascht. Ebenso fehlen aber insbesondere Strategien, im Bestand aktiv zu werden, wie zur Beschränkung der Wohnfläche pro Person, was aber insbesondere in Kapitel 6.1 als relevanter Ansatzpunkt identifiziert wurde. Darüber hinaus mangelt es an umfassenden Konzepten zur Reduzierung des MIV und an einem experimentellen Vorgehen in der Stadtentwicklung. **Zusammengefasst sind in der Hamburger Stadtentwicklung einige Ansätze für Postwachstum vorhanden, die Potential zur Weiterentwicklung bieten – grundsätzlich bleibt aber eine umfassende Zielformulierung im Sinne des Klimaschutzes anstelle verschiedener Einzelziele aus.**

Im zweiten Teil der Fragestellung wird deutlich, dass Stadtplanung über vielfältige Wege die Entwicklung zum Postwachstum gestalten kann. Hierzu gehören insbesondere die Entwicklung von Stadtentwicklungsstrategien, die auf geringen Ressourcenverbräuchen beruhen, die Weiterentwicklung bestehender Instrumente im Sinne des Postwachstums und die Unterstützung von Bürger*innen bei der Gestaltung ihrer Stadt. Ebenso relevant ist die Durchsetzung regulativer Vorgaben zu Themen wie dem Flächenverbrauch oder dem hohen Bauvolumen und die Entwicklung verschiedener beratender und Anreize schaffender Instrumente zur Reduzierung der Wohnfläche. **Zusammenfassend bietet die Stadtplanung über die Kombination regulativer Vorgaben mit verschiedenen Anreizsystemen und beratenden Angeboten zur Stärkung der Bürger*innen in ihrer Stadt zahlreiche Einflussmöglichkeiten, die den Anstoß für eine weitere Konzeption einer Postwachstumsstadt geben können.**

8.2 Reflexion

Mit dem Themenfeld der Übertragung der Postwachstums-idee auf die Stadtentwicklung war der Anspruch dieser Arbeit ein sehr umfassender. So ist das Konzept des Postwachstums sehr theoretisch. Es fordert auf globaler Ebene eine Transformation, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft betrifft, wofür Veränderungen in zahlreichen Bereichen notwendig sind. Dieses Konzept auf die Entwicklung einer Stadt zu übertragen, ist mit zahlreichen Reduzierungen verbunden.

Zur Übertragung der Idee auf die Stadtentwicklung wurde sich für die Analyse verschiedener **Beispielprojekte** entschieden. Dies hatte aber zur Folge, dass die Ergebnisse dieser Arbeit, wie in Kapitel 2.8 dargelegt, stark abhängig von eben dieser Auswahl sind. Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass jeweils nur ein*e Interviewpartner*in befragt wurde. So scheint es nicht unmöglich, dass bei der Auswahl anderer Beispielprojekte oder anderer Interviewpartner*innen andere Ergebnisse ermittelt worden wären.

Ebenso fehlt durch die reine Analyse von Beispielprojekten einerseits eine Analyse der dahinterstehenden **Instrumente**, die die Ergebnisse der Analyse naturgemäß mitbestimmen (s. Kapitel 6.7.1), wie es an einigen Stellen auch in der Analyse deutlich wurde. Inwiefern aller-

dings grundsätzlich die Instrumente für die Entwicklung einer Postwachstumsstadt geeignet sind, wäre ebenso zu spannend. Andererseits fand auch keine Analyse der Wechselwirkungen zwischen den Beispielprojekten statt, wie sie insbesondere zwischen dem Leitbild und den anderen Projekten bestehen, und ebenso keine Analyse des politischen Einflusses auf die Projekte.

Wie in Kapitel 2.8 und 6.7.1 bereits dargelegt, reicht das Wirken auf der Ebene der Stadtplanung einer Stadt bei Weitem nicht aus, um die notwendigen Veränderungen zu erzielen. Stattdessen sind sowohl in der Raumplanung auf regionaler oder sogar bundesweiter Ebene Maßnahmen notwendig als auch über die Raumplanung hinausgehend **grundsätzliche Transformationen**, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft betreffen, wie umfassend in Kapitel 3 dargelegt. So lassen sich die in dieser Arbeit angestrebten Veränderungen in der Planung in einen größeren Transformationsprozess einordnen.

Ein Aspekt, der bei einer möglichen Umsetzung der Vorschläge intensive Widerstände hervorrufen würde, wäre der immense **Eingriff in das Eigentumsrecht**. Dies ordnet sich ein in die generelle Kritik am Planungs-begriff, dass durch Planung die gesteuerte Herbeiführung eines Gesellschaftsideals erreicht werden soll, wie in Kapitel 1.4 dargelegt. So stellt sich hier die Frage, wie weit Planung tatsächlich in die Rechte und Freiheiten eingreifen darf, was auch in den Interviews häufig angemerkt wurde. Dies lässt sich einordnen in die grundsätzliche Klimaschutzdebatte, bei der der Vorwurf des Eingriffs in persönliche Freiheitsrechte häufig erfolgt und sich auch in Protesten wie durch die Gelbwesten in Frankreich zeigt. Obwohl diese Eingriffe nach wissenschaftlichen Erkenntnissen notwendig sind, um das Ausmaß der notwendigen Einsparungen an Emissionen im Zuge des Klimaschutzes zu erreichen, wird diese Kritik des Eingriffs in die Freiheitsrechte in der politischen Diskussion ständig geübt.

Dies, sowie verschiedene in Kapitel 3.2 dargestellte Gründe, führt dazu, dass das Postwachstum bisher eine **Utopie** ist, die kaum umgesetzt wird. Damit sind auch die Analysen und Konzepte, die in dieser Arbeit entwickelt werden, weit entfernt vom derzeitigen Planungs-handeln. So ist das Konzept Postwachstum zwar im Sinne des Klimaschutzes sinnvoll und damit auch die Ergebnisse dieser Arbeit. Allerdings führt dies bisher nicht zu entsprechenden Veränderungen, so dass auch die

Umsetzung der Überlegungen im Konzept dieser Arbeit sehr unwahrscheinlich ist (s. Kapitel 3.4). Hier findet sich der in der Einführung dargelegte Widerspruch zwischen wissenschaftlich belegten Notwendigkeiten angesichts des Klimaschutzes ohne entsprechende Folgen im politischen Handeln wieder. Die derzeit stattfindenden Proteste mit *Fridays for Future* zeigen aber: die Bereitschaft zu Veränderungen ist immer mehr vorhanden und die Zeit reif für ernst gemeinten Klimaschutz.

8.3 Ausblick

Mit der vorliegenden Arbeit wurde ein Beitrag zur Entwicklung des Postwachstums geleistet, indem dieses auf die Stadtentwicklung übertragen wurde. Dies ist gemäß des IPCC wie dargelegt eines der zentralen Themenbereiche, um den Klimawandel zu bekämpfen. Da diese Entwicklung, wie in Kapitel 3.3 erörtert, auf zahlreichen Ebenen und in vielfältigen Themenfeldern Veränderungen notwendig macht, kann diese Arbeit als ein Beitrag dazu gewertet werden.

So wurde in einem ersten Schritt eine Bewertung des Stadtplanungshandelns, wie in Kapitel 1 angestrebt, möglich und hierbei insbesondere der Bezug zur Stadt Hamburg als hilfreich angesehen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Hamburg durch steigende Bevölkerungszahlen gekennzeichnet ist, was für die Konzeption einer Postwachstumsstadt eine besondere Herausforderung darstellt. Diese Situation in einer Stadt wie Hamburg unterscheidet sich von der in Regionen sinkender Bevölkerungszahlen fundamental und ist mit besonderen Anstrengungen verbunden. Somit konnte diese Arbeit einen Beitrag dazu leisten, die Wissenslücke in der Verknüpfung von Postwachstum und Planung zu füllen und ebenso darzulegen, welche positiven Effekte in der Stadtentwicklung dadurch möglich sind.

Dennoch kann diese Arbeit nur als ein kleiner Schritt in Richtung Postwachstumsstadt gewertet werden. So kann eine umfassende Bearbeitung dieses großen Themenfeldes im Rahmen einer Masterthesis nicht geleistet werden. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf. Dieser betrifft einerseits die weitere Analyse des Stadtplanungshandelns, was sowohl in der vertieften Analyse der Beispielprojekte dieser Arbeit, etwa über zusätzliche Interviews, geschehen kann, als auch über die Analyse weiterer Projekte. Hierbei wäre beispielsweise wünschenswert, in den Projekten mehr Gewerbe- oder an-

dere Nutzungen abzubilden. Genauso sind aber auch eine übergreifende, stadtweite Analyse inklusive der dort getroffenen Grundsatzentscheidungen sinnvoll sowie Analysen in anderen Raumtypologien wie etwa Räume mit schrumpfenden Bevölkerungszahlen und ländliche Räume. Andererseits ist über diese praktische Ebene hinaus auch auf der theoretischen eine Diskussion notwendig, wie sie beispielsweise von Lamker/Schulze Dieckhoff (2019b) sowie Sondermann (2019) gefordert wird. In dieser ist eine Hinterfragung der grundlegenden Planungsprinzipien und –instrumente notwendig.

Auch über die Planung hinaus besteht weiterer Forschungsbedarf sowie die Notwendigkeit weiterer Konzeption und Erprobung von Lösungen entsprechend des Postwachstums. Dies wurde in Kapitel 3.3 deutlich.

Insbesondere notwendig ist aber die Erkenntnis über die Notwendigkeit umfassender Veränderungen im Sinne des Postwachstums. Diese Erkenntnis setzt sich, beispielsweise mit den Klimaprotesten, allmählich durch, führt aber bei Weitem noch nicht zu entsprechenden politischen Entscheidungen, wie in Kapitel 1 dargelegt. Die zahlreichen bestehenden Hemmnisse, die in Kapitel 3.2 dargelegt wurden, und die Einschränkungen für den Einzelnen, die zunächst sichtbar sind als die Vorteile, machen einen Wandel bisher sehr unwahrscheinlich. Dennoch ist die weitere Bearbeitung dieses utopischen Ansatzes sinnvoll – was das folgende Zitat unterstreicht:

„Utopia taucht am Horizont auf. Ich gehe zwei Schritte darauf zu, und es entfernt sich zwei Schritte. Ich gehe weitere zehn Schritte darauf zu, und der Horizont zieht sich zehn Schritte zurück. So weit ich auch gehe, ich werde ihn nie erreichen. Welchen Sinn hat dann die Utopie? Ganz einfach: dafür zu sorgen, dass wir weitergehen.“

(Galeano o.J., zit. n. Bregman 2019: 247)

Literaturverzeichnis

Albers, Gerd; **Wekel**, Julian (2017): Stadtplanung. Eine illustrierte Einführung. Darmstadt: WBG - Wissenschaftliche Buchgesellschaft. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=5123677>.

Antal, Miklós; **van den Bergh**, Jeroen C.J.M. (2016): Green growth and climate change: conceptual and empirical considerations. In: Climate Policy 16 (2), S. 165–177..

Aurelis, Aurelis Real Estate GmbH (Hg.) (2019): Schaffung eines neuen Quartiers mit ausgewogener Struktur. <https://www.aurelis-real-estate.de/kommunen/referenzprojekte/referenzprojekte/hamburg-mitte-altona>, 25.08.2019.

B90/Die Grünen, Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen (Hg.) (2019): Zwischenbericht zum Grundsatzzprogramm für den Konvent am 29./30. März 2019. Veränderung in Zuversicht. https://cms.gruene.de/uploads/documents/20190328_Zwischenbericht_Gruenes_Grundsatzprogramm.pdf, 18.09.2019.

Bach, Stefan; **Thiemann**, Andreas; **Zucco**, Aline (2018): Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth Distribution. German Institute for Economic Research. Berlin. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.575768.de/dp1717.pdf, 13.06.2019.

Barthel, Claus (2006): Den European Way of Life im Blick - Spielraum der Konsumenten bei ihrer CO₂-Emission. In: E&M, S. 7.

Bauer, Lea (2010): Quedlinburg: Perspektive Weltkulturerbe. In: Philipp Oswalt (Hg.): Weniger ist Zukunft. 19 Städte - 19 Themen: Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung Bauhaus Dessau, 9. April 2010 bis 16. Oktober 2010. Berlin: Jovis Verl., Edition Bauhaus, 33, S. 707–713.

BauGB (23.09.2004, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017): Baugesetzbuch.

bauhaus dessau; Sachsen-Anhalt; Stadt Dessau-Roßlau (Hg.) (o.J.): Claims – Bausteine für eine neue Stadtkultur. https://verwaltung.dessau-rosslau.de/fileadmin/Verwaltungsportal_Dessau-Rosslau/Stadtentwicklung_Umwelt/Stadtentwicklung/Stadtumbau/Landschaftliche_Zonen/Module_Platat_Paten_zweiseitig.pdf, 29.08.2019.

Beck, Sebastian (2015): Stadtentwicklung mit der Netzwerkgesellschaft – Zur Renaissance intermediärer Akteurslandschaften. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5), S. 231–236.

Bezirk Altona (2014a): Bebauungsplan Altona-Nord 26.

Bezirk Altona (2014b): Begründung zum Bebauungsplan Altona-Nord 26.

Bezirk Hamburg-Mitte und Eimsbüttel (2006a): Bebauungsplan St. Pauli 40 / Rotherbaum 34.

Bezirk Hamburg-Mitte und Eimsbüttel (2006b): Begründung zum Bebauungsplan St. Pauli 40 / Rotherbaum 34.

Bezirk Hamburg-Nord (2012a): Bebauungsplan Barmbek-Nord 33.

Bezirk Hamburg-Nord (2012b): Begründung zum Bebauungsplan Barmbek-Nord 33.

Bezirksversammlung Altona (2012): Beschluss Inklusion Mitte Altona. <http://www.q-acht.net/altona/archiv/2012/2012-08-23-inklusion-mitte-altona-beschluss.pdf>, 25.08.2019.

BfN, Bundesamt für Naturschutz (Hg.) (2019): Abbau naturschädigender Subventionen und Kompensationszahlungen auf stoffliche Belastungen. https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/oekonomie/Dokumente/Abbau_naturschaedigender_Subventionen.pdf, 20.09.2019.

Binswanger, Hans Christoph (2013): Die Wachstums-spirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. 4., überarb. Aufl. Marburg: Metropolis-Verl.

Birzer, Markus; **Gessenharter**, Wolfgang (2010): Mitte Altona. Kommunikative Begleitung. Dialogische Interviews. Auswertung. <https://www.hamburg.de/contentblob/3304168/8e9fd03be35a0bb4b631ccc0f54c23fc/data/auswertung-dialogische-interviews-19-8-2011.pdf>, 25.08.2019.

BKM, Behörde für Kultur und Medien (Hg.) (2018): Denkmalkartierung Hamburg. <https://geoportal-hamburg.de/geoportal/geo-online/>, 03.09.2019.

BMF, Bundesministerium für Finanzen (Hg.) (2018): Ausgaben 2018. <https://www.bundeshaushalt.de/#/2018/soll/ausgaben/einzelplan.html>, 20.09.2019.

BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.) (2018): Programmstrategie Soziale Stadt. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/programmstrategie-soziale-stadt.pdf;jsessionid=1EB36AD0C0571FAD8EC3BDCB74EDEC56.1_cid295?__blob=publication-File&v=2, 11.07.2019.

BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.) (2019a): Inhaltliche Grundlagen, Evaluierung, Monitoring. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Grundlagen/InhaltlicheGrundlagen/InhaltlicheGrundlagen_node.html, 03.09.2019.

BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.) (2019b): Soziale Stadt. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html, 31.08.2019.

BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.) (2019c): Städtebauförderung 2019. Informationen zu den Förderprogrammen. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/Broschuere_Information_StBF_2019.pdf?__blob=publicationFile&v=2, 03.09.2019.

BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.) (2019d): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Home/home_node.html, 31.08.2019.

BMVBS, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2010): Städtebaulicher Denkmalschutz. Programmstrategie. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedtebaulicherDenkmalschutz/Programm/grundlagen/programmstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=2, 07.09.2019.

Bodammer, Alexa; **Züger**, Roland (2010): Fokus und Wahrnehmung der schrumpfenden Stadt. In: Philipp Oswald (Hg.): Weniger ist Zukunft. 19 Städte - 19 Themen: Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung Bauhaus Dessau, 9. April 2010 bis 16. Oktober 2010. Berlin: Jovis Verl., Edition Bauhaus, 33, S. 504–518.

Böttge, Julia; **Gantner**, Johannes; **Haun**, Thomas; **Özer**, Marcel; **Sager**, Christina; **Schneider**, Daniela; **Wittstock**, Bastian (2018): Handlungsfeld Stoffströme. In: Helmut Bott, Gregor Grassl und Stephan Anders (Hg.): Nachhaltige Stadtplanung. Lebendige Quartiere, Smart Cities, Resilienz. 2. Auflage. München: Detail Business Information GmbH, S. 108–113.

bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2016a): Bruttoinlandsprodukt. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/18944/bruttoinlandsprodukt>, 19.05.2019.

bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2016b): Entwicklungsländer. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19220/entwicklungslaender>, 10.06.2019.

Brand, Ulrich (2015): Die Illusion vom sauberen Wachstum. In: Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr. Zweite Auflage. Berlin: Le Monde diplomatique, S. 52–53.

Bregman, Rutger (2019): Utopien für Realisten. Die Zeit ist reif für die 15-Stunden-Woche, offene Grenzen und das bedingungslose Grundeinkommen. 3. Auflage. Reinbek: ROWOHLT Taschenbuch.

Brückner, Heike (2010): Landschaft schafft Stadt: Wo Häuser fallen, entstehen neue Freiräume. In: Philipp Oswald (Hg.): Weniger ist Zukunft. 19 Städte - 19 Themen: Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung Bauhaus Dessau, 9. April 2010 bis 16. Oktober 2010. Berlin: Jovis Verl., Edition Bauhaus, 33, S. 520–533.

Brückner, Heike (2017): Passen Postwachstum und Schrumpfung zusammen? In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL (Hg.): Planung ohne Wachstum 2017 (04). Hannover: ARL, S. 28–32.

Brüdgam, Bettina (2015): Dichter, höher, besser? In: Hamburger Grundeigentum 2015 (05), S. 6–10.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2010): Wettbewerb MITTE ALTONA Dokumentation. Ausgelobt durch die Freie und Hansestadt Hamburg, BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, aurelis Asset GmbH, DB Netz AG, Holsten-Brauerei AG. Hamburg. <https://www.hamburg.de/contentblob/3304070/26e6466c61fa21727ea3ef392d2047da/data/dokumentation-staedtebaulich-landschaftsplanerischer-wettbewerb-d-k.pdf>, 17.07.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2011): Bürgerforum Mitte Altona 01. Dezember 2011. <https://www.hamburg.de/contentblob/3304208/61c1f394541dcc9854fbb5d6a88305e4/data/bsu-praesentation-buergerforum-1-12-2011.pdf>, 25.08.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2013a): Bauprüfdienst (BPD) 5/2013 Werbeanlagen. <https://www.hamburg.de/contentblob/153024/551e72d-0c8eaeddb38712b3ba758e4da/data/bpd-werbeanlagen.pdf>, 25.08.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2013b): Bürgerforum Mitte Altona. 13. Juni 2013. <https://www.hamburg.de/contentblob/4042470/032732614e58a05600412e0bbea25a37/data/bsu-praesentation-13-6-2013.pdf>, 25.08.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2013c): Fundamente für ein neues Stück Stadt. Masterplan Mitte Altona. <https://www.hamburg.de/contentblob/3878498/6eb7b579840b36bec10a2b72f523dd01/data/broschuere-masterplan-mitte-altona.pdf>, 17.07.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2013d): Wettbewerb Park Mitte Altona Dokumentation. <https://www.hamburg.de/contentblob/4130714/1fc9c8a69619c3537cd0451bd79c6496/data/wettbewerbssdokumentation-park-mitte-altona.pdf>, 18.07.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014a): Grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser. Perspektiven der Stadtentwicklung für Hamburg. Unter Mitarbeit von Marit Pedersen, Claudia Köster, Guido Sempell und Karin Strauß. Hamburg.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014b): Präsentation des städtebaulichen Vertrages – Abschlussveranstaltung im Infozentrum Harkortstraße, 18. Februar 2014. <https://www.hamburg.de/contentblob/4271460/a28272d9ad596ec17bda1c1a30ba1202/data/bsu-praesentation-18-2-2014.pdf>, 25.08.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014c): Präsentation des städtebaulichen Vertrages – Auftaktveranstaltung im Infozentrum Harkortstraße, 16. Januar 2014. <https://www.hamburg.de/contentblob/4253104/1eca9f73a12e121d46ca5401887bc6d0/data/bsu-praesentation-16-1-2014.pdf>, 25.08.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014d): Rückblick & Ausblick. Mitte Altona aktuell, Juni 2014. <https://www.hamburg.de/contentblob/4334476/ab963b4db1cf53f09c104eb7a0391603/data/zeitung-mitte-altona-aktuell-juni-2014.pdf>, 25.08.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014e): Spatenstich. Jetzt wird gebaut! – Wie die Vision Wirklichkeit wird. Mitte Altona aktuell, Dezember 2014. <https://www.hamburg.de/contentblob/4413328/d73b9bd7dd3c468880fd8aebf33d1188/data/zeitung-mitte-altona-aktuell-dezember-2014.pdf>, 30.08.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014f): Städtebaulicher Vertrag Mitte Altona zwischen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, aurealis, 69. PANTA, 112. PANTA. <https://www.hamburg.de/contentblob/4321470/63728c804273ee9bf847d4f7f0bd3574/data/staedtebaulicher-vertrag-mitte-altona.pdf>, 18.07.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2014g): Zentrale Standorte nach Flächennutzungsplan und Bestand der Nahversorgungszentren. <https://www.hamburg.de/contentblob/155382/b5b3a4862aeb00bdd-6af0afaef1d4c4f/data/zentrenkarte.pdf>, 25.08.2019.

BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) (2016): Parkplanung Mitte Altona. <https://www.hamburg.de/contentblob/7130490/073328d4bcee11f-9bfb18e9c5b108773/data/161007-praesentation-bsw.pdf>, 25.08.2019.

BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (o.J.): Richtig Parken in Mitte Altona. Hamburg. <https://www.hamburg.de/contentblob/12587812/fbf19886a950311c1b5c6ad8762e9a70/data/flyer-parken-in-mitte-altona.pdf>, 18.07.2019.

BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (2016): Wer, was, wo und wie? So wird's in Mitte Altona. Mitte Altona aktuell, März 2016. <https://www.hamburg.de/contentblob/5516134/fa4d423108764985273f699d0e692e55/data/zeitung-mitte-altona-aktuell-maerz-2016.pdf>, 25.08.2019.

BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (2017): Parks, Plätze & Promenaden. Freiräume in Mitte Altona. Mitte Altona aktuell, Mai 2017. <https://www.hamburg.de/contentblob/8794000/943dfff52156a9a-0be17fa1f7143a880/data/zeitung-mitte-altona-aktuell-mai-2017.pdf>, 19.07.2019.

BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (2018a): Das sind die Änderungen im Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz. <https://www.hamburg.de/wohnraumschutz/11977066/wohnraumschutzgesetz-aenderungen-2019/>, 01.08.2019.

BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (2018b): HBauO erleichtert Wohnungsbau im Bestand. <https://www.hamburg.de/baugenehmigung/10893864/faqshbauo/>, 01.08.2019.

BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hg.) (2019): Schutz und Erhaltung von Wohnraum. <https://www.hamburg.de/wohnraumschutz/>, 02.09.2019.

BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen; **IBA**, IBA Hamburg GmbH (Hg.) (2019): Masterplan Oberbillwerder. Hamburg.

BSW, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Freie und Hansestadt Hamburg (Hg.) (2018c): Förderrichtlinien für Maßnahmen im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung. <https://www.hamburg.de/contentblob/10365902/3fbd7d6b9c19c6f2336aa39d7185eec7/data/foerderrichtlinien-2018.pdf>, 11.07.2019.

BUMB, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hg.) (2007): LEIPZIG CHAR-TA zur europäischen Stadt. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/leipzig_charta_de_bf.pdf, 19.09.2019.

BUND Deutschland (Hg.) (2017): Perspektive 2030: Suffizienz in der Praxis. Berlin. https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/ressourcen_und_technik/suffizienz_perspektive_2030_impulspapier.pdf, 08.07.2019.

BUND Hamburg (Hg.) (2017): Diskussionspapier des AK Suffizienz. https://www.bund-hamburg.de/fileadmin/hamburg/Publikationen/Suffizienz/Diskussionspapier_AK_Suffizienz.pdf, 08.07.2019.

Bürgerschaft HH, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.) (2012): Masterplan „Mitte Altona“. Drucksache 20/4193, Anlage A. <http://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/36835/masterplan-%E2%80%9Emitte-altona%E2%80%9C.pdf>, 25.09.2019.

Crutzen, Paul J. (2002): Geology of mankind. In: *Nature* 415 (6867), S. 23.

Dappen, Claudia; **Herbst**, Charlotte; **Schlegelmilch**, Frank (2017a): Die Entwicklung der Gartenstadt und ihre heutige Relevanz. Hg. v. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR. Bonn.

Dappen, Claudia; **Schlegelmilch**, Frank; **Herbst**, Charlotte (2017b): Gartenstadt 21 grün – urban – vernetzt. Ein Modell der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung. Hg. v. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR. Bonn.

Das Geld hängt an den Bäumen gGmbH (Hg.) (2019): Die Idee. <https://www.dasgeldhaengtandenbaeu-men.de/die-idee/>, 02.09.2019.

Davis, Mike (2011): Wer wird die Arche bauen? In: Crutzen, Paul J.; Mastrandrea, Michael D.; Schneider, Stephen H.; Davis, Mike; Sloterdijk, Peter (Hg.): *Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang. Energie und Politik im Anthropozän*. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp, S. 60–92.

Decker, Samuel; **Engelmann**, Hannah; **Heuwieser**, Magdalena; **Kopp**, Thomas; **Siemons**, Anne (2017): Einleitung. Die ganz alltägliche Katastrophe. In: Kropp, Thomas; Brand, Ulrich; Muraca, Barbara; Wissen, Markus (Hg.): *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert*. München: oekom, S. 6–10.

Demaria, Federico; **Schneider**, Francois; **Sekulova**, Filka; **Martinez-Alier**, Joan (2013): What is De-growth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: *environ values* 22 (2), S. 191–215.

DSchG (05.04.2013): Denkmalschutzgesetz. Fundstelle: HmbGVBl. 2013, S. 142.

DGNB, Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen e.V. (Hg.) (2019a): Alle DGNB-Mitglieder. <https://www.dgnb.de/de/netzwerk/mitglieder/>, 04.10.2019.

DGNB, Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen e.V. (Hg.) (2019b): System. <https://www.dgnb.de/de/verein/system/>, 04.10.2019.

Die Zeit (Hg.) (2017): Klimaschutz-Index 2018: Staaten halten sich kaum an Pariser Klimavertrag. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-11/klimaschutz-index-2018-klimaziele-pariser-abkommen#infobox-cop23-klimagipfel-bonn-2-tab>, 18.09.2019.

Diekmann, Andreas (2009): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. 12. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Diermann, Ralph (2016): Dämmstoffe. Zeitung an der Wand. *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/geld/daemmstoffe-zeitung-an-der-wand-1.2867320>, 07.03.2019.

Distelhorst, Lars (2014): *Leistung. Das Endstadium der Ideologie*. Bielefeld: transcript.

FHH, Freie und Hansestadt Hamburg, Senat und Bezirksversammlungen (Hg.) (2016): Vertrag für Hamburg - Wohnungsneubau. <https://www.hamburg.de/contentblob/3460004/2b4f64de80bb7f534a0e4c78d8a1b81b/data/vertrag-fuer-hamburg.pdf>, 02.09.2019.

Flick, Uwe (2007): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Originalausgabe, 8. Auflage. Reinbek bei Hamburg: rowohlt's enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Flick, Uwe (2017): *Design und Prozess qualitativer Forschung*. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 12. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: rowohlt's enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 252–265.

Flick, Uwe; **Kardorff**, Ines von; **Steinke**, Ines (2017): Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 12. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: rowohlt's enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 13–29.

Fraktion Die Linke (Hg.) (2014): Mehr als schöne Worte? BürgerInnenbeteiligung in Hamburg. https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/10/DIE_LINKE_HH_Fraktion_Broschuere_Beteiligung_Mai_2014_Web.pdf, 25.08.2019.

Franz, Peter (2010): Stadtentwicklung durch Denkmalschutz? Eine Analyse seiner Regulierungs- und Anreizinstrumente. In: Wirtschaft im Wandel 16 (6), S. 274–280.

Fuhrhop, Daniel (2015): Verbieht das Bauen! Eine Streitschrift. 2. Auflage. München: oekom Verl.

Fuhrhop, Daniel (2017): „Bauverbot“ und Suffizienz im Stadt Wandel. In: Adler, Frank; Schachtschneider, Ulrich (Hg.): Postwachstumspolitiken. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München: oekom, S. 293–304.

Fuhrhop, Daniel (2019): Wohnungsmangel. Bauboom ist die falsche Antwort. Deutschlandfunk Kultur. https://www.deutschlandfunkkultur.de/wohnungsmangel-bauboom-ist-die-falsche-antwort.1005.de.html?dram%3Aarticle_id=454502&fbclid=IwAR3Af4iRjHhBTIdkBO-v93uirPJ-vXlzyTSchO2VaxEs1AXvx6M40BjWa8mE, 19.09.2019.

Ganser, Karl (1996): Zum Stand der Dinge ... Im Gespräch mit Carl Steckeweh und Kunibert Wachten. In: Wachten, Kunibert (Hg.): Wandel ohne Wachstum? Stadt-Bau-Kultur im 21. Jahrhundert: sustainable urban development for the 21st century = Change without growth? Braunschweig: Vieweg, S. 12–23.

Ganser, Karl (2003a): Alte Probleme - Neue Herausforderungen? In: Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtplanung, RWTH Aachen (Hg.): PT Tagung 2003. Stadtentwicklung rückwärts. Dokumentation, S. 19–23.

Ganser, Karl (2003b): Der Rückbauplan. In: Müller, Heide; Schmitt, Gisela; Selle, Klaus (Hg.): Stadtentwicklung rückwärts! Brachen als Chance? Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, S. 35–39.

Ganser, Karl (2003c): Hände weg, liegenlassen! In: Müller, Heide; Schmitt, Gisela; Selle, Klaus (Hg.): Stadtentwicklung rückwärts! Brachen als Chance? Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, S. 66–72.

Ganser, Karl (2008): Vom Wachstumsdiktat zur Schrumpfungsrealität. Grundgedanken für eine alternative Stadt- und Regionalentwicklungspolitik. In: Monheim, Heiner; Zöpel, Christoph; Alt, Franz (Hg.): Raum für Zukunft. Zur Innovationsfähigkeit von Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik. 2., überarb. und erg. Aufl. Essen: Klartext, S. 135–161.

GCP, Global Carbon Atlas (Hg.) (2019): CO₂-Emissions. <http://www.globalcarbonatlas.org/en/CO2-emissions>, 18.09.2019.

Gebauer, Jana; **Lange**, Steffen; **Posse**, Dirk (2017): Wirtschaftspolitik für Postwachstum auf Unternehmensebene: Drei Ansätze zur Gestaltung. In: Adler, Frank; Schachtschneider, Ulrich (Hg.): Postwachstumspolitiken. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München: oekom, S. 239–252.

Geels, Frank W. (2011): The multi-level perspective on sustainability transitions: Responses to seven criticisms. In: Environmental Innovation and Societal Transitions 1 (1), S. 24–40.

Gehl, Jan (2018): Städte für Menschen. 4. Auflage. Berlin: Jovis.

Geipel, Kaye (2010): Dessau-Roßlau. In: Bauwelt 2010 (17), S. 26–27. https://www.bauwelt.de/dl/725977/BW_1710_Sachsen-Anhalt.pdf.

Geipel, Kaye; **Meyer**, Friederike (2010): IBA Stadtbau Sachsen-Anhalt. In: Bauwelt (17), S. 20–21. https://www.bauwelt.de/dl/725977/BW_1710_Sachsen-Anhalt.pdf

Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): The Entropy Law and the Economic Process. Harvard: Harvard University Press.

Giljum, Stefan; **Dittrich**, Monika; **Lieber**, Mirko; **Lut-ter**, Stephan (2014): Global Patterns of Material Flows and their Socio-Economic and Environmental Implications: A MFA Study on All Countries World-Wide from 1980 to 2009. In: Resources 3 (1), S. 319–339.

Gläser, Jochen; **Laudel**, Grit (2006): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: VS Verlag. Global Footprint Network (Hg.) (2019a): Ecological Footprint. <https://www.footprintnetwork.org/our-work/ecological-footprint/>, 20.05.2019.

Global Footprint Network (Hg.) (2019b): Map Ecological Deficits and Reserves. <http://data.footprintnetwork.org/#/?>, 20.05.2019.

Götze, Susanne (2019): Wissenschaftler zum Klimapaket der Bundesregierung. Gute Nacht. Spiegel Online. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimapaket-der-bundesregierung-so-beurteilen-experten-die-einigung-a-1287888.html>, 03.10.2019.

Grabitz, Ileana; **Gökkaya**, Hasan; **Iser**, Jurik Caspar; **Schadwinkel**, Alina; **Steffen**, Tilman; **Macher**, Julia et al. (2019): Klimastreik. Weltweit Hunderttausende auf den Straßen. Zeit Online. <https://www.zeit.de/politik/2019-09/klimastreik-fridays-for-future-klimaschutz-live>, 03.20.2019.

Grassl, Gregor; **Hildebrandt**, Olaf; **Mösle**, Peter; **Philipsen**, Christopher Vagn (2018): Handlungsfeld Energie. In: Bott, Helmut; Grassl, Gregor; Anders, Stephan (Hg.): Nachhaltige Stadtplanung. Lebendige Quartiere, Smart Cities, Resilienz. 2. Auflage. München: Detail Business Information GmbH, S. 130–141.

Gröne, Marie-Christine (2018): Energiesuffizienz in der Stadtentwicklung. Dissertation. Bergische Universität Wuppertal; Gesellschaft für Ökologische Kommunikation mbH.

Hagedorn, Gregor; **Loew**, Thomas; **Seneviratne**, Sonia I.; **Lucht**, Wolfgang; **Beck**, Marie-Luise; **Hesse**, Janina et al. (2019): The concerns of the young protesters are justified: A statement by Scientists for Future concerning the protests for more climate protection. In: GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society 28 (2), S. 79–87.

hamburg.de, hamburg.de GmbH & Co. KG (Hg.) (2018): Bürgerdialog Veranstaltungsrückblick. <https://www.hamburg.de/veranstaltungsueckblick/>, 25.08.2019. hamburg.de, hamburg.de GmbH & Co. KG (Hg.) (2019a): Der Planungsprozess Mitte Altona. <https://www.hamburg.de/planungsprozess/>, 30.08.2019.

hamburg.de, hamburg.de GmbH & Co. KG (Hg.) (2019b): Jenfelder Au. <https://www.hamburg.de/projekt-jenfelder-au/>, 27.09.2019.

Helfferrich, Cornelia (2019): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 669–686.

Hermanns, Harry (2017): Interviewen als Tätigkeit. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 12. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: rowohlt's enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 360–368.

Hickel, Jason (2018): Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist. München: dtv.

Höfer, Anke; **Ohl-Hinz**, Gunhild; **Patzelt**, Kristina; **Schilling**, Jörg; **Spruijt**, Martin (2017): Rindermarkthalle und Schanzen-Höfe. Historische Viehmärkte 1864 bis heute. Erste Auflage. Hamburg: Schaff-Verlag (Hamburger Bauheft, Nr. 20).

Hofmann, Isabelle (2010): Neue Heimat für den Küchen-Bullen. Die Schanzenhöfe. In: Architektur in Hamburg: Jahrbuch, S. 76–81.

Holzinger, Hans (2016): Wachstumsgrenzen. Die (Post-)Wachstumsdebatte in der aktuellen Fachliteratur. Hg. v. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Österreich (Ministerium für ein lebenswertes Österreich, Zukunftsdossier No. 6).

Hopf, Christel (2017): Qualitative Interviews - ein Überblick. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 12. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: rowohlt's enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 349–360.

Hopkins, Rob (2016): Einfach. Jetzt. Machen! Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen. Unter Mitarbeit von Iris Sprenger. Deutsche Erstausgabe, 3. Auflage. München: oekom.

Howard, Ebenezer (2015): Gartenstädte von morgen. Ein Buch und seine Geschichte. Basel: Birkhäuser (Bauwelt Fundamente, 21).

HPA, Hamburg Port-Authority (Hg.) (2019): Bauprojekte. <https://www.hamburg-port-authority.de/de/hpa-360/bauprojekte/>, 18.09.2019.

HVV, Hamburger Verkehrsverbund GmbH (Hg.) (2019): Verbindungen. <https://www.hvv.de/>, 06.08.2019.

IBA, IBA Hamburg GmbH (Hg.) (2019a): Entwicklung eines neuen Stadtteils. <https://www.oberbillwerder-hamburg.de/>, 27.09.2019.

IBA, IBA Hamburg GmbH (Hg.) (2019b): Naturverbunden Wohnen. <https://naturverbunden-wohnen.de/naturverbunden-wohnen>, 27.09.2019.

IHK Nürnberg, Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken (Hg.) (2015): Entkopplung. https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/entkopplung_1821.htm, 15.05.2019.

IÖR, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (Hg.) (2019): Monitor der Siedlungs- und Freiraumentwicklung (IÖR-Monitor). https://monitor.ioer.de/?raeumliche_gliederung=gebiete&opacity=0.8&zoom=6&lat=51.33061163769853&lng=10.447998046875002&glaettung=0&ind=S11RG&baselayer=topplus&time=2018&raumgl=bld&klassenanzahl=7&klassifizierung=haeufigkeit&darstellung=auto&ags_array=&, 02.09.2019.

IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013a): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2014: Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit. Beitrag der Arbeitsgruppe II zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA.

IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013b): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2013: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA.

IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2013c): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: Klimaänderung 2014: Minderung des Klimawandels. Beitrag der Arbeitsgruppe III zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Cambridge University Press. Cambridge, Großbritannien und New York, NY, USA.

IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (Hg.) (2018): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: 1,5 °C globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. Genf.

Jackson, Tim (2009): Prosperity without Growth. The transition to a sustainable economy. London.

Jackson, Tim (2012): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. 5. Aufl., dt. Erstausg. München: Oekom-Verl.

Jackson, Tim (2015): Die Postwachstumsgesellschaft. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik und Blätter Verlagsgesellsch. mbH (Hg.): Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, S. 181–190.

Jauer, Marcus (2019): Bis sie versinken. In: Die Zeit 2019 (25). <https://www.zeit.de/2019/25/klimawandel-naturkatastrophen-erderwaermung-ueberschwemmung-klimapolitik>, 18.09.2019.

Jenssen, Till (2009): Klimaschutz durch städtebauliche Dichte. Möglichkeiten und Grenzen der räumlichen Steuerung von Treibhausgas-Emissionen. In: RaumPlanung (147), S. 281–284.

Jonas, Carsten (2009): Die Stadt und ihr Grundriss. Zu Form und Geschichte der deutschen Stadt nach Entfestigung und Eisenbahnanschluss. Zweite, überarbeitete und um jüngere Entwicklungen und Einschätzungen erweiterte Auflage. Tübingen, Berlin: Wasmuth.

Kaltenbrunner, Robert; **Jakubowski**, Peter (2018): Die Stadt der Zukunft. Wie wir leben wollen. 1. Auflage. Berlin: Aufbau.

Kirkpatrick, L. Owen; **Smith**, Michael Peter (2011): The Infrastructural Limits to Growth: Rethinking the Urban Growth Machine in Times of Fiscal Crisis. In: International Journal of Urban and Regional Research 35 (5), S. 477–503.

Klaus, Thomas; **Vollmer**, Carla; **Werner**, Kathrin; **Lehmann**, Harry; **Müschen**, Klaus; **Haufe**, Stephan Gabriel (2010): 2050: 100%. Energieziel 2050: 100% Strom aus erneuerbaren Quellen. Hg. v. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/energieziel_2050.pdf, 12.06.2019.

Klein, Naomi (2015a): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima. Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch.

Klein, Naomi (2015b): Machen wir Halt: Der Kampf unseres Lebens. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik und Blätter Verlagsgesellsch. mbH (Hg.): Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, S. 19–24.

Klemme, Marion (2008): Neubau, Umbau, Rückbau, ...bau? Stadtentwicklung ohne Wachstum. In: Monheim, **Heiner**; Zöpel, Christoph; Alt, Franz (Hg.): Raum für Zukunft. Zur Innovationsfähigkeit von Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik. 2., überarb. und erg. Aufl. Essen: Klartext, S. 162–176.

Koordinierungsgremium Mitte Altona (Hg.) (2012): Bürgergutachten zum „Masterplanentwurf Mitte Altona“. <http://altopia.blogspot.de/images/BrgergutachtenKGMitteAltona.pdf>, 25.08.2019.

Kopatz, Michael (2010): Leben. In: Kopatz, Michael (Hg.): Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln. 1. Aufl. München: Dölling und Galitz, S. 27–72.

Kopatz, Michael (2014): Politik und Bürger haben es in der Hand! Der Weg zur Suffizienz am Beispiel eines Wohnflächen-Moratoriums. In: db-Kongress (Hg.): Suffizienz in der Baukultur. Besser anders weniger. Der Bericht zum db-Kongress 21. Mai 2014. Stuttgart. db deutsche bauzeitung, S. 16–17.

Lamker, Christian (2019): Endlich Wachstum! - und dann? <http://www.christian.lamker.de/2019/01/endlich-wachstum-und-dann/#more-637>, 29.05.2019.

Lamker, Christian; **Schulze Dieckhoff**, Viola (2019a): Mit oder gegen den Strom? Postwachstumsplanung in der Fishbowl. In: pnd online, S. 41–50.

Lamker, Christian; **Schulze Dieckhoff**, Viola (2019b): Sechs Thesen einer Postwachstumsplanung. Kollektiv Postwachstumsplanung. http://postwachstumsplanung.de/wp-content/uploads/2019/07/Lamker-SchulzeDieckhoff_Sechs-Thesen-einer-Postwachstumsplanung_online.pdf, 07.07.2019.

Lange, Bastian (2017): Neue Formen des Produzierens in der Stadtregion. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL (Hg.): Planung ohne Wachstum 2017 (04). Hannover: ARL, S. 33–36.

Latouche, Serge (2015): Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. Deutsche Erstausgabe. München: oekom Verlag.

Leggewie, Claus (2019): „Bis hierhin wird das Wasser steigen“. In: DieZeit2019(08). <https://www.zeit.de/2019/08/klimawandel-meteorologie-leugner-prognosen-wetterforscher-klimakonferenz?fbclid=IwAR3N1DHZjr-YKkLj-g4L8lv3mTnv7HbSX4zV9TOvb9p4yUKeZTeRpJvAQTIQ>, 18.09.2019.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim, Basel: Beltz (Beltz Studium).

Mayring, Philipp (2017): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 12. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: rowohlt's enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 468–475.

Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 633–648.

Meyhöfer, Dirk (2013): Gesünder Wohnen - aus dem AK Barmbek wird das Quartier 21. In: Architektur in Hamburg: Jahrbuch, S. 40–49.

Molotch, Harvey (1976): The City as a Growth Machine: Toward a Political Economy of Place. In: American Journal of Sociology 82 (2), S. 309–332.

Nachbarschaftsverein im Quartier 21 e.V. (Hg.) (2019a): Gruppe Nachbarschaftsentwicklung. <https://quartier21.net/quartiersprojekte/nachbarschaft/>, 02.08.2019.

Nachbarschaftsverein im Quartier 21 e.V. (Hg.) (2019b): quartierspost Juni 2019. https://quartier21.net/wp-content/uploads/2019/06/Digitale_Quartierspost_0319.pdf, 02.08.2019.

Nachbarschaftsverein im Quartier 21 e.V. (Hg.) (2019c): Wer wir sind. <https://quartier21.net/test/wer-wir-sind/>, 21.06.2019.

OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2016). Income Inequality Update. <http://www.oecd.org/social/OECD2016-Income-Inequality-Update.pdf>, 16.05.2019.

Oswalt, Philipp; **Overmeyer**, Klaus; **Schmid**, Holger (2001): Weniger ist mehr. Experimenteller Stadtbau in Ostdeutschland. Hg. v. Stiftung Bauhaus Dessau. https://www.bauhaus-dessau.de/dl/b260b71a78cbe-849ea55e787763bd23f/studie_weniger_ist_mehr.pdf&target=0, 06.09.2019.

Paech, Niko (2009): Grundzüge einer Postwachstumsökonomie. <http://www.postwachstumsoekonomie.de/material/grundzuege/>, 17.04.2019.

Paech, Niko (2010): Wachsen. In: Kopatz, Michael (Hg.): Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln. 1. Aufl. München: Dölling und Galitz, S. 213–244.

Paech, Niko (2016): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. 9. Auflage. München: oekom Verlag.

Paech, Niko (2017): Der zerstörerische Traum vom Fortschritt. Zeit Online. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-01/europa-fortschritt-wachstum-industrie-digitalisierung-oekologie-klimawandel/komplettansicht>, 12.06.2019.

Petschow, Ulrich (2019): Postwachstum – Auf der Suche nach neuen Lebens- und Wirtschaftsweisen. Hg. v. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH. <https://www.ioew.de/frisch-im-ioew-fokus/postwachstum/>, 19.05.2019.

Petschow, Ulrich; **dem Moore**, Nils aus; **Pissarskoi**, Eugen; **Korfhage**, Thorben; **Lange**, Steffen; **Schoofs**, Annekathrin; **Hofmann**, David (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. Zwischenbericht des Projektes „Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten“. Hg. v. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau (Texte 89/2018).

Pohl, Lucas (2019): Unsere Forderungen an die Politik. Fridays for Future. <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>, 18.09.2019.

Posse, Dirk (2015): Zukunftsfähige Unternehmen in einer Postwachstumsgesellschaft. Eine theoretische und empirische Untersuchung. Heidelberg: Vereinigung für Ökologische Ökonomie.

Projektgesellschaft Quartier 21 mbH & Co. KG (Hg.) (2008): Wettbewerbsdokumentation Quartier 21 - Wohnen Arbeit und Leben in Hamburg Barmbek. Hamburg. <https://www.hamburg.de/content-blob/4611388/50cdaa024aa95f8d7902e70fd1d6ef62/data/d-quartier-21-dokuwettbewerb.pdf>, 21.06.2019.

Püschel, Danny; **Holthuizen**, Taco (2013): Die Rolle des Primärenergiegehalts von Baustoffen. Hg. v. deutsche bauzeitung. <https://www.db-bauzeitung.de/db-themen/energie/grauwerte/#slider-intro-3>, 20.09.2019.

Q8 Sozialraumorientierung (Hg.) (2019): Eine Mitte für Alle. <http://www.q-acht.net/altona/projekte/eine-mitte-fuer-alle.php>, 25.08.2019.

Rabenstein, Dietrich (2015): Mitte Altona - ein Klima-Modellquartier ohne Klimaschutz. Hg. v. Hamburger Energietisch e.V. <https://www.hamburger-energietisch.de/WP-Server/wp-content/uploads/2015/02/Mitte-Altona-ein-Klima-Modellquartier-ohne-Klimaschutz.pdf>, 18.07.2019.

Raether, Elisabeth (2019): Die Grünen. Der Schein trägt. In: Die Zeit 2019 (33). <https://www.zeit.de/2019/33/gruene-grundsatzprogramm-klimaschutz-tierschutz-robert-habeck/komplettansicht>, 18.09.2019.

Randers, Jørgen; **Maxton**, Graeme; **Gockel**, Gabriele; **Runde**, Øystein (2016): Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen: der neue Bericht an den Club of Rome. 1. Auflage. München: oekom Verlag.

ROG (31.12.2008 bzw. 30.06.2009, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017): Raumordnungsgesetz. Rockström, Johan; Steffen, Will; Noone, Kevin; Persson, Åsa; Chapin III, F. Stuart; Lambin, Eric F. et al. (2009): A safe operating space for humanity. In: Nature 461, 472-475.

Rodgers, Scott (2009): Urban Growth Machine. In: Kitchen, Rob; Nigel, Thrift (Hg.): International Encyclopedia of Human Geography. Oxford: Elsevier, S. 40-45.

Salheiser, Axel (2019): Natürliche Daten: Dokumente. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 1119-1134.

Santarius, Tilman (2017): Digitalization, Efficiency and the Rebound Effect. <https://www.degrowth.info/en/2017/02/digitalization-efficiency-and-the-rebound-effect/>, 01.09.2019.

Schildt, Axel (2008): Hamburg als „wachsende Stadt“ - Visionen und historische Realitäten. In: Schildt, Axel; **Schubert**, Dirk (Hg.): Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung. Wahrnehmungs- und Umgangsformen in Geschichte und Gegenwart. Dortmund: Informationskreis für Raumplanung TU Fak. Raumplanung, S. 25-42.

Schilling, Jörg (2019): Vom Krankenhaus Barmbek zum Quartier 21. Erste Auflage. Hamburg: Schaff-Verlag (Hamburger Bauhefte, Nr. 27).

Schmelzer, Matthias (2017): Jenseits des Wirtschaftswachstums. Einführung in die Begriffe und den Entstehungskontext der Postwachstumsbewegung. In: ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Planung ohne Wachstum 2017 (04). Hannover: ARL, S. 8-10.

Schmidt, Christiane (2017a): Analyse von Leitfadenterviews. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 12. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: rowohlt enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 447-456.

Schmidt, Gabriele (2017b): Keimzellen des Wandels. Transition-Town-Initiativen als Akteure einer nachhaltigen Stadtentwicklung. In: ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Planung ohne Wachstum 2017 (04). Hannover: ARL, S. 20-23.

Schneiderwind, Uwe (2013): Postwachstum, Wohlstand und die neue Rolle der Stadt. In: Tec21 (139), S. 14–18.

Schüle, Ralf (2010): Wertschöpfen. In: Kopatz, Michael (Hg.): Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln. 1. Aufl. München: Dölling und Galitz, S. 187–212.

Schulz, Christian (2017): Postwachstum in den Raumwissenschaften. In: ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Planung ohne Wachstum 2017 (04). Hannover: ARL, S. 11–14.

Schulze Dieckhoff, Viola; **Lamker**, Christian (2017): Postwachstum trifft auf Stadt- und Raumplanung. Hg. v. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH. https://www.postwachstum.de/postwachstum-trifft-auf-stadt-und-raumplanung-20171219?fbclid=IwAR14vDdeSMqGxisrAA7SaVtgEJD_SSEeB4znCbj-B0qi5ynpDIOXPJ_3GP8k, 07.03.2019.

Seegelke, Katharina (2018): BUND-HCU-Fachtagung „Netto-Null Flächenverbrauch – Eine Vision für Hamburg?“. 29.06.2018. Bericht über die Veranstaltung. Hg. v. BUND Hamburg und HafenCity Universität Hamburg. https://www.bund-hamburg.de/fileadmin/hamburg/Themen/Flaechenschutz/Fachtagung_Flaechenschutz_2018/2018-06-29_Tagungsbericht_Netto-Null.pdf, 09.06.2019.

Seidl, Irmi; **Zahrnt**, Angelika (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis-Verlag (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87).
Selle, Klaus (2005): Planen, Steuern, Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

Selle, Klaus (2006): Neu denken - Was, warum und wie? In: Selle, Klaus; Zalas, Lucyna; Albers, Gerd (Hg.): Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund: Rohn, S. 25–42.

Senatskanzlei, Freie und Hansestadt Hamburg (Hg.) (2019): Was ist was? Sozialmonitoring. <https://www.hamburg.de/senat/leicht-erklart/10410636/sozialmonitoring/>, 05.10.2019.

SHP Ingenieure (Hg.) (2013): Mobilitätskonzept Mitte Altona. <https://www.hamburg.de/contentblob/4111664/2809d680baf01c026ab2f8583eb46d3c/data/mobilitaetskonzept-mitte-altona.pdf>, 18.07.2019.

Siebel, Walter (2010): Die Zukunft der Städte. <https://www.bpb.de/apuz/32805/die-zukunft-der-staedte?p=all>, 19.09.2019.

Solidarische Landwirtschaft e.V. (Hg.) (2019): Was ist solidarische Landwirtschaft? <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/das-konzept/>, 14.06.2019.

Sondermann, Martin (2019): ARL-Kongress 2019 im Rückblick. Mehr oder weniger? Raumentwicklung braucht Postwachstum. ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung. https://www.arl-net.de/de/blog/arl-kongress-2019-im-r%C3%BCckblick?fbclid=IwAR0izAyJlVCROGjJaAocydjcf-ndLV_ng0nkW3AbL7f-NWmEe17fGzZ2RnE, 18.09.2019.

SRU, Sachverständigenrat für Umweltfragen (Hg.) (2016): Umweltgutachten 2016. Impulse für eine integrative Umweltpolitik. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2016_Umweltgutachten_HD.pdf?__blob=publicationFile&v=35, 19.09.2019.

Stadtteilrat Altona-Altstadt (Hg.) (2017): Geschäftsordnung für den Stadtteilrat Altona-Altstadt. http://www.altona-altstadt.de/_downloads/2017/GO_StadtteilratAltonaAltstadt.pdf, 23.08.2019.

Statistikamt Nord, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hg.) (2005): Hamburger Stadtteil-Profile 2005 und Umland-Profile. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/HR21_2005endg.pdf, 03.09.2019.

Statistikamt Nord, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hg.) (2016): Hamburger Stadtteil-Profile 2016. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/NR18_Statistik-Profil_HH_2016.pdf, 03.09.2019.

Steffen, Arne (2014): Richtfest für die Suffizienz. In: db-Kongress (Hg.): Suffizienz in der Baukultur. Besser anders weniger. Der Bericht zum db-Kongress 21. Mai 2014. Stuttgart. db deutsche bauzeitung, S. 8–11.

Steffen, Will; **Richardson**, Katherine; **Rockström**, Johan; **Cornell**, Sarah E.; **Fetzer**, Ingo; **Bennett**, Elena M. et al. (2015): Sustainability. Planetary boundaries: guiding human development on a changing planet. In: Science (New York, N.Y.) 347 (6223), S. 736–748.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2012): Altonaer Stadtarchiv. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2013/2013-05-Altonaer-Stadtarchiv.pdf, 22.08.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2013): Integrierte Stadtteilentwicklung in Altona-Altstadt. Unter Mitarbeit von Eva Koch, Simon Kropshofer und Ludger Schmitz. Auftraggeber Bezirksamt Altona. Hamburg.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2014a): DC Noise / Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Altona-Altstadt - Kleine Sofortmaßnahmen. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2014/2014-01-DC-Noise-Mobilitaet-aeltere-Menschen.pdf, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2014b): Umbau und Modernisierung des Stadtteilkulturzentrums Haus Drei. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2014/2014-06_HausDrei.pdf, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2014c): Umgestaltung Kinderspielplatz Esmachstraße, Neuordnung Hauseingangsbereich Esmarchstraße 95 u. angrenzende Freiflächen. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2014/2014-01-DC-Noise-Mobilitaet-aeltere-Menschen.pdf, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2015a): Grunderneuerung Bertha-von-Suttnerpark. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2015/2015-06_Suttnerpark.pdf, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2015b): Grunderneuerung des Gählerparks. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2015/2015-06_Ghlerpark.pdf, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2015c): Grunderneuerung Grünfläche / Wegeverbindung Altonaer Poststraße. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2015/2015-07_AltonaerPoststr.pdf, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2015d): Grunderneuerung Schleepark und grüne Wegeverbindung Palmalle. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2015/2015-06_Schleepark.pdf, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2017a): eins A - Stadtteilzeitung für das Entwicklungsquartier Altona-Altstadt. Ausgabe 72. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/stadtteilzeitung/2017/EQ_AA_Zeitung_72_Internet.pdf, 22.08.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2017b): Neugestaltung des Stuhlmannplatzes. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2017/2017-07_Stuhlmannplatz.pdf, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2018): Gesamtdokumentation Beteiligungsprozess zur Grunderneuerung und Entwicklung des „Wohlers Park“. Im Auftrag des Bezirksamtes Altona. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2017/2018_Doku_Verfahren_WohlersPark_Gesamt.pdf?m=1523894706&, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2019a): Grunderneuerung und Entwicklung des Wohlers Park. <http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/foerdergebiet/projekte/freiraum-verkehr/grunderneuerung-wohlerspark.html>, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2019b): Quartier macht Schule - Bildungshaus Thadenstraße. <http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/foerdergebiet/projekte/bildung-ausbildung/bildungshaus-thadenstrasse.html>, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2019c): Stadtteilrat Altona-Altstadt. <http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/mitmachen/stadtteilrat.html>.

steg Hamburg mbH (Hg.) (2019d): Umbau Thadenstraße zwischen Wohlers Allee und Gählerstraße. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/foerdergebiet/projekte/freiraum-verkehr/fahrradstrasse_thadenstrasse.html, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH; arbos Freiraumplanung (Hg.) (2017): Ergebnisdokumentation Beteiligungsverfahren zur Entwicklung eines landschaftsplanerischen Rahmenkonzeptes für den südlichen Grünzug Neu-Altona. Im Auftrag des Bezirksamtes Altona. http://www.altona-altstadt.de/soziale-stadt/_downloads/2017/Dokumentation_Beteiligungsverfahren_Rahmenkonzept_sdl_Grnzug.pdf?m=1517676526&, 11.07.2019.

steg Hamburg mbH; urbanista; arbos Freiraumplanung; **Birnkraut + Partner** (Hg.) (2013): Bericht zur vorlaufenden Bürgerbeteiligung zum Wettbewerb für den Park Mitte Altona. <https://www.hamburg.de/contentblob/3890070/06437cf2572c6faf7793f1f3fdc6056a/data/abschlussbericht-zur-vorlaufenden-bu%CC%88rgebeteiligung-zum-wettbewerb-fu%CC%88r-den-park-mitte-altona.pdf>, 25.08.2019.

Steinke, Ines (2017): Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 12. Auflage, Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg: rowohltts enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 319–331.

Stiftung Bauhaus Dessau (Hg.) (o.J.): Weniger ist Zukunft. 19 Städte - 19 Themen. Bereitgestellt durch die Stadt Quedlinburg.

The Human Development Report Office (2019): Human Development Index (HDI). <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi>, 16.05.2019.

Transition Network (Hg.) (2019): Head, Heart & Hands. <https://transitionnetwork.org/about-the-movement/what-is-transition/principles-2/>, 29.08.2019.

Transition Netzwerk e.V. (Hg.) (2016a): Gemeinsam die Zukunft gestalten- Ein Leitfaden für Transition Initiativen. Eine Anleitung für den Wandel in eurer Straße, Gemeinde, Stadt oder Organisation. <https://transitionnetwork.org/wp-content/uploads/2018/11/Gemeinsam-die-Zukunft-gestalten-%E2%80%93-ein-Leitfaden-f%C3%BCr-Transition-Initiativen-V1.2.pdf?pdf=der-grundlagen-leitfaden-zum-umsetzen>, 29.08.2019.

Transition Netzwerk e.V. (Hg.) (2016b): Unsere Philosophie: Transition Charta. <https://www.transition-initiativen.org/unsere-philosophie-transition-charta>, 29.08.2019.

Transition Netzwerk e.V. (Hg.) (2017): Transition Charta - Erläuterungen. https://www.transition-initiativen.org/sites/default/files/inlineimages/Erlaeuterungen_zur_Charta_1.2.pdf, 29.08.2019.

Transition Netzwerk e.V. (Hg.) (2019): Was ist eine Transition Town Initiative? <https://www.transition-initiativen.org/was-ist-eine-transition-town-initiative>, 07.03.2019.

UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2008): Kipp-Punkte im Klimasystem. Welche Gefahren drohen? Unter Mitarbeit von Claudia Mäder. <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3283.pdf>, 21.05.2019.

UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2011): Leitkonzept - Stadt und Region der kurzen Wege Gutachten im Kontext der Biodiversitätsstrategie. <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/4151.pdf>, 19.09.2019.

UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2014): Weltklimarat (IPCC). <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/weltklimarat-ipcc>, 21.05.2019.

UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2017a): Berechnung der Lebenszykluskosten. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/umweltfreundliche-beschaffung/berechnung-der-lebenszykluskosten>, 22.05.2019.

UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2017b): Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/internationale-eu-klimapolitik/klimarahmenkonvention-der-vereinten-nationen-unfccc>, 20.05.2019.

UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2017c): Stadtentwicklung. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales-planungsinstrumente/umweltschonende-raumplanung/stadtentwicklung>

[lung#textpart-6](#), 20.09.2019.

UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2018): Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/siedlungs-verkehrsflaeche#textpart-5>, 29.05.2019.

UBA, Umweltbundesamt (Hg.) (2019): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1>, 18.09.2019.

UN, United Nations (Hg.) (2019): About the Sustainable Development Goals. <https://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>, 22.05.2019.

van den Bergh, Jeroen C.J.M. (2011): Environment versus growth — A criticism of “degrowth” and a plea for “a-growth”. In: *Ecological Economics* 70 (5), S. 881–890.

van Laak, Dirk (2010): Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie. Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. <http://docupedia.de/zg/Planung>, 18.09.2019.

BauNVO (23.01.1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2017): Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke.

Wachten, Kunibert (1996): Über die Ausstellung. In: Kunibert Wachten (Hg.): *Wandel ohne Wachstum? Stadt-Bau-Kultur im 21. Jahrhundert : sustainable urban development for the 21st century = Change without growth?* Braunschweig: Vieweg, S. 24–41.

WBGU (2009): Klimawandel: Warum 2° C? (Factsheet, 2).

Welzer, Harald (2015): *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch (Fischer, 19573).

Wijkman, Anders; von Weizsäcker, Ernst Ulrich (2017): *Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen*. 3. Auflage. Hg. v. Ernst Ulrich von Weizsäcker. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Woodward, David (2015): Incrementum ad Absurdum: Global Growth, Inequality and Poverty Eradication in a Carbon-Constrained World. In: *World Economic Review* 4, S. 43–62.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hg.) (2015): Kommunale Suffizienzpolitik - Ressourcenschutz vor Ort stärken. <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/3448/>, 15.06.2019.

Anhänge

Anhang 1: Interviewleitfäden	216
Anhang 2: Interviewtranskripte	228
Anhang 3: Beobachtungsprotokolle	255
Anhang 4: Kodierleitfaden	257
Anhang 5: Statistische Daten Hamburg	258

Anhang 1: Interviewleitfäden

Leitfaden Interview Guido Sempell, BSW

Einführung: Thema der Arbeit, Einverständnis Aufzeichnung und namentliche Nennung in der Arbeit

Einstieg

- _ Zum Start: Können Sie sich einmal kurz vorstellen und Ihre Verbindung zu den beiden Leitbildern erläutern?
- _ Inwiefern ist Ihnen Postwachstum ein Begriff?
 - _ Was verstehen Sie darunter?
 - _ Was würden Sie daraus für Schlussfolgerungen für die Stadtplanung ableiten?

Allgemeines

- _ Welche Bedeutung haben die beiden Leitbilder für die Stadtentwicklung in Hamburg?
 - _ Inwiefern beeinflussen Sie das Stadtplanungshandeln?
 - _ Welche Zusammenhänge gibt es zwischen den beiden?
 - _ Inwiefern haben sich seit der Veröffentlichung der Leitbilder Haltungen geändert?
 - _ Welche Zielsetzungen in den Leitbildern werden nicht mehr verfolgt?
 - _ Sind neue hinzugekommen?
 - _ Das räumliche Leitbild ist ja nun schon etwas älter (2007). Inwiefern ist das überhaupt noch relevant?
 - _ Welche Bedeutung hat die Tatsache, dass es lediglich als „Entwurf“ veröffentlicht ist?
- _ Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach das Postwachstumsthema in den Leitbildern?
 - _ Welche Rolle spielt der Klimaschutz?

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

- _ Im Leitbild der Stadtentwicklung wird ja kurz von Gemeinschaftsgärten gesprochen. Inwiefern werden Sie hier aktiv und fördern diese?
- _ Außerdem wird auch Carsharing im Leitbild erwähnt, was ja auch immer mehr umgesetzt wird. Inwiefern fördern Sie andere Flächen, auf denen zivilgesellschaftliche Initiativen aktiv werden können?
 - _ Gibt es Projekte zur urbanen Landwirtschaft?
 - _ Inwiefern werden offene Werkstätten gefördert?
 - _ oder Orte, an denen nicht kommerziell Gegenstände

geteilt werden können?

- _ Inwiefern wird regionales Wirtschaften gefördert?
 - _ Inwiefern kann man in der Stadtplanung aktiv werden und regionale Unternehmen oder Konzepte wie Nachbarschaftsläden fördern?
 - _ Inwiefern tun Sie dies?

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

- _ Die Verminderung des Flächenverbrauchs ist ja ein anerkanntes Ziel in der Raumplanung, aber auch in den Leitbildern. Inwiefern wird dies Ihrer Meinung nach erfolgreich erreicht?
 - _ Inwiefern gibt es hier strikte Grenzen oder Regelungen, die über eine Absichtserklärung hinausgehen?
 - _ Inwiefern denken Sie, dass dem Ziel der Innenentwicklung gefolgt wird, wenn Projekte wie in Neugraben-Fischbek oder Oberbillwerder geplant werden?
- _ Mit dem Vertrag für Hamburg verfolgt die Stadt ja das Ziel Wohnungsbau anzukurbeln. Inwiefern sehen Sie auch andere Strategien als hilfreich an, um den steigenden Bevölkerungszahlen Hamburgs Wohnraum bieten zu können?
 - _ Sehr präsent in den Medien und auch in den Leitbildern ist ja die Aussage der wachsenden Stadt, dass also die Bevölkerungszahlen Hamburgs in den letzten und auch in den kommenden Jahren ansteigen. Tatsächlich hat ja aber Hamburg nicht mehr Einwohner als im Jahr 1955 – benötigt aber dennoch viel mehr bebaute Fläche und Wohnfläche, um diese unterzubringen. Die Wohnfläche pro Kopf steigt. Inwiefern sehen Sie diese Entwicklung positiv oder negativ?
 - _ Inwiefern besitzt hier die Stadtplanung Ihrer Meinung nach Einflussmöglichkeiten?
 - _ Relevant sind ja hier beispielsweise die zahlreichen Einfamilienhausgebiete, in denen lediglich noch 1-2 Personen je Haus wohnen, nachdem die Kinder ausgezogen sind. Würden all diese Menschen in kleinere Wohnungen ziehen und ihre Häuser für junge Familien frei werden, werden sicherlich große Teile der Nachfrage bedient. Inwiefern sehen Sie hier Steuerungsmöglichkeiten durch die Planung?
 - _ Welche Möglichkeiten sehen Sie, geringe Wohnflächen pro Person zu fördern? Erachten Sie das als sinnvoll?
- _ Im Leitbild steht auch, dass konstant – also für immer

- viele Wohnungen gebaut werden sollen. Wie soll das gehen, wo sollen die hin?
- Müssen dann nicht, selbst wenn man diese Entscheidung jetzt vertagt, irgendwann andere Lösungen gefunden werden?
- Der Vertrag für Hamburg hat ja sehr viel Wirkung und beinhaltet klare, quantitative Zielformulierungen. Ökologische Zielsetzungen werden jedoch nicht ähnlich quantitativ als Zielsetzung formuliert. Inwiefern betrachten Sie dieses Ungleichgewicht als richtig?
- Genauso wird durch den Vertrag für Hamburg ein sehr starker Fokus auf den Neubau gelegt, wohinter Bestandsentwicklung zurücksteht. Inwiefern beurteilen Sie das als richtig?
- Im räumlichen Leitbild ist die Rede von Umbauten im Bestand für die „Zukunftsfähigkeit“ und neue Bewohnergruppen. Was ist darunter zu verstehen?
- Inwiefern findet das tatsächlich statt oder wird gefördert?
- Außerdem ist auch die Rede davon, leerstehende Büros zu Wohnraum umzuwandeln. Inwiefern findet das tatsächlich statt oder wird gefördert?
- Im räumlichen Leitbild ist häufig die Rede davon, dass für die Entwicklung von Gewerbe neue Flächen zur Verfügung gestellt werden müssen. Hierbei wird dann gesagt, „Konflikte mit Natur- und Landschaftsschutz müssen ausgeräumt werden.“ Wie ist das zu verstehen?
- Ist hier die ökologische Zielsetzung nicht klar untergeordnet?
- Zielsetzung im räumlichen Leitbild ist auch die Entwicklung von Freiflächen, beispielsweise mit der Qualitätsoffensive Freiraum oder dem Schließen von Lücken im 2. Grünen Ring. Wird dies Ihrer Meinung nach erfolgreich umgesetzt?
- Die ökologischen Notwendigkeiten für das Thema Verkehr sind vermutlich bekannt. Inwiefern sind Sie der Meinung, das Leitbild trifft hier sinnvolle Zielsetzungen?
- Im Leitbild tauchen Formulierungen auf, wie dass der Straßenraum allen Verkehrsmitteln gerecht werden solle. Warum wird wenn überhaupt eine besondere Förderung ökologischer Verkehrsmittel gefordert, aber nie eine Beschränkung des MIV?
- Besser noch als die Verkehrsverlagerung vom MIV auf den ÖPNV ist ja die Verkehrsvermeidung durch beispielsweise kurze Wege. Inwiefern wird dies erfolgreich erreicht?
- Laut Leitbild sollen die Verknüpfungen innerhalb der

Metropolregion und die Pendlerströme weiter zunehmen. Hiermit wird also mehr Verkehr erzeugt statt vermieden – inwiefern ist dies sinnvoll?

- Für kurze Wege ist auch die kleinräumige Mischnutzung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit sinnvoll. Im Leitbild wird hierfür beispielsweise die Stärkung der Wohnfunktion in der City angestrebt. Inwiefern wird dies erreicht?
- In der Stadt Leipzig gibt es beispielsweise die Vorgabe, dass immer bei Neubauten oder Sanierungen in der Innenstadt Wohnraum geschaffen werden muss. Wie beurteilen Sie solche Regelungen?
- Eine weitere Zielsetzung in den Leitbildern ist ja die Schaffung höherer Dichten. Dies wird ja in vielen neuen Projekten auch umgesetzt, in Bestandsquartieren ist die Umsetzung selbstverständlich schwieriger, aber aus ökologischer Perspektive z.B. in Form von Aufstockung deutlich sinnvoller. Inwiefern werden hier Anstrengungen unternommen?
- Inwiefern denken Sie, dass die Strategien aus den Leitbildern langfristig den Bedürfnissen entsprechen?
- Beispielsweise ist ja im räumlichen Leitbild ein starker Fokus auf Familien zu finden, obwohl diese langfristig vermutlich nicht so stark zunehmen werden wie beispielsweise Senioren. Inwiefern finden Sie diese Fokussierung sinnvoll?
- Ein weiteres Thema in den Leitbildern ist der Hafen, inkl. des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur hierfür sowie des Bereitstellens von Flächenreserven. Inwiefern erachten Sie das aus ökologischer Perspektive für erstrebenswert?

Stärkung der Stadt als Gemeinschaftsort statt kommerziellen Touristikorts

- Inwiefern erachten Sie die öffentlichen Räume der Stadt als wichtigen Ort für die Stadtgemeinschaft?
- An einigen Stellen im Leitbild wird ja die Entwicklung öffentlicher Räume angesprochen, wie etwa an der Wasserkante. Inwiefern denken Sie, dass diese Orte wichtig sind für die Bewohner Hamburgs?
- Sind diese nicht eher in erster Linie touristische Orte?
- Warum spielen andere öffentliche Räume, die weniger touristisch sind, in dem Leitbild eine untergeordnete Rolle? (Ausnahme Grünflächen)
- Inwiefern wird Bürgern die Gelegenheit gegeben, öffentliche Räume selbst zu gestalten? Beispiele?
- Insgesamt nehmen die Themen Wohnungsbau und auch Hafenentwicklung oder Verkehrsplanung große Teile der Leitbilder ein. Die Entwicklung öffentlicher Räume wird dagegen kaum diskutiert und hier auch inhaltlich kaum Zielformulierungen ge-

troffen. Inwiefern entspricht diese Schwerpunktsetzung der Realität der Stadtplanung in Hamburg?

- _ Im Leitbild ist ja viel die Rede von Themen, die angegangen werden, um als Stadt als Touristikort oder im Metropolenwettbewerb attraktiv zu sein. Inwiefern erachten Sie dies als sinnvoll?

Gestaltung des Prozesses

- _ Inwiefern werden die Themen in den Leitbildern unter Beteiligung der Bevölkerung entwickelt?
 - _ Der Vertrag für Hamburg wurde ja beispielsweise ohne Bürgerbeteiligung verhandelt. Warum?

Abschluss

- _ Mit dem Vertrag für Hamburg und den Wohnungsbauprogrammen haben Sie ja ein sehr starkes Instrument, mit dem die Zielsetzung Wohnungsbau erreicht wird. Inwiefern können Sie sich Instrumente dieser Art auch für andere Themen vorstellen, wie etwa Wohnflächen/ Person zu verkleinern?
- _ In den Leitbildern hängt ja sehr viel davon ab, dass Hamburg weiter wächst – sowohl wirtschaftlich als auch bzgl. der Bevölkerungszahlen. Was passiert, wenn diese Entwicklung nicht eintritt?
- _ Was würden Sie persönlich gerne ändern an den Leitbildern?
- _ Was ist Ihre Vision für Hamburg in 2050?
- _ Gibt es aus Ihrer Sicht noch etwas, das zu kurz gekommen ist?

Leitfaden Hans-Peter Boltres, BA Hamburg-Nord – Quartier 21

Einführung: Thema der Arbeit, Einverständnis Aufzeichnung und namentliche Nennung in der Arbeit

Einstieg

- _ Zum Start: Können Sie sich einmal kurz vorstellen?
- _ Inwiefern ist Ihnen Postwachstum ein Begriff?
 - _ Was verstehen Sie darunter?
 - _ Was würden Sie daraus für Schlussfolgerungen für die Stadtplanung ableiten?

Allgemeines

- _ Inwiefern beurteilen Sie das Quartier 21 als gelungenes Projekt?
 - _ aus Postwachstums-/Klimaschutzperspektive?
 - _ Was ist gelungen? Was weniger?
 - _ Was würden Sie heute anders machen?

- _ Können Sie kurz zusammenfassen, welchen Einfluss Sie im Bezirksamt auf das Projekt hatten?

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

- _ Wie kam es zum Nutzungskonzept des Quartiers 21, insbesondere der Nicht-Wohnnutzungen?
 - _ Wer hat sich das überlegt?
 - _ Als ich im Quartier 21 war sind mir neben Wohnnutzungen lediglich andere kommerzielle Nutzungen aufgefallen, wie Büros, Einzelhandel o.ä. (und eine Kita). Gibt es soziale oder gemeinschaftliche Orte, die mir nicht aufgefallen sind?
 - _ Wenn keine vorhanden: Inwiefern wurden hier Anstrengungen unternommen, solche zu integrieren? Warum (nicht)?
- _ Es gibt ja den Nachbarschaftsverein im Quartier 21. Wie ist der entstanden und welche Aufgaben nimmt der wahr?
 - _ Finden über diese Aktivitäten wie das Teilen von Gegenständen oder andere gegenseitige Unterstützung statt?
 - _ Inwiefern gibt es andere Orte oder Institutionen ihres Wissens nach, die solche Aktivitäten ermöglichen?
- _ Wird das Gelände für Veranstaltungen genutzt? Welcher Art?
- _ Der Einzelhandel im Quartier 21 ist ja mit Denms und Budni durch Filialisten geprägt. Inwiefern gibt es abgesehen davon im Quartier 21 eine Ausrichtung auf die regionale Wirtschaft?

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

- _ Wie würden Sie insgesamt die ökologische Bilanz des Quartiers 21 ziehen?
- _ Inwiefern beurteilen Sie das Projekt Quartier 21 gelungen in Bezug auf die Versiegelung?
 - _ In der B-Plan-Begründung steht ja, dass man sich aus städtebaulichen Gründen für die zusätzliche Versiegelung durch Neubauten entschieden hat. Inwiefern erachten Sie das für richtig?
 - _ Die Straßenfläche hat sich im B-Plan ggü. dem Bestand ja verdoppelt, in der tatsächlichen Realisierung ja noch mehr. Warum war das notwendig?
 - _ Konnte dies nicht anders geregelt werden, z.B.

durch eine Beschränkung der mit dem Auto zu befahrenen Straßen?

- _ Im B-Plan ist festgesetzt, dass Gehwege mit wasser- und luftdurchlässigem Aufbau realisiert werden müssen. Als ich vor Ort war, sind mir kaum nicht versiegelte Gehwege aufgefallen. Warum?
 - _ Warum gibt es entsprechende Festsetzungen nicht für Straßen oder andere versiegelte Flächen?
 - _ Oder eine Festsetzung, dass entsprechende Anteile der Freiflächen begrünt sein müssen?
 - _ Im Wettbewerbsergebnis gab es auf der jetzigen zentralen Grünfläche noch weitere Gebäudekörper. Aus welchen Gründen wurden diese nicht realisiert?
 - _ Waren hierbei ökologische Beweggründe relevant?
 - _ Aufgrund der Versiegelung wurde ja eine Ausgleichsfläche in Kirchwerder festgesetzt. Inwiefern betrachten Sie das als sinnvoll?
 - _ Im Quartier 21 sind ja große Teile des Bestandes erhalten geblieben und wurden dann umgenutzt, während andere Bestandteile abgerissen wurden. Was waren hier die Gründe?
 - _ Welche Gebäude wurden genau abgerissen? Hätten sie nicht erhalten werden können?
 - _ Das Ensemble wurde ja erst mit dem B-Plan unter Denkmalschutz gestellt. Warum erst dann?
 - _ Inwiefern wurden die Bestandsgebäude umgebaut?
 - _ Inwiefern wurden ökologische Baustoffe im Quartier 21 verwendet?
 - _ Können Sie was dazu sagen, wie groß die Wohnfläche pro Kopf im Quartier 21 ist?
 - _ Abschätzung mit Wohnungsgrößen?
 - _ Inwiefern finden Sie, ist der Verkehr im Quartier 21 sinnvoll geregelt?
 - _ Es gibt ja trotz der zahlreichen Tiefgaragen auch Stellplätze im öffentlichen Raum. Inwiefern finden Sie das richtig?
15. Im Quartier 21 gibt es ja einige Baufelder, auf denen eine geringe GRZ festgesetzt wurde als § 17 Abs. 1 BauNVO, während bei andere Überschreitungen festgesetzt sind. Hierbei wurde sich stark am Bestand orientiert. Inwiefern finden Sie dies sinnvoll?
- _ Würden Sie hier heute andere Zielsetzungen treffen?
 - _ Wie würden Sie höhere Geschossigkeiten in den Neubauten beurteilen?
- _ Inwiefern denken Sie, dass das Quartier 21 zukünftigen

Ansprüchen genügt?

- _ Inwiefern betrachten Sie in diesem Zuge die Fokussierung auf Familien als sinnvoll?
- _ Inwiefern wurde beispielsweise auf die Gruppe der Senioren eingegangen?

Stärkung der Stadt als Gemeinschaftsort statt kommerziellen Touristikorts

- _ Inwiefern betrachten Sie die öffentlichen Räume im Quartier 21 als öffentlichen Gemeinschaftsort, an dem sich unterschiedliche Menschen treffen?
 - _ Inwiefern wurde dies durch die Gestaltung beabsichtigt?
 - _ Was denken Sie, inwiefern wirkt das Gelände als öffentlicher Ort?
- _ Die zentrale Freifläche ist ja im privaten Eigentum und auf Schildern wird auch darauf hingewiesen, dass er nur von Bewohnern des Quartiers 21 genutzt werden darf. Inwiefern finden Sie dies positiv?
 - _ Inwiefern hatte er Bezirk hier Spielraum, die Grünfläche zu öffentlichem Eigentum zu machen?
 - _ Warum wurde sich für eine private Grünfläche entschieden?
- _ Im B-Plan ist ja auch festgesetzt, dass 2 Straßenräume eine besondere Aufenthaltsqualität besitzen sollen und z.T. als Platz gestaltet. Inwiefern beurteilen Sie dies als gelungen?
 - _ Inwiefern dienen diese Orte Ihrer Einschätzung nach als gemeinschaftliche Treffpunkte?
- _ Inwiefern spielen Touristen im Quartier 21 eine Rolle?

Gestaltung des Prozesses

- _ Inwiefern wurden in die Entwicklung des Quartiers 21 die Bevölkerung einbezogen?
 - _ In der Begründung des B-Plans steht ja, dass Teile der Kerngebiete nach der öffentlichen Auslegung auf Wunsch der Eigentümer angepasst wurden. Welche Anpassungen fanden hier statt und warum?
 - _ Gab es andere Einflüsse von Bürgern?
- _ Inwiefern wird heute die Bevölkerung in die Gestaltung des Quartiers 21 einbezogen?

Abschluss

- _ Inwiefern denken Sie, dass das Quartier 21 aus Klimaschutzperspektive ein beispielhaftes Projekt ist?
 - _ Was würden Sie auf andere Projekte übertragen?
- _ [Das Quartier 21 folgt ja den Zielsetzungen der Wachsenden

Stadt und den Wohnungsbauzielsetzungen. Können Sie kurz ein Statement dazu abgeben, wie sinnvoll sie dies finden?

- _ 1955 hatte Hamburg genauso viele Einwohner wie heute – aber ungefähr die Hälfte der heutigen Fläche war damals versiegelt. Gibt es angesichts dessen nicht andere Lösungen, die geeigneter sind, den steigenden Einwohnerzahlen zu begegnen als immer mehr Wohnungen zu bauen?]
- _ Was ist Ihre Einschätzung, wie viel Macht Stadtplanung überhaupt besitzt, bzgl. Klimawandelthemen/Postwachstum steuernd einzugreifen?
- _ Gibt es aus Ihrer Sicht noch etwas, das zu kurz gekommen ist?

Leitfaden Giorgio Gullotta, GIORGIO GULLOTTA ARCHITEKTEN - Schanzenhöfe

Einführung: Thema der Arbeit, Einverständnis Aufzeichnung und namentliche Nennung in der Arbeit

Einstieg

- _ Zum Start: Können Sie sich einmal kurz vorstellen und das Projekt Schanzenhöfe kurz zusammenfassen?
 - _ Wie kamen Sie zu diesem Projekt?
 - _ Sie waren der Architekt für die beiden Hallen, nicht auch die Gebäude zwischen den Hallen und Lagerstraße, oder?
- _ Inwiefern ist Ihnen Postwachstum ein Begriff?
 - _ Was verstehen Sie darunter?
 - _ Was würden Sie daraus für Schlussfolgerungen für die Stadtplanung ableiten?

Allgemeines

- _ Inwiefern beurteilen Sie die Schanzenhöfe als gelungenes Projekt?
 - _ aus Postwachstums-/Klimaschutzperspektive?
 - _ Was ist gelungen? Was weniger?
 - _ Was würden Sie heute anders machen?
- _ Verständnisfrage: Das Grundstück ist ja im Eigentum der Stadt Hamburg, oder? Die Gebäude gehören wem?

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

- _ Wie kam es zum Nutzungskonzept der Schanzenhöfe?
 - _ Wer hat sich das überlegt?
 - _ Warum Kita und Solihilfe?
 - _ Gibt es andere nicht kommerzielle Nutzungen auf dem Gelände, die mir nicht aufgefallen sind?

- _ Inwiefern gab es Überlegungen, mehr Nutzungen dieser Art unterzubringen?
- _ Warum fand es nicht statt?
- _ Wird das Gelände für Veranstaltungen genutzt? Welcher Art?

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

- _ Wie würden Sie insgesamt die ökologische Bilanz der Schanzenhöfe ziehen?
 - _ Flächenverbrauch?
 - _ Als ich dort war, fiel mir auf, das die gesamte Fläche versiegelt ist. Warum wurde sich dafür entschieden?
 - _ Hätte man das nicht anders machen können?
 - _ Baustoffe?
 - _ Wie viel der Schanzenhöfe ist tatsächlich Bestand, wie viel ist neu?
 - _ Warum wurde so viel von dem Bestand entfernt?
 - _ Finden Sie dies aus ökologischer Perspektive sinnvoll?
 - _ Hätte man dies nicht anders machen können?
- _ Thema Verkehr: Auf dem gesamten Gelände fand ich die Autos sehr präsent. Warum wurde dies so geplant?
 - _ Hätte man das Gelände nicht fußgängerfreundlicher gestalten können?

Stärkung der Stadt als Gemeinschaftsort statt kommerziellen Touristikorts

- _ Inwiefern betrachten Sie die öffentlichen Räume im Quartier 21 als öffentlichen Gemeinschaftsort, an dem sich unterschiedliche Menschen treffen?
 - _ Inwiefern wurde dies durch die Gestaltung beabsichtigt?
 - _ Das Grundstück selbst ist ja öffentlich. Was von dem Grundstück ist tatsächlich frei zugänglich, also für jeden und ohne Konsum?
 - _ Was denken Sie, inwiefern wirkt das Gelände als öffentlicher Ort?
 - _ Hätte man es nicht mehr öffnen können Richtung Schanzestraße und so zur restlichen Schanze?
 - _ Warum wurde sich für diese Abgeschlossenheit entschieden?
- _ Was denken Sie, von wem werden die Schanzenhöfe in erster Linie genutzt – Hamburgern oder Touristen?
 - _ Inwiefern denken Sie, ist es von Hamburgern „akzeptiert“?

tiert“?

- _ Inwiefern unterscheidet sich die Zielgruppe von der restlichen Schanze?

Gestaltung des Prozesses

- _ Bei der Entwicklung der Schanzenhöfe fand ja keine Bürgerbeteiligung statt. Warum?
 - _ Wie würden Sie das bewerten?
- _ Denken Sie, deswegen sind die Schanzenhöfe weniger im Bewusstsein der Schanze verankert?

Abschluss

- _ Wenn Sie die Schanzenhöfe aus Klimaschutzperspektive betrachten: Was würden Sie auf andere Projekte übertragen?
- _ Was ist Ihre Einschätzung, wie viel Macht Stadtplanung überhaupt besitzt, bzgl. Klimawandelthemen/Postwachstum steuernd einzugreifen?
- _ Gibt es aus Ihrer Sicht noch etwas, das zu kurz gekommen ist?

Leitfaden Jonna Schmoock, Bezirksamt Altona – RISE Soziale Stadt Altona-Altstadt

Einführung: Thema der Arbeit, Einverständnis Aufzeichnung und namentliche Nennung in der Arbeit

Einstieg

- _ Zum Start: Können Sie sich einmal kurz vorstellen?
- _ Inwiefern ist Ihnen Postwachstum ein Begriff?
 - _ Was verstehen Sie darunter?
 - _ Was würden Sie daraus für Schlussfolgerungen für die Stadtplanung ableiten?

Allgemeines

- _ Inwiefern beurteilen Sie das RISE-Gebiet Soziale Stadt als gelungenes Projekt?
 - _ ... aus ökologischer Perspektive?
 - _ Was ist gelungen? Was weniger?
- _ Inwiefern denken Sie, dass in Altona-Altstadt Verdrängung stattfindet?
 - _ Welche Rolle spielt hierbei die Tatsache, dass es sich um ein Soziale-Stadt-Gebiet handelt?
- _ Was würden Sie heute anders machen?

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

- _ Inwiefern bietet ein Soziale-Stadt-Gebiet grundsätzlich

die Möglichkeit, zivilgesellschaftlichen Initiativen zu fördern?

- _ Welche Rolle kann hierbei ein Quartiersmanagement spielen?
- _ Für Projekte welcher Art wurde der Verfügungsfonds genutzt?
 - _ Wurden dadurch Projekte wie Selbstversorgung, Sharing oder Repaircafés unterstützt?
- _ In den Grünflächen bestehen z.T. Projekte, bei denen Anwohner gemeinsam gärtnern, wie im Bertha-von-Suttnerpark oder am Stuhlmannplatz. Welchen Einfluss nahmen die Möglichkeiten durch RISE darauf?
 - _ Was genau hat die Anwohnerinitiative am Bertha-von-Suttnerpark gemacht?
 - _ Die Finanzierung wurde dort u.a. durch den Investor des Elektroluxgeländes geleistet. Hatte dieser abgesehen von der Finanzierung noch eine andere Bedeutung?
 - _ Inwiefern fallen hier nach Abschluss Finanzierungen weg?
- _ Im Bildungshaus Thadenstraße sind ja nun auch Räumlichkeiten für den Stadtteil vorhanden. Wie werden diese genutzt?
 - _ Welche Rolle spielen diese für das gesellschaftliche Zusammenleben im Stadtteil?
 - _ Wissen Sie von Initiativen im Zuge des Postwachstumsdiskurses wie eben genannt, Sharing, Repaircafé oder Ähnliches?
- _ Im Haus Drei gibt es ja nun ein ProjektCafé mit Projektbörse für die Nachbarschaft. Wissen Sie, was da umgesetzt wird?
 - _ Wissen Sie von Initiativen im Zuge des Postwachstumsdiskurses wie eben genannt, Sharing, Repaircafé oder Ähnliches?

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

- _ Wie würden Sie insgesamt die ökologische Bilanz des Soziale-Stadt-Gebietes Altona-Altstadt ziehen?
- _ Inwiefern wurde die Einsparung von Ressourcen bei den Planungen für das Gebiet berücksichtigt?
 - _ Was hatte dies für Auswirkungen? Beispiele?
 - _ Wie beurteilen Sie den Ressourcenverbrauch der durchgeführten Baumaßnahmen im Zuge von Sozialer Stadt Altona-Altstadt?
 - _ Spielte dieser bei den Überlegungen eine Rolle?
- _ Inwiefern wurden im Zuge des Soziale-Stadt-Gebietes Flächen versiegelt?

- _ oder entsiegelt?
- _ Die Wohnfläche pro Kopf ist im Stadtteil Altona-Altstadt in den letzten Jahren ja angestiegen, sogar stärker als in der Gesamtstadt. Inwiefern sehen Sie da Auswirkungen von RISE? [von 31,7 (36,4 Durchschnitt Hamburg) auf 35,1 (38,3) = um 10% (5%)]. Wie würden Sie das bewerten?
- _ Welche Einflussmöglichkeiten hat die Stadt an dieser Stelle?
- _ Wäre beispielsweise eine die Vermittlung von Wohnungstauschen oder eine andere Art von Beratung zur Reduktion der Wohnfläche/Kopf im Zuge von RISE-Gebieten denkbar?

Stärkung der Stadt als Gemeinschaftsort statt kommerziellen Touristikorts

- _ Inwiefern konnten Sie durch das Soziale-Stadt-Gebiet die Funktion der öffentlichen Räume im Gebiet als Gemeinschaftsorte stärken?
- _ In der Programmstrategie für die Soziale Stadt steht ja auch, dass mit diesem Programm der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden soll. Inwiefern denken Sie, wird das in Altona-Altstadt erreicht?
- _ Welche Rolle spielen hier die durchgeführten Maßnahmen?
- _ An welchen Orten halten sich nun mehr Menschen auf?
- _ Inwiefern treffen dort mehr Menschen aufeinander?
- _ Inwiefern werden diese Räume anders genutzt?
 - _ Gibt es neue Veranstaltungen o.ä.?
- _ An der Nutzung der Grünflächen wird ja z.T. auch Kritik geübt, wie etwa beim Sommer im Altona im Grünzug. Warum gab es diese Kritik?
 - _ Wie beurteilen Sie diese?
 - _ Wird diese Kritik langfristig umgesetzt?
- _ Für den Grünzug gibt es ja einen Entwurf zur Umgestaltung. Wie ist da das weitere Vorgehen geplant?
 - _ Wird der Entwurf nochmal verändert?
- _ Fragen zu anderen einzelnen Grünflächen:
- _ Wohlerspark: Dort ist ja ein Projektgarten geplant. Was ist darunter zu verstehen?
 - _ Die Fläche wurde ja im Jahr 2017 von der Stadt gekauft. Warum? (um die Entwicklung dort steuern zu können?)
- _ Weiterhin fanden ja auf dem Spielplatz Esmarchstraße Maßnahmen statt. Die Zugänglichkeit dieser SAGA-Fläche für die Öffentlichkeit ist ja vertraglich geregelt. Besteht diese Regelung schon länger oder erst im Zuge der Maßnahme?

- _ Welche Regelungen beinhaltet der Vertrag?
- _ Ist die Zugänglichkeit befristet oder an andere Bedingungen geknüpft?
- _ Ist die Zugänglichkeit beschränkt und schließt bestimmte Bevölkerungsgruppen aus?
- _ Beim Thema öffentliche Räume liegt im Soziale-Stadt-Gebiet ja ein großer Fokus auf den Grünflächen. Weiterhin fand im Zuge des Sanierungsgebietes die Erneuerung der Großen Bergstraße statt. Inwiefern wurde auch die Aufenthaltsqualität anderer, nicht grüner Freiflächen im Soziale-Stadt-Gebiet gestärkt?
 - _ Inwiefern war diese Schwerpunktsetzung beabsichtigt?
 - _ Warum besitzen diese eine geringere Priorität?
 - _ Sehen Sie hier noch Bedarf, den Sie nicht umsetzen können?

Gestaltung des Prozesses

- _ In RISE-Gebieten finden ja immer umfassende Bürgerbeteiligungsprozesse statt. Wie erfolgreich würden Sie diese beurteilen?
 - _ Wie vielen Menschen konnten Sie jeweils damit erreichen?
 - _ Inwiefern haben diese die Ergebnisse bereichert?
 - _ ... und zu einer höheren Akzeptanz der Projekte geführt?
- _ In RISE-Projekten geht es ja auch immer darum, die Prozesse zu verstetigen. Was schätzen Sie, wie wird dies in Altona-Altstadt funktionieren?
 - _ Konnten Sie Kooperationspartner gewinnen, die die Verstetigung gewährleisten?

Abschluss

- _ In einem Soziale-Stadt-Gebiet werden ja Entwicklungen in einem Stadtteil angestoßen, ohne dass zwingend Baumaßnahmen in großem Maßstab stattfinden. Inwiefern denken Sie, dass dieses Vorgehen, das durch eine Bestandsorientierung gekennzeichnet ist, in Zukunft angesichts der notwendigen Ressourceneinsparung ein sinnvolles Vorgehen ist?
 - _ Gibt es andere Aspekte, die Sie aus Klimaschutzperspektive von diesem Projekt auf andere übertragen würden?
- _ Gibt es aus Ihrer Sicht noch etwas, das zu kurz gekommen ist?

Leitfaden Birgit Ferber, BSW - Mitte Altona

Einführung: Thema der Arbeit, Einverständnis Aufzeich-

Einstieg

- _ Zum Start: Können Sie sich einmal kurz vorstellen?
- _ Inwiefern ist Ihnen Postwachstum ein Begriff?
 - _ Was verstehen Sie darunter?
 - _ Was würden Sie daraus für Schlussfolgerungen für die Stadtplanung ableiten?

Allgemeines

- _ Inwiefern beurteilen Sie die Mitte Altona als bisher gelungenes Projekt?
 - _ ... aus Postwachstums-/Klimaschutzperspektive?
 - _ Was ist gelungen? Was weniger?

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

- _ Wie kam es zum Nutzungskonzept der Mitte Altona, insbesondere der Nicht-Wohnnutzungen?
 - _ Wer hat sich das überlegt?
 - _ Wie gut sind die Flächen für Nicht-Wohnen schon vermietet (im WA und MI)? Was kommen dort für Nutzungen rein?
- _ In die Güterhallen ist ja Kleingewerbe vorgesehen. Sind die Nutzungen schon genauer bekannt?
 - _ Gibt es eine Ausrichtung auf die regionale Wirtschaft?
 - _ Miete 4-8 Euro dort – wie geht das?
- _ Ist schon klar, welche Nutzung in die Kleiderkasse kommt?
- _ Gibt es irgendwo Räume, wo sich die Nachbarschaft treffen kann?
- _ In Mitte Altona gibt es ja viele Baugemeinschaften: Inwiefern haben diese positive Auswirkungen auf das Quartier?
 - _ Lassen die sich in zivilgesellschaftliche Initiativen einordnen? Übernehmen sie solche Funktionen?
- _ Gibt es andere gemeinschaftliche Projekte, wie z.B. Gemeinschaftsgärten, Repaircafés, Orte zum nicht kommerziellen Teilen o.ä.?

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

- _ Wie würden Sie insgesamt die ökologische Bilanz des Quartiers 21 ziehen?

- _ Inwiefern beurteilen Sie das Projekt gelungen in Bezug auf die Versiegelung?
 - _ Gab es nicht Potenziale, noch mehr nicht versiegelte Flächen zu schaffen, beispielsweise in den Fußgängerzonen nördlich des Parks?
 - _ Die Tiefgaragen sind ja in den Wohngebieten auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Wird dies nun auch tatsächlich so umgesetzt, dass unter jedem Innenhof Tiefgaragen sind?
- _ Die Bestandsgebäude im Süden werden ja nur z.T. erhalten. Die alten Güterhallen werden ja zurückgebaut und durch Wohnungen überbaut. Warum wurde sich dort z.T. für den Abriss entschieden?
 - _ Hätte man dort nicht mehr vom Bestand erhalten können, möglicherweise mit entsprechenden Umbauten und Sanierungen?
- _ Inwiefern wurden ökologische Baustoffe im Quartier 21 verwendet?
- _ Wie wird der Anteil der Erneuerbaren Energien bei der Wärmeversorgung (laut B-Plan und städtebaul. Vertrag) sichergestellt?
- _ Die hohe Dichte in Mitte Altona wird häufig kritisiert. Was sagen Sie dazu?
- _ Können Sie was dazu sagen, wie groß die Wohnfläche pro Kopf im Quartier 21 ist?
 - _ Abschätzung mit Wohnungsgrößen?
- _ Thema Verkehr:
 - _ In der Mobilitätsstation können ja Lastenräder und Fahrradanhänger ausgeliehen werden. Wie funktioniert dies genau?
 - _ Wer kann ausleihen? Preis? Ist dort immer jemand vor Ort? Spontan oder mit Anmeldung?
 - _ Wann soll die bessere Radwegeverbindung, die im städtebaulichen Vertrag festgehalten ist, fertiggestellt werden?
- _ Klimaschutzziele sind im städtebaulichen Vertrag sehr schwammig (Einigung auf Klimaschutz, aber nicht genau wie, außer Anteil EE bei Wärme und Verkehrsthema). Warum wurde dort nicht mehr vereinbart?
 - _ Bspw. Baustoffe?
- _ Inwiefern denken Sie, dass die Mitte Altona zukünftigen Ansprüchen genügt?

Stärkung der Stadt als Gemeinschaftsort statt kommerziellen Touristikorts

- _ Für den Park fand ja ein Wettbewerb statt. Wird das Er-

gebnis so umgesetzt oder gibt es dort noch Anpassungen?

- _ Wann ist die Fertigstellung und Öffnung des Parks geplant?
- _ In B-Plan-Begründung steht was von Urban Gardening im Park. Wie sieht das aus, wer macht das?
 - _ iObstbäume? Urbane Landwirtschaft?
- _ Werden abgesehen davon die Bürger in die Parkgestaltung einbezogen und können in ihm selbst aktiv werden?
- _ Wir hatten ja schon über die Fußgängerzonen nördlich des Parks gesprochen. Ist dort noch mehr an Möblierung geplant als die vorhandenen Fahrradstände?
 - _ Inwiefern denken Sie, dass so die Räume als Aufenthaltsorte genutzt werden, wie es z.B. ja auch im B-Plan genannt ist?
- _ Gibt es Nutzungskonzepte für die Quartiersplätze?
 - _ a. Veranstaltungen?
- _ Gibt es schon andere Veranstaltungen, die in der Mitte Altona stattfinden?
 - _ Welche sind geplant? Für wen? Kommerziell?
- _ In HafenCity wurde ja so vorgegangen, dass große Teile der öffentl. Freiräume vor den Wohngebäuden fertiggestellt worden. In Mitte Altona sind jetzt ja schon viele Gebäude fertig, der Park ist aber noch nicht zugänglich. War das so geplant? Warum?
 - _ Finden Sie das gerechtfertigt?
- _ Was leistet das Quartiersmanagement?
 - _ Welche Aufgaben übernimmt das?
 - _ Wie haben sich die Aufgaben im Laufe der Zeit verändert?
 - _ Inwiefern hat es die Entwicklung positiv beeinflusst?
 - _ Vorgeschieden ist dies ja nur für 10 Jahre nach Baubeginn. Wird es dies noch länger geben?
- _ Das Grundstück von Mitte Altona gehörte ja nie der Stadt, da mit dem städtebaulichen Vertrag ja auf die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme verzichtet wurde. War dieses Vorgehen für Sie zufriedenstellend?
 - _ Hätten Sie gern noch mehr Einfluss auf die Entwicklung gehabt?
 - _ Was hätten Sie dann umgesetzt?

Gestaltung des Prozesses

- _ Im gesamten Prozess gab es ja viel Bürgerbeteiligung, zu unterschiedlichen Phasen und unterschiedlichen Formaten. Wie würden Sie diese Beteiligung beurteilen?

Abschluss

- _ [Die Mitte Altona folgt ja den Zielsetzungen der Wachsenden Stadt und den Wohnungsbauzielsetzungen. Können Sie kurz ein Statement dazu abgeben, wie sinnvoll sie dies finden?
 - _ 1955 hatte Hamburg genauso viele Einwohner wie heute – aber ungefähr die Hälfte der heutigen Fläche war damals versiegelt. Gibt es angesichts dessen nicht andere Lösungen, die geeigneter sind, den steigenden Einwohnerzahlen zu begegnen als immer mehr Wohnungen zu bauen?]
- _ Was ist Ihre Einschätzung, wie viel Macht Stadtplanung überhaupt besitzt, bzgl. Klimawandelthemen/Postwachstum steuernd einzugreifen?
- _ Gibt es aus Ihrer Sicht noch etwas, das zu kurz gekommen ist?

Leitfaden Malte Siegert, NABU - Leiter Natur- und Umweltpolitik/Große Bauvorhaben/Verkehrsprojekte

Einführung: Thema der Arbeit, Einverständnis Aufzeichnung und namentliche Nennung in der Arbeit

Einstieg

- _ Zum Start: Können Sie sich einmal kurz vorstellen und Ihre Rolle im NABU erläutern?
- _ Inwiefern ist Ihnen Postwachstum ein Begriff?
 - _ Was verstehen Sie darunter?
 - _ Was würden Sie daraus für Schlussfolgerungen für die Stadtplanung ableiten?

Fragen NABU-Bezug

- _ Sie haben sich ja Anfang des Jahres mit der Stadt Hamburg geeinigt und auf die Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ verzichtet. Wie beurteilen Sie diese Einigung?
 - _ Inwiefern denken Sie, dass Sie mit dieser Einigung mehr bewirken können als mit der Volksinitiative?
 - _ Verständnisfrage: Inwiefern ist diese Einigung verbindlich?
 - _ Und den „Vertrag für Hamburgs Stadtgrün“, gibt es den jetzt schon oder kommt der noch?
 - _ Inwiefern sind Sie optimistisch, dass alles eingehalten wird?
 - _ ... dass tatsächlich dadurch keine Grünflächen mehr verschwinden?
 - _ Sollte nun doch in einem Landschaftsschutzgebiet gebaut werden, ist nun mit der Einigung ja mehr erforderlich als die Ausgleichsfläche nach Bundesnaturschutzgesetz. Was ist

da die Neuerung, was bedeutet das genau?

- _ Sie haben in dieser Einigung ja anerkannt, dass durchaus neue Flächen gebraucht werden, um neue Wohnungen o.ä. bauen zu können. Inwiefern folgen Sie generell der Zielsetzung des Wohnungsbaus?
 - _ In der Volksinitiative hatten Sie ja noch genauer spezifiziert, wie Ihrer Meinung nach Bauen stattfinden solle: als Aufstockung, an Magistralen wo heute z.B. Parkplätze sind o.ä. Dies taucht in der Einigung nicht so spezifisch auf. Warum?
 - _ Wie beurteilen Sie das?
 - _ Wie beurteilen Sie andere Möglichkeiten, die steigenden Bevölkerungszahlen in Hamburg unterzubringen, wie beispielsweise die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren, angesichts des hohen Ressourcenverbrauchs für das Bauen?
 - _ Denken Sie, an dieser Stelle kann oder sollte man Einfluss nehmen?
 - _ Sind Sie an dieser Stelle aktiv?
 - _ Welche Strategie finden Sie an dieser Stelle vielversprechend?
- _ Keine Rolle spielen ja private Grünflächen. Inwiefern schätzen Sie diese als von Bedeutung ein?
 - _ Sehen Sie hier Steuerungs- oder Einflussmöglichkeiten?
- _ Sie haben ja im NABU im Jahr 2016 Grundsätze für die Stadtentwicklung formuliert. Können Sie vielleicht noch einmal kurz zusammenfassen, was Ihrer Meinung nach wichtig ist?
 - _ Entsprechen diese Grundsätze noch Ihrer heutigen Einschätzung? Gibt es neue Prioritätensetzungen?
 - _ Sie sprechen darin von einer „drastischen Einschränkung des Bauens“. Was ist darunter genau zu verstehen?
 - _ Können Sie das quantifizieren oder irgendwie in Relation setzen zum heutigen Bauen?
 - _ Gilt diese Zielsetzung noch angesichts der Einigung Anfang 2019?

Fragen Beispielprojekte

- _ In meiner Arbeit untersuche ich verschiedene Beispielprojekte daraufhin, ob Sie den Kriterien des Postwachstums zumindest in Ansätzen folgen, also v.a. ressourcensparend sind. Diese Projekte sind die Mitte Altona, das Quartier 21 in Barmbek, die Schanzenhöfe (und das RISE Gebiet Soziale Stadt in Altona). Können Sie zu diesen Projekten möglicherweise Stellung nehmen?

- _ Wie beurteilen Sie aus der NABU-Sicht diese Projekte?
- _ Was hätte man möglicherweise anders machen sollen?

Anregungen Stadtentwicklung

- _ In Ihrem alltäglichen Handeln verhandeln Sie ja immer mit der Politik und können nur Kompromisse durchsetzen. Wenn Sie frei davon wären und Stadtentwicklung nach Ihrem Willen steuern könnten: Was würden Sie vorschreiben, was würden Sie beabsichtigen?
- _ Wir haben ja schon etwas über Flächenschutz und Bauen geredet. Gibt es hier noch weitere Vorschläge, wie man hier in der Planung steuernd eingreifen könnte?
 - _ Welche Instrumente würden Sie hier wählen?
 - _ Was halten Sie von stark regulativen Instrumenten, beispielsweise Flächenneuverbrauch schlicht nur zu genehmigen, wenn anderswo entsiegelt wird?
 - _ Was halten Sie von marktbasierten Instrumenten, die beispielsweise hohe Dichten bevorteilen?
 - _ ... oder die die Wohnfläche pro Kopf reduzieren, wie beispielsweise die Förderung von Sanierung von Einfamilienhäusern, wenn dadurch im Anschluss mehr Menschen auf der gleichen Fläche wohnen können, oder die Förderung von Umzügen in kleinere Wohnungen oder die Förderung von Gemeinschaftswohnprojekten?
 - _ Daniel Fuhrhop beispielsweise setzt sich ja dafür ein, jegliches Bauen zu verhindern. Wie stehen Sie dazu?
 - i. Wie könnte man dies umsetzen?
- _ Was würden Sie in Bezug auf das Thema Verkehr umsetzen?
- _ Im Postwachstumsdiskurs wird auch häufig von der Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen, z.B. für Sharing oder Selbstversorgung gesprochen. Wie schätzen Sie die Bedeutung dessen für den Klimaschutz ein?
 - _ Wie würden Sie dies aus stadtplanerischer Perspektive umsetzen?
 - _ Können Sie hier bestehende Projekte nennen, die Sie besonders erwähnenswert finden?
- _ Weiterhin besonders betont wird im Postwachstumsdiskurs die Bedeutung öffentlicher Räume als nichtkommerzielle Aufenthaltsorte, wie einen Lebensstil, der nicht auf Konsum ausgerichtet ist, ermöglichen. Wie beurteilen Sie dies?
 - _ Welchen Kriterien müssen öffentliche Räume hierfür Ihrer Meinung nach genügen?

- _ Können Sie Beispiele nennen, die dies besonders gut leisten?
- _ Wenn man über Postwachstum spricht, ist das ja alles sehr viel momentan eher unrealistische Zukunftsmusik. Was denken Sie, wie kommen wir dahin? [Prozess]
- _ Wie kann man Menschen davon überzeugen?
- _ Welche Schritte müssen gemacht werden?

Abschluss

- _ Jetzt haben wir sehr viel darüber geredet, was man theoretisch so machen könnte. Was denken Sie, sind die zentralen Themen für Hamburg?
- _ Was ist Ihre Vision für Hamburg in 2050?
- _ Gibt es aus Ihrer Sicht noch etwas, das zu kurz gekommen ist?

Leitfaden BUND Wolfgang Lührsen (Arbeitsgruppe Suffizienz; Zukunftsrat Hamburg AK Postwachstum) & Katharina Seegelke (Flächenschutz)

Einführung: Thema der Arbeit, Einverständnis Aufzeichnung und namentliche Nennung in der Arbeit

Einstieg

- _ Zum Start: Können Sie sich einmal kurz vorstellen und Ihre Rolle im BUND erläutern?
- _ Was verstehen Sie unter dem Begriff Postwachstum?
 - _ Was würden Sie daraus für Schlussfolgerungen für die Stadtplanung ableiten?
 - _ Sie haben ja im Arbeitskreis Suffizienz in Hamburg verschiedene Grundsätze formuliert. Können Sie aus diesen Folgerungen für die Stadtentwicklung ableiten?
 - _ Was denken Sie, sind die zentralen Themen in der Stadtplanung beim Thema Postwachstum?
- _ Wenn Sie ein Ende der Wachstumsfokussierung fordern – was bedeutet Wachstum in dem Kontext in der Stadtentwicklung?
 - _ Ist z.B. auch Bevölkerungswachstum grundsätzlich nicht als positiv zu bewerten?

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

- _ Fachtagung Suffizientes Wohnen im März in der HCU: Was haben Sie von der Veranstaltung mitgenommen?
 - _ Was fanden Sie die wichtigsten Ansätze?

- _ Grundsätzlich lehnen Sie im BUND ja das Neubauvolumen des Wohnungsprogramms in Hamburg ab. Wie ist das genau zu verstehen?
 - _ Geht es Ihnen dabei grundsätzlich um das Neubauen oder nur um das Wie? Oder dass grundsätzlich nicht mehr Menschen nach Hamburg ziehen sollen?
 - _ Inwiefern beurteilen Sie generell das Neubauen als richtig?
 - _ Welche Kriterien sollte es für Neubau geben?
 - _ Im Sinne des Flächenschutzes ist ja in erster Linie die Aufstockung von Gebäuden sinnvoll. Inwiefern finden Sie, dass hier seitens der Stadt mehr unternommen werden sollte?
 - _ Wie sollten diese Kriterien umgesetzt werden? Marktbasierte Instrumente/regulative?
 - _ Inwiefern finden Sie eine stärkere Beschränkung des Bauens für notwendig?
 - _ Wie würden Sie dann dafür sorgen, dass Wohnungen bezahlbar bleiben?
- _ In der Veranstaltung gab es ja einige Vorträge, in denen es in erster Linie um Maßnahmen im Neubau, nicht um Bestand ging. Wie beurteilen Sie Maßnahmen im Neubau?
 - _ Müsste es nicht v.a. um Maßnahmen im Bestand gehen, auch wenn die Umsetzung natürlich deutlich schwieriger ist?
 - _ Welche Maßnahmen im Bestand finden Sie vielversprechend, um die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren?
 - _ Beispiele: Suffizienzberatung (Kopatz bei Veranstaltung: Quartiersbezogenes Changemanagement), finanzielle Förderung des Umbaus von Einfamilienhäusern wenn dadurch mehr WE geschaffen werden, Umzugsberatung
 - _ Welche Instrumente können dies steuern?
 - _ Marktbasierte?
 - _ Regulative?
 - _ Kennen Sie hierfür Beispiele aus anderen Städten, die als Vorbild dienen können?
- _ Im Interesse des Postwachstums ist ja auch von Bedeutung, dass langfristig das, was heute gebaut wird, benötigt wird. Inwiefern denken Sie, dass dies der Fall ist?
 - _ Was ist Ihrer Meinung nach für Bauen notwendig, damit es langfristig den Bedürfnissen genügt?
- _ Der NABU hatte ja gerade die Volksinitiative „Hamburgs

Grün erhalten“ und hat sich nun mit der Stadt außerhalb dieser geeinigt. Wie beurteilen Sie diese Einigung?

- _ Denken Sie, diese hat erhebliche Auswirkungen, auch im Sinne des Klimaschutzes?
- _ Ein anderes sehr relevantes Thema ist ja der Verkehr. Hierfür sind ja die theoretischen Grundsätze, was notwendig wäre im Sinne des Klimaschutzes, klar. Was sind ihre konkreten Ideen im Sinne des Postwachstumsgedankens?
- _ Wie beurteilen Sie die Strategie der Stadt, die zunehmenden Pendlerverflechtungen zwischen Hamburg und dem Umland weiter ausbauen zu wollen?
- _ Welche Möglichkeiten gibt es für die Stadtplanung, eine regionale Ausrichtung der Wirtschaft zu fördern?
- _ Wenn zunehmend landwirtschaftl. Erzeugnisse regional erzeugt werden sollen. Was bedeutet das für Städte wie Hamburg – mehr Landwirtschaft in der Stadt? Oder wie sehen Sie da die Zukunft?

Zivilgesellschaftliche Initiativen & Stadt als Gemeinschaftsort

- _ Die Themen, die wir bis jetzt besprochen haben, tauchen ja auch viel in ihrem Diskussionspapier des AK Suffizienz auf. Andere Themen, die im Postwachstumsdiskurs häufig behandelt werden, sind ja aber auch zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich eher im Sinne des Bottom-Up für Sharing, Selbstversorgung einsetzen oder Repaircafés o.ä. Wie schätzen Sie die Bedeutung dessen für den Klimaschutz ein?
- _ Können Sie hier bestehende Projekte nennen, die Sie besonders erwähnenswert finden?
- _ Bei Projekten dieser Art gibt es ja immer den Zwiespalt, dass solche Projekte in ihrem kleinen Rahmen relativ viel bewirken können, aber niemals in den Maßstab, der eigentlich notwendig wäre. Wie beurteilen Sie dies? Wie sinnvoll beurteilen Sie solche Initiativen dennoch?
- _ Welche Rolle können diese im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Transformation einnehmen?
- _ Was denken Sie sind Möglichkeiten, solche Projekte aus ihrer Nischenlage heraus zu holen und mehr für die Massen zu öffnen?
- _ Sollten Aspekte dieser in ein Top-down-Handeln einbezogen werden, z.B. über Vorgaben?
- _ Wie würden Sie dies aus stadtplanerischer Perspektive umsetzen oder fördern?
- _ Ein anderer Punkt, der im Postwachstumsdiskurs häufig erwähnt wird, ist die Stärkung öffentlicher Räume, um

nichtkommerzielle Aufenthaltsorte zu schaffen und so einen Lebensstil, der nicht auf Konsum ausgerichtet ist, zu fördern. Wie beurteilen Sie dies?

- _ Welchen Kriterien müssen öffentliche Räume hierfür Ihrer Meinung nach genügen?
- _ Was sollte die Stadtplanung an dieser Stelle tun?
- _ Können Sie Beispiele nennen, die dies besonders gut leisten?

Fragen Beispielprojekte

- _ In meiner Arbeit untersuche ich verschiedene Beispielprojekte daraufhin, ob Sie den Kriterien des Postwachstums zumindest in Ansätzen folgen, also v.a. ressourcensparend sind. Diese Projekte sind die Mitte Altona, das Quartier 21 in Barmbek, die Schanzenhöfe (und das RISE Gebiet Soziale Stadt in Altona). Können Sie zu diesen Projekten möglicherweise Stellung nehmen?
- _ Wie beurteilen Sie aus der BUND-Sicht diese Projekte?
- _ Was hätte man möglicherweise anders machen sollen?

Prozess

- _ Wenn man über Postwachstum spricht, ist das ja alles sehr viel momentan eher unrealistische Zukunftsmusik. Was denken Sie, wie kommen wir dahin? [Prozess]
- _ Wie kann man Menschen davon überzeugen?
- _ Welche Schritte müssen gemacht werden?

Abschluss

- _ Jetzt haben wir sehr viel darüber geredet, was man theoretisch so machen könnte. Was denken Sie, sind die zentralen Themen für Hamburg?
- _ Was ist Ihre Vision für Hamburg in 2050?
- _ Gibt es aus Ihrer Sicht noch etwas, das zu kurz gekommen ist?

Anhang 2: Interviewtranskripte

Interview Malte Siegert, NABU

08.07.2019 | 14.00 – 15.00 Uhr | Geschäftsstelle des NABU in Hamburg

Aufnahme und namentliche Nennung in der Arbeit zugelassen

Einstieg

– Malte Siegert, Leiter Umweltpolitik beim NABU Hamburg; Stadtentwicklung, Hafen, Seeschifffahrt, große Infrastrukturprojekte; Politik studiert, vorher Leitung Naturschutzgebiet; beim NABU seit 7 Jahren

Verständnis Postwachstum

– unterschiedliche Theorien, Frage ob wir unendliches Wachstum haben können/sollten und ob Wachstum der einzige Treiber von Wohlstand ist

Schlussfolgerungen Stadtplanung

- indirekt, Frage, was Stadtplanung überhaupt ist
- Platzproblem in großen Städten; Stadtstaat Hamburg mit begrenzter Fläche; bei gewissem gewünschtem Grünanteil Frage, wie man dann vorhandenes Wachstum organisiert
- Beispielsweise fraglich, wie man Einzelhausbebauung noch zulassen kann, insbesondere in Städten wie Hamburg/Berlin/Bremen (dort besonders beschränkt durch föderale Grenzen)
- Oberbillwerder/Fischbeker Rethen: fraglich, ob das so umgesetzt werden sollte
- Forderung NABU: keine Einzelhausbebauung in Hamburg mehr; mit der Fläche muss flächensparender umgegangen werden
- Nur dann kann Versprechen nach bezahlbarem Wohnen eingehalten werden

Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ des NABU

- „Die Einigung ist für die Stadt insgesamt ein total guter Deal“, auch für den NABU und politisch; SPD und Grüne haben Notwendigkeit für Grün erkannt (Klimawandel, Lebensqualität), Notwendigkeit doppelte Innenentwicklung (Fläche besser nutzen z.B. mit entsprechenden Höhen & Freiraum schaffen); das insgesamt gut hinbekommen mit Einigung
- Zustimmung durch Bürgerschaft (Legislative), Senat (Ex-

ekutive), der dann die Vereinbarung auch umsetzen wird

- 3 Bereiche der Einigung:
- Quantität: Anteile Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiet festgeschrieben - bei Bauen im Landschaftsschutzgebiet muss das 1:1 auf Landesfläche ausgeglichen werden, nicht außerhalb - dadurch netto kein Verlust; insgesamt müssen 30% der Hamburger Stadtfläche grün bleiben - „super Deal“
- Qualität: Naturwert in der Stadt darf nicht mehr sinken, außerhalb Naturschutzgebiet 3,5 - innerhalb 6,5 (Skala 1-9); innerhalb der Naturschutzgebiete Steigerung 0,5 - außerhalb darf es nicht mehr sinken; wenn man also außerhalb der Naturschutzgebiete Fläche in Anspruch nehme, muss man in anderen Bereichen den Naturwert anheben (z.B. mehr Blühwiesen oder Hecken) zum Ausgleich - „auch ein super Deal“; von 30 Lebensraumtypen aktuell 2 in einem guten Zustand - Verpflichtung bis 2030 11 in einem guten Zustand
- Steigerung jährlicher Etat 7 Mio. Euro/Jahr auf 13 für Umweltbereich der Hansestadt; 10 neue Rangerstellen
- Damit jetzt auf dem Papier viel erreicht - nun prüfen, ob die Vereinbarungen auch umgesetzt werden
- hierfür Vertrag für Hamburgs Grün zwischen Stadt, Bezirken (weil die Bezirke wie die Kreise frei sind) und stadteigene Gesellschaften (Hamburg Wasser, LIG o.ä.) - dadurch Sicherstellung, dass das umgesetzt wird
- Bündnis für Hamburgs Grün auch geplant: mit Wohnungswirtschaft (anfangen mit SAGA, aber auch andere Wohnungsgesellschaften) auf deren Flächen
- hierfür ist der Prozess im Gange, gerade Gespräche; BUE hat z.B. auch Interesse, dass bis Ende des Jahres der Vertrag fertig ist - höchste Hürde aber vermutlich die Bezirke (da sich die nach den Wahlen gerade neu konstituieren)
- Bzgl. Umsetzung recht optimistisch: wegen der Bürgerschaftswahlen Februar 2020; Behörden haben angesichts der Wahlen auch selbst ein Interesse daran, zeigen zu können, was sie geschafft haben (80% der Hamburger haben laut Abendblatt das Gefühl, dass immer mehr Grün verloren geht und dass sie das nicht wollen - also nicht nur ein Gefühl derjenigen aus der „grünen Ecke“, sondern Gesamtbevölkerung, wie bei Bientheima in Bayern)

Einstellung zur Zielsetzung des Wohnungsbaus in Hamburg

- _ große Städte wachsen, das kann man nicht negieren und liegt an der Attraktivität dieser gegenüber dem ländlichen Raum (nicht gleichwertige Lebensverhältnisse); aber nicht ok, wenn Marketing der Stadt dazu führt, dass noch mehr Menschen kommen („on top“) - das führt zu noch mehr Druck auf die begehrten Flächen (auch wenn z.B. die Fahrwege kürzer werden, wenn jemand statt in Norderstedt in Hamburg wohnt); liegt an den Steuern, die dann nicht in Hamburg gezahlt werden, wenn jemand in Norderstedt wohnt, aber in Hamburg arbeitet; finanziell nachvollziehbar - wohnungsbaupolitisch katastrophal, dann so um Hamburg zu werben
- _ NABU will eher, dass die Stadt behutsam entlang der bestehenden Verkehrsachsen über die Stadt hinaus entwickeln (Federplan Schumacher: große Achsen & Achsenzwischenräume frei zur Belüftung, die meisten Zwischenräume schon zugebaut)
- _ NABU will v.a. Entwicklung entlang der Schienenverkehrsinfrastruktur; z.B. auch S-Bahn-Anschluss Buchholz etc. - Investitionen in ÖPNV notwendig, statt in Straßenverkehrsprojekte wie A26 Ost (Hafenquerspange) - „die von Denke her aus dem 20. Jahrhundert kommt“); viele Straßeninfrastrukturprojekte braucht man im 21. Jahrhundert nicht mehr so
- _ 1960: auf 1/3 weniger Fläche genauso viele Einwohner wie heute (1,84 1960 - heute 1,9); Wohnfläche pro Kopf kann man nicht vorschreiben - aber z.B. bei älteren Menschen, die in großen Wohnungen wohnen bleiben, da die mit dem alten Vertrag günstiger ist als eine kleinere Wohnung mit neuem Vertrag - dort muss man ansetzen: Tauschangebote
- _ Er wohnt auf 110qm, Töchter ziehen bald aus; 2 Wohnungseingänge vorhanden - nun wird 1 Bad+1 Zimmer abgeteilt und untervermietet; modularisiertes Bauen notwendig, beim Hausbau von vornherein mitdenken, dass man eine Wohnung später teilen kann; man muss den veränderten gesellschaftlichen Bedürfnissen Rechnung; aber man kann niemand zu etwas zwingen, nur appellieren oder gute Angebote machen, z.B. für Wechsel im Quartier

Was wären Instrumente im Bestand, um die Wohnfläche/Person zu reduzieren?

- _ Man kann nur Anreize schaffen, das ist eine städtische Aufgabe, aber schwierig, weil die Stadt Grundstücke

i.d.R. Investoren gibt und die Vergabe weniger an bestimmte Konzepte bindet (wie kleinere Wohnungen)

- _ Viel mehr kleinere Wohnungen angesichts vieler Scheidungen/Singles etc. notwendig; faktisch bauen die meisten Investoren aber am Bedarf vorbei, bisher viel zu wenig modulares Bauen
- _ Das müsste die Regel sein und politisch entschieden werden - das geht aber nur, wenn die Stadt die öffentlichen Flächen nicht verkauft (wie z.B. in Wien, wo die Stadt die Wohnungspolitik gut bestimmen kann, da 80% des Wohnungsbestands im Eigentum der Stadt ist; 6,50€/m² durchschnittlich); das ist alles politischer Wille
- Andere Möglichkeiten für den Bestand wären ja Beratungen oder die finanzielle Förderung von Wohnungsaufteilungen. Was halten Sie von solchen Instrumenten?
- _ Alles, was potentiell möglich ist, ist gut und richtig
- _ Gerade beim Neubau muss man das von vornherein mitdenken (modulare Bauweise)
- _ Da kann man auch viel im Bestand machen: früher waren im Altbau Wohnungen 240qm groß (inkl. Personal o.ä.; z.B. Eppendorf), die dann aufgeteilt wurden
- _ Möglichkeiten gibt es genug - man muss es nur machen und wollen
- _ Man kann es nur privaten Leuten nicht vorschreiben
- _ Parkplätze bebauen, Magistralen entwickeln (dort immer Vorwurf Lärm, aber man kann ja auch die Verkehrsinfrastruktur anpassen: Verengung Straßenraum, mehr Raum für Fahrräder, Lärmasphalt, Tempo 30)
- _ andere Forderung: mehr Abstimmung zwischen den Behörden, z.B. BSW, BSU und Verkehrsbehörde arbeiten nicht zusammen; genauso bei länderübergreifender Zusammenarbeit

Rolle und Einflussmöglichkeit private Grünflächen

- _ Nicht grundsätzlich jeder Verlust von Grün ist schlecht, beispielsweise Grundstück mit Einfamilienhaus in Volksdorf, auf das man noch mehr bauen könnte - dieser Grünverlust ist ok - Stadtentwicklung kann nicht nur da stattfinden, wo die Stadt sowieso schon dicht ist
- _ der NABU wird viel einbezogen von Bürgerinitiativen z.B., Beispiel Streit am Dorotheenkanal (Bürger haben das als Grünverlust verkauft, war aber dort eine Tiefgarage, bezirkliches Begehren hatte aber am Ende Erfolg) - viel NIMBY
- _ Es gibt private Grünflächen, die man bebauen kann - und es gibt welche, da sollte man es sein lassen

- _ Dort muss an die Verantwortung der Privaten appelliert werden: z.B. dass sie etwas Besseres mit ihrer Fläche machen könnten, oder dass dort schon ausreichend bebaut ist; viel gesellschaftl. Verantwortung

Grundsätze der Stadtentwicklung vom NABU (2016)

- _ Das stimmt grundsätzlich heute auch noch so
- _ Einschränkung des Bauens notwendig wegen der Inanspruchnahme von Grünflächen, nicht Bauen grundsätzlich
- _ Beispielsweise Bebauung ganzer Grasbrook sinnvoll, Flächenausnutzung im Hamburger Hafen sehr schlecht (wegen 3,30€/qm im Jahr); eigentlich könnte aller Hafen östlich des Alten Elbtunnels verschwinden und dort Stadtentwicklung (Sprung über die Elbe), dann würde der Hafen keine Grenze mehr darstellen; hervorragende Konversionsfläche
- _ Man könnte in Hamburg noch stärker gucken, bereits in Anspruch genommene Flächen anders zu nutzen
- _ Beispiel auch Wilhelmsburger Reichstraße
- _ Teils werden solche guten Potenziale genutzt - andererseits dann wieder anachronistische Projekte wie A26
- _ Hafen wird zukünftig nicht mehr wachsen (Hamburger Weltwirtschaftsinstitut prognostiziert 10 Mio. Containerumschlag für 2025, heute 8,5; früher mal Prognose 25 Mio. in 2025), dadurch auch nicht so viel Fläche notwendig wie mal vermutet
- _ Deswegen muss man den Hafen mal neu denken
- _ Insgesamt noch viel mehr solcher Möglichkeiten und Potenziale (z.B. auch auf der Veddel, am Billebecken), aber viel auf privaten Flächen
- _ viele Möglichkeiten auch durch neue rechtliche Möglichkeiten mit dem urbanen Gebiet
- _ extrem viele Flächenpotentiale in der Stadt vorhanden, ohne dass man nach Oberbillwerder gehen muss

Bezug zu Beispielprojekten der Thesis

- _ Mitte Altona
- _ Entwicklungskosten des Quartiers am Ende höher als gedacht, dadurch viel dichter und „verhältnismäßig eng“ und zugig
- _ „ist so ok“
- _ hätte qualitativ großzügiger sein können, auch Grünflächen
- _ Freiraum ist an sich ok, aber in Bezug auf Biodiversität unterversorgt

- _ Bebauung zu eng und hoch, wie in der HafenCity: lokale Thermik, starke Winde - unangenehm; extreme Verschattung einiger Wohnungen
- _ insgesamt durch Inanspruchnahme Industriebrache super
- _ Anmerkungen zu hoher Dichte durch NABU wurden nicht aufgegriffen, um mehr Gewinn zu machen und wegen Anstieg der Baukosten
- _ insgesamt als Stadtentwicklungsgebiet ok
- _ zu anderen Beispielprojekten keine Aussagen

Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen

- _ Sharing wird das große Thema, v.a. beim Verkehrsthema: dadurch Freiflächen für die Stadt gewinnen, Mobilität anders organisieren
- _ Andere Verkehrsmittel klein machen; ist aber eine Grundsatzentscheidung, die Hamburg sich nicht traut zu treffen; Bremen hat entschieden, dass sie 2030 eine autofreie Innenstadt haben wollen (Paris, London ähnlich) - das ist großartig, Hamburg ist aber noch in der autogerechten Stadt der 1960er und traut sich nicht (Lebensqualität, Luftqualität, wem gehört die Fläche?)
- _ Oder Straßen wie Ost-West-Straße in Tunnel legen, dort noch Potentiale vorhanden; ähnlich z.B. in Köln geschehen; so den Menschen Flächen zurückgeben; solche Möglichkeiten gäbe es auch in Hamburg, aber zu teuer etc.
- _ Man muss davon wegkommen, dass man alle Sachen haben will, vieles kann man sich leihen (Verkehrsmittel, Leiter)
- _ z.B. in Oberbillwerder: von Anfang an Car- und Fahrradsharing, Paket-/Postdienst an einer Stelle, so kann man das auch in bestehenden Quartieren mitdenken
- _ z.B. Schulen: ab 16h können Schulgelände anders genutzt werden; wie kann man da so bauen, dass Mehrfachnutzung möglich ist? z.B. für Sharing, Urban Gardening; auch Dachflächen nutzen
- _ Urban Gardening auch wichtige soziale Komponente, auch bei Straßenbegleitgrün, immer noch rechtliches Problem; so verändert sich aber auch die Wahrnehmung des öffentlichen Raums
- _ „ich glaube nicht, dass das jeden interessiert, aber es sollte die Möglichkeit gegeben werden“

Bedeutung öffentlicher Räume

- _ müssen barrierefrei sein und attraktiv sein; nicht von pri-

vatwirtschaftlichen Interessen überlagert werden (z.B. BIDs oder HafenCity), der öffentliche Raum muss für alle zugänglich sein, auch grün sein

- _ Jemand muss sich darum kümmern, nicht alles zubetonieren, auch wegen Stadtklima, z.B. Negativbeispiel HafenCity mit viel versiegelter Fläche - begrünte Fläche ist immer teurer

Prozess

- _ Volksinitiative war u.a. auch Ziel, öffentliche Debatte zu beeinflussen; hat z.B. mit Hamburger Abendblatt auch ganz gut geklappt
- _ Damit etwas passiert, müssen die Leute aufstehen - sonst macht Politik nichts; man muss sich als Bürger engagieren
- _ NABU als Umweltverband versucht das über politisches Lobbying o.ä.

Abschluss

- _ Vision Hamburg 2050
- _ ganz viel ÖPNV und Sharing, kaum noch motorisierten Verkehr innerhalb der Stadt
- _ Sprung über die Elbe hinkriegen, gute grüne Verbindung nach Süden
- _ dass sich die Stadt so grün weiterentwickelt, „dass die Politik das Ganze so mit Augenmaß macht, dass Lebensqualität, Stadtklima und Stadtentwicklung und Biodiversität zusammen funktionieren“
- _ „Da bin ich ganz zuversichtlich“, auch angesichts äußerer Verpflichtungen bzgl. Klima

Sonstige Schlussbemerkungen

- _ in Hamburg Thema Hafen ganz wichtig: wie dort mit der Fläche umgegangen wird, „skandalös“, weil der Hafen in der Fläche nichts kostet - das muss man massiv verändern; auch auf der Veddel viel schlecht genutzte Flächen, obwohl man da eigentlich gut wohnen kann

Interview Wolfgang Lührsen und Katharina Seegelke, BUND

10.07.2019 | 15.00 – 16.30 Uhr | Geschäftsstelle des BUND in Hamburg

Aufnahme und namentliche Nennung in der Arbeit zugelassen | Vereinbarung der Autorisierung der Zitate, die in der Arbeit auftauchen

–

Einstieg

- _ Katharina Seegelke, arbeitet in der BUND-Geschäftsstelle zum Flächenschutz, Verfassen von Stellungnahmen, Organisation Tagungen mit HCU, Hintergrundgespräche zu nachhaltiger Stadtentwicklung, Stadtplanung studiert
- _ Wolfgang Lührsen, im Vorstand vom BUND Hamburg und Sprecher Arbeitskreis Suffizienz, Physiker

Input Verständnis von Nachhaltigkeit (Lührsen)

- _ Urenkeltauglichkeit, momentan leben wir nicht nachhaltig, Konzept der planetaren Grenzen, Konzept ökologischer Fußabdruck, „trotz aller Anstrengungen - aller verbalen Anstrengungen zumindest“ verändert sich nichts, CO₂-Emissionen
- _ Klimaziele Paris & Annahme Klimagerechtigkeit = 2035 Netto-Null in Deutschland (wie Fridays for Future), Umweltministerium stimmt dem zu, hierfür große Anstrengungen notwendig
- _ Thema Energie: trotz Energiewende Wind und Solar (die skalierbaren Energien) nur 5%, man muss insgesamt weniger Energie verbrauchen - eine Verzwanzigfachung der Erzeugung von Wind-/Solarenergie ist nicht vorstellbar und hilfreich
- _ Material Footprint (Menge an Material, die verbraucht wird in Deutschland): Faktor 3 gegenüber dem, was man verbrauchen dürfte, keine Trendwende erkennbar, Wachstum macht Effizienzsteigerungen zunichte
- _ Einhaltung planetarer Grenzen & sozialer Zielsetzungen schwierig: Vereinbarung beider Zielsetzungen wird in keinem Land erreicht
- _ mit ein bisschen „Kosmetik“ kommt man nicht zu Urenkeltauglichkeit, sondern man muss alles in Frage stellen und „in eine andere Richtung Gas geben“

Schlussfolgerungen Stadtplanung

- _ S: Grenzen des Wachstums, Flächenversiegelung & Ressourcenverbrauch für das Schaffen neuer Wohneinheiten, das wird durch das Programm mit 10.000 Wohneinheiten konterkariert
- _ S: Bezug zur Tagung in HCU im März (Suffizientes Wohnen statt Flächenverbrauch - Wege zu einem nachhaltigen Wohnflächenmanagement): andere soziale Themen dargelegt, sozialer Wohnungsbau kommt zu kurz; dadurch dass viel dem privaten Sektor überlassen wird, kommt die soziale Nachhaltigkeit zu kurz; kein Ausverkauf mehr von städtischen Flächen, da nur dadurch

Einflussnahme im sozialen Bereich möglich ist (Bodenpolitik)

- _ L: für 2035 Netto-Null bräuhete man das gesamte Budget zum Umbauen der Gesellschaft, deswegen kein Bauen neuer Häuser mehr, zumindest aus Zement (großer CO₂-Fußabdruck), auch alles aus Holz bauen ist nicht möglich; man muss sich daran gewöhnen, dass die Wohnfläche/Person nicht weiter steigt; Bezug zu Vorschlägen auf der Tagung

Wachstumsbegriff

- _ S: Bevölkerungswachstum muss nicht mit Flächenwachstum gleichzusetzen sein, in den 1960er Jahren genauso viele Einwohner in Hamburg mit deutlich weniger Flächenverbrauch - theoretisch könnte man bevölkerungstechnisch weiter wachsen, ohne den Ressourcenverbrauch zu steigern; beim Thema Postwachstumsstadt geht es nicht um bevölkerungstechnisches Schrumpfen, sondern um ein effizientes Umgehen mit der Fläche - die bereits benutzten Flächen weiter qualifizieren
- _ S: innovative Konzepte wie Wohnungstausch oder um Wohnraum zu schaffen, ohne neue Ressourcen in Anspruch zu nehmen
- _ L: Wachstum ist ein „sehr schillernder Begriff“, normalerweise ist damit immer BIP-Wachstum gemeint, das ist katastrophal, da soziale Aspekte nicht berücksichtigt werden und ökologische verkehrt; Wirtschaftswissenschaftler haben das bereits anerkannt - die Politik noch nicht
- _ L: Wachstum muss neu definiert werden, Themen wie Lebensqualität und Zeitwohlstand; es gibt viele Aspekte, die wachsen können, aber Ressourcen/Energie nicht - wenn das beides nicht wächst, wächst auch sehr wahrscheinlich das BIP nicht

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

Sollte man tatsächlich gar nicht mehr bauen oder gibt es eher Kriterien für den Neubau?

- _ S: wir kommen nicht umhin, Wohnraum zu schaffen; Frage ist, was man unter Bauen versteht - nicht nachhaltiges Bauen auf der grünen Wiese in Oberbillwerder? (an sich ein nachhaltiges Quartier, aber perspektivisch nicht nachhaltig: man verliert wichtige Freiflächen)
- _ S: Diese neuen Wohneinheiten könnte man auch auf

intelligenterer Art und Weise schaffen, im Bestand oder durch Aufstockung; es gibt viele Ansätze, die auf der Tagung in der HCU (auch der aus dem letzten Jahr) dargestellt wurden, z.B. Aufstockung, Verdichtung an den Magistralen, Verbesserung ÖPNV-Konzept

- _ S: Es gibt Möglichkeiten, anders Wohnraum zu schaffen, was man auch unter Bauen verstehen würde - aber in einer ganz anderen Dimension als man es aktuell macht
- _ S: Nicht so restriktiv „gar nicht mehr bauen“, dann Stillstand, Umbauen von Wohnraum ist ja auch Bauen; Differenzieren
- _ L: Daniel Fuhrhop Buch „Verbietet das Bauen“
- _ L: man muss die planetaren Grenzen im Auge behalten - innerhalb dieser kann man was machen, z.B. mit Holz
- _ L: man darf nicht das Häuser bauen einzeln betrachten, sondern Mobilität mit einbeziehen
- _ S: Hamburg braucht auf jeden Fall ein Mobilitätskonzept
- _ L: ÖPNV-basiert; mehr ÖPNV und Mobilitätskonzepte als Autos, Auto fahren funktioniert allein von den Ressourcen her nicht; autogerechte Stadt aus den 60ern ist ein Konzept von vorgestern; „zurück zur menschengerechten Stadt“

Umsetzung aus stadtplanerischen Perspektive?

- _ S: Ergebnis von den Tagungen und von Stakeholder-Dialogen (Gespräche mit Wissenschaft, Wirtschaft, Politik zu bestimmten Themen): Bündnis für das Wohnen, Bündnis für das Stadtgrün etc. - viele Behilfsinstrumente, um brennende Themen anzugehen; aber das Konzept fehlt, das verbindlich ist; Diskussionen werden im Kleinen geführt (über Oberbillwerder oder Gewerbegebiet in Naturschutzgebiet) - aber eigene Konflikte über die Entwicklung der gesamten Stadt gibt es nicht; kein Plan dafür - FNP veraltet - kein Mobilitätskonzept - kein richtiges Leitbild (v.a. vor dem Hintergrund der begrenzten Ressourcen/Klimawandel/Klimaanpassung); „das ist das Allererste, was passieren müsste, dass Hamburg sich da ehrlich Gedanken zu macht, wie wollen wir uns eigentlich weiter entwickeln“

Also zuerst Entwicklung auf der übergeordneten, informellen Ebene?

- _ S: Ja, Entwicklung von entsprechenden B-Plänen wird parallel weiterlaufen; aber die Diskussion darüber ist sehr wichtig
- _ S: Parallel dazu Förderprogramme wie für Wohnraumteilung, die es gibt, öffentlich bekannt machen und mehr in

den Fokus rücken; Positivkampagnen, wie es sie heute für Einfamilienhäuser gibt, zu Shared Space o.ä. - hierfür tolle Visionen entwickeln

- _ S: Insgesamt muss man mehrgleisig fahren: übergeordnete Ebene & tatsächliche Umsetzungsebene
- _ L: Zustimmung; Hamburg bräuchte eine richtige Nachhaltigkeitsstrategie; Senatsdrucksache von vor 2 Jahren zur Umsetzung der SDGs - die sind aber nur eine Aufzählung von Maßnahmen bis 2021, keine Strategie - eine Strategie müsste min. bis 2030/2050 gehen; das fehlt
- _ L: in dieser Nachhaltigkeitsstrategie müsste ein Bekenntnis zu den Pariser Zielen enthalten sein; momentane Klimaziele von Hamburg 2030 ggü. 1990 minus 50% (Pariser Ziele wären 100% bis 2035) - passt also nicht zusammen; ein Bekenntnis zu den planetaren Grenzen wäre wichtig; Umsetzung dessen; weniger Ressourcen, weniger Verbauen/sinnvoll Verbauen - dort müsste man sich entscheiden, was einem wichtiger ist; also so weiter machen geht nicht

Wohnungsbauprogramm wird so verkauft, dass dadurch die Mieten weniger steigen. Was wäre eure Lösung für bezahlbare Mieten bei weniger bauen?

- _ S: Das jetzige Neubauprogramm darauf ausgerichtet, die Wohnungszahl zu erhöhen - aber Stadt fehlt der Einfluss auf die Vermietung dieser Wohnung (Ausnahme geförderter Wohnungsbau) - „da macht man sich was vor, wenn man sagt, wir machen jetzt immer weiter so viel wir können Wohnungen, und dann wird sich der Markt schon regeln. Das ist ein Trugschluss, den viele Kommunen haben.“; auch bei dem Drittmix wird kein kompletter Drittel realisiert (eher 28%)
- _ S: Stadt fehlt der Einfluss auf die Mieten, wenn ihr der Boden nicht gehört; dass die Mieten sinken, ist unwahrscheinlich
- _ L: (keine offizielle BUND-Position) in Wien viele Wohnungen im Eigentum der Stadt, dort ist das Wohnen günstig; Mietpreisbremse wirkt nicht, Berliner Mietpreisbremse bleibt abzuwarten
- _ L: Anreize notwendig, dass Menschen mit weniger Quadratmeter auskommen; Untersuchung, wenn alle Singles sich zu Paaren in einer Wohnung zusammenfinden würden, gäbe es keinen Wohnraummangel in Hamburg mehr
- _ S: grundsätzlich Förderprogramme; Förderprogramme zur Wohnraumteilung gibt es, die wird aber kaum an-

genommen - mehr Öffentlichkeitsarbeit notwendig oder Personalstellen in den Bezirken schaffen, die Menschen ansprechen, Aufstock-/Dachgeschossausbaupotenzial entdecken und diese Menschen ansprechen, Informationsanlaufstellen in den Quartieren bilden; insgesamt mehr Personal & Umdenken in Stadtplanung in den Bezirken notwendig - dort hoher Druck für Wohnungsbau, der am schnellsten auf der grünen Wiese befriedigt werden kann; für andere Entwicklungen wie an den Magistralen braucht es mehr Zeit - eine Entwicklung dort schafft z.B. über Aufstockung auch WE (nicht in der Menge)

- _ S: Wohnungstauschbörse: über eine Online-Plattform Wohnungen tauschen - dadurch Wohnungswechsel einfacher
- _ L: Viele Menschen in großen Wohnungen (verwitwet und Kinder ausgezogen) wollen kleinere Wohnungen, aber die Mieten sind so stark gestiegen - mit Bremse für die Mieten/Kaufpreise wären diese Umzüge viel leichter möglich
- _ S: reicht per E-Mail noch andere Ideen nach

Ist das, was momentan gebaut wird, das, was in Zukunft benötigt wird?

- _ S: Oberbillwerder/Öjendorfer Park („diese ganz schlimmen Beispiele“, mit hohem Flächenverbrauch und im Grünen) sind nicht weit gedacht, Reihenhäuser (mit Einliegerwohnung oben) - sind nicht nachhaltig: Flächenverbrauch, Baustoffe, Flexibilität fehlt, Nutzungsmischung fehlt (reine Wohnquartiere); insgesamt wenig Nachhaltigkeit
- _ L: Flexibilität der Grundrisse fehlt; Baufirmen wollen meist möglichst niedrige Wärmestands, 2035 müssen wir „fossil free“ sein und „viel von dem, was gebaut wird, müssen wir in 15 Jahren schon wieder renovieren, um es auf den Null-Fossile-Energie-Standard zu bringen“ - „das ist völliger Unsinn, da ganz kurzsichtig zu schauen); gegen die Umsetzung der europäischen Normen wird sich gewehrt
- _ S: Grundrisse in den Reihenhäusern sind alle gleich, problematisch - z.B. sind in den Beständen der Genossenschaften aus den 50ern/60ern die Grundrisse alle gleich, wodurch Umzüge innerhalb des Bestandes z.B. zur Verkleinerung nicht möglich sind

Volksinitiative NABU & Vertrag für Stadtgrün - wie beurteilt ihr das?

- _ S: (keine offizielle BUND-Position) grundsätzlich Diskussion gut und dass es eine Einigung gibt; Wirkung dessen und Umsetzung unklar; Aufnahme der Thematik in die öffentliche Diskussion gut; praktische Umsetzung unklar - Nachverdichten und trotzdem ausreichend Grünraum fraglich - dort fehlt das Konzept für die Gesamtentwicklung; gespannt was passiert/wie das umgesetzt wird
- _ L: manche beurteilen die Einigung sehr positiv - manche sehr negativ; kann es nicht wirklich einschätzen

Thema Verkehr: was würdet ihr umsetzen, wenn ihr machen könntet, was ihr wolltet?

- _ S: „Autos raus aus der Stadt“ (Durchführung dessen ist dann zu klären) - das als „plakative Vision“
- _ S: Attraktivitätssteigerung ÖPNV, mehr ÖPNV/höhere Taktung, Stadtbahn diskutieren (deutlich weniger kostenintensiv als U-Bahn etc.); Fuß- und Radverkehr stärken - „Dort müssen wir viel radikaler werden, was auch Einschränkungen angeht.“
- _ L: Vorgehen in konzentrischen Kreisen, in denen nach und nach motorisierter Verkehr ausgeschlossen wird (mit Ausnahmen wie Lieferverkehr, Handwerker etc.); die Vision ist wichtig: „kein motorisierter Individualverkehr in der Stadt“

Ausbau der Verflechtungen in der Metropolregion geplant - Beurteilung?

- _ S: der Verflechtungsraum existiert ohnehin (Pendlerbeziehungen, Abhängigkeiten), deswegen ist auch gemeinsames Planen sinnvoll; bei Strategie/Leitbild muss man als Region denken - funktioniert bisher aber nicht
- _ Wie beurteilt ihr das Ziel, dass immer mehr Menschen pendeln etc.?
- _ S: kurze Wege wären schöner, auch mit ÖPNV sollten Wege nicht lang sein; „aber de facto gibt's die Verbindungen ja einfach“
- _ L: Ziel sollten möglichst wenig Wege zu Arbeit sein
- _ L: Zusammenarbeit beim Thema Energie notwendig (Wind und Solar in Hamburg kaum möglich), besteht mit SH schon (NEW4.0)
- _ L: Genauso beim Thema Ernährung - Transport von Lebensmitteln aus Afrika o.ä. nicht in großem Maßstab möglich, wenn das auch hier produziert werden kann; hoher Anteil regionaler Lebensmittelversorgung notwendig; biologischer Anbau; saisonal; Stärkung z.B. von solidarischer Landwirtschaft - auch bei Biolandwirtschaft

sind heute die gleichen Zwänge vorhanden (große Ketten drücken die Preise)

Einfluss der Stadtplanung, regionales Wirtschaften zu fördern?

- _ L: Ersuchen 2018 von Bürgerschaft, „dass bei der Anschlussverpachtung von städtischen Grundstücken bevorzugt biologisch angebaut werden soll“; Ersuchen vor 3 Wochen an den Senat, dass Lebensmittel in Kantinen/Kitas/Schulen vorzugsweise biologisch/saisonal/regional sein sollen; Ideen sind also da; es fehlen aber Zahlen (xy Prozent bis 2020 o.ä.)
- _ S: Regionaler Planungsverband diskutieren; mit verbindlicher gemeinsamer Planung, Institution schaffen
- _ S: Mehr Landwirtschaft in der Stadt wird es nicht geben, dafür fehlen die Flächen
- _ L: Zustimmung
- _ L: die vorhandene sollte auf biologische angebaut werden

Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen

- _ S: wichtig, „weil sie ein Spiegel dessen sind, was gesellschaftlich gerade passiert und was die Gesellschaft sich wünscht“; vermitteln eine positive Vision, das ist wichtig
- _ L: brauchen eine Unterstützung durch Gesetze, z.B. Pfand für viele Produkte (bezahlen beim Kauf, wenn er es nicht mehr braucht, gibt er es zurück und der Hersteller muss es recyceln), längere Garantiezeiten, Reparaturfreundlichkeit; gute Ideen sind vorhanden, „aber ohne gesetzliche Unterstützung wird das nicht Mainstream werden“

Einfluss der Stadtplanung?

- _ S: eher Aufgabe der Politik
- _ S: Bei Konzeptausschreibung können Gemeinschaftsräume o.ä. vorgeschrieben werden, darüber Steuerungsfunktion, aber weil es ein gesamtgesellschaftliches Thema ist, Verantwortung der Politik
- _ S: Carsharing kann z.B. durch Stadtentwicklung gefördert werden, z.B. bei neuem B-Plan autofreies Quartier mit Carsharing; so Anreize schaffen
- _ L: Stellplatzschlüssel: Mitte Altona z.B. 0,2; zusätzlich dafür sorgen, dass dann nicht auf Bürgersteigen geparkt wird

Bedeutung öffentlicher Räume

- _ L: Aneignung passiert bei autofreier Stadt automatisch
- _ L: Projekte in Ottensen: Autofreier Straßenzug für ein halbes Jahr (Bahrenfelder Straße) - interessant
- _ Andere Kriterien für eine Nutzung des öffentlichen Raumes? Oder mehr eine Frage der Aneignung?
- _ S: den Menschen den Freiraum geben, Sachen umzusetzen - aber ein gewisses Angebot durch die öffentliche Hand notwendig; abhängig von den Menschen (manche wollen Urban Gardening, manche wollen einfach nur in der Sonne liegen); deswegen beides sinnvoll

Bezug zu Beispielprojekten der Thesis

Quartier 21

- _ S: „ganz hübsch“, hauptsächlich Nutzung des Bestandes gut, Erhalt alter Baumbestand; soziale Nachhaltigkeit - kein günstiger Wohnraum bekannt, hätte man mehr machen können (sozialer Wohnungsbau); Umnutzung von Bestand sehr gutes Thema; „Das ist ja auch eines unserer Kernanliegen, dass man sich auf den Bestand konzentriert“; Neubauanteil ist ihr unklar; zentral gelegen, Anbindung ÖPNV

Mitte Altona

- _ S: sehr dicht; Konversionsprojekt - daher Flächenverbrauch positiv zu bewerten; Backstein/Klinker schöner als Styroporverkleidung; ansonsten kein Wissen über die Baustoffe; gute Ausnutzung der Fläche, zentral gelegen, gute Anbindung ÖPNV; grundsätzlich gut zu bewerten, aber Flächen für die Natur nicht vorhanden vermutlich
- _ L: Baugemeinschaften dort gut - müssen bestimmte soziale und ökologische Mindeststandards vorweisen; Stellplatzschlüssel 0,2; Versorgung Fernwärme: Anschlusszwang Fernwärme Vattenfall (nur bilanzielle Ökofernwärme) - eigene Konzepte waren nicht möglich, „das ist ein bisschen schlecht“
- _ L: Stadt hat Planungsrecht aus der Hand gegeben, da es Zwischenhändler gab (etwas unsicher); Grundstücke wurden an andere Eigentümer verkauft, so dass sich die Stadt die Grundstücke für die Baugemeinschaften zurückkaufen musste; dadurch Stadt keine sehr aktive Rolle
- _ L: Erbbaurechtsdebatte „völlig unterentwickelt“, wäre aber sehr gut, da dadurch Kontrolle der Stadt
- _ zu anderen Beispielprojekten keine Aussagen

Prozess

- _ S: gesellschaftliches Umdenken notwendig, kombiniert

mit Maßnahmen/Anreize/Verbote durch die Politik - Top-down zur Steuerung & Bottom-up notwendig (z.B. Fridays for Future, mit Positivision)

- _ L: guter Ansatz; Politiker haben Angst - eigentlich sind sich alle einig, dass etwas passieren muss; aber Angst vor Erlebnissen wie nach Idee Veggie-Day; Vertrauensbildende Maßnahmen, „dass die Politik weiß, dass die Bürger es wirklich wollen“
- _ L: er verfolgt Projekt Bürgerversammlung (erfolgreich in Irland zum Thema Abtreibung), in einer Bürgerversammlung thematisieren, was passiert, wenn man nichts macht - um so die Politik zu ermächtigen, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen; so haben Politiker keine Angst, abgewählt zu werden; Angst der Politiker ist entscheidend
- _ S: mehr Mut zu unbequemen Entscheidungen notwendig oder dazu, bestimmte Themen zu reden, „dass etwas passieren muss“; Umsetzungswille fehlt bzw. Angst davor
- _ L: Plakat der Grünen bei Europawahl „Zukunft wird aus Mut gemacht“ - das ist richtig; ohne Mut klappt das nicht

Abschluss

- _ Vision Hamburg 2050
- _ S: autofreie grüne Stadt, Freiflächen erhalten und mehr zurückgewonnen, „alles brummt und summt“ (Artenschutz)
- _ L: deutlich weniger Fluglärm (man fliegt deutlich weniger), keine Idee für Entwicklung des Hafens (Schiffe stoßen keine Schadstoffe mehr aus, aber wie viele unklar; Kreuzfahrt in sauber? z.B. mit Segelschiffen); „man muss da ganz groß denken und sich nicht beschränken lassen durch das, was jetzt da ist. Die planetaren Grenzen im Auge behalten und dann innerhalb der planetaren Grenzen kreativ sein“

Nachtrag per E-Mail

„Im Rahmen unserer Fachtagungen wurden verschiedene anderweitige Ansätze zur Schaffung von Wohnraum thematisiert.

- _ Umnutzung leerstehender Immobilien (z.B. Bürobauteile)
- _ Konversion
- _ Ausbau Dachgeschosse, Gebäudeaufstockung
- _ Baulückenschließung (maßvoll)
- _ Wohnraumteilung
- _ Wohnungstauschbörsen

- _ „Wohnen für Hilfe“ (z.B. Seniorin vermietet Zimmer unter, Untermieter hilft dafür beim Einkauf o.ä.)
- _ Arbeitsraum /Garage ... untervermieten
- _ Förderung von platzsparenden Wohnkonzepten (z.B. Cluster-Wohnen)
- _ Magistralenkonzept (einhergehend mit Mobilitätskonzept)
- _ keine weitere Ausweisung von EFH-/ DHH-Flächen
- _ kein weiterer Verkauf städtischer Flächen
- _ mehr Sozialwohnungen“

Interview Guido Sempell, BSW

12.07.2019 | 12.00 – 13.15 Uhr | BSW

Aufnahme und namentliche Nennung in der Arbeit zugelassen

Einstieg

- _ Guido Sempell, BSW, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, v.a. zuständig für regionale Zusammenarbeit, auch andere Themen der gesamtstädt. Stadtentwicklung wie gesamtstädtische Leitbildprozessen (finden immer wieder statt)

Verständnis Postwachstum

- _ Begriff präsenter geworden durch Lehre an der HCU, gehört durch die Medien, Nachhaltigkeitsthematik, auch Wirtschaftstheorie, Niko Paech gelesen - dadurch klarer geworden
- _ eher aus der theoretischen Richtung - im praktischen Handeln keine zentrale Thematik, v.a. nicht unter dem Begriff Postwachstum, sondern eher unter Nachhaltigkeit, „Da kann man zumindest anknüpfen“ - „Hamburg würde jetzt bestimmt keine Postwachstumsstrategie erarbeiten“, „Das wäre weder kommunikativ, noch von der Sache her adäquat“

Schlussfolgerungen Stadtplanung

- _ Gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und der Region: Thema, das ihn beschäftigt, ohne eine Lösung zu haben; Kommission dafür; „Ist das eigentlich unumkehrbar, was wir da treiben?“, Hamburg baut und zieht Menschen an (Schwarmstädte) - die Region verliert Menschen, „Ist denn Wachstum und Konzentration von Kraft, von Menschen, von Investment an einem Ort - Hamburg jetzt gemeint - ist das eigentlich der richtige Weg? Und was passiert mit dem Umland? [...] Sag ich,

mir egal?“

- _ er war bei einer Veranstaltung zum Thema Stoffströme: Ökobilanz von großen Neubauquartieren, dort viel Materialverbrauch, Thema Wiederverwertung - „muss das alles immer neu sein?“, mehr Standardisierung und dadurch Kosten reduzieren und dadurch zugänglicher machen

Allgemeines

- _ Einfluss auf Stadtplanungshandeln in Hamburg vorhanden
- _ v.a. Kommunikationsinstrument: versch. Akteuren der Stadt die Prioritäten und das Langfristziel zeigen
- _ Ziel Innenentwicklung im räumlichen Leitbild: Begriff „Mehr Stadt in der Stadt“ hat sich sehr durchgesetzt, verschiedene Begriffe aus dem räumlichen Leitbild sind in den öffentlichen Diskurs aufgenommen, hinter dem Begriff „Mehr Stadt in der Stadt“ steht dann noch mehr (nicht nur dichter bauen)

Veränderungen seit der Veröffentlichung der Leitbilder?

- _ eher nicht; bestimmte Themen sind dazu gekommen
- _ räumliches Leitbild: bestimmte Themen wurden nicht weiter verfolgt, z.B. Stadttourismus wie „Erlebnisraum Elbe“, aber auch aufgrund von Zuständigkeiten (wäre viel Abstimmung mit Tourismusbehörde gewesen), obwohl Elbe ein touristischer Ort ist, an dem Thema wird nicht mehr dran gearbeitet
- _ andere Themen, die nicht mehr behandelt werden, fallen ihm nicht ein
- _ grundsätzlich ist das Thema Zuständigkeiten entscheidend
- _ z.B. Leitbild 2014: Thema Energie/Landschaftsplanung etc. würde heute dort nicht mehr so auftauchen, da das nun in die Zuständigkeit einer anderen Behörde fällt; wenn ein Thema wegfällt, liegt das z.T. auch an Zuständigkeiten
- _ räumliches Leitbild: als Entwurf veröffentlicht, weil es eher eine Etappe war, 2,5 Jahre daran gearbeitet bis 2007; aber dann politischer Wechsel (und andere Gründe), neues Leitbild ab 2012 (politisch motiviert, 2011 neue Regierung SPD) sollte gar nicht mehr an das alte anknüpfen; Leitbild von 2007 war dann auch überholt/ andere Sprache; deswegen war ein neues Aufsetzen des Leitbildes von 2007 gar nicht im Gespräch
- _ Leitbild von 2014 ersetzt das von 2007

- _ aber auch informelles Instrument, also nicht so klar abzugrenzen
- _ Beteiligung bei räumlichen Leitbild deutlich größer: viele Workshops, intensiver Kommunikationsprozess; beim Leitbild 2014 nur Beteiligung der BSU, Bürgermeister hat nur unterzeichnet quasi - keine große Bürgerbeteiligung/ Online/Veranstaltungen mit anderen Behörden o.ä.
- _ Auch Leitbild 2014 wird keine Fortsetzung haben, sondern eher neues; Struktur der Leitbilder ist immer von ihrer Zeit abhängig; dadurch flexibel, aber auch unklarer, was gilt
- _ Falls Frau Fegebank Bürgermeisterin werden würden, würde ein Leitbild wieder ganz anders aussehen - immer politisch abhängig

Warum keine Beteiligung beim Leitbild von 2014?

- _ richtete sich eher nach innen; Frage war, was diese Behörde will, stand im Fokus; eher behördenintern, Behörde wollte sich orientieren, deswegen keine weitere Abstimmung; Leitbild richtet sich auch in der Sprache etc. nicht an die Öffentlichkeit, hätte auch mit Beteiligung andere Themen gehabt, „es verweigert sich ein bisschen einer größeren Öffentlichkeit“, „aber letztlich hat es sich im Doing der Behörden einigermaßen bewährt“

Taucht etwas von den eingangs genannten Postwachstumsthemen in den Leitbildern auf?

- _ andere Sprache, aber z.T. Energieversorgung aus Leitbild 2014 (dezentrale, andere Brennstoffe) greift z.B. Postwachstumsthema auf
- _ Thema Flächenverbrauch: soll laut Leitbild reduziert werden (Innenentwicklung); passt im Grundsatz auch zu Postwachstum
- _ in einem neuen Leitbild würde das Thema Mobilität einen deutlichen Schwerpunkt haben - aber auch schwierig, weil das in einer anderen Behörde sitzt

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

Thema Verkehr: Aussagen im Leitbild dazu sinnvoll?

- _ setzen Prioritäten, Peak Oil, ÖPNV stärken gegenüber MIV taucht auf, ÖPNV auch im regionalen Maßstab; das ist alles richtig

Verkehrsmeidung?

- _ Wird angestrebt, durch Innenentwicklung werden Wege

verkürzt, Nutzungsmischung verkürzt Wege, Arbeitsstätten sollen in die Quartiere zurück (urbanes Gebiet)

- _ „Wenn man das gesamte Leitbild durchgehen würde, wo scheint da Postwachstum auf, würden Sie zahllose Punkte finden - da ist das damit intendiert“, ohne den Begriff „Postwachstum“ zu erwähnen - „Ohne das als Label voranzustellen, „Hamburg in der Postwachstumsphase“, das ist nicht und wird nicht und kann nicht.“; aber inhaltlich kann man das entsprechend zuordnen

Flächenverbrauch

- _ Hamburg verbraucht für Anzahl der Einwohner extrem wenig Fläche, deutschlandweit Vorreiter, Flächenverbrauch pro Kopf „lächerlich, gerade im Vergleich zu Flächenländern“, da macht Hamburg viel
- _ Strategie Innenentwicklung, Konversion, höher und dichter bauen; dadurch verbraucht Hamburg deutlich weniger Fläche
- _ großer Flächenverbrauch findet in den Flächenländern statt, „in den Nachbarländern, da wird geaßt, besonders in den Ländern, die besonders wenig Wachstum haben“, z.B. Mecklenburg-Vorpommern, „wo man sagen könnte, die sind per se ein Postwachstumsland“, dort sehr hoher Flächenverbrauch, „die sauen so richtig „rum“
- _ „Abstimmung mit den Füßen“, wenn man aufs Land zieht und ein Einfamilienhaus baut
- _ Oberbillwerder, Neugraben-Fischbek: viel Neuinanspruchnahme von Flächen - ist das richtig?
- _ „Ich persönlich hätte gesagt, bei Oberbillwerder könnte man nochmal drüber nachdenken“
- _ Oberbillwerder war lang Bauerwartungsland, im FNP so gekennzeichnet, auch Neugraben-Fischbek
- _ keine Innenentwicklung, neue Flächeninanspruchnahme durch viel Zuzug, Flüchtlinge 2015: Entscheidung „an ganz bestimmten Standorten, die infrastrukturell sehr gut erschlossen sind, mit S-Bahn und so weiter, machen wir das“, aber „Bruch zur Innenentwicklungsstrategie“
- _ aber „Gegenfrage“: „wo sonst?“ und „wo sonst mit einer relativen Geschwindigkeit?“
- _ Prognose besagt weiteres Bevölkerungswachstum, darauf muss man reagieren - wenn nicht: steigen die Preise, nur Innenentwicklung (Aufstockung, Abriss & Neubau) ist sehr teuer
- _ ist aber insgesamt verschmerzbar; da immer die Frage ist „wo, wenn nicht da?“, Alternative Einfamilienhausbau am Stadtrand/Umland - das muss man immer mit ein-

beziehen

- _ man muss abwarten, ob das alles in der Größe entwickelt wird, Oberbillwerder, auch Öjendorf
 - _ Allemöhe beispielsweise war nicht dicht genug
 - _ „Es ist ein Bruch. Aber wir leben von Kompromissen.“
- Gibt es nicht auch andere Möglichkeiten, mehr Menschen unterzubringen, als neu zu bauen?
- _ Ja, in der Theorie: „die Leute können eher zusammenrücken“, mehr Baugemeinschaften etc., „All das wird ja auch gemacht“; Belegungszahlen stagnieren langsam
 - _ Enger zusammenwohnen ist natürlich möglich - aber begrenzter Einfluss der Stadt, „Was soll eine Stadt machen, die jedes Jahr 10.000 Leute dazu bekommt? Was soll die Stadt machen?“
 - _ Wenn man nicht baut, steigen die Baupreise in der Stadt, wegen der großen Nachfrage
 - _ „Die Möglichkeiten einer Stadt sind begrenzt.“
- Ideen wie Förderungen von Wohnungsaufteilungen, Beratung - Beurteilung?
- _ ist gut, aber er weiß nicht, ob die in Hamburg irgendwo stattfinden, „wäre auch nicht unsere Aufgabe“, sondern bezirkliche
 - _ „Natürlich ist alles gut, was die Menschen platzsparend unterbringt.“ - man muss da aber beides tun

Vertrag für Hamburg

- _ Erhöhung auf 10.000 Wohnungen 2016, politisches Ziel der Senatorin, über diese Zahl kann man streiten
- _ Vertrag für Stadtgrün, Volksinitiative NABU: „hat dem zumindest stückweit eine ökologische Perspektive gegenübergesetzt.“, „ich finde das bescheuert, ich hätte das niemals akzeptiert“
- _ 10.000 ist viel, gelingt im Moment, aber nicht mehr lange; kostspielig
- _ stärkere Zusammenarbeit mit der Region notwendig: Wohnen dort sieht meist schlimmer aus, mehr Flächenverbrauch; Organisation schwierig; kein Planungsverband, der für die Region Dinge vorschreiben kann (z.B. Zwang zum Bauen in der Region, wenn Hamburg nicht baut)
- _ Oberbillwerder liegt gut, S-Bahn; Öjendorf viel schlechter, kein Schienenverkehr, „kein guter Standort“, „den würde ich nicht entwickeln“; von 3 Stadterweiterungsstandorten der problematischste
- _ Starke Institution mit regionalem Blick notwendig, dann wäre das einfacher; für die Region 12.000 WE vorschrei-

ben z.B. - bisher wollen die Umlandgemeinden aber nicht für die Hamburger bauen

Einigung NABU negativ bewertet. Warum?

- _ „Ich finde, in Hamburg gehen keineswegs Grünflächen verloren in größeren Dimensionen“, Hamburg ist sehr grün, er könnte mit dieser Stadtstruktur sehr viel mehr Wohnungen unterbringen - 10.000/Jahr kein Problem, davon profitiert Stadt auch; „ich würde wirklich mal Herrn Porschke fragen: wo ist es denn wirklich problematisch?“, einzelne Orte sind sicherlich zu dicht, aber grundsätzlich Veranlassung für Kompromiss nicht vorhanden
- _ Öffentliche Wahrnehmung ist ganz anders, Fehleinschätzung
- _ viele Neubauquartiere wie Oberbillwerder, Inselpark schaffen auch neue Grünräume, die es vorher nicht gab
- _ große Eingriffe in grüne Räume der Stadt gibt es nicht; viele Potenziale vorhanden wie z.B. Kleingärten, „da würde ich mit dem Bagger durchfahren“ - Kleingärten verdichten (600qm Kleingarten geht nicht); „Geisterdebatte“
- _ keine Einbindung der Region in dieses Thema; Umlandgemeinden können sich nicht dem Wachstum verschließen“, die muss ihren Beitrag leisten zu der wachsenden Stadt
- _ Qualitätssteigerung von Grün findet schon statt, z.B. Volkspark; neue Grünräume entstehen
- _ „Scheindebatte“
- _ Verhältnis Grün und bebaut ist in Hamburg „paradiesisch“, „was jetzt nicht heißt, dass alles super ist“; Ruhrgebiet hat z.B. entsprechende Probleme, „da kann man wirklich was machen mit Postwachstumsstrategie“
- _ Aber Politik muss auf das Empfinden der Menschen eingehen
- _ aber Einigung schränkt räumliches Wachstum dadurch; Frage ist „zu welchem Preis“, „wohin geht dann das Wachstum? Geht es an uns ganz vorbei?“ - Arbeitslosigkeit etc.; wenn man in Hamburg solche Grenzen einführt, Frage welche Auswirkungen das in der Region hat (viele Pendler), „jedes Gebäude, das in Hamburg mehr gebaut wird, reduziert eher Pendlerbewegungen“

Fördert Hamburg Aufstockung?

- _ seiner Kenntnis nach kein Aufstockungsprogramm; aber SAGA z.B. denkt darüber nach, man denkt darüber nach; Förderprogramm wäre sinnvoll, genauso wie

Gründachstrategie; „in dem Bereich unternimmt Hamburg bisher nichts, wäre aber sinnvoll“

- _ in Neubaugebieten immer Flachdächer, bei Satteldächern könnte man später einen Ausbau machen
- _ Diskussion immer, ob man das finanziell fördern soll - oder ob das eine Eigentümerentscheidung ist; „es ist noch nicht so drangvoll eng, dass man sagt, das müssen wir noch befördern“, soweit ist der Geist noch nicht
- _ Wäre aber eine sinnvolle Strategie, Innenentwicklung ist immer richtig

Wäre Aufstockung nicht sinnvoller als Oberbillwerder?

- _ Wäre flächensparender; Aufstockung geht z.T. statisch nicht, z.T. gestalterisch nicht; grundsätzlich richtig; in Washingtonallee z.B. Aufstockung Zeilenbauten
- _ derzeit Überlegungen mit Architekten und Genossen-schaften: dort Überlegungen zur Nachverdichtung; aber schnell immer Kritik Bewohner, weil Grünflächen verloren gehen, immer fallbezogene Lösung notwendig - Politik ist da auch ängstlich

Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Förderung in Hamburg?

- _ weiß er nicht, seiner Kenntnis nach wird es nicht finanziell gefördert
- _ Netzwerke mit Bezirken o.ä. auch möglich, weiß er nicht
- _ Gründachstrategie macht auch Urban Gardening auf den Dächern möglich
- _ andere Unterstützung als finanzielle Förderung ist auch möglich
- _ viele Hamburger haben Zugang zu Grünräumen, deswegen weniger Bedarf nach Urban Gardening als z.B. in Berlin; und nicht solche Lost Places, auf denen Urban Gardening betrieben werden kann oder Aneignung möglich ist
- _ große Initiative Urban Gardening in Hummelsbüttel; kriegen vermutlich kein Geld, aber vielleicht Material von MR

Regionales Wirtschaften - Einflussmöglichkeiten von Stadtplanung

- _ schwierig, Onlinehandel etc.
- _ begrenzte Möglichkeiten
- _ Mischung ist eine Möglichkeit, dadurch werden die Wege immer kürzer
- _ Einflussmöglichkeiten von Stadtplanung ist da aber gering
- _ kleinere Produktion ist in der Stadt zunehmend möglich,

aber große nicht (z.B. Amazonlager) - die siedeln sich nicht in Hamburg an, sondern an noch schlechterem Standort (Winsen Luhe); Logistik kann Preise in Hamburg nicht bedienen; darauf keine Einflussnahme möglich

- _ auch Verantwortung jedes einzelnen, ob man bestellt; Einfluss SP da gering
- _ Stärkung Zentren als Möglichkeit
- _ Bequemlichkeit der Menschen
- _ ihm fehlen die Vorstellungen der Steuerung

Bedeutung öffentlicher Räume

Thematik ausgelassen aus Zeitgründen

Prozess

s. Allgemeines

Abschluss

Vision Hamburg 2050

- _ Hamburg sieht nicht sehr anders aus, nicht überall Hochhäuser in der Innenstadt, genauso grün wie heute
- _ große Veränderungen beim Thema Mobilität, Straßenraum: Stadtbahn Wunsch
- _ Quartiere: zu Hause sein in seinem Ortsumfeld, dass das im Bewusstsein ist, fußläufige Entfernung, Versorgung vor Ort, Leute treffen, Hilfe für Ältere; „dass das Quartier als Ort des Tätäglichen an Bedeutung gewinnt, das wäre eine schöne Vision für mich“
- _ z.T. höhere Dichten als heute
- _ in politischer Diskussion ist Bevölkerungswachstum sehr wichtig, wenn Hamburg die 2 Mio-Marke erreicht, würde das groß gefeiert werden; ist für ihn kein Wert
- _ viele Pendler werden positiv interpretiert, weil das für die Attraktivität Hamburgs spricht
- _ Begriff „Metropole“ passt nicht, eher „Metropolchen“
- _ Hamburg braucht kein viertes Kreuzfahrtterminal, nicht unbedingt die Harley Days; bringt aber natürlich Geld - „es geht eben nicht immer nur darum zu sagen, mehr Geld, mehr Umsatz, mehr Bruttowertschöpfung, nein, darum geht es nicht“, Frage nach der Lebensqualität in der Stadt, ist im Moment nicht in Gefahr
- _ Zurückdrängen MIV geht, machbar, aber teuer; wird eine Steigerung an Lebensqualität bewirken und nicht so schmerzhaft; „diese Poser, die da mit ihren dicken SUVs fahren, sollen sie krepieren und in die Alster fahren von mir aus“ viel Potential an Veränderungen vorhanden

- _ auf dem Land aber natürlich Auto notwendig

Sonstige Schlussbemerkungen

- _ Beim Thema Flächenverbrauch unterscheidet sich das Gefühle und Reale; häufig sind die besonders dichten Quartiere auch besonders attraktiv, aber Verdichtung wird immer negativ beurteilt

Interview Giorgio Gullotta, Giorgio Gullotta Architekten

15.07.2019 | 11.30 – 12.30 Uhr | Büro Giorgio Gullotta Architekten

Aufnahme und namentliche Nennung in der Arbeit zugelassen

Einstieg

- _ Giorgio Gullotta, Architekt
- _ alte Viehhallen, das Büro hat das umgebaut zu den Schanzenhöfen, Areal sollte abgerissen werden
- _ über einen Freund Kontakt zu Geschäftsführer vom Fleischgroßmarkt, dann Frage nach der Entwicklung des Areals - Abriss zugunsten von Lkw-Stellplätzen war geplant; war Ausgleichsfläche für Messeerweiterung, die Teile vom Fleischgroßmarkt beansprucht; Denkmalschutz wäre bei Abriss egal gewesen, „Das wäre so eine Hamburger Lösung mal wieder, alles weg“
- _ Überzeugung des Geschäftsführers, für die Hallen ein Konzept zu entwickeln - dann wenn es gut ist auch Umsetzung
- _ „Konzept der Entdichtung“: zu große Hallen vorher (Brandschutz, Übertiefe), deswegen Löcher darein, 2 Binderachsen werden zu 15m-Tiefe (gut für Büro oder Gewerbe möglich)
- _ Bullerei mit Tim Mälzer als Ankermieter hilfreich, aufgrund privater Kontakte, da diese neue Flächen suchten - „viel Glück“
- _ Bezirksamtsleiter und Baudezernenten waren auch hilfreich und trugen das mit; auch Denkmalschutz fand die Idee gut
- _ „aus der Grundidee, diese Hallen zu retten“ ist das entstanden
- _ Areal war von der Stadt als Industriebrache angesehen, „dass das Ganze jetzt im Nachhinein so positiv gekippt ist und wir da eine riesige Quartiersentwicklung betrieben haben, haben wir auch damals nie so gesehen“
- _ erster Bauabschnitt mit Elbgold etc., im zweiten Ratsherren-Brauerei

- _ jetzt „tolle Einheit“
- _ früher mal Gokart-Bahn
- _ viel Fantasie notwendig, und viel Geld - „großes Glück“, dass der Fleischgroßmarkt da mitgemacht hat
- _ Fleischgroßmarkt ging es weniger um das Geld, mehr darum, das Quartier zu beleben, die Gebäude zu erhalten
- _ trotz Altbauten geringe Energiekosten: Mauerwerk „so gut gebaut“, Fenster und Heizung gut, Dach neu gedämmt, „sehr gut funktionierende Gebäude, die Leute sind sehr happy darin“, Altbauten brauche nicht immer Innendämmungen etc. wie vom Gesetzgeber gedacht
- _ Pflanzungen von Bäumen neu, zusammen mit Landschaftsarchitekten
- _ Kopfsteinpflaster ist das alte: beim Abbruch fand man es unter den alten Beton-/Asphaltböden; ausgebaut und gesichert und später wieder eingebaut, authentisch und auch günstiger als neues
- _ vor Umbau war das Gelände zugewachsen und von Schanzenstraße aus kaum sichtbar, nicht wahrnehmbar - entwickelt sich z.Z. wieder etwas dahin
- _ Stahlgerippe als „Industrierelikt“, Dinge stehen lassen; Stahlgerippe ging aber kaputt - deswegen dieser Ersatz

Verständnis Postwachstum

- _ Nicht bekannt
- _ Erläuterung meines Verständnisses von Postwachstum

Spontane Erläuterungen dazu

- _ „das, was wir da gemacht haben, ist eigentlich Postwachstum“, mehr Nachhaltigkeit als da geht nicht
- _ Halle vorher für Massentierhaltung, heute für Menschen genutzt; Erhalt der Hallen
- _ „ganz wichtiges Thema, dass man nicht immer alles nur abreißt“, „das heißt nicht, dass man immer alles bewahren muss“, Diskussion mit Denkmalschutz: „Konservieren ist eine Sache, mit einem Denkmal weiter arbeiten ist aus meiner Sicht der bessere Denkmalschutz“, „wenn ich alles unter eine Glocke stelle, will da keiner hin“, wenn auch Teile zurückgebaut werden können, wird es erlebbar
- _ früher wurde grundsätzlich ganz gut gebaut, häufig in Hamburg wird Substanz vor Abriss nicht angeguckt
- _ Thema Wirtschaftswachstum: letztendlich wurde durch das Projekt auch die Wirtschaft angetrieben
- _ „explosives Viertel“ Schanze, keine Schäden an Ge-

bäude bemerkenswert - liegt an Respekt vor alten Gebäuden, „als wäre es immer da gewesen“, „die Masse hat gar nicht kapiert, dass wir da ‚was Neues geschaffen haben, sondern die haben gedacht, da hat jemand die alten Hallen sauber gemacht. Das ist dann sozialverträgliche Architektur.“

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

Gab es andere Veränderungen am Bestand als die genannten?

- _ „wir mussten natürlich einige Sachen verändern“
- _ das ganze Haus wurde auf die Rohkonstruktion/Grundsubstanz/Außenmauern rückgebaut; Dächer waren kaputt, neuer Fußboden, Infrastruktur komplett neu (Strom nicht ausreichend etc.), viele Einbauten/Anbauten/Wände für Zwischennutzungen waren darin; dann wieder neu aufgebaut
- _ für Umbau erstmal alte Akten angeguckt und dann dementsprechend gehandelt
- _ z.T. wird auch die Statik von damals nicht mehr nach DIN genehmigt, deswegen Anpassungen notwendig
- _ 1884-1915 wurden die Hallen gebaut, 1930er nochmal „rumgefummelt“, bis Mitte 1950er Schlachthof; „danach ging das große Kaputtmachen los“: Gokartbahn, Lagerhallen, Handwerker
- _ Durchgänge in die Innenhöfe der Hallen auch neu
- _ „Wir haben schon Veränderungen gemacht, auch teilweise massive Veränderungen, aber so, dass eben das ganze Ding immer funktioniert.“
- _ Veränderungen nur möglich, wenn Wirtschaftlichkeit am Ende funktioniert, es muss jemand bezahlen, „ganz ohne Wirtschaft geht's dann nicht, den Bestand zu wahren“
- _ gegenüber Abriss + Neubau ist das, was dort passiert ist, immer besser
- _ Abrissthematik in Hamburg: Kühlhaus in der Umgebung wird abgerissen statt Sanierung, City Hof, Deutschlandhaus, Abriss Commerzbank; „die Immobilienwelt könnte manchmal mehr Sensibilität gebrauchen“, „warum wird nicht erstmal überlegt, was man aus den bestehenden Gebäuden machen kann? Wie kann man sie ergänzen?“ das ist schade, „Spezialität, die Hamburg mit sich bringt“; „Manchmal muss man auch den Mut haben, was abzureißen, damit man das Andere wiederfindet“;

aus einer alten Substanz „was ‚Cooles‘“ machen - dieser Aufwand wird häufig nicht gemacht; „das ist Stadtentwicklung, die man betreiben sollte“

Thema Versiegelung

- _ vorher war alles versiegelt, jetzt Höfe; Kopfsteinpflaster zwar versiegelt, aber Versickerung durch Fugen; Rigolensystem eingebaut (Gesetzgebung); vorher Asphalt - durch Kopfsteinpflaster „eigentlich entsiegelt“
- _ „Also wir haben jetzt bei den Schanzenhöfen eigentlich ökologisch alles richtig gemacht und Flächen wieder freigelegt, die vorher bituminös versiegelt waren“
- _ „aufgeforstet“, Bäume gab es vorher nicht

Verwendung der Baustoffe

- _ alte Fenster sind Holzfenster, neue Fenster (Pfosten-Riegel-Konstruktionen) Holz-Aluminium (Tragstruktur aus Holz), Dämmstoffe v.a. Mineralwolle, „das ist schon immer ganz wichtig“, normales Mauerwerk, „sehr traditionell“, „sehr handwerklich richtig und ökologisch sauber“, keine „fiesen Baustoffe“
- _ „darüber können sie sich streiten“: Dächer sind bituminös abgedichtet; Zinkbleche darauf (Energie zur Produktion notwendig) - ist aber auch dem Denkmalschutz geschuldet
- _ „Ökologisch machen wir hier immer im Büro“

Verkehr

- _ Stellplätze: war mal anders geplant, „Eigendynamik“, am Anfang weniger Stellplätze - nur an der Bahn; z.T. Poller abgerissen; Frage der Überwachung
- _ entwickelte sich erst so in den letzten paar Jahren, dass so viele parkende Autos sind, weil es nicht mehr so kontrolliert wird
- _ Treppe von Schanzenhöfen hoch: auch neu geschaffen, als fußläufige Erschließung, wird genutzt
- _ „das ist manchmal da total scheiße vollgeparkt, gruselig“

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

Nutzungen

- _ ganzes Gebiet: Sondernutzungsgebiet, so ausgewiesen beim Fleischgroßmarkt - alles lebensmittelnah Funktionen, Bierbrauen/Kaffeerösten/Restaurant bzw. Elbgold/Bullerei - Ausnahmen Bilderrahmen/Fernsehstudio/Musikkindergarten

- _ Musikkindergarten wurde anfangs überlebt, ob das wohl passt; Betriebskindergarten Fleischgroßmarkt
- _ „Post-Production“/Medien
- _ Diese Flächen kriegt man immer vermietet, liegt an der Liebe zu alter Industrienutzung, „mehr Charakter“ als viele Neubauten
- _ Andere soziale oder gemeinschaftliche Nutzungen außer Kindergarten und Pflegedienst?
- _ Solihilfe: „hätte ich auch schon gerne weggeplant“, „kleine Baracke“, schon vor den Schanzenhöfen da gewesen
- _ andere soziale/gemeinschaftliche Nutzungen waren nie in der Überlegung, alles gewerblich - Soziales dann auch nicht sinnvoll

Veranstaltungen?

- _ „ständig“: „Deutscher Bierbrauertag“, Veranstaltungen der Ratsherrn-Brauerei, Flohmarkt (etwas unsicher)
- _ durch Elbgold und Bullerei „sind die Schanzenhöfe deutschlandweit, wenn nicht sogar europaweit bekannt“
- _ alles kommerzielle Veranstaltungen, Flohmarkt evtl. nicht

Stärkung der Stadt als Gemeinschafts- statt kommerziellen Touristikorts

- _ Ort für Hamburger oder Touristen?
- _ gehen auch viele Hamburger hin, „total bekannt“
- _ „entweder gehen die Leute ins Schulterblatt oder in die Schanzenhöfe“, „das ist sicherlich in Hamburg für Schanze ...“

Gesellschaftlicher Treffpunkt für die Nachbarschaft?

- _ Ja, die Menschen treffen sich dort da, tolle Atmosphäre; wegen Kindergarten; insbesondere im Sommer
- _ „mir ist das fast zu voll“
- _ liegt an dem Industriecharme, „da pilgern die Massen richtig hin“
- _ Neuer Zugang zur Schanzenstraße. Waren mal andere Öffnungen geplant?
- _ Ursprünglich Treppe breiter geplant, aber nicht möglich wegen Topographie und der Bäume (letztendlich 1 gefällt, sonst alle erhalten)
- _ „Der Durchgang reicht vollkommen“, „mehr kann man da nicht machen“
- _ südwestliche Ecke ist historisch durch Mauer abgegrenzt, deswegen Öffnung dort nicht möglich
- _ spanischer Lebensmittelhändler gehört nicht zu den

Schanzenhöfen direkt

Prozess

- _ es fand keine Bürgerbeteiligung statt
- _ Grund: Beginn der Planungen 2007: „da hat diese Ecke keinen interessiert“
- _ „wir haben das Projekt dann, was für das Projekt sicherlich auch besser war, unter dem Radar der Masse geplant. Und dann haben wir die Glocke hochgenommen und alle fanden's gut.“
- _ Bürgerbeteiligung für Projekte nicht immer gut, da die Masse das nicht versteht
- _ „Ich glaube nicht, dass das heute da stehen würde, wenn wir eine Bürgerbeteiligung gehabt hätten.“
- _ es gehören immer viele Parameter zusammen, damit Projekte realisiert werden; in diesem Fall Zusammenarbeit mit Bezirksamtsleitung, Fleischgroßmarkt etc.

Abschluss

Sonstige Schlussbemerkungen

- _ Kritik an Abrissen in Hamburg: Deutschlandhaus, Commerzbankhaus
- _ Um alte Gebäude zu retten, brauch man Geld
- _ Manchmal muss man auch den Mut haben, Bestandteile der Bestandsgebäude wegzunehmen
- _ Vieles wird im Laufe der Existenz des Gebäudes kaputtgemacht oder Anbauten etc.
- _ Dann aber ressourcenschonendes Bauen, dafür Intelligenz notwendig
- _ Hausbauen ist immer teuer, inklusive der ganzen Technik
- _ Angebot weitere Fragen per E-Mail zu stellen; Zuschicken der Arbeit angefragt

Interview Hans-Peter Boltres, Bezirksamt Hamburg-Nord

17.07.2019 | 14.00 – 14.45 Uhr | Bezirksamt Hamburg-Nord

Aufnahme und namentliche Nennung in der Arbeit zugelassen | Vereinbarung der Autorisierung der Zitate, die in der Arbeit auftauchen

Einstieg

- _ Hans-Peter Boltres, Architekt und Stadtplaner, Leiter Stadt- und Landschaftsplanung Bezirksamt Hamburg-Nord seit 2007

Verständnis Postwachstum

- _ man hört es gelegentlich - aber kein Thema
- _ Erläuterung meines Verständnisses von Postwachstum

Allgemeines

Quartier 21: gelungenes Projekt?

- _ „in jeglicher Hinsicht ein gelungenes Projekt“
- _ keine zusätzliche Versiegelung, „kluge Nachnutzung von bestehenden Gebäuden“ mit Nachverdichtung
- _ denkmalgeschützt Häuser, Grünanlagen und Alleen
- _ soziale Gesichtspunkte/Drittmix noch weniger Thema, aber auch historische Gründe: Privatisierung Landesbetrieb Krankenhäuser; bei sozialer Nachhaltigkeit „sicherlich klitzekleines Fragezeichen“ - aber dabei Umfeld betrachten: Klientel des Quartiers 21 gab es dort vorher nicht, „gefällt Ihnen jetzt wahrscheinlich auch wieder nicht“ - aber dadurch Stabilisierung des Gebietes
- _ „ausgezeichnete Architekturbeispiele“, „extrem behutsame architektonische Antworten auf den Umgang mit Denkmälern [...] positives Beispiel für die Umnutzung von Bestandsquartieren“

Würden Sie noch etwas heute anders machen?

- _ „wie das inzwischen Standard ist“: Klima-/Mobilitätsthema, heute immer im Vorfeld der Konzeption betrachtet
- _ aber im denkmalgeschützten Bestand Klimaschutzmaßnahmen am Gebäude „eher wenig Spielraum“
- _ Ansätze aus anderen Projekten: „den Energieansatz quartiersbezogen oder in einer größeren Nachbarschaft zu betrachten“ (Wärme von gewerbl. Nutzern in der Umgebung o.ä.) macht man heute mehr; aber auch wegen des Verkaufs eines Grundstücks des Landesbetriebs Krankenhäuser an Private

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

Nutzungskonzept

- _ „das ist Handwerkszeug des Stadtplaners und Architekten“: abhängig vom Umfeld/Rahmenbedingungen

Warum diese Nutzungen?

- _ „die Orientierung an einem bestehenden Quartier“, „das Weiterbauen eines Stücks Stadt“
- _ Überzeugung von Nutzungsmischung als Stadt der kurzen Wege
- _ volkswirtschaftliche Gesichtspunkte: gute Kombination aus Wohnen, Gewerbe, Nahversorgung, Grün

- _ Andere soziale/gemeinschaftliche Nutzungen außer Kita?

- _ Für Quartiersbewohner Gemeinschaftsräume, nicht für Öffentlichkeit, keine weiteren sozialen Einrichtungen

- _ aber im Umfeld durch Sanierungsgebiet und Stadterneuerung Strukturen vorhanden; Kirchengemeinden

Wurden mehr soziale/gemeinschaftliche Nutzungen mal in Betracht gezogen?

- _ „Zu dem Zeitpunkt nicht“, kein Bedarf vorhanden, Barmbek ist „relativ gut aufgestellt mit Kinder- und Jugendangeboten“ - Senioren waren damals noch nicht so im Fokus, die werden aber von der SAGA gegenüber z.B. berücksichtigt (LeNa) - eher eigentümerinduzierte Programme

Nachbarschaftsverein

- _ „Privatinitiative des Entwicklers“

- _ Viele Verflechtungen im Quartier 21: Nutzung der Freiflächen, gemeinsame Tiefgaragen, alles als WEG (Vieles funktioniert nach Wohnungseigentumsrecht)

- _ dort muss man eine Organisation finden, die das regelt; Hausverwaltung bei so vielen Parteien reicht i.d.R. nicht aus

- _ Idee für Verein, weil: Community-Gedanke & notwendige Abstimmungen, „die man in so riesigen Wohnungseigentumsgemeinschaften hat“ über diese „Vereinskonstruktion“ lösen

- _ Was der Verein macht, ist ihm nicht bekannt - außer Beschwerden über Parkplatzsituationen im Bezirksamt

Veranstaltungen auf dem Gelände

- _ „Nicht mehr oder weniger als andere Quartiere“
- _ alles ist öffentlich zugänglich

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

Versiegelungen

Inwiefern ist die zusätzliche Versiegelung richtig?

- _ „Das einzige Richtige, was Stadtplaner tun können, ist Infrastruktur, die es gibt, noch besser auszunutzen - und das passiert mit solchen Verdichtungsprojekten“

- _ unter globalen Gesichtspunkten ist das Weiterbauen von Städten, statt auf grüner Fläche zu bauen, sinnvoll - und damit das bessere Ausnutzen von Orten, die es schon gibt

Gehwege mit wasser- und luftdurchlässigem Aufbau?

- _ „Das, was sie als versiegelt empfinden, ist an vielen Orten wassergebundene Decke, durch die das Regenwasser versickern kann“ - „Es gibt bestimmte Regularien, wie Gehwege in der Freien und Hansestadt auszusehen haben, und die sind halt eingehalten. Alles, was eben nicht aus rechtlicher Sicht als Geh- oder Fahrbahn gilt, ist mit diesem Glensanda“ (Kies-Sand-Gemisch, wasserdurchlässig)

Weitere Gebäudekörper aus Wettbewerbsergebnis, warum nicht realisiert?

- _ Erhalt Grünflächen war wichtig, aus mehreren Gründen: historischer Krankenhauspark/Denkmalschutz, der auch Grünflächen umfasst; Baumerhalt; „Aushandeln zwischen optimaler wirtschaftlicher Ausnutzung, aber auch städtebaulich-landschaftsplanerisch-denkmalschutzbezogenen klugen Konzept“

Warum Teile des Bestandes abgerissen?

- _ „so gravierende Schäden im Mauerwerk oder in Baukonstruktion, dass Sie die nicht erhalten können“ - oder zu hoher Aufwand aus wirtschaftlicher Sicht
- _ enge Abstimmung mit Denkmalschutz: „geguckt, was unbedingt erhalten werden muss“ (Großteil der Gebäude) und was „nicht mehr erhaltensfähig ist“
- _ auch Asbest verseuchte Gebäude (saniert in den 50er/60ern), die kann man nicht wirtschaftlich sanieren
- _ wenn Gebäude nicht zu erhalten sind: im Denkmal oder „Erhaltungszusammenhang“ Notwendigkeit, dass ein Eigentümer nachweist, dass der Erhalt wirtschaftlich nicht zumutbar ist

Ökologische Baustoffe in den Neubauten?

- _ Nicht bekannt

Wohnflächen pro Kopf?

- _ überdurchschnittlich ggü. Hamburger Durchschnitt

Verkehr

Stellplätze im öffentlichen Raum dort sinnvoll?

- _ „Die eine Frage ist, was ich oder wir Stadtplaner sinnvoll erachten - die andere Frage ist, was nach Hamburger Recht erforderlich ist.“
- _ Recht erfordert 15-20% der Stellplätze für Besucher im öffentlichen Raum
- _ Es müssen bei Neubauprojekten immer Anteile der Stell-

plätze im öffentlichen Raum geplant werden

- _ „Ob wir beide das für sinnvoll erachten, ist eine andere Diskussion“
- _ viele Menschen, „die nicht so fortschrittlich sind wie Sie“ fordern das auch ein

Festsetzung der Dichte

Würden Sie dies heute genauso machen?

- _ „Das kann man pauschal nicht beantworten. Festsetzungen im Bebauungsplan ergeben sich aus städtebaulichen Konzepten, das sind keine Dinge, die man vom Himmel herunter entscheidet. [...] Wir setzen die GFZs und die GRZs, die sich an dem Ort, an dem wir ein Projekt machen, begründen.“
- _ grundsätzlich neuerdings Ausreizen der gesetzlichen Indizes („absolut überholt“) über städtebauliche Begründung
- _ Grenzen ergeben sich durch die Nachbarschaft/Kontext/Einfügungsverträglichkeit & durch „nachbarlichen Belangen“ - bei Intervention immer Widerstände, „Veränderung ist des Hamburgers größter Feind“, Initiativen etc., „natürlich, wir brauchen alle Wohnungsbau, aber doch nicht bei uns“
- _ deswegen komplizierte Diskussion

Genügt das Quartier 21 zukünftigen Ansprüchen?

- _ „Es gibt selten ein Projekt, das unter Abwägung aller Pro- und Kontra-Belange so gelungen ist, weil es richtig guten Städtebau mit richtig guten Freiraumkonzepten kombiniert und nachhaltig eine Struktur erhält“, die auf historischem Krankenhausbau basiert und die Struktur der Stadt prägt

Stärkung der Stadt als Gemeinschafts- statt kommerziellen Touristikorts

Gemeinschaftsort?

- _ „Öffentliche Räume sind nur dann Gemeinschaftsorte, wenn es dafür eine Gemeinschaft gibt“
- _ Am Hartzloh ist es deutlich lebendiger als im Quartier 21, „Klientel, die nicht das Bedürfnis hat, sich im öffentlichen Raum zu produzieren, wenn nur sehr untergeordnet“, Sommerfest o.ä. vorhanden - die Menschen treffen sich vermutlich in eigenen Räumlichkeiten
- _ Umgestaltung Hartzloh mit Café, Markt etc.: gut funktioniert und „nur möglich durch so ein Projekt wie das Quartier 21“, der Bereich ist sehr gut angenommen

zentrale Grünfläche im privaten Eigentum mit Regeln

- _ Beurteilung?
- _ „Neutral“: Erkenntnis „in mühevoller Arbeit“: „Die öffentliche Hand ist nicht in der Lage, bestimmte Räume zu unterhalten“, wenig Geld für Unterhaltung öffentlicher Räume
- _ Fläche ist unterbaut von Tiefgarage - dann „scheut sich die öffentliche Hand, den zu übernehmen“ (Tiefgarage unter Platz bei Bezirksamt Sonderfall durch Public Private Partnership - das war im Quartier 21 nicht möglich)
- _ „üppigste Versorgung mit Grün im gesamten Umfeld“: Stadtpark und andere Grünflächen - „nach der Freiraumanalyse kein Bedarf für öffentliche Grünfläche“

Zwei Straßenräume und Platz mit Aufenthaltscharakter

- _ „Das ist völlig in die Hose gegangen“, Unterschied, was Stadtplaner wollen und Tiefbauer planen; „gescheiterter Versuch einer Umgestaltung des öffentlichen Raums, weil man anerkennen muss, dass Mobilitätsbedürfnisse und das Verkehrsverhalten vieler Menschen in der Stadt anders ist als das, das sich die Stadtplaner so wünschen“
- _ „Wenn sie mich fragen, dann würde ich überhaupt keinen Bedarf für öffentliche Stellplätze sehen, sondern das gehört alles privatisiert und der öffentliche Raum gehört allen“ - aber Regularien und Mobilitätsverhalten, „und das werden wir aus unserem täglichen Handeln nur sehr schwer verändern, wir versuchen's... [...] mühevoller kleine Prozesse, wo wir versuchen, ein Bewusstsein herzustellen, dass die Flächen da draußen für mehr sind als nur das Abstellen von Blech, aber das ist ein mühevoller gesamtgesellschaftlicher Prozess, das kriegen sie mit Stadtplanung kaum in Griff“
- _ „Das ist in dem Fall genau das Problem“
- _ Mit bestimmten Einkommenslevel 2-4 Fahrzeuge/Haushalt
- _ Allmählich Erkenntnis, „dass es so nicht mehr weitergehen kann“/sind für Klimaschutz - aber eigenes Verhalten anders
- _ Spannungsfeld zwischen Meinung der Stadtplanern und wenigen Bürgern - und vielen, die auf ihrem Auto bestehen
- _ „Da muss man ein bisschen einen langen Atem haben, wenn man etwas verändern will. Das sehe ich allerdings noch nicht“ - steigende Zulassungszahlen, größere Autos (Stellplätze sollen größer werden)

_ viele Widersprüche

Prozess

- _ Bürgerbeteiligung klassisch nach BauGB, ohne Zusatz-Beteiligung
- _ wesentliche Veränderungen?
- _ einige Eigentümer in den Gründerzeithäusern an der Fuhlsbüttler Straße, „die haben dem Projektentwickler das Leben schwer gemacht“ (NIMBY), keine fachlich-inhaltlichen Themen
- _ Ansonsten waren alle dafür, „weil das eine sinnvolle Weiterentwicklung der Stadt ist“

Abschluss

Zielsetzung Wohnungsbau - sinnvoll?

- _ „Das ist Senatspolitik. Ob ich das sinnvoll finde oder nicht, das habe ich umzusetzen.“
- _ Bevölkerungsprognose, Senatsprogramme binden die Verwaltung
- _ „Die Menschen kommen ja, man kann jetzt keinen Zaun um Hamburg bauen“ - da muss man sich fragen, wie geht man damit um
- _ Solange Eigentumsgarantie aus GG vorhanden und Vorschrift für z.B. 20m²/Person nicht möglich, muss man damit umgehen und andere Wege finden

Ideen für Wohnfläche/Kopf zu verkleinern, wie Beratung oder Förderung von Wohnungsteilungen - Beurteilung?

- _ „ich glaube, sie überschätzen ein bisschen die Möglichkeiten der öffentlichen Verwaltung.“
- _ „ist ein probates Mittel, aber dafür braucht es andere Institutionen, die das Beratungs-Know-How und die Zeit und die Ressourcen haben“
- _ Möglichkeiten im Rahmen der Verwaltung („wir sind schon glücklich, wenn ...“): bei großen Projekten auf städt. Flächen, Kommunikation mit städt. Playern wie SAGA oder Genossenschaften - mit dem Ziel, bei Sanierung die Menschen im vertrauten Wohnumfeld zu belassen, z.B. über alternative Wohnformen, das wird forciert vom Sozialraummanagement - aber nicht auf der Ebene des BauGB in der Stadtplanung, sondern nur Anregungen möglich, einige Bestandshalter sind da auch sehr offen
- _ Problem demograph. Wandel mit älteren Menschen auf großer Wohnfläche: „Sie kriegen relativ schwer Menschen davon überzeugt, sich zu verkleinern oder zu ver-

schlechtern“, bei Unterstützungsbedarf der alten Menschen eher möglich

- Gesellschaftssystem, „das noch anders ausgelegt ist als das, was Sie sich als Thema vornehmen. Das ist nichts, was man forcieren kann.“
- Forderung nach weniger Wohnfläche überall vorhanden, aber niemand macht es tatsächlich, „weil das System anders funktioniert“
- „Wir sind halt keine Kommunengesellschaft. Sozialismus ist aus vielen Gründen gescheitert. Die Gründe liegen alle auf der Hand.“
- Ansätze bei Baugemeinschaften vorhanden: dort Bewusstsein stärker verankert
- „Vielleicht schafft Ihre Generation das, glaub ich aber nicht. Da müssen Sie Alliierte finden, wie man das umgesetzt bekommt. Also ich sehe das im Moment noch nicht.“

Sonstige Schlussbemerkungen

- „sehr akademisches Thema. Ich würde Ihnen wünschen, dass Sie das so propagieren, dass es eine Diskussion zu dem Thema gibt, weil die gibt es glaub ich noch nicht.“
- Diskussion mit BUND - „Netto-Null ist zu viel gewollt“ - „Wir haben weder die Instrumente noch eine Gesellschaftsform, in der das wirklich funktioniert. Entweder Sie machen das wirklich radikal, dann machen Sie aber eine Revolution, weil nur so wird sich was verändern. Und dieses Sanfte, Zarte wird keine wesentliche Veränderung bringen. Das ist so meine Befürchtung und mein Frust mit der Diskussion um Stadtplanung. Es gibt wenige grundlegende Bereitschaft.“
- „Zukunft in der Welt liegt in den Städten.“

Interview Jonna Schmoock, Bezirksamt Altona

23.07.2019 | 14.00 – 15.0 Uhr | Bezirksamt Altona

Aufnahme und namentliche Nennung in der Arbeit zugelassen

Einstieg

- Jonna Schmoock, stellvertretende Abteilungsleitung Integrierte Stadtteilentwicklung, Bezirksamt Altona; zuständig für Altona-Altstadt und andere Gebiete

Verständnis Postwachstum

- Postwachstum: kein Begriff, mit dem gearbeitet wird;

wissenschaftliche Debatte

- Erläuterung meines Verständnisses von Postwachstum

Spontane Erläuterungen dazu

- Herkunft Soziale Stadt: Mitte der 1990er, Grundthese: in benachteiligten Gebieten Menschen dazu bringen, sich für die eigene Nachbarschaft einzusetzen - „dann großes Stück an Zusammenhalt gewonnen“; alles andere ist Beiwerk; „wenn man über Fußabdrücke nachdenkt, dann ist dieses Nachdenken häufig ein Nachdenken von Menschen, die es sich leisten können, darüber nachzudenken“; in der Sozialen Stadt werden die Menschen von der Entwicklung eher abgeschnitten

Allgemeines

Erfolgreiches Projekt?

- „Frage, aus welcher Perspektive könnte es erfolgreich sein“
- das größte zusammenhängende Soziale-Stadt-Gebiet in Hamburg ohne Schwerpunktsetzung (nur Billstedt-Horn größer, aber mit Handlungsschwerpunkten); knapp 30.000 Einwohner; sehr heterogener Stadtteil
- „Frage, wie schaffe ich es, Menschen zu begeistern, sich einzusetzen für ihre Nachbarschaften?“ - innerstädtisch schwieriger als am Stadtrand, weil innerstädtisch sehr viele Möglichkeiten für Engagement vorhanden sind
- insgesamt „spannende Erfahrung und was den Erfolg angeht, der muss sich jetzt weisen“
- Gebietsentwickler ist draußen, seit 2 Jahren ein selbst organisiertes Stadtteilforum, „bislang läuft es recht gut, aber ich glaube, da steht's an so einem Scheidepunkt, ob es langfristig funktioniert“ - „wäre für mich ein Indikator, um Erfolg zu messen, wenn so ein Gremium selbst organisiert überdauert“
- abgesehen davon Frage der Handlungsfelder, ob das Projekt erfolgreich ist
- Grünzug nicht bebaut und bleibt „nach den Beschlüssen der Bezirksversammlung auch unangetastet“ - ist ein Erfolg; ab dem nächsten Jahr Instandsetzung des restlichen Grünzugs
- Projekte, die auf die Nachbarschaft ausgerichtet sind: Bildungshaus Thadenstraße, Gählerhütte, „das sind auch richtig große Erfolge, weil das im Kleinen sehr nachhaltig wirkt“ - Infrastrukturen/Ressourcen, die sich jetzt selbst tragen
- Große Bergstraße: schafft „einen Stadtteil mit einer Infra-

struktur“, vorher war Einkaufen ein Problem (Nahversorger an der Großen Bergstraße und an der Holstenstraße noch nicht vorhanden)

- _ „Bilanz insgesamt wird am Ende des Tages positiv ausfallen, mit kleinen Einschränkungen“

Verdrängung?

- _ „Ich mag keine simplen Fragen“
- _ 30.000 Einwohner, heterogener Stadtteil/Siedlungsstruktur (Gründerzeit Wohlersallee „schon immer verdrängend“ bis Gebiet um die Amundsenstraße mit Kleinstwohnungen) - „Verdrängung ist nicht die Frage“, wachsende Einwohnerzahlen, „aber ich sehe bei dieser Entwicklung nicht, dass es Fortzüge gibt“ (aus finanziellen Gründen)
- _ soziale Erhaltungsverordnung

Würden Sie heute irgendwas anders machen?

- _ Nein
- _ Erläuterung, was sie im Projekt machen: „wir steuern, wir gewinnen Menschen, wenn wir Maßnahmen umsetzen, wir unterstützen Menschen dabei, aus guten Ideen Projekte zu machen. Aber wir sind nicht selber Projektträger.“
- _ Das, was man machen kann, hängt immer von diesen Akteuren ab - „ist also immer eine Momentaufnahme“

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

- _ Grundsätzliche Unterstützung dieser Initiativen durch Soziale Stadt
- _ „Man muss unterscheiden zwischen Projekten, die überall stattfinden können, wie Repair-Café“ und denen mit Ortsbezug/Nachbarschaftsbezug - ohne Ortsbezug ist das nicht unbedingt ein Soziale-Stadt-Projekt
- _ Repair-Café unterstützt durch den Stadtteilrat, unterstützt durch den Verfügungsfonds
- _ „Die Frage, wo ist der Ortsbezug, ist einem Sozialen-Stadt-Gebiet immanent wichtig“, „die Bezüge in die Nachbarschaft hinein sind sozusagen das höchste Gut“
- _ Suttnerpark-Initiative: im Moment ein „bisschen eingeschlafen“, das ist eine nachbarschaftliche Initiative, gerichtet an die Anwohner dieser Grünfläche
- _ Gählerhaus: auch nachbarschaftliche Initiative, kann nur durch Menschen, die in Altona-Altstadt wohnen, angemietet werden, für Kindergeburtstage o.ä.

- _ Bildungshaus Thadenstraße: auch sehr nachbarschaftlich

Bertha-von-Suttnerpark: was machte die?

- _ Initiative gründete sich, als das Grün noch ganz anders aussah und auch gegenüberliegende Bebauung noch nicht vorhanden; eher Durchgangsgrün als Park; Anwohner wollten das Grün für ihre Aktivitäten nutzen, Urban Gardening kam da gerade auf, sind in den Stadtteilbeirat gegangen und haben einen Antrag an den Verfügungsfonds gestellt und sich mit dem Stadtgrün (MR) zusammengetan; Treffpunkt, nachbarschaftliches Gärtnern, gemeinsame Abende

Verfügungsfonds: andere Projekte darüber finanziert aus dem Kontext?

- _ Ja, manchmal sehr kleine (z.B. zahlreiche Parkbänke im Hof)

Bildungshaus Thadenstraße: Beispiele, wofür die Räumlichkeiten genutzt werden?

- _ fest genutzt durch Tagesgruppe, auch Grundfinanzierung; Hilfen zur Erziehung; dieses Angebot findet immer statt
- _ Beratung für Eltern
- _ Anmietung eines Raumes: Geburtstag o.ä.
- _ durch die Grundabsicherung über Tagesgruppe möglich, diese multifunktionalen Räume zu nutzen
- _ Anmietung gegen Unkostenbeteiligung
- _ Kein Haus mit Angeboten, lebt von Eigeninitiative, wenn Menschen ihre Idee umsetzen wollen (Unterschied zu Haus Drei: professionelle Mitarbeiter, Zuwendung durch Stadt Hamburg, Angebote für Stadtteilkultur)

Haus Drei: was findet über die Projektbörse statt?

- _ Eher „kleinere Geschichten“, in der Projektbörse auch Grundeigentümer und Vermieter und Organisationen, „Das klingt klein, finde ich aber extrem wichtig“
- _ vor Projekt: viele Institutionen vor Ort mit Angeboten etc., aber niemand weiß etwas über die Nachbarschaft - deswegen „sind solche Projekte super“

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit ökolog. Bilanz?

- _ Nicht möglich
- _ „wir versiegeln i.d.R. auch keine Flächen“, z.B. wo heute Bildungshaus ist - vorher Schulpavillon
- _ „Der Fußabdruck ist ein äußerst geringer, wenn es überhaupt ein zusätzlicher Fußabdruck ist“, innerstädtischer Bereich mit rarer Fläche
- _ in Altona-Altstadt nicht ein Projekt, das einen neuen Fußabdruck (im Sinne von Versiegelung) geschaffen hat - eher Entsiegelung durch Maßnahmen im öffentlichen Grün und Hinterhöfen
- _ Entsiegelt beispielsweise in Hexenberg-Siedlung (SAGA-Siedlung Richtung Fischmarkt): Wohnumfeldmaßnahmen, vorher „elendige Pflasterfläche“ - jetzt wesentlich mehr Grün

Anstieg Wohnfläche pro Kopf

- _ 35,1m²: „keine bombastische Wohnfläche pro Kopf“
- _ starker Anstieg v.a., weil „Altona-Altstadt z.T. von sehr wenig kommt“, Bsp. Amundsensiedlung mit Kleinstwohnungen mit i.d.R. Familien
- _ riesige Wohnungen werden nicht gebaut
- _ Familienfreundlichkeit als Ziel im Gebiet; größere Wohnungen waren ein Ziel, weil es dort so viele sehr kleine gibt und Menschen in der Familiengründung dann i.d.R. wegziehen müssen
- _ kein Kontext von Gentrifizierung

Stärkung der Stadt als Gemeinschafts- statt kommerziellen Touristikorts

- _ Maßnahmen in Grünräumen - wurden dadurch jetzt mehr Gemeinschaftsorte geschaffen?
- _ nicht die Gesamtfläche an Grün erhöht, sondern „nutzbarer“ gemacht für „Treffpunkte und Nutzungsmöglichkeiten“; nun auch für südlichen Grünzug
- _ „Der öffentliche Raum an sich, wenn er denn dann Aufenthalt und Treffpunktmöglichkeiten bietet, dann hat er einen riesigen Beitrag zu der Frage, wie geht man miteinander um. Wer sich kennt, geht gut miteinander gut. Wer sich nicht kennt, begegnet einander u.U. mit Missständen.“
- _ Die Orte, die da sind, sind nutzbarer geworden

Beispiele für bessere Aufenthaltsmöglichkeiten?

- _ Abschnitt Grünzug zwischen Thadenstraße und Unzerstraße: „wunderschönes Beispiel“, „absolut belebte Fläche, in der sich unterschiedlichste Menschen auch

unterschiedlichsten Alters aufhalten“; Skaterbahn zusammen mit Skatevereinigung Hamburg entstanden; alles mit Beteiligung

- _ Südlicher Grünzug: Beteiligung für die grundsätzlichen Funktionen ist abgeschlossen, nach den Sommerferien noch Thema Gestaltung

Nutzung der Grünflächen z.T. kritisiert, z.B. Sommer in Altona

- _ „schwierige Nutzungssituation“ dieser Fläche - deswegen Entscheidung von Bezirksversammlung für Kulturzelt für „soziale Belebung“; schwierige Situation z.B. an Abbau des Spielplatzes erkennbar; sehr viel Wohnen im Park, auch sehr organisiert, „mit allen unangenehmen Begleiterscheinungen“; mäandernde schwierige Drogenszene, „die mal hineindrückt und mal nicht“, Wechselbeziehung Reeperbahn
- _ Gedanke war, den Ort durch Belebung sicherer zu machen - „absolut richtiger“ Gedanke, jahrelang europaweit erprobt
- _ Problem mit Zelt: Musikveranstaltungen, Bebauung sehr nah dran - Belastung durch Fischmarkt, Touristen, Kiez, Veranstaltungen wie Schlagermove o.ä. - hoher Druck vorhanden, „und dann kommt eine Veranstaltung oben drauf, die Lärm verursacht“ - „nachvollziehbar, dass das für Anwohner schwierig ist“
- _ momentan Suche nach einem geeigneteren Standort - „wir werden's sehen“

Wohlers Park: Projektgarten

- _ „Das habe ich mit Verwunderung gelesen“, Gartendenkmal, abgestimmtes denkmalpflegerisches Konzept für die Wiedererkennung der ursprünglichen Pläne - Balanceakt zwischen Nutzung (inkl. Abnutzung) und Gartendenkmal; deswegen kein Urban Gardening Projekt dort
- _ Fläche beim Kebab-Bunker: wird von den Kebab-Leuten bereits als Urban Gardening Fläche genutzt; die Erweiterung ist evtl. geplant
- _ Fläche Wohlers Park wurde 2017 von der Stadt gekauft - warum?
- _ war Kirchenfläche, Überlassungsvertrag zwischen Kirche und Stadt - der nächste Schritt (Kauf durch die Stadt) ist naheliegend, ihn zu einem öffentlichen Park zu machen; diese Situation war auch faktisch vorher schon so gegeben

Spielplatz Esmarchstraße

- _ Zugänglichkeit des Spielplatzes (SAGA-Fläche) war schon vorher vertraglich geregelt, war schon immer öffentlicher Spielplatz
- _ mit Baugenehmigung verpflichtet sich jeder Grundeigentümer nach HBauO zu Fläche für Kinderspiel; um „Katastrophe mit Sandkiste und Wackeldackeltierchen“ zu vermeiden, vertragliche Regelung: Eigentümer SAGA stellt Fläche und beteiligt sich an den Kosten, Zugänglichkeit für Öffentlichkeit; statt Fläche für Kinderspiel können sich Eigentümer auch „freikaufen“ - Geld wird dann beim Stadtgrün verwendet
- _ Spielplatz an der Esmarchstraße (öffentlicher Spielplatz auf privatem Grund) ist schon lang so geregelt

andere Maßnahmen im öffentlichen Raum?

- _ Platz vor Bezirksamt: Bau eines Kreisels, Platz wird weniger versiegelt, aber auch Veranstaltungsfläche
- _ Straßenabschnitt Louise-Schröder-Straße bei Grünzug: Straße reduzieren
- _ Bereich Kirchstraße: im Zusammenhang mit Bauvorhaben dort Straßenraum neu sortieren (von Hauskante zu Hauskante)

Prozess

Bürgerbeteiligung erfolgreich?

- _ „super erfolgreich sind die Beteiligungsprozesse für alle Grünmaßnahmen“ (privates oder öffentliches), mit ganzen Schulklassen/Kindergärten, hohe Nutzungsakzeptanz und Respekt vor der Neuanlage und damit Lebensdauer; Beteiligungsverfahren, die konkret auf einen Raum bezogen sind, sind „super“
- _ „herausfordernder“ ist eine „regelmäßige Beteiligung“, z.B. Beirat, dass ein Bürger dort lange hinget, damit mehr als nur Organisationen etc. da sind; im innerstädtischen Raum nochmal schwieriger - im Vorort mehr soziale Funktion im Beirat; soziale Funktion wächst auch in der inneren Stadt
- _ „Wenn wir Grün planen, geht keine Maßnahme in die Umsetzung, ohne dass wir gesagt haben ‚das ist es‘“ - „Da wird so lange verhandelt, bis alle glücklich sind“ - ungewöhnlich für Beteiligung
- _ offene Kommunikation sehr wichtig für Akzeptanz

Abschluss

Stadtentwicklung über Baumaßnahmen vs. Kommuni-

kation

- _ in dieser Stadt fehlen Wohnungen - über gute Nachbarschaft kann man dieses Problem nicht lösen
- _ Frage der Beteiligung, wann man beteiligt - bei kleinen Projekten macht das niemand; Projekte wie Mitte Altona ganz anders
- _ einen kleinen Investor kann man nicht zu Beteiligung zwingen; bei größeren findet Beteiligung automatisch statt

Interview Birgit Ferber, BSW

26.07.2019 | 09.30 – 10.30 | Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Aufnahme und namentliche Nennung in der Arbeit zugelassen | Vereinbarung der Autorisierung der Zitate, die in der Arbeit auftauchen

Einstieg

- _ Birgit Ferber, Leitung Projektgruppe Planung Mitte Altona seit Januar 2016, vorher Projektgruppe HafenCity und Arbeitsgruppe Olympia, Städtebaureferendariat, vorher Architekturstudium

Verständnis Postwachstum

- _ Postwachstum nur ganz allgemein ein Begriff, in Bezug auf Stadtentwicklung eher Begriff Nachhaltigkeit
- _ Erläuterung meines Verständnisses von Postwachstum

Allgemeines

Erfolgreiches Projekt?

- _ abhängig von den Zielen - das Ziel war v.a. 1.600 WE in kurzer Zeit, politisches Ziel wegen Mangel an Wohnungen, v.a. in attraktiven Lagen - dieses Ziel ist erreicht
- _ mit städtebaulichem Vertrag Perspektive bis 2024, nun aber tatsächlich bis Ende 2020 alle Wohnungen vermutlich fertig, nur Stadtteilschule später eröffnet - hier also sogar „besser, als man sich vorgenommen hat“
- _ „gelungenes Projekt“, Anspruch ein „normales Wohnquartier zu sein“ - Wohnungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Park auch für Nachbarschaft (Freiraummangel dort)
- _ Themen, „die hatten nicht so eine Priorität“: höhere Nutzungsmischung - aber Große Bergstraße und Ottensen bietet dort auch viel
- _ besonders schön Güterhof und Kleiderkasse: „dass man es geschafft hat, wenige Strukturen, die an die Ge-

- schichte erinnern, zu erhalten“; auch das Stahlgerüst - kostet die Stadt viel Geld
- „Das ist schön, ich denke nur, man hätte da insgesamt noch mehr machen können“
- v.a. bei Kleiderkasse: „Da kommt Büronutzung in das Obergeschoss, das ist eigentlich ein bisschen schade“ - „wo das Gebäude mit seiner Geschichte und seiner Funktion nicht so gut zusammenpasst“
- „lebenswertes Quartier, was sich gut in die Umgebung einfügt“
- Thema Dichte: Hauptkritikpunkt, ist ähnlich wie Umfeld; „eher eine persönliche Entscheidung“, ob man so wohnen möchte oder nicht

Bewertung aus Nachhaltigkeitsperspektive

- Konversionsprojekt auf Brachfläche „mitten in der Stadt“, „per se nachhaltiger Ansatz“
- Stadt der kurzen Wege: mit Infrastrukturen
- Energieversorgung/erneuerbare Energien: nicht im Fokus, „ganz normaler Standard“ entsprechend der Förderrichtlinien/ENEV - „kein besonderer Anspruch“, Gründe dafür: Privatinvestoren & Wunsch, schnell Wohnungen zu bauen
- Es wurde zwischen verschiedenen Themen eine Auswahl getroffen, ob sie im Fokus stehen sollen: Mobilität und Inklusion z.B. schon; Energie nicht, das kann man kritisieren
- an einigen Stellen Solarenergie auf den Dächern, aber kein Fokus
- ansonsten „ganz normal an Fernwärme angeschlossen“ entsprechend der Vorgaben für Fernwärme
- Rückhaltung im Park für Starkregen, an dieser Stelle schon Pilotprojekt

Bereitstellung von Flächen für sowie Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen

Nutzungskonzept

- Wohnen im Vordergrund
- im EG entlang der großen Straßen und um die Plätze: Festsetzungen im B-Plan für höhere Sockelzonen und gewerbliche Nutzungen - zur Belebung
- Annahme, dass es in allen Straßen nicht funktionieren würde
- Verladehof: gewerbliche Nutzung bei Erhalt des Hofes; dort kommt auch die Nahversorgung hin
-

Vermietung der Flächen

- „sehr projektbezogen“, bei fertiggestellten Gebäuden schon einige Nutzer feststehend (beispielsweise Circus Mignon mit Volksküche, Quartiersbüro) - aber auch einige noch nicht: Gebäude noch nicht fertiggestellt, suchen noch Nutzer, „die können ja nicht früher als ein halbes Jahr, bevor das Gebäude fertiggestellt ist, vermieten“
- „die Nachfrage ist gut“
- Verladehof: Edeka, dm, Naturland (Bioladen von Edeka) - Eröffnung im Herbst; Kieser, Boesner, Gewerbebetriebe, die schon vorher da waren und andere; gedeckelte Mieten; Verladehof ist komplett vermietet
- Kleingewerbe dort:
- „Die, die schon da sind“, Tischlerbetrieb, „Glück hängt an den Bäumen“ (machen Säfte); ganz unterschiedlich
- Stadt ist nicht der Vermieter, sondern aurelis; im Vertrag ist nur die gedeckelte Gewerbemiete vorgeschrieben

Kleiderkasse Nutzungen

- zur Parkseite im EG Café, sonstiges EG Kita (schon eröffnet)
- „Das ist ja in Ordnung, das ist eine schöne Nutzung. Aber man hätte sich eben ... da wollte auch mal ein Sportverein rein, die konnten sich die Mieten aber nicht leisten, das ist ein bisschen schade“

Räume zum Treffen der Nachbarschaft

- „Gibt es ganz viele“
- Mobilitätsstation, dort hat BSW einen Quartiersraum mitfinanziert: buchbar über Quartiersmanagement, Platz für 30 Menschen, Bestuhlung etc. möglich, „wird auch gut genutzt“
- viele Baugemeinschaften: Auflage, dass dort Gemeinschaftsräume vorgesehen werden müssen, die auch für andere geöffnet sind
- mit Stadtteilschule noch mehr Möglichkeiten

andere gemeinschaftliche Projekte?

- wird sich entwickeln
- Quartiersmanagement: Nachbarschaftstreff/Nachbarschaftsforen, Flohmärkte veranstaltet; Repair-Café war eine Idee, ob sich das entwickelt, vielleicht im Quartiersraum Tauschbörsen - das wird sich, wenn der Stadtteil fertig ist entwickeln, zusammen mit der privilegierten Situation mit dem Quartiersmanagement
- Mobilitätskonzept, gesteuert durch die Stadt: Carsharing

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie Einschränkung des Wunsches nach Bevölkerungswachstum über Flächenverbrauch und Bautätigkeit

Versiegelung

- _ überall Tiefgaragen, aufgrund der Dichte und hohem städtebaulichen Anspruch sollte Parken keinen hohen Stellenwert einnehmen - deswegen sind alle Baufelder komplett mit Tiefgaragen unterbaut
- _ sehr hohe Versiegelung
- _ Park ist unversiegelt
- _ „keine extra Gründachstrategie“, nur das was in Hamburg vorgegeben ist
- _ insgesamt hoch verdichtet, stark versiegelt
- _ Hätte man da mehr machen können?
- _ Ja, mit einer Gründachstrategie
- _ beispielsweise in den Twieten nördlich des Parks?
- _ schwierig wegen der Rettungswege
- _ spannender Ansatz aus Kopenhagen, nördl. Neubaugebiet: „Investorenmeter“: vor den Häusern 1m Streifen gehört den Investoren, darauf soll Bepflanzung/Bänke - „Puffer zwischen Haus und Straße“ - „ziemlich schönes Motiv“, auch mit Entsiegelung
- _ bei kompakter Bauweise und Tiefgaragen insgesamt schwierig
- _ „Wenn man da nicht grundsätzlich anders rangeht, insbesondere was das Thema Auto angeht, dann kommt man aus der Versiegelung schlecht raus“

Bestandsgebäude: große Teile werden erhalten...

- _ „große Teile stimmt eigentlich nicht“
- _ Warum wurde sich bei anderen für den Abriss entschieden?
- _ man hat abgewogen: was sind prägende/bedeutende Gebäude? Denkmalschutz bewertete Denkmalschutzwürdigkeit
- _ „das waren auch nur Schuppen“, damit wäre ein Konzept wie im Oberhafen möglich gewesen - aber das Ziel war hier v.a., viele Wohnungen zu bauen - Ziel der kompakten Wohnungen stand dem Ziel des Erhalts niedriggeschossiger, in Bezug auf die Bausubstanz wenig wertvoller Gebäude gegenüber
- _ Dann nur „die Perlen“ herausgenommen, die erhalten wurden
- _ Nachträgliche Ergänzung per E-Mail: „Dies sind im 1. Bauabschnitt immerhin das Gebäude der Kleiderkassse, der Verladehof mit den gewerblich neu genutzten

Güterhallen und das „Stahlgerüst“ als Relikt der ehemaligen Umladehallen im öffentlichen Park.“

- _ in Diebsteich beispielsweise anderer Fokus: dort deutlich mehr Erhalt und Umnutzung

Ökologische Baustoffe?

- _ in dem Maß, was rechtlich notwendig ist, aber nicht darüber hinaus

Wohnfläche pro Kopf?

- _ durchschnittliche Wohnung 90m², wie viele Menschen dort wohnen, weiß man nicht - bei den 1.600 WE wird von 2 Bewohner/WE ausgegangen

Wie funktioniert die Mobilitätsstation?

- _ über das Quartiersmanagement
- _ Cambio macht das Carsharing (gab eine Ausschreibung): dort muss man Mitglied sein, kann dann auch die Lastenräder damit leihen, auch über das Quartiersmanagement (?), 1€/Stunde

Fahrradwegverbindung aus dem Gebiet heraus

- _ „sehr, sehr, sehr langfristige Themen“
- _ abhängig von der Realisierung des 2. BA (verzögert durch Baustopp, unklar, wann was da weitergeht): dort ist die Hauptradwegeverbindung in Richtung Elbe und Zentrum; vor 2026 wird der Bahnhof vermutlich nicht verlagert sein, vor 2030 wird Radwegeverbindung nicht realisiert sein
- _ am Holstenquartier: dort auch Park, 2026 Radwegeverbindung in Richtung S Holstenstraße fertig vermutlich
- _ Übergänge über die Bahnlinien: sehr schwierig, „da arbeiten wir in den nächsten 15 Jahren dran“
- _ Harkortstraßen: wird jetzt umgebaut, im Herbst südlicher Abschnitt, inkl. Fahrradstreifen
- _ Diebsteich: mit Planungen neue Fahrradkonzepte, bis 2030

Wohnen: genügt das den Ansprüchen der Zukunft?

- _ „das ist ein Wohnen wie im Rest der Stadt“, nach den modernsten Standards gebaut, aber „nichts Besonderes“
- _ Nachträgliche Ergänzung per E-Mail: „Einige Baugeinschaftsprojekte haben Sondergrundrisse.“
- _ gute Infrastruktur, zentrales Wohnen
- _

Stärkung der Stadt als Gemeinschafts- statt kommerziellen Touristikorts

Park

- _ Wettbewerbsergebnis Park wird so umgesetzt, Eröffnung Ende 2019, am 16. August Eröffnung Kinderspielplatz (weil die Kitas schon da sind, hoher Bedarf); Ausnahme Teil des Schulhofes unter Stahlgerüst - das kommt mit der Stadtteilschule zusammen, weil noch Baustellenrichtungsfläche benötigt wird, fertig dann 2021

Urban Gardening im Park

- _ auch unter Stahlgerüst [zeigt es in Zeitung], wie genau das aussieht noch unklar, macht der Bezirk, der auch den Park baut, da werden vermutlich mit dem Quartiersmanagement zusammen Konzepte entwickelt

sonstige Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger?

- _ „eigentlich nicht“
- _ wenn es Initiativen gäbe, möglicherweise in einzelnen Bereichen; aber der Park ist auch nicht so groß und soll für alle möglichen Nutzungen offen sein; „wir als Stadt haben auch die Aufgabe, ein bisschen aufzupassen, dass es nicht überall kleine Parzellen gibt und sich einzelne Gruppen Teile sichern und dann ist die Zugänglichkeit für die Mehrheit nicht mehr gewährleistet“, insbesondere da der Park nicht so groß ist und auch das Umfeld versorgen soll - „wenn das muss es einen Mehrwert haben für alle, wenn da was passiert“

Fußgängerzonen nördlich des Parks: mehr Möblierung o.ä.?

- _ Fläche für Feuerwehr - große Beschränkungen
- _ abgesehen von diesen Flächen auch Bänke geplant, auf den anderen Flächen „könnten Bewohnerinnen und Bewohner machen, was sie wollen, Bänke aufstellen, Urban Gardening und so weiter“ - muss nur immer mit den Feuerwehrflächen passen
- _ Werden diese Räume dann als Aufenthaltsqualität genutzt werden?
- _ Rückmeldung, dass das so ist; ist auch ihr Eindruck
- _ gerade viel Aufregung, weil diese zugeparkt wurden illegalerweise, Info mit den Fußgängerzonen und Parkverbot außerhalb der ausgewiesenen Stellplätze wurde nicht richtig gelesen (dort stehen Schilder) - deswegen neuer Flyer
- _ viele Menschen laufen dort entspannt

- _ wenn die Promenade fertig ist, wird der Raum v.a. gespielt werden
- _ „ich glaube schon, dass das ziemlich gut wird“
- _ „zumindest ist es ein Angebot“
- _ „wenn es jetzt heute noch nicht so lebendig ist, ist das, glaub ich, auch, was, was wachsen kann“
- _ dafür „haben wir wahnsinnig viel gekämpft“, Pilotprojekt aus der Sicht der Innenbehörde - muss in 3 Jahren evaluiert werden, ob das mit den Fußgängerzonen so funktioniert - Innenbehörde (zuständig für Verkehr) und Polizei wollten das nicht
- _ „aus unserer Sicht haben wir da sehr, sehr viel erreicht, dass wir da Aufenthaltsqualität anbieten können“
- _ „da ist jetzt die Frage, wie wird das von den Bewohnern angenommen“
- _ bisher aber positive Rückmeldung, auch vom Quartiersmanagement

Nutzungskonzepte für die Quartiersplätze

- _ [verweist auf Zeitung]
- _ Mariannenruh-Platz: Gastronomie/Bäcker/Circus Mignon - interessante Nutzungen im EG, die sich auch auf den Platz bespielen; auf dem Platz Spielgeräte eingestreut, „wirklich ein Quartiersplatz, wo man sich trifft, wo man ein bisschen abhängen kann, chillen kann und so“
- _ Platz der Arbeiterinnen: eher städtisch, auch für Markt (Flohmarkt, Wochenmarkt), mit wassergebundene Wegedecke, große Gastronomie
- _ Lille Torv: Stadtradstationen, hinsetzen
- _ alle drei sollen einen Quartiersplatzcharakter haben, mit Bänken, „zum nichtkommerziellen Aufenthalt“, immer mit Gastronomie

andere Veranstaltungen

- _ „das wird sich entwickeln“
- _ Nachbarschaftsfest soll es demnächst geben

Quartiersmanagement

- _ QM für Neubauprojekt ist neu; in HC anders (ziehen aber nach); das soll auch auf andere Neubauprojekte übertragen werden; „da ist Mitte Altona wirklich Vorzeigeprojekt“
- _ seit 1,5-2 Jahren arbeiten die dort - „ganz toll“, „das ist mehr als Planung, das ist mit Leben ausfüllen“
- _ nicht in Sanierungsgebiet wie klassisch, sondern Neubaugebiet, „das ist zukunftsweisend“
- _ „Ohr an den Menschen vor Ort“, kümmern sich profes-

sionell um Vernetzung, Sorgen anhören, überlegen was man verbessern kann; „Leute vor Ort, die die wirklichen Sorgen aufnehmen“, auch Evaluationen, z.B. von Mobilitätsthema; Betreiber der Mobilitätsstation, auch bei Umsetzung dabei; „also ohne wäre es wirklich richtig schwierig“

- _ Vorgeschrieben ist QM nur für 10 Jahre - was ist danach?
- _ im Auftrag Versteigungskonzept
- _ 3 Jahre Baustellenquartiersmanagement, jetzt 7 Jahre ProQuartier - nach 5,5 Jahren muss Versteigungskonzept erarbeitet werden (Verein o.ä.)

Ablauf der verschiedenen Baumaßnahmen

- _ dass erst viele Gebäude fertig sind vor dem Park nicht geplant - Gebäude sind schneller fertiggestellt als erwartet, Park war so schnell wie erwartet; 2 Baugemeinschaftsblöcke werden auch erst nächstes Jahr fertig

Eigentumsverhältnisse des Grundstücks

- _ „man muss es halt realistisch sehen“
- _ Stadt hat VU gemacht, durch Abwendungsvertrag (= städtebaulicher Vertrag) konnte sehr viel erreicht werden
- _ nach Gesetz darf man nur enteignen (damit städtebauliche Entwicklungsmaßnahme), wenn der Eigentümer nicht kooperationsbereit ist - war er aber; deswegen Enteignung nicht zulässig
- _ grundsätzlich aber „einfachere Entwicklung“, wenn die Fläche im Eigentum der Stadt ist (wie z.B. in HC)
- _ Was hätten Sie dann anders gemacht?
- _ Erschließungsthema: Aufwand für BSW, die Themen zu steuern, sehr hoch/schwierig, sehr hoher Koordinierungsaufwand
- _ „Man hat mit Partnern zu tun, die nicht mehr machen, als sie müssen“ - als Stadt kann man sich Änderungen noch während der Planungsphase überlegen; Private machen nur das aus dem städtebaulichen Vertrag; Qualitäten können dadurch im Prozess nicht mehr verbessert werden; z.B. Steinauswahl auf den öffentlichen Flächen, hätten hochwertiger sein können
- _ wenn Stadt selbst Eigentümer ist, mehr Spielraum
- _ Leuchte ausgewählt, bei Blendwirkung besonders fortschrittlich, mit einem Lichtbeirat gemeinsam entwickelt; da musste die Stadt nachfinanzieren
- _ Man muss beim städtebaulichen Vertrag schon alle Qualitäten durchgedacht haben - das ist schwierig; „Zu einem frühen Zeitpunkt, wo die Planung noch nicht durch

ist, muss man eigentlich schon alles definiert haben“

- _ Nachträgliche Ergänzung per E-Mail: „Die Schwierigkeit beim Abschluss eines städtebaulichen Vertrags besteht darin, dass zu einem frühen Zeitpunkt, wo die Planung noch nicht durch ist, man eigentlich schon alles definiert und durchdacht haben muss.“
- _ „Jeder Stadtplaner wird sagen, dass das die herrlichste Ausgangsposition ist“

Prozess

Bürgerbeteiligung erfolgreich?

- _ sie persönlich war bei Bürgerbeteiligungsprozessen nicht dabei, da vor 2016
- _ gab sehr viel Bürgerbeteiligung, sehr aufwendig
- _ die Hauptkritiker von damals ziehen heute häufig selbst ein; „Es gibt keine richtig harte Kritik mehr. Es ist eher so, dass alle sagen, es ist wirklich viel besser als wir dachten.“
- _ Bürgerbeteiligung wurde sehr ernst genommen, viele Fokusgruppen, bei Park auch Kinder- und Jugendbeteiligung zusammen mit Schulen; hat auch das Projekt inhaltlich besser gemacht
- _ ist jetzt auch Standard
- _ Bürgerbeteiligung war damals sehr konfrontativ
- _ Q8 (Inklusionsgremium) hat sich auch aus Bürgerbeteiligung gebildet; Prozess Mitte Altona wird begleitet durch Forum Eine Mitte für Alle - das waren Bürger während Beteiligungsphase, die das Thema Inklusion in Mitte Altona vorantreiben wollten; Q8/Stiftung Alsterdorf hat eine Projektstelle finanziert, seitdem wird die BSW begleitet durch das Forum, „das ist wirklich toll“, gibt immer Teamsitzungen auch mit ihr; z.B. neues Blindenleitsystem, alles zusammen mit Inklusionsgremium

Abschluss

Zielsetzung Wohnungsbau in Hamburg?

- _ Nachfrage in den hoch verdichteten Lagen ist da; Konversionsflächen, die dafür geeignet sind, zu bebauen, ist sinnvoll; Mitte Altona mit dem Umfeld ist geeignet
- _ Diebstech anderes Ziel (Gewerbe und Kultur); jetzt sollen nicht mehr überall einfach nur Wohnungen gebaut werden, auch gesamtdeutsches Thema, Gewerbe in der inneren Stadt zu erhalten/weiter zu entwickeln; aber von Öffentlichkeit häufig Kritik, dass dort keine Wohnungen gebaut werden

Anstieg der Wohnfläche pro Kopf - wäre das ein Ansatz-

punkt?

- _ Ja, aber kennt sie nicht gut
- _ neue Konzepte wie Kleinstwohnungen oder das Teilen von Gemeinschaftsflächen - das sind die „Typologien der Zukunft“
- _ wenn am Diebsteich und im 2. BA Wohnungen gebaut werden sollen, dann vielleicht so; neue Wohnformen
- _ Grundrisse des geförderten Wohnungsbaus: Standard, für Standard-Lebenssituationen; die müssen offener und flexibler sein; muss man hinterfragen
- _ Fragen, was man privat braucht und was man mit anderen teilen kann - Fragen der Zukunft, auch wegen der Bezahlbarkeit
- _ in Mitte Altona gibt es das aber nicht; „kommt auch aus einer anderen Zeit“
- _ nachträgliche Ergänzung per E-Mail: Konzepte, die Wohnfläche pro Kopf im Neubau zu reduzieren, wie etwa Kleinstwohnungen oder das Teilen von Gemeinschaftsflächen werden bei einigen Baugemeinschaftsprojekten umgesetzt
- _ dafür ist es auch besser, wenn die Stadt Eigentümerin ist; ist bei 2. BA besser (Fläche wurde schon gekauft von der Stadt) - Private muss man „jagen“

Schlussbemerkungen

- _ Inklusionsthema wichtig, „Stadt für Alle“, ist ein Zukunftsthema, da wurde in Mitte Altona viel gelernt; nicht nur bezogen auf Senioren, sondern alle; muss mehr Gewicht bekommen, auch bei der Ausbildung von Architekten; läuft bisher nicht selbstverständlich mit
- _ Zunahme Single-Haushalte; freie Gesellschaft: „ist ja schön, dass jeder selbst entscheidet, aber ...“ [nicht weiter erläutert]
- _ Mitte Altona „ist nicht auffällig, aber ist ganz anständig“

Anhang 3: Beobachtungsprotokolle

Beobachtungen Quartier 21

Sonntag, 23. Juni | 18.00 – 19.00 Uhr | sonnig & warm

- _ Pflasterung & Asphalt; Kiesflächen
- _ Einige Fahrradbügel im Gebiet vorhanden, nicht ausgelastet
- _ Frisch gepflanzte und alte Bäume, Rasenflächen, Strauchpflanzungen, z.T. Baumscheiben auch mit höherem Gras – größtenteils aber gemäht
- _ Z.T. auch aufwändige Bepflanzung, z.B. an zentraler Grünfläche Rosen
- _ Insgesamt große Grünanteile, dadurch und durch die alten und großen Bäume sehr grüne Wirkung
- _ Gut besuchte Gastronomie (Vietnamesische, an Meridian Spa angeschlossene), Leute sitzen draußen
- _ Parkende Autos im öffentlichen Raum, beispielsweise auch im südl. Andreas-Knack-Ring (im B-Plan als „Wohnhof“ bezeichnete Fläche)
- _ Dort angrenzende Platzfläche scheint keine Platzfunktion zu entfalten (ist auch eher Grün, wenngleich der Rasen verschwunden ist); genauso Platzfläche im Nordosten (zugewachsen, keine Nutzerspuren)
- _ Parkende Autos auch häufig zusätzlich zu den ausdrücklich ausgewiesenen Stellplätzen und auf den Gehwegen, dadurch starke Präsenz im öffentlichen Raum
- _ Figuren weisen darauf hin, langsam zu fahren – möglicher Hinweis auf Autoproblematik
- _ Abgesehen von gut besuchter Gastronomie wenige Menschen draußen, kaum jemand nutzt die Grünflächen (trotz sehr guten Wetters)
- _ Große Rasenfläche, viele Pflanzungen am Rand: blühende, gepflegte Rosen etc.
- _ Insbesondere die zentrale Grünfläche: nur sehr wenige Menschen (2 Paare und 3 Kinder)
- _ Dort Hinweisschild: „Campus. Diese Grünfläche (Q 21 Campus) ist keine öffentliche Grünfläche. Der Campus ist Privateigentum und wird auf Kosten der Eigentümer gepflegt. Er stellt allen Bewohnern und Besuchern des Quartier 21 als Spiel- und Liegefläche offen. Der Nachbarschaftsverein Quartier 21 betreut den Campus und übt das Hausrecht aus:
- _ Wer den Campus nutzt
- _ - behandelt ihn schonen,
- _ - sammelt seinen Abfall schonend ein,
- _ - macht keine Feuerstellen,

- _ - führt Hunde nur kurz angeleint auf den Wegen. Der Campus ist keine Hundewiese“
- _ Grünfläche im Nordosten: sollte laut B-Plan öffentlich zugänglich sein, ist es aber nicht
- _ Fast nur versiegelte Gehwege, trotz anderer Aussage im B-Plan
- _ Nutzungen: v.a. Wohnen, Ärztehaus, Jacques' Weindepot, Meridian Spa, Hochtief, Securitas, denn's Biomarkt, AlsterWacht, contro Veranstaltungsdienste, Budni, synex facility works, Turbopass, Q21 Gasthaus, Stolle – Gesundheit nach Maß, Kita, Vattenfall Heizwerk, errea Play Hamburg, Haar-Scharf Friseur, AdvoNeo
- _ Insgesamt sehr ruhiger Eindruck im Wohnteil – im Teil Richtung Fuhle deutlich belebt

Beobachtungen Schanzenhöfe

Freitag, 12. Juli | 13.00 – 14.00 Uhr | bewölkt, trocken

- _ Kopfsteinpflaster im gesamten Außenbereich, Ausnahme z.T. zwischen den beiden Hallen (Asphalt)
- _ Keine grünen Flächen
- _ Wenige Obstbäume
- _ Außenbereich der Bullerei: Holzpodeste für Möblierung Gastronomie
- _ Abgesehen von der einen Außenfläche ist sonst auf der gesamten Fassade vom Zugang auf das Gelände über die Treppe bis zum Durchgang zwischen die Hallen nicht geöffnet, keine Zugänge o.ä. (außer zu Galerie)
- _ Zugang über Schanzenstraße über Treppe, die eher klein ist, fast provisorisch wirkt; von hier erstmal nur zur Bullerei, für andere Nutzungen muss man um das Gebäude herumgehen; abgesehen von der Treppe ist dort ein stark bewachsener Wall, dadurch abgrenzende Wirkung
- _ z.T. Pflanzungen in Kübeln auf der Außenfläche, vermutlich um das Befahren mit Autos Richtung Bullerei zu vermeiden
- _ beim Weg um die Schanzenhöfe herum (um zu anderen Nutzungen zu kommen) z.T. Hinterhofsituation
- _ Außenbereich Musikkindergarten: eher klein, Untergrund hauptsächlich Sand, wenig Grün, abgegrenzt vom restlichen Gelände mit Zaun und Bambuszaun
- _ Einige Fahrradabstellplätze, v.a. zwischen den beiden Hallen
- _ Sehr viele parkende Autos, keine Abgrenzung zwischen Fahrbahn – Fußweg – Stellplatzfläche; dadurch auch un-

klar, wo man sich als Fußgänger bewegen soll

- _ Insbesondere zwischen Schanzenhöfen und Eisenbahnbundesamt nur Stellplatzfunktion; dort auch z.T. Sammlung von Müll (? Zumindest wirkt es z.T. unaufgeräumt)
- _ Dadurch verstärkte Hinterhofsituation, obwohl dort auch z.T. Eingänge sind
- _ Einige Gastronomiegäste da, aber nicht übermäßig voll (vermutlich auch der Uhrzeit geschuldet), eher ruhig
- _ Nutzungen: Bullerei Gastronomie, Werkstatt Galerie (Bilderrahmen o.ä.?), Bakery Films, co'media, italienischer Supermarkt, Musikkindergarten, Ratsherrn Brauerei, elbgold, Altes Mädchen, Solihilfe Pflegedienst, Architekt, Terravolt Electrifying Media, OMR Ramp 106 GmbH, Nordisch Filmproduktion, sono on air Sounddesign

Beobachtungen RISE-Gebiet Soziale Stadt Altona-Altstadt

Dienstag, 16. Juli | 15.30 – 16.30 Uhr | sonnig und warm

- _ Walter-Möller-Park südlich Königstraße: Hügelige Rasenflächen mit wenig Möblierung, Wege aus Glensanda mit zusätzlichem Plattenweg daneben, Bäume, großer Spielplatz, Blick auf Kirche
- _ „Infopoint Altona“, wirkt wie Urban Gardening (abgezaunt, deutlich aufwändiger bepflanzt als der restliche Park)
- _ Im nördlichen Teil Obstbäume (Allee)
- _ Grünanlage östlich Jüdischer Friedhof: schlecht erhaltener Spielplatz und Basketballfeld, Wiese und Bäume, breite Trampelpfade
- _ Stuhlmannplatz: aufwändige Grüngestaltung, geschwungene Wege Glensanda, anteilig deutlich weniger Rasenfläche, frisch gepflanzte Bäume, Sitzmöglichkeiten mit Holz und z.T. Tisch
- _ Walter-Möller-Park zwischen Louise-Schröder-Straße und Ring 2: viel Baumbestand, relativ dunkel dadurch, belebte Cafénutzung (wirkt fast provisorisch, aber liebevoll mit Girlanden etc., belebt), viele Sitzmöglichkeiten, deutlich mehr Menschen als in den anderen Parkteilen, v.a. spielende Kinder und herumlaufende Menschen, z.T. Rasenfläche nicht intakt, Skaterfläche, von dort Fußgängerbrücke über die Straße zum Emil-Wendt-Park
- _ Emil-Wendt-Park: Bolzplatz, neue Spielgeräte, Gählerhaus
- _ Wohlers Park: unauffälliger Eingang von Süden, abgezaunt da ehem. Friedhof, viel Baumbestand, Grabsteine, Alleen, einige Bänke, auch sehr viele Menschen (sitzen

auf den Wiesen oder Gruften), Übergang von dort zum

- Bertha-von-Suttnerpark über Straße ohne Übergang
- _ Bertha-von-Suttnerpark: neue Spielgeräte, Wildblumenwiese mit Infoschild (mehrere Flächen), neue Wege aus Glensanda, Übergang zu zweitem Parkteil über Straße – aber mit eindeutiger Beruhigung für Übergang (verengte Fahrbahn), Urban Gardening mit bestimmten Flächen für bestimmte Personen (inklusive Namensschild, auch mit Selbstversorgung)

Beobachtungen Mitte Altona

Dienstag, 16. Juli | 16.30 – 17.30 Uhr | sonnig und warm

- _ Baufortschritt:
- _ Kranbauten demnächst fertiggestellt, noch in Bau und abgezaunt
- _ An vielen Straßen Hinweis auf Baustellensituation und entsprechende Gefahren
- _ Zahlreiche Gebäude schon fertiggestellt
- _ Außenraum um Kleiderkasse noch Abstellfläche für Baumaterial etc.
- _ Grünfläche westlich der Kleiderkasse mit Stufen sieht fertig aus, aber noch abgezaunt, bisher v.a. Rasen – keine Bäume o.ä.
- _ Spielfläche nördlich der Kleiderkasse fertig, aber noch abgezaunt, dort auch einige Bäume
- _ Straße südlich und nördlich Park: Vorgärten vorhanden, hin zum Park Bäume und Sitzbänke
- _ Fußgängerzonen nördlich des Parks: großzügiger Straßenraum, Straßenbäume, viele Fahrradabstellmöglichkeiten, keine andere Bepflanzung als Straßenbäume, auch nicht in Baumscheiben, keine Vorgärten – hohe Aufenthaltsqualität anscheinend nicht vorhanden, auch keine entsprechende Möblierung oder sonstige Gestaltung
- _ Eva-Rühmkorf-Straße: ausgewogene Anzahl von Pkw- und Fahrradstellplätze, viele TG-Zufahrten durch Ausschluss dieser an anderen Straßenzügen, Straßenbäume, Ladestation E-Autos
- _ Erika-Krauß-Twiete: Junge und Mann spielen Fußball
- _ Glückel-von-Hameln-Straße: zahlreiche Stellplätze

Anhang 4: Kodierleitfaden

Mehrfach auftretende Themen, zugeordnet ohne Erwähnung in Theorie, ggf. Vorgehen

Konkretisierung aus Theorie		
Ermöglichung eines nichtmaterialistischen Lebensstils		
Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen	Zur Erreichung von Selbstversorgung, Reparatur und Sharing	Zur Erreichung von Selbstversorgung, Reparatur und Sharing
Stärkung öffentlicher Räume	Für die gesellschaftliche Teilhabe aller Öffentliche Räume und Einrichtungen, Grünflächen, Sportanlagen, Büchereien Wahrnehmung als Ruhezinsel, Entschleunigung Raum zum Teilen	Gemeinschaftsräume
Einschränkung von Werbung	Konsumismus reduzieren Werbefreie Zonen	
Einschränkung von touristischen Funktionen		
Suffizienter Umgang mit Baustoffen & Fläche		
Verhinderung von Neuversiegelung	Damit auch Verhinderung der Vernichtung wichtiger Freiflächen Leitbild der Innenentwicklung, keine Kurzschlussreaktionen für Außenentwicklung Steuerung über Flächenmoratorium/Netto-Null-Flächenverbrauch/Kreislaufwirtschaft	Innenentwicklung, Konversion Beschränkung kleinräumiger Versiegelung
Reduzierung des Bauens	Sanierung/Umbau von Gebäuden anstelle von Neubau, Grundrissanpassungen Verzicht auf Abriss Leerstandsmanagement: Vermittlung von Zwischennutzungen oder Zuweisung von Mietern*innen Kriterien für Neubau wie Passivhausstandard bis hin zum grundsätzlichen Verhindern von Bauen Reduzierung Wohnfläche pro Kopf: Zuschüsse für Gutachten für Sanierung/Umbaumaßnahmen, Beratung oder Auszahlung von Boni bei Umzügen in eine kleinere Wohnung, Suffizienzberatung, Lösung für günstige Altmietverträge gegenüber teureren neuen Mietverträgen bei kleinerer Wohnung, Gemeinschaftswohnlösungen (Wohnen für Hilfe, Wohnpartner-Portal, Teilen von Gäste- oder Arbeitszimmern)	Denkmalschutz
Hohe Ausnutzung von Grundstücken	Hohe bauliche Dichten über bauplanungsrechtliche Vorgaben oder finanzielle Anreize	GRZ/GFZ laut B-Plan, Abgleich § 17 BauNVO
Verkehrsbezogene Ressourceneinsparungen		
Reduzierung von Verkehr	Kurze Wege: Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Naherholung, Freizeit Kleinträume Nutzungsmischung, Freiräume in der Stadt, dezentrale Infrastruktur	
Verlagerung von Verkehr	Förderung Fuß- und Radverkehr: breite Geh- und Radwege, Bedeutung Gehwege als Treffpunkt, Ausbau Radwege, Fahrradverleihsysteme, Fahrradstellplätze Förderung ÖPNV: hohe Frequenz, Zuverlässigkeit, gute Umsteigemöglichkeiten Einschränkung MIV: Tempo-30 und Fußgängerzonen, Reduzierung Parkplätze, Ausweitung Parkgebühren	Beschreibung Anbindung ÖPNV PKW-Stellplätze
Regionalisierung der Wirtschaft	Regional agierende Unternehmen Nachbarschaftsläden Direktere Bindung des Kunden an den Produzenten	
Gebäudebezogene Ressourceneinsparungen		
Verwendung ökologischer Baustoffe und Durchführung energetischer Modernisierungen	Graue Energie reduzieren: natürliche, regionale und langlebige Baustoffe Wärmedämmung, Passivhausstandard	
CO ₂ -neutrale Energieversorgung	Erneuerbare Energien für Wärme und Strom	
Vorausschauende Prozessgestaltung		
Sukzessives Vorgehen mit Raum zum Erproben	Sukzessives Durchführen der Schritte für den Wandel Gesellschaftliche Suchprozesse und Experimentierräume, improvisierendes und spielerisches Vorgehen	Phasen des Projektes
Beteiligung der Bevölkerung		
Überprüfung des langfristigen Bedarfs & Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten	Planung von Infrastrukturen: Berücksichtigung geringer Folgekosten Berücksichtigung des demographischen Wandels	

258

Quellen: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (verschiedene Jahre): Statistische Jahrbücher.

https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000234/1221-9-1952.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000056/1221-9-1956.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000060/1221-9-1961.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000066/1221-9-1965.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000067/1221-9-1966-67.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000070/1221-9-1970-71.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000072/1221-9-1974-75.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000366/1221-9-1981_S.1-202.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000146/1221-30-1985.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000147/1221-30-1986.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000151/1221-30-1992.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000156/1221-30-1997.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000226/1221-9-2000-2001.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000503/1221-9-2004-2005.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000041/1221-9-2006-2007.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000490/1221-9-2011-2012.pdf | https://www.destatis.de/GPSStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000515/1221-9-2018-2019.pdf, 22.06.2019

